Entwicklungszusammenarbeit
Bericht 2010

OECD

Entwicklungs-zusammenarbeit Bericht 2010

Bericht des Vorsitzenden des Entwicklungsausschusses
Eckhard Deutscher

ORGANISATION FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG

Die OECD ist ein in seiner Art einzigartiges Forum, in dem die Regierungen von 31 demokratischen Staaten gemeinsam an der Bewältigung von Herausforderungen der Globalisierung im Wirtschafts-, Sozial- und Umweltbereich arbeiten. Die OECD steht auch in vorderster Linie bei den Bemühungen um ein besseres Verständnis der neuen Entwicklungen und durch sie ausgelöster Befürchtungen, indem sie Untersuchungen zu Themen wie Corporate Governance, Informationswirtschaft oder Bevölkerungsalterung durchführt. Die Organisation bietet den Regierungen einen Rahmen, der es ihnen ermöglicht, ihre Politikerfahrungen auszutauschen, nach Lösungsansätzen für gemeinsame Probleme zu suchen, empfehlenswerte Praktiken aufzuzeigen und auf eine Koordinierung nationaler und internationaler Politiken hinzuarbeiten.

Die OECD-Mitgliedstaaten sind: Australien, Belgien, Chile, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Japan, Kanada, Korea, Luxemburg, Mexiko, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Schweiz, die Slowakische Republik, Spanien, die Tschechische Republik, Türkei, Ungarn, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften nimmt an den Arbeiten der OECD teil.

OECD Publishing sorgt dafür, dass die Ergebnisse der statistischen Analysen und der Untersuchungen der Organisation zu wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Themen sowie die von den Mitgliedstaaten vereinbarten Übereinkommen, Leitlinien und Standards weite Verbreitung finden.

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der Organisation oder der Regierungen ihrer Mitgliedstaaten wider.

ISBN 978-92-64-07994-6 (Print)
ISBN 978-92-64-07995-3 (PDF)

Originaltitel: *Development Co-operation: Report 2010 – Coopération pour le développement : Rapport 2010*
Übersetzung durch den Deutschen Übersetzungsdienst der OECD.

Foto(s): Deckblatt © Ccaetano/Dreamstime.com

Korrigenda zu OECD-Veröffentlichungen sind verfügbar unter: *www.oecd.org/publishing/corrigenda*

© OECD 2010

Die OECD gestattet das Kopieren, Herunterladen und Abdrucken von OECD-Inhalten für den eigenen Gebrauch sowie das Einfügen von Auszügen aus OECD-Veröffentlichungen, -Datenbanken und -Multimediaprodukten in eigene Dokumente, Präsentationen, Blogs, Websites und Lehrmaterialien, vorausgesetzt die OECD wird in geeigneter Weise als Quelle und Urheberrechtsinhaber genannt. Sämtliche Anfragen bezüglich Verwendung für öffentliche oder kommerzielle Zwecke bzw. Übersetzungsrechte sind zu richten an: *rights@oecd.org*. Die Genehmigung zur Kopie von Teilen dieser Publikation für den öffentlichen oder kommerziellen Gebrauch ist direkt einzuholen beim Copyright Clearance Center (CCC) unter *info@copyright.com* oder beim Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) unter *contact@cfcopies.com*.

Geleitwort des Generalsekretärs

Weltweit wurden in den vergangenen 50 Jahren beispiellose Wohlfahrtsgewinne verzeichnet. Der OECD-Entwicklungsausschuss, das größte Geberforum der Welt, hat dazu seinen Beitrag geleistet. Er war einer der Hauptantriebskräfte der Millenniumsentwicklungsziele (MDG), die die Aktivitäten der Entwicklungsgemeinschaft nach wie vor bestimmen. Der Entwicklungsausschuss hat das Prinzip der Eigenverantwortung zu einem zentralen Element der Geberpolitik erhoben und es den Entwicklungsländern damit ermöglicht, bei der Definition und Umsetzung ihrer eigenen Entwicklungsstrategien die Führungsrolle zu übernehmen. Er hat die Geber mit Erfolg dazu bewegt, das Volumen und die Wirksamkeit ihrer EZ-Leistungen ständig zu erhöhen. Dank all dieser Bemühungen erreichten die ODA-Leistungen im Jahr 2008 ein Rekordniveau von 120,5 Mrd. US-$.

Zugleich zeichnen sich weltweit aber ganz neue Herausforderungen ab, die eine stärkere Entschlossenheit von Seiten des DAC und der Entwicklungsgemeinschaft in ihrer Gesamtheit verlangen, wenn die Entwicklungszusammenarbeit in den verbleibenden fünf Jahren bis zum Stichdatum für die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele die unerlässlichen Fortschritte erzielen soll. Die größte unmittelbar zu bewältigende Herausforderung ist die globale Wirtschaftskrise. Die meisten Entwicklungsländer, die in keinerlei Weise an der Auslösung der Krise beteiligt waren, haben ihre Auswirkungen dennoch z.T. zu spüren bekommen. In vielen Fällen hat dies zur Folge, dass sie ein oder zwei Jahre mehr benötigen, um die Entwicklungsziele zu erreichen. Daher wird die Entwicklungszusammenarbeit wichtiger denn je – zum einen, um Sozialschutz- und Beschäftigungsmaßnahmen zu ergreifen, die armen Menschen helfen, die Situation zu meistern, und zum anderen, um Investitionen zu tätigen, die für die Wiederherstellung von Wachstum und sozialem Fortschritt unabdingbar sind.

Der Abbau der wachsenden staatlichen Schuldenlast wird künftig ein vordringliches Anliegen der zuständigen Stellen in den OECD-Ländern sein. Daher dürfte es besonders schwierig werden, das EZ-Niveau aufrechtzuerhalten – geschweige denn es zu erhöhen. Gleichwohl müssen sich die Geberländer die enormen Wirtschaftsergebnisse der Entwicklungsländer vor dem Ausbruch der Krise in Erinnerung rufen. Mit angemessener Unterstützung können diese Länder jenes Wachstum wiedererlangen. Nie war der Zeitpunkt günstiger, um in die Entwicklungsländer zu investieren: Der Einsatz für die Erhaltung und Steigerung des Wirtschaftswachstums in diesen Ländern wird sich mehr als auszahlen.

Andere Herausforderungen lassen sich möglicherweise nicht so leicht bewältigen: Klimawandel, Pandemien, Konflikte und Unsicherheit sind Elemente, die uns dazu veranlassen, den Begriff „Erfolg" neu zu definieren. Gelingt es uns nicht, diese Herausforderungen zu bewältigen, werden Menschen in großer Zahl gefährdet bleiben und in Armut verharren, selbst wenn die Millenniumsentwicklungsziele bis zum vorgegebenen Zeitpunkt, dem Jahr 2015, erreicht werden. Wie in diesem Bericht betont wird, müssen diese schwierigen Zeiten uns in unserem Engagement für einen Kurs bestärken, der bereits klar definiert und abgesteckt ist: für die Bereitstellung effektiver, transparenter, vorhersehbarer und der Rechenschaftspflicht unterliegender EZ-Leistungen.

Jeder einzelne Dollar, Peso, Euro oder Yen, der in die Entwicklungszusammenarbeit investiert wird, muss eine Wirkung zeigen – er muss jene erreichen, die am bedürftigsten sind, und wir müssen unseren Bürgern gegenüber hierfür den Nachweis erbringen können. Mit anderen Worten müssen wir uns stärker dafür einsetzen, den ärmsten aller Länder (von denen viele zu den „fragilen Staaten" gehören) wieder auf die Beine zu helfen. Ohne enge Zusammenarbeit mit diesen Ländern haben wir keine Chance, die Millenniumsentwicklungsziele zu erreichen. Folglich sollten die EZ-Leistungen verstärkt über die öffentlichen Verwaltungssysteme der Partnerländer geleitet werden, damit sie dort ankommen, wo sie am meisten benötigt werden, und dazu beitragen können, die staatlichen Kapazitäten zur Förderung eines dauerhaften, selbsttragenden Wachstums zu stärken.

Ferner müssen wir für ein saubereres Wachstum in der Dritten Welt sorgen. Der Klimawandel zieht bereits all jene in Mitleidenschaft, die ihm am stärksten ausgeliefert sind. Unsere EZ-Leistungen müssen ein CO_2-armes Wachstum fördern und den ärmsten Ländern dabei helfen, sich einem ungünstigeren Klima anzupassen.

Außerdem müssen wir dafür Sorge tragen, dass unsere Entwicklungszusammenarbeit gerechter wird, was konkret bedeutet, dass wir den armen Ländern helfen müssen, die Auswirkungen der Krise auf die Ärmsten zu mindern und von der Erholung des Weltwirtschaftswachstums zu profitieren, indem wir beispielsweise Volumen und Qualität der handelsbezogenen Entwicklungszusammenarbeit verbessern. Wir müssen dem Beispiel einer wachsenden Zahl von Gebern (zuletzt Kanada) folgen und die Korruption durch eine endgültige Aufhebung der noch an unsere ODA-Leistungen geknüpften Bedingungen wirksamer bekämpfen. Und der DAC muss dabei eine Monitoring-Funktion übernehmen, indem er die Entschlossenheit und die Ergebnisse der Geber vor allem im Rahmen der Länderprüfungen evaluiert und verfolgt.

Die zahlreichen komplexen Herausforderungen, denen sich die Bedürftigsten der Welt heute gegenübersehen, haben vielschichtige Ursachen globaler Natur. Daher reichen EZ-Leistungen allein nicht aus, um sie zu bewältigen, vielmehr bedarf es eines umfassenderen Konzepts. Geber, Entwicklungsländer und multilaterale Organisationen müssen gemeinsam auf kohärente Weise zusammenarbeiten, um eine Entwicklung zu erreichen, die zugleich nachhaltig, gerecht und von geringer CO_2-Intensität ist. Darüber hinaus müssen wir innovativ bleiben, indem wir neue Modalitäten der Entwicklungsfinanzierung, neue Formen der Partnerschaft, neue Technologien sowie neue Mittel und Wege zur Messung der entwicklungspolitischen Wirkungen und des Wachstums finden.

All diese Imperative sind Gegenstand des vorliegenden Berichts. Darin wird dargelegt, wie die DAC-Gemeinschaft auf die Erfüllung dieser Erfordernisse hinarbeitet, und hervorgehoben, was außerdem noch getan werden muss, damit der Entwicklung insbesondere vor dem Hintergrund der bisher größten Weltwirtschaftskrise eine noch größere Bedeutung beigemessen wird.

Angel Gurría

Generalsekretär der OECD

Dank

Redaktionsleitung

Christine Graves

Mitwirkende

Yasmin Ahmad

Juana de Catheu

Eckhard Deutscher

Sara Fyson

Penny Jackson

Karen Jorgensen

Franz Lammersen

Donna Muwonge

Aimée Nichols

Rémi Paris

Jens Sedemund

Redakteurin, Lektorin

Fiona Hall

Produktionsmanagerinnen

Carola Miras/Isabel Huber

Deckblattdesign

Stephanie Coic

Zahlreiche andere Personen haben an diesem Bericht mitgewirkt, und ihnen sei an dieser Stelle für ihre Unterstützung gedankt.

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort des Generalsekretärs 3

Dank 5

Verzeichnis der Abkürzungen 13

Zusammenfassung 15

1. Was wird aus der Entwicklungszusammenarbeit nach drei Jahren Krise? 21

Wie reagiert die Entwicklungsgemeinde auf die Krise? 22
Ein Krisenplan für arme Länder 22
Die Auswirkungen der Krise auf das Volumen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit 25
Innovative Finanzierung 27
Beschäftigung und sozialer Schutz im Entwicklungsprozess 29
Welche Zukunft für die Entwicklung? 30
Der vor uns liegende Weg: Akteure außerhalb der Entwicklungsgemeinde erreichen 31

Anmerkungen 35

Literaturverzeichnis 35

2. Die Herausforderung annehmen: EZ-Management im Jahr 2009 37

Die Herausforderungen des aktuellen Umfelds: Verwaltung sich ändernder Budgets, Rechenschaftspflicht und Wirksamkeit 38
Verwaltung sich ändernder EZ-Budgets: Erhöhungen, Kürzungen und Vorhersehbarkeit 39
Wirksame Erhöhung der EZ-Leistungen 39
Verantwortungsvoll kürzen 39
Flexibilität und Vorhersehbarkeit gewährleisten 40
Die Rechenschaftspflicht verbessern – im In- und Ausland 40
Ergebnisorientiertes Management 40
Ergebnisse identifizieren 41
Ergebnisse kommunizieren 42
Wirksamere Organisationen aufbauen 42
Die richtigen Personen und Fähigkeiten einsetzen 42
Die Arbeitsweise der Behörden verändern 43
Wirksame Organisationsstruktur 44
Schlussbetrachtungen 44

Anmerkungen 44

Literaturverzeichnis 45

3. Systeme der Partnerländer und weshalb wir sie nutzen müssen 47

Globale Verpflichtung zur Nutzung der Systeme der Partnerländer 48
Was sind Ländersysteme und wie lassen sie sich nutzen? 49

Erreichen wir unsere Ziele in Bezug auf die Nutzung der Ländersysteme? .. 51
Weshalb haben die Geberländer Bedenken, die Systeme der Partnerländer zu nutzen? 53
Weshalb sollten wir nicht davor zurückschrecken, die Systeme der Partnerländer zu nutzen? 53
Die Systeme nicht nutzen, hieße sie aufgeben 54
Stärker rechenschaftspflichtige Regierungen 54
Weniger fragmentierte EZ-Abwicklung 55
Ein besseres Kosten-Nutzen-Verhältnis 55
Wie geht es weiter? 55
Eine Rolle für den DAC 56
Die Rolle der Regierungen der Partnerländer 57
Literaturverzeichnis 59

4. Handelsbezogene Entwicklungszusammenarbeit: Ein Weg aus der Armut? . 61

Warum handelsbezogene Entwicklungszusammenarbeit? 62
Unter welchen Voraussetzungen kann Handel Armut lindern? 64
Die Aid-for-Trade-Initiative: ein Fortschrittsbericht 65
Systematische Einbeziehung des Handels durch die Partnerländer 66
Ein zunehmendes Engagement der Geber 66
Regionale handelsbezogene Entwicklungszusammenarbeit: ein Bereich mit Wachstumspotenzial 68
Die nächsten Schritte 69
Anmerkungen 70
Literaturverzeichnis 70

5. Klimawandel: armen Ländern bei der Anpassung helfen 71

Entwicklungszusammenarbeit vor dem Hintergrund des Klimawandels 72
Wie gehen wir mit dem Klimawandel um? 74
Minderung 74
Anpassung 74
Anpassung umsetzen und systematisch berücksichtigen 76
Projekte an den Klimawandel anpassen 76
Lokale Anpassung an den Klimawandel 77
Anpassung an den Klimawandel in wichtigen Wirtschaftsbereichen 78
Anpassung an den Klimawandel auf nationaler Ebene 79
Anmerkungen 81
Literaturverzeichnis 81

6. Sicherstellen, dass fragile Staaten nicht zurückgelassen werden 83

Die fragilsten Staaten der Welt werfen grundsätzliche Herausforderungen auf 84
Jeder fragile Staat ist einzigartig 85
„Was ist prioritär, wenn alles prioritär ist?“ 86
Der Weg zur Verbesserung der EZ-Wirksamkeit 87
Kapazitätsaufbau: eine magere Bilanz 89
Jenseits von Wahlen: Quelle staatlicher Legitimität 90
Gefahr sozialer Ausgrenzung 91
„Die Sicherheit nicht vergessen“ 91
Ein Wegweiser durch wechselhafte Zeiten 93
Anmerkungen 93
Literaturverzeichnis 94

7. Gemeinsames Vorgehen bei der Korruptionsbekämpfung 95

Korruption: eine Bedrohung für die Entwicklung 96
Eine gemeinsame Sichtweise der Staats- und Regierungsführung 97
Korruption muss gemeinsam bekämpft werden 99
Der Weg in die Zukunft: Korruptionsbekämpfung in Zeiten der Krise 101

Anmerkungen 102

Literaturverzeichnis 102

8. Anstrengungen und Politiken der bilateralen Geber 103

EZ-Leistungen der DAC-Mitglieder im Jahr 2008 104
Ergebnisse der einzelnen Geber 104
Welche ODA-Niveaus werden für 2010 erwartet? 106
Profile der einzelnen DAC-Mitglieder 109
Australien 111
Belgien 112
Dänemark 113
Deutschland 114
Europäische Kommission 115
Finnland 116
Frankreich 117
Griechenland 118
Irland 119
Italien 121
Japan 123
Kanada 124
Luxemburg 125
Neuseeland 126
Niederlande 127
Norwegen 128
Österreich 129
Portugal 131
Schweden 132
Schweiz 134
Spanien 136
Vereinigtes Königreich 137
Vereinigte Staaten 138
Zusammenfassungen der Zwischenevaluierungen 139
Profile der anderen OECD-Geber 140
Island 140
Korea 140
Mexiko 141
Polen 141
Slowakische Republik 141
Tschechische Republik 141
Türkei 142
Ungarn 143
Profile der EZ-Leistungserbringer außerhalb der OECD 143

Literaturverzeichnis 147

Anhang: Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit und der Aktionsplan von Accra 149

Statistischer Anhang 177

Technische Anmerkungen 273

Anmerkungen zu Definitionen und Messgrößen 274
DAC-Liste der ODA-Empfänger 277

Glossar entwicklungspolitischer Schlüsselbegriffe und Konzepte 279

Kästen

1.1 Aufhebung der Lieferbindung 23
1.2 Neue Wege der Entwicklungsfinanzierung 28
1.3 Der Beitritt Koreas – ein symbolischer Moment 32
2.1 DAC-Qualitätsstandards zur Entwicklungsevaluierung 41
3.1 Der Aktionsplan von Accra und die Nutzung der Systeme der Partnerländer ... 48
3.2 Alle Länder benötigen Statistiken 49
3.3 Die Bedeutung der Ländersysteme bei Querschnittsaufgaben 58
4.1 Die Aid-for-Trade-Initiative 62
4.2 Ernährungssicherheit 63
5.1 Wie die DAC-Länder wirksame Hilfe für die Anpassung an den Klimawandel leisten wollen 75
5.2 Von Gebern entwickelte Methoden zur Auswahl von Maßnahmen zum Klimawandel 76
5.3 Anpassungen an den Klimawandel und Genderfragen auf lokaler Ebene 77
5.4 Strategische Umweltprüfung der Flächennutzungsplanung für den Distrikt Nhon Trach, Vietnam 78
5.5 Einbeziehung der Anpassung an den Klimawandel in nationale Politiken und EZ-Strategien 80
6.1 Reform des Sicherheitssystems: Was haben wir gelernt? 92
7.1 Eine gemeinsame Sichtweise zur Staats- und Regierungsführung: Beispiele aus Afrika 98
8.1 Das Länderprüfungsverfahren 110
8.2 DAC-Länderprüfung Irland, 24. März 2009 120
8.3 DAC-Länderprüfung Italien, 24. November 2009 122
8.4 DAC-Länderprüfung Österreich, 29. April 2009 130
8.5 DAC-Länderprüfung Schweden, 9. Juni 2009 133
8.6 DAC-Länderprüfung Schweiz, 14. Oktober 2009 135
8.7 Zwischenevaluierungen 139

Tabellen

1.1 Einige innovative Finanzierungsmechanismen 34
3.1 Schlüsselbereiche der Bereitstellung von EZ-Mitteln über die Systeme der Partnerländer 51
5.1 Mögliche Auswirkungen des Klimawandels auf ausgewählte Millenniumsentwicklungsziele 72
6.1 EZ, Steuern und Haushalt in den sechs Ländern 87
6.2 Kontextabhängige unterschiedliche Formen der Partnerausrichtung 89
6.3 Aktuelle und erwünschte Ansätze zur Kapazitätsentwicklung, entsprechend den Aussagen der Stakeholder in den sechs fragilen Staaten 90
8.1 ODA-Nettovolumen der DAC-Mitglieder, 2008 und 2010, gemäß einer Simulation des OECD-DAC-Sekretariats 108
8.2 Beiträge ausgewählter Nicht-OECD-Länder an multilaterale Organisationen im Jahr 2008 147

Abbildungen

2.1 Das Umfeld des EZ-Managements 2009 38
3.1 Erfüllen die Geber ihre Verpflichtung nach der Paris-Erklärung zur Nutzung der Systeme der Partnerländer? 52
3.2 Nutzung der Finanzmanagementsysteme der Partnerländer (ausgewählte Länder aus 54 untersuchten Ländern), 2005 und 2007 52
4.1 Einbeziehung des Handels durch die Partnerländer 66
4.2 Geografische und sektorspezifische Verteilung der handelsbezogenen Entwicklungszusammenarbeit, 2002-2007 67
4.3 Fortschritte ausgewählter Geber bei der Erfüllung der Zusagen von Hongkong, 2009 68
5.1 Wichtigste Auswirkungen als eine Funktion der steigenden weltweiten Durchschnittstemperaturen 73
6.1 Die langsamen und manchmal negativen Entwicklungsfortschritte der fragilen Staaten, 2006 84
6.2 Wie aus einem Teufelskreis in Bezug auf EZ-Wirksamkeit ein Tugendkreis werden kann: Sierra Leone 88
7.1 Ausgaben der DAC-Geber für die Stärkung der Governance, 2002-2007 97
8.1 Komponenten der Netto -ODA der DAC-Geber, 2000-2008 104
8.2 Netto-ODA der DAC-Mitglieder 1990-2008 und Simulationen des DAC-Sekretariats für den Zeitraum 2009-2010 107

Verzeichnis der Abkürzungen

AAA	Aktionsplan von Accra
ABC	Brazilian Agency for Co-operation
ADA	Austrian Development Agency
AEAP	Aktionsplan zur Steigerung der EZ-Wirksamkeit
AECID	Spanische Durchführungsorganisation
AfDF	Afrikanischer Entwicklungsfonds
AsDB	Asiatische Entwicklungsbank
AsDF	Asiatischer Entwicklungsfonds
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Deutschland
BNE	Bruttonationaleinkommen
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CICID	Interministerieller Ausschuss für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung, Frankreich
CIDA	Kanadische Behörde für internationale Entwicklung
CPA	Länderprogrammierbare Entwicklungszusammenarbeit
CRS	Creditor Reporting System
DAC	Development Assistance Committee (Entwicklungsausschuss der OECD)
DEZA	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, Schweiz
DFID	Ministerium für Internationale Entwicklung, Vereinigtes Königreich
DRK	Demokratische Republik Kongo
EEF	Europäischer Entwicklungsfonds
EG	Europäische Gemeinschaft
EPOC	OECD-Ausschuss für Umweltpolitik
EU	Europäische Union
FOCAC	Forum für die Zusammenarbeit zwischen China und Afrika
GAVI	Globale Allianz für Impfstoffe und Immunisierung
GEF	Globale Umweltfazilität
GFATM	Globaler Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria
GHD	Empfehlenswerte Praktiken der humanitären Hilfe
GOVNET	DAC-Netzwerk Governance
GTZ	Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
HIPC	Heavily-Indebted Poor Countries (Hochverschuldete arme Länder)
IADB	Interamerikanische Entwicklungsbank
IATI	Internationale Geber-Transparenz-Initiative
ICDF	Internationaler Kooperations- und Entwicklungsfonds
ICEIDA	Isländische Behörde für Internationale Entwicklung
ICP	Interinstitutioneller Ausschuss
ICRU	Isländische Krisenreaktionseinheit
IDA	International Development Association
IFAD	Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung
INCAF	Internationales DAC-Netzwerk Konflikte und Fragilität

IFFIm	Internationale Finanzierungsfazilität für Impfprogramme
IPCC	Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen
JAS	Gemeinsame EZ-Strategien
JICA	Japanische Agentur für internationale Zusammenarbeit
LDC	Least-Developed Countries (Am wenigsten entwickelte Länder)
LDCF	Least-Developed Countries Fund
LIC	Low Income Countries (Länder der unteren Einkommensgruppe)
LMIC	Lower Middle-Income Countries (Länder der mittleren Einkommensgruppen, unterer Bereich)
MCC	Millennium Challenge Corporation
MDG	Millennium Development Goals (Millenniumsentwicklungsziele)
MEA	Multilaterales Umweltabkommen
MOPAN	Globale Allianz für Impfstoffe und Immunisierung
NAPA	Nationale Aktionsprogramme zur Anpassung an den Klimawandel, Niederlande
NORAD	Norwegische Behörde für Entwicklungszusammenarbeit
NRO	Nichtregierungsorganisationen
NZAID	New Zealand's International Aid and Development Agency
ODA	Official Development Assistance (Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit)
OLIC	Other Low Income Countries (Sonstige Länder der unteren Einkommensgruppe)
PIU	Projektdurchführungsstellen
REDD	Initiativen zur Emissionsreduzierung durch die Verringerung der Entwaldung
SEA	Strategische Umweltprüfung
Sida	Schwedische Behörde für internationale Entwicklungskooperation
SZR	Sonderziehungsrechte
TIKA	Türkische Internationale Agentur für Zusammenarbeit
TT HATS	Task Team on Health as a Tracer Sector
UMIC	Upper Middle-Income Countries (Länder der mittleren Einkommensgruppe, oberer Bereich)
UNAIDS	Gemeinsames Programm der Vereinten Nationen für HIV/AIDS
UNCAC	VN-Übereinkommen gegen Korruption
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
UNFPA	Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen
UNHCR	Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen
UNICEF	Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
UNIFEM	Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für Frauen
UNRWA	Hilfswerk der Vereinten Nationen
USAID	Internationale Entwicklungsbehörde der Vereinigten Staaten
VN	Vereinte Nationen
WEP	Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen
WTO	Welthandelsorganisation
ZAR	Zentralafrikanische Republik

Dieser Bericht enthält ...

StatLinks

Ein Service für OECD-Veröffentlichungen, der es ermöglicht, Dateien im Excel-Format herunterzuladen.

Suchen Sie die *StatLinks* rechts unter den in diesem Bericht wiedergegebenen Tabellen oder Abbildungen. Um die entsprechende Datei im Excel-Format herunterzuladen, genügt es, den jeweiligen Link, beginnend mit ***http://dx.doi.org***, in den Internetbrowser einzugeben. Wenn Sie die elektronische PDF-Version online lesen, dann brauchen Sie nur den Link anzuklicken. Sie finden *StatLinks* in weiteren OECD-Publikationen.

Zusammenfassung

„Der kombinierte Effekt der Nahrungsmittel-, der Energie- und der Wirtschaftskrise stellt für die Entwicklungsgemeinde eine große Herausforderung dar, die tiefgreifende Fragen über die realen Auswirkungen der Entwicklung aufwirft, darüber wie sie nachgewiesen werden können, über ihre tatsächlichen Grundlagen sowie unsere Fähigkeit, sie zu kontrollieren und über sie Rechenschaft abzulegen.“

Eckhard Deutscher, DAC-Vorsitzender

Der Bericht über die Entwicklungszusammenarbeit wird jährlich vom Vorsitzenden des OECD-Entwicklungsausschusses (DAC) herausgegeben, einem Forum, in dem die wichtigsten bilateralen Geber zusammen darauf hinarbeiten, die Wirksamkeit ihrer gemeinsamen Bemühungen zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung zu steigern. Der Bericht liefert Daten und Analysen zu den jüngsten Trendentwicklungen in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.

In seiner Einführung zu diesem Bericht (Kapitel 1) stellt Eckhard Deutscher fest, dass in den fünf Jahren, die der Welt zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) verbleiben, noch viel getan werden muss. Auf Grund der Wirtschafts-, der Nahrungsmittel- und der Klimakrise, der sich die Welt heute gegenübersieht, ist die Aufgabe inzwischen sogar noch schwieriger geworden als sie es im Jahr 2000 war, als die Ziele vereinbart wurden.

Im vergangenen Jahr hat der DAC auf diese Herausforderung reagiert, indem er Anstrengungen unternahm, um die Entwicklungsdimension der Krisen weit oben auf der politischen Agenda zu halten, und der Entwicklungsgemeinde dabei half, ihre bestmögliche Antwort zu formulieren. Deutscher weist darauf hin, dass die Entwicklungsgemeinde vermeiden muss, sich einen Krisen- oder Brandbekämpfungsmodus zu eigen zu machen. Stattdessen muss sie eine klare und konsequente Fokussierung auf die in der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit und dem Aktionsplan von Accra (Anhang) verankerten Grundsätze der EZ-Wirksamkeit beibehalten: „Die Welt hat sich tiefgreifend verändert, aber unsere Entwicklungsziele bleiben dieselben."

Unsere Zusagen einhalten

Als das Ausmaß der Finanz- und Wirtschaftskrise klar wurde, beobachtete die Entwicklungsgemeinde eingehend, ob die Niveaus der Leistungen im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) in Mitleidenschaft gezogen würden. Erleichterung trat ein, als der DAC die ODA-Zahlen für 2008 veröffentlichte, aus denen hervorging, dass die ODA-Leistungen mit 121,5 Mrd. US-$ ihr höchstes jemals verzeichnetes absolutes Niveau erreicht hatten. Die meisten DAC-Geber planen weitere Aufstockungen der ODA-Leistungen, es sind aber noch einige Anstrengungen erforderlich, um die auf dem G8-Gipfeltreffen von Gleneagles und dem Millennium+5-Gipfel der Vereinten Nationen gemachten Zusagen einzuhalten, die bis 2010 eine Erhöhung der ODA-Leistungen auf 130 Mrd. US-$ zu konstanten Preisen von 2004 vorsahen*. Nicht alle Geber haben ihre Verpflichtungen erfüllt, und das setzt die Glaubwürdigkeit aller aufs Spiel (Kapitel 1 und 8). Der DAC wird weiterhin beobachten, ob die Geber ihre ODA-Zusagen einhalten.

Ein wichtiger Indikator für den Fortschritt der Geber bei der Verbesserung ihrer EZ-Abwicklung ist der Grad, in dem ihre ODA-Leistungen von kommerziellen Bedingungen frei sind, d.h. von den Lieferanten im Geberland „ungebunden" sind. Die DAC-Mitgliedsländer sagten im Rahmen des Aktionsplans von Accra zu, bei der Lieferaufbindung rasche

* In Anbetracht der Tatsache, dass einige Ziele in Prozent des BNE ausgedrückt waren, hat ein sinkendes BNE in den Geberländern folglich den Gesamtwert dieser Projektion auf 124 Mrd. US-$ in Preisen von 2004 verringert.

Fortschritte zu machen. Doch auch wenn die Geber berichten, dass 79% der bilateralen ODA-Gesamtleistungen ungebunden sind (Zahlen für 2007), ist der Anteil der Leistungen, die noch immer an die Lieferanten der Geberländer gehen, nach wie vor problematisch.

Zeigen, dass EZ-Leistungen wirksam sind

Angesichts der derzeitigen Sparmaßnahmen wollen die Bürger der Geber- und der Entwicklungsländer gleichermaßen Zusicherungen, dass EZ-Leistungen wirksam sind, dass sie ein günstiges Kosten-Nutzen-Verhältnis liefern und dass sie von korrupten Regierungen nicht zweckentfremdet werden. Die Entwicklungsgemeinde bewältigt diese Herausforderungen durch:

- **Korruptionsbekämpfung.** Die Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (Anhang) legt anhand von Bemühungen zur Bekämpfung der Korruption einen klaren, praktischen Plan zur Verbesserung der Qualität und der positiven Wirkung der Entwicklungszusammenarbeit dar. Sie verpflichtet die Geber, ihre Unterstützung für die von den Entwicklungsländern zur Korruptionsbekämpfung unternommenen Anstrengungen zu erhöhen, sich an ländereigene Initiativen anzupassen und lokale Eigenverantwortung für Reformen zur Korruptionsbekämpfung zu fördern. Die Ausgaben der Geber für Initiativen zur Verbesserung der Governance in Bereichen, in denen Korruption am ehesten auftritt, wie Beschaffungs- und Finanzmanagementsysteme, sind stetig gestiegen (Abb. 7.1, Kapitel 7).
- **Wirkungsorientiertes Management.** Viele DAC-Mitglieder überarbeiten derzeit ihre EZ-Systeme, damit sie „durch und für Ergebnisse" verwaltet werden, mit anderen Worten, damit sie ganz und gar darauf ausgerichtet sind, die maximale Wirkung im Bereich der Armutsbekämpfung und der anderen MDG zu erzielen (Kapitel 2). Mehr Geber identifizieren mittlerweile z.B. Projekte und Programme, die auf von ihnen und/oder ihren Partnern erwarteten Ergebnissen basieren; sie gewährleisten auch, dass diese Programme klare Ziele haben, um eine bessere Messung der Effekte zu ermöglichen. Ferner übernehmen mehr Geber Mechanismen, die sicherstellen sollen, dass Informationen über die Ergebnisse genutzt werden können, um Beiträge zu anderen Projekten und Maßnahmen zu liefern. Die Annahme solcher Systeme – und die Schwerpunktverlagerung von den Outputs auf die konkrete Wirkung auf Armut und andere Entwicklungsprioritäten – stellt jedoch für alle Geber eine Herausforderung dar.
- **Messung der Ergebnisse.** Die Evaluierung – die die Messung der Ergebnisse im Hinblick auf die Entwicklungsziele ermöglicht – ist ein sehr wichtiger Mechanismus der Transparenz und der Rechenschaftspflicht. Um den Gebern dabei zu helfen, ihre Evaluierungen zu verbessern und auf gemeinsame Ziele zunehmend zusammen hinzuarbeiten, entwickelt der DAC neue Qualitätsstandards für die Evaluierung (Kapitel 2).
- **Kommunikation der Ergebnisse.** Es ist nicht einfach, nachzuweisen und zu vermitteln, dass EZ-Mittel gut verwaltet werden und dass sie eine Wirkung haben. Da die Grundsätze der Paris-Erklärung auf Verfahren ausgerichtet sind – z.B. Bereitstellung der EZ-Leistungen durch die Ländersysteme und gemeinsame Arbeit durch die Geber –, ist es schwierig, den einzelnen Gebern bestimmte Ergebnisse zuzuschreiben. Die DAC-Mitglieder untersuchen innovative Möglichkeiten, um der Herausforderung, die Ergebnisse zu kommunizieren, gerecht zu werden. Japan nutzt z.B. für seine Berichterstattung die Leistungsbewertungsrahmen der Partnerländer (die zur Beobachtung der Entwicklungsfortschritte geschaffen wurden). Dieser Ansatz erlaubt es den Gebern, gemeinsame Indikatoren zu verwenden, insbesondere jene, die mit den Partnerländern vereinbart wurden (Kapitel 2).

Kapazitäten für eine wirksame Entwicklung aufbauen

Um die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit zu gewährleisten, müssen die Geber die Entwicklungsprioritäten und -verfahren der Partnerländer stärker achten als ihre eigenen. Das bedeutet u.a., dass zur EZ-Abwicklung die Verwaltungssysteme eines Landes genutzt werden müssen (Kapitel 3). Jahrzehntelange Entwicklungserfahrung zeigt, dass die Umgehung landeseigener Systeme und Politiken die Fähigkeit eines Landes schwächt, seine eigene Zukunft zu bestimmen. Erreichen die Geber das OECD-Ziel, für die große Mehrheit ihrer EZ-Anstrengungen die Ländersysteme zu nutzen? Nur 45% der EZ-Leistungen, die an die 54 im Jahr 2008 untersuchten Entwicklungsländer gewährt wurden, erfolgten über die Finanzmanagementsysteme der Partnerländer (Abb. 3.1, Kapitel 3), und in einigen Fällen ging die Nutzung ihrer Systeme zwischen 2005 und 2007 zurück.

Auf Grund von Befürchtungen bezüglich Korruption oder mangelnder Kapazitäten empfinden es z.B. viele Geber als zu riskant, einem Entwicklungsland die volle Verantwortung darüber zu überlassen, wie es seine EZ-Gelder verwendet. Die bei der Nutzung der Ländersysteme empfundenen Risiken müssen jedoch den Vorteilen gegenübergestellt werden, die häufig nicht verstanden oder nicht gut genug vermittelt werden. Ein Grund dafür ist, dass es sich um institutionelle, langfristige und weniger greifbare Vorteile handelt.

Der DAC ermutigt und unterstützt die Geber im Hinblick auf die Nutzung der Ländersysteme und begrüßt die Fortschritte, die einige Geber im Rahmen ihrer Programme in Bezug auf die systematische Unterstützung und Beurteilung der Nutzung nationaler Systeme gemacht haben. Die Europäische Kommission hat z.B. ein internes Informationssystem geschaffen, um den Fortschritt bei der Nutzung der Ländersysteme zu beobachten. Manche Geber üben ebenfalls Druck auf die Partner der Zivilgesellschaft aus, damit sie über die Ländersysteme arbeiten. Der DAC hat eine globale Partnerschaft zur Stärkung und Nutzung der Ländersysteme ins Leben gerufen, die sich aus den Geber- und Partnerländern zusammensetzt und gemeinsam von Ghana und den Vereinigten Staaten geleitet wird.

Der weitere Weg: Die Fortsetzung der bisher üblichen Entwicklungszusammenarbeit stellt keine Option mehr dar

Die Herausforderungen, vor denen wir im Hinblick auf die Realisierung der MDG stehen, können nicht durch eine vorsichtige und einseitige Entwicklungsagenda bewältigt werden. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass neben EZ-Leistungen globale Faktoren einen gewaltigen Effekt auf die Entwicklung haben. Eine grundlegendere Reform und konzertierte Bemühungen, die über den traditionellen Kontext der Entwicklungszusammenarbeit hinausgehen, sind nun unerlässlich.

Erstens werden ohne die Bewältigung des Klimawandels künftige Fortschritte bei der Lösung anderer wesentlicher Entwicklungsprioritäten ernsthaft in Frage gestellt (Tabelle 5.1, Kapitel 5).

Auch wenn die Industriestaaten die optimalen Strategien zur Verringerung der Treibhausgasemissionen ausarbeiten, müssen alle Länder kohlenstoffarme Wachstumspfade verfolgen. Zudem benötigen die Entwicklungsländer Hilfe, um sich an die Auswirkungen eines sich bereits ändernden Klimas anzupassen. Anpassungsmaßnahmen müssen integrale Bestandteile der Wirtschaftspolitik, der EZ-Projekte und der internationalen EZ-Anstrengungen werden. Der DAC hat Leitlinien für die Einbeziehung der Anpassung an den Klimawandel in die Entwicklungszusammenarbeit auf allen Ebenen erstellt, von der lokalen Ebene über die Projektebene bis hin zur Ebene der nationalen Politik. Während die Partner in den Entwicklungsländern bei den Anstrengungen zur Einbeziehung der

Anpassung an den Klimawandel federführend sein müssen, fällt den internationalen Gebern bei der Unterstützung ihrer Anstrengungen, entweder durch die direkte Finanzierung oder die Förderung des Kapazitätsaufbaus, z.B. im Hinblick auf die Beobachtung des Klimas oder die Evaluierung künftiger Folgen des Klimawandels und der Anpassungsprioritäten auf nationaler Ebene, eine entscheidende Rolle zu (Kapitel 5).

Zweitens gerät ein Drittel aller Entwicklungsländer ins Hintertreffen, während viele Länder hinsichtlich der Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele Fortschritte erzielen (Abb. 6.1, Kapitel 6). Diese Gruppe von etwa 50 Ländern repräsentiert die Ärmsten der Armen. In den meisten dieser Länder wird die Situation durch gewaltsame Konflikte und schlechte Regierungsführung verschärft, und obwohl sie 38% der gesamten ODA-Leistungen erhalten, ist eine weitere Verbesserung der Bedingungen in diesen fragilen Staaten von grundlegender Bedeutung, wenn wir die MDG erreichen wollen. In Anerkennung der Tatsache, dass fragile Staaten besondere Aufmerksamkeit erfordern, haben die Entwicklungsminister der OECD-Länder einen Katalog von zehn Grundsätzen für ein zweckmäßiges internationales Engagement in fragilen Staaten und Situationen (2007) verabschiedet. Arbeiten zur Begleitung der Umsetzung dieser Grundsätze in sechs fragilen Staaten haben ergeben, dass sie für die Durchführung von Aktionen in solchen komplexen und schwierigen Situationen einen nützlichen Rahmen bieten.

Drittens sehen die meisten Niedrigeinkommensländer den Handel als ein zentrales Element ihrer Wachstums- und Armutsbekämpfungsstrategien. Die zunehmende Öffnung der Märkte muss von Maßnahmen flankiert werden, die die Vorteile des Handels gerecht zwischen und in den Entwicklungsländern verteilen, um ihre Bevölkerung von Armut zu befreien (Kapitel 4). Dies ist im Kontext der Wirtschaftskrise besonders wichtig, die dazu geführt hat, dass die Handelsströme um rd. 10% abgenommen haben, was das Vertrauen in die Rolle des Handels als Motor für Wachstum und Armutsbekämpfung untergraben hat. Die Initiative über handelsbezogene Entwicklungszusammenarbeit (Aid for Trade) soll den Entwicklungsländern dabei helfen, Engpässe in den Bereichen Information, Politik, Verfahren und Infrastruktur zu überwinden, die es vielen von ihnen verwehren, aus einem breiteren Zugang zu internationalen Märkten Nutzen zu ziehen oder mit reicheren Ländern in Wettbewerb zu treten. Das jüngste Monitoring dieser Initiative durch die OECD verdeutlicht, dass seit ihrer Lancierung im Jahr 2005 viele Fortschritte in Form einer verbesserten handelsbezogenen Erbringung und Aufstockung der Mittel durch die Geber erzielt wurden.

In dem neuen globalen Kontext erfordert die Erzielung von Fortschritten in diesen und anderen wichtigen Bereichen eine Transformation des DAC, wie wir ihn heute kennen. Der DAC der Zukunft wird viel stärker in der globalen Entwicklungsgemeinde engagiert sein, indem er sicherstellt, dass die Maßnahmen insgesamt und nicht nur im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit oder der Entwicklung kohärent sind, und indem er globale Probleme wie Klimawandel und gerechter Welthandel bei der Politikgestaltung und -umsetzung zur Geltung bringt. Dazu bedarf es besserer und stärkerer Politikinstrumente, insbesondere Länderprüfungen und Statistiken (Kapitel 8). Das heißt, dass das Schwergewicht stärker auf das Monitoring der Ergebnisse und die gegenseitige Rechenschaft gelegt werden muss. Zuletzt bedeutet dies, dass die Zusammenarbeit mit anderen integrativer und proaktiver sein muss, indem z.B. die DAC-Mitgliedschaft ausgeweitet wird. Mit den Worten des DAC-Vorsitzenden: „Wir müssen die Entwicklungszusammenarbeit als eine strategische Investition in eine gemeinsame Zukunft sehen. In einer globalisierten Welt ist sie ein entscheidendes Instrument, um für Stabilität, wirtschaftliche Integration, menschliche Sicherheit und Chancen für jeden Einzelnen zu sorgen."

Kapitel 1

Was wird aus der Entwicklungszusammenarbeit nach drei Jahren Krise?

Einführung des
Vorsitzenden des Entwicklungsausschusses

Der kombinierte akute Effekt der Nahrungsmittel-, der Energie- und der Wirtschaftskrise stellt für die Entwicklungsgemeinde eine große Herausforderung dar, die tiefgreifende Fragen über die realen Auswirkungen der Entwicklung aufwirft, darüber wie sie nachgewiesen werden können, über ihre tatsächlichen Grundlagen sowie unsere Fähigkeit, sie zu kontrollieren und über sie Rechenschaft abzulegen.

Angesichts dieser multiplen Krisen bedarf es noch dringender konkreter Entwicklungsergebnisse. In diesem Kapitel wird argumentiert, dass die Entwicklungsgemeinde mit ihrer ehrgeizigen Reformagenda fortfahren, über die Effekte ihrer Arbeit besser informieren und die notwendigen Veränderungen vornehmen muss, um zu gewährleisten, dass die Entwicklungszusammenarbeit zu einem wirksamen Instrument für die Bewältigung der mit der Globalisierung einhergehenden Herausforderungen wird. Die in Bezug auf die EZ-Wirksamkeit in der Paris-Erklärung und dem Aktionsplan von Accra eingegangenen Verpflichtungen sind die besten Indikatoren dafür, wie ernst die Entwicklungsgemeinde diese Anliegen nimmt, doch werden Fortschritte auf dem Weg zu ihrer Erfüllung nach wie vor zu langsam erzielt. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, wie globale Faktoren, die über EZ-Leistungen hinausgehen, die Entwicklung maßgeblich beeinflussen. Zugleich haben sie aber auch keinen Zweifel an der Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit für die Bewältigung neuer sowie fortbestehender Entwicklungsherausforderungen gelassen. Die Entwicklungszusammenarbeit muss daher in zahlreichen Politikbereichen und im Kontakt mit den vielen unterschiedlichen Akteuren, die die Entwicklung der armen Länder gestalten, Realität werden.

Das Fazit des Kapitels lautet, dass der DAC in Zukunft wesentlich stärker in die globale EZ-Architektur, die Herstellung von Kohärenz zwischen EZ-fremden Maßnahmen und Entwicklungszielen sowie globale Anliegen, wie Klimawandel und Schaffung eines gerechten Welthandelssystems, involviert sein wird. Der DAC wird seine Politikinstrumente schärfen, dem Monitoring der Entwicklungseffekte einen höheren Stellenwert einräumen, seine Mitglieder stärker zur Rechenschaft ziehen und in seiner Zusammenarbeit mit anderen sehr viel integrativer und proaktiver vorgehen.

Wie reagiert die Entwicklungsgemeinde auf die Krise?

In den letzten drei Jahren befand sich die Entwicklungsgemeinde in einem ständigen Krisenmodus: Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise schloss nahtlos an die Nahrungsmittel- und Energiekrise an. Die Brennstoff- und die Nahrungsmittelkrise trafen die Niedrigeinkommensländer besonders stark. Als das Wachstum der Weltwirtschaft dann zum Stillstand kam, schrumpften die nicht öffentlichen externen Finanzmittel für die Entwicklung drastisch, und der Einbruch der Wirtschaftstätigkeit war in den Entwicklungsländern deutlich spürbar.

Heute sind in vielen aufstrebenden Volkswirtschaften klare Anzeichen für eine kräftige Erholung vorhanden. Auch in den meisten Industrieländern ist das Wachstum zurückgekehrt, obwohl es gedämpfter ausfällt und seine Stärke und künftige Entwicklung ungewiss bleiben. Es ist das erste Mal, dass die aufstrebenden Volkswirtschaften den Industrieländern den Weg aus dem globalen Abschwung geebnet haben. Könnte es ein aussagekräftigeres Indiz für die durchgreifende Veränderung der etablierten Weltordnung geben?

Das Wiedererstarken der aufstrebenden Volkswirtschaften, noch bevor sich die Effekte der Wirtschafts- und Finanzkrise überall zeigten und voll zum Tragen kamen, hat entscheidend dazu beigetragen, den Schock für die Niedrigeinkommensländer abzufedern. Und obgleich die Finanzkrise die Entwicklungsländer auf ganz unterschiedliche Weise getroffen hat und die Effekte in einigen Fällen bei weitem nicht so gravierend waren, wie zunächst befürchtet worden war, hat sie dem Ziel, die Millenniumsentwicklungsziele bis 2015 zu erreichen, sicherlich einen Schlag versetzt.

Dieses Einführungskapitel setzt sich mit der Reaktion des DAC auf die Krise unter dem Aspekt der EZ-Prioritäten, -Volumen und -Modalitäten auseinander. Im ersten Abschnitt wird der Aktionsplan der Entwicklungsgemeinde zur Krisenbewältigung vorgestellt, der Effekt der Krise auf das EZ-Volumen analysiert, das Potenzial für innovative Formen der Entwicklungsfinanzierung untersucht und die Notwendigkeit hervorgehoben, Fragen der Beschäftigung und sozialen Sicherung im Entwicklungsprozess höhere Bedeutung einzuräumen. In den nachfolgenden Abschnitten werden einige Herausforderungen der Entwicklungszusammenarbeit und gegen sie gerichtete Kritiken analysiert und die Veränderungen erörtert, die notwendig sind, wenn die Millenniumsentwicklungsziele noch erreicht werden sollen.

Ein Krisenaktionsplan für arme Länder

Im letzten Jahr sah sich der DAC der schwierigen Aufgabe gegenüber, die Entwicklungsdimension der Krisen auf die Politikagenda zu setzen und zugleich der Entwicklungsgemeinde dabei zu helfen, bestmöglich zu reagieren. Eine der großen Leistungen des DAC war daher sein Beitrag zur Einigung seiner Mitglieder auf einen kohärenten internationalen Aktionsplan zur Bewältigung der Krisen in den armen Ländern. Dieser von den DAC-Ministern im Mai 2009 verabschiedete Aktionsplan umfasst sechs wesentliche Punkte (OECD, 2009a):

1. **EZ-Zusagen einhalten**. Alle DAC-Mitgliedsländer bestätigten, dass sie ihre bestehenden ODA-Verpflichtungen einhalten würden, insbesondere gegenüber Afrika, wenngleich einige Geber die Konkretisierung ihrer ursprünglichen Zusagen aufgeschoben

Kasten 1.1 **Aufhebung der Lieferbindung**

Ein wichtiges Kriterium für das geberseitige Engagement zu Gunsten kohärenter Maßnahmen und einer wirksamen EZ-Abwicklung ist die Aufhebung der Lieferbindung. Wenn die Leistungen liefergebunden sind, müssen die Beschaffungen, die mit den für die Armutsminderung bestimmten Mittel finanziert werden, bei Lieferanten aus dem Geberland erfolgen. Die Lieferbindung erhöht die Kosten vieler Güter und Dienstleistungen für die Entwicklungsländer um durchschnittlich 15-30% und nicht weniger als 40% bei der Nahrungsmittelhilfe. In Wirklichkeit können die realen Kosten noch höher ausfallen, da diese Angaben den bedeutenden indirekten Kosten der Lieferbindung nicht Rechnung tragen, zu denen beispielsweise die höheren Transaktionskosten für die Partnerländer zählen. Ein weiteres Problem mit der Lieferbindung besteht darin, dass diese zumindest z.T. kommerziellen Erwägungen folgt, die den Bedürfnissen und Prioritäten der Entwicklungsländer nicht unbedingt gerecht werden. Wenn die Leistungen liefergebunden sind, ist es für die Entwicklungsländer zudem schwieriger, ein Gefühl der Eigenverantwortung für die laufenden Projekte zu entwickeln.

Aus all diesen Gründen verabschiedete der DAC im Jahr 2001 eine Empfehlung zur Aufhebung der Lieferbindung für die ärmsten Länder der Welt (d.h. die am wenigsten entwickelten Länder bzw. LDC). Diese Empfehlung, die alle DAC-Mitglieder einhalten müssen, erstreckt sich auf die Gesamtheit der EZ-Leistungen, mit Ausnahme der Technischen Zusammenarbeit und Nahrungsmittelhilfe. Der Geltungsbereich der Erklärung ist seither erweitert worden und umfasst mittlerweile auch alle hochverschuldeten armen Länder (HIPC), die noch nicht zu den am wenigsten entwickelten Ländern zählen.

Seit 2001 sind erhebliche Fortschritte erzielt worden. So hat z.B. die überwiegende Mehrzahl der DAC-Mitgliedsländer die Lieferbindung für ihre bilateralen EZ-Programme mittlerweile ganz oder nahezu ganz aufgehoben. Infolgedessen wurden 79% der bilateralen ODA-Leistungen 2007 als ungebunden erfasst. Von den übrigen Leistungen waren 17% weiterhin liefergebunden, während der Status der verbleibenden 4% (größtenteils Technische Zusammenarbeit) nicht angegeben wurde. Und es werden weiterhin Fortschritte erzielt. Kanada und Spanien z.B. haben jüngst ihre Absicht bekundet, die Lieferbindung bei ihren EZ-Leistungen in den kommenden Jahren völlig aufzuheben (einschl. der Nahrungsmittelhilfe, für die Kanada die Lieferbindung bereits 2008 aufgehoben hatte). Korea, das gerade dem DAC beigetreten ist (Kasten 1.3), hat Pläne bekannt gegeben, bis 2015 die Lieferbindung für 75% seiner EZ aufzuheben. Nur Italien, Griechenland, Portugal und die Vereinigten Staaten müssen auf dem Weg zur Aufhebung der Lieferbindung noch eine beträchtliche Wegstrecke zurücklegen.

Die oben genannten Faktoren reichen indessen nicht aus, um die Vorteile der Lieferaufbindung voll ausschöpfen zu können. Hierfür ist es ebenfalls notwendig, dass die Geberländer der Aufhebung wirklich positiv gegenüberstehen, die Entwicklungsländer über Beschaffungssysteme mit angemessener Qualität und Kapazität verfügen und die lokalen und regionalen Lieferanten in der Lage sind, einen fairen Wettbewerb um Aufträge zu führen, unter gleichen Bedingungen für alle und gebührender Berücksichtigung der sozialen Verantwortung der Unternehmen. Obwohl die Geberländer ihre Verfahren formalisiert haben, um sicherzustellen, dass die Beschaffungsverträge in einem offenen Wettbewerb vergeben werden, fließt nach wie vor ein hoher Anteil der Leistungen an inländische Lieferanten, was Anlass zur Sorge gibt. Die Verpflichtungen zur Aufhebung der Lieferbindung müssen durch eine umfassende und transparente Berichterstattung flankiert werden, die auch Informationen über lieferungebundene EZ-Angebote und insbesondere Ergebnisse von Vergabeverfahren enthält, für die nur sehr unvollständige Statistiken vorhanden sind.

Der nächste Schritt besteht für die DAC-Mitglieder darin, die Lieferaufbindungsverpflichtungen effektiv umzusetzen, die sie im Aktionsplan von Accra eingegangen sind, d.h. bis 2010 Pläne zu entwickeln, um die Lieferbindung so weit wie möglich aufzuheben. Der DAC bemüht sich derzeit, alle Länder, die nach wie vor in starkem Umfang auf die Lieferbindung zurückgreifen, davon zu überzeugen, sich ihresgleichen anzuschließen und ihre bilateralen EZ-Programme voll bzw. weitgehend lieferungebunden umzusetzen.

haben. Sie bekräftigten ferner, dass sie dem Druck zur Lieferbindung widerstehen (Kasten 1.1) und im Rahmen der Regierung ihres jeweiligen Landes darauf hinwirken werden, dass die Politikmaßnahmen in allen Bereichen gemeinsam in den Dienst einer kohärenten Entwicklung gestellt werden.

2. **Das Krisenmanagement in die Maßnahmen zur Förderung eines langfristigen Wachstums und Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele integrieren.** Die ODA-Leistungen sind langfristig orientiert und zielen auf eine dauerhafte Entwicklung ab. In Notfällen hingegen, in denen andere EZ-Finanzierungsströme versiegen, können kurzfristige Überbrückungsfinanzierungen sicherstellen, dass über Jahre hinweg erzielte Entwicklungsfortschritte nicht in wenigen Monaten zunichte gemacht werden.

3. **Qualität und Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit verbessern**. Sicherzustellen, dass die wesentlichen Verpflichtungen der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit und des Aktionsplans von Accra (AAA) – in Bezug auf Eigenverantwortung der Partnerländer, Nutzung der Systeme und Verfahren der Partnerländer sowie Vorhersehbarkeit – effektiv umgesetzt werden, ist fester Bestandteil der Krisenreaktion (Anhang). Gleichzeitig wird es unerlässlich sein, einige während des Krisenmodus ins Leben gerufene Aktivitäten nach und nach wieder einzustellen, da sie einer Erholung auf lange Sicht im Wege stehen oder die globale Architektur fragmentieren könnten.

4. **Gewährleisten, dass die ODA-Leistungen den dringenden Bedürfnissen einzelner Länder rasch gerecht werden können**. Multilaterale Einrichtungen sind häufig am besten platziert, um existierende Programme während einer Krise rasch umzuwandeln und in den Dienst prioritärer Bedürfnisse zu stellen. Die DAC-Mitglieder haben sich darauf verständigt, diese raschen und flexiblen Reaktionen durch die Bereitstellung krisenbezogener EZ-Leistungen zu unterstützen, und versicherten zugleich, dass die Berechenbarkeit der bestehenden EZ-Zusagen hierdurch nicht beeinträchtigt wird.

5. **Alle verfügbaren Instrumente zur Krisenbewältigung einsetzen, nicht nur die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit**. Ein breites Spektrum sonstiger Finanzinstrumente, -kanäle und -quellen steht zur Verfügung, das die Entwicklung maßgeblich beeinflussen kann (siehe weiter unten). Es ist wichtig, diese zu nutzen und gleichzeitig aber sicherzustellen, dass die ODA-Leistungen und sonstigen Formen der Entwicklungsfinanzierung komplementär sind und die Öffentlichkeit hierüber besser informiert wird.

6. **Die Krisenreaktion seitens der Geber und der Partnerländer begleiten und entsprechend Rechenschaft ablegen**. Das Monitoring ist notwendig, um zu gewährleisten, dass die Geber ihre Zusagen hinsichtlich des EZ-Volumens und der EZ-Wirksamkeit einhalten und dass ihre Aktionen den Bedürfnissen der Partner gerecht werden. Die DAC-Mitglieder verständigten sich darauf, mit den Partnerländern zusammenzuarbeiten, um zu gewährleisten, dass die in Aussicht gestellten EZ-Leistungen den Bedürfnissen der Partner entsprechen.

Obwohl eine Reaktion auf die Krise eindeutig unerlässlich ist, darf nicht aus den Augen verloren werden, dass die Krisenbekämpfung nicht der eigentliche Sinn und Zweck der Entwicklungszusammenarbeit ist und sein kann. Es ist nicht Ziel der Entwicklungszusammenarbeit, „Brandbekämpfung“ zu leisten, sie muss vielmehr ihre Arbeit darauf konzentrieren, die Voraussetzungen für eine dauerhafte Entwicklung zu schaffen, wie es in den Millenniumsentwicklungszielen definiert ist. An dieser Stelle ist es nützlich, daran zu erinnern, dass die Welt vor Ausbruch dieser Serie unmittelbar aufeinanderfolgender Krisen eine Phase des dynamischen Wachstums und nahezu beispielloser Wirtschaftsergebnisse in den Entwicklungsländern gekannt hatte. Heutzutage scheint eine

Situation, in der eine starke Wirtschaftsexpansion mit einer moderaten Entwicklung der Grund- und Rohstoffpreise einhergeht, nur schwer vorstellbar zu sein. Die Welt hat sich tiefgreifend verändert, das Ziel der Entwicklungszusammenarbeit aber muss unverändert bleiben.

Die Auswirkungen der Krise auf das Volumen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit

Als das Ausmaß der Finanz- und Wirtschaftskrise klar wurde, hat die Entwicklungsgemeinde eingehend beobachtet, ob die Niveaus der ODA-Leistungen in Mitleidenschaft gezogen würden. Die Erleichterung war groß, als die vom DAC veröffentlichten ODA-Daten für 2008 einen Anstieg der ODA-Leistungen auf bisher beispiellose 121,5 Mrd. US-$ ergaben, in absoluter Rechnung den höchsten jemals erreichten Betrag[1]. Einer Erhebung über die Ausgabenpläne der Geber ist zu entnehmen, dass die Programmhilfe zwischen 2008 und 2010 um 11% zunehmen wird und insbesondere einige multilaterale Stellen höhere Beiträge leisten werden (Kapitel 8).

Trotz des starken Anstiegs der ODA-Leistungen im Jahr 2008 und der Pläne für weitere Leistungsaufstockungen in den Jahren 2009 und 2010[2] ergibt eine nuanciertere Betrachtung der EZ-Zusagen ein ganz anderes Bild. Im Jahr 2005 verpflichteten sich die Geber auf dem G8-Gipfeltreffen von Gleneagles und dem Millennium+5-Gipfel, ihre Leistungen aufzustocken. Viele Zusagen erfolgten in Form von ODA-Zielvorgaben, die sich auf einen bestimmten Anteil des Bruttonationaleinkommens (BNE) beziehen. Die auf diesen Gipfeltreffen oder in ihrem Kontext eingegangenen Verpflichtungen ließen zu konstanten Preisen von 2004 eine Erhöhung der ODA-Leistungen von 80 Mrd. US-$ im Jahr 2004 auf 130 Mrd. US-$ im Jahr 2010 erwarten. Infolge der Wirtschaftskrise und des damit einhergehenden BNE-Rückgangs in den Geberländern verringerte sich der Gesamtwert der eingegangenen Verpflichtungen auf 124 Mrd. US-$ zu Preisen von 2004. Da die meisten Geber an ihren Zusagen festhalten, dürften die ODA-Leistungen nach heutigen Erkenntnissen 2010 zu Preisen von 2004 ein Niveau von 107 Mrd. US-$ erreichen – was einem Anstieg um 35% gegenüber dem Referenzniveau von 2004 entspricht. Indessen verzeichneten viele Länder – darunter auch einige große Geberländer – Ende 2009 große Fehlbeträge. Das bedeutet mit anderen Worten, dass das ODA-Gesamtniveau im Jahr 2010 etwa 17 Mrd. US-$ zu Preisen von 2004 (bzw. 21 Mrd. US-$ zu Preisen von 2008) unter dem 2005 veranschlagten Niveau liegen wird. Analog hierzu werden auch die jährlichen Leistungen für Afrika, die Schätzungen zufolge zu Preisen von 2004 um 12 Mrd. US-$ steigen dürften, weit hinter der auf dem Gleneagles-Gipfel für Afrika angekündigten Zielvorgabe von 25 Mrd. US-$ zurückbleiben, obwohl zahlreiche Geber ihre im Gleneagles-Abschlussdokument festgehaltenen individuellen Zusagen für Subsahara-Afrika für das Jahr 2010 erfüllen.

Eine jüngste Analyse der Haushaltsentwürfe für das Jahr 2010 zeigt ein breites Spektrum an Perspektiven auf. Länder wie Finnland, Spanien, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten haben die ODA-Leistungen weiter so budgetiert, dass sie ihren Verpflichtungen gerecht werden. Dänemark, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen und Schweden wenden weiterhin mindestens 0,7% ihres BNE für ODA-Leistungen auf, im Einklang mit dem seit langem bestehenden Richtwert der Vereinten Nationen[3]. Australien, Kanada und Neuseeland scheinen sich auf Kurs zu befinden, um ihre EZ-Leistungen bis 2010 zu verdoppeln. Die Schweiz plante, einen Anteil von 0,47% zur Verfügung zu stellen, was ihre vorherige Zusage von 0,4% übertrifft. Irland hat seine ODA-Schätzungen für die Zukunft nach unten revidiert, hofft aber nach wie vor, ein ODA/BNE-Verhältnis von 0,52% zu erreichen. Die Erfüllung der Zielvorgabe eines ODA/BNE-Verhältnisses von 0,7% im Jahr 2010 stellt für Belgien, dessen ODA-Volumen 2008 bei 2,39 Mrd. US-$ lag (0,48% des BNE), eine enorme Herausforderung dar. Im Jahr 2009 übertraf es indessen das länderspezifische Ziel der EU von 0,51%, und die Regierung hat die

Bereitstellung der notwendigen Ressourcen in ihrem Haushalt 2010 sichergestellt, um den Richtwert von 0,7% erreichen zu können.

Andere Länder hingegen scheinen nicht die notwendigen Vorkehrungen getroffen zu haben, um ihre angekündigten Zusagen einzuhalten. Vielmehr geht aus den Budgetrahmen einiger Länder für 2010 hervor, dass sie sich von der Erfüllung ihrer ODA-Zusagen möglicherweise noch weiter entfernt haben, da ihre ODA-Budgets entweder stagnieren oder schrumpfen. Unter den EU-Ländern, die sich prinzipiell dazu verpflichtet haben, 2010 ein ODA/BNE-Verhältnis von mindestens 0,51% zu erreichen, wird für Österreich beispielsweise festgestellt, dass im laufenden Dreijahresprogramm der Entwicklungspolitik für 2010 ein ODA/BNE-Verhältnis von 0,37% vorgesehen ist. Im Haushaltsentwurf Frankreichs wird für 2010 ein ODA/BNE-Verhältnis von 0,44-0,48% veranschlagt; der genaue Wert hängt vom Zeitplan der Schuldenerleichterungen für die Länder ab, die im Rahmen der Initiative für hochverschuldete arme Länder den sogenannten Entscheidungspunkt (decision point) erreicht haben. Das ODA-Budget Griechenlands für 2010 ist noch nicht verfügbar, Schätzungen des DAC-Sekretariats zufolge wird es 2010 aber 0,21% betragen. Italien dürfte 2010 ein ODA/BNE-Verhältnis von 0,20% erreichen. Dem offiziellen Haushaltsbericht von 2009 für Portugal ist zu entnehmen, dass sich das ODA/BNE-Verhältnis 2010 schätzungsweise auf 0,34% belaufen wird.

Die Aussichten für Deutschland scheinen ebenfalls problematisch zu sein, wo sich die ODA-Leistungen 2008 auf 13,98 Mrd. US-$ bzw. 0,38% des BNE beliefen. Der Haushaltsentwurf der neuen Bundesregierung, der kurz nach Redaktionsschluss für diesen Bericht Anfang 2010 bekannt gegeben werden sollte, dürfte eindeutigen Aufschluss darüber geben, wie Deutschland die Herausforderung zu meistern gedenkt, sein ODA-Volumen aufzustocken, um die für 2010 und danach gesetzten Ziele zu erreichen. Unter den anderen großen Gebern verfehlte Japan seine Zusage von Gleneagles (die ODA-Leistungen zwischen 2005 und 2009 um insgesamt 10 Mrd. US-$ anzuheben) um 4 Mrd. US-$.

Auch wenn sich ein Teil der Schwierigkeiten bei der Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen durch die weltweite Wirtschaftskrise erklärt, kann diese nicht als Rechtfertigung für die Nichteinhaltung herangezogen werden. Einige Länder sind ihrem Engagement treu geblieben und haben ihre ODA-Leistungen drastisch aufgestockt, obwohl sie stark von der Krise betroffen sind (Spanien und Vereinigtes Königreich), und die Entwicklungsgemeinde würdigt die von diesen Ländern unternommenen Anstrengungen. Gleichzeitig werden vielfach Befürchtungen laut, dass andere Länder ihre Zielvorgaben nicht erfüllen werden, was die Fähigkeit der Entwicklungsländer, auf dem Weg zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele weiter voranzukommen, ernsthaft beeinträchtigen würde.

Welche Lehren lassen sich aus diesen Erfahrungen ziehen?

1. Die Aufstellung von Zielvorgaben in Form konkreter Zusagen ist für viele Länder ein starker Motivationsfaktor zur Erhöhung ihrer ODA-Leistungen. Allerdings haben einige Länder die ODA-Aufstockungen nicht rechtzeitig eingeplant. Infolgedessen sehen sie ihre Glaubwürdigkeit nun in Frage gestellt, was ihr weiter gehendes Engagement für andere wichtige Anliegen beeinträchtigen kann, wie beispielsweise die Finanzierung der Bekämpfung des Klimawandels. Den Engagements nachzukommen, die wiederholt auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs formuliert wurden, ist kein Luxus, auf den man einfach so verzichten kann.

2. Die Zielvorgaben für künftige EZ-Zusagen sollten jährliche Zuwachsraten beinhalten, damit die Ergebnisse jedes Jahr überprüft und das EZ-Volumen auf einem berechenbaren und verlässlichen Niveau gehalten werden kann, was eine unabdingbare Voraussetzung für einen positiven ODA-Beitrag zur Entwicklung darstellt. Unvorhersehbare und unregelmäßige ODA-Leistungen schwächen die Entwicklung und

können für die Entwicklungsländer ebenso wie die Steuerzahler in den Geberländern mit enormen Kosten verbunden sein. Stetige Erhöhungen verbessern die Vorhersehbarkeit und verleihen den Partnerländern ein solides Fundament, auf dem sie ihre eigenen mittelfristigen Ausgabenpläne erstellen können.

Der DAC wird auch weiterhin Länderprüfungen durchführen (Kasten 8.1, Kapitel 8), um die Fortschritte zu verfolgen, die alle Geber in Bezug auf die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen gemacht haben.

Innovative Finanzierung

Die Krise hat den Bemühungen um die Erschließung neuer und besser vorhersehbarer Quellen der Entwicklungsfinanzierung frische Impulse verliehen. In den letzten zehn Jahren ist ein breites Spektrum an Programmen entwickelt worden, und es werden weiterhin neue Programme untersucht.

Die in Kasten 1.2 und Tabelle 1.1 (am Ende dieses Kapitels) beschriebenen innovativen Finanzierungsformen leisten einen zunehmend wichtigen Entwicklungsbeitrag. Sie haben die Mobilisierung erheblicher zusätzlicher Mittel ermöglicht. Sie lassen neue Partnerschaften zwischen öffentlichen und privaten Einrichtungen entstehen, was ein positiver Schritt ist, der dazu beiträgt, das Interesse der Öffentlichkeit für die Entwicklungszusammenarbeit aufrechtzuhalten. Dennoch stellt dieser neue und sich ständig verändernde Kontext für den DAC insofern eine Herausforderung dar, als sich die innovative Finanzierung nur schwer exakt nachverfolgen lässt. Die Geber werden in ihren Berichterstattungen nähere Einzelheiten zur Herkunft der Gelder liefern müssen, damit der DAC die sich abzeichnenden Tendenzen beobachten und beurteilen kann, ob innovative Finanzierungsmechanismen die ODA-Leistungen der Geber ergänzen oder lediglich ersetzen.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass bei manchen innovativen Finanzierungsmechanismen die Allokation von ODA-Mitteln mehrere Jahre im Voraus erfolgen muss (sogenanntes Frontloading), was einigen Gebern helfen könnte, ihren ODA-Verpflichtungen nachzukommen, insbesondere den für 2015 eingegangenen. Zugleich besteht aber auch die Gefahr, dass die Geber ihre traditionellen bilateralen Leistungen zurückschrauben müssen, wenn diese im Rahmen der innovativen Finanzierungsmechanismen aufgenommenen Gelder fällig werden und an den Staat zurückgezahlt werden müssen.

Der DAC wird sich am Monitoring des Frontloading beteiligen und sicherstellen helfen, dass dieses Verfahren die künftigen ODA-Budgets der Mitglieder nicht belastet. Ferner wird der DAC diese neuen Finanzierungsmodalitäten im Hinblick auf die in Paris und Accra festgelegten Grundsätze der EZ-Wirksamkeit untersuchen, da die Gefahr besteht, dass die neuen Finanzierungsinstrumente die ohnehin bereits komplexe EZ-Architektur noch unübersichtlicher machen. Wichtig ist es, vor den potenziell negativen Effekten einer Proliferation neuer Finanzierungsmechanismen auf unsere Partnerländer auf der Hut zu sein. Zu den negativen Effekten zählen ein möglicherweise erschwerter Zugang zu Finanzmitteln oder eine Erhöhung des Planungs- und Berichterstattungsaufwands. Die innovative Finanzierung muss den technischen Kapazitäten und der Aufnahmefähigkeit der Entwicklungsländer angepasst werden. Zudem müssen sich die Berichtsauflagen weiter auf die Erzielung optimaler Entwicklungseffekte durch eine angemessene Integration der Instrumente in die ländereigenen Systeme konzentrieren. Und nicht zuletzt darf die Rechenschaftspflicht gegenüber den Geberländern die gegenüber den Partnerländern bestehende Rechenschaftspflicht nicht untergraben.

Kasten 1.2 **Neue Wege der Entwicklungsfinanzierung**

Das Spektrum neuer Mechanismen und Konzepte der Entwicklungsfinanzierung, die neue Partnerschaften und Finanzierungsströme mit sich bringen, wird immer größer. Dieser Trend setzte vor zehn Jahren mit der Einrichtung zweier großer internationaler Fonds zur Bewältigung globaler Gesundheitsherausforderungen ein (GAVI – Globale Allianz für Impfstoffe und Immunisierung, die zur Finanzierung von Impfstoffen eingerichtet wurde, und GFATM – Globaler Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria), die Gelder aus dem öffentlichen und privaten Sektor erhalten. In beiden Fällen wurde das neu erwachte philantropische Interesse privater Organisationen, allen voran der Gates-Stiftung, an der Entwicklung genutzt, um eine neue Form der öffentlich-privaten Partnerschaft ins Leben zu rufen, die große Krankheitsbekämpfungskampagnen in Entwicklungsländern finanzieren würden. Diese neuen großen Fonds für den Gesundheitssektor sind dann selbst zu Innovationsmotoren geworden. Der GAVI wird mittlerweile weitgehend über die Internationale Finanzierungsfazilität für Impfprogramme (IFFIm) finanziert[1], die über die Emission von Anleihen, die durch langfristige ODA-Zusagen aus acht Geberländern besichert sind, voraussichtlich insgesamt 4 Mrd. US-$ mobilisieren wird. Der Globale Fonds erhält seinerseits derzeit Mittel aus der ProductRed-Initiative, in deren Rahmen Kreditkarten- und andere Unternehmen Spezialeditionen ihrer Produkte im ProductRed-Design verkaufen und einen Teil des durch den Verkauf dieser Produkte erzielten Gewinns an den Globalen Fonds spenden. Überdies hat der Globale Fonds auch sein eigenes Programm zur Mobilisierung von Schuldenerleichterungen entwickelt. Im Rahmen seiner Schuldenumwandlungsinitiative „Debt2Health" erlassen Geberländer Entwicklungsländern einen Teil ihrer Schulden, sofern das Schuldnerland die Hälfte des erlassenen Betrags über den Globalen Fonds in Gesundheitsprogramme investiert.

Die Krise hat das Interesse an neuen Instrumenten verstärkt. Hierzu zählen u.a.:

- Geringe Abgaben auf die Beschaffungen privater und manchmal auch öffentlicher Akteure. Die Solidaritätsabgabe auf Flugtickets, die im Jahr 2006 eingeführt wurde, ist mittlerweile in 13 Ländern in Kraft, und es ist eine internationale Fazilität zum Kauf von Medikamenten, die UNITAID-Initiative, ins Leben gerufen worden, in die die Erträge der Solidaritätsabgabe fließen, um den Zugang zu Behandlungen gegen AIDS, Tuberkulose und Malaria zu beschleunigen.
- Versteigerung von Emissionsrechten. Deutschland hat angekündigt, dass es von den Auktionserlösen aus dem Jahr 2009 225 Mio. Euro zur Finanzierung von Entwicklungsaktivitäten zur Verfügung stellen wird.
- Einsatz von Bürgschaften und Versicherungen: Ein erster Finanzierungsmechanismus in Form einer Vorabkaufverpflichtung für die Industrie (AMC – *advanced market commitment*) ist eingerichtet worden, um die Entwicklung eines Pneumokokken-Impfstoffs voranzubringen. Im Rahmen dieser Initiative verständigen sich private und öffentliche Geber auf die Bezuschussung eines erfolgreich getesteten Impfstoffs. Dieses Modell bietet der Pharmaindustrie einen zusätzlichen Anreiz, ein Produkt zu entwickeln, das ansonsten wirtschaftlich nicht tragfähig gewesen wäre. Eine andere Form des Finanzierungsversprechens, die vor kurzem getestet wurde, ist die Schlechtwetterversicherung. In diesem Fall stellen die Geberländer die notwendigen Mittel für die Finanzierung einer Versicherungspolice zur Verfügung, die eine Entschädigung für Landwirte vorsieht, sobald Regenfälle und sonstige Witterungsphänomene zuvor definierte Schwellenwerte erreicht haben.

Weitere Systeme werden derzeit von der Pilotgruppe für innovative Entwicklungsfinanzierungen untersucht, darunter eine Devisenumsatzsteuer (die „Tobin-Steuer", die nach ihrem Erfinder, dem Nobelpreisträger James Tobin, benannt wurde). Tabelle 1.1 am Ende des Kapitels fasst einige dieser Initiativen zusammen und beurteilt, inwieweit sie als ODA-Leistung eingestuft werden können[2].

1. Die Regierungen beteiligen sich an der IFFIm, um die Zinszahlungen und die definitive Rückzahlung der Schuldverschreibungen zu finanzieren.
2. Private Beiträge zählen nicht als ODA-Leistung, sind aber in den Daten zu den Einnahmen der Entwicklungsländer enthalten.

Beschäftigung und sozialer Schutz im Entwicklungsprozess

Durch die Krisen ist zugleich auch deutlicher geworden, dass zwei wesentlichen Bestimmungsfaktoren für die Erreichung eines armutsmindernden Wachstums[4] mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, die bisher weitgehend vernachlässigt wurden. Erstens sind eine produktive Beschäftigung und menschenwürdige Arbeitsbedingungen Grundvoraussetzungen, um den Weg aus der Armut zu finden. Die Mehrzahl der armen Frauen und Männer verdient ihren Lebensunterhalt in der informellen Wirtschaft, und die geplanten Maßnahmen müssen dieser Tatsache Rechnung tragen. Gut funktionierende Arbeitsmärkte und ein Umfeld, in dem sich das lokale Unternehmertum entfalten kann, sind für die Erhöhung der Beschäftigungsmöglichkeiten für die Armen von entscheidender Bedeutung. Das ermöglicht es ihnen wiederum, zum Wachstum ihres Landes beizutragen.

Zweitens verstärken Instrumente der sozialen Sicherung – z.B. Sozialversicherung, Sozialtransfers und Mindestarbeitsstandards – die Fähigkeit armer und gefährdeter Bevölkerungsgruppen, der Armut zu entkommen, und geben ihnen das nötige Rüstzeug, um Risiken und Schocks besser begegnen zu können. Außerdem erhöhen sie die soziale Kohäsion und Stabilität und tragen zur Humankapitalbildung, zum Risikomanagement, zur Förderung von Investitionen und Unternehmertum sowie zur Verbesserung der Arbeitsmarktbeteiligung bei.

Die Unterstützung von Programmen zur Förderung der Beschäftigung und sozialen Sicherung muss nicht sehr kostenaufwendig sein und erweist sich als eine Investition mit gutem Kosten-Nutzen-Verhältnis, wie Erfahrungen aus Südafrika und Brasilien gezeigt haben (OECD, 2009b). Die Effekte können sich gegenseitig verstärken: So generieren bessere und produktivere Arbeitsplätze höhere Einkommen, die es armen Arbeitskräften ermöglichen, Sozialausgaben zu leisten und zur Finanzierung des sozialen Schutzes beizutragen. Gleichzeitig steigert das Vorhandensein sozialer Sicherungssysteme die Produktivität und Beschäftigungsfähigkeit armer Menschen, wodurch sich ihre Einkommen stabilisieren und erhöhen. So entsteht eine Verbindung zwischen Strategien zur Lösung kurzfristiger Probleme und längerfristigen Anliegen, wie Wachstumsförderung und Armutsbekämpfung.

Im Mai 2009 erarbeitete der DAC eine Politikerklärung, die von den zuständigen Ministern der DAC-Mitgliedsländer verabschiedet wurde und in der produktive Beschäftigung und menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu Kernzielen der Entwicklungszusammenarbeit erklärt wurden (OECD, 2009c). In der Erklärung werden die DAC-Mitglieder aufgefordert, den Regierungen der Partnerländer eine angemessene, langfristige und vorhersehbare finanzielle Unterstützung für politisch und finanziell tragfähige Programme zur sozialen Absicherung bereitzustellen. Es wird die Notwendigkeit hervorgehoben, die in diesen Bereichen unternommenen Aktionen mit der nationalen Politik zu harmonisieren und an ihr auszurichten, wie es in der Paris-Erklärung und im Aktionsplan von Accra gefordert wird. Diese Fokussierung auf Fragen der Beschäftigung und der sozialen Absicherung erfolgt angesichts des krisenbedingten Abschwungs in den Entwicklungsländern genau zum richtigen Zeitpunkt. Sie steht auch in engem Zusammenhang zur Agenda der handelsbezogenen Entwicklungszusammenarbeit (Kapitel 4), da die meisten Niedrigeinkommensländer den Handel in ihren Wachstums- und Armutsbekämpfungsstrategien als eine Schlüsselkomponente betrachten. Wir müssen sicherstellen, dass die zunehmende Marktöffnung von Maßnahmen flankiert wird, die es den ärmsten Menschen ermöglichen, sich von der Armut zu befreien, und dafür sorgen, dass die Vorteile des offenen Handels unter und in den Entwicklungsländern gerecht verteilt werden. Das ist vor allem in der heutigen Situation wichtig, in der die Wirtschaftskrise einen Rückgang der Handelsströme um etwa 10% zur Folge hat, was das Vertrauen in die Rolle des Handels als Motor für Wachstum und Armutsbekämpfung geschwächt hat.

Welche Zukunft für die Entwicklung?

Die Krisen haben Fragen über die realen Auswirkungen der Entwicklung aufgeworfen, darüber wie sie nachgewiesen werden können, über ihre tatsächlichen Grundlagen sowie unsere Fähigkeit, sie zu kontrollieren und über sie Rechenschaft abzulegen. Wir haben parallel dazu erlebt, wie in der Öffentlichkeit eine immer kritischere Debatte über die Entwicklungszusammenarbeit in Gang gekommen ist:

- **Hat die Entwicklungszusammenarbeit Auswirkungen?** Die diesbezüglichen Kritiken wurden größtenteils in den Boomjahren des Wachstums vor dem Ausbruch der Krisen laut, als die wirtschaftliche Stärke einiger Länder den Eindruck erweckte, sie hätten ein Stadium erreicht, in dem sie die EZ-Abhängigkeit in einem positiveren globalen makroökonomischen Umfeld überwunden hätten. Allerdings hat sich die Situation unter dem Einfluss der rückläufigen nationalen Steuereinnahmen, drastisch sinkender Rücküberweisungen, schrumpfender Exporterträge und eines über 80%igen Rückgangs der privaten Investitionsströme in die Entwicklungsländer zwischen 2007 und 2009 dramatisch verändert. In Kapitel 2 wird erörtert, wie die Entwicklungseffekte in den Mittelpunkt des Entwicklungssystems gerückt sind und wie sie beurteilt werden.
- **Fördert oder bremst die Entwicklungszusammenarbeit das nachhaltige Wachstum und die Eigenständigkeit armer Länder?** Ein weiterer wichtiger Kritikpunkt richtet sich gegen eine „EZ-Industrie", die zunehmend nach Ritualen und internen Gesetzen funktioniert und sich mit der Frage des institutionellen Eigeninteresses auseinandersetzen muss. Die Entwicklungszusammenarbeit wird häufig als unwirksam, überflüssig und letztlich sogar als ein Hindernis für den Autonomieerwerb betrachtet. In Kapitel 3 wird analysiert, wie die Entwicklungsgemeinde diese Kritik zu entkräften sucht, indem sie über die eigenen Systeme der Partnerländer agiert, damit diese eigenständig werden.
- **Werden die EZ-Leistungen von korrupten Regierungen vergeudet?** Dieser Eindruck ist in der Öffentlichkeit weit verbreitet. Es stimmt, dass die Korruption eine ernste Herausforderung für die Entwicklungszusammenarbeit darstellt. Der Kampf gegen die Korruption wird nie beendet sein, auch nicht in den am meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Die Entwicklungszusammenarbeit ist vor dieser Realität nicht gefeit: Niemand kann garantieren, dass EZ-Leistungen nie missbraucht werden. So muss man sich dieses Risikos bewusst sein und es angehen, doch wäre es grundlegend falsch, die Entwicklungszusammenarbeit als das Problem zu betrachten, wenn es um Korruption geht. Sie ist im Gegenteil ein wichtiges Instrument, um Korruption zu bekämpfen. Die DAC-Mitglieder wenden sehr viel Zeit, Energie und Ressourcen auf, um Verbesserungen der Governance-Strukturen in den Entwicklungsländern zu unterstützen und die Korruption in diesen Ländern zurückzudrängen (Kapitel 7).

Während viele Kritikpunkte sehr stichhaltig sind, basieren manche Argumente wiederum auf einem etwas veralteten Konzept der Entwicklungszusammenarbeit. So wird beispielsweise manchmal zwischen Entwicklungspartnerschaften, von den Gebern in anderen Bereichen ergriffenen Maßnahmen und den kommerziellen Beziehungen zwischen privaten Akteuren nur vage – oder gar nicht – unterschieden. Dennoch müssen alle geäußerten Kritiken ernst genommen werden, vor allem wenn sie die Existenzberechtigung und den eigentlichen Auftrag der Entwicklungszusammenarbeit selbst in Frage stellen, der darin besteht, die Lebensbedingungen der Armen zu verbessern. Die Entwicklungszusammenarbeit muss sich verändern, und die Entwicklungsgemeinde arbeitet bereits sehr energisch an der Umsetzung von Neuerungen.

Der vor uns liegende Weg: Akteure außerhalb der Entwicklungsgemeinde erreichen

Die Agenda zur Steigerung der EZ-Wirksamkeit, die seit dem Jahr 2003 als Richtschnur der EZ-Reform fungiert, ist der beste Beweis dafür, wie ernst die Entwicklungszusammenarbeit die bestehenden Probleme nimmt. In den nachstehenden Kapiteln wird untersucht, was die Entwicklungsgemeinde zur Bewältigung der Probleme unternimmt. Es gibt noch viel zu tun, um die zur Steigerung der EZ-Wirksamkeit festgelegten Ziele zu erreichen. Es bleiben weniger als zwei Jahre bis zum Vierten Hochrangigen Forum zur EZ-Wirksamkeit in Seoul, auf dem die Fortschritte der einzelnen Länder auf dem Weg zur Steigerung der EZ-Wirksamkeit beurteilt werden. Derzeit gehen die Fortschritte zu langsam voran, um die vereinbarten Ziele zu erreichen. Eine Voraussetzung für die Erfüllung der Agenda zur Steigerung der EZ-Wirksamkeit und Bewältigung der anderen hier skizzierten Entwicklungsprobleme sind Veränderungen der Arbeitsmethoden der Entwicklungsgemeinde und ihrer Denkweise in Bezug auf Entwicklung. Es wird zunehmend offensichtlich, dass der Entwicklungseffekt in den kommenden Jahren zum entscheidenden Beurteilungskriterium der Wirksamkeit und Qualität der Entwicklungszusammenarbeit werden wird.

Um einen Effekt zu erzielen, muss voll und ganz anerkannt werden, dass die Entwicklungszusammenarbeit allein nicht ausreicht, um Entwicklungsergebnisse zu erzielen. Im Rahmen einer vom DAC im Mai 2009 abgeschlossenen strategischen Reflexion wurde sondiert, wie die Entwicklungszusammenarbeit in den nächsten 10-15 Jahren angesichts des sich rasch wandelnden internationalen Umfelds verändert werden muss (OECD, 2009d). Zu den wichtigsten Feststellungen zählen:

- **Die Entwicklungszusammenarbeit muss als eine strategische Investition in eine gemeinsame Zukunft betrachtet werden**. In einer globalisierten Welt ist die Entwicklungszusammenarbeit ein Schlüsselinstrument für die Erreichung von Stabilität, Wirtschaftsintegration, menschlicher Sicherheit und Chancengleichheit für alle. Eine der wichtigsten Aufgaben besteht nun darin, diese Funktion der Entwicklungszusammenarbeit besser bekannt zu machen, um insbesondere den weitverbreiteten, aber nicht zutreffenden Mythos zu brechen, bei der Entwicklungszusammenarbeit handele es sich um staatliche Almosen.
- **Die Entwicklungsgemeinde muss aus der Isolation herauskommen und stärker in andere Politikbereiche Einzug finden, die den internationalen Entwicklungskontext prägen**. Bisher war es in der Regel so, dass Politikfragen in internen Instanzen diskutiert wurden. Nun muss die Entwicklungsgemeinde ein besseres Gleichgewicht zwischen Wort und Tat finden und gemeinsam mit Akteuren außerhalb der „Entwicklungsindustrie" Aktionen und Strategien umsetzen. Eine erfolgreiche Entwicklung setzt die Bewältigung globaler Probleme wie Klimawandel (Kapitel 5), Eindämmung von Infektionskrankheiten, Schaffung finanzieller Stabilität, Einrichtung eines zugänglichen und gerechten Welthandels, Zugang zu Wissen sowie Frieden und Sicherheit auf internationaler Ebene voraus. Die Entwicklungszusammenarbeit muss die Förderung kohärenter Politikmaßnahmen in Bereichen wie Handel (Kapitel 4), Investitionen, Sicherheit (Kapitel 6), Migration, Zusammenarbeit in Steuerfragen und Korruptionsbekämpfung (Kapitel 7) unterstützen.
- **Die derzeitige Architektur und institutionelle Organisation der Entwicklungsinstitutionen müssen neu gestaltet werden**. Konkret müssen die Anliegen der Nutznießer, d.h. der armen Länder und Bevölkerungsgruppen, stärker in den Vordergrund gerückt, die Organisationsstrukturen, -instrumente und -verfahren vereinfacht, stärkere Synergieeffekte und mehr Kohärenz zwischen der bilateralen und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit sowie eine wirksamere Arbeitsaufteilung unter den verschiedenen Einrichtungen erreicht werden.

- **Die Entwicklungsgemeinde wird sich sehr viel stärker mit Faktoren außerhalb ihres direkten Einflussbereichs und häufig auch jenseits ihrer unmittelbaren Kontrolle auseinandersetzen müssen.** Wenn die Entwicklungsgemeinde wirklich entschlossen ist, die Entwicklung der armen Länder zu unterstützen, muss sie sich in einem breiteren Spektrum von Maßnahmen und Aktivitäten engagieren, die Auswirkungen auf die Armut und die Wirksamkeit ihrer Zusammenarbeit haben. Die EZ-Stellen müssen über die Sphäre der traditionellen Entwicklungspartnerschaften hinausgehen und in diesen allgemeineren Fragen mit anderen Verwaltungsbereichen und Politikverantwortlichen zusammenarbeiten. Das Gelingen dieser Zusammenarbeit ist eine Grundvoraussetzung für die Erzielung von Entwicklungsergebnissen in armen Ländern.

Die Umsetzung dieser Ideen setzt eine komplette Umstrukturierung des DAC in seiner heutigen Form voraus. In Zukunft wird sich der DAC wesentlich stärker für die globale Architektur der Entwicklungsfinanzierung, die Entwicklungsdimension globaler öffentlicher Güter wie Bekämpfung des Klimawandels, Frieden und Sicherheit sowie Schaffung eines gerechten internationalen Handelssystems engagieren. Der DAC wird dabei auf seinen analytischen Stärken, seiner Kapazität der Zusammenführung und seiner einzigartigen Position als unparteiischer Organisator ohne direkte operative Funktion in der Entwicklungszusammenarbeit aufbauen können. Eine weitere Veränderung wird die stärkere Fokussierung auf die Politikkohärenz im Dienst der Entwicklung sein, indem der DAC immer stärker und direkter mit EZ-fremden Akteuren aus anderen Bereichen der öffentlichen Politik zusammenarbeitet. Die erhöhte Betonung der Politikkohärenz in der OECD insgesamt hat den Spielraum für gemeinsame Arbeiten dieser Art und deren Effekte entschieden ausgeweitet. Um all diese Herausforderungen zu meistern, benötigt der DAC bessere und schärfere Politikinstrumente, namentlich Länderprüfungen und Statistiken (Kapitel 8). Der DAC wird den Schwerpunkt stärker auf das Monitoring der Effekte seiner Arbeit und die Erfüllung der Rechenschaftspflicht legen. Schließlich wird er seine Zusammenarbeit mit anderen Akteuren sehr viel inklusiver und proaktiver gestalten, beispielsweise durch eine Erweiterung der Mitgliedschaft (Kasten 1.3) und Kontaktaufnahme zur Zusammenarbeit mit einem breiteren Spektrum an Ländern.

Kasten 1.3 **Der Beitritt Koreas – ein symbolischer Moment**

Im November 2009 begrüßte der DAC Korea als neues Mitglied, ein Ereignis, dem besondere Aufmerksamkeit gebührt. Korea gehörte vor 50 Jahren noch zu den ärmsten Ländern der Welt und war selbst ein großer Empfänger von EZ-Leistungen. Der Aufstieg des Landes zu einer dynamischen Volkswirtschaft mit einem soliden EZ-Programm zählt zu den großen Erfolgsstories der Entwicklungszusammenarbeit. Für den DAC wurde mit dem Beitritt Koreas das „traditionelle", mittlerweile überholte „Dogma" gebrochen, wonach die Länder des Nordens die Geber und die Länder des Südens die Empfänger von EZ-Leistungen sind.

Es besteht kein Zweifel daran, dass viele andere Volkswirtschaften bedeutende Beiträge zur Entwicklungszusammenarbeit geleistet haben, und dies in manchen Fällen seit langer Zeit. So haben insbesondere mit dem Aufstieg großer aufstrebender Volkswirtschaften Profil und Bedeutung der Süd-Süd-Zusammenarbeit neue Dimensionen erreicht, die zwangsläufig weiter wachsen werden. Der DAC begrüßt und unterstützt diese Entwicklung und sieht der Zusammenarbeit mit anderen Akteuren, die sein Engagement für die Unterstützung armer Länder auf offene und selbstkritische Weise teilen, erwartungsvoll entgegen. Diese Zusammenarbeit wird allerdings nur funktionieren, wenn die Verfahren

nicht durch terminologische und sprachliche Fragen blockiert werden und der Prozess von dem gemeinsamen Wunsch getragen wird, in den armen Ländern konkrete und dauerhafte Ergebnisse zu erzielen. Was die DAC-Mitglieder vereint, ist ihr Engagement für die Unterstützung der Entwicklungsbemühungen armer Länder in einem Geist des gegenseitigen Lernens, der Transparenz und Rechenschaftspflicht. Bei diesem Engagement und seiner praktischen Umsetzung ist sich der DAC der Tatsache bewusst, dass Ansichten und Konzepte voneinander abweichen können und die Vielfalt der Erkenntnisse, die den unterschiedlichen Erfahrungen innerhalb und außerhalb der DAC-Mitgliedschaft zu verdanken sind, eine wertvolle Bereicherung darstellt.

Es ist dieser globalere Ansatz, der den Arbeiten der China-DAC Study Group zu Grunde liegt. Diese Studiengruppe, die 2009 im Rahmen einer Partnerschaft mit dem International Poverty Reduction Centre in China ins Leben gerufen wurde, nimmt die beeindruckenden Erfahrungen Chinas im Bereich der Armutsbekämpfung als Bezugspunkt für seine Forschungstätigkeit. Ihre erste große Veranstaltung – zum Thema Entwicklungspartnerschaften – war für die Teilnehmer aus China und Afrika sowie DAC-Geber eine einzigartige Gelegenheit, darüber nachzudenken, wie die in China gesammelten Erfahrungen für die Gestaltung der Entwicklungszusammenarbeit und Wahl der Politikstrategien zur Verbesserung der Entwicklung in Afrika genutzt werden können. In diesem Sinne sind auch die Politikdialog-Tagung, die im September 2009 von der mexikanischen Regierung veranstaltet wurde, und die Einrichtung des Task-Teams zur Süd-Süd-Zusammenarbeit (eine von Staaten des Südens organisierte Plattform unter dem Dach der DAC-Arbeitsgruppe EZ-Wirksamkeit) klare Signale für die Bereitschaft des DAC zu einer stärkeren Zusammenarbeit mit anderen Erbringern von EZ-Leistungen auf der Basis einer Anerkennung der spezifischen Stärken jedes einzelnen.

Die Neuorientierung des DAC wird sich darin niederschlagen, dass die Entwicklung als Output im Mittelpunkt stehen wird anstatt der Entwicklungszusammenarbeit als Input. Dabei besteht jedoch nicht die Gefahr, dass die ODA-Leistungen in irgendeiner Weise vernachlässigt oder heruntergestuft werden. Vielmehr wird die neue Schwerpunktsetzung es dem DAC ermöglichen, bessere Ergebnisse zu erzielen. Die letzten Jahre haben veranschaulicht, wie globale Faktoren jenseits der Entwicklungszusammenarbeit die Entwicklung enorm beeinflusst haben. Sie haben auch keinen Zweifel an der Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit für die Erzielung von Entwicklungsfortschritten hinterlassen. Das Fazit liegt auf der Hand: Die Entwicklungszusammenarbeit muss mit den Aktionen in zahlreichen Politikbereichen Hand in Hand gehen und Einfluss auf diese ausüben sowie auch jene Akteure einbeziehen, die maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklungsperspektiven armer Länder haben. Wir fühlen uns dadurch ermutigt, dass der zu beschreitende Weg mit der Paris-Erklärung und dem Aktionsplan von Accra bereits weitgehend vorgezeichnet ist. Wir sind zuversichtlich, dass wir auf dem von uns eingeschlagenen Weg gemeinsam als starkes Bündnis von Industrie- und Entwicklungsländern, Gebern, Entwicklungsorganisationen und Zivilgesellschaft voranschreiten.

Tabelle 1.1 **Einige innovative Finanzierungsmechanismen**

Initiativen im Projektstadium sind kursiv gedruckt

Initiative	Ziel	Funktionsweise	Mittel	ODA-Leistung?
NEUE EINRICHTUNGEN				
GAVI Allianz (2000)	Öffentlich-private Partnerschaft für Immunisierung	Korbfinanzierung der von den ärmsten Entwicklungsländern vorgeschlagenen Projekte	Etwa 300 Mio. US-$ jährlich. 2009 waren 3,7 Mrd. US-$ für den Zeitraum 2000-2015 genehmigt werden	Ja, aber nur die Beiträge des öffentlichen Sektors
Der Globale Fonds (2002)	Öffentl.-private Partnerschaft zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria	Korbfinanzierung der von den ärmsten Entwicklungsländern vorgeschlagenen Projekte	Etwa 3,2 Mrd. US-$ jährlich. Bis 2009 wurden insg. 14 Mrd. US-$ zur Verfügung gestellt	Ja, aber nur die Beiträge des öffentlichen Sektors
NEUE MECHANISMEN: A. MOBILISIERUNG ZUSÄTZLICHER MITTEL				
Flugticketabgabe (2006)	Finanzierung der Fazilität zum Kauf von Medikamenten (UNITAID) zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria	13 Länder erheben eine Flugticketabgabe (2009). Die UNITAID-Gelder werden über existierende Einrichtungen, insbesondere die Clinton-Stiftung, weitergeleitet	251 Mio. US-$ jährlich (über 60% aus Frankreich)	Ja, sofern die erhobenen Mittel an UNITAID oder andere internationale Organisationen ausgezahlt werden
Versteigerung/Verkauf von Emissionsrechten (2009)	Bereitstellung von Mitteln für den Klimaschutz und die Minderung der Effekte des Klimawandels	Laut den Bestimmungen des EU-Emissionshandels-systems werden Emissions-berechtigungen für den CO_2-Ausstoß an Unternehmen verkauft	In seinem Haushalt 2009 stellt Deutschland für die Entwicklung 225 Mio. Euro aus dem Verkauf von Emissionsberechtigungen (EB) bereit	Ja, sofern die Erlöse in die Entwicklung fließen
Devisenumsatzsteuer	*Erhöhung der für die Entwicklungsfinanzierung bereitgestellten Mittel*	*Die Regierungen erheben eine Steuer auf Devisentransaktionen*	*Die Erhebung einer Steuer von 0.005% auf Transaktionen in bedeutenden Währungen würde 33 Mrd. US-$ pro Jahr erbringen*	*Ja, sofern die erhobenen Mittel in die Entwicklungs-zusammenarbeit fließen*
NEUE MECHANISMEN: B. ANLEIHEN				
Internationale Finanzierungsfazilität für Impfprogramme (IFFIm, 2006)	Finanzierung von Kampagnen der GAVI-Allianz	Emission von Anleihen an den internationalen Kapital-märkten, die durch rechts-verbindliche langfristige ODA-Zusagen von 8 Geberländern besichert sind	Bis Ende 2009 waren 2,4 Mrd. US-$ aufgebracht worden; Ziel ist die Mobili-sierung von insgesamt 4 Mrd. US-$	Ja, die Zahlungen der Regierungen zur Bedienung der Zinsen und Tilgung der Anleihen
NEUE MECHANISMEN: C. FREIWILLIGE BEITRÄGE				
Globaler digitaler Solidaritätsfonds (2003)	Förderung einer inklusiven Informationsgesellschaft	Freiwillige Übertragung von 1% des Betrags digitaler Beschaffungsverträge von Seiten der öffentlichen oder privaten Anbieter	Seit 2003 wurden 300 Emp-fängern über 30 Mio. Euro zur Verfügung gestellt	Ja, aber nur die öffentlichen Beiträge
ProductRed (2006)	Bereitstellung zusätzlicher Mittel zur Finanzierung von Aktivitäten des Globalen Fonds in Subsahara-Afrika	Erteilung einer ProductRed-Lizenz für Spezialeditionen internationaler Unternehmen, die einen Teil der Verkaufs-gewinne Programmen des Globalen Fonds spenden	Bis heute sind 134,5 Mio. US-$ übertragen worden	Nein, die Mittel stammen ausschließlich aus dem privaten Sektor
Freiwillige Solidaritäts-abgabe auf Flugtickets	*Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen zur Finanzierung von UNITAID-Aktivitäten*	*Persönl. Entscheidung einzelner Personen oder Unternehmen bei der Reservierung von Flugtickets einen Beitrag zur Entwicklung zu leisten*	*Ein Beitrag von 2 US-$ je Ticket könnte bis zu 980 Mio. US-$ jährlich erbringen*	*Nein, die Mittel stammen ausschließlich aus dem privaten Sektor*
NEUE MECHANISMEN: D. BÜRGSCHAFTEN				
Vorabkaufverpflichtung für die Industrie (AMC – *advanced market commitment* , 2007)	Schaffung von Anreizen zur Entwicklung neuer Impfstoffe	Die Geber verpflichten sich, dem Pharmakonzern einen erfolgreich getesteten Impfstoff zu ausgehandelten Preisen abzukaufen, der die Entwicklungskosten abdeckt	Fünf Geberländer und die Bill & Melinda Gates-Stiftung haben mit einer Vorabkauf-verpflichtung 1,5 Mrd. US-$ für einen Pneumokokken-Impfstoff zugesagt	Ja, aber erst wenn die Regierungen der Geberländer den Impfstoff bezahlen
Indexbasierte Schlecht-wetterversicherung	*Verringerung der Anfälligkeit armer Bevölkerungsgruppen in ländlichen Gegenden gegenüber extremen Witterungsbedingungen*	*Bereitstellung einer index-basierten Schlechtwetter-versicherung für Landwirte durch eine Partnerschaft zwischen dem Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung und dem Welternährungsprogramm*	*Pilotprojekte laufen bereits in Äthiopien, Malawi, Nicaragua, Honduras und Indien*	*Ja, aber nur die öffentlichen Beiträge zur Finanzierung von Versicherungsprämien*

Anmerkungen

1. Wenngleich der Anteil der ODA-Leistungen am BNE auf Grund des Wirtschaftswachstums (und der Inflation) in der Vergangenheit höher war, hatten die ODA-Leistungen zuvor nie diese Gesamtsumme erreicht.
2. Einige der Angaben zu den geplanten Volumen konnten vor Redaktionsschluss für die vorliegende Publikation Anfang 2010 nicht mehr bestätigt werden.
3. Der Richtwert von 0,7% des BNE geht auf die Resolution 2626 der VN-Generalversammlung zurück (24. Oktober 1970, *www.un.org/documents/ga/res/25/ares25.htm*), in der die Industrieländer aufgefordert wurden, ihre ODA-Leistungen bis Mitte der 1970er Jahre auf 0,7% ihres Bruttonationaleinkommens zu erhöhen. Im Jahr 2005 legte die Europäische Union für ihre Mitgliedsländer ein individuelles Mindestziel von 0,51% ODA/BNE (0,17% für neue Mitgliedsländer) fest, das bis 2010 erreicht werden soll, während für die Erreichung des Richtwerts von 0,7% das Jahr 2015 vorgesehen ist (Quelle: *http://europa.eu/legislation_summaries/development/general_development_framework/r12533_en.htm*, Stand 21. Oktober 2009).
4. Ein Entwicklungstempo und eine Entwicklungsstruktur, die arme Frauen und Männer stärker dazu befähigt, am Wachstum teilzuhaben, mitzuwirken und davon zu profitieren.

Literaturverzeichnis

OECD (2009a), DAC and non-DAC OECD Donors Responding to Global Development Challenges at a Time of Crisis: DAC High Level Meeting Action Plan, OECD, Paris, verfügbar unter *www.oecd.org/document/22/0,3343,en_2649_33721_42851542_1_1_1_1,00.html.*

OECD (2009b), *Promoting Pro-Poor Growth: Employment*, OECD, Paris, verfügbar unter *www.oecd.org/dataoecd/63/11/43514554.pdf*.

OECD (2009c), *Promoting Pro-Poor Growth: Social Protection*, OECD, Paris, verfügbar unter *www.oecd.org/dataoecd/63/10/43514563.pdf*.

OECD (2009d), *Investing in Development – A Common Cause in a Changing World,* OECD, Paris, verfügbar unter *www.oecd.org/dataoecd/14/1/43854787.pdf.*

Kapitel 2

Die Herausforderung annehmen: EZ-Management im Jahr 2009

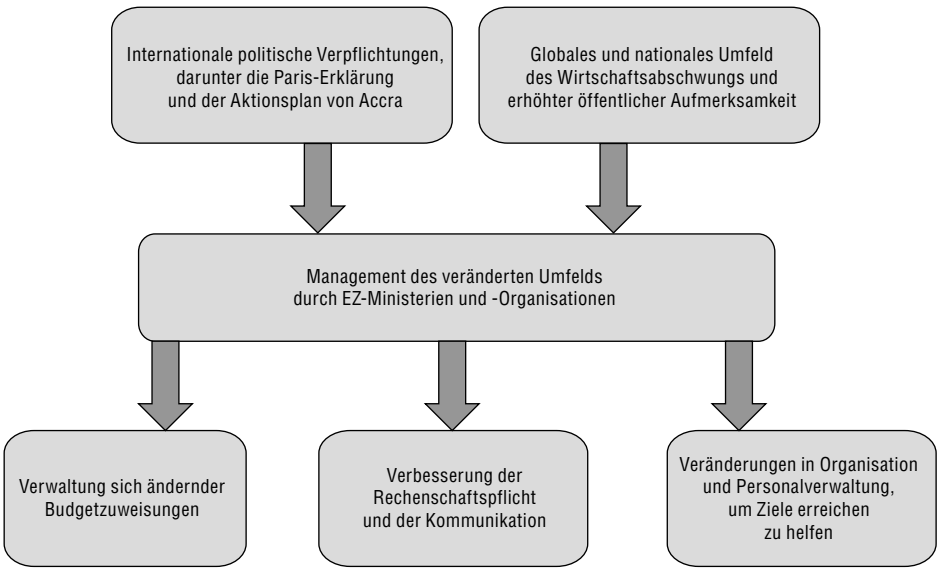
Welche Bedeutung haben der weltweite Abschwung und die Verpflichtungen der meisten Geber zur Erhöhung sowohl des Umfangs als auch der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in der Praxis für deren Management? Dieses Kapitel fasst die praktischen Folgen zusammen und konzentriert sich dabei auf die drei wichtigsten Aspekte: Umgang mit bedeutenden Veränderungen (Erhöhungen oder Kürzungen) des Volumens der EZ-Leistungen, Verbesserung der Rechenschaftspflicht und Aufbau effektiverer Organisationen. Es berichtet über einige praktische Schritte, die einzelne DAC-Mitglieder im Jahr 2009 unternommen haben, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden.

Die Herausforderungen des aktuellen Umfelds: Verwaltung sich ändernder Budgets, Rechenschaftspflicht und Wirksamkeit

Die DAC-Mitglieder haben sich zur Steigerung sowohl des Volumens als auch der Wirksamkeit ihrer EZ-Leistungen verpflichtet. Sie sind diese Zusagen voreinander, vor den Partnerländern und vor ihren Steuerzahlern eingegangen. In jüngster Zeit hat sich auf Grund des weltweiten Abschwungs und der finanziellen Unsicherheit der Druck auf die Politikverantwortlichen verstärkt, ihre Versprechen einzulösen und die Erträge der öffentlichen Ausgaben zu verdeutlichen. Für die Verantwortlichen der EZ-Behörden stellt dieser politische und wirtschaftliche Rahmen erhebliche praktische Herausforderungen dar (Abb. 2.1). In diesem Kapitel werden drei dieser Herausforderungen untersucht:

- **Umgang mit grundlegenden Veränderungen der EZ-Volumen**. Manche Entscheidungsträger müssen ihr Ausgabenvolumen erhöhen und gleichzeitig die Verwaltungskosten senken. Andere sind mit Kürzungen ihres Gesamthaushalts konfrontiert. In beiden Fällen müssen sie sicherstellen, dass die Empfängerländer weiter auf verlässliche, d.h. auf vorhersehbare, EZ-Leistungen vertrauen können.
- **Verbesserung der Rechenschaftspflicht**. Die Steuerzahler der Geberländer verlangen immer mehr Aufklärung darüber, was ihr Geld bewirkt und wie wirksam es verwaltet wird. Die Partnerländer fordern ebenfalls eine bessere gegenseitige Rechenschaftspflicht (was bedeutet, dass sowohl Geber als auch Partnerländer für die Entwicklungseffekte rechenschaftspflichtig sind).
- **Aufbau wirksamerer Strukturen**. Viele DAC-Mitglieder haben festgestellt, dass einige Aspekte der Paris-Erklärung und des Aktionsplans von Accra (Anhang) in ihrer Ausführung eine Herausforderung darstellen, oft bedingt durch die Notwendigkeit einer Veränderung ihrer Organisationsstruktur oder Personalzusammensetzung.

Abbildung 2.1 **Das Umfeld des EZ-Managements 2009**



Die DAC-Mitglieder haben unterschiedliche Ansätze entwickelt, um diese Fragen zu beantworten. Dieses Kapitel greift auf ihre Erfahrungen zurück, um diese Ideen weiter zu verbreiten[1].

Verwaltung sich ändernder EZ-Budgets: Erhöhungen, Kürzungen und Vorhersehbarkeit

Wirksame Erhöhung der EZ-Leistungen

Manche DAC-Mitglieder haben ihre EZ-Budgets rasch erhöht, um ihr Versprechen einzulösen, 0,7% ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) bereitzustellen. Allerdings erfordert die Umsetzung höherer EZ-Budgets genügend Personal mit den passenden Fachkenntnissen. So plant Spanien beispielsweise das Ziel von 0,7% des BNE bis zum Jahr 2012 zu erreichen. Indessen hat die DAC-Länderprüfung Spanien ergeben, dass die Umsetzungskapazitäten des Systems nicht mit dem steigenden EZ-Budget Schritt gehalten haben. In der Länderprüfung wurde empfohlen, die Personalkapazitäten auszubauen und einen detaillierten Plan der verschiedenen Instrumente zur Verwendung der zusätzlichen Mittel sowie der zur Gewährleistung ihrer wirksamen Verwaltung benötigten Kräfte und Fähigkeiten aufzustellen (OECD, 2008a). In Österreich hat das Außenministerium die Austrian Development Agency eingerichtet, um ihre geplanten ODA-Erhöhungen zu verwalten. Allerdings haben sich diese Budget-Erhöhungen nicht eingestellt, und es ist unklar, ob das System flexibel genug konzipiert wurde, um Personalkapazitäten den Finanzmitteln entsprechend neu zu verteilen (OECD, 2009a). Die Australian Agency for International Development hat in nur vier Jahren ihre Personalstärke um fast 50% aufgestockt (OECD, 2008b). Parallel waren umfangreiche Investitionen zur Integration und Schulung dieser neuen Mitarbeiter erforderlich.

Eine weitere Herausforderung für die Geber im Zusammenhang mit der Erhöhung des Umfangs ihrer EZ-Leistungen ist, dass es eine weitere Fragmentierung des internationalen EZ-Systems zu vermeiden gilt. Oft ist die Versuchung groß, neue vertikale Fonds[2] oder Agenturen für prioritäre Fragen aufzubauen, dies kann jedoch zu Überschneidungen und Ineffizienz und zu Komplikationen im Blick auf die Harmonisierung führen. Angesichts dieser Risiken geben manche Geber (z.B. Spanien und Italien) ihre erhöhten Finanzmittel über bereits bestehende multilaterale Kanäle aus. Andere Geber stellen die Wirksamkeit der multilateralen Organisationen in Frage und ziehen es vor, sich weiter auf bilaterale Programme zu konzentrieren. Dennoch ruft die Gebergemeinschaft insgesamt noch immer regelmäßig neue Initiativen, Fonds und Organisationen ins Leben.

Je mehr die Geber zum multilateralen System beitragen, desto mehr wollen sie – und ihre Steuerzahler – sicherstellen, dass die Mittel wirksam verwendet werden. Allerdings können vermehrte bilaterale Prüfungen multilateraler Stellen unnütze Belastungen und Redundanzen schaffen. Zusammenarbeit ist effizienter, und Initiativen wie das Netzwerk zur Bewertung der Leistungsfähigkeit Multilateraler Organisationen (Multilateral Organisations Performance Assessment Network – MOPAN) können solche gemeinsamen Aktivitäten ausbauen. Manche Geber fordern inzwischen einen einheitlichen multilateralen Rahmen für die Leistungsbewertung, auf den sich alle Geber einigen könnten und den alle anwenden würden.

Verantwortungsvoll kürzen

Während einige Geber ihre ODA-Volumen erhöhen, hat der weltweite Abschwung eine steigende Anzahl von DAC-Mitgliedern gezwungen, ihre EZ-Haushalte zu kürzen. Wichtig ist der verantwortliche und vorhersehbare Umgang mit dieser Situation. So hat Irland z.B. sein ODA-Budget für 2010 um fast 15 Mio. Euro gekürzt, wird jedoch sicherstellen,

dass diese Kürzungen nicht die bestehenden Verpflichtungen gegenüber den Partnern seiner bilateralen Länderprogramme beeinträchtigen. Stattdessen revidiert es seine Pläne zur Ausdehnung seiner bilateralen Aktivitäten nach unten und wird Kürzungen bei einigen geplanten Beiträgen zu multilateralen Stellen und Nichtregierungsorganisationen (NRO) vornehmen (OECD, 2009c). Schwedens EZ-Budget beträgt großzügige 1% seines BNE; der Wirtschaftsabschwung bedeutet jedoch, dass das Budget für 2010 in tatsächlichem Volumen unter dem des Vorjahres liegen wird. Deshalb hat die Regierung beschlossen, den geplanten Rückzug aus Lateinamerika zu beschleunigen und gleichzeitig die Allokationen für die Schwerpunktländer, einschließlich der afrikanischen, zu schützen. In den Fällen, wo Geber (wie Italien) bedeutende Unterstützer des multilateralen Systems oder bestimmter Entwicklungsorganisationen sind, müssen ihre Kürzungen außerdem im Voraus bekannt gegeben werden, weil sie entscheidende Auswirkungen auf die geplanten Aktivitäten dieser Organisationen haben können.

Flexibilität und Vorhersehbarkeit gewährleisten

Vorhersehbarkeit und Flexibilität gleichermaßen aufrechtzuerhalten, stellt für alle Geber eine Herausforderung dar. Die EZ-Budgets und -Programme werden oft im jährlichen Rhythmus durch die Parlamente der Geberländer genehmigt. Die Geber müssen jedoch ihren Partnern gegenüber mehrjährige Verpflichtungen eingehen und auch einhalten, damit diese vorausplanen können. Deshalb ist es entscheidend, Budgetveränderungen im Voraus mitzuteilen, damit die Partner Zeit haben, ihre eigenen Budgets und Arbeitsprogramme anzupassen.

Im derzeitigen unsicheren Wirtschaftsumfeld können Mechanismen zur Umschichtung von Mitteln innerhalb des Systems und über mehrere Haushaltsjahre hilfreich sein. Neuseelands Gesetzgebung erlaubt es der EZ-Behörde NZAID, das Budget innerhalb eines Finanzjahrs um bis zu 10% zu überziehen oder bis zu 20% der zugewiesenen Mittel nicht auszugeben, solange das Ungleichgewicht im folgenden Jahr ausgeglichen wird. Dies hat NZAID mit mehr Flexibilität als vielen anderen Gebern ausgestattet und sich als nützliches Managementinstrument erwiesen (OECD, 2009d). Doch nicht alle Geber sind dermaßen flexibel, und manche bedürfen sogar der Zustimmung des Gesetzgebers für relativ kleine Anpassungen oder Mittelumschichtungen von einem Finanzierungskanal zum anderen. Dies verlangsamt den Prozess und hindert die Organisationen daran, über die Haushaltslinien hinweg zu verwalten.

Die Rechenschaftspflicht verbessern – im In- und im Ausland

Sowohl in den Geber- als auch in den Partnerländern wollen die Menschen die Gewissheit haben, dass EZ-Leistungen wirken und ihr Geld wert sind, insbesondere bei dem derzeitigen verstärkten wirtschaftspolitischen Sparkurs. Die Regierungen müssen ihrer Wählerschaft und ihren Steuerzahlern rechenschaftspflichtig sein. Gleichzeitig streben Partnerländer nach größerer gegenseitiger Rechenschaftspflicht. In diesem Umfeld ist es entscheidend, die Entwicklungswirkungen zu sichern, zu identifizieren und zu kommunizieren. Hierfür bedarf es wirksamer und ergebnisorientierter Verwaltungs- und öffentlicher Kommunikationssysteme.

Ergebnisorientiertes Management

Es braucht Zeit, um eine wirklich ergebnisorientierte Organisationsstruktur aufzubauen, doch je mehr sich die DAC-Mitglieder einem solchen System annähern, desto leichter fällt es ihnen, die Öffentlichkeit von der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit zu überzeugen. Ergebnisorientiertes Management sollte alle Etappen der Projekt- und Programmverwaltung durchziehen, von der Planung über die tägliche Verwaltung

bis hin zu regelmäßigen Überprüfungen, Fortschrittskontrollen und Evaluierungen. Monitoring sollte dazu dienen, Problemlösungen zu finden und notwendige Änderungen vorzunehmen. Manche Geber, wie die Vereinigten Staaten und Kanada, haben ergebnisorientiertes Management in ihrer gesamten Arbeit zur Priorität erhoben und professionalisiert. Andere versuchen derzeit noch, diesen Ansatz zu integrieren. Für viele liegt die Herausforderung in der Konzipierung eines Ansatzes, der für EZ-Verantwortliche und Außenpersonal ein wirkliches Instrument darstellt und nicht nur die Erfüllung einer Vorgabe der Leitungsebene. In diesem Sinn hat Kanada vor kurzem versucht, einige seiner ergebnisorientierten Managementprozesse zu konsolidieren, um ein strafferes und benutzerfreundlicheres System zu schaffen.

Ergebnisse identifizieren

Evaluierung ist ein sehr wichtiger Aspekt einer ergebnisorientiert geführten Organisation. Sie ist auch ein wichtiger Mechanismus für Transparenz und Rechenschaftspflicht. Die meisten DAC-Mitglieder verfügen über eine gute Evaluierungsbasis und wenden die DAC Principles for the Evaluation of Development Assistance (OECD, 1991) an. Doch fast alle DAC-Mitglieder wollen ihre Evaluierungen verbessern und ihre gemeinsam geleistete Arbeit steigern. Zur Unterstützung dieser Bemühungen entwickelt der DAC neue Qualitätsstandards für Evaluierungen (Kasten 2.1).

Kasten 2.1 **DAC-Qualitätsstandards zur Entwicklungsevaluierung**

Die Evaluierung ist ein entscheidendes Instrument der Rechenschaftspflicht und des Lernens, um Entscheidungsträger und Öffentlichkeit über Entwicklungsergebnisse zu informieren. Damit die Evaluierungen den gewünschten Effekt auf politische Entscheidungsträger und andere an der Entwicklungsarbeit Beteiligte haben können, ist es wesentlich, dass die Evaluierungen von hoher Qualität sind und auf der Basis solider Fakten erstellt werden.

Das DAC-Netzwerk Entwicklungsevaluierung soll die Wirksamkeit der internationalen Entwicklungsprogramme verbessern, indem es solide, gut recherchierte und unabhängige Evaluierungen unterstützt. Durch stete Anpassung seines normativen Rahmens fördert es qualitativ hochwertige und harmonisierte Entwicklungsevaluierungen. Dieser Rahmen enthält die EZ-Evaluierungskriterien des DAC, ein Glossar der wichtigsten Evaluierungsbegriffe und verschiedene Ratgeber, die bei der praktischen Evaluierungsarbeit und Schulung häufig Anwendung finden.

Das Netzwerk erstellt derzeit Standards zur Entwicklungsevaluierung. Diese Standards sollen die Qualität der Evaluierung verbessern und dadurch ihren Beitrag zur EZ-Wirksamkeit leisten. Die Standards geben Ratschläge für Evaluierungsmanager und -fachleute und sind auf die verschiedenen Etappen der Evaluierung anwendbar. Sie decken den gesamten Evaluierungsprozess ab: von der Planung über die Durchführung bis zur Berichtserstattung. Die Standards unterstreichen die Bedeutung einer aktiven Verbreitung der Evaluierungsergebnisse nach deren Feststellung. Sie können auch Evaluierungen über mehrere Länder, Themen und Sektoren erleichtern, Partnerschaften und Zusammenarbeit bei gemeinsamen Evaluierungen unterstützen und die gegenseitige Anwendung der jeweiligen Evaluierungsergebnisse durch die verschiedenen Entwicklungspartner verbessern.

Die Evaluierungs-Qualitätsstandards wurden im Jahr 2006 für eine dreijährige Testphase angenommen und in diesem Zeitraum umfassend angewendet. Nach Arbeitstreffen in Neu-Delhi und Auckland werden sie nun auf der Basis von Beiträgen einer breiten Palette von Entwicklungspartnern, darunter Geber und Partnerländer, überarbeitet. Wenngleich die Standards in erster Linie zur Anwendung durch DAC-Mitglieder erstellt wurden, können sie für alle Entwicklungspartner nützlich sein.

Quelle: Der Entwurf der Standards und weitere Materialien aus dem Netzwerk sind unter *www.oecd.org/dac/evaluationnetwork/documents* veröffentlicht.

Ergebnisse kommunizieren

Es ist nicht leicht zu zeigen und zu kommunizieren, dass EZ-Mittel gut verwaltet werden und Wirkungen zeigen. Ein Problem liegt in der Überfrachtung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit mit Fachjargon und Formalitäten. Die Grundsätze der Paris-Erklärung können unverständlich wirken, und auf Grund ihrer Prozessorientierung sind sie schwer zu messen. Neue Arbeitsformen, bei denen die Geber sich immer öfter in partnergeführten Aktivitäten zusammenfinden, bedeuten, dass es u.U. weder möglich noch angemessen ist, bestimmte Ergebnisse einzelnen Gebern zuzuordnen. Dies erschwert die Kommunikationsaufgabe noch zusätzlich. Immer mehr Geber, darunter Irland, Norwegen, Schweden und das Vereinigte Königreich, gehen dazu über, der Öffentlichkeit zu erklären, wie ihre konkreten Aktivitäten zu allgemeinen Verbesserungen in einem Partnerland beigetragen haben. Dieser Ansatz ermöglicht es den Gebern, sich gemeinsam an programmatischen Ansätzen zu beteiligen und darüber zu berichten sowie gemeinsame Indikatoren zu verwenden, die oft mit den Partnerländern abgestimmt wurden.

Da sich Steuerzahler und Gesetzgeber eigentlich nur für Ergebnisse und Auswirkungen interessieren und nicht für Prozesse, sollte sich die Kommunikation auf diese Bereiche konzentrieren. Je enger das Kommunikationsteam mit den operativen Teams zusammenarbeitet, desto mehr kann es über tatsächliche Ergebnisse berichten. Gleichzeitig muss die Öffentlichkeit auch verstehen, weshalb ihre Regierung eine bestimmte Arbeitsweise anwendet. Deshalb ist es so wichtig, den Wert der Koordinierung und der Verwendung von Systemen vor Ort zu vermitteln, da es dabei hilft, das Umfeld von Berichten über allgemeinere Ergebnisse darzustellen statt über einzelne Outputs bei bestimmten Projekten. Viele Geber haben festgestellt, dass die Art und Weise der Kommunikation der Ergebnisse gegenüber der Öffentlichkeit – ob sie auf ihre eigene spezifische Finanzierung zurückgehen oder auf gemeinsam mit anderen verfolgte Ansätze – entscheidend ist. So nutzen die Niederlande z.B. Wirkungsevaluierungen, um die Schritte zu untersuchen, die zu greifbaren positiven Veränderungen im Leben der Menschen führen. Sie schließen die Rolle der niederländischen NRO in ihren Bewertungen ein und geben offen zu erkennen, was funktioniert und was nicht und aus welchen Gründen. Sie erstellen einen zweijährlichen Ergebnisbericht für das Parlament, der sich auf all diese Quellen stützt, um den niederländischen Beitrag zum allgemeinen Entwicklungsfortschritt zu verdeutlichen. Daneben wird in öffentliche Kommunikation und EZ-Aufklärung investiert, mit Schwerpunkt auf Verhaltensveränderungen unter den niederländischen Bürgern.

Wirksamere Organisationen aufbauen

Die Umsetzung der Agenda zur Steigerung der EZ-Wirksamkeit (Anhang) erfordert angemessen besetzte, geführte und strukturierte Organisationen. Im OECD-Bericht *Managing Aid* aus dem Jahr 2009 (OECD, 2009e) wurden die drei wichtigsten institutionellen Herausforderungen für die Umsetzung der in der Paris-Erklärung dargelegten Grundsätze identifiziert: Dezentralisierung, Personalmanagement und Anpassung der Verfahren. Die Struktur der Organisation selbst kann eine wichtige Hilfe darstellen. Während viele Mitglieder seit Unterzeichnung der Paris-Erklärung in der einen oder anderen Form Organisationsveränderungen vorgenommen haben, beobachten die meisten noch, inwiefern die neuen Strukturen, Verfahren und Personalstrategien die Effektivität der Organisation und letztlich die Entwicklungsergebnisse verbessert haben.

Die richtigen Personen und Fähigkeiten einsetzen

Wenn sie in ihren Ortsbüros in den Partnerländern über starke Teams verfügen, können die Geber diesen Büros mehr Verantwortung übertragen. Dies erhöht außerdem die Effizienz bei der Projektplanung und -genehmigung. Die meisten DAC-Mitglieder sind

im Rahmen ihres Dezentralisierungsprozesses dazu übergegangen, mehr Mitarbeiter in ihre Ortsbüros in den Partnerländern zu senden. Dennoch sind weiterhin enorme Unterschiede zu verzeichnen: So stationieren z.B. Dänemark, die Europäische Kommission, Deutschland und Schweden mindestens 70% ihres Personals vor Ort, während Portugal und Neuseeland mindestens 70% in der Zentrale halten (OECD, 2009e). Kleinere Geber benötigen eine kritische Masse von Mitarbeitern in der Zentrale und dezentralisieren dementsprechend weniger. Die zusätzlichen Ausgaben der Stationierung von Mitarbeitern im Ausland können oft ein Dezentralisierungshindernis darstellen. In Schweden hat das Parlament zur Deckung dieser Kosten zusätzliche Mittel bereitgestellt. In Kanada werden die Lehren aus einem misslungenen Dezentralisierungsversuch in der Vergangenheit nunmehr für eine bessere Vorbereitung des Verfahrens genutzt. In Spanien schränken die Einstellungsvorschriften für den öffentlichen Dienst Versetzungen der Mitarbeiter zwischen der Zentrale und den Ortsbüros ein, was der Flexibilität des Systems erhebliche Grenzen setzt. Manche EZ-Stellen verwenden Anreize – z.B. Beförderung, zusätzliche persönliche Hilfe und weitere Urlaubstage –, um Mitarbeiter zu überzeugen, schwierige oder unbeliebte Posten anzunehmen. Manche entscheiden sich öfter für lokal im Partnerland angeworbene Mitarbeiter. Die Qualität und die Ortskenntnisse der von Irish Aid lokal angeworbenen Mitarbeiter werden z.B. von den Partnern der Behörde als große Stärke betrachtet (OECD, 2009c). Vom Ministerium für Internationale Zusammenarbeit (DFID) des Vereinigten Königreichs im Land angeworbene Mitarbeiter können ihre Erfahrung auf anderen Posten weiterverwenden und sich innerhalb des DFID beruflich weiterentwickeln. Viele DAC-Mitglieder erlauben dem Personal mit ausländischer Staatsangehörigkeit allerdings noch immer keinen Zugang zu gehobenen oder höheren Posten.

Der vermehrte Einsatz von weiter gefassten Programmansätzen (im Gegensatz zur Umsetzung einzelner Projekte) kann dazu beitragen, die Transaktionskosten in den Partnerländern zu senken und sowohl die Koordinierung als auch die Partnerausrichtung zu verbessern. In der Praxis ist die Verwaltung von Programmen jedoch zeitaufwendig, insbesondere zu Beginn, und erfordert zudem besondere Fähigkeiten. In einigen Länderprüfungen wurde festgestellt, dass Personalkürzungen während des Übergangs zu Programmansätzen riskant sein können. Stattdessen werden oft zusätzliche Investitionen erforderlich sein, um angemessene Kapazitäten und Kompetenzen innerhalb des Mitarbeiterstabs aufzubauen. Die Niederlande und das Vereinigte Königreich haben in die Mitarbeiterausbildung in öffentlichem Finanzmanagement[3] und Management von Sektorkonzepten[4] investiert. Schweden bietet Training in programmorientierten Ansätzen an. Kanada, Dänemark, die Europäische Kommission und Frankreich haben ihre Mitarbeiter hinsichtlich der praxisorientierten Umsetzung der Grundsätze der EZ-Wirksamkeit geschult. Insgesamt stellen die Geber fest, dass es eine größere Nachfrage nach praktischer als nach theoretischer Ausbildung gibt.

Die Arbeitsweise der Behörden verändern

Die Umsetzung der Grundsätze der Paris-Erklärung erfordert zahlreiche Änderungen in der Arbeitsweise der Geber. Dazu gehört die Einbeziehung der Partnerländer bei der Planung und Überprüfung ihrer Programme, die Reform der Vergabeverfahren[5], die Lieferaufbindung (Kapitel 1), die Verbesserung der Koordinierung zwischen den Gebern, die vermehrte Übertragung von Zuständigkeiten (Verschiebung der Entscheidungsmacht von einer höheren zu einer niedrigeren Organisationsebene) und die Verkürzung vielgliedriger Genehmigungsverfahren. Die Japanische Agentur für internationale Zusammenarbeit (JICA) hat mit der Vereinfachung der Planung begonnen, indem sie eine globale Erhebung zu den Bedürfnissen jedes Landes durchgeführt hat, anstatt eine nach Zuschüssen, Darlehen und Technischer Zusammenarbeit getrennte Untersuchung durchzuführen. Die Niederlande haben ihr Planungs- und Monitoringsystem gestrafft und vereinfacht. Manche Geber haben auch in Koordinierungsbemühungen zwischen ihren verschiedenen

Behörden vor Ort investiert, was oft einer wirklichen Harmonisierung vorausgeht (einer der wichtigsten Grundsätze der Agenda zur Steigerung der EZ-Wirksamkeit – vgl. Anhang) und außerdem die Transaktionskosten für die Partnerländer senken kann. Einige Geber, bei denen mehr als eine Organisation und ein Ministerium mit Entwicklungszusammenarbeit befasst ist, suchen nach Wegen zur Verbesserung ihrer Koordinierung vor Ort. Autorität zu delegieren, einschließlich bei der Projektplanung und -verwaltung sowie der damit zusammenhängenden finanziellen Genehmigung, hat manchen Gebern sehr dabei geholfen, die Orientierung an den Bedingungen vor Ort und die Effizienz ihrer Aktivitäten zu steigern. So wurde es der kanadischen Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan durch verstärkte Einsätze vor Ort möglich, dort ein geschickterer, besser auf die Bedürfnisse eingehender und wirksamerer Partner zu werden.

Wirksame Organisationsstruktur

Organisatorische Umstrukturierungen haben in zahlreichen DAC-Mitgliedsorganisationen stattgefunden. So wurde beispielsweise die Swedish International Development Agency (Sida) im Jahr 2008 umstrukturiert, um für die Umsetzung der Grundsätze der EZ-Wirksamkeit in die Praxis besser aufgestellt zu sein. Die wichtigste Veränderung bestand darin, die Länderteams nach Art der Entwicklungszusammenarbeit statt nach geografischen Kriterien neu einzuteilen. Diese Abteilungen werden durch Mitarbeiternetzwerke verbunden, die geschaffen wurden, um Wissen und Erfahrungen zwischen den Teamgruppen auszutauschen. In Japan wurde mit der Zusammenlegung zweier Behörden im Jahr 2008 der Japanischen Agentur für internationale Zusammenarbeit die Verantwortung für die Umsetzung fast der gesamten japanischen ODA übertragen, so dass diese nun die weltweit größte bilaterale EZ-Behörde ist. Dieser Ansatz dürfte die Fragmentierung, die Bürokratie und die Transaktionskosten verringern und die Synergien zwischen Zuschüssen, Darlehen und Technischer Zusammenarbeit erhöhen. Doch unabhängig davon, wie ein Geber sein EZ-System oder auch nur seine einzelnen Behörden strukturiert, sind Koordinierung und Kommunikation die Stichwörter für erfolgreiche Strukturveränderungen.

Schlussbetrachtungen

Während die politischen Entscheidungsträger sich weiter mit der Feinabstimmung der Politik befassen und definieren, was die EZ-Organisationen tun sollten, müssen die Verantwortlichen der EZ-Organisationen einen Weg finden, dies in die Praxis umzusetzen. Unser kurzer Überblick über diese drei Themen – Umgang mit Veränderungen des Volumens der EZ-Budgets, Verbesserung der Rechenschaftspflicht und Aufbau effektiverer Organisationen – macht deutlich, dass das Potenzial und der Wunsch, aus den Erfahrungen anderer bei der Bewältigung von Veränderungen zu lernen, unter den Mitgliedern enorm sind. Der DAC bietet das Forum, in dem solche Erfahrungen ausgetauscht werden können.

Anmerkungen

1. Anlässlich eines OECD-Seminars im Mai 2009 brachten hochrangige Teilnehmer aus DAC-Mitgliedsländern ihr Interesse daran zum Ausdruck, mehr Zeit auf Diskussionen und den Erfahrungsaustausch in Bezug auf praktische EZ-Management-Fragen zu verwenden, insbesondere die Verwaltung von Programmen und Behörden zur Steigerung der EZ-Wirksamkeit.
2. Ein vertikaler Fonds oder ein globales vertikales Programm ist eine internationale Initiative, die den Entwicklungsländern erhebliche Mittel zur Verfügung stellt, um über einen spezifischen Kanal ein spezifisches Problem zu bekämpfen. Ein Beispiel hierfür ist die Globale Allianz für Impfstoffe und Immunisierung (Global Alliance for Vaccines and Immunisation, GAVI).

3. Öffentliches Finanzmanagement untersucht alle Phasen des Budgetzyklus – darunter die Ausarbeitung des Budgets, die Innenrevision, das Beschaffungswesen, das Monitoring und das Berichtswesen sowie die externen Audits –, um sicherzustellen, dass die Ressourcen nach vorrangigen Bedürfnissen zugeteilt werden und öffentliche Dienstleistungen effizient und wirksam finanziert werden (OECD, 2003).
4. Ein sektorweiter Ansatz bedeutet, dass die Geber für die Sektorpolitik und die sektorbezogenen Ausgabenprogramme der Regierung des Partnerlands erhebliche Mittel zur Verfügung stellen (z.B. für Gesundheit oder Bildung). Diese Ansätze haben Einzelprojekten gegenüber potenzielle Vorteile. Dazu gehören eine größere staatliche Eigenverantwortung und Führungsrolle, verbesserte Transparenz und Vorhersehbarkeit der EZ-Leistungen, verbesserte Harmonisierung unter den Gebern und sinkende Transaktionskosten.
5. Die öffentliche Beschaffung umfasst das gesamte Spektrum der notwendigen Aktivitäten zum Erwerb eines Guts oder zur Leistung eines Dienstes. Dieses reicht in der Regel von der ursprünglichen Bedarfsfeststellung bis zu Vertragsmanagement und Leistungsevaluierung (Definition aus *www.dfid.gov.uk/Global-Issues/How-we-fight-Poverty/Government/Public-Financial-Management-and-Accountability/Aid-effectiveness-procurement1/*, heruntergeladen am 20. Oktober 2009).

Literaturverzeichnis

OECD (1986), "Glossary of Terms Used in Evaluation", *in Methods and Procedures in Aid Evaluation,* OECD, Paris.

OECD (1991), *The DAC Principles for the Evaluation of Development Assistance,* OECD, Paris.

OECD (2000), *Glossar entwicklungspolitischer Schlüsselbegriffe aus dem Bereich Evaluierung und ergebnisorientiertes Management*, OECD, Paris.

OECD (2003), *Harmonising Donor Practices for Effective Aid Delivery – Good Practice Papers – A DAC Reference Document,* OECD, Paris.

OECD (2008a), *OECD DAC Peer Review of Spain,* OECD, Paris.

OECD (2008b), *OECD DAC Peer Review of Australia,* OECD, Paris.

OECD (2008c), *OECD DAC Peer Review of Finland,* OECD, Paris.

OECD (2008d), *OECD DAC Peer Review of Norway*, OECD, Paris.

OECD (2009a), *OECD DAC Peer Review of Austria,* OECD, Paris.

OECD (2009b), *OECD DAC Peer Review of Switzerland,* OECD, Paris.

OECD (2009c), *OECD DAC Peer Review of Ireland,* OECD, Paris.

OECD (2009d), *Note of the Seminar Managing Aid,* OECD, Paris.

OECD (2009e), *Managing Aid: Practices of DAC Member Countries,* OECD, Paris.

Kapitel 3

Systeme der Partnerländer und weshalb wir sie nutzen müssen

Um die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit zu gewährleisten, müssen die Geber die Eigenverantwortung der Partnerländer für ihre Entwicklungspolitiken und -praktiken respektieren. Hierzu zählt u.a. die Nutzung der Verwaltungssysteme der Partnerländer für die Abwicklung der Entwicklungszusammenarbeit. Die Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit hat gezeigt, dass die Umgehung der Systeme und Politiken der Partnerländer die Fähigkeit dieser Länder schwächt, ihre Zukunft selbst zu bestimmen.

Dennoch zögern viele Geberländer aus Angst vor Missbrauch von Finanzmitteln und mangelnder Zuordnung der Entwicklungseffekte, diesen Ansatz zu verfolgen. Dieses Kapitel stellt die langfristigen Vorteile der Nutzung der Systeme der Partnerländer den damit verbundenen Risiken gegenüber und umreißt die Bemühungen der Geber und der Partnerländer zur Stärkung und Nutzung dieser Systeme.

Globale Verpflichtung zur Nutzung der Systeme der Partnerländer

Die Entwicklungszusammenarbeit kann zwar das Leben der Menschen verbessern, wird jedoch oft als ineffektiv, redundant und letztlich als Hemmnis für die Erreichung der Eigenständigkeit der Partnerländer kritisiert. Es ist sicherlich wahr, dass die Art und Weise, wie die Entwicklungszusammenarbeit in der Vergangenheit abgewickelt wurde – z.B. wenn die Geber eigene Mechanismen zur Umsetzung der Entwicklungszusammenarbeit schufen, anstatt die Systeme der Partnerländer zu nutzen –, die Nachhaltigkeit der Entwicklungsanstrengungen zu untergraben drohte. Da mit solchen Parallelsystemen die bestehenden Systeme der Staaten umgangen werden, können sie zur Verfestigung der Abhängigkeit des Landes von seinen Gebern beitragen. Die Umgehung der Entscheidungsfindungsorgane eines Landes kann diese Institutionen und damit die Rechenschaftspflicht der Regierung gegenüber ihren Bürgern schwächen. Diese Risiken müssen ebenso berücksichtigt werden wie die Bedenken, die die Geber bei Anstrengungen zur stärkeren Nutzung der Systeme der Partnerländer bei der Erbringung von EZ-Leistungen haben.

Die gegenwärtigen internationalen Verpflichtungen zur Nutzung der Ländersysteme machen deutlich, dass die Gebergemeinschaft aus den Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte gelernt hat. In der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit von 2005 und im Aktionsplan von Accra von 2008 (Anhang) verpflichteten sich die Geberländer zur systematischeren Nutzung der Systeme der Partnerländer und zur Unterstützung der Länder bei der Stärkung ihrer Systeme – ob im Bereich Finanzmanagement, Beschaffung, Statistik oder Verwaltung der Technischen Zusammenarbeit (Kasten 3.1). Die Partnerländer haben sich ihrerseits dazu verpflichtet, ihre Systeme zu stärken, um die Geber dazu zu ermutigen, diese zu nutzen (Manning, 2007).

Kasten 3.1 **Der Aktionsplan von Accra und die Nutzung der Systeme der Partnerländer**

Auf dem Hochrangigen Forum in Accra vereinbarten die Geber im September 2008:

- die Systeme der Partnerländer für die vom öffentlichen Sektor verwalteten EZ-Programme als erste Option zu nutzen,
- Transparenz bei Entscheidungen gegen die Nutzung der Ländersysteme zu gewährleisten,
- von den Partnerländern selbst getragene Reformprogramme zu unterstützen,
- Rahmenpläne für die Nutzung der Ländersysteme zu entwickeln,
- 50% oder mehr der Entwicklungszusammenarbeit auf Regierungsebene durch die Finanzsysteme der Partnerländer (öffentliche Finanzmanagement- und Beschaffungssysteme) zu leiten.

Die Partner- und Geberländer vereinbarten ferner, die Qualität der Ländersysteme gemeinsam zu beurteilen. Der DAC unternimmt entschiedene Anstrengungen zur Messung der Fortschritte auf diesem Gebiet (siehe unten).

In diesem Kapitel wird erläutert, was mit „Systemen der Partnerländer“ gemeint ist, und untersucht, in welchem Umfang die Geber diese nutzen. Ferner wird analysiert, weshalb die Geber u.U. vor einer stärkeren Nutzung dieser Systeme zurückschrecken und aus welchen Gründen ihre Nutzung dennoch wichtig ist. Abschließend werden einige ermutigende Maßnahmen der Geber beschrieben, um die Nutzung der Ländersysteme auszudehnen, und weitere Maßnahmen genannt, die sowohl von den Mitgliedern des DAC als auch den Regierungen der Entwicklungsländer ergriffen werden müssen, um die Nutzung der Ländersysteme zu verstärken und zu erweitern.

Was sind Ländersysteme und wie lassen sie sich nutzen?

Laut der Paris-Erklärung und dem Aktionsplan von Accra zählen zu den „Systemen der Partnerländer“ nationale Vorkehrungen und Verfahren in den Bereichen öffentliches Finanzmanagement, Beschaffungswesen, Rechnungsprüfung, Monitoring und Evaluierung sowie Sozial- und Umweltverfahren. So handelt es sich im Fall des öffentlichen Finanzmanagements bei den nationalen Systemen zur Verwaltung der Finanzmittel z.B. um die Systeme, die durch die Gesetzgebung des Landes errichtet und durch die Regierung umgesetzt werden. Abgesehen von den traditionelleren Verwaltungssystemen umfassen die Ländersysteme auch Statistiksysteme, Analysearbeiten und die Verwaltung der Technischen Zusammenarbeit (Kasten 3.2).

Kasten 3.2 **Alle Länder benötigen Statistiken**

Alle Länder benötigen Statistiken. Verlässliche, zeitnahe Daten sind für die Politikgestaltung von wesentlicher Bedeutung, um Probleme zu erkennen, eine Orientierungshilfe für die Gestaltung und Wahl von Politikmaßnahmen zu bieten, künftige Entwicklungen vorherzusagen, die Umsetzung von Politikmaßnahmen zu begleiten und die Auswirkungen von Politikmaßnahmen zu evaluieren. Eine angemessene Aufschlüsselung der Daten (z.B. nach Geschlecht, Region und sozioökonomischem Status) ist ebenfalls wichtig. Den nationalen Statistiksystemen vieler Entwicklungsländer fehlt es allerdings an einer angemessenen, vorhersehbaren Finanzierung zur Unterstützung ihrer regulären Arbeitsprogramme. Daher müssen sie sich manchmal auf zusätzliche geberseitige Erhebungen stützen, um die Daten zu erhalten, die sie benötigen, um einen Beitrag zu den nationalen Politikdebatten zu leisten. Diese anlassbezogenen und oftmals geberseitig gesteuerten Erhebungen werden jedoch nicht immer den Prioritäten der nationalen Entwicklungsstrategie des betreffenden Landes gerecht.

Die Partnerschaft Statistik im Dienst der Entwicklung im 21. Jahrhundert (PARIS21), deren Sekretariat bei der OECD-Direktion Entwicklungszusammenarbeit angesiedelt ist, fördert die Gestaltung, Umsetzung und Begleitung nationaler Strategien zur Entwicklung der Statistik. Im Rahmen solcher Strategien wird auf nationaler Ebene vereinbart, wo das Statistiksystem des betreffenden Landes in fünf bis zehn Jahren stehen sollte, wobei entscheidende Etappen für die Umsetzung dieses Projekts festgelegt werden. Diese Strategien schaffen einen umfassenden und einheitlichen Rahmen für die kontinuierliche Untersuchung der sich wandelnden Anforderungen der Nutzer und Prioritäten im Statistikbereich sowie für den Aufbau von Kapazitäten, um diesen Bedarf auf abgestimmtere, besser synthetisierte und effizientere Weise zu decken. Die nationalen Strategien zur Entwicklung der Statistik bieten darüber hinaus einen Rahmen für die Mobilisierung, den Einsatz und die Nutzung von (nationalen wie internationalen) Ressourcen sowie eine Grundlage für ein effektives und ergebnisorientiertes strategisches Management des Statistiksystems.

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

In den vergangenen Jahren sind die nationalen Strategien zur Entwicklung der Statistik zum Maßstab für den Aufbau solider statistischer Kapazitäten in den Ländern geworden. Mitte 2009 waren rd. 70% der Kreditnehmer der Internationalen Entwicklungsorganisation* und der Länder der mittleren Einkommensgruppe, unterer Bereich, dabei, eine Statistikstrategie zu konzipieren oder umzusetzen. Es bedarf einer fortgesetzten Unterstützung der nationalen Strategien zur Entwicklung der Statistik, wenn die Prioritäten der Partnerländer bei ihren eigenen nationalen Entwicklungsstrategien respektiert werden sollen.

* Die Internationale Entwicklungsorganisation ist der Teil der Weltbank, der die ärmsten Länder durch Gewährung von zinslosen Krediten und Zuschüssen für Programme unterstützt, die auf die Ankurbelung der Wirtschaftstätigkeit und die Verbesserung der Lebensbedingungen abzielen.

Die Geber verwenden die Ländersysteme, wenn ihre Mittel oder Dienstleistungen gemäß den Verfahren des Partnerlands verwaltet und von der nationalen Regierung umgesetzt werden. Beispielsweise bedeutet die Verwendung der Ländersysteme im Bereich der Finanzberichterstattung, dass die Geber keine separaten Rechnungslegungssysteme schaffen, um ihre Berichterstattungsauflagen zu erfüllen, und keine separaten Kontenpläne für die Verwendung der von ihnen bereitgestellten Mittel einrichten. Stattdessen nutzen sie die Berichtssysteme und Kontenpläne der Partnerländer. Ein weiteres Beispiel für die Verwendung der Systeme der Partnerländer ist, dass die Beschaffung der benötigten Waren und Dienstleistungen bei der Umsetzung von Projekten und Programmen gemäß den nationalen Beschaffungsverfahren nach den Gesetzen des Partnerlands erfolgt.

Oft werden lediglich bestimmte Komponenten eines Ländersystems tatsächlich genutzt. In Tabelle 3.1 sind einige dieser wichtigen Komponenten aufgeführt. Beispielsweise nutzen die Geber bei der Bereitstellung ihrer Leistungen die Planungsvorkehrungen der Länder („On plan") – d.h. die EZ-Mittel werden in die Strategiepläne der für die Ausgaben zuständigen Stellen eingebunden –, nicht jedoch deren Vorkehrungen für die Rechnungsprüfung („On audit"). Dies bedeutet, dass die Geber nach wie vor die Durchführung besonderer zusätzlicher Prüfungen über die Verwendung ihrer Finanzmittel verlangen. Solche zusätzlichen Maßnahmen sind zwar in einigen Situationen als kurzfristige Sicherheitsvorkehrungen u.U. angebracht, sie bergen jedoch die Gefahr, dass die Systeme der Partnerländer übergangen und die in den Ländern geltenden Regeln für die Rechenschaftspflicht untergraben werden. Die Geber können darüber hinaus sicherstellen, dass ihre EZ-Leistungen in das Legislativsystem des Partnerlands eingebunden werden. Wenn die EZ-Mittel in die vom Parlament gebilligten Einnahmen und Mittelzuweisungen integriert werden, bedeutet dies, dass die Bereitstellung der EZ-Leistungen der Geber im Rahmen des parlamentarischen Haushaltsverfahrens des Partnerlands erfolgt („On parliament"). Dies stärkt die Rechenschaftspflicht in den Partnerländern, da sichergestellt wird, dass die Mitglieder des Parlaments über Höhe und Herkunft der zufließenden EZ-Mittel informiert sind (CABRI und SPA, 2008).

Eine wichtige Möglichkeit zur Nutzung der Ländersysteme ist die Gewährung von „Budgethilfe" durch die Geber. Dies bedeutet, dass die EZ-Mittel nicht an bestimmte Projekte oder Ausgabenposten gebunden sind. Sie werden vielmehr über die Verwaltungssysteme der betreffenden Länder ausgezahlt. Budgethilfe ist mit Bedingungen sowie Verfahren für den Dialog zwischen den Partnerländern und den Gebern, Bemühungen der Geber zur Harmonisierung ihrer EZ-Leistungen und zur Ausrichtung an den nationalen Prioritäten sowie Technischer Zusammenarbeit zur Stärkung der Verwaltungssysteme der Partnerländer verbunden (OECD, 2006). Die Entscheidung der Geber, Budgethilfe zu gewähren, geht mit der Verpflichtung der Partnerländer einher, ihre öffentlichen Finanzmanagementsysteme zu stärken, um eine glaubwürdige Planung, Budgetierung, Rechnungslegung, Rechnungsprüfung und Berichterstattung zu gewährleisten.

Tabelle 3.1 **Schlüsselbereiche der Bereitstellung von EZ-Mitteln über die Systeme der Partnerländer**

Begriff	Definition
„On plan“ (Planung)	Ausgaben für Programm- und Projekthilfe werden in die strategische Planung der für die Ausgaben zuständigen Stellen und in die Begleitdokumentation über die den Haushaltsanträgen zu Grunde liegenden Politikabsichten aufgenommen.
„On budget“ (Haushalt)	Externe Mittel, einschließlich Programm- und Projektfinanzierung, und ihre beabsichtigte Verwendung werden in der Haushaltsdokumentation ausgewiesen.
„On parliament“ oder „Through budget“ (parlamentarische Haushaltsverfahren)	Externe Mittel werden in die vom Parlament genehmigten Einnahmen sowie Mittelbewilligungen einbezogen.
„On treasury“ (Finanzverwaltung)	Externe Mittel werden in die allgemeinen Staatseinnahmen aufgenommen und über die staatlichen Systeme verwaltet.
„On accounting“ (Rechnungslegung)	Externe Mittel werden im Einklang mit dem Klassifizierungssystem der Regierung im staatlichen Rechnungslegungssystem ausgewiesen und berücksichtigt.
„On audit“ (Rechnungsprüfung)	Externe Mittel werden über das staatliche Rechnungsprüfungssystem geprüft.
„On report“ (Berichtswesen)	Externe Mittel werden in Ex-post-Berichte der Regierung einbezogen.

Quelle: Collaborative African Budget Initiative (CABRI) und Strategic Partnership with Africa (SPA) (2008), *Synthesis Report: Putting Aid on Budget*, CABRI, Pretoria.

Wenn sie richtig konzipiert ist, kann jede Form von Entwicklungszusammenarbeit, einschließlich der Projekthilfe, über die Ländersysteme abgewickelt werden. In der Praxis wird bei der Durchführung vieler Projekte jedoch nach wie vor auf Parallelsysteme zurückgegriffen oder werden die Ländersysteme lediglich teilweise genutzt. Hierfür kann es unterschiedliche Gründe geben, u.a. Kapazitätsengpässe oder geberseitige Einschränkungen, die eine umfassendere Nutzung der Ländersysteme verhindern. Projektfinanzierungen führen oft zur Schaffung separater Projektdurchführungseinheiten und Nutzung von Parallelsystemen oder zur Einschaltung von Nichtregierungsorganisationen für die Umsetzung von Maßnahmen, die andernfalls von der Regierung des Partnerlandes durchgeführt werden könnten. Beispielsweise verwenden die Geber bei der Projekthilfe die EZ-Mittel oftmals zur Unterstützung einer bestimmten Aktivität, wobei sie die Kontrolle über die Finanzierung und Verwaltung des Projekts behalten.

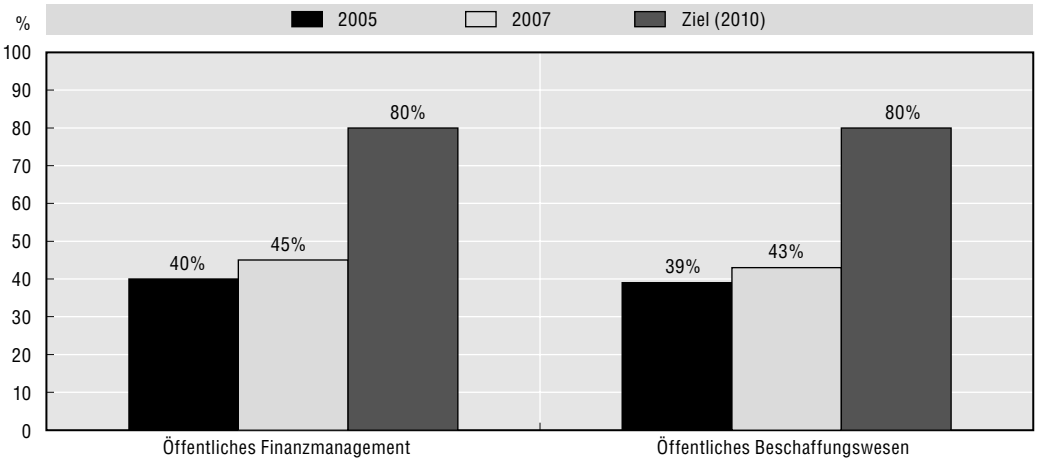
Erreichen wir unsere Ziele in Bezug auf die Nutzung der Ländersysteme?

Die Daten zeigen, dass die Ländersysteme von den Gebern noch zu wenig genutzt werden. Bei der Stärkung der Ländersysteme wurden einige Fortschritte verzeichnet: Seit 2005 haben 36% der Partnerländer ihr Ergebnis im Bereich öffentliches Finanzmanagement verbessert. Bei der Nutzung der Ländersysteme sind bisher weniger Fortschritte erzielt worden, auch wenn eine gewisse zeitliche Verzögerung zwischen der Verbesserung der Qualität der Ländersysteme und deren verstärkter Nutzung durch die Geberländer zu erwarten ist. Aus Abbildung 3.1 geht hervor, dass lediglich 45% der EZ-Mittel für die 54 Entwicklungsländer, über die 2008 eine Erhebung durchgeführt wurde, über die öffentlichen Finanzmanagementsysteme dieser Länder abgewickelt wurden (die Zielvorgabe ist 80%) (OECD, 2008a)*.

* In der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (2005) wird klargestellt, dass die Nutzung der Beschaffungs- und der öffentlichen Finanzmanagementsysteme der Partnerländer von der Qualität dieser Systeme abhängig gemacht werden sollte. Daher sollten Verbesserungen bei der Nutzung der Ländersysteme mit Bemühungen zur weiteren Stärkung dieser Systeme einhergehen.

Abbildung 3.1 **Erfüllen die Geber ihre Verpflichtung nach der Paris-Erklärung zur Nutzung der Systeme der Partnerländer?**

Über die Systeme der Partnerländer bereitgestellte EZ-Leistungen
(in Prozent der gesamten EZ-Mittel, die von den Gebern für den Staatssektor ausgezahlt werden)



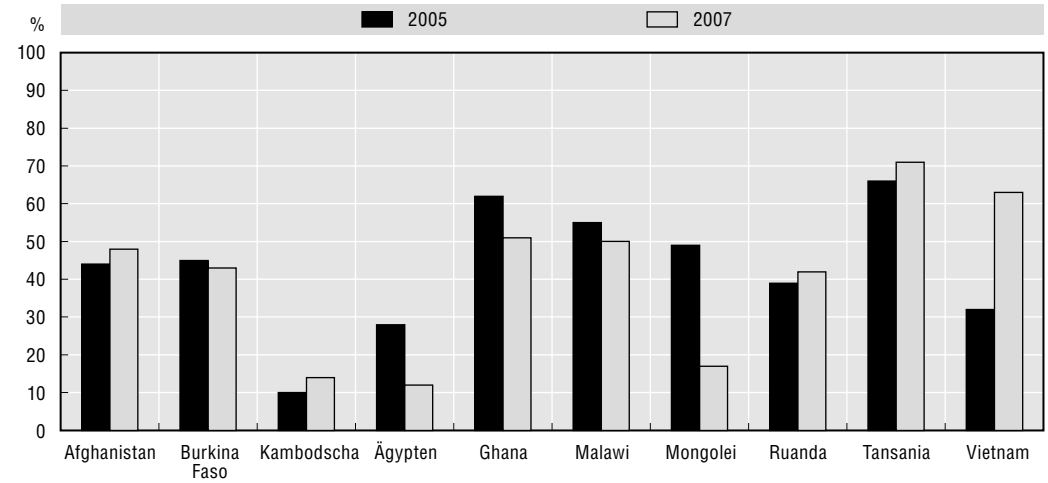
Quelle: OECD (2008a), *2008 Survey on Monitoring the Paris Declaration*, OECD, Paris.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/787420181071

Die Erhebungsergebnisse deuten zudem auf eine schwache Korrelation zwischen der Qualität des Systems eines Partnerlandes und dessen Nutzung durch die Geber hin. Bei einigen Ländern, z.B. Ghana, zeigt die Erhebung von 2008 einen Rückgang des Anteils der EZ-Mittel, die über deren öffentliche Finanzmanagementsysteme abgewickelt wurden (von 61% auf 51%), obwohl sich die Qualität der Systeme verbessert hat (Abb. 3.2). Dieses Ergebnis dürfte bedeuten, dass die Geber ihre Entscheidung zur Nutzung der Systeme eines Landes nicht allein an der Stärke dieser Systeme orientieren.

Abbildung 3.2 **Nutzung der Finanzmanagementsysteme der Partnerländer (ausgewählte Länder aus 54 untersuchten Ländern), 2005 und 2007**

Über die öffentlichen Finanzmanagementsysteme der Partnerländer bereitgestellte EZ-Leistungen
(in Prozent der gesamten EZ-Mittel, die von den Gebern für den Staatssektor ausgezahlt werden)



Quelle: OECD (2008a), *2008 Survey on Monitoring the Paris Declaration,* OECD, Paris

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/787423453067

Es gibt gewisse Hinweise darauf, dass die Fortschritte bei der Nutzung der Ländersysteme in Sektoren wie dem Gesundheitswesen ebenfalls begrenzt sind. In Mali etwa machen die Geber trotz der Stärkung der Entscheidungsfindungs- und Umsetzungsmechanismen im Gesundheitssektor in unterschiedlichem Umfang von diesen Systemen Gebrauch. Eine Studie der Sonderarbeitsgruppe, die die Entwicklungen im Gesundheitssektor verfolgt (Task Team on Health as a Tracer Sector – TT HATS, 2009), zeigt, dass die Regierungsvertreter in Mali zudem den Eindruck haben, dass die Geber, wenn Fragen im Zusammenhang mit der Qualität einer Komponente des Systems aufgeworfen werden, zu rasch auf dessen Nutzung verzichten, anstatt zu untersuchen, wie es am besten gestärkt werden könnte. Dies gilt insbesondere für die Abwicklung der Technischen Zusammenarbeit.

Weshalb haben die Geberländer Bedenken, die Systeme der Partnerländer zu nutzen?

Von der OECD durchgeführte Analysen zeigen, dass sich die Geber in der Mehrzahl der Fälle gegen die Nutzung der Ländersysteme entscheiden, um vier ihrer Ansicht nach bestehende wesentliche Arten von Risiken zu vermeiden:

1. Misswirtschaft oder Missbrauch der EZ-Mittel („treuhänderisches Risiko“),
2. Zweckentfremdung der EZ-Mittel, so dass sie nicht zur Entwicklung beitragen („Entwicklungsrisiko“),
3. Nichtanerkennung der Anstrengungen der einzelnen Geber, wenn die Partnerländer ihre Finanzmittel selbst verwalten, und Schädigung des Rufs der Geber, wenn Entwicklungsziele verfehlt werden, selbst wenn dies nicht auf ihr eigenes Handeln zurückzuführen, sondern das Ergebnis von Faktoren ist, die außerhalb ihrer finanziellen Kontrolle liegen („Reputationsrisiko“),
4. Verzögerung der Bereitstellung der Finanzmittel durch die Entscheidung, die Systeme der Partnerländer zu nutzen, insbesondere in fragilen Staaten oder in Notsituationen („Verzögerungsrisiko“).

Zwischen den Geberländern können Unterschiede in Bezug auf ihre Toleranz gegenüber verschiedenen Risiken bestehen, je nach ihrem eigenen Rechtsrahmen, ihren politischen Verpflichtungen und den Anreizen im Inland. Bei manchen Gebern nimmt daher das Entwicklungsrisiko einen höheren Stellenwert ein als das treuhänderische Risiko, während andere stärker versuchen, das Reputationsrisiko zu vermeiden als das Risiko einer Verzögerung der Verfügbarkeit der EZ-Mittel. Um das richtige Gleichgewicht in all diesen Bereichen zu finden, ist es von wesentlicher Bedeutung, dass sowohl die Praktiker als auch die Skeptiker im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit ebenso wie die breite Öffentlichkeit besser begreifen, was die Nutzung der Ländersysteme nach sich zieht, welche Risiken damit verbunden sind, die Systeme eines Partnerlands zu nutzen bzw. nicht zu nutzen, und auf welche Art und Weise gegenseitige Unterstützung und Partnerschaft dabei helfen können, die in Paris und Accra eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Weshalb sollten wir nicht davor zurückschrecken, die Systeme der Partnerländer zu nutzen?

Den potenziellen Risiken, die mit der Nutzung von Systemen der Partnerländer verbunden sind, müssen die positiven Effekte gegenübergestellt werden. Letztere werden indessen oft nicht gut genug analysiert bzw. kommuniziert. Ein Grund hierfür ist, dass die positiven Effekte institutioneller Natur, langfristig und ihrem Wesen nach diffuser

sind, während die treuhänderischen Risiken als weitaus unmittelbarer angesehen werden und stärkerer politischer Druck ausgeübt werden dürfte, um sie zu vermeiden. Darüber hinaus handelt es sich bei der Nutzung der Verwaltungssysteme eines Partnerlands um eine recht technische Frage, die einem breiteren Publikum daher schwer zu vermitteln ist (OECD, 2008b). Es gibt ferner gewisse Hinweise darauf, dass die Geber das Gefühl haben, dass die längerfristigen Vorteile, die mit der Nutzung der Ländersysteme verbunden sind, zum großen Teil anderen Gebern zugeschrieben werden und nicht demjenigen, der als erstes diese Systeme nutzt und dem u.U. kurzfristige Kosten entstehen, während er im Grunde genommen ein öffentliches Gut für andere Geber erbringt (Knack und Eubank, 2009). Daher ist es dringend notwendig, dass verschiedene Akteure in den Geberländern zu einem besseren Verständnis der längerfristigen positiven Effekte gelangen, die mit der Nutzung der Systeme der Partnerländer verbunden sind. In diesem Abschnitt wird eine Reihe von wesentlichen Vorteilen der Nutzung der Systeme der Partnerländer umrissen.

Die Systeme nicht nutzen, hieße sie aufgeben

Die Nutzung der etablierten Institutionen und Systeme eines Partnerlands durch einen Geber hilft dabei, die langfristige Kapazität des Partnerlands zu stärken, Politiken zu konzipieren und umzusetzen sowie über sie Rechenschaft abzulegen – sowohl gegenüber dem Parlament als auch gegenüber den Bürgern. Evaluierungen der geberseitigen Unterstützung im Hinblick auf Reformen des öffentlichen Sektors bestätigen, dass die Haushaltsverfahren gestärkt und die Verwaltungs- und Finanzsysteme des Lands verbessert werden, wenn die EZ-Mittel durch die Systeme des Partnerlands geleitet werden (Independent Evaluation Group, 2008). Eine Gemeinschaftsevaluierung der allgemeinen Budgethilfe zeigte, dass die Lenkung von Mitteln durch den Haushalt eine wichtige Rolle dabei spielte, dass die staatlichen Stellen das Haushaltsverfahren ernster nahmen. Zuvor waren die Gebermittel für die Entscheidungsträger in den für den Haushalt verantwortlichen Ministerien gewissermaßen „unsichtbar".

Bedenken über eine möglicherweise missbräuchliche Verwendung der Mittel können die Geber dazu veranlassen, ihre Aufmerksamkeit auf die Stärkung der Länderprozesse zu richten, um die Korruption zu bekämpfen (Wescott, 2008, und Kapitel 7). Auch wenn die treuhänderischen Risiken in bestimmten Ländern nach wie vor hoch sind, zeigen Evaluierungen, dass die Bemühungen zur Korruptionsbekämpfung bessere Aussichten auf Erfolg haben, wenn dabei der Aufbau der Ländersysteme mit dem Ziel der Eindämmung von Korruptionsmöglichkeiten im Vordergrund steht, als wenn geberseitig geschaffene Parallelsysteme verwendet werden (Independent Evaluation Group, 2008). Auch ist zu beachten, dass Einzelprojekte nicht gegen Korruption gefeit sind. Ein eigenständiger Ansatz bei Projektmanagement und -umsetzung kann zwar Vorteile in Form von klareren Rechenschafts- und Verwaltungsbeziehungen haben, solche Projekte stützen sich jedoch oft auf ein kleines Team, und der Grad des Risikos – bzw. der letztliche Erfolg oder Misserfolg des Projekts – kann von den einzelnen Personen ebenso abhängen wie von der Regierung insgesamt. Auch wenn Parallelsysteme ein effektives Projektmanagement zunächst zu fördern scheinen, enden mit dem Projekt doch auch die dabei angewandten empfehlenswerten Vorgehensweisen und gewonnenen Erkenntnisse, weshalb die Nutzeffekte von kurzer Dauer sind. Die Reform der nationalen Institutionen ist daher zwar eine größere Herausforderung, stellt letztlich jedoch eine effektivere und langfristigere Lösung für Probleme in Zusammenhang mit Korruption und Missbrauch von Finanzmitteln dar (Weltbank, 2009).

Stärker rechenschaftspflichtige Regierungen

In den meisten Fällen müssen die Regierungen gegenüber den Parlamenten und den Bürgern Rechenschaft über die Verwendung der nationalen Ressourcen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ablegen. Wenn die Geber die staatlichen Systeme

umgehen, werden die Rechenschaftsbeziehungen in der Regel unklarer, insbesondere wenn die Mittel in Projektdurchführungseinheiten verwaltet werden. Die zuständigen Behörden sind dann für die Erbringung von Dienstleistungen gegenüber den Gebern, anstatt gegenüber ihren Bürgern rechenschaftspflichtig. In einem Bericht über eine vor kurzem durchgeführte Prüfung des treuhänderischen Risikos in Uganda beispielsweise legte die Weltbank dar, wie durch die Verwendung interner Kontrollmechanismen klar abgegrenzte Verantwortlichkeiten für die Beschaffung und die Bezahlung von Waren und Dienstleistungen sichergestellt wurden: Die Fachministerien führen die Beschaffung durch, während das Finanzministerium die Lieferanten bezahlt (Weltbank, 2009). Letztlich ist die Regierung des Partnerlands – und nicht der Geber – für die Ergebnisse verantwortlich.

Weniger fragmentierte EZ-Abwicklung

Wenn die Geber die Ländersysteme nutzen, ist die EZ-Abwicklung tendenziell weniger fragmentiert, da alle Geber ihre Unterstützung an den Politikmaßnahmen der Regierung des Partnerlands ausrichten. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Geber die Planungsinstrumente des Partnerlands nutzen. Wenn die Geber außerhalb des Planungssystems des Partnerlands agieren, können dessen Regierungsvertreter ihre langfristigen Entwicklungsanstrengungen nicht wirksam planen, da sie nicht wissen, welche Beträge zufließen werden bzw. auf welche Konten. Darüber hinaus erhöht sich die Fragmentierung der Rechenschaftsbeziehungen, wenn ein Partnerland verschiedenen Gebergruppen gegenüber Rechenschaft ablegen muss. Den Regierungen der Partnerländer obliegt es auch, die Harmonisierung der Geberinitiativen im Hinblick auf die Unterstützung ihrer nationalen Politiken zu fördern (wegen einer Erörterung der Rolle, die die Partnerländer in Bezug auf die Entscheidung spielen, wann ihre Systeme verwendet werden, siehe unten).

Ein besseres Kosten-Nutzen-Verhältnis für Geber und Partnerländer

Eine ineffiziente Entwicklungszusammenarbeit kann kostspielig sein. So könnten sich die Kosten, die entstehen, wenn die Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit im Rahmen des EZ-Programms der Europäischen Kommission nicht vollständig umgesetzt wird, auf 5-7 Mrd. Euro jährlich belaufen (Europäische Kommission, 2009). Die Umsetzung über inländische Systeme verringert die Transaktionskosten für die Empfängerländer wesentlich, da die Regierungen nicht mehr über einzelne Projekte Rechenschaft ablegen und diese prüfen müssen. Die Befunde aus einer Evaluierung der allgemeinen Budgethilfe zeigen, dass sich die Transaktionskosten der Partnerländer bei der Umsetzung bedeutend verringerten, da sie ihre eigenen Standardverfahren anstatt einer Vielzahl von Geberverfahren nutzen konnten (IDD, 2006).

Diese positiven Effekte müssen besser verstanden und unter Berücksichtigung der Risiken (treuhänderische, Entwicklungs-, Reputations- und/oder Verzögerungsrisiken) und des Länderkontexts untersucht werden (die Risiken werden sich z.B., je nachdem ob die Geber in einem fragilen Land oder in einem Land der mittleren Einkommensgruppe tätig sind, anders darstellen). Eine stärker auf Fakten gestützte Evaluierung ist nötig, um die Vorteile zu verstehen, die sowohl den Gebern als auch den Partnerländern entstehen, wenn sie eine Palette unterschiedlicher Ländersysteme nutzen – von der Verwaltung der Technischen Zusammenarbeit über die Beschaffung bis zu komplexen Finanzmanagementsystemen.

Wie geht es weiter?

Die Paris-Erklärung und insbesondere der Aktionsplan von Accra haben die Geber dazu veranlasst, ihre Verfahren und Praktiken im Interesse einer stärkeren Nutzung der Ländersysteme zu prüfen. Die Geber führen Anreize für ihre Mitarbeiter auf Länderebene

ein, um die Systeme der Partnerländer zu nutzen, entwickeln bessere Leitlinien für ihr Personal und gewährleisten eine systematische Begleitung der Nutzung der Ländersysteme im Rahmen ihrer Programme. So hat Australien etwa seine Leitlinien für Entwicklungsländerstrategien überarbeitet und dabei die Bedeutung der Nutzung der Ländersysteme für die Finanzierung der Beschaffung und für die Entscheidungsfindung sowie deren allmähliche Stärkung in den Vordergrund gestellt. Seine neuen Pacific Partnerships for Development, die mit Kiribati, Nauru, Papua-Neuguinea, Samoa, den Salomonen, Tuvalu, Tonga und Vanuatu unterzeichnet wurden, tragen dem Rechnung. Kanada hat seine Mitarbeiterbewertungen an das Engagement für EZ-Wirksamkeit geknüpft (einschließlich der Nutzung von Ländersystemen). Analog dazu hat Schweden alle Länderteamleiter dafür verantwortlich gemacht, sicherzustellen, dass die Nutzung der Ländersysteme bei allen neuen EZ-Programmen als erste Option untersucht wird. Die Europäische Kommission hat ein internes Informationssystem geschaffen, um die Fortschritte bei der Nutzung der Ländersysteme zu begleiten. Einige Geber haben sich darum bemüht, diesen Ansatz über ihre unmittelbaren Beschäftigten hinaus auch bei ihren Partnern zu fördern, die die Entwicklungszusammenarbeit vor Ort abwickeln: Beispielsweise übt Norwegen Druck auf seine Partner in der Zivilgesellschaft aus, damit sie ihre Arbeit an den Ländersystemen ausrichten (OECD, 2009). Die Vereinigten Staaten haben einen Prozess in Gang gesetzt, um zu evaluieren, welcher Anteil ihres EZ-Programms über die pakistanischen Systeme für öffentliches Finanzmanagement und Beschaffung abgewickelt werden kann. Dieser Prozess umfasst die Beurteilung bestimmter Verwaltungseinheiten, die Betrachtung der Verwaltung der Systeme durch diese Stellen und die Schaffung von Kapazitäten vor Ort, um ihnen bei der Behebung etwaiger Schwachstellen in der Verwaltung zu helfen.

Im Gesundheitssektor haben Bedenken darüber, dass die wachsende Zahl von globalen Programmen und Initiativen, mit denen bestimmte Gesundheitsziele verfolgt werden, zur Übergehung oder Schwächung der manchmal fragilen Gesundheitssysteme der Partnerländer führen könnte, deren Regierungen und die Geber dazu veranlasst, der Stärkung der Gesundheitssysteme mehr Aufmerksamkeit zu widmen und sich um die Schaffung einer gemeinsamen Plattform dafür zu bemühen. Dies würde die Nutzung der Ländersysteme fördern und so die Transaktionskosten für die Partnerländer senken. Es gibt bereits Anzeichen für Fortschritte. Der Globale Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM) z.B. berichtet, dass bei 82% der Programme, die von ihm unterstützt werden, die Monitoring- und Evaluierungssysteme und bei 56% die Beschaffungssysteme der Partnerländer verwendet werden. In einigen Ländern, z.B. Uganda, werden Finanzmittel, die ursprünglich von einer separaten Projektdurchführungsstelle verwaltet wurden, über eine langfristige institutionelle Vereinbarung künftig in Form von Budgethilfe gewährt (TT HATS, 2009).

Eine Rolle für den DAC

Der DAC und seine Organe unternehmen mehrere Schritte, um die Nutzung der Ländersysteme durch die Mitglieder zu erhöhen:

1. Der DAC ermutigt die Geber zur Nutzung der Systeme der Partnerländer und unterstützt sie dabei.
2. Der DAC bietet Gebern und Partnerländern ein Forum für den Austausch von Meinungen und praktischen Ideen in Bezug auf die Risiken und positiven Effekte der Nutzung der Ländersysteme in einer Vielzahl von unterschiedlichen Kontexten.
3. Die DAC-Arbeitsgruppe EZ-Wirksamkeit hat eine Globale Partnerschaft für die Nutzung von Ländersystemen geschaffen. Sie umfasst Vertreter der Geber und der Partnerländer und führt die Arbeitsgruppen in den Bereichen öffentliches Finanzmanagement und Beschaffung zusammen. Der Vorsitz wird von Ghana und den Vereinigten Staaten gemeinsam geführt. Die Rolle der globalen Partnerschaft besteht darin,

- die Entwicklung gemeinsamer Leitlinien und guter Praktiken für Partnerländer und Geber zu unterstützen, um die technischen Herausforderungen zu bewältigen, die mit der Stärkung und Nutzung der Ländersysteme einhergehen (u.a. in den Bereichen öffentliches Finanzmanagement, Beschaffung, Monitoring und Evaluierung sowie Sozial- und Umweltbewertung),
- einen Dialog über die Bemühungen der Partnerländer bei der Stärkung der Ländersysteme sowie über die Frage, wann die Ländersysteme genutzt werden sollten, zu fördern – nach Möglichkeit aufbauend auf den bestehenden Dialogforen. Dieser Dialog wird auf Länderebene erfolgen, um eine bessere und stärker auf Fakten basierende Erörterung der Vorteile und Risiken der Nutzung von Ländersystemen sicherzustellen.

4. Im Rahmen seiner Arbeit zur Unterstützung der DAC-Arbeitsgruppe EZ-Wirksamkeit hat das „Task Team on Health as a Tracer Sector" (TT HATS) die Nutzung der Ländersysteme – u.a. für Beschaffung und öffentliches Finanzmanagement – als eine entscheidende Herausforderung identifiziert, die bewältigt werden muss. Das TT HATS hat ein von Ghana und Madagaskar gemeinsam durchgeführtes Lern- und Selbstbeurteilungsprojekt gefördert, in dem die Beschaffungssysteme der beiden Länder und deren Nutzung durch die Geber untersucht wurden. In der begleitenden Studie werden die wichtigsten Erkenntnisse vorgestellt und die Bedingungen beschrieben, die erfüllt sein müssen, damit die Geber die Ländersysteme stärker nutzen können, wobei auf die unabdingbare Notwendigkeit hingewiesen wird, dass die Geber die Bemühungen der Partnerländer zur Durchführung von Reformen, zur Überwachung der Fortschritte und zur Stärkung ihrer Systeme weiter unterstützen, wozu auch eine angemessene Unterstützung für den Kapazitätsaufbau zählt.

Der DAC arbeitet ferner daran, die Nutzung der Ländersysteme bei der Abwicklung neuer Formen der Entwicklungszusammenarbeit zu fördern, die über deren traditionellen Rahmen hinausgehen. So ist er bemüht, sicherzustellen, dass Finanzmittel für die Anpassung an den Klimawandel – eine neue Finanzierungsquelle – nicht über Parallelsysteme bereitgestellt werden. Im Kontext seiner laufenden Bemühungen zur Gewährleistung der Geschlechtergleichstellung arbeitet er auch an der Stärkung der geschlechtergerechten Budgetierung (Kasten 3.3).

Die Rolle der Regierungen der Partnerländer

Die Vorteile und Risiken der Nutzung von Ländersystemen müssen auch von den Ländern evaluiert werden, die die EZ-Mittel erhalten. Die Partnerländer sind im Hinblick auf die Entscheidungen der Geber über die Nutzung der Ländersysteme keine passiven Zuschauer. Über die Verpflichtungen der Paris-Erklärung zur Stärkung ihrer Systeme hinaus können die Entwicklungsländer die Geber auch bitten, die Nutzung bestimmter Komponenten ihrer nationalen Systeme aufschieben. Die Gründe hierfür können sich von Land zu Land unterscheiden, einer davon könnte jedoch der bei einigen inländischen Akteuren bestehende Eindruck sein, dass ihre Systeme weiter gestärkt werden müssen, ehe sie in vollem Umfang genutzt werden können, was z.B. in der Ukraine der Fall war (Vani, 2007). In anderen Fällen kann es den Ländern darum gehen, sicherzustellen, dass sie tatsächlich für die Verwaltung der Finanzmittel, die sie erhalten, verantwortlich sind. So können Regierungen die Geber etwa bitten, bestimmte Komponenten ihrer Ländersysteme nur dann zu nutzen, wenn sie der Ansicht sind, dass sie über eine ausreichende Kontrolle über die Verwendung der EZ-Mittel verfügen, da sie wissen, dass sie darüber Rechenschaft ablegen müssen (CABRI, 2009). In wieder anderen Fällen, in denen die EZ-Mittel nur einen geringen Teil des nationalen Haushalts ausmachen, kann die Nutzung der Ländersysteme mit übermäßig hohen Transaktionskosten verbunden sein und die Möglichkeiten für rasche, bedarfsorientierte Aktionen verringern. Auch wenn die meisten

Partnerländer eine stärkere Nutzung der Ländersysteme im gesamten Verwaltungsspektrum wünschen, muss die Entscheidung über die Nutzung der Ländersysteme daher letztlich in Zusammenarbeit mit den Partnerländern und im Einklang mit ihren Prioritäten getroffen werden.

Kasten 3.3 **Die Bedeutung der Ländersysteme bei Querschnittsaufgaben**

Systematische Berücksichtigung von Umweltfragen in den Ländersystemen

2030 werden sich die zusätzlichen jährlichen Investitionen für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel voraussichtlich auf zwischen fünfzig und mehreren hundert Milliarden US-$ belaufen. Diese Mittel müssen durch die Systeme der Partnerländer geleitet werden, und die Finanzierungsmechanismen müssen eine breite Eigenverantwortung der Partnerländer fördern, die Kapazitäten der Länder zur Bewältigung des Klimawandels stärken und kohärente Ansätze im Hinblick auf die Herausforderungen der Entwicklung und des Klimawandels unterstützen.

Ein Ländersystemansatz in Bezug auf den Kapazitätsaufbau im Umweltbereich bedeutet, dass Umweltbelange ressortübergreifend berücksichtigt werden – mit anderen Worten, dass nicht nur die Kapazitäten der Umweltministerien verbessert werden, sondern auch die der zentralen Planungsstellen, der Finanzministerien und anderer Fachministerien. Ferner gehört dazu die Berücksichtigung der Rolle und der Kapazitäten von Nichtregierungsakteuren aus dem privaten Sektor und der Zivilgesellschaft.

Geschlechtergerechte Budgetierung: das Leben von Frauen und Männern verbessern

Im Aktionsplan von Accra wird die Bedeutung der Gleichstellung der Geschlechter und der Ermächtigung der Frauen für die Entwicklung anerkannt. Die Partnerländer und die Geber haben vereinbart, „sicherzustellen, dass ihre jeweiligen Entwicklungspolitiken und -programme so gestaltet und umgesetzt werden, dass sie den vereinbarten internationalen Verpflichtungen zur Gleichstellung der Geschlechter, zu den Menschenrechten, zum Umgang mit Behinderung und zur ökologischen Nachhaltigkeit entsprechen“ (Aktionsplan von Accra, 2008).

In dieser Hinsicht kann eine geschlechtergerechte Budgetierung den Regierungen helfen, sicherzustellen, dass die Ressourcen gleichermaßen auf die Unterstützung von Frauen und Männern verwendet werden. Der DAC untersucht, wie Techniken der geschlechtergerechten Budgetierung in das öffentliche Finanzmanagement und den allgemeinen Rechtsrahmen der Länder integriert werden können.

In Marokko, einem der Länder, in denen die größten Fortschritte bei der Einbeziehung des Aspekts der Geschlechtergleichstellung in die allgemeine Haushaltsreform verzeichnet wurden, wird dies als ein Mittel betrachtet, die staatlichen Ressourcen effizienter zur Verwirklichung von Entwicklungszielen und Zielen sozialer Gerechtigkeit zu nutzen. In der ersten Phase der 2002 eingeleiteten marokkanischen Initiative für eine geschlechtergerechte Budgetierung, die vom Ministerium für Wirtschaft und Finanzen geführt wird, lag das Augenmerk auf dem Aufbau von Kapazitäten und der Entwicklung von Instrumenten und Methoden der geschlechtergerechten Budgetierung. Die zweite Phase zielte auf die Entwicklung einer Kultur der Politik- und Programmevaluierung innerhalb der Fachministerien ab. Seit 2005 werden jährliche Gleichstellungsberichte, in denen die Relevanz staatlicher Politikmaßnahmen in Bezug auf die unterschiedlichen Lebensumstände von Frauen und Männern evaluiert werden, verfasst und dem Parlament zusammen mit dem Finanzgesetz vorgelegt. Die Zahl der Ministerien und Abteilungen, die Gleichstellungsberichte erstellen, ist rasch gestiegen, von vier im Jahr 2005 auf 25 im Jahr 2009 (Burn, 2008).

Literaturverzeichnis

Aktionsplan von Accra (2008), auf dem dritten Hochrangigen Forum über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit abgegebene Erklärung, Accra, Ghana, verfügbar unter *www.oecd.org/dataoecd/62/34/42564567.pdf*.

Burn, N. (2008), *Integrating Gender Responsive Budgeting into the Aid Effectiveness Agenda: Morocco Country Report*, UNIFEM und Europäische Kommission, Brüssel.

CABRI (Collaborative African Budget Initiative) (2009), "Improving Aid on Budget in Rwanda", *CABRIA Briefing Paper*, 1, Collaborative African Budget Initiative, Pretoria.

CABRI und SPA (Strategic Partnership with Africa) (2008), *Synthesis Report: Putting Aid on Budget*, CABRI, Pretoria.

Europäische Kommission (2009), *Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Bewältigung der Krise*, Europäische Kommission, Brüssel.

IDD (International Development Department) (2006). *Joint Evaluation of General Budget Support 1994-2004: Synthesis Report*, IDD and Associates, University of Birmingham, Edgbaston.

Independent Evaluation Group (2008), *Public Sector Reform: What Works and Why?* Weltbank, Washington D.C.

Knack, S. und N. Eubank (2009), "Aid and Trust in Country Systems", *Policy Research Working Paper*, 5005, Weltbank, Washington D.C.

Manning, R. (2007), „Überblick des DAC-Vorsitzenden" in OECD (2007), *Entwicklungszusammenarbeit – Bericht 2006*, OECD, Paris.

OECD (2006), "Budget Support, Sector Wide Approaches and Capacity Development in Public Financial Management", DAC Guidelines and Reference Series, *Harmonising Donor Practices for Effective Aid Delivery*, Vol. 2, OECD, Paris.

OECD (2008a), 2008 *Survey on Monitoring the Paris Declaration*, OECD, Paris.

OECD (2008b), *Managing Development Resources: The Use of Country Systems in Public Financial Management*, Better Aid Series, OECD, Paris.

OECD (2009), *Implementing the Accra Agenda for Action "Beginning Now" Commitments – Updated Compendium*, DAC-Jahrestagung, Mai 2009, OECD, Paris.

TT HATS (Task Team on Health as a Tracer Sector) (2009), *Aid for Better Health*, OECD, Paris.

Vani, S. (2007), *Use of Country PFM Systems in World Bank Supported Projects: A Case Study*, Präsentation für das Joint Venture Öffentliches Finanzmanagement, 20. Dezember 2007, Paris.

Wescott, C. (2008), "World Bank Support for Public Financial Management: Conceptual Roots and Evidence of Impact", *IEG Working Paper,* Weltbank, Washington D.C.

Weltbank (2009), *The Republic of Uganda: Assessment of Fiduciary Risks in the Use of Country FM Systems for Investment Lending Projects*, Weltbank, Uganda, 9. April 2009.

Kapitel 4

Handelsbezogene Entwicklungszusammenarbeit: Ein Weg aus der Armut?

Viele Entwicklungsländer betrachten den Handel als ein zentrales Element ihrer Wachstums- und Armutsbekämpfungsstrategien. Schätzungen zufolge sind die Handelsströme jedoch 2009 infolge der Wirtschaftskrise um rd. 10% zurückgegangen, was das Vertrauen in den Handel als Antriebsmotor des Wachstums und der Armutsbekämpfung geschwächt hat. Eine Abkehr vom Handel ist aber dennoch keine Lösung. In diesem Kapitel wird vielmehr der Standpunkt vertreten, dass es umso wichtiger ist sicherzustellen, dass die richtigen Voraussetzungen gegeben sind, um die Entwicklungsländer in die regionalen und weltweiten Märkte zu integrieren.

Wie in diesem Kapitel dargelegt, sind im Hinblick auf diese Grundlagen der Aid-for-Trade-Initiative bereits bemerkenswerte Fortschritte erzielt worden. Die Entwicklungsländer räumen dem Handel in ihren EZ-Strategien Priorität ein, und die Geber stocken ihr Leistungsvolumen auf. Das Kapitel kommt zu dem Fazit, dass zur Aufrechterhaltung der Dynamik trotz der Wirtschaftskrise ein breit basierter länderspezifischer und regionaler Dialog erforderlich sein wird, der dafür sorgt, dass die handelsbezogene Zusammenarbeit zu den umfassenderen Entwicklungszielen beiträgt und der Festlegung und Erreichung spezifischer EZ-Ziele dienen kann. Die Handelsintegration muss zudem durch Maßnahmen begleitet werden, die die Menschen aus der Armut befreien und zu einer gerechteren Verteilung der positiven Effekte des Handels zwischen und in den einzelnen Entwicklungsländern führen.

Warum handelsbezogene Entwicklungszusammenarbeit?

Der Handel, insbesondere der internationale Handel, ist eine wichtige Komponente des Wirtschaftswachstums und kann Armut lindern, wenn die richtigen Voraussetzungen gegeben sind. Viele Entwicklungsländer haben daher begonnen, sich stärker in das Weltwirtschaftssystem zu integrieren. Ein Mangel an Kapazitäten – in den Institutionen, in Bezug auf Information, Politiken, Verfahren oder Infrastrukturen – führte jedoch dazu, dass viele Länder nicht in der Lage waren, vom besseren Zugang zu den internationalen Märkten zu profitieren oder im Wettbewerb mit reicheren Ländern zu bestehen. Hierauf reagierte die Welthandelsorganisation (WTO) 2005 mit einer Initiative zur Unterstützung der ärmeren Mitgliedsländer bei ihren Bemühungen, den Handel als Motor des Wachstums und der Armutsbekämpfung zu nutzen (Kasten 4.1). In diesem Kapitel wird untersucht, welche Rolle dem Handel bei der Armutsbekämpfung zukommen kann, und es werden die bisherigen Fortschritte und Auswirkungen der Aid-for-Trade-Initiative beurteilt sowie der zunehmende Stellenwert des regionalen Handels hervorgehoben. Abschließend wird die Frage geprüft, wie sich insbesondere angesichts der derzeitigen Wirtschaftskrise die Dynamik der AfT-Initiative aufrechterhalten lässt.

Kasten 4.1 **Die Aid-for-Trade-Initiative**

Die Aid-for-Trade-Initiative wurde anlässlich der WTO-Ministertagung von Hongkong lanciert. Sie zielt darauf ab, den Entwicklungsländern, insbesondere den am wenigsten entwickelten, zu helfen, die strukturbedingten Hindernisse und Kapazitätsengpässe zu überwinden, die sie in ihrer Fähigkeit einschränken, am Wettbewerb teilzunehmen und die Vorteile des Handels sowie Investitionsmöglichkeiten wahrzunehmen und zu maximieren. Die Initiative wird die „Entwicklungsländer, besonders die am wenigsten entwickelten (LDC), befähigen, den Handel effektiver zu nutzen, um Wachstum, Entwicklung und Armutsbekämpfung voranzubringen und ihre Entwicklungsziele, insbesondere die Millenniumsentwicklungsziele (MDG), zu erreichen“ (WTO-Arbeitsgruppe Aid for Trade).

Da Handel eine vielseitige und komplexe Aktivität ist, ist handelsbezogene Entwicklungszusammenarbeit ein allgemeiner und nicht leicht zu definierender Begriff. Sie umfasst:

- Technische Zusammenarbeit: Unterstützung der Länder bei der Erarbeitung von Handelsstrategien, Bemühungen um eine effektivere Verhandlungsführung und Durchführung von Veränderungen.
- Infrastrukturhilfe: Bau von Straßen, Häfen und Telekommunikationsnetzen zur Anbindung der inländischen Märkte an die Weltmärkte.
- Unterstützung beim Aufbau von Produktionskapazitäten: Investitionen in Unternehmen und Industriesektoren, damit die Länder auf ihrem komparativen Vorteil aufbauen können, um ihre Exporte zu diversifizieren und deren Wertschöpfung zu erhöhen.
- Anpassungshilfen: Unterstützung in Bezug auf die mit den Zollsenkungen verbundenen Kosten.

Die Initiative wird alle zwei bis drei Jahre auf weltweiter Ebene überprüft. Im Rahmen des zweiten Global Review (Juli 2009) wurden die erzielten Fortschritte evaluiert und geprüft, wie die Initiative vor Ort umgesetzt wird. Der nächste Global Review ist vorläufig für 2012 vorgesehen.

Die Krise hat den Gründen für handelsbezogene Entwicklungszusammenarbeit noch mehr Gewicht gegeben. Quantität und Qualität der Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere der handelsbezogenen Entwicklungszusammenarbeit, sind für das Wirtschaftswachstum und das Wohlergehen der Bevölkerung jetzt wichtiger denn je. Die handelsbezogene Entwicklungszusammenarbeit liefert kurzfristig wesentliche Impulse, so dass Arbeitsplätze entstehen und das Wachstum an Dynamik gewinnt, und bietet zudem einen Lösungsansatz für die langfristigen Herausforderungen im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit. Die weltweite Ernährungssicherheit ist dafür ein gutes Beispiel. Handelsbezogene Entwicklungszusammenarbeit kann dazu beitragen, die Produktionskapazität des Agrarsektors und die für den Handel erforderlichen Infrastrukturen, Lagerhaltungs- und Vertriebssysteme zu verbessern. All dies sind wichtige Faktoren für die langfristige weltweite Ernährungssicherheit (Kasten 4.2).

Aid for Trade at a Glance 2009 – eine gemeinsame Veröffentlichung der OECD und der WTO (OECD/WTO, 2009) – gibt einen Überblick über das jüngste Monitoring der Aid-for-Trade-Initiative und unterstreicht die zahlreichen im Rahmen dieser Initiative erzielten

Kasten 4.2 **Ernährungssicherheit**

Der starke Anstieg der Lebensmittelpreise in den Jahren 2007 und 2008 und der daran anschließende noch stärkere Preissturz haben auf die Fragilität der weltweiten Ernährungssicherheit aufmerksam gemacht. Der Preisanstieg führte in vielen Entwicklungsländern zu Unruhen und erheblicher Instabilität. Die Geber reagierten unverzüglich, um kurzfristig Nothilfe zur Verfügung zu stellen. Die sinkenden Ausgaben der Partnerländer wie auch der Geber für die Landwirtschaft geben indessen zunehmend Anlass zu Besorgnis. Die ODA-Leistungen für Landwirtschaft und Ernährungssicherheit sanken im Zeitraum 1980-2007 von einem Höchststand von 17% auf weniger als 4% der bilateralen ODA-Gesamtleistungen. Der gemeinsam von der OECD und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) veröffentlichte Agricultural Outlook 2009-2018 prognostiziert, dass die weltweiten Lebensmittelmärkte auf Grund ihrer starken Abhängigkeit von den Rohölpreisen auf einige Zeit volatil bleiben werden (OECD/FAO, 2009).

Für die längerfristige Gewährleistung der weltweiten Ernährungssicherheit sind Maßnahmen im Bereich der Landwirtschaft sowie auch außerhalb des Agrarsektors erforderlich. Die Landwirte, insbesondere Kleinbauern, müssen ihre Produktivität steigern, ihre Einkommensbasis diversifizieren und ihre Anpassungsfähigkeit gegenüber den Markterfordernissen verbessern. Sie brauchen zudem eine wirksame soziale Sicherung und Versicherungssysteme, wesentlich besseren Zugang zu Innovation und Technologie und effizientere öffentliche Einrichtungen. Alle Akteure (Entwicklungsländer, Geber, der private Sektor und die Zivilgesellschaft) werden kooperieren müssen, um die Möglichkeiten der Partnerländer zu verbessern, in die Landwirtschaft zu investieren, so dass dieser Sektor prosperieren kann, für steigende Einkommen sorgt und die Armen zu ernähren vermag. Ganz allgemein sind Anstrengungen erforderlich, um die Wirtschaftsstruktur zu diversifizieren und die Armut zu verringern, so dass Lebensmittel erschwinglicher werden. Hierzu gehören auch AfT-Instrumente, die dem Ausbau der entscheidend wichtigen Infrastrukturen und Systeme dienen, von denen die Produktion und Vermarktung von Lebensmitteln und der Zugang zu ihnen abhängig sind.

Die weltweite Ernährungssicherheit steht heute ganz oben auf der internationalen Agenda. Sie war ein zentrales Thema der jüngsten G8- und G20-Treffen sowie der VN-Generalversammlung und eines Welternährungsgipfels, die im unmittelbaren Anschluss stattfanden. Viele Geber sind zurzeit dabei, ihre Leistungen für den Agrarsektor, die ländliche Entwicklung und die Ernährungssicherheit aufzustocken und diesen Bereichen eine wesentlich höhere Priorität einzuräumen. Eine bedeutende Herausforderung wird künftig darin bestehen, dafür zu sorgen, dass die entwicklungspolitischen Versprechen (der Partnerländer wie auch der Geber) in Form stetiger, wirksamer und verantwortlicher Investitionen in die Ernährungssicherheit konkretisiert werden.

Ergebnisse. Um hierauf aufzubauen, muss indessen gezeigt werden, dass die Initiative letztlich zum Entstehen von Handelsströmen und zur Armutsbekämpfung beiträgt. Angesichts der seit Generationen schwersten Wirtschaftskrise ist dies besonders wichtig. In den Industriestaaten wie auch in den Entwicklungsländern sind die beteiligten Akteure begierig zu wissen, ob die Aid-for-Trade-Initiative die erwünschten Ergebnisse bringt. Insbesondere wird danach gefragt, ob die von den Entwicklungsländern selbst getragenen Handelsstrategien und die von den Gebern finanzierten Handelsprogramme Handelskapazitäten entstehen lassen, die Handelsergebnisse verbessern und die Armut lindern. Wie wissen wir, ob wir auf dem richtigen Weg sind? Woran können wir erkennen, ob die Bemühungen zum Erfolg führen oder nicht? Einige Antworten auf diese Fragestellungen werden im nächsten Abschnitt untersucht, darauf folgt dann ein Überblick über die Fortschritte der Initiative.

Unter welchen Voraussetzungen kann Handel Armut lindern?

> „Handelsbezogene Entwicklungszusammenarbeit sollte der Erreichung umfassenderer Entwicklungsziele dienen, die wir alle teilen, und im Brennpunkt sollte nicht allein der Aufbau von Handelskapazitäten, sondern auch der Beitrag zu einer gesünderen Umwelt und zur Bekämpfung der Armut stehen“ (OECD-Generalsekretär Gurría anlässlich des zweiten Global Review der Aid-for-Trade-Initiative, 6.-7. Juli 2009).

Die Beziehungen zwischen Handel, Wachstum und Armut sind komplex. Obwohl die Auffassungen über die Art dieser Beziehungen auseinandergehen, herrscht überwiegend Einvernehmen darüber, dass den Entwicklungsländern durch eine Öffnung ihrer Volkswirtschaften reale Vorteile entstehen können. In der Tat besagen die meisten Untersuchungsergebnisse, dass ein größerer Offenheitsgrad ein wichtiger Faktor für das Wachstum ist und ein zentrales Merkmal einer erfolgreichen Entwicklung war. In keinem Land war erfolgreiche Entwicklung einer Abkapselung von der übrigen Welt zu verdanken, nur ganz wenige Länder konnten über längere Zeiträume expandieren, ohne dass zugleich eine bedeutende Ausweitung des Handels stattfand, und die meisten Entwicklungsländer, in denen die Armutsbekämpfung rasch voranschreitet, erfreuen sich gleichzeitig eines dynamischen Wirtschaftswachstums (d.h. das Wirtschaftswachstum ist zu einem erheblichen Teil für die beobachteten Veränderungen der Ergebnisse im Bereich der Armutsbekämpfung verantwortlich).

Den zahlreichen empirischen Studien über dieses Thema ist es jedoch in den meisten Fällen nicht gelungen, eine systematische Beziehung zwischen einem höheren Integrationsgrad und dem Wirtschaftswachstum nachzuweisen, und es besteht kaum Einvernehmen über das Vorliegen eines Kausalzusammenhangs (OECD, 2009). Beim Wirtschaftswachstum handelt es sich in der Regel um einen relativ ungeordneten Prozess, der nicht gerecht ist, solange man ihn seinen eigenen Mechanismen überlässt. Aus diesem Grund sind staatliche Maßnahmen erforderlich, die dafür sorgen, dass die positiven Effekte des Wirtschaftswachstums auch den Bevölkerungsgruppen zugute kommen, die ansonsten nicht an ihnen Teil hätten. Damit auch die Armen mehr vom Wachstum profitieren können, müssen die Maßnahmen auf die zahlreichen Dimensionen der Armut, insbesondere auf die wirtschaftliche, politische und soziale Dimension, sowie auf übergreifende Dimensionen wie Genderfragen und Umwelt zugeschnitten sein. Die Maßnahmen müssen auch helfen, die Armen zu ermächtigen, zum Wachstumsprozess beizutragen und an ihm teilzuhaben (OECD, 2006).

So kamen z.B. Cicowiez und Conconi (2008) bei einer Untersuchung der Beziehungen zwischen Handel und Wachstum sowie zwischen Wachstum und Armut zu dem Schluss, dass es sich bei den Faktoren, die darüber entscheiden, dass Wirtschaftswachstum einen Rückgang der Armut herbeiführt, allem Anschein nach um einander ergänzende und multidimensionale staatliche Politikmaßnahmen handelt. Arbeiten der Universität von

Adelaide zu den Beziehungen zwischen Handel, Wachstum und Armutsbekämpfung nennen die folgenden fünf Voraussetzungen für eine positive Beziehung zwischen Handel und Armutsbekämpfung: *a)* Handelsöffnung, *b)* Reformen im Inland, *c)* ein dynamischer und verantwortungsvoller privater Sektor, *d)* institutionelle Reformen und *e)* politischer Wille und Zusammenarbeit (Redden, 2008).

Kurzum könnte der Handel, und somit auch Aid for Trade, zwar positiv mit dem Wachstum korreliert sein, doch sind handelspolitische Maßnahmen keineswegs die einzigen Maßnahmen, die im Hinblick auf die Bekämpfung der Armut eine wichtige Rolle spielen.

Die Aid-for-Trade-Initiative: ein Fortschrittsbericht

Wie bereits ausgeführt, hat das Monitoring gezeigt, dass die Aid-for-Trade-Initiative gute Fortschritte erzielte. Die Partnerländer beziehen den Handel in ihre EZ-Strategien ein und klären ihre Bedürfnisse und Prioritäten. Die Geber verbessern die Erbringung ihrer AfT-Leistungen und stocken die Mittel auf. Wie 2006 erhöhte sich das AfT-Leistungsvolumen auch 2007 real um über 10%; das Gesamtaufkommen der Neuzusagen von Seiten bilateraler und multilateraler Geber erreichte 2007 25,4 Mrd. US-$, mit zusätzlichen 27,3 Mrd. US-$ handelsbezogener Finanzierungen zu nicht vergünstigten Bedingungen. Erste Daten für 2008 zeigen einen kontinuierlichen Anstieg der AfT-Leistungen. In diesem Teil wird eine Reihe von handelsbezogenen Effekten der AfT-Initiative beschrieben.

Ein an die Partnerländer und Geber adressierter AfT-Fragebogen der OECD/WTO sollte zeigen, welche Auswirkungen diese Finanzierungen auf den Handel haben (OECD/WTO, 2008)[1]. Die Fragen wurden von über 80 Partnerländern und 50 Gebern beantwortet, die eindeutig ihr globales Engagement für die Initiative signalisierten. Bei diesen Selbsteinschätzungen stimmten die Partnerländer in der Regel darin überein, dass die folgenden vier AfT-Programme am wirkungsvollsten waren:

1. **Handelspolitikanalyse, Verhandlungen und Umsetzung.** Das Beispiel der Philippinen lässt darauf schließen, dass Schulungen und Workshops besonders nützliche Instrumente waren, um den Beamten zu helfen, die Funktionsweise, Struktur und Regeln des multilateralen Handelssystems besser zu verstehen. Den Angaben Sri Lankas zufolge hat die Technische Zusammenarbeit der WTO geholfen, Verhandlungsführer für Handelsgespräche auszubilden, es wurden aber auch Bedenken über das Risiko geäußert, dass die Beamten durch die WTO-Programme von „selbstständigen Akteuren“ zu „ausführenden Organen“ gemacht werden könnten, wenn das Schwergewicht zu sehr auf Regeln und weniger auf der Entwicklungspolitik liegt.

2. **Handelserleichterungen.** Dies ist der am zweithäufigsten genannte Bereich, was die Wirksamkeit der handelsbezogenen Entwicklungszusammenarbeit betrifft. Die Vereinfachung der Zollabfertigungsverfahren und Verbesserungen bei den Hafenbehörden werden als besonders wichtig und nützlich betrachtet (z.B. Ghana, Kenia und Malawi). Eine OECD-Studie (2009) kam zu dem Schluss, dass Zollreformen – die häufig durch TZ-Programme, finanzielle Zusammenarbeit oder öffentlich-private Partnerschaften unterstützt werden – binnen relativ kurzer Zeit eine erhebliche Steigerung der Zolleinnahmen bringen können: z.B. um 150% in Angola zur Mitte des Fünfjahres-Reformprogramms und 58% in Mosambik in den ersten zwei Jahren des Programms. Besonders wichtig ist, dass die Handelserleichterungen und Zollreformen zu einer Erhöhung des Handelsvolumens führen.

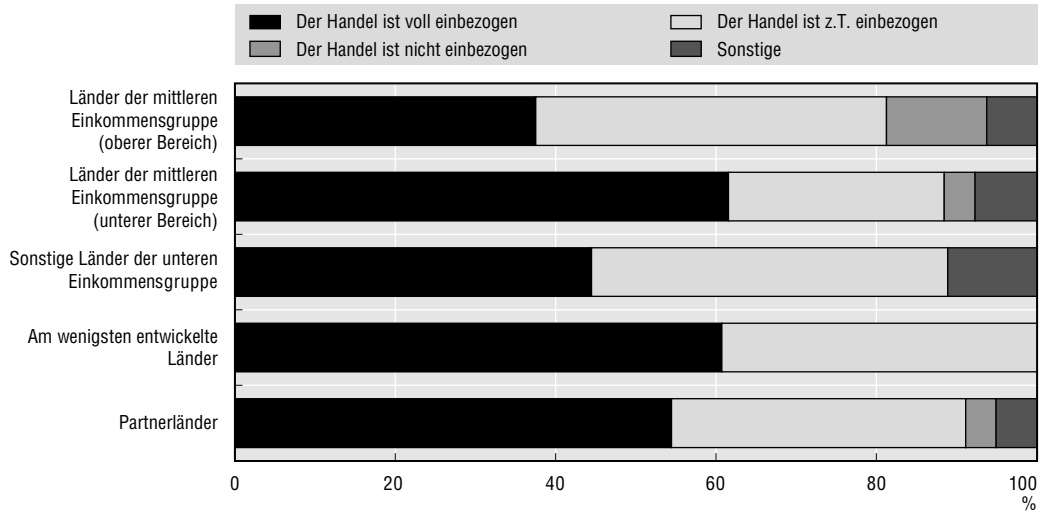
3. **Wettbewerbsfähigkeit.** Den Antworten Belizes zufolge spielte der mit EU-Mitteln finanzierte besondere Rahmen für Bananenlieferanten, der TZ-Leistungen, Hilfsmaterial, Infrastrukturen, Schulen und Ausbildung von Lehrkräften umfasst, eine bedeutende Rolle bei der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Bananenindustrie des Landes.

4. **Exportdiversifizierung.** Den Angaben Sambias zufolge halfen die Projekte des Europäischen Entwicklungsfonds, seine Exportkapazität im Bereich des Gartenbaus und der Blumenzucht zu erhöhen. Im Fall Grenadas ermöglichte eine Initiative, die den öffentlichen und privaten Sektor sowie NRO zusammenführte, die Erarbeitung einer allgemeinen Strategie für die Erweiterung und Diversifizierung der Exportpalette.

Systematische Einbeziehung des Handels durch die Partnerländer

Die Partnerländer beteiligen sich zunehmend aktiv an der Aid-for-Trade-Initiative. Nahezu alle Partnerländer haben eigenen Angaben zufolge nationale EZ-Strategien, und mehr als die Hälfte hat den Handel insofern voll in diese Strategien integriert, als er zu einem festen Bestandteil genau festgelegter Prioritäten und Aktionspläne der Regierung wurde (Abb. 4.1). Obwohl unabhängige Erhebungen diese Einschätzung in Frage stellen, ist sie doch ein eindeutiger Hinweis darauf, dass sich die Partnerländer immer stärker der Tatsache bewusst sind, inwieweit der Handel im Hinblick auf die Förderung des Wirtschaftswachstums und die Armutsbekämpfung eine positive Rolle spielen kann.

Abbildung 4.1 **Einbeziehung des Handels durch die Partnerländer**



Quelle: OECD (2009a), *Aid for Trade at a Glance 2009*, OECD, Paris. Die Zahlen basieren auf den Antworten zu OECD und WTO (2008), *Donor Questionnaire on Aid for Trade*, OECD, Paris, verfügbar unter *www.oecd.org/ dataoecd/2/3/43040336.pdf*.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/787437153115

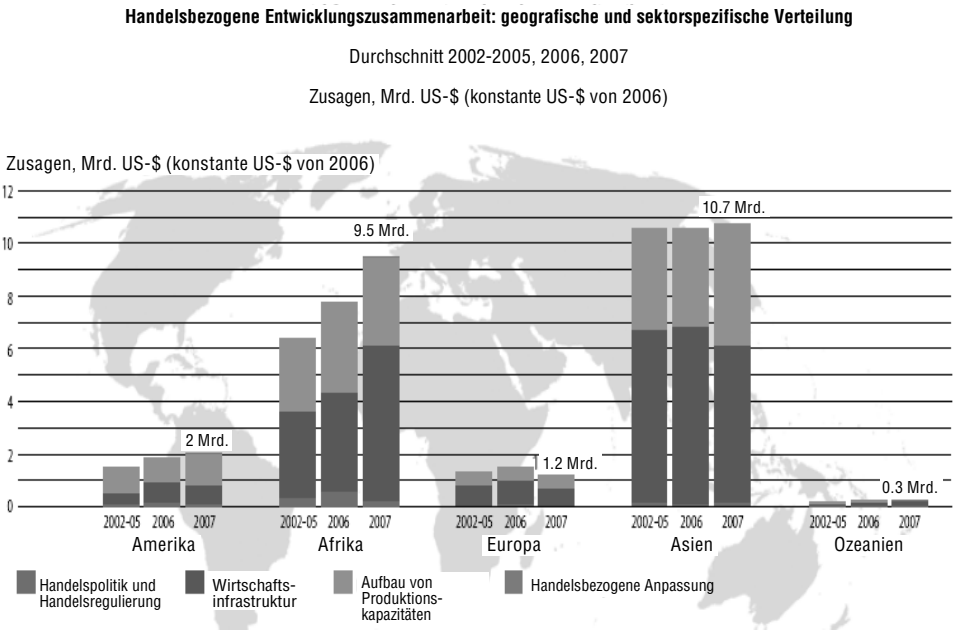
Ihre Prioritäten erörtern die Partnerländer zwar immer häufiger in einer ganzen Reihe unterschiedlicher Dialogforen mit den Gebern, doch stellen diese fest, dass der Erfolg der Gespräche entscheidend von dem Grad abhängt, in dem handelsspezifische Prioritäten systematisch von den betreffenden Partnerländern berücksichtigt und umgesetzt wurden. Die systematische Einbeziehung ist insofern von wesentlicher Bedeutung, als es ohne eine funktionsfähige EZ-Handelsstrategie sehr schwierig ist, die Geber dazu zu bewegen, ihre Bemühungen um die Beseitigung spezifischer angebotsseitiger Einschränkungen zu unterstützen. Angesichts konkurrierender Ansprüche auf nur begrenzt vorhandene Ressourcen wird es – besonders in Zeiten der Wirtschaftskrise – ohne eine klare Formulierung des Leistungsbedarfs von Seiten der Partnerländer für die Geber schwierig sein, ein höheres Niveau an AfT-Leistungsströmen aufrechtzuerhalten.

Ein zunehmendes Engagement der Geber

Die AfT-Leistungsströme an die Länder der unteren Einkommensgruppe erhöhen sich schneller als die an die Länder aller anderen Einkommensgruppen. Die Mittel werden in erster Linie für Infrastrukturprojekte, vor allem in den Bereichen Verkehr und Energie

ausgegeben, wohingegen die Leistungsströme an die Entwicklungsländer der mittleren Einkommensgruppe deren Priorität widerspiegeln, Produktionskapazitäten aufzubauen, wozu auch die Entwicklung des Handels gehört. Der höchste AfT-Anteil entfällt auf Asien, doch holt Afrika – besonders die Länder südlich der Sahara – zurzeit auf und erhielt 2007 den überwiegenden Teil der zusätzlichen Mittel (Abb. 4.2). Mit Ausnahme Europas konnten auch alle übrigen Regionen (d.h. Lateinamerika und die Karibik sowie Ozeanien) 2006 und 2007 einen Anstieg ihres AfT-Leistungsvolumens verzeichnen.

Abbildung 4.2 **Geografische und sektorspezifische Verteilung der handelsbezogenen Entwicklungszusammenarbeit, 2002-2007**



Quelle: Datenbank des OECD Creditor Reporting System (CRS), *www.oecd.org/dataoecd/20/29/31753872.htm.*

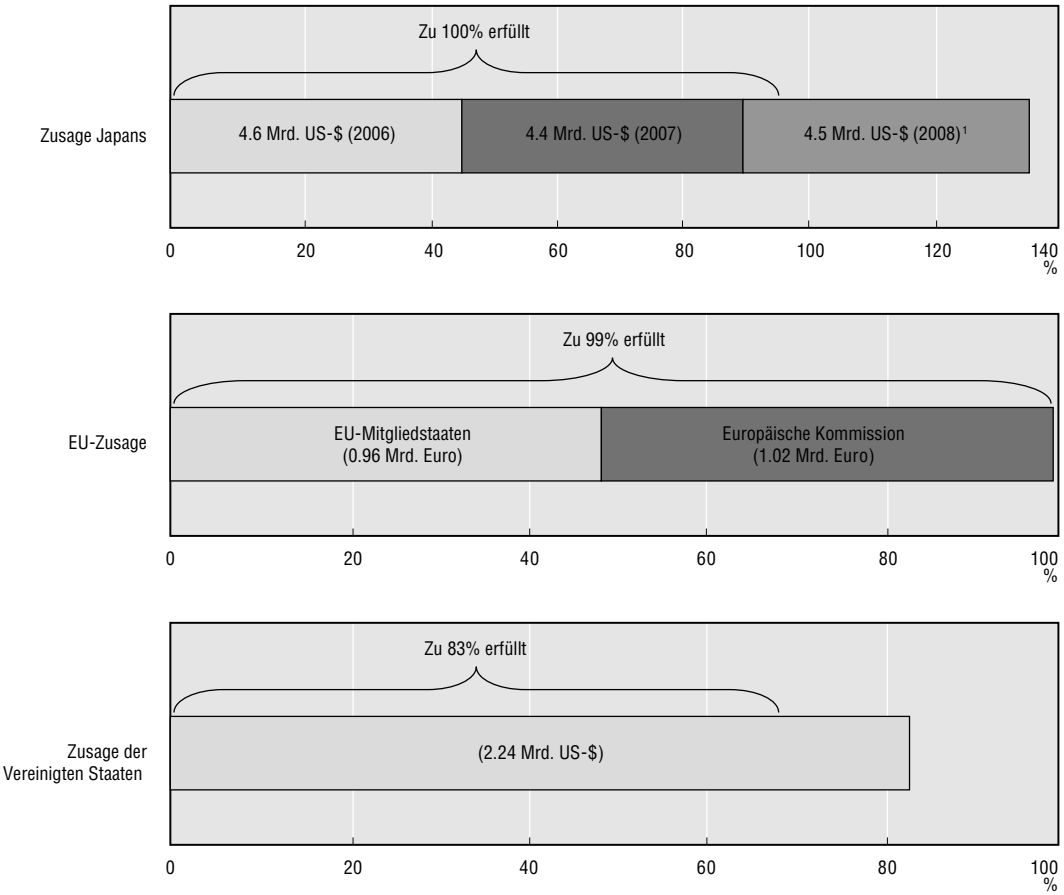
StatLink *http://dx.doi.org/10.1787/787514122068*

Auf der WTO-Ministerkonferenz von 2005 in Hongkong (Kasten 4.1) sagten mehrere Geber zu, ihre AfT-Leistungen bis 2010 zu erhöhen. Die Geber sind in dieser Hinsicht auf Kurs oder haben ihre Zielvorgaben bereits erreicht (Abb. 4.3). Die Steigerung der AfT-Leistungen um 4,3 Mrd. US-$ im Jahr 2007 erfolgte durch zusätzliche Mittel, d.h. sie ging nicht zu Lasten anderer Programme, wie z.B. für Gesundheit und Bildung. Die Geber planen, die AfT-Leistungen mittelfristig weiter aufzustocken. Berechnungen lassen zudem darauf schließen, dass ein Großteil der zugesagten Mittel bereits ausgezahlt wurde.

Die bilateralen Geber erbrachten 2007 AfT-Leistungen in Höhe von 15,8 Mrd. US-$, das sind weit mehr als 60% der gesamten Leistungsströme, und viele Geber bedienten sich bei der Mittelvergabe multilateraler Stellen. Der AfT-Anteil der von multilateralen Gebern bereitgestellten sektorspezifischen Leistungen war infolgedessen in der Regel bedeutend höher als der der bilateralen Geber.

Auf den steigenden Bedarf an AfT-Leistungen reagieren die Geber zudem durch eine Verstärkung ihrer Kapazitäten, durch die Verbesserung ihrer internen Fachkompetenzen sowie die Sensibilisierung der politischen Entscheidungsträger und der Entwicklungspraktiker in den Hauptverwaltungen und vor Ort. Außerdem orientieren sich die Geber an den Verfahren und Systemen der Partnerländer und gehen zunehmend im Rahmen gemeinsamer Initiativen vor, u.a. auch durch Dreieckskooperation. Die Partnerländer bestätigen diese positiven Trends.

Abbildung 4.3 **Fortschritte ausgewählter Geber bei der Erfüllung der Zusagen von Hongkong, 2009**



Quelle: OECD/WTO (2009), *Aid for Trade at a Glance 2009*, OECD, Paris, auf der Basis von Daten des CRS.

StatLink *http://dx.doi.org/10.1787/787531174371*

Regionale handelsbezogene Entwicklungszusammenarbeit: ein Bereich mit Wachstumspotenzial

Internationale Erfahrungen haben gezeigt, dass die regionale Handelsintegration ein starker Katalysator für das Wirtschaftswachstum sein kann. Die Entwicklungsländer sind jedoch zuweilen mit besonderen Kapazitätsengpässen konfrontiert, was ihre Fähigkeit betrifft, das Potenzial solcher Prozesse voll zu nutzen. Zum Beispiel können sich die unzureichenden Grenzübergangsstrukturen in den Ländern der unteren Einkommensgruppe als ein erhebliches Problem erweisen. Hieran wird deutlich, dass zur Beseitigung der die regionale Handelsintegration erschwerenden Faktoren eine quantitative und qualitative Verbesserung der Leistungen erforderlich ist, und dies ist ein Punkt, der von den Partnerländern wie auch von den Gebern immer wieder bestätigt wird.

Die Partnerländer haben gemeinsame Prioritäten für die regionale Handelsintegration identifiziert, u.a. Verkehrsinfrastrukturen, Handelserleichterungen, Wettbewerbsfähigkeit und Exportdiversifizierung, sowie Kapazitäten für regionale Handelsverhandlungen. Von den Gebern wurde zudem die wichtige Rolle regionaler Integration anerkannt und auf den steigenden Bedarf an regionalen AfT-Leistungen hingewiesen. Die finanzielle Unterstützung für weltweite, regionale und mehrere Länder umfassende AfT-Programme – d.h. für die Bereiche, die anlässlich des ersten Aid for Trade Global Review als diejenigen

identifiziert wurden, in denen die größten Herausforderungen bestehen –, hat sich seit 2005 verdoppelt (OECD/WTO, 2009). Die meisten Partnerländer bestätigen, dass sie von den regionalen AfT-Leistungen profitieren und dass die größten Hindernisse, mit denen sie im regionalen Handel konfrontiert sind, angegangen werden.

Aid for Trade at a Glance 2009 (OECD/WTO, 2009) enthält drei Fallstudien über regionale AfT-Anstrengungen: *a)* ein Pilotprogramm zur Verbesserung des Handels- und Verkehrskorridors im südlichen Teil Afrikas für einen freieren Güter- und Personenverkehr, *b)* ein Projekt zur regionalen Integration für eine stärkere Verflechtung der Länder Mittelamerikas durch Verbesserungen der Verkehrsinfrastruktur und des Regulierungsumfelds, *c)* ein Projekt zur Schaffung eines Wirtschaftskorridors in der Großen Mekong-Subregion Asiens zur Verbesserung der physischen Verkehrsverbindungen und Förderung engerer Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Ländern der Subregion. Alle drei Fallstudien veranschaulichen, wie handelsbezogene Entwicklungszusammenarbeit dazu dient, sowohl gemeinsame als auch spezifische Herausforderungen der einzelnen Regionen zu bewältigen. Eine Herausforderung bei den Bemühungen um regionale Integration ist jedoch der Mangel an Abstimmung zwischen den Gebern und den Partnerländern. Um die regionalen Kapazitäten zu stärken und den Nutzeffekt der Teilnahme an regionalen und multilateralen Handelssystemen zu erhöhen, ist eine bessere Abstimmung bei regionalen AfT-Aktivitäten erforderlich.

Die nächsten Schritte

Wie in diesem Kapitel ausgeführt, ist die Beziehung zwischen Handel, Wachstum und Armutsbekämpfung komplex. Es liegt jedoch auf der Hand, dass Öffnung und Integration zur wirtschaftlichen Entwicklung und Armutsbekämpfung beitragen kann. Mit der AfT-Initiative ist es gelungen, nicht nur diese wichtigen Zusammenhänge, sondern auch die die Handelskapazität beeinträchtigenden Sachzwänge bewusst zu machen, die die Entwicklungsländer daran hindern, voll von der Ausweitung des Handels zu profitieren. Mit der Initiative ist es auch gelungen, Ressourcen für den Aufbau der in Bezug auf Maßnahmen, Institutionen und Infrastrukturen erforderlichen Handelskapazitäten zu mobilisieren.

Zur Aufrechterhaltung der Dynamik bedarf es – insbesondere in Anbetracht der derzeitigen Wirtschaftskrise – mehrerer praktischer Schritte. Die OECD arbeitet mit internationalen Partnern auf die Erreichung der folgenden Ziele hin:

- Erweiterung des AfT-Dialogs, um Vertreter der Parlamente, der Zivilgesellschaft und des privaten Sektors effektiver zu beteiligen. Ohne ein breiteres Engagement und eine größere Reichweite der Initiative würde das Interesse an ihr wahrscheinlich auf einen Kreis von Verwaltungsbeamten beschränkt bleiben, und sie würde von der politischen Landschaft isoliert bleiben, in deren Rahmen sie fortgesetzt werden muss. Ein stärker inklusiv gestalteter Dialog ist insofern besonders wichtig, als Handelsreformen vielfach ein politisch heikles Thema sind.
- Erbringung des Nachweises, dass sich AfT lohnt, durch Untersuchung und Nachweis der großen potenziellen Nutzeffekte, die von einer breitbasierten multilateralen Handelsliberalisierung und der Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft ausgehen. Für die Beurteilung der Wirkung der handelsbezogenen Zusammenarbeit sind die Entwicklung besserer Methoden und die Förderung ihrer Anwendung erforderlich.
- Nachweis, dass durch handelsbezogene Entwicklungszusammenarbeit spezielle Ziele erreicht werden können. Hierzu ist es erforderlich, von Fall zu Fall und von Land zu Land zu ermitteln, inwieweit die einzelnen Faktoren verhindern, dass die potenziellen Vorteile des Handels voll genutzt werden können[2]. Wir müssen genau ermitteln, wie die handelsbezogene Zusammenarbeit gegen diese Hindernisse vorgehen wird, wie sie mit Initiativen privater Unternehmen kooperieren und diese

stärken wird, und wie sie sich in den im Entstehen befindlichen Rahmen regionaler und multilateraler Zusammenarbeit einfügen wird.

- Einbeziehung der Grundsätze Eigenverantwortung, gegenseitige Rechenschaftspflicht und ergebnisorientiertes Management der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (Anhang) in die AfT-Programme. Aid-for-Trade ist Teil einer breiteren Perspektive, die internationale Zusammenarbeit, Verbesserung der Politikkohärenz und ressortübergreifende Ansätze wirtschaftlicher Entwicklung und Armutsbekämpfung umfasst. Es muss gezeigt werden, dass Aid for Trade zur Erreichung allgemeinerer Zielsetzungen der Partnerländer beiträgt. Handelsbezogene Entwicklungsstrategien werden nur dort erfolgreich und nachhaltig sein, wo das Partnerland bei der Festlegung der Ziele und Prioritäten der EZ-Strategie die Führung übernimmt und den Zeitplan und die Art und Weise der Zielerreichung bestimmt. Bisher bleibt das örtliche Engagement in vielen Entwicklungsländern relativ begrenzt.

Anmerkungen

1. Außer dieser Erhebung wurden nur sehr wenige AfT-spezifische Untersuchungen durchgeführt, was z.T. daran liegt, dass die Initiative erst in jüngster Zeit zu einem eigenständigen Ziel der Entwicklungszusammenarbeit wurde. Infolgedessen wurde von der WTO-Arbeitsgruppe empfohlen, mehr AfT-Evaluierungen zu fördern und zu finanzieren. Hierzu gehört auch die Entwicklung geeigneter Methoden für die Evaluierung der AfT-Leistungen auf der Programm- und Politikebene. Insbesondere sollten die mit der Evaluierung und AfT-Politik befassten Kreise spezifische Maßnahmen für die Evaluierung von AfT-Aktivitäten im Vergleich zu anderen EZ-Programmen erarbeiten.
2. Der Monitoring-Report (OECD/WTO, 2009) enthält rd. 80 Datenblätter, die jedem Land ein Instrument bieten, mit dem sich die Beziehungen zwischen Bedarf, Lösungen, Ergebnissen prioritärer Programme und ihren Effekten auf die Handelsleistung verstärken lassen. Diese Datenblätter sollen helfen, durch einen ständigen Dialog zwischen Regierungen, Zivilgesellschaft, privatem Sektor und Gebern Anreize zu schaffen, die Kohärenz der handelsbezogenen Entwicklungszusammenarbeit mit den EZ-Gesamtstrategien, an denen die Geber ihre EZ-Leistungen orientieren sollten, zu verbessern.

Literaturverzeichnis

Calì, M. und D.W. te Velde (2008), "The Effectiveness of Aid for Trade: Some Empirical Evidence", *Trade Hot Topics* 50, Commonwealth Secretariat, London.

Cicowiez, M. und A. Conconi (2008), "Linking Trade and Pro-Poor Growth: A Survey", in Cockburn, J. und P. Giordano (Hrsg.), *Trade and Poverty in the Developing World*, Interamerikanische Entwicklungsbank, Washington D.C.

OECD (2006), *Aid for Trade: Making it Effective*, OECD, Paris.

OECD (2009), *Trading out of Poverty*, OECD, Paris.

OECD und FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen) (2009), *OECD-FAO Agricultural Outlook 2009-18*, OECD, Paris, und FAO, Rom, verfügbar unter *www.agri-outlook.org/pages/0,2987,en_36774715_36775671_1_1_1_1_1,00.html*.

OECD und WTO (Welthandelsorganisation) (2008), *Donor Questionnaire on Aid for Trade,* OECD, Paris, verfügbar unter *www.oecd.org/dataoecd/2/3/43040336.pdf*.

OECD und WTO (2009), *Aid for Trade at a Glance 2009*, OECD, Paris.

Redden, J. (2008), *Perspectives on Trade, Growth and Poverty Reduction in the Asia-Pacific Region,* Präsentation für den OECD Policy Dialogue on Aid for Trade, November 2008, Paris, verfügbar unter *www.oecd.org/dataoecd/8/47/41596934.pdf*.

Kapitel 5

Klimawandel: armen Ländern bei der Anpassung helfen

Während die Industriestaaten daran arbeiten, die besten Minderungsstrategien zu identifizieren, um Treibhausgasemissionen zu verringern, brauchen die Entwicklungsländer Hilfe bei der Anpassung an die Auswirkungen eines sich bereits verändernden Klimas. Die Fortsetzung der bisher üblichen Entwicklungszusammenarbeit wird keine angemessene Lösung sein, um gefährdete Länder und Bevölkerungen für den Klimawandel zu rüsten. Die Anpassung muss in alle Planungsebenen integriert werden, von Projekten bis zu nationalen und sektorspezifischen Strategien. Dieses Kapitel beschreibt die Rolle der DAC-Mitglieder in diesem Prozess und die zukünftigen Herausforderungen.

Entwicklungszusammenarbeit vor dem Hintergrund des Klimawandels

Die Veränderungen unseres Klimas mögen im Vergleich zu solch unmittelbaren Problemen wie Armut, Krankheit und wirtschaftlicher Stagnation weit entfernt scheinen. Doch wenn dem Klimawandel nicht begegnet wird, werden die Fortschritte zur Lösung dieser anderen wesentlichen Entwicklungsprioritäten ernsthaft in Frage gestellt.

Der Klimawandel wird zunehmend die grundlegenden Lebenselemente der Menschen auf der ganzen Welt beeinflussen: Zugang zu Wasser, Nahrungsmittelproduktion, Gesundheit und Umwelt (Abb. 5.1). Falls nichts unternommen wird, könnte der Klimawandel erhebliche ökonomische und ökologische Störungen verursachen (IPCC, 2007a), insbesondere für bereits anfällige Bevölkerungsgruppen, darunter Frauen und Kinder.

Eine Fortsetzung der bisher üblichen Entwicklungspolitik, ohne Berücksichtigung der klimabedingten Risiken und Chancen, wird diese Probleme nicht lösen. Wenngleich viele Entwicklungsaktivitäten dazu beitragen können, die Anfälligkeit für zahlreiche Folgen des Klimawandels zu mindern, bewirken andere Entwicklungsinitiativen möglicherweise genau das Gegenteil. So werden beispielsweise Entwicklungspläne für Küstenregionen, die den Anstieg des Meeresspiegels nicht berücksichtigen, sowohl Menschen als auch Industrien und die grundlegende Infrastruktur gefährden und sich langfristig als nicht nachhaltig erweisen. Diese Art negativer Auswirkungen wird als „Fehlanpassung“ bezeichnet.

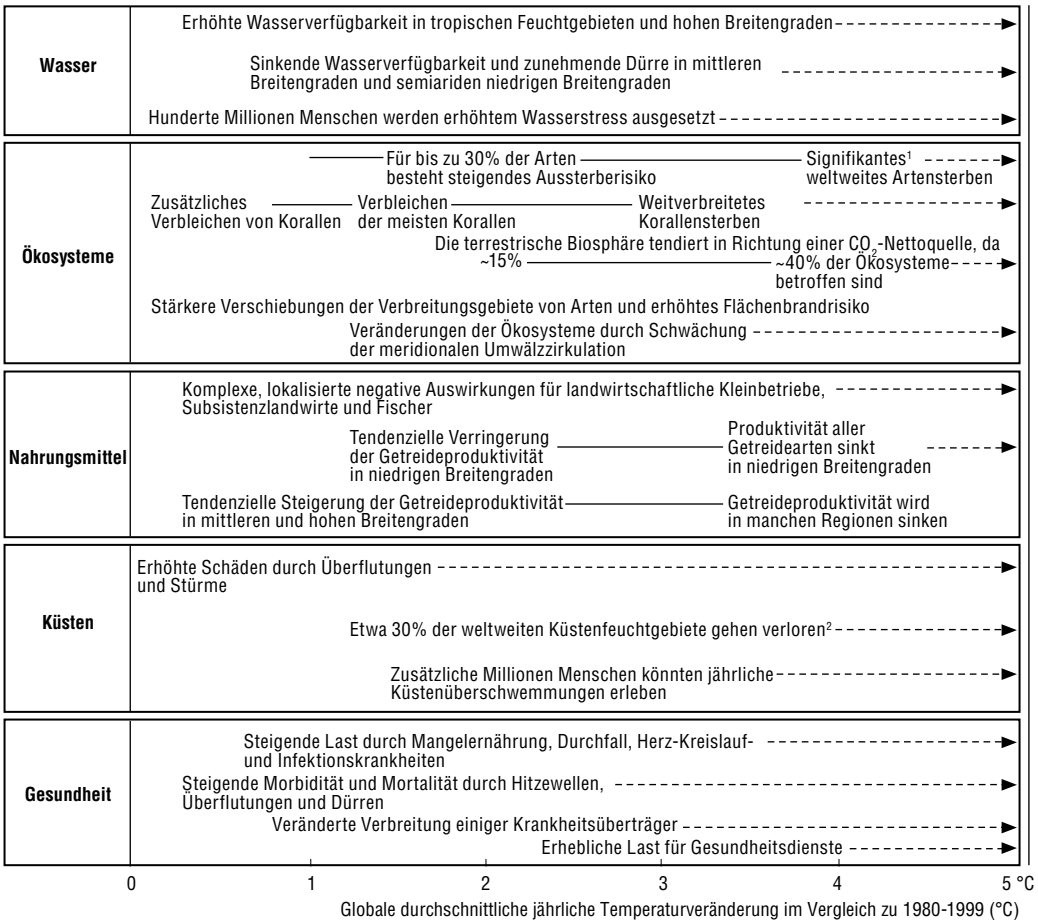
Tabelle 5.1 **Mögliche Auswirkungen des Klimawandels auf ausgewählte Millenniumsentwicklungsziele**

Millenniumsentwicklungsziel	Beispiele für Verbindungen mit dem Klimawandel
Ausrottung von extremer Armut und Hunger (**Ziel 1**)	Es wird erwartet, dass der Klimawandel die Vermögenswerte vieler armer Menschen reduzieren, den Wirtschaftswachstumspfad verändern und die regionale Ernährungssicherheit mindern wird. Die Wasserressourcen werden wahrscheinlich durch erhöhte Verdunstungsverluste und steigenden Wasserbedarf auf Grund höherer Temperaturen unter Druck geraten. Die Nahrungsmittelproduktion, die eng an die Wasserreserven gekoppelt ist, wird in unter Wasserknappheit leidenden Regionen zusätzlich erschwert.
Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen (**Ziel 3**)	In den Entwicklungsländern sind Frauen besonders überdurchschnittlich an Aktivitäten wie Landwirtschaft beteiligt, die von natürlichen Ressourcen abhängen und die durch den Klimawandel besonders gefährdet werden.
Gesundheitsbezogene Ziele (**Ziele 4, 5 und 6**)	Der Klimawandel kann sich auf die Gesundheit auswirken, direkt durch steigende Temperaturen, Hitzewellen, Überflutungen, Dürren und Stürme, und indirekt durch Häufung von Krankheiten und verminderte Quantität und Qualität der Nahrungsmittel- und Wasserversorgung.
Gewährung einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung (**Ziel 7**)	Der Klimawandel wird wahrscheinlich die Qualität und Produktivität der natürlichen Ressourcen und Ökosysteme verändern, die in den Entwicklungsländern für einen Großteil des Einkommens sorgen. Küstenregionen sind durch die Auswirkungen des Meeresspiegelanstiegs, von Sturmfluten und der steigenden Intensität von Wirbelstürmen in manchen Regionen besonders gefährdet.

Quelle: Multi Agency Report (2003), *Poverty and Climate Change: Reducing the Vulnerability of the Poor through Adaptation*, Bericht der Afrikanischen Entwicklungsbank, der Asiatischen Entwicklungsbank, des Ministeriums für internationale Entwicklung des Vereinigten Königreichs, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Deutschland), des Außenministeriums – Entwicklungszusammenarbeit (Niederlande), der OECD, des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, des Umweltprogramms der Vereinten Nationen und der Weltbank, Washington, D.C.; IPCC (2007b), *Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*, Cambridge University Press, Cambridge; WEDO (Women's Environment & Development Organization) (2008), *Gender, Climate Change and Human Security*, Politikbericht für die griechische Präsidentschaft des Human Security Network, WEDO, New York/Athen.

Abbildung 5.1 **Wichtigste Auswirkungen als eine Funktion der steigenden weltweiten Durchschnittstemperaturen**

Die Auswirkungen werden je nach Ausmaß der Anpassung, Grad der Temperaturveränderung und sozioökonomischem Weg unterschiedlich ausfallen



Anmerkung: Die schwarzen Linien verbinden Auswirkungen, gepunktete Pfeile stehen für Auswirkungen, die sich bei steigenden Temperaturen fortsetzen. Die Einträge sind so platziert, dass die linke Seite des Textes den ungefähren Eintritt einer bestimmten Auswirkung anzeigt. Quantitative Einträge für Wasserstress und Überflutungen stehen für die zusätzlichen Auswirkungen des Klimawandels im Verhältnis zu den Bedingungen, die in den Szenarien A1FI, A2, B1 und B2 des *Sonderberichts über Emissionsszenarien* (SRES) projiziert werden. Die Anpassung an den Klimawandel ist in diesen Schätzungen nicht berücksichtigt. Für alle Aussagen sind die Vertrauensniveaus hoch.

1. „Signifikant" wird hier als über 40% definiert.

2. Auf der Basis eines durchschnittlichen Meeresspiegelanstiegs von 4,2 mm/Jahr zwischen 2000 und 2080.

Quelle IPCC (Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderung) (2007), „Climate Change 2007: Impacts, Adaptation and Vulnerability", Beitrag der Arbeitsgruppe II zum *Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change Cambridge University Press, Cambridge*

Außerdem könnte die Frage des Klimawandels die Bedeutung der Unterstützung von Bereichen wie Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und Wasserressourcenmanagement erhöhen.

Die Armen und die armen Länder werden die Hauptlast des Klimawandels zu tragen haben. Dies ist dadurch bedingt, dass Entwicklungsländer, insbesondere die am wenigsten entwickelten, sich stark auf klimaabhängige Sektoren stützen und einen hohen Anteil an Armut aufweisen sowie über einen niedrigen Anteil an Bildung und eingeschränkte Kapazitäten bei Humanressourcen, Technik und Finanzen verfügen. Wenn nicht dringend etwas geschieht, wird der Klimawandel die Umsetzung einiger Millenniumsentwicklungsziele (MDG) verhindern (Tabelle 5.1), wodurch die Ziele der nationalen Armutsbekämpfung und der nachhaltigen Entwicklung gefährdet werden.

Vor diesem Hintergrund wird in diesem Kapitel untersucht, wie den Bedrohungen des Weltklimas begegnet wird und was unternommen wird, um die Anpassung von der lokalen und Projektebene bis zur nationalen Ebene in die EZ-Politiken zu integrieren.

Wie gehen wir mit dem Klimawandel um?

Es gibt im Wesentlichen zwei Wege zum Umgang mit dem Klimawandel:

1. Minderung: Bekämpfung des Klimawandels an sich durch Senkung der Treibhausgasemissionen;
2. Anpassung: Ergreifung von Maßnahmen, um die negativen Folgen des Klimawandels zu mindern und Chancen zu nutzen.

Minderung

Im historischen Rückblick stammt der Großteil der Treibhausgasemissionen aus den Industrieländern. Das VN-Rahmenübereinkommen über Klimaänderungen besagt, dass alle Länder das Klimasystem zum Wohl heutiger und künftiger Generationen schützen sollten, auf der Grundlage der Gerechtigkeit und entsprechend ihren gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und ihren jeweiligen Fähigkeiten. Folglich sollten die Industriestaaten bei der Bekämpfung der Klimaänderungen und ihrer negativen Auswirkungen die Führung übernehmen. Die fortgeschrittensten Entwicklungsländer haben ebenfalls eine wichtige Rolle zu spielen.

Gleichzeitig ist es vor dem Hintergrund einer projizierten Verdoppelung der weltweiten CO_2-Emissionen bis Mitte des Jahrhunderts für alle Länder wesentlich, sich in Richtung CO_2-armer Wachstumspfade zu bewegen. Die heute getroffenen Entwicklungsentscheidungen werden nicht nur die Anpassungsfähigkeit beeinflussen, sondern auch über die zukünftigen Treibhausgasemissionen entscheiden.

Vor kurzem wurde bei einem gemeinsamen hochrangigen Treffen des OECD-Entwicklungsausschusses (DAC)[1] und des OECD-Ausschusses für Umweltpolitik (EPOC) die Notwendigkeit einer Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Umsetzung von CO_2-armen Entwicklungspfaden anerkannt. Die Teilnehmer betonten, dass CO_2-arme Entwicklung gleichzeitig das Wachstum beleben, die Energiesicherheit fördern und zur Minderung der Auswirkungen des Klimawandels und Anpassung an diese beitragen kann. Außerdem betont die Erklärung zu umweltverträglichem Wachstum (OECD, 2009a), die anlässlich der OECD-Ratstagung auf Ministerebene im Juni 2009 verabschiedet wurde, die besondere Notwendigkeit der Koordinierung von Entwicklungsaktivitäten, um den Entwicklungsländern bei der Förderung eines umweltverträglichen Wachstums zu helfen, und erkennt den Beitrag des DAC zu den Bemühungen des OECD-Raums in diesen Bereichen an.

Einfache Maßnahmen und Technologien zur Förderung des CO_2-armen Wachstums und der mit ihm einhergehenden Nutzeffekte sind bereits bekannt. Erneuerbare Energietechnologien, Politiken und Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz sowie die Förderung optimierter Stadtplanung und öffentlicher Verkehrsmittel können alle gleichzeitig zur Minderung des Klimawandels und zum Wirtschaftswachstum beitragen. Die internationale Zusammenarbeit kann Anreize schaffen, um die Annahme solcher allseits vorteilhaften Strategien zu unterstützen.

Anpassung

Zwar ist es von entscheidender Bedeutung, den Klimawandel zu mindern, doch gibt es deutliche Anzeichen dafür, dass sich das Klima schon verändert, und manche Länder bekommen dies bereits zu spüren. Deshalb ist die Anpassung umso dringender und muss

integraler Bestandteil der Wirtschaftspolitik, der Entwicklungsprojekte und der internationalen EZ-Anstrengungen werden. Im Jahr 2006 verabschiedeten die Entwicklungs- und Umweltminister der OECD-Länder eine Erklärung über die Einbeziehung der Anpassung an die Klimaänderung in die Entwicklungszusammenarbeit (Kasten 5.1), in der sie zu „sinnvoller Zusammenarbeit und Verbreitung bewährter Praktiken" aufriefen (OECD, 2006a). Das Dokument „Integrating Climate Change Adaptation into Development Co-operation: Policy Guidance" (OECD, 2009b) wurde als Antwort auf diesen Aufruf veröffentlicht. Der Rest dieses Kapitels fasst die wichtigsten Aussagen dieses Dokuments zusammen.

Kasten 5.1 **Wie die DAC-Länder wirksame Hilfe für die Anpassung an den Klimawandel leisten wollen**

In der gemeinsamen Erklärung des DAC und des Ausschusses für Umweltpolitik (EPOC) über die Einbeziehung der Anpassung an den Klimawandel in die Entwicklungszusammenarbeit ist festgehalten, dass die Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Bewältigung der neuen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Anpassung an den Klimawandel folgende Kriterien erfüllen wird:

- Orientierung an den Verpflichtungen des Monterrey-Konsenses, der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit und des Aktionsplans von Accra (Anhang).
- Abstimmung auf die langfristigen Zukunftsvisionen, Entwicklungspläne und Programme der Partnerländer, z.B. auf die Nationalen Aktionsprogramme zur Anpassung an den Klimawandel (NAPA, vgl. Kasten 5.5).
- Das Streben nach Nutzung der Systeme der Partnerländer und harmonisierten Ansätzen. Hilfe beim Kapazitätsaufbau wird es den Partnern ermöglichen, alle Aspekte der Anpassung an den Klimawandel zu leiten und zu verwalten.
- Nutzung verschiedener EZ-Ansätze, unter Betonung der programmorientierten und sektorweiten Ansätze anstatt spezifischer Projekte.
- Effizienz und Wirksamkeit sowie Mobilisierung der Unterstützung des Privatsektors.
- Gewährleistung, dass Klimarisiken in allen von EZ-Organisationen unterstützten Programmen angemessen berücksichtigt werden.

Besondere Aufmerksamkeit wird auf die Schwächsten gerichtet: die am wenigsten entwickelten Länder, kleine Insel-Entwicklungsländer und von Dürre, Überschwemmungen und Versteppung betroffene afrikanische Staaten, gefährdete Gemeinschaften und Gruppen, darunter Frauen (vgl. Kasten 5.3), Kinder und Ältere.

Ein wichtiger Ansatz wird die Identifizierung und Umsetzung von allseits vorteilhaften Anpassungs-Entwicklungslösungen sein und der Versuch, Synergieeffekte zwischen Anpassung an den Klimawandel und dessen Minderung, insbesondere in Bereichen wie Energie, Land- und Forstwirtschaft, und mit den anderen Rio-Übereinkommen (über biologische Vielfalt und Bekämpfung der Wüstenbildung) herzustellen. Zusätzlich werden Verbindungen zwischen Anpassung an den Klimawandel und Minderung von Katastrophenrisiken verstärkt.

Quelle: OECD (2009c), *Policy Statement on Integrating Climate Change Adaptation into Development Co-operation,* OECD, Paris, verfügbar unter *www.oecd.org/dataoecd/26/36/42747468.pdf*.

Anpassung umsetzen und systematisch berücksichtigen

Es ist von wesentlicher Bedeutung, die Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel auf mehreren Ebenen in bestehende, von den Ländern in eigener Regie durchgeführte und getragene Entwicklungsprozesse und -aktivitäten zu integrieren, d.h. auf der Projekt-, Sektor- und nationalen Ebene. Auch sollte die Anpassung nicht als Einzelziel behandelt werden, sondern in andere ökologische und sozio-ökonomische Politiken eingebettet werden („mainstreaming"). Die Anpassung auf jeder dieser Ebenen ist das Thema der folgenden Abschnitte.

Projekte an den Klimawandel anpassen

Ein Entwicklungsprojekt kann direkt oder indirekt durch die Auswirkungen des Klimawandels gefährdet werden. Gleichzeitig kann ein Projekt die Gefährdung der Empfängerländer oder -systeme durch den Klimawandel erhöhen oder mindern. Diese Gefährdung hängt davon ab, welche Art von Infrastruktur das Projekt einrichtet, welche Aktivitäten es unterstützt und wo es geografisch angesiedelt ist. Außerdem ist die erwartete Lebensdauer von Projektaktivitäten aller Wahrscheinlichkeit nach ein wesentlicher Faktor, der darüber entscheidet, ob die Gefährdung durch den Klimawandel überprüft werden muss. So sollte man beispielsweise bei Investitionen in dauerhafte Infrastrukturen (wie Dämme oder Bewässerungsnetze) die Auswirkungen zukünftiger Klimabedingungen auf die Tragfähigkeit des Projekts in Betracht ziehen, da die Auswirkungen des Klimawandels im Verlauf der geplanten Nutzungsdauer wahrscheinlich immer wichtiger werden.

Um die Anpassung auf Projektebene zu integrieren, sind Erwägungen zu Klimarisiken und Anpassung in allen Etappen des Projektzyklus zu berücksichtigen: Identifizierung, Vorabklärung, Konzeption, Umsetzung, Monitoring und Evaluierung.

Die Geberstellen können bei der Integration der Anpassung an den Klimawandel auf Projektebene in zweierlei Hinsicht eine Rolle spielen: Erstens können sie, falls sie Entwicklungszusammenarbeit über Projekthilfe leisten, die Anpassung im Rahmen der Projekte integrieren, an denen sie beteiligt sind. Zweitens können sie Beurteilungen, Rahmenbedingungen und Instrumente, die für andere Partner nützlich sein können, entwickeln und mit anderen teilen. Verschiedene Geber haben Instrumente zur Prüfung ihrer Projektpalette auf Klimarisiken sowie zur Auswahl und Integration von Anpassungsmaßnahmen im Rahmen von Projekten entwickelt (Kasten 5.2). Dennoch wird weitere Arbeit notwendig sein, um diese Methoden unter den Gebern zu harmonisieren.

Kasten 5.2 **Von Gebern entwickelte Methoden zur Auswahl von Maßnahmen zum Klimawandel**

Die US-Behörde für Internationale Entwicklung (USAID) hat allgemeine Leitlinien zur Einbeziehung von Fragen des Klimawandels in die Projektentwicklung erarbeitet, wobei ein sechsstufiges Verfahren verwendet wird, um zu prüfen, inwieweit im Hinblick auf eine Berücksichtigung des Klimawandels Änderungen erforderlich sind. Die Weltbank hat ein computergestütztes Instrument zur Bewertung und Konzeptentwicklung für die Anpassung an den Klimawandel geschaffen. Zusammen haben Intercooperation (eine Schweizer Stiftung im Bereich der internationalen Entwicklungszusammenarbeit), das International Institute for Sustainable Development, die Internationale Union für die Erhaltung der Natur und das Stockholm Environment Institute unter dem Namen „Anpassung und Existenzgrundlagen" ein lokal angesiedeltes Risikountersuchungsinstrument entwickelt (Community-Based Risk Screening Tool – Adaptation and Livelihoods). Dieses Instrument hilft den Nutzern dabei, mögliche nega-

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

tive Effekte von örtlichen Projekten auf Klimawiderstandsfähigkeit vorauszusehen und die Projekte anzupassen, um die lokale Anpassungsfähigkeit zu verbessern. Das Ministerium für internationale Entwicklung (Department of International Development – DFID) des Vereinigten Königreichs hat ein computergestütztes Instrument zur Evaluierung von Chancen und Risiken des Klimawandels und von Naturkatastrophen entwickelt. Dieses prozessbezogene Instrument bietet ein behutsames Screening-Verfahren für Geberprogramme. Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) ein Klimaprüfinstrument entwickelt, das sowohl Fragen der Anpassung als auch der Minderung im Zusammenhang mit Entwicklungsprojekten abdeckt.

Quelle: Für weiterführende Informationen vgl. OECD (2009b), *Integrating Climate Change Adaptation into Development Co-operation: Policy Guidance*, OECD, Paris.

Lokale Anpassung an den Klimawandel

Einige Politikinitiativen der EZ-Organisationen haben deutliche Folgen für die Anpassung auf lokaler Ebene (Kasten 5.3). So kann die Geberunterstützung der Dezentralisierung in Partnerländern – ob auf politische, fiskalische oder administrative Dezentralisierung konzentriert – z.B. wichtige Konsequenzen für die Anpassung an den Klimawandel haben. Der Prozess hat normalerweise das übergeordnete Ziel, die Teilnahme und die staatliche Rechenschaftspflicht zu verbessern sowie dafür zu sorgen, dass öffentliche Dienste effizienter und gerechter erbracht, besser zugänglich und stärker auf die örtlichen Bedürfnisse ausgerichtet werden. Im Verlauf des Dezentralisierungsprozesses kann die lokale Anpassung an den Klimawandel den Gebern die Möglichkeit bieten, das Verhältnis zwischen der Dezentralisierung und der Minderung der örtlichen Gefährdung besser zu verstehen.

Kasten 5.3 **Anpassungen an den Klimawandel und Genderfragen auf lokaler Ebene**

Innerhalb armer Bevölkerungsgruppen sind Frauen und Kinder im Allgemeinen durch Umweltdegradation und Naturkatastrophen besonders gefährdet. Deshalb ist es bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Anpassungsstrategien auf lokaler Ebene – sei es in ländlichen oder städtischen Gebieten – wesentlich, die stärkere Gefährdung von Frauen und Kindern gegenüber den Klimaauswirkungen ebenso wie die unterschiedlichen Auswirkungen für Männer und Frauen zu erkennen und zu respektieren. Auch ist es unabdingbar, Frauen als gleichberechtigte Partnerinnen an jeglichen Anpassungsstrategien zu beteiligen. Dies wird dabei helfen, die Unterschiede hinsichtlich der relativen Gefährdung durch den Klimawandel nicht weiter zu verstärken.

Frauen können unterstützt werden, indem sie Aktivitäten zum Lebensunterhalt ausüben, die einem zunehmend extremen und wechselhaften Klima gegenüber entweder toleranter oder weniger gefährdet sind. So wurden Frauen in Bangladesch z.B. angesichts wachsender Überflutungsrisiken dabei gefördert, die Zucht von Hühnern zu Gunsten der Entenzucht für den privaten Verbrauch und die Erzielung von Einkommen aufzugeben (CARE Canada, 2008).

Quelle: CARE Canada (2008), *Bangladeshi Women are Knowledge Keepers in Mitigating Climate Change*, Online-Artikel, *http://care.ca/main/?en&BangladeshiWomen*, heruntergeladen am 15. Dezember 2009; IUCN (Internationale Union für die Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen) (2007), „Women and Climate Change – Women as agents of change", *IUCN Climate Change Briefing*, Dezember 2007, veröffentlicht unter *http://cmsdata.iucn.org/downloads/climate_change_gender.pdf*.

Anpassung an den Klimawandel in wichtigen Wirtschaftsbereichen

Manche Wirtschaftssektoren sind bei Klimaschwankungen besonders gefährdet und müssen deshalb die Klimaveränderungen bei der sektorbezogenen Politik und Planung prioritär berücksichtigen. Manche dieser Bereiche sind vom Klima direkt betroffen, z.B. die Landwirtschaft, während die anderen hauptsächlich indirekten Folgen ausgesetzt sind. So kann die Industrieproduktion betroffen sein, falls der Klimawandel die Wasserkraftproduktion zur Stromgewinnung mindert (oder erhöht). Dies ist vor kurzem in Ghana geschehen, wo die Dürreperiode die Wasserkraftproduktion eingeschränkt hat und das Wirtschaftswachstum daraufhin um 2% zurückging. Zu den wichtigsten klimarelevanten Bereichen gehören die Land- und Forstwirtschaft, die Fischerei, das Wasserressourcenmanagement, die menschliche Gesundheit, der Naturschutz, die Energieversorgung und die Infrastruktur.

Entwicklungszusammenarbeit ist oft an bestimmte Sektoren gebunden. In diesen Bereichen kann eine Berücksichtigung der Informationen über den Klimawandel im Stadium der Politikfindung dafür sorgen, dass Anpassungsmaßnahmen identifiziert, Fehlanpassungen und Risiken vermieden sowie neue Chancen aufgezeigt werden. In der Landwirtschaft können beispielsweise steigende Temperaturen in manchen Regionen die Auswahl der Anbaukulturen beeinflussen. Die Identifizierung dieser langfristige Konsequenzen kann dabei helfen, die Sektorpolitik zu leiten und anschließend die ländlichen Entwicklungsmöglichkeiten für die jeweilige Region zu bestimmen. Im Fall langlebiger Infrastrukturen kann die Besorgnis über den Klimawandel zur Überarbeitung der sektorweiten Pläne, Bau- und Gestaltungskriterien sowie Standortwahl führen.

Die Strategische Umweltprüfung (SUP) kann ein nützliches Instrument zur Anwendung einer Klimaperspektive auf die Sektorpolitiken, -strategien und -pläne sein. Der Begriff bezieht sich auf „eine Reihe von analytischen und partizipativen Ansätzen, die dazu dienen, ökologische Erwägungen in Politiken, Pläne und Programme zu integrieren und die Querverbindungen mit wirtschaftlichen und sozialen Erwägungen zu evaluieren“ (OECD, 2006b). Wenngleich die SUP hauptsächlich dazu verwendet wurden, um die Auswirkungen der Politiken, Pläne und Programme auf die Umwelt zu evaluieren statt umgekehrt, bieten sie ein allgemeines Rahmenwerk und eine solide Methodik zur Integration von Umweltbelangen in Politiken, Pläne und Programme (Kasten 5.4).

Kasten 5.4 **Strategische Umweltprüfung der Flächennutzungsplanung für den Distrikt Nhon Trach, Vietnam**

Die Strategische Umweltprüfung wurde 2007/2008 durchgeführt, um Umweltbelange in die Flächennutzungsplanung für den Distrikt Nhon Trach in der Nähe von Ho-Chi-Minh-Stadt zu integrieren. Als Teil der Prüfung fand eine Bestandsaufnahme der möglichen Folgen des Klimawandels für den Distrikt statt. Im Prüfbericht wurden deshalb nicht nur Umweltschutzlösungen vorgeschlagen, sondern auch Maßnahmen zur Anpassung an erwartete Klimaänderungsfolgen, unter Einbeziehung der geschätzten Kosten und von Umsetzungserwägungen. Die Beurteilung der Klimaänderungsfolgen enthielt Analysen der möglichen Temperaturerhöhung, Niederschlagsveränderungen, Meeresspiegelerhöhung und Salzwasserintrusion. Zu den vorgeschlagenen Empfehlungen und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel gehörten:

- Instandhaltung und weiterer Ausbau von Deichsystemen zur Verhinderung der Salzwasserintrusion in den Distrikt.
- Identifizierung neuer Sorten und Arten von Anbaukulturen und Anpassung der Anbausysteme, um die Anfälligkeit des Landwirtschaftssystems für Klimaänderungsfolgen zu reduzieren.

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

- Beibehaltung eines Baumbestands von mindestens 15% auf für andere Zwecke, wie Bebauung, umgewidmeten landwirtschaftlichen Nutzflächen, um die Bodenerosion einzudämmen.
- Verbesserung der Instandhaltung und Ausdehnung des Entwässerungssystems im gleichen Tempo wie die Stadtentwicklung, Stärkung des Umweltmanagements der städtischen Gebiete und Industrieparks, einschließlich regelmäßiger Ausbaggerungen, um lokale Überflutungen während der Regenzeit zu verhindern.
- Beibehaltung des Schutzes der bestehenden Mangrovenwälder des Distrikts, um wachsende Hochwassergefahren zu mindern.

Quelle: ADB (Asiatische Entwicklungsbank) (2009), *Strategic Environmental Assessment as a Tool to Improve Climate Change Adaptation in the Greater Mekong Subregion*, Asian Development Bank, Manila; SEMLA, Viet Nam-Sweden Cooperation Programme on Strengthening Environmental Management and Land Administration in Viet Nam (2008), *Evaluation of SEMLA SEA Projects*, SEMLA, Hanoi.

Geberstellen können viele der oben genannten Maßnahmen durch Budgethilfe auf Sektorebene und sektorweite Ansätze unterstützen. Sie können außerdem den Kapazitätsaufbau bei der Prüfung und Planung von Anpassungsmaßnahmen fördern. Schließlich können die Geberstellen finanzielle und technische Unterstützung für das Monitoring und die Evaluierung der Fortschritte in Richtung einer Integration der Klimaanpassung in Sektorstrategien, -pläne und -programme leisten.

Anpassung an den Klimawandel auf nationaler Ebene

Die nationale Ebene ist für die systematische Einbeziehung der Anpassung an die Klimaänderung von wesentlicher Bedeutung. Strategische Entscheidungen, die auf dieser Ebene getroffen werden, schaffen ein günstiges Umfeld für öffentliche und private Akteure sowie für Gemeinschaften und private Haushalte. Mittel- bis langfristige EZ- und Armutsbekämpfungsstrategien und -ziele werden auf dieser Ebene auch durch nationale Zukunftsvisionen, Entwicklungspläne und Strategien erstellt.

Zu den Prioritäten auf nationaler Ebene gehören:

- eine Verbesserung des Erfassungsgrads und der Qualitätskontrolle der Klimamonitoringdaten;
- Vergabe von Aufträgen für Beurteilungen der Klimaänderungsfolgen, Gefährdungen und Anpassungsoptionen auf nationaler Ebene. Daraus werden verbesserte und zielgerichtetere Informationen über die Auswirkungen des Klimawandels auf spezifische nationale Prioritäten und staatliche Kernfunktionen resultieren;
- Übertragung der Anpassungskoordinierung auf zentrale Stellen mit großer Machtbefugnis, wie das Büro des Präsidenten oder Premierministers oder die Planungsstellen;
- Einbeziehung der Risiken des Klimawandels in langfristige politische Zukunftspläne sowie Armutsbekämpfungs- und nachhaltige Entwicklungsstrategien;
- Zusammenstellung überzeugender ökonomischer Argumente für Investitionen in Anpassungsmaßnahmen und Gewährleistung einer angemessenen Ressourcenallokation (z.B. durch einen horizontalen Anpassungsfonds) zur Einbeziehung von Anpassungserwägungen in Politiken, Pläne und Programme (Kasten 5.5).

Kasten 5.5 **Einbeziehung der Anpassung an den Klimawandel in nationale Politiken und EZ-Strategien**

Wenngleich die Anpassung an den Klimawandel auf nationaler Ebene bisher wenig berücksichtigt wurde, haben einige Länder Fragen des Klimawandels in ihre nationalen Politikmaßnahmen integriert, z.B. in die EZ- und Armutsbekämpfungsstrategien.

Einige der am wenigsten entwickelten Länder haben vor kurzem nationale Aktionsprogramme zur Anpassung an den Klimawandel (NAPA) geschaffen. Diese konzentrieren sich auf Aktivitäten zur Erfüllung der dringenden und unmittelbaren Anpassungsbedürfnisse des Landes. Sie bilden handlungsorientierte, von den Partnerländern selbst gesteuerte Programme auf der Basis der nationalen Gegebenheiten. Sie benennen Handlungsprioritäten und sind deshalb für EZ-Planer nützlich.

Bangladesch hat klare Verbindungen zwischen seinem NAPA und seinem Strategiepapier zur Armutsbekämpfung (PRSP) hergestellt, um die Anpassung an den Klimawandel systematisch in alle Bereiche einzubeziehen. Das PRSP erkennt den Klimawandel als ernste Bedrohung für das Land an und betont die Herausforderungen durch den ansteigenden Meeresspiegel. Es untersucht auf breiter Basis die Verbindung zwischen Naturkatastrophen, Wachstum und Armut. Der Klimawandel gilt als gravierende Herausforderung für das Wasserressourcenmanagement und den Umweltschutz. Das PRSP enthält 19 Politikmatrizen zur Umsetzung der Strategie, wovon eine sich ausschließlich auf umfassendes Katastrophenmanagement konzentriert. Eines seiner wichtigsten Ziele ist die Einbeziehung der Folgen der Anfälligkeit und der Anpassung an den Klimawandel in das Katastrophenmanagement und die Risikominderungspläne, -programme, -politiken und -projekte. Gemeinsam mit einer Anerkennung des NAPA als nationales Umsetzungsprogramm trägt dies dazu bei, sicherzustellen, dass die Anpassungsmaßnahmen politisch kohärent sind. Die prioritären Anpassungsstrategien im nationalen Aktionsprogramm von Bangladesch ergänzen konkret das PRSP. Bei der Ausarbeitung von Strategien zum Umgang mit dem Klimawandel und zur Sensibilisierung bezieht sich das NAPA auch auf die Politikmatrizen des PRSP zum „umfassenden Katastrophenmanagement“ sowie zu „Umwelt und nachhaltige Entwicklung“.

Es bestehen zahlreiche internationale Initiativen, wie die Internationale Strategie zur Katastrophenvorsorge der Vereinten Nationen, die bei der Ausarbeitung und Umsetzung von nationalen Anpassungspolitiken hilfreich sein können. Diese Initiativen könnten verbessert und verstärkt werden, damit die Entwicklungsländer sie nutzen können, um die Anpassung an den Klimawandel in ihre nationalen Politiken zu integrieren.

Während die Partnerländer bei den Bemühungen zur Integration der Anpassung an den Klimawandel eine Führungsrolle einnehmen müssen, fällt den internationalen Gebern eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung dieser Bemühungen zu. Sie können Kapazitätsaufbau fördern, z.B. durch Beobachtung des Klimas und Beurteilung der Auswirkungen künftiger Klimaveränderungen sowie der Anpassungsprioritäten auf nationaler Ebene. In diesem Zusammenhang ist es wesentlich, das Bewusstsein der Geberstellen für die Risiken des Klimawandels zu schärfen. Die Geber können auch den Politikdialog auf hoher Ebene nutzen, um das Bewusstsein der hochrangigen Verantwortlichen der Schlüsselressorts, wie des Finanz- und des Planungsministeriums, für das Thema Anpassung zu schärfen. Die Geberstellen können zudem finanzielle Hilfen bieten. Sie könnten beispielsweise zu einem Anpassungsfonds beitragen, der von einer zentralen Stelle, wie dem Planungs- oder Finanzministerium, verwaltet würde und für die Kosten der Integration von Anpassungsmaßnahmen in ihre Aktivitäten aufkäme. Internationale Geber können auch durch gemeinsame EZ-Strategien[2] Maßnahmen fördern. Es ist allerdings von wesentlicher Bedeutung, dass die Geber ihre Anpassungsbemühungen auf nationaler Ebene koordinieren und harmonisieren.

Anmerkungen

1. Die Arbeit des DAC zu Umwelt und Klimawandel wird durch sein Netzwerk Umwelt und Entwicklungszusammenarbeit (ENVIRONET) ausgeführt, ein internationales Forum, das Praktiker aus bilateralen und multilateralen EZ-Stellen vereint. Vertreter der Partnerländer, regionale Entwicklungsbanken, Nichtregierungsorganisationen und Forschungsinstitute nehmen ebenfalls an seiner Arbeit teil.
2. Gemeinsame EZ-Strategien sind umfassende Rahmen zur Verwaltung der Entwicklungszusammenarbeit zwischen der Regierung und den verschiedenen bilateralen und multilateralen Gebern, die in einem Partnerland tätig sind.

Literaturverzeichnis

IPCC (Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen) (2007a), "Klimaänderung 2007: Auswirkungen, Anpassung, Verwundbarkeiten", Beitrag der Arbeitsgruppe II zum *Vierten Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen*, Bern/Wien/ Berlin, September 2007.

IPCC (2007b), *Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*, Cambridge University Press, Cambridge.

OECD (2006a), *Erklärung über die Einbeziehung der Anpassung an die Klimaänderung in der Entwicklungszusammenarbeit,* OECD, Paris.

OECD (2006b), *Applying Strategic Environmental Assessment: Good Practice Guidance for Development Co-operation*, DAC Guidelines and Reference Series, OECD, Paris.

OECD (2008), *Economic Aspects of Adaptation to Climate Change: Costs, Benefits and Policy Instruments,* OECD, Paris, verfügbar unter *www.oecd.org/env/cc/ecoadaptation*.

OECD (2009a), *Erklärung zu umweltverträglichem Wachstum*, OECD, Paris, verfügbar unter *www.oecd.org/dataoecd/3/43/43170077.pdf*.

OECD (2009b), *Integrating Climate Change Adaptation into Development Co-operation: Policy Guidance*, OECD, Paris, verfügbar unter *www.oecd.org/env/cc/adaptation/guidance*.

OECD (2009c), *Policy Statement on Integrating Climate Change Adaptation into Development Co-operation*, verabschiedet durch den Entwicklungsausschuss und den Ausschuss für Umweltpolitik der OECD anlässlich des gemeinsamen hochrangigen Treffens in Paris am 28.-29. Mai 2009, OECD, Paris, verfügbar unter *www.oecd.org/dataoecd/26/36/42747468.pdf*.

Kapitel 6

Sicherstellen, dass fragile Staaten nicht zurückgelassen werden

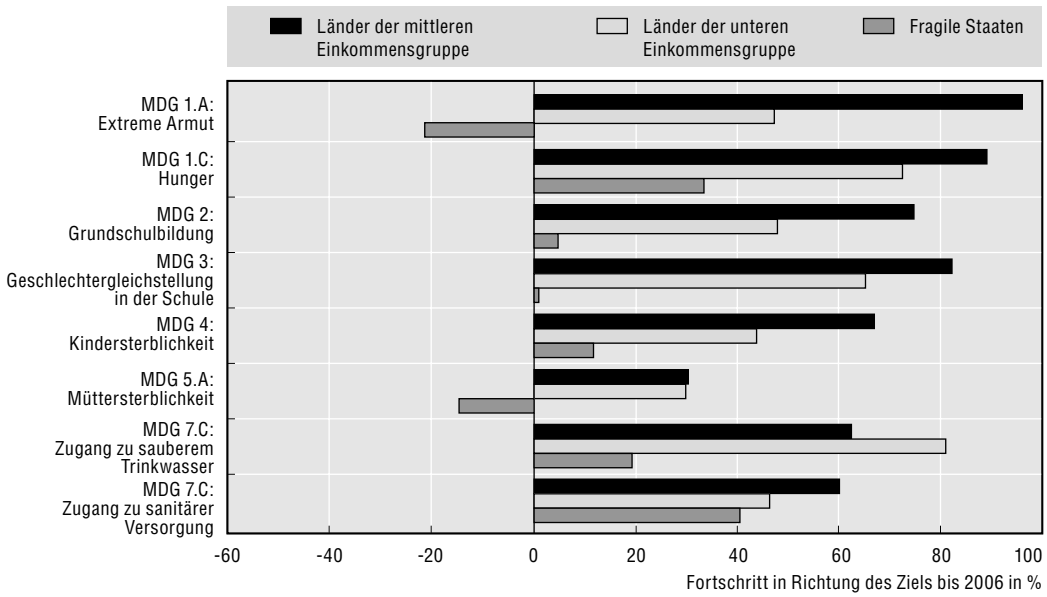
Ob wir die Millenniumsentwicklungsziele erreichen, wird davon abhängen, wie erfolgreich wir den fragilsten Staaten der Welt helfen können. Diese Gruppe von 48 Ländern steht für die Ärmsten der Armen, was oft durch gewaltsame Konflikte und schlechte Regierungsführung bedingt ist.

Im Jahr 2007 hat die OECD zehn Grundsätze für ein zweckmäßiges internationales Engagement in fragilen Staaten und Situationen verabschiedet. Dieses Kapitel berichtet über Fortschritte und Erkenntnisse aus der Umsetzung dieser Prinzipien in Afghanistan, der Demokratischen Republik Kongo, Haiti, Sierra Leone, Timor-Leste und der Zentralafrikanischen Republik. Die hier dargestellten Auffassungen stammen direkt aus den Ländern selbst und sind lehrreich für all jene, die sich in solchen Umfeldern effektiver engagieren wollen.

Die fragilsten Staaten der Welt werfen grundsätzliche Herausforderungen auf

Wird es uns gelingen, bis 2015 die Armut zu beseitigen? Während zahlreiche Länder auf ihrem Weg zur Erfüllung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) Fortschritte erzielen, fällt ein Drittel aller Entwicklungsländer zurück. Abbildung 6.1 zeigt alarmierende Trends in diesen fragilen Staaten, insbesondere hinsichtlich der Armut, der Grundschulbildung und der Geschlechtergleichstellung. Auf diese 48 Länder, die von Afghanistan bis Zimbabwe reichen, entfallen die Hälfte der Kinder, die weltweit vor ihrem fünften Geburtstag sterben, ein Drittel aller Sterbefälle von Müttern und ein Drittel aller Menschen, die mit weniger als einem Dollar pro Tag überleben müssen. Zusätzlich leiden diese bereits exponierten Länder derzeit unter den Folgen von Schocks im Zusammenhang mit den Nahrungsmittel- und Kraftstoffpreisen, der globalen Wirtschaftskrise, des Klimawandels und der Umweltzerstörung[1].

Abbildung 6.1 **Die langsamen und manchmal negativen Entwicklungsfortschritte der fragilen Staaten, 2006**



Quelle: Internationaler Währungsfonds und Weltbank (2008), *Global Monitoring Report 2008: MDGs and the Environment,* Internationaler Währungsfonds und Weltbank, Washington D.C.

Diese Länder sind oft in einem Teufelskreis aus gewaltsamen Konflikten, Armut oder schlechter Regierungsführung gefangen, welcher ihre Fortschritte in Richtung der MDG bremst. In diesen Ländern fehlt dem Staat oft die Fähigkeit oder die Legitimität zur Unterstützung sozial gerechter Entwicklung. Unter den richtigen Bedingungen ist jedoch einigen von ihnen – darunter Burundi und Mosambik – eine bemerkenswerte Kehrtwende gelungen.

Ohne eine Verbesserung der Bedingungen in diesen fragilen Staaten werden wir die MDG bis 2015 schlicht und einfach verfehlen. Während 38% der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit solchen Ländern gewidmet sind, können wir die Erträge dieser Investition noch verbessern (OECD, 2009). Die Entwicklungsminister der OECD-Länder haben in der Erkenntnis, dass fragile Staaten besonderer Aufmerksamkeit bedürfen, die Grundsätze für ein zweckmäßiges internationales Engagement in fragilen Staaten und

Situationen (OECD, 2007a) verabschiedet: vom Kontext ausgehen, keinen Schaden anrichten, sich auf Staatsaufbau als zentrales Ziel konzentrieren, Prävention prioritär behandeln, die Verbindungen zwischen politischen, sicherheitsrelevanten und EZ-Zielen erkennen, Nichtdiskriminierung fördern, sich auf unterschiedliche Weise in unterschiedlichen Kontexten den lokalen Prioritäten anpassen, sich auf praktische Koordinierungsmechanismen einigen, schnell handeln, aber engagiert bleiben und Zentren der Ausgrenzung vermeiden. Auf den ersten Blick wirken diese Grundsätze einfach, jeder hat jedoch wichtige operationelle Folgen. In vielen Fällen bestehen eindeutige Verbindungen zur Agenda zur Steigerung der EZ-Wirksamkeit (Kapitel 1 und Anhang) und einige Grundsätze haben über die Entwicklungszusammenarbeit hinaus Folgen für die Sicherheit, die Friedensstiftung und den Staatsaufbau. Ein Fundus empfehlenswerter Praktiken ergibt sich bereits aus dem Erfahrungserwerb in manchen Partnerländern, wenngleich in anderen die derzeitige Praxis noch weit von der Übereinstimmung mit diesen Grundsätzen entfernt ist.

Anlässlich des Dritten Hochrangigen Forums über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit beschlossen die Partnerländer und die Geber, ihre Umsetzung im Zeitverlauf durch eine mehrjährige Erhebung zu beobachten[2]. In einer Basisrunde im Jahr 2009 veranstalteten sechs fragile Staaten – Afghanistan, die Demokratische Republik Kongo (DRK), Haiti, Sierra Leone, Timor-Leste und die Zentralafrikanische Republik (ZAR) – Multistakeholder-Konsultationen, um die Qualität des internationalen Engagements aus dem Blickwinkel dieser Grundsätze zu erörtern und gemeinsame Schritte zur Verbesserung der EZ-Wirksamkeit zu vereinbaren[3].

Diese Konsultationen fanden im Geist gegenseitiger Rechenschaftspflicht statt. Ein Präsident und zwei Premierminister sowie verschiedene Minister, von der Planung über die Finanzen und die Verteidigung bis zur Justiz, Bürgermeister entlegener Ortschaften, Abgeordnete, NRO aus der Hauptstadt und den Distrikten, Frauen und Jugendgruppen sowie Vertreter der Privatwirtschaft waren daran beteiligt. Auf internationaler Seite nahmen Diplomaten, Spezialisten für humanitäre Fragen sowie Akteure aus den Bereichen Sicherheit und EZ von bilateralen und multilateralen Organisationen teil[4]. Dieser ganzheitliche Ansatz berücksichtigt die internationalen Bemühungen um erhöhte Politikkohärenz, die für jeglichen Erfolg in fragilen Staaten unabdingbar ist[5]. Unter der Leitung der Regierungen der Gastgeberländer und moderiert durch das DAC-Sekretariat erbrachten die sechs Konsultationen reichhaltige Erkenntnisse sowohl für die internationalen Akteure als auch für die Partnerregierungen. In Verbindung mit Expertenstudien und anderen Evaluierungen können diese Multistakeholder-Feststellungen dabei helfen, unsere gemeinsamen Antworten für das Problem der Staatenfragilität zu verbessern.

Nach einer Einschätzung der Einzigartigkeit fragiler Staaten werden in den folgenden Abschnitten einige der wichtigsten Entwicklungsfragen untersucht, die während der Konsultationen zur Sprache kamen: *a)* Es ist unabdingbar, Prioritäten zu benennen, und zwar gemeinsam mit anderen Politikakteuren, *b)* Optionen zur Verbesserung der EZ-Wirksamkeit sind selbst unter schwierigen Umständen vorhanden, *c)* hinsichtlich des Kapazitätsaufbaus sind die Ergebnisse uneinheitlich, wenngleich die Kapazitätsfragen in fragilen Staaten akut sind, *d)* Staatsaufbau erfordert einen globalen Ansatz, der mehr umfasst als Kapazitäten und Wahlen, und *e)* es besteht ein Risiko, Trends sozialer Ausgrenzung zu übersehen und sich zu schnell von Sicherheitsfragen zu entfernen.

Jeder fragile Staat ist einzigartig

Tolstoi schrieb in Anna Karenina den berühmten Satz: „Alle glücklichen Familien gleichen einander, jede unglückliche Familie ist auf ihre eigene Weise unglücklich". Ebenso mögen sich fragile Staaten aus der Ferne betrachtet gleichen, doch unterscheiden sie sich in den Formen und Ausmaßen ihrer Fragilität. Erstens kann ein Staat fragil sein, wenn seine institutionellen Kapazitäten extrem niedrig oder seine Versorgungsgrund-

lagen extrem schwach sind (z.B. Burundi). In manchen Ländern (z.B. Somalia) ist der Staat einfach nicht präsent, oder er existiert nur in der Hauptstadt. In anderen Fällen gibt es vielleicht einen starken Staatsapparat, dafür ist aber die Rechenschaftspflicht gegenüber den Bürgern eingeschränkt oder inexistent (z.B. Myanmar). Zweitens können Veränderungen im Zeitverlauf zur Fragilität beitragen: Veränderte Erwartungen der Bevölkerung in Verbindung mit schwachen politischen Verfahren, umstrittene Bodenbesitzverhältnisse und demografischer Druck im Zusammenhang mit Umweltzerstörung können Spannungen zwischen dem Staat und den Bürgern verschärfen. Drittens bleiben Länder nach einem Konflikt oft noch einige Zeit fragil: Sie müssen das schwere Erbe der Jahre des Kriegs und der schlechten Regierungsführung hinter sich lassen.

Die sechs in diesem Kapitel untersuchten Länder stellen ein breites Spektrum fragiler Situationen dar. Zusätzlich kann die Situation von Provinz zu Provinz unterschiedlich sein. Allerdings werden die meisten dieser Länder als Post-Konflikt-Gesellschaften eingestuft. Konsultationen in Ländern, die derzeit einem weitreichenden Konflikt, einer chronischen Krise oder einer politischen Patt-Situation ausgesetzt sind, könnten zu anderen Ergebnissen führen. Solche Länder bedürfen ebenfalls unserer Aufmerksamkeit. Auch dort stehen die Bevölkerungen unter enormem Stress und können Brutstätten der Instabilität mit negativen Ausstrahlungseffekten sein – sei es die Entstehung von Rebellengruppen, die Ausbreitung von Drogen und Waffen, Menschenhandel oder Verbreitung von Krankheiten. Als Beispiele sind die Piraterie im Golf von Aden mit Auswirkungen für die Welthandelsrouten und Westafrikas Rolle als Korridor für Drogenschmuggel zu nennen.

„Was ist prioritär, wenn alles prioritär ist?“[6]

Fragile Staaten stellen allein schon auf Grund des Ausmaßes und der Bandbreite ihrer Bedürfnisse besondere Herausforderungen dar, sei es die Wiederherstellung der Sicherheit und der Basisdienstleistungen für die Bevölkerung, die Verteilung der „Friedensdividende" wie Arbeit und Basisdienstleistungen, um zu verhindern, dass ehemalige Rebellen wieder in den Busch zurückkehren, die Instandsetzung von Straßen und Brücken, aber auch der Verbindungen zwischen ehemaligen Feinden, oder den Menschen in der möglicherweise entstehenden neuen Gesellschaft eine Stimme geben: Alles ist prioritär.

Diese Herausforderungen stehen in starkem Kontrast zu einer oft eingeschränkten Fähigkeit zur Nutzung internationaler Entwicklungszusammenarbeit: Stark reduziertes Humankapital und „verlorene Generationen“ nach Jahren unterbrochener Bildung und schlechter Gesundheitsversorgung, dysfunktionale Institutionen, schlechte oder veraltete Politiken und manchmal ein mühsamer Zugang zu Regionen außerhalb der größten Städte sind allesamt relevante Faktoren. Dazu bemerkte der Premierminister von Timor-Leste, Xanana Gusmão: „Etwa zwei Milliarden Dollar sind in den letzten 10 Jahren in Timor-Leste ausgegeben worden, doch wenn man die Menschen in den Dörfern fragt: „Wo habt Ihr dieses Geld ausgegeben?“, dann ist die Antwort viel zu häufig: „Nicht in meinem Dorf“ (Konsultation Timor-Leste, 2009).

In solchen Umfeldern müssen strikte Prioritäten gesetzt werden:

1. Erstens, sich auf eine gemeinsame Vision für den Frieden einigen und den entscheidenden Weg von der Fragilität zur Belastbarkeit ermitteln. Dieser Weg muss klar identifizierte kurz-, mittel- und langfristige Ziele enthalten: Was ist in den ersten sechs und 24 Monaten zu erledigen, und was kann warten? Die Vereinbarung eines solchen Aktionsplans zwischen der Regierung und der internationalen Gemeinschaft sowie mit anderen Politikakteuren ist in den letzten zehn Jahren eine anerkannte empfehlenswerte Praxis geworden (z.B. der Afghanistan-Pakt). Die beteiligten Akteure in Ländern ohne strikt prioritär geordnetes und mehrjähriges Programm haben ein solches gefordert, z.B. Timor-Leste, wo die Prioritäten derzeit jährlich definiert werden.

2. Zweitens müssen die internationalen Partner die zentrale Bedeutung der nationalen Haushaltsplanung anerkennen: Dieser Mechanismus vereint den Zweck und die Mittel und setzt dadurch Prioritäten. Die Haushaltsplanung ist auch ein wesentliches Element des Sozialvertrags – der Pakt, der stets zwischen den Bürgern und ihrem Staat verhandelt wird. Alle sechs Konsultationen haben betont, dass Entwicklungszusammenarbeit, die nicht im Staatshaushalt ausgewiesen ist, die innerstaatlichen Rechenschaftsbeziehungen verfälschen und die Planung behindern kann (Tabelle 6.1). Dies bestätigen Forschungen des Internationalen DAC-Netzwerks Konflikte und Fragilität (INCAF), die zeigen, wie Geber dem Staatsaufbauprozess schaden können: „Die Entwicklungszusammenarbeit nicht in den Haushalt zu integrieren, schwächt die Entwicklung der öffentlichen Rechenschaftspflicht und dadurch die Legitimität des Staats“ (Kapitel 3 und OECD, 2010h, erscheint demnächst).

Tabelle 6.1 **Entwicklungszusammenarbeit, Steuern und Haushalt in den sechs Ländern**

	Afghanistan	Zentralafrikan. Republik	Demokr. Republik Kongo	Haiti	Sierra Leone	Timor-Leste	Referenzpunkte
EZ (US-$, 2008)	3,9 Mrd.	180 Mio.	1,2 Mrd.	701 Mio.	535 Mio.	278 Mio.	Gesamt-ODA erreichte 2008 119,8 Mrd. US-$, davon 33,8 Mrd. (30%) zu Gunsten fragiler Staaten.
Bevölkerung mit weniger als 1 US-$ pro Tag	53% (2003)	66.6% (2007)	59.2% (2006)	54% (2007)	57% (2007)	52.9% (2001)	26% der Weltbevölkerung überleben mit 1 US-$ pro Tag oder weniger (2005).
EZ pro Kopf (US-$, 2008)	155	41	19	73	91	260	EZ für Subsahara-Afrika liegt durchschnittlich bei 35,7 US-$ pro Kopf.
Steuereinnahmen zu Bruttoinlandsprodukt (BIP) (2009)	6,4%	7,7%	13,2%	9,4%	10,5%	109,7%	OECD-Länder nehmen im Durchschnitt 36,2% ihres BIP durch Steuern ein.
EZ im nationalen Haushalt des Partnerlands (2008)	69%	36%	58%	95%	54%	n.a.	Das Ziel (Indikator 3 der Monitoring-Erhebung zur Paris-Erklärung) ist 85% in 2011.
Vorhersehbarkeit der EZ (2008)	70%	45%	20%	67%	30%	n.a.	Das Ziel (Indikator 7 der Monitoring-Erhebung zur Paris-Erklärung) ist 100% in 2011.

Quelle: Heritage Foundation (2009), *2009 Index of Economic Freedom,* Heritage Foundation, Washington D.C.; OECD (2010), *Annual Report on Resource Flows to Fragile States,* OECD, Paris; OECD (2008), *Aggregate Aid Statistics*, OECD, Paris; OECD (2008), *2008 Survey on Monitoring the Paris Declaration,* OECD, Paris; Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (2008), *The Human Development Report 2007/2008*, UNDP, New York; UNICEF (2006), *State of the World's Children,* UNICEF, New York; Weltbank (2008), *World Development Indicators,* Weltbank, Washington D.C.

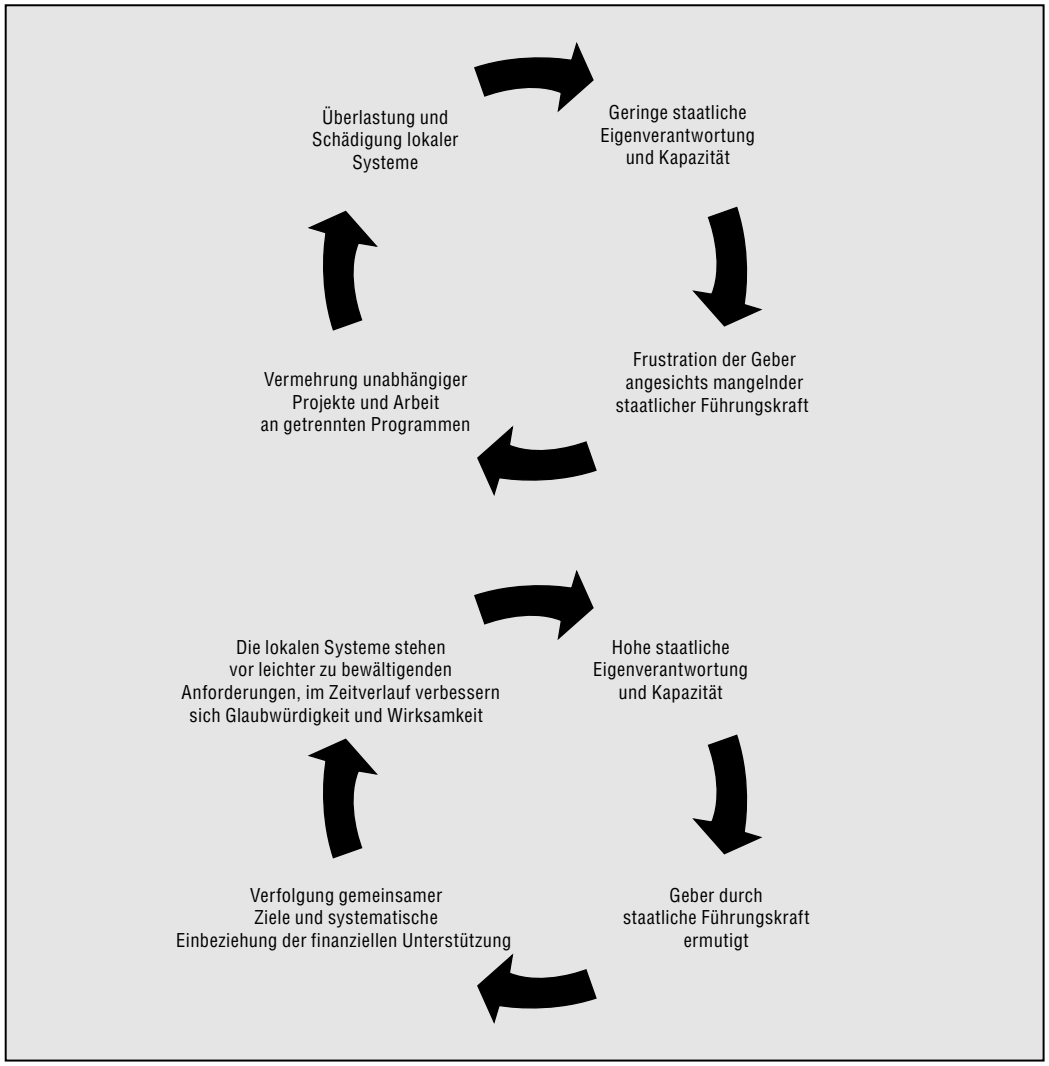
StatLink http://dx.doi.org/10.1787/800456518573

Der Weg zur Verbesserung der EZ-Wirksamkeit

Wenn die Geber nicht die Ländersysteme nutzen, schränkt dies die Chancen einer zukünftigen Verbesserung dieser Systeme ein (Abb. 6.2 und Kapitel 3). Dies ist einer der wichtigsten Aspekte der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit, zu der sich die Geber in der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit und dem Aktionsplan von Accra (Anhang) verpflichtet haben.

Zwar waren sich in den sechs untersuchten Ländern alle nationalen und internationalen Akteure einig, dass die Eigenverantwortung der Partnerländer, die Ausrichtung auf nationale Prioritäten und Systeme und die Harmonisierung der Geberinitiativen wichtige Ziele sind, doch haben die sechs Länder die Paris-Erklärung in unterschiedlichem Maß angewandt:

Abbildung 6.2 **Wie aus einem Teufelskreis in Bezug auf EZ-Wirksamkeit ein Tugendkreis werden kann: Sierra Leone**



Quelle: Angepasst anhand von Regierung von Sierra Leone (2009), *Aid Policy*, Government of Sierra Leone, Freetown.

- In manchen Ländern wurden die Umstände – wie mangelnde Führung, Stabilität oder Fähigkeit des staatlichen Ansprechpartners – als Herausforderungen für die umgehende und umfassende Umsetzung der Paris-Erklärung betrachtet. Es wurde jedoch anerkannt, dass Harmonisierung selbst in Abwesenheit eines starken staatlichen Ansprechpartners möglich ist und dass es für die Partnerausrichtung kreative Optionen gibt. Selbst wenn die Geber ihre Mittel nicht über staatliche Systeme bereitstellen, können solche Optionen dazu beitragen, den Weg für eine zukünftige Nutzung der Ländersysteme zu ebnen (Phase I in der Tabelle 6.2). Dazu gehören die „inoffizielle Partnerausrichtung" (Ausrichtung auf staatliche Systeme wie den Haushaltszyklus oder Verwaltungsdistrikte, um die spätere Vereinbarkeit der internationalen Entwicklungszusammenarbeit mit den nationalen Systemen zu erhöhen) und Bottom-up-Ansätze (Ausrichtung auf lokale Prioritäten, die sich aus Konsultationen mit staatlichen oder nichtstaatlichen Akteuren wie den lokalen Behörden und/oder der Zivilgesellschaft ergeben).

- In anderen Ländern wurden die Umstände als ausreichend verbessert betrachtet, um eine engere Ausrichtung auf nationale Prioritäten und Systeme zu ermöglichen. In dem Maß, wie sich ein Land stabilisiert und die Humanressourcen, Politiken und Institutionen gestärkt werden, ist es von wesentlicher Bedeutung, die Ausrichtung zu verbessern, soweit es die Umstände erlauben, um rechenschaftspflichtige und effiziente Staaten aufzubauen (Phasen II und III in Tabelle 6.2).

Tabelle 6.2 **Kontextabhängige unterschiedliche Formen der Partnerausrichtung**

	Phase I: Eingeschränkte staatliche Kapazität und/oder Legitimität	Phase II: Verbesserte Legitimität, aber eingeschränkte Kapazität	Phase III: Verbesserte Legitimität und Kapazität
Kontext	Auf Grund der eingeschränkten Kapazität und/oder Legitimität können sich die Geber nicht darauf verlassen, dass die Partnerregierungen „die Führung zur Koordinierung der Entwicklungszusammenarbeit auf allen Ebenen übernehmen" (Paris-Erklärung). Es kann zu einem Trade-off zwischen *a)* der Sicherung kurzfristiger Ergebnisse zur Lebensrettung und Stabilisierung einer volatilen Situation und *b)* dem Aufbau nationaler Kapazitäten zur Erledigung der Aufgaben kommen.	Legitimität und Rechenschaftspflicht können sich gebessert haben, doch sehen sich die Geber noch immer durch schwache nationale Kapazitäten eingeschränkt. Nur wenige Sektoren werden staatlich geführt und haben eine vereinbarte Sektorstrategie.	Der Staat besitzt eine sektorübergreifende, priorisierte und umsetzbare Entwicklungsstrategie sowie gewisse Kapazitäten in den wichtigsten zentralen und Fachministerien.
Mögliche Geberantworten	**Inoffizielle Partnerausrichtung und Bottom-up-Ansätze** Geber müssen auf inoffizielle Partnerausrichtung, Bottom-up-Ansätze und direkte Dienstleistungen zurückgreifen. Eine Arbeitsteilung nach Sektoren ist notwendig und möglich, auch in Abwesenheit einer starken staatlichen Führung.	**Partielle Partnerausrichtung** Geber können sich in manchen Sektoren besser auf den Partner ausrichten, in anderen hingegen müssen sie womöglich weiter auf Projekte zurückgreifen, die durch parallele Projektdurchführungsstellen (PIU) verwaltet werden. Gute Praxis ist die Berücksichtigung einer Kapazitätsentwicklungskomponente in den parallelen PIU.	**Vollständige Partnerausrichtung** Mit Bemühungen im Bereich der Kapazitätsentwicklung können die Grundsätze der Paris-Erklärung vollständig umgesetzt werden.

Quelle: Konsultationen, OECD-DAC-Sekretariat (2009).

Kapazitätsaufbau: eine magere Bilanz

In sämtlichen Konsultationen wurden die internationalen Bemühungen um Kapazitätsaufbau sowohl von nationalen als auch internationalen Akteuren als oft bruchstückhaft und manchmal schädlich für den Staat beurteilt. Tabelle 6.3 liefert eine Zusammenfassung dieser Diagnose der derzeitigen Bemühungen zum Kapazitätsaufbau und der Ansätze, deren Auswahl von den fragilen Staaten gewünscht wird.

Obwohl sich diese Ergebnisse u.U. nicht allein auf fragile Staaten beziehen, ist es wichtig zu berücksichtigen, dass die Kapazitäten in den fragilsten Staaten besonders eingeschränkt sind. Als die Demokratische Republik Kongo unabhängig wurde, gab es gerade einmal 16 kongolesische Hochschulabsolventen, und die Lage hinsichtlich der beruflichen Bildung war erschreckend (Stengers, 2007). Nur jeder zweite Erwachsene in Timor-Leste ist lese- und schreibkundig (Vereinte Nationen, 2009), während 83% der Haitianer mit Hochschulbildung außerhalb Haitis leben (Weltbank, 2005).

Tabelle 6.3 **Aktuelle und erwünschte Ansätze zur Kapazitätsentwicklung, entsprechend den Aussagen der Stakeholder in den sechs fragilen Staaten**

Aktuell	Erwünscht
Ein kurzfristiger, diskreter Projektansatz	Ein mittel-/langfristiger Programmansatz mit einer Evaluierung der Auswirkungen auf die Kapazität Kapazitätsentwicklungsziele in alle Programme integriert
Ein gebergesteuerter Ansatz, oft ein Flickenteppich verschiedener Ansätze entsprechend unterschiedlichen Verwaltungskulturen und Ideen	Eine von mehreren Gebern getragene Anstrengung auf der Basis einer gemeinsamen Beurteilung der Kapazitätsbedürfnisse
Betonung der Hard Skills (fachliche Kompetenzen) statt der Soft Skills (Management, Führung, politische Bildung) oder der Grundqualifikationen (Lese-, Schreib- und Rechenkompetenz)	„Ein besseres Verständnis der alltäglichen Realität in staatlichen Dienststellen“ (OECD, 2010) und ausgewogenere Investitionen zwischen Hard und Soft Skills und Grundqualifikationen
Große Gehaltsunterschiede und Verzerrungen bei den lokalen Gehältern	Koordinierung der Geber für eine gemeinsame Gehaltstabelle mit geringeren Unterschieden zwischen Einheimischen und internationalen Mitarbeitern (abzuwägen mit der Notwendigkeit, den inländischen „Brain Drain“ einzuschränken)
Technische Assistenten in Führungs- statt in Ratgeberpositionen, was die Rechenschaftspflicht erschwert	Kapazitätsentwicklung als Teil der Auftragsbeschreibung aller technischen Berater, diese sollten abgesehen von technischen Fähigkeiten auch Kompetenzen als Ausbilder oder Moderatoren besitzen
Direkte Dienstleistungen und eingeschränkte Nutzung der staatlichen Systeme	Nutzung der staatlichen Systeme, mit einer Kapazitätsentwicklungskomponente, bei Bedarf anfangs mit Ausgliederungsvereinbarungen

Quelle: Konsultationen, OECD-DAC-Sekretariat (2009).

Jenseits von Wahlen: Quellen staatlicher Legitimität

In allen sechs Fällen ist der Staatsaufbau eine zentrale Herausforderung, doch fällt die Gesamtdiagnose der Wege zur Stärkung der Kapazitäten und der Legitimität des Staats je nach Land unterschiedlich aus. In Timor-Leste waren manche Gesprächspartner der Auffassung, dass „unsere wichtigste Herausforderung der Staatsaufbau [ist], und die wichtigste Herausforderung des Staatsaufbaus ist die Kapazitätsentwicklung“, und ferner dass „die staatlichen Institutionen nicht über ausreichende Kapazitäten verfügen, um den sozialen Bedürfnissen gerecht zu werden“. Andere betonten soziale und politische Fragen. In Haiti und der Zentralafrikanischen Republik gaben die Stakeholder zu, dass „die Fragilität an unserem chronisch schwachen Sozialvertrag liegt“ (Konsultation Haiti).

Während freie und faire Wahlen eine Quelle staatlicher Legitimität sind, kann ein Staat langfristig nur dann Legitimität aufbauen, wenn er über Mechanismen der Partizipation- und Rechenschaftspflicht verfügt, die wichtigsten von ihm erwarteten Dienstleistungen erbringt und unter seinen Bürgern eine „moralische Autorität“ erwirbt[7]. Alle sechs Länder vertraten zwar die Auffassung, dass die massiven Investitionen der internationalen Gemeinschaft in Wahlhilfe wesentlich seien[8], doch sei es genauso wichtig, die Staats- und Regierungsführung jenseits von Wahlen zu verbessern – insbesondere die Governance auf lokaler Ebene, da der Staat außerhalb der großen Städte oft nur ein „Phantomstaat“ ist[9]. Auch erscheint die Investition in Wahlen widersprüchlich im Verhältnis zu den ebenso massiven Investitionen in die Erbringung von Dienstleistungen, anstatt die Fähigkeit des betreffenden Landes zur Erbringung von Dienstleistungen zu unterstützen. Dies schadet der Sichtbarkeit des Staates, indem ihm jegliche Rolle bei der Erbringung von Diensten wie Wasser- oder Gesundheitsversorgung vorenthalten wird, während der Bekanntheitsgrad der NRO und Vertragsunternehmen steigt.

Gefahr sozialer Ausgrenzung

Direkt nach einem Konflikt kann es oft sinnvoll sein, die Aufmerksamkeit auf die Hauptstadt zu konzentrieren: „Wenn es Dili gut geht, geht es Timor-Leste gut" (OECD, 2010g). Allerdings bestehen wachsende Sorgen über unzureichende Investitionen in zweitrangige Städte, manche Regionen und bestimmte soziale Gruppen. Gleichzeitig könnte die Stabilisierung in den meisten der sechs Länder Ressourcen freisetzen und den Zugang erleichtern (Sicherheit, Infrastruktur, Humankapazitäten):

- Teilnehmer aus dem Hinterland der Zentralafrikanischen Republik sagen, dass sie sich schlicht „aufgegeben" fühlen, da ein Fünftel der ODA-Leistungen den Provinzen zugedacht sind – ein übliches Post-Konflikt-Muster. In Haiti besteht Einigkeit darüber, dass die „[ländliche] Mehrheit ausgeschlossen ist".
- Es gibt erhebliche Befürchtungen, dass manche Regionen „Geberwaisen" sind, wie die Provinzen Bandundu, Equateur und Kasai oriental in der Demokratischen Republik Kongo und die Distrikte Ghor, Daikundi, Bamyan, Sar-e-Pol und Badachschan in Afghanistan.
- Geschlechtergleichstellung wurde in allen Konsultationen erwähnt (es waren immer Frauen vertreten), insbesondere der Zugang zur Bildung in Afghanistan und die Geißel der sexualisierten Gewalt in der Demokratischen Republik Kongo. In den meisten Ländern wurden arbeitslose „wütende junge Männer", die in die Städte streben, als eine „Zeitbombe" betrachtet, die es zu entschärfen gilt. In der Demokratische Republik Kongo und Timor-Leste ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung jünger als 18 Jahre, dennoch werden die jungen Menschen bei der Prioritätenplanung weitgehend außer Acht gelassen.

Die Konsultationsteilnehmer waren in der Regel der Meinung, dass es in der Verantwortung der Regierung liege, Ressourcen sowohl geografisch als auch hinsichtlich der sozialen Gruppen gerecht zu verteilen. Eine erhöhte Transparenz der Verteilung der EZ-Leistungen würde gegen Ausgrenzung helfen.

„Die Sicherheit nicht vergessen"

Die Entwicklung des privaten Sektors und das Wirtschaftswachstum wurden für die Konsolidierung des Friedens in allen sechs Ländern als wesentlich erachtet: „Wenn sie nach den nationalen Prioritäten gefragt werden, nennen die Geber fast systematisch den Kampf gegen den Terrorismus, die innere Sicherheit, die Drogenbekämpfung, während Afghanen die Beschäftigung und die Wirtschaftssituation als ihre erste Sorge identifizieren" (OECD, 2010b). Selbst der Kommandant der VN-Kräfte in einem dieser Länder erkannte, dass „Sicherheit keine Mägen füllt und keine Stellen schafft".

Gleichzeitig wurde in allen Konsultationen vor der Gefahr gewarnt, die Sicherheitsfragen zu schnell beiseite zu schieben. Ein ständig wiederkehrendes Thema war die Beibehaltung einer glaubwürdigen schnellen Reaktionsfähigkeit. In Timor-Leste könnte die Internationale Stabilisierungstruppe (ISF) bei der Sicherung friedlicher Wahlen im Jahr 2012 behilflich sein, wenn ihr Mandat verlängert würde. In Haiti müssen erfolgreiche Bemühungen um eine Eindämmung der Kriminalität in Port-au-Prince durch eine Reform der Justiz konsolidiert werden: das eine ohne das andere ist, als ob „beim Gehen das eine Bein kürzer ist als das andere" (OECD, 2010e). In der Demokratische Republik Kongo sind ein dauerhafter Ansatz bei der Reform des Sicherheitssystems (Kasten 6.1) und frühzeitige Planung für eine Übertragung der Sicherheitsfunktionen von der VN-Mission zurück an den Staat erforderlich. In Sierra Leone ist die „externe Bedrohung größer als die interne Bedrohung", dies könnte sich jedoch leicht in inländischen Schwierigkeiten äußern, und sowohl der Kampf gegen den Drogenschmuggel, der ganz Westafrika betrifft, als auch der Umgang mit möglichen Ausläufern der Guinea-Krise wurden als Prioritäten betrachtet.

Kasten 6.1 **Reform des Sicherheitssystems: Was haben wir gelernt?**

Neuere Untersuchungen des DAC haben sich auf die mögliche positive Rolle der integrierten Reform des Sicherheitssystems eines Landes bei der Stabilisierung von fragilen konfliktanfälligen oder Konflikten ausgesetzten Staaten konzentriert. Das traditionelle Sicherheitskonzept wird neu definiert, so dass es nicht nur die Stabilität des Staates und die Sicherheit der Völker, sondern auch den Schutz und das Wohlbefinden der Menschen umfasst. Die Erkenntnis, dass Entwicklung und Sicherheit untrennbar miteinander verbunden sind, ermöglicht es, die Sicherheit in den Partnerländern als eine Frage der öffentlichen Politik und der Staatsführung zu betrachten, was die Sicherheitspolitik mehr ins Blickfeld der Öffentlichkeit rückt. Ein demokratisch geführtes, rechenschaftspflichtiges und effizientes Sicherheitssystem trägt dazu bei, das Konfliktrisiko zu mindern, wodurch günstige Rahmenbedingungen für die Entwicklung geschaffen werden. Die Anleitungen des DAC für die Reform von Sicherheitswesen (Policy Guidance on Security System Reform) aus dem Jahr 2005 decken drei miteinander verbundene Herausforderungen ab, denen sich alle Staaten gegenübersehen: *a)* die Entwicklung eines klaren institutionellen Rahmens zur Schaffung von Sicherheit, in dem Sicherheits- und Entwicklungspolitik integriert und alle relevanten Akteure berücksichtigt werden, *b)* die Stärkung der Governance der Sicherheitsinstitutionen und *c)* der Aufbau fähiger und professioneller Sicherheitskräfte, die den zivilen Stellen rechenschaftspflichtig sind.

Die Reform des Sicherheitssystems ist inzwischen eine zentrale Komponente der Bemühungen um Überwindung von Fragilität und Konflikten in einer Reihe von Ländern geworden, von Sierra Leone bis zu den Salomonen. Die Herausforderung für die Geber bleibt die Frage, wie sie sicherstellen können, dass sie nachhaltige Reformprozesse unterstützen, durch verbesserte Dienstleistungen zur Armutsbekämpfung beitragen und dabei helfen, wirksame und rechenschaftspflichtige Sicherheits- und Justizsysteme in den Partnerländern aufzubauen. Diese Grundsätze sind im *DAC-Handbook on Security System Reform: Supporting Security and Justice* (OECD, 2007b) der OECD beschrieben. Zwischen 2007 und 2009 wurde das Handbuch in großem Umfang in den Zentralen der Geber und in den Partnerländern verteilt. Konsultationen mit der Regierung, der Zivilgesellschaft und den Gebern in Burundi, der Zentralafrikanischen Republik, Guinea-Bissau und Bolivien haben eine Reihe von Erkenntnissen verdeutlicht:

1. Die Reform der Sicherheitssysteme ist eine der Hauptprioritäten für Geber, die in Post-Konflikt- und fragilen Situationen arbeiten. Es handelt sich nicht mehr um ein Randthema der Geberprogramme.
2. Heute erkennen fast alle Geberorganisationen, dass Sicherheit und Entwicklung für eine nachhaltige Entwicklung gemeinsam erforderlich sind.
3. EZ-Organisationen können eine erfolgreiche Reform des Sicherheitssektors nicht alleine durchführen. Ein von allen Regierungsressorts und -ebenen getragener Ansatz ist erforderlich, und Geber müssen die notwendigen Mechanismen schaffen.
4. Wirksame Koordinierung der Geber zur Reform der Sicherheitssysteme kann sich als schwierig erweisen, wenn die Geber um die Koordinierungsrolle konkurrieren.
5. Die Reform der Sicherheitssysteme ist in erster Linie ein politischer Prozess, der sorgfältiger politischer Analyse und Beurteilung von Seiten der Geber sowie des Respekts und der Wertschätzung der Eigenverantwortung der lokalen Akteure und des lokalen politischen Reformwillens bedarf.
6. Sicherheitsfragen berühren den Kern staatlicher Souveränität. Geber müssen sich sensibel verhalten und ein Verfahren sicherstellen, das eine Ausrichtung auf lokale Prozesse ermöglicht. Die Geber müssen auch die Bedeutung ihrer eigenen Sichtbarkeit in dem Prozess in Frage stellen: Dienen Geberlogos auf Fahnen und Schildern sowie in Fernsehspots einer partnergeführten Reform?
7. Die Geber sollten vor der Erstellung von Sicherheitssystem-Reformprogrammen umfassende Missionen zur Bestandsaufnahme unternehmen.
8. Spezialisierte und gut ausgebildete Mitarbeiter von Geberseite sind für eine erfolgreiche Reform des Sicherheitssystems wesentlich.

Ein Wegweiser durch wechselhafte Zeiten

Zum Abschluss sei gesagt, dass fragile Staaten Umgebungen in steter Veränderung darstellen, in denen an mehreren Fronten gleichzeitig gekämpft werden muss. Dies erfordert Partnerschaften zwischen Akteuren mit unterschiedlichen Zielen und Arbeitsweisen (Nothilfe, Diplomatie, Sicherheit, Entwicklung usw.). Die Komplexität solcher Partnerschaften erfordert eine gemeinschaftliche Analyse des wesentlichen Wegs und die Vereinbarung gemeinsamer Ziele. Diese sind keine Selbstverständlichkeit, sondern immer das Ergebnis von Verhandlungen. Es erfordert auch ein klares Bild der Stärken jeder Politikgemeinde, um eine Arbeitsteilung zu ermöglichen, die flexibel genug ist, um auf sich rasch verändernde Umstände reagieren zu können[10].

In allen sechs Ländern wurde die Auffassung vertreten, dass die DAC-Grundsätze für ein zweckmäßiges internationales Engagement in fragilen Staaten wesentliche Fragen im Rahmen eines ganzheitlichen Ansatzes aufwerfen: von der EZ-Wirksamkeit bis zu Staatsaufbau, Inklusion, Sicherheit und Ressourcenallokation. Zu all diesen Themen gibt es praktische Anleitungen und/oder Monitoring (vgl. Literaturverzeichnis).

Anmerkungen

1. Die hier besprochene Gruppe fragiler Staaten ergibt sich aus einer Zusammenfassung dreier Listen: die zwei untersten Quintile der Länderbezogenen Evaluierung von Politik und Institutionen der Weltbank aus dem Jahr 2008, die Country Indicators for Foreign Policy der Carleton University aus 2008 und der Brookings Index of State Weakness in the Developing World 2008. Diese Gruppe wird jährlich als Arbeitsgrundlage definiert und stellt keine offizielle OECD-Liste oder -Definition dar.
2. Aktionsplan von Accra, 2008, Abschnitt 21e.
3. Timor-Leste: 2.-3. März 2009, Haiti: 20.-21. Mai 2009, Demokratische Republik Kongo: 3.-4. Juni 2009, Afghanistan: 17.-19. Juni 2009, Zentralafrikanische Republik: 21.-22. Juli 2009, Sierra Leone: 19. Oktober 2009.
4. Jede Konsultation wurde durch einen nationalen Koordinator und internationale Kontaktstellen koordiniert. Bei letzteren handelte es sich um die Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan und das Vereinigte Königreich (Afghanistan), Frankreich, die Afrikanische Entwicklungsbank und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Zentralafrikanische Republik), die Mission der Vereinten Nationen in der Demokratische Republik Kongo (Demokratische Republik Kongo), Kanada (Haiti), das Vereinigte Königreich und das Integrierte Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone (Sierra Leone) und die Weltbank (Timor-Leste).
5. G8-Erklärung (2009), 3C (*Coherence, Coordination, Complementarity) Roadmap*, 2009, G8-Erklärung, L'Aquila, 2009.
6. Alle Zitate stammen direkt aus den Konsultationen. Dieses Zitat stammt aus der Konsultation Zentralafrikanische Republik, 21.-22. Juli 2009, *www.oecd.org/fsprinciples*.
7. Konsultation Demokratische Republik Kongo, 3.-4. Juni 2009, *www.oecd.org/fsprinciples*. In OECD (2010i, erscheint demnächst) wird betont, dass in jedem Staat unterschiedliche Legitimitätsquellen koexistieren und interagieren.
8. Die internationale Gemeinschaft hat über 432 Mio. US-$ zur Unterstützung der Wahlen des Jahres 2006 in der Demokratische Republik Kongo aufgewandt (*Quelle*: Vereinte Nationen, *www.un.org/Depts/dpko/missions/monuc/elec.pdf*). Die Gesamtkosten der Präsidentschafts-, Parlaments-, Provinz- und Distriktwahlen in Afghanistan in den Jahren 2009 und 2010, die teils von der Regierung und teils von Gebern getragen wurden, werden auf 300 Mio. US-$ geschätzt (*Quelle*: Außen- und Commonwealth-Amt des Vereinigten Königreichs).

9. Länderbericht Zentralafrikanische Republik, *www.oecd.org/fsprinciples*. Dieser Ausdruck wurde ebenfalls in einem Bericht der International Crisis Group aus dem Jahr 2007 verwendet: *Central African Republic: Anatomy of a Phantom State* (Africa Report No. 136, ICG, Brüssel). In Afghanistan sind „fast 40% Afghanistans entweder dauerhaft oder zeitweise außer Reichweite der staatlichen oder nichtstaatlichen Hilfe" (VN-Sicherheitsrat, S/2008/782, Bericht der Sicherheitsratsmission nach Afghanistan, 21.-28. November 2008).
10. In Afghanistan wurde die Dominanz der Sicherheitsfragen im Verhältnis zu den humanitären und EZ-Belangen betont, und nicht die mangelnde Koordinierung (OECD, 2010b).

Literaturverzeichnis

OECD (2007a), Principles for Good International Engagement in Fragile States and Situations, OECD, Paris, verfügbar unter *www.oecd.org/dataoecd/61/45/38368714.pdf*.

OECD (2007b), OECD *DAC Handbook on Security System Reform: Supporting Security and Justice*, OECD, Paris.

OECD (2009), *Annual Report on Resource Flows to Fragile and Conflict-Affected States,* OECD, Paris.

OECD (2010a), *Global Progress Report, Fragile States Monitoring Survey*, OECD, Paris, verfügbar unter *www.oecd.org/fsprinciples*.

OECD (2010b), *Afghanistan Country Report, Fragile States Monitoring Survey*, OECD, Paris, verfügbar unter *www.oecd.org/fsprinciples*.

OECD (2010c), *Central African Republic Country Report, Fragile States Monitoring Survey*, OECD, Paris, verfügbar unter *www.oecd.org/fsprinciples*.

OECD (2010d), *Democratic Republic of Congo Country Report, Fragile States Monitoring Survey*, OECD, Paris, verfügbar unter *www.oecd.org/fsprinciples*.

OECD (2010e), *Haiti Country Report, Fragile States Monitoring Survey,* OECD, Paris, verfügbar unter *www.oecd.org/fsprinciples*.

OECD (2010f), *Sierra Leone Country Report, Fragile States Monitoring Survey,* OECD, Paris, verfügbar unter *www.oecd.org/fsprinciples*.

OECD (2010g), *Timor-Leste Country Report, Fragile States Monitoring Survey*, OECD, Paris, verfügbar unter *www.oecd.org/fsprinciples*.

OECD (2010h, erscheint demnächst), *Do No Harm: International Support for Statebuilding*, OECD, Paris.

OECD (2010i, erscheint demnächst), *The Legitimacy of the State in Fragile Situations*, OECD, Paris.

OECD (2010j), *Annual Report on Resource Flows to Fragile and Conflict-Affected States*, OECD, Paris.

OECD (2010k), *Framing Paper on Transition Financing Procedures and Mechanisms*, OECD, Paris.

OCDE (2010l, erscheint demnächst), *Annual Report on Resource Flows to Fragile States*, OECD, Paris.

Stengers, J. (2007), *Congo : Mythes et réalités*, Racine, Brüssel.

Vereinte Nationen (2009), *Bericht über die menschliche Entwicklung 2009*, Vereinte Nationen, New York.

Weltbank (2005), *International Migration, Remittances and the Brain Drain,* Weltbank, Washington D.C.

Kapitel 7

Gemeinsames Vorgehen bei der Korruptionsbekämpfung

Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise wird die Kontrolle der Verwendung öffentlicher Mittel zweifellos weiter verschärfen. In diesem Kapitel wird untersucht, wie die Entwicklungsgemeinde ihre Anstrengungen intensiviert, um die Korruption zu bekämpfen, zugleich aber auch an ihrer Verpflichtung auf die Agenda zur Steigerung der EZ-Wirksamkeit festzuhalten. Auf der Grundlage der Erkenntnisse und Erfahrungen in den Partnerländern sowie der Arbeiten des DAC-Netzwerk Governance (GOVNET) wird gezeigt, wie die Geber in den Partnerländern zunehmend miteinander kooperieren, um die Korruptionsproblematik zu verstehen und der Korruption zu begegnen. Das Ausgabenvolumen der Geber für eine ganze Reihe von Initiativen, die darauf abzielen, die Staats- und Regierungsführung zu stärken, nimmt stetig zu. Internationale Vereinbarungen wie z.B. das VN-Übereinkommen gegen Korruption (UNCAC) tragen zudem zur Unterstützung kohärenter Geberansätze bei. Abschließend wird in dem Kapitel eine Reihe weiterer Maßnahmen aufgeführt, die in der gegenwärtigen Krisensituation erforderlich sind, um besser auf die allgemeine Beunruhigung der Öffentlichkeit über Korruption bei der Erbringung internationaler EZ-Leistungen eingehen zu können.

Korruption: eine Bedrohung für die Entwicklung

> „Die größte Bedrohung für wirksame Entwicklungszusammenarbeit ist die Korruption, wenn sie in Bereichen auftritt, in denen die Entwicklungszusammenarbeit tätig ist" (Carlsson, 2009).

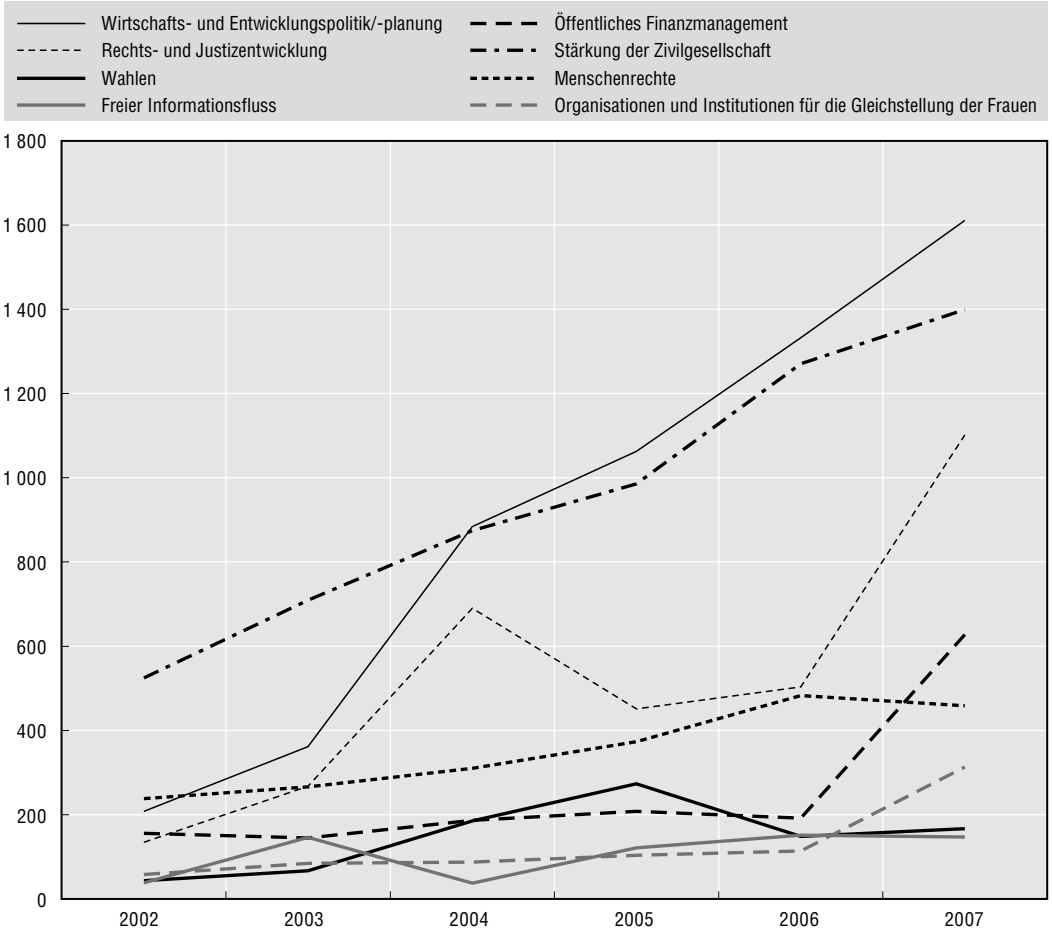
In der Öffentlichkeit herrscht zunehmend der Eindruck, dass EZ-Mittel von korrupten Regierungen verprasst werden. Zusammen mit der weltweiten Wirtschaftskrise, die die Kontrolle der Verwendung öffentlicher Mittel verschärft, scheinen die wirtschaftlichen Härten in den Geberländern dazu zu führen, dass den EZ-Budgets größere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Hierdurch erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass Korruptionsfälle den Ruf nach einer Kürzung der EZ-Mittel laut werden lassen. Im Vereinigten Königreich beispielsweise sind 52% der im Rahmen einer Erhebung befragten Personen der Auffassung, dass es auf Grund der Korruption in den armen Ländern nutzlos ist, Geld für die Armutsbekämpfung zu spenden (DFID, 2009). Die Regierungen der OECD-Länder stehen in der Verantwortung, die Verhütung und Bekämpfung von Korruption zu unterstützen. Heute herrscht zunehmend Einvernehmen darüber, was die Geberländer zu einem Teil des Problems macht – und wie sie wiederum ein Teil der Lösung sein können.

Die Geber haben für die Erbringung von EZ-Leistungen Ansätze entwickelt, die darauf abzielen, Anliegen der Korruptionsbekämpfung mit umfassenderen Prioritäten im Hinblick auf die EZ-Wirksamkeit und Zielen der Armutsbekämpfung in Einklang zu bringen. Die Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (Anhang) enthält einen klaren praktischen Plan, der dazu beitragen soll, die Qualität und die positiven Effekte der Entwicklungszusammenarbeit durch Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung zu verbessern. Er verpflichtet die Geber, ihren Beitrag zur Unterstützung der Korruptionsbekämpfungsbemühungen der Partnerländer zu erhöhen, sich den von den Partnerländern getragenen Initiativen anzupassen und die Eigenverantwortung der Partnerländer bei der Durchführung von Reformen im Bereich der Korruptionsbekämpfung zu fördern. Auch im Hinblick auf die Forderung nach mehr Politikkohärenz sind Fortschritte zu verzeichnen; Maßnahmen zur Eintreibung veruntreuter EZ-Gelder werden beispielsweise durch Maßnahmen flankiert, die das Problem des Bankgeheimnisses zu lösen suchen. Im Mittelpunkt der geberseitigen Korruptionsbekämpfungsmaßnahmen standen insbesondere Programme zur Stärkung entsprechender Mechanismen in Bereichen, in denen die Wahrscheinlichkeit von Korruptionsfällen besonders hoch ist, z.B. im Beschaffungswesen und in Finanzmanagementsystemen. Die Aufwendungen der Geber für die Stärkung der Staats- und Regierungsführung (einschließlich des Finanzmanagements des öffentlichen Sektors) sind seit 2002 im Steigen begriffen (Abb. 7.1). Auch internationale Vereinbarungen, wie z.B. das VN-Übereinkommen gegen Korruption (UNCAC) und das Übereinkommen über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr (OECD-Bestechungsübereinkommen) werden dazu beitragen, kohärente Geberansätze zu unterstützen.

Bis 2003 kamen die Geber bei ihren Bemühungen um die Bekämpfung der Korruption nur schleppend voran (OECD, 2003). Die größten Hindernisse waren begrenzte Kapazitäten, konkurrierende Prioritäten und unsystematische Vorgehensweisen bei der Korruptionsbekämpfung. Hieraufhin wurde der Entwicklungsausschuss der OECD aktiv und veröffentlichte ein *Policy Paper and Principles for Donor Action in Anti-Corruption* (OECD, 2006) (Positionspapier und Grundsätze für geberseitige Aktivitäten im Bereich der Korruptionsbekämpfung). In diesem Dokument wurden wirksamere und besser koordinierte Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung vorgeschlagen, wie z.B. die Zusammenarbeit mit anderen Gebern,

Abbildung 7.1 **Ausgaben der DAC-Geber für die Stärkung der Governance, 2002-2007**

Auszahlungen in jeweiligen Preisen, in Mio. US-$



Quelle: OECD DAC, *International Development Statistics.*

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/787556542258

um zu einer klaren gemeinsamen Sichtweise der Korruptionstendenzen auf der Ebene der Partnerländer und des Governance-Umfelds zu gelangen, in dem es zu Korruptionsfällen kommt, die Erarbeitung von EZ-Grundsätzen für gemeinsame OECD/DAC-Lösungsansätze zur Korruptionsproblematik, die Verknüpfung nationaler Korruptionsbekämpfungsmaßnahmen mit internationalen/„angebotsseitigen" Maßnahmen zu Themen wie Bestechung, Geldwäsche und Eintreibung veruntreuter Gelder und die Nutzung der bei der Umsetzung des UNCAC-Übereinkommens gesammelten Erfahrungen.

An diese Vorschläge anknüpfend gab das DAC-Netzwerk Governance (GOVNET)[1] spezielle Empfehlungen bezüglich der Frage heraus, wie die Geber auf der Basis ihrer vor Ort gesammelten Erkenntnisse und Erfahrungen die Verfahren für die Bewertung der Staats- und Regierungsführung verbessern und die Korruption durch mehr gegenseitige Abstimmung wirksamer bekämpfen können (OECD, 2009a und b). In diesem Kapitel wird auf einige wichtige Erkenntnisse und Empfehlungen eingegangen[2].

Eine gemeinsame Sichtweise der Staats- und Regierungsführung

> „Wir müssen uns ernsthaft der Tatsache stellen, dass wir jahrzehntelang an Länder EZ-Mittel in Milliardenhöhe gezahlt haben, in denen die Korruption nicht abgenommen, sondern zugenommen hat" (Carlsson, 2009).

Korruption ist – zumindest teilweise – das Ergebnis schlechter Staats- und Regierungsführung. Um gegen Korruption vorgehen zu können, gilt es, die Funktionsweise der Governance im öffentlichen Sektor, und zwar sowohl die formelle als auch die informelle Ausübung von Machtbefugnissen, zu verstehen. Eine gute Staats- und Regierungsführung bezieht sich nicht allein auf den Staat, sondern auch auf politische Parteien, Parlament, Justiz, Medien, Zivilgesellschaft und eher informell tätige Akteure, auf die in den Entwicklungsländern im Bereich der Rechenschaftslegung häufig zurückgegriffen wird. Es geht darum, welcher Art die Beziehungen sind, in denen die Bürger, politischen Entscheidungsträger und öffentlichen Einrichtungen zueinander stehen und inwieweit hierdurch etwas in Gang gesetzt werden kann (DFID, 2006).

Die Geber müssen in einem Partnerland zusammen Analysen der Staats- und Regierungsführung vornehmen, um sicherzustellen, dass ihre Maßnahmen auf einer gemeinsamen Sichtweise der zu bewältigenden Governance-Herausforderungen basieren, die Auswirkungen auf die Korruption haben (OECD, 2006). Von besonderem Nutzen ist die Analyse, wenn die Regierungen der Partnerländer bei Maßnahmen zur Verbesserung der Staats- und Regierungsführung und Bekämpfung der Armut eine Führungsrolle und Eigenverantwortung übernehmen (Kasten 7.1); dies kann den Gebern zudem Gelegenheit bieten, die gemeinsam durchgeführten Maßnahmen zu verbessern. Als ein erster notwendiger Schritt sollte bei der Analyse untersucht werden, welches die politischen Antriebselemente und Politikprioritäten der Regierungen der Partnerländer sind, die auf die Stärke ihres Engagements bei der Korruptionsbekämpfung Einfluss haben.

Kasten 7.1 **Eine gemeinsame Sichtweise zur Staats- und Regierungsführung: Beispiele aus Afrika**

Eines der wenigen Beispiele für eine gut koordinierte Bewertung der Staats- und Regierungsführung ist der Fall Ruandas. Bezeichnend ist, dass der Anstoß zu dieser besser koordinierten Initiative unmittelbar vom Staatsoberhaupt ausging. Der Staatspräsident von Ruanda war 2006 Initiator einer erfolgreich durchgeführten gemeinsamen Bewertung der Staats- und Regierungsführung, die darauf abzielte, einen kooperativen und inklusiven Prozess zwischen den Akteuren aus den Bereichen Regierung, Zivilgesellschaft, Medien und Oppositionsparteien in Gang zu setzen, bei dem die Geber und multilateralen EZ-Stellen effizient zusammenarbeiten und eine unterstützende Rolle einnehmen. Der Regierung von Ruanda zufolge zielt die gemeinsam durchgeführte Bewertung darauf ab,

> […] auf der Grundlage vereinbarter Indikatoren und einvernehmlich festgelegter Kriterien zu einer gemeinsamen Sichtweise der Fortschritte, Probleme und Prioritäten im Bereich der Staats- und Regierungsführung und einem Rahmenkonzept für die Bewertung der Fortschritte der nächsten Jahre zu gelangen. Der Leitgedanke bestand darin, eine Basis für gemeinsame Trägerschaft und konstruktive Beratungen zu schaffen, um den Dialog über Fragen guter Staats- und Regierungsführung qualitativ und im Hinblick auf seinen Nutzen zu verbessern (Ministry of Local Government, 2008).

In Kamerun wurde mit dem Projekt „Change Habits-Oppose Corruption“ (CHOC) eine Partnerschaft unter Beteiligung zahlreicher Geber* initiiert, um Partnerschaften auf Länderebene zu untersuchen, die sich für die Verbesserung der Staats- und Regierungsführung einsetzen. Mit dieser vielversprechenden Initiative wurde ein kohärentes Rahmenkonzept für die Bewertung geschaffen, mit dem es möglich sein wird, erhebliche Fortschritte zu erzielen. Unter der Führung von GOVNET und auf Einladung der Regierung von Kamerun führte eine Delegation aus Vertretern mehrerer Geberländer eine rasche Bewertung der Korruption in Kamerun durch und unterbreitete Vorschläge für die nächsten Schritte, um das Land bei der Korruptionsbekämpfung zu unterstützen.

* Unter der gemeinsamen Leitung der Regierung Kameruns und des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP).

Warum sollte diese Analyse von den Gebern gemeinsam unternommen werden? Wie GOVNET feststellte, kommt es oft zu Doppelarbeit und Überschneidungen beim Einsatz der von den Gebern und anderen Akteuren vor Ort eingesetzten Bewertungsinstrumente: „Es existieren mehrere Definitionen für Governance und eine Vielzahl von Bewertungsinstrumenten…, [die zeigen,] dass es 45 allgemeine Verfahrensweisen gibt, von denen sich viele überschneiden" (OECD, 2009a)[3]. Dies erhöht zwangsläufig die Transaktionskosten für Geber und Partnerländer. Es gibt nur sehr wenige Beispiele für wirklich kohärente und untereinander abgestimmte Governance-Bewertungen auf nationaler Ebene (Kasten 7.1). Auch wenn es vielleicht nicht möglich ist, sich auf eine allgemein anerkannte Definition der Governance zu einigen, ist doch noch Spielraum vorhanden, um zu mehr Übereinstimmung über die als grundsätzliche Voraussetzungen für gute Staats- und Regierungsführung identifizierten Kriterien zu gelangen.

Bei den GOVNET-Untersuchungen wurde erkannt, dass wenig Interesse daran besteht, ein einziges, von allen anzuwendendes Bewertungsinstrument zu schaffen. Die Koordinierung ließe sich indessen verbessern, wenn die verschiedenen Instrumente, jeweils auf ganz spezifische Zwecke abgestimmt, lang- und kurzfristige Interventionen miteinander kombiniert und die bei der Anwendung der einzelnen Verfahren gewonnenen Erfahrungen in neue Initiativen einfließen würden. Die Geber sollten zugleich die besten existierenden Praktiken identifizieren und dabei aus ihren eigenen Erfahrungen Lehren ziehen, damit entsprechende Informationen bei der Aufstellung weiterer Korruptionsbekämpfungsprogramme genutzt werden können. Die Anstrengungen sollten von den existierenden Rahmenkonzepten für die Abstimmung zwischen den Gebern und den Regierungen der Partnerländer ausgehen und auch unmittelbar auf die von den Partnerländern selbst angewendeten Bewertungsverfahren zurückgreifen, die darauf abzielen, Informationen für Programmaufstellung und Dialog auf Länderebene zu liefern.

Korruption muss gemeinsam bekämpft werden

> „Der Ansatz gemeinsamer Vorgehensweisen ist ein wichtiges Instrument in dem Bemühen, sicherzustellen, dass die Regierungen ihren Worten auch wirklich Taten folgen lassen" (ein Teilnehmer eines Geber-Workshops über die Verbesserung gemeinsamer Vorgehensweisen zur Korruptionsbekämpfung, 2009).

Wie sind die Geber mit der Korruptionsproblematik umgegangen? In Afghanistan, Indonesien und Mosambik[4] reagierten die Geber auf Korruptionsfälle je nach Situation und Kontext durch verschiedene kurzfristige lokale Maßnahmen, wie z.B. die vorübergehende Aussetzung der EZ-Leistungen, Durchführung von Rechnungsprüfungen und Ermittlungen, bilaterale Politikdialoge und Versuche, Mittel zurückzuerlangen. Die Geber haben in der Regel versucht, ihr Engagement aufrechtzuerhalten, damit längerfristige EZ-Zielsetzungen (und ihr Ansehen) keinen Schaden nehmen und die EZ-Leistungen gemäß der Agenda zur Steigerung der EZ-Wirksamkeit vorhersehbar bleiben[5].

In Fällen, in denen die Situation aus dem Gleichgewicht gerät, konzentriert sich das Augenmerk der Geber in der Regel auf Maßnahmen zur Stabilisierung, Aufrechterhaltung der Sicherheit und Gewährleistung der Erbringung von Basisdienstleistungen. Um die Rechenschaftspflicht zu stärken und die Transparenz zu verbessern, setzen die Geber die Umsetzung längerfristiger Konzepte in diesen Fällen fort.

Ein durch Zögern und unklare Botschaften gekennzeichneter Kontext kann indessen nachweislich dazu führen, dass die der Korruption Vorschub leistenden Kräfte intakt bleiben. Wirksame und gut koordinierte Dialogmechanismen können vermeiden helfen, dass die Vertrauenswürdigkeit der Gebergemeinschaft in Frage gestellt wird, und dazu beitragen, den Effekt der gemeinsamen Anstrengungen zu verstärken. Erhalten die Regierungen der Partnerländer von den Gebern keine eindeutigen Botschaften, so besteht das

Risiko, dass sie, wenn sie keine größeren Konsequenzen zu befürchten haben, keinerlei Maßnahmen einleiten werden. Ebenso kommt es vor, dass die Regierungen der Partnerländer für den Dialog mit den einzelnen Gebern unterschiedliche Mechanismen haben oder dass sie die Schwerpunkte ihrer strategischen Prioritäten je nach Geber anders setzen. Die Regierungen könnten in diesen Fällen die Situation, dass es weniger anspruchsvolle und weniger kritische EZ-Partner gibt, zu ihrem Vorteil nutzen und die Geber gegeneinander „ausspielen".

In Uganda führen die Geber auf der Basis der DAC-Politikgrundsätze für die Korruptionsbekämpfung ein Pilotprojekt „abgestufter Korruptionsbekämpfung" durch. Hierzu gehören Bemühungen der Geber um eine Koordinierung ihrer Korruptionsbekämpfungsmaßnahmen in Uganda, einschließlich eines vorgeschlagenen „modulierbaren Szenarios"[6] mit vereinbartem Wortlaut, das sicherstellen soll, dass alle Geber bei der Reaktion auf Korruptionsfälle im Rahmen des Politikdialogs auf das richtige Verhältnis zwischen den einzelnen Aspekten achten. Das Szenario soll Korruptionsfälle der Gegenwart wie auch der Vergangenheit berücksichtigen, um sicherzustellen, dass die gewählten Formulierungen aufeinander abgestimmt und konsistent sind.

Die geberseitigen Maßnahmen im Bereich Governance und Korruption haben sich zwar in den letzten Jahren generell einander angenähert, doch erwiesen sich die Unterschiede in der Praxis, insbesondere zwischen den Zentralen und den Ortsbüros, als ein erhebliches Hindernis, was die Wirksamkeit gemeinsamer Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung betrifft. Hier bestehen häufig Zielkonflikte zwischen den im Partnerland erkannten technischen Prioritäten und den eher politischen Aspekten, denen in den Hauptstädten der Geberländer Priorität eingeräumt wird. In Tansania beispielsweise ermöglicht zwar die gegenseitige Abstimmung den Gebern vor Ort, auf Korruptionsfälle mit einer klaren und einheitlichen Vorgehensweise zu reagieren, doch würden sie dabei gern mehr und besser abgestimmte Unterstützung von ihrer jeweiligen Zentrale erhalten[7]. Es ist erkannt worden, dass dies im Widerspruch zu den Verpflichtungen und Grundsätzen zum Thema Eigenverantwortung und Partnerausrichtung gemäß der Paris-Erklärung und dem Aktionsplan von Accra steht und weitere Anstrengungen erforderlich sind, um diesen Zielkonflikt zu beseitigen.

Es wurden ebenfalls Zielkonflikte zwischen finanziellen und Stabilitätserfordernissen identifiziert (OECD, 2009b). Dies gilt besonders für fragile Staaten, wo es eine Reihe konkurrierender EZ-Agenden gibt (Friedensstiftung und Sicherheit, humanitäre Hilfe, Aufbau öffentlicher Einrichtungen sowie soziale und wirtschaftliche Entwicklung, vgl. Kapitel 6). Ein Mangel an Koordinierung und Einvernehmen über die Prioritäten und/oder die zeitliche Abfolge der Korruptionsbekämpfungsinitiativen kann erhebliche Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Geber haben, in diesen Staaten wirksam gegen die Korruption vorzugehen. In Afghanistan beispielsweise konzentrierten sich die Anstrengungen anfangs auf die Stabilisierung der Lage und die Sicherheit. Diese Prioritäten erschwerten es den Gebern, die Korruption öffentlich oder im Rahmen des Politikdialogs zu thematisieren. Die Geber waren später gezwungen, der Korruption mehr Aufmerksamkeit zu widmen (besonders im Bereich des Drogenhandels), denn sie hatte so stark um sich gegriffen und sich so sehr festgesetzt, dass sie Frieden und Entwicklung zu bedrohen begann. An diesem Beispiel wird die Notwendigkeit deutlich, zu gewährleisten, dass der Zusammenhang zwischen Triebkräften von Konflikten, Korruption und staatlicher Legitimität besser verstanden werden. Die Geber müssen über das richtige Instrumentarium verfügen, um unverzüglich die Arten der Korruption identifizieren zu können, die den Staat destabilisieren und daher dringend einer Lösung bedürfen. GOVNET führt zurzeit zusammen mit dem Utstein Anti-Corruption Resource Centre weitere Untersuchungen durch, um die einzigartige Herausforderung der Korruptionsbekämpfung in fragilen Staaten zu analysieren. Diese Arbeiten werden es den Gebern ermöglichen, die Ansätze zur Integritätsverbesserung für den öffentlichen Sektor zeitlich besser in die Programme

für den Staatsaufbau einzufügen sowie die Risiken und unerwünschten Folgen der Programme zur Korruptionsbekämpfung und Integritätsverbesserung zu identifizieren.

Ein zunehmend befürworteter Weg zur Verbesserung der Staats- und Regierungsführung und Bekämpfung der Korruption führt über eine Stärkung der Rechenschaftspflicht der politischen Eliten mittels interner wie auch internationalisierter Rechenschaftslegungsprozesse (wie z.B. die Einhaltung des VN-Übereinkommens gegen Korruption – UNCAC). Die Rechenschaftspflicht der Regierungen der Partnerländer gegenüber ihren Bürgern ist wichtig. Um diese Art von Rechenschaftspflicht zu fördern, ist jedoch besonders darauf zu achten, dass die Abstimmung der geberseitigen Maßnahmen in erster Linie zur Stärkung der Rechenschaftspflicht der Regierungen der Partnerländer gegenüber ihren eigenen Bürgern beiträgt und nicht zur Erhöhung der Rechenschaftspflicht gegenüber den Gebern – vor allem in Ländern, die auf EZ-Leistungen angewiesen sind.

Der Weg in die Zukunft: Korruptionsbekämpfung in Zeiten der Krise

> „... wird es den Gebern vielleicht nicht möglich sein, auf die Korruption weiter in derselben Weise zu reagieren, wie sie es in der Vergangenheit getan haben, wenn von ihnen verlangt wird, kurzfristig den Beweis größerer Wirksamkeit bei ihrer Bekämpfung zu erbringen“ (OECD, 2009b).

Die gegenwärtige weltweite Finanzkrise wird die Kontrolle der Verwendung öffentlicher Mittel zweifellos weiter verschärfen. Die Forschungs- und Analysearbeiten von GOVNET fanden in den letzten zehn Jahren in einem für die Entwicklungszusammenarbeit günstigen Umfeld statt, in dem ein erhebliches Schwergewicht auf der EZ-Wirksamkeit, der Aufstockung der Leistungen sowie der Ausarbeitung und Einhaltung der Grundsätze der Paris-Erklärung lag. In der derzeitigen weltweiten Wirtschaftskrise dürfte sich der Schwerpunkt stärker auf Maßnahmen verlagern, die auf die Verbesserung des Finanzmanagements und direktere Wege der Korruptionsbekämpfung abzielen. Auf Grund des kritischeren Blicks, den die Öffentlichkeit auf die EZ-Budgets wirft, könnte jede Zunahme der Korruption Forderungen nach Kürzung der EZ-Leistungen laut werden lassen. Es ist daher von fundamentaler Bedeutung sicherzustellen, dass die Korruptionsrisiken im Zusammenhang mit EZ-Leistungen auf ein Minimum begrenzt werden, so dass aufsehenerregende Korruptionsfälle die Unterstützung der Entwicklungszusammenarbeit durch die Öffentlichkeit nicht in Frage stellen.

In diesem Umfeld könnte die traditionelle Geberreaktion – d.h. ein Festhalten an ihrem Engagement trotz offensichtlich vorliegender Korruption und Verschlechterung der Staats- und Regierungsführung – in Bezug auf die weitere Unterstützung der Entwicklungszusammenarbeit durch die Öffentlichkeit an Wirksamkeit verlieren. Die Geber müssten vielleicht stärker auf die allgemeine Beunruhigung der Öffentlichkeit über Korruption bei der Erbringung internationaler EZ-Leistungen eingehen. Hierzu wird es einer besseren Kommunikation bezüglich der unterstützten Korruptionsbekämpfungsmaßnahmen, einer genaueren Beobachtung der Korruptionstendenzen sowie der Wirkung von Korruptionsbekämpfungsmaßnahmen, wirksamerer Verfahren, um sicherzustellen, dass die Regierungen der Partnerländer über die Verwendung öffentlicher Mittel Rechenschaft ablegen (einschließlich von Zwangsmaßnahmen, falls es zu Korruptionsfällen kommt), und eines besseren Risikomanagements bei der Verwendung von Gebermitteln bedürfen, ohne indessen die Wirksamkeit der EZ-Leistungen zu schwächen.

Die Geber sollten ihre Bemühungen im Rahmen des GOVNET fortsetzen, um das ganze Spektrum von Fragen in Bezug auf die Nachfrage- und Angebotsseite der Korruption, den Umfang, in dem die Entwicklungszusammenarbeit Gelegenheiten herbeiführen könnte, die der Korruption Vorschub leisten, sowie die auf internationaler Ebene für das Auftreten von Korruption ausschlaggebenden Faktoren zu verstehen, um besser abgestimmte und kohärentere Maßnahmen auf Länderebene zu fördern.

Anmerkungen

1. Die Arbeiten des OECD-Entwicklungsausschusses werden im Bereich der Staats- und Regierungsführung durch das DAC-Netzwerk Governance (GOVNET) wahrgenommen, ein internationales Forum, das die Fachleute der EZ-Stellen mit den Sachverständigen der Partnerländer zusammenführt.
2. Eine vollständige Darstellung der Erkenntnisse und Empfehlungen dieser Untersuchungen findet sich auf der GOVNET-Website : *www.oecd.org/dac/governance/govassessment*.
3. Es wurde ein Governance-Bewertungsquellenhandbuch entwickelt (OECD, 2009c), das darauf abzielt, den EZ-Fachleute dabei zu helfen, sich im Bereich der eingesetzten Geberinstrumente und -methoden zurechtzufinden. Es ist über das GOVNET-Internetportal abrufbar (*www.oecd.org/dac/governance/govassessment*).
4. Diese Beobachtungen basieren auf detaillierten von GOVNET durchgeführten retrospektiven Fallstudien. Dieses Netzwerk erleichterte zudem in Tansania, Honduras, Kamerun, Sierra Leone, Sambia und Peru die Fortsetzung des Dialogs auf Länderebene. Ein ähnlicher Dialog wurde unlängst in Uganda eingeleitet.
5. Die Zusagen bezüglich der Verbesserung der Vorhersehbarkeit der Leistungen scheinen auf Grund dieser Analyse gegenüber den Zusagen einer Verbesserung der Koordinierung und Harmonisierung Vorrang bekommen zu haben.
6. Bei einem Workshop zur Erarbeitung eines strategischen Lösungsansatzes der EZ-Partner für die Bekämpfung der Korruption in Uganda, Kampala, 15.-16. September 2009.
7. Diese Auffassungen wurden im Rahmen einer Pilotstudie über geberseitige Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung zum Ausdruck gebracht, die 2007 von den EZ-Stellen vor Ort im Auftrag von GOVNET durchgeführt wurde. Die Pilotstudie wurde vom Department for International Development (DFID) des Vereinigten Königreichs koordiniert.

Literaturverzeichnis

Carlsson, G. (2009), "Zero Tolerance against Corruption – An Impossible Task?", *Newsmill*, 24. Aug. 2009, verfügbar unter *http://innovationspanelen.wordpress.com/article-on-newsmill-24-august-2009*.

DFID (Department for International Development – Ministerium für Internationale Entwicklung) (2006), *Eliminating World Poverty: Making Governance Work for the Poor*, White Paper on International Development, Department for International Development, London.

DFID (2009), *Attitudinal Tracking Study – February 2009,* Forschungsbericht des Central Office of Information für das Ministerium für Internationale Entwicklung, London.

Ministry of Local Government (2008), *Rwanda Joint Governance Assessment Report,* August 2008*,* Ministry of Local Government, Ruanda, verfügbar unter *www.minaloc.gov.rw/ spip.php?* article193.

OECD (2003), *Synthesis of Lessons Learned of Donor Practices in Fighting Corruption,* OECD, Paris.

OECD (2006), *Policy Paper and Principles on Anti-Corruption: Setting an Agenda for Collective Action,* OECD, Paris, verfügbar *unter www.oecd.org/document/34/0,3343,en_2649_34565_19392866_1_1_1_1,00.html*.

OECD (2009a), *Donor Approaches to Governance Assessments: Guiding Principles for Enhanced Impact Usage and Harmonisation,* OECD, Paris, verfügbar unter *www.oecd.org/dac/governance/govassessment*.

OECD (2009b), *Towards More Effective Collective Donor Responses to Corruption: How Have Donors Responded to Corruption in Practice? Synthesis Report and Recommendations*, OECD, Paris.

OECD (2009c), *Donor Approaches to Governance Assessment: 2009 Sourcebook*, OECD, Paris.

Kapitel 8

Anstrengungen und Politiken der bilateralen Geber

Das vorliegende Kapitel gibt einen Überblick über die wichtigsten Fortschritte, die die 23 Mitglieder des Entwicklungsausschusses (DAC) im Jahr 2009 bei der Erfüllung ihrer in Bezug auf die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) eingegangenen Verpflichtungen erzielt haben, sowie über einige der Herausforderungen, denen sie dabei begegnet sind. Es zeigt, dass die Geber ihre Anstrengungen bei den Kernprogrammen erheblich intensivieren. Im Jahr 2008 sind die Nettogesamtleistungen im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) der Mitglieder des DAC real um 11,7% auf 121,5 Mrd. US-$ gestiegen – den höchsten Wert in Dollar, der jemals verzeichnet wurde. Den Ausgabenplänen der Geber zufolge ist zwischen 2008 und 2010 mit einem Anstieg der EZ-Leistungen um 11% zu rechnen, u.a. durch höhere Ausgaben einiger multilateraler Stellen. Der aktuelle Ausblick legt jedoch den Schluss nahe, dass die Ausgabenpläne um rd. 16 Mrd. US-$ (in Preisen von 2008) aufgestockt werden müssen, wenn die Geber ihre derzeitigen Zusagen für 2010 einhalten wollen. Dieses Kapitel enthält zudem detailliertere Angaben zu fünf Ländern (Irland, Italien, Österreich, Schweden und Schweiz), die 2009 einer DAC-Länderprüfung unterzogen wurden, sowie eine Zusammenfassung der Zwischenevaluierungen fünf anderer Länder.

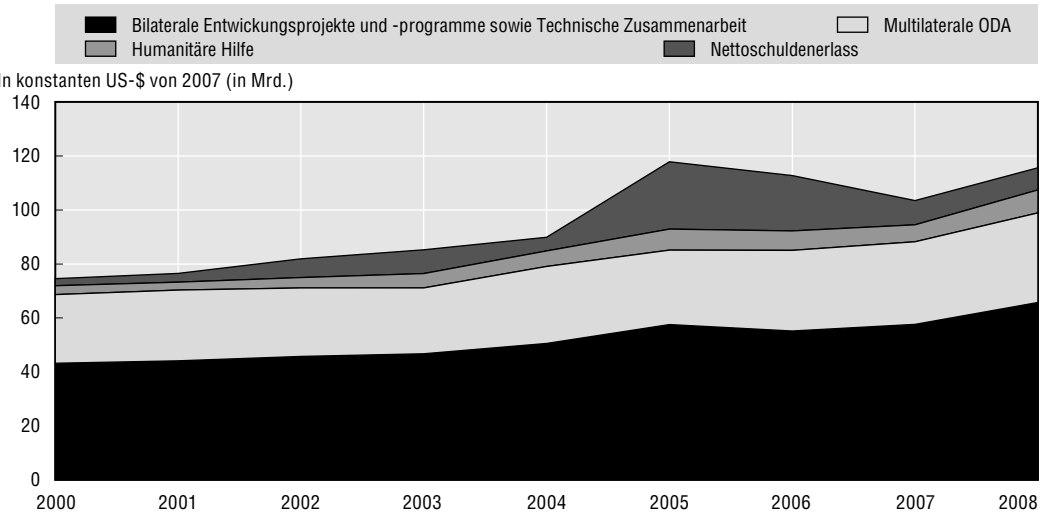
EZ-Leistungen der DAC-Mitglieder im Jahr 2008

In diesem Kapitel werden die wichtigsten Fortschritte aufgezeigt, die die 23 Mitglieder des OECD-Entwicklungsausschusses (DAC) im Jahr 2009 bei der Erfüllung ihrer in Bezug auf die EZ-Wirksamkeit eingegangenen Verpflichtungen erzielt haben. Dieser erste Abschnitt fasst die Ergebnisse der DAC-Geber im Jahr 2008 zusammen und untersucht, inwieweit es ihnen damit gelingen wird, ihre EZ-Zusagen einzuhalten. Der zweite Abschnitt enthält Länderartikel zu jedem der DAC-Mitgliedsländer, in denen die von ihnen ergriffenen Schritte zur Erfüllung der in Bezug auf die EZ-Wirksamkeit eingegangenen Verpflichtungen und die noch zu bewältigenden Herausforderungen analysiert werden. Der dritte Abschnitt gibt einen Überblick über die wichtigsten Erfolge und Herausforderungen anderer OECD-Geber, während im vierten Abschnitt die Rolle nicht der OECD angehörender Geber beschrieben wird.

Im Jahr 2008 sind die Nettogesamtleistungen im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) der Mitglieder des DAC in realer Rechnung um 11,7% auf 121,5 Mrd. US-$ gestiegen. Das ist der höchste Wert in Dollar, der jemals verzeichnet wurde, und entspricht 0,31% des kombinierten Bruttonationaleinkommens (BNE) der Mitglieder.

Das Volumen der bilateralen Entwicklungsprojekte und -programme hat zwar schon in den letzten Jahren zugenommen, zwischen 2007 und 2008 ist es aber beträchtlich gestiegen (um 14,1% in realer Rechnung), was darauf hindeutet, dass die Geber ihre Anstrengungen bei den Kernprogrammen erheblich intensivieren (Abb. 8.1).

Abbildung 8.1 **Komponenten der Netto-ODA der DAC-Geber, 2000-2008**



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/787604428152

Ergebnisse der einzelnen Geber

Die größten Geber gemessen am Leistungsvolumen waren 2008 die Vereinigten Staaten, Deutschland, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Japan (in absteigender Reihenfolge). Fünf Länder übertrafen den Richtwert der Vereinten Nationen von 0,7% ihres BNE: Dänemark, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen und Schweden (Tabelle 8.1).

Die ODA-Nettoleistungen der Vereinigten Staaten betrugen 2008 26,8 Mrd. US-$, was in realer Rechnung einer Zunahme um 20,5% entspricht. Ihr ODA/BNE-Verhältnis stieg von 0,16% im Jahr 2007 auf 0,19% im Jahr 2008. Die ODA-Nettoallokationen der Vereinigten Staaten erhöhten sich praktisch für alle Regionen, insbesondere für Subsahara-Afrika (+43,5% in realer Rechnung, auf 6,7 Mrd. US-$). Die ODA-Nettoleistungen für die Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder haben ebenfalls erheblich zugenommen (+43,2% in realer Rechnung, auf 7 Mrd. US-$). Auch die humanitäre Hilfe ist beträchtlich gestiegen (+43,1% in realer Rechnung, auf 4,4 Mrd. US-$), was vor allem durch die Ausweitung der Nahrungsmittelhilfe bedingt ist.

Die ODA-Nettoleistungen Japans erreichten 9,6 Mrd. US-$, was in realer Rechnung einem Anstieg um 10,7% gegenüber 2007 entspricht. Sein Verhältnis Netto-ODA/BNE erhöhte sich zwischen 2007 und 2008 von 0,17% auf 0,19%. Diese Zunahme erklärt sich hauptsächlich aus einer Erhöhung der Beitragszahlungen an internationale Finanzinstitutionen und entspricht einer Wende in dem seit 2000 anhaltenden Abwärtstrend bei Japans ODA-Leistungen (unter Ausklammerung der Höchststände in den Jahren 2005 und 2006, die auf umfangreiche Schuldenerlasse zurückzuführen waren).

Die Summe der ODA-Leistungen der 15 EU-Länder, die im DAC vertreten sind, stieg in realer Rechnung netto um 9,9% auf 71 Mrd. US-$, was 58% des gesamten ODA-Volumens der DAC-Mitglieder ausmacht. Der BNE-Anteil der ODA-Nettoleistungen der DAC-EU-Mitglieder erhöhte sich auf 0,43%. Beachtliche Zunahmen in realer Rechnung wurden von Griechenland, Portugal, Spanien und dem Vereinigten Königreich verbucht.

In realer Rechnung nahm die Netto-ODA von 14 DAC-EU-Ländern wie folgt zu:

- Belgien: +13,7%, auf Grund einer Anhebung der bilateralen EZ-Leistungen ebenso wie der Beitragszahlungen an multilaterale Stellen.
- Dänemark: +0,4%, praktisch unverändert.
- Finnland: +9,2%, auf Grund einer allgemeinen Intensivierung der EZ-Anstrengungen.
- Frankreich: +2,4%, infolge von Erhöhungen der Beitragszahlungen an die europäischen Institutionen (insbesondere die Europäische Kommission und den Europäischen Entwicklungsfonds) sowie der bilateralen Kreditvergabe.
- Deutschland: +6,3%, auf Grund verstärkter bilateraler Zusammenarbeit sowie höherer Beitragszahlungen an die Europäische Kommission.
- Griechenland: +28,8%, infolge einer Erhöhung der Beitragszahlungen an die Europäische Kommission und die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA).
- Irland: +6,7%, auf Grund einer allgemeinen Intensivierung der EZ-Anstrengungen mit dem Ziel, bis 2012 den VN-Richtwert von 0,7% zu erreichen.
- Italien: +11,8%, auf Grund höherer Schuldenerleichterungen.
- Luxemburg: +3,3%, auf Grund verstärkter bilateraler Zusammenarbeit.
- Niederlande: +4,8%, bedingt durch erhöhte bilaterale EZ-Leistungen.
- Portugal: +22,4%, auf Grund eines Anstiegs der bilateralen EZ-Leistungen, namentlich für Afrika.
- Spanien: +22,6%, infolge höherer bilateraler EZ-Leistungen, insbesondere für Afrika.
- Schweden: +3,9%; das im Haushalt vorgesehene ODA/BNE-Verhältnis von 1% wurde nicht erreicht, z.T. weil sich geplante Schuldenerleichterungen nicht konkretisiert haben.

- Vereinigtes Königreich: +25,0%, auf Grund einer allgemeinen Intensivierung der EZ-Anstrengungen.

In Österreich (-12,4%) ist die Netto-ODA auf Grund geringerer Aufwendungen für Schuldenerlasse als im Jahr 2007 gesunken.

Die Netto-ODA der Europäischen Kommission stieg in realer Rechnung um 17,5% auf 14,8 Mrd. US-$, hauptsächlich infolge einer Zunahme der Aktivitäten der Technischen Zusammenarbeit und der humanitären Hilfe sowie einer besseren Erfassung ihres Darlehensprogramms.

Die Netto-ODA der anderen DAC-Länder entwickelte sich 2007 und 2008 folgendermaßen:

- Australien: +6,2%, auf Grund einer allgemeinen Intensivierung der EZ-Anstrengungen.
- Kanada: +13,6%, auf Grund einer allgemeinen Aufstockung der EZ-Leistungen und höherer Beitragszahlungen an die Weltbank.
- Neuseeland: +11,5%, infolge eines Anstiegs der bilateralen ODA-Leistungen.
- Norwegen: -2,5%.
- Schweiz: +7,6%, bedingt durch eine Erhöhung der bilateralen EZ-Leistungen.

Auf Bruttobasis (d.h. vor Abzug der Tilgungen) erreichten die ODA-Leistungen 2008 135,8 Mrd. US-$, was in realer Rechnung einen Anstieg um 10,7% darstellt. Die größten Geber gemessen an ihrem ODA-Bruttovolumen waren die Vereinigten Staaten (27,8 Mrd. US-$), Japan (17,5 Mrd. US-$), Deutschland (16 Mrd. US-$), Frankreich (12,5 Mrd. US-$) und das Vereinigte Königreich (12 Mrd. US-$).

Welche ODA-Niveaus werden für 2010 erwartet?

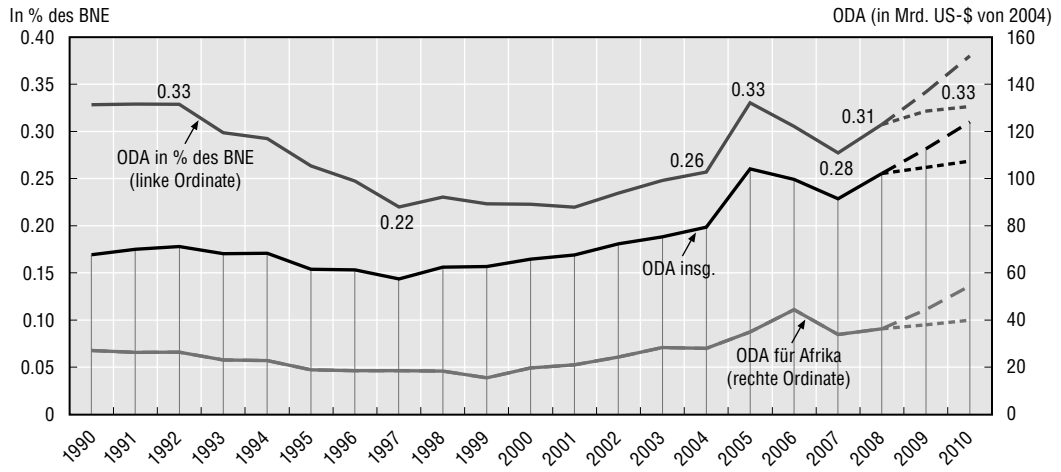
Nach der Monterrey-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung im Jahr 2002 gingen die Geber spezifische Verpflichtungen zur Erhöhung ihrer EZ-Leistungen ein. Den Berechnungen des OECD-DAC-Sekretariats zufolge implizierten die Zusagen einen Anstieg der ODA-Leistungen zwischen 2004 und 2010 von 80 Mrd. US-$ auf 130 Mrd. US-$ (in konstanten Preisen von 2004), was 0,36% des geschätzten BNE im Jahr 2010 entspricht. Auf diese Schätzung wurde auf dem G8-Gipfeltreffen von Gleneagles verwiesen, und im Kommuniqué des Gipfeltreffens wurden detaillierte Zusagen der G8-Länder festgehalten. Diese Zusagen wurden beim Millennium+5-Gipfel der Vereinten Nationen erneut bekräftigt, auf dem die EU-Länder eine gemeinsame Verpflichtung eingingen. Der Wachstumsrückgang im Jahr 2008 und die Kontraktion der Wirtschaftstätigkeit im Jahr 2009 haben den Dollarwert dieser Zusagen jedoch auf rd. 124 Mrd. US-$ (in konstanten US-Dollar von 2004) verringert, was gegenüber dem Niveau von 2004 einem Anstieg um 44 Mrd. US-$ entspricht (im Vergleich zu einer ursprünglich geschätzten Zunahme um 50 Mrd. US-$).

Während die meisten Länder ihre Verpflichtungen für 2010 bestätigt haben, haben andere, darunter einige große Geber, ihre für 2010 gemachten Zusagen reduziert oder verschoben. Auf der Basis der aktuellen Haushaltsentwürfe für 2010 lässt sich Folgendes feststellen:

- Das insgesamt erwartete ODA-Niveau für 2010 wird auf 107 Mrd. US-$ geschätzt (ausgedrückt in US-Dollar von 2004), was gegenüber dem Referenzniveau von 2004 einem Anstieg um 27 Mrd. US-$ entspricht, wobei sich das ODA/BNE-Verhältnis von 0,26% auf schätzungsweise 0,33% erhöht.

- Die Fehlbeträge in Höhe von 17 Mrd. US-$ (in US-Dollar von 2004) gegenüber den im Jahr 2005 eingegangenen wachstumsbereinigten politischen Verpflichtungen wirken sich besonders stark auf Afrika aus (Abb. 8.2).
- Die Erhebung von 2009 über die Ausgabenpläne der Geber (OECD, 2009f) bestätigt die Fehlbeträge. Sie deutet ferner darauf hin, dass zwischen 2008 und 2010 mit einem Anstieg der EZ-Leistungen um 11% zu rechnen ist, u.a. durch höhere Ausgaben einiger multilateraler Stellen.
- Ausgedrückt in Preisen von 2008 belaufen sich die ODA-Leistungen im Jahr 2010 Schätzungen zufolge auf 128 Mrd. US-$, was gegenüber 2008 einen Anstieg um nahezu 7 Mrd. US-$ darstellt (Tabelle 8.1).

Abbildung 8.2 **Netto-ODA der DAC-Mitglieder 1990-2008 und Simulationen des DAC-Sekretariats für den Zeitraum 2009-2010**



— die gestrichelte Linie gibt das in Gleneagles vorgesehene wachstumsbereinigte Szenario an.

..... die gepunktete Linie verweist auf Schätzungen, die auf den erfassten Zusagen oder den aktuellen Haushaltsplänen 2010 der DAC-Mitglieder basieren.

..... die gepunktete Linie für Afrika steht für eine Schätzung des Sekretariats der voraussichtlichen tatsächlichen Ausgaben.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/787622610583

Auch wenn sie teilweise hinter den eingegangenen Verpflichtungen zurückblieben, stiegen die ODA-Leistungen zwischen 2004 und 2008 in realer Rechnung doch um nahezu 30%, und zwischen 2004 und 2010 dürften sie real um rd. 35% zunehmen. Das ODA/BNE-Verhältnis stieg von 0,26% im Jahr 2004 auf 0,31% im Jahr 2008 und dürfte sich im Jahr 2010 weiter auf 0,33% erhöhen (Abb. 8.2). Der Anstieg zwischen 2004 und 2008 ist der höchste jemals verzeichnete Anstieg der ODA-Leistungen über einen solchen Zeitraum, selbst wenn die enormen Anstrengungen zur Schuldenerleichterung nicht berücksichtigt werden, die die Zahlen zu den ODA-Leistungen in den ersten Jahren des Betrachtungszeitraums in die Höhe getrieben haben. Die Zahlen für diesen Zeitraum umfassen eine starke Zunahme in realer Rechnung der ODA-Leistungen für Afghanistan (91%) und den Irak (84%); die volumenmäßige Zunahme für Afghanistan und den Irak belief sich zusammengenommen auf 5,6 Mrd. US-$ (in Preisen von 2004). Die ODA-Leistungen für Subsahara-Afrika stiegen in realer Rechnung um 24% und die Leistungen für Afrika insgesamt um 22%; unter Ausklammerung der Schuldenerleichterungen stiegen die ODA-Leistungen für diese Regionen um 41% bzw. 37%. Wenngleich einige Geber ihre EZ-Zusagen für Subsahara-Afrika eingehalten haben, wurde die ehrgeizige in Gleneagles eingegangene Verpflichtung, die ODA-Gesamtleistungen für Afrika um 25 Mrd. US-$ zu erhöhen, nicht erfüllt. Den Schätzungen zufolge beläuft sich die Gesamtzunahme für Afrika zwischen 2004 und 2010 auf 12 Mrd. US-$ (in Preisen von 2004).

Tabelle 8.1 **ODA-Nettovolumen der DAC-Mitglieder, 2008 und 2010, gemäß einer Simulation des OECD-DAC-Sekretariats**

In konstanten US-$ von 2008 (Mio.)

Bei den unten stehenden Daten handelt es sich nicht um Prognosen, sondern um Projektionen des Sekretariats auf der Basis der erfassten Zusagen oder der aktuellen Haushaltspläne für 2010 der Mitgliedsländer des OECD-Entwicklungsausschusses (DAC). Diese wurden durch die DAC-Erhebung 2009 *Survey on Donors' Forward Spending Plans* bestätigt. Die Eckdaten dieser Ankündigungen sind in der Spalte „Annahmen" enthalten. Zur Berechnung der ODA-Nettoleistungen und des ODA/BNE-Verhältnisses sind Projektionen des BNE für 2010 erforderlich. Für 2009 und 2010 stammen die Projektionen des realen Wachstums aus dem *OECD-Wirtschaftsausblick 85* (Juni 2009), Anhangstabelle 1, oder gehen auf neuere BNE-Schätzungen zurück, die von den Mitgliedern selbst zur Verfügung gestellt wurden. Die technischen Einzelheiten der Berechnungen wurden mit den jeweiligen nationalen Behörden erörtert, für die Methodik und die veröffentlichten Endergebnisse ist jedoch das DAC-Sekretariat verantwortlich.

Land	2008		Annahmen (Verhältnis ODA/BNE)	2010			
	Netto-ODA (Mio. US-$ von 2008)	ODA/BNE (in %)		Netto-ODA (Mio. US-$ von 2008)	ODA/BNE (in %)	Reale Veränderung der ODA gegenüber 2008	
						(Mio. US-$ von 2008)	In %
Belgien	2 386	0.48	0.7% in 2010	3 331	0.70	946	40
Dänemark[1]	2 803	0.82	0.83% in 2010	2 945	0.83	142	5
Deutschland[2]	13 981	0.38	0.4% in 2010	13 741	0.40	-240	-2
Finnland	1 166	0.44	0.55% in 2010	1 393	0.55	227	19
Frankreich[3]	10 908	0.39	0.46% in 2010	12 667	0.46	1 759	16
Griechenland[4]	703	0.21	0.21% in 2010	693	0.21	-10	-1
Irland	1 328	0.59	0.52% in 2010 und 0.7% in 2012	1 040	0.52	-288	-22
Italien[5]	4 861	0.22	0.20% in 2010	4 389	0.20	-471	-10
Luxemburg	415	0.97	1% in 2009 und in den Folgejahren	410	1.00	-5	-1
Niederlande	6 993	0.80	Mindestens 0.8%	6 652	0.80	-341	-5
Österreich[6]	1 714	0.43	0.37% in 2010	1 487	0.37	-226	-13
Portugal	620	0.27	0.34% in 2010	742	0.34	121	20
Schweden[7]	4 732	0.98	1%	4 706	1.03	-26	-1
Spanien	6 867	0.45	0.51% in 2010 und 0.7% in 2012	7 594	0.51	727	11
Ver. Königreich[8]	11 500	0.43	0.56% in 2010-11 und 0.7% in 2013	14 280	0.56	2 780	24
DAC-EU-Mitglieder, insg.	**70 974**	**0.43**		**76 068**	**0.47**	**5 093**	**7**
Australien[9]	2 954	0.32	Vgl. Anmerkung 9	3 272	0.35	318	11
Kanada[10]	4 785	0.32	Vgl. Anmerkung 10	4 835	0.33	50	1
Japan[11]	9 579	0.19	Vgl. Anmerkung 11	9 579	0.20	0	0
Neuseeland[12]	348	0.30	Vgl. Anmerkung 12	380	0.34	33	9
Norwegen	3 963	0.88	1% im Zeitraum 2006-2009	4 494	1.00	531	13
Schweiz[13]	2 038	0.42	Vgl. Anmerkung 13	2 195	0.47	157	8
Ver. Staaten[14]	26 842	0.19	Vgl. Anmerkung 14	27 647	0.20	805	3
DAC-Mitglieder, insg.	**121 483**	**0.31**		**128 471**	**0.34**	**6 988**	**6**

1. In den kommenden Jahren wird sich die dänische Regierung bemühen, das ODA-Volumen im Verhältnis zum BNE gegenüber dem derzeitigen Niveau von 0,8% zu erhöhen.
2. Bei dem ODA/BNE-Verhältnis von 0,4% im Jahr 2010 handelt es sich um eine reine Schätzung des Sekretariats. Die endgültigen Mittelzuweisungen für die Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 2010 müssen noch festgelegt werden.
3. Den Annahmen im Haushaltsentwurf für 2010 zufolge rechnet Frankreich damit, dass das ODA/BNE-Verhältnis im Jahr 2010 zwischen 0,44% und 0,48% liegen wird (auf der Grundlage eines geschätzten BNE im Jahr 2010 von 1 958 Mrd. Euro). Der tatsächliche Betrag wird vom Zeitplan der Schuldenerlasse für die Länder abhängen, die den Entscheidungspunkt im Rahmen der HIPC-Initiative erreichen. Auf der Basis von Frankreichs amtlicher Prognose unterstellt das Sekretariat für das Jahr 2010 ein ODA/BNE-Verhältnis von 0,46%.
4. Bei dem für 2010 angegebenen ODA/BNE-Verhältnis von 0,21% handelt es sich um eine reine Schätzung des Sekretariats. Genaue Zahlen bezüglich des ODA-Budgets für 2010 liegen noch nicht vor, da der Staatshaushalt jedes Jahr vom Parlament genehmigt werden muss, was Ende Dezember geschieht.
5. Die Zahlen wurden auf der Grundlage der aktuellen Gesetzgebung geschätzt. Das Haushaltsgesetz für 2010-2012 kann noch bis zu seiner endgültigen Verabschiedung geändert werden. Weitere Maßnahmen zur Erhöhung der ODA-Leistungen könnten auch im Kontext der Studie über die allmähliche Neuausrichtung der italienischen Entwicklungszusammenarbeit ergriffen werden, die derzeit im Gang ist. In Italiens aktuellen Haushaltsplänen wird das ODA-Volumen 2010 auf 3,043 Mrd. Euro beziffert, was einem ODA/BNE-Verhältnis von 0,20% entspricht.
6. In ihrem Programm von Dezember 2008 bekräftigte die österreichische Regierung erneut die Verpflichtung, das Ziel von 0,51% zu einem späteren Zeitpunkt zu erreichen. Die angegebenen Zahlen stammen aus dem aktuellen Dreijahresprogramm der Österreichischen Entwicklungspolitik.
7. Schwedens ODA-Nettoleistungen für 2010 dürften sich laut den aktuellen Haushaltsplänen auf 4 706 Mio. Euro belaufen. Dies entspricht einem ODA/BNE-Verhältnis von 1% auf der Grundlage der BNE-Prognose, die zum Zeitpunkt der Entscheidung vorlag. Auf der Grundlage der aktuellen BNE-Projektionen beziffert das Sekretariat das ODA/BNE-Verhältnis im Jahr 2010 auf 1,03%.
8. Bei dieser Simulation des Sekretariats für die ODA-Leistungen im Jahr 2010 wird das zuvor geschätzte ODA/BNE-Verhältnis für 2010 (0,56%) auf die aktuellen Projektionen des BNE des Vereinigten Königreichs für 2010 angewandt, ausgedrückt in Preisen und Wechselkursen von 2008.
9. Australien will seine ODA weiter aufstocken. Es hat seine Absicht bekundet, bis 2015/2016 ein ODA/BNE-Verhältnis von 0,5% zu erreichen, und 2009 kündigte die australische Regierung Zwischenziele von 0,34% für 2009/2010, 0,35% für 2010/2011, 0,37% für 2011/2012 und 0,40% für 2012/2013 an. Die hier angegebene Zahl ist inflationsbereinigt.
10. Kanada beabsichtigt, seine *International Assistance Envelope* (IAE) zwischen 2001 und 2010 in nominaler Rechnung zu verdoppeln. Schätzungen der kanadischen Behörden zufolge wird sich die ODA (die großenteils aus der IAE besteht) 2010 auf 5,1 Mrd. kan$ belaufen. Der hier angegebene ODA-Anteil wurde um die Inflation bereinigt und zu Wechselkursen von 2008 in US-$ umgerechnet.
11. Japan beabsichtigt, sein ODA-Volumen in den fünf Jahren 2005-2009 um insgesamt 10 Mrd. US-$ gegenüber 2004 aufzustocken. Japan ist aber derzeit nicht in der Lage, sein ODA-Volumen für 2009 oder 2010 zu beziffern. Das Sekretariat geht davon aus, dass die Zahlen für 2010 denen von 2008 entsprechen werden. Es wurde keine Inflationsbereinigung vorgenommen.
12. Neuseeland hat für 2012/2013 ein Zwischenziel von 600 Mio. NZ$ angekündigt. Den Schätzungen des Sekretariats zufolge wird das ODA/BNE-Verhältnis 2010 0,34% betragen.
13. Die Schweizer Bundesversammlung schlug der Bundesregierung im Dezember 2008 vor, das ODA-Volumen bis 2015 auf 0,5% des BNE anzuheben. Die Bereitstellung zusätzlicher Mittel zur Erfüllung dieses Ziels muss noch geprüft werden. Auf der Basis des aktuellen Finanzplans und der jüngsten zukunftsgerichteten Wirtschaftsdaten wird 2010 ein ODA/BNE-Verhältnis von 0,47% erreicht werden.
14. Die Vereinigten Staaten geben weder Prognosen für die projizierte ODA bekannt noch bestätigen sie derartige Prognosen. Bei den hier angegebenen Daten handelt es sich ausschließlich um Schätzungen des DAC-Sekretariats auf der Basis der ODA von 2004 zuzüglich nominal 5 Mrd. US-$ jährlich, um den auf dem G8-Gipfeltreffen von Gleneagles gemachten Zusagen, die eine Aufstockung der EZ-Leistungen für Subsahara-Afrika vorsehen, dem Millennium Challenge Account sowie Initiativen im Bereich HIV/AIDS, Malaria und humanitäre Hilfe Rechnung zu tragen.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/800503168627

Profile der einzelnen DAC-Mitglieder

Die nachstehenden Informationen wurden von den Ländern selbst als Antwort auf zwei vom DAC an sie gerichtete Fragen bereitgestellt:

1. Welche Reformen/Änderungen führt Ihr Land derzeit im institutionellen System oder bei den Arbeitsweisen durch, um die Verpflichtungen des Aktionsplans von Accra erfüllen zu können?
2. Welches sind die größten Herausforderungen, denen Sie sich bei der Umsetzung dieser Agenda auf politischer Ebene (z.B. bei der Überzeugung des Parlaments und/oder der Öffentlichkeit oder im Bezug auf das richtige Gleichgewicht zwischen der Sichtbarkeit Ihrer Anstrengungen und der Eigenverantwortung der Partnerländer) oder auf technischer Ebene (z.B. bei der Anpassung des Kompetenzspektrums der Mitarbeiter und der Reduzierung der Entfernung zwischen der Entscheidungsfindung und den Strukturen vor Ort) gegenübersehen?

Der Abschnitt beginnt mit einer Übersichtsabbildung, die Daten für alle DAC-Länder insgesamt zeigt. Die Profile der einzelnen DAC-Mitglieder sind in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt und umfassen Abbildungen zu den wichtigsten ODA-Daten für jedes Mitgliedsland. Die Angaben über die Netto-ODA in den Länderabbildungen (oben links) beziehen sich auf das Jahr 2008, während die übrigen Daten, soweit nicht anders angegeben, auf Durchschnittswerten des Zeitraums 2007-2008 beruhen. Fünf Kästen liefern detailliertere Informationen über die Mitglieder, die 2009 einer DAC-Länderprüfung unterzogen wurden (Kasten 8.1). Der Abschnitt endet mit einer Zusammenfassung der Ergebnisse der fünf Zwischenevaluierungen – von Dänemark, Finnland, Kanada, den Niederlanden und Spanien –, die ebenfalls 2009 durchgeführt wurden.

DAC-LÄNDER INSGESAMT

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2007-2008, wenn nicht anders angegeben

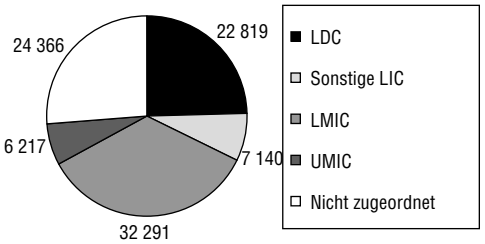
ODA, netto	2007	2008	Veränderung 2007/08
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	103 485	121 483	17.4%
Konst. Preise (2007, Mio. US-$)	103 485	115 632	11.7%
ODA/BNE	0.28%	0.31%	
Bilateraler Anteil	70%	71%	

Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)

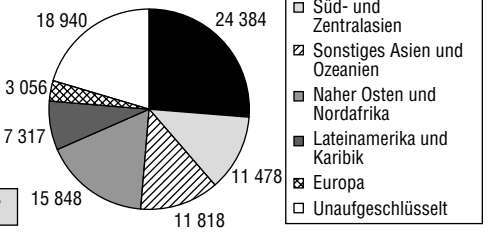
1 Irak	9 462
2 Afghanistan	3 475
3 China	2 601
4 Indonesien	2 543
5 Indien	2 263
6 Vietnam	1 745
7 Sudan	1 743
8 Tansania	1 603
9 Äthiopien	1 551
10 Kamerun	1 396
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	22%
10 Hauptempfänger	31%
20 Hauptempfänger	43%

Nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)

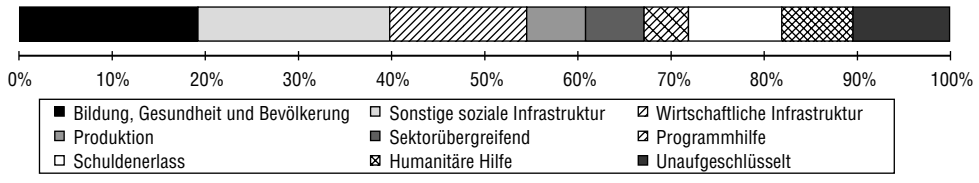
Im Uhrzeigersinn



Nach Region (Mio. US-$)



Nach Sektor



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/788147304272

Kasten 8.1 **Das Länderprüfungsverfahren**

Der DAC verlangt von allen seinen 23 Mitgliedern, dass sie ihre Entwicklungsprogramme gegenseitig im Rahmen eines einzigartigen Systems von Länderprüfungen („Peer Reviews“) evaluieren. Bei diesen Prüfungen werden die Politiken und Anstrengungen der einzelnen Mitglieder im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit untersucht. Jedes Mitglied wird ungefähr alle vier Jahre genau unter die Lupe genommen, und jährlich werden fünf oder sechs Programme geprüft. Die Länderprüfungen werden von einem Team vorbereitet, das sich aus Vertretern des DAC-Sekretariats und Vertretern von jeweils zwei DAC-Mitgliedsländern zusammensetzt, die als „Prüfer“ bestellt werden. Das zu prüfende Land unterbreitet ein Memorandum, in dem die wichtigsten Entwicklungen seiner Politiken und Programme dargelegt sind. Anschließend begeben sich die Vertreter des Sekretariats und die Prüfer in die Hauptstadt des Geberlandes, um Regierungsvertreter, Abgeordnete sowie Vertreter von Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen zu befragen und so aus erster Hand Informationen über aktuelle Fragen im Zusammenhang mit den EZ-Anstrengungen des betreffenden Mitglieds zu erhalten. Bei Besuchen vor Ort wird bewertet, wie die Mitglieder die wichtigsten Maßnahmen, Prinzipien und Anliegen des DAC umsetzen. Dabei werden auch die Aktivitäten in den Empfängerländern, insbesondere im Hinblick auf Armutsbekämpfung, Nachhaltigkeit, Geschlechtergleichstellung und sonstige Aspekte der partizipativen Entwicklung, sowie die EZ-Koordinierung auf lokaler Ebene geprüft. Das Sekretariat bereitet dann einen Berichtsentwurf über die Entwicklungszusammenarbeit des Mitglieds vor, der die Grundlage für eine am Sitz der OECD stattfindende DAC-Prüfungstagung bildet. Bei diesem Treffen beantworten hochrangige Regierungsvertreter aus dem geprüften Mitgliedsland die Fragen der Ausschussmitglieder.

Australien

Australiens ODA belief sich 2008 netto auf 2,95 Mrd. US-$, was in realer Rechnung einem Anstieg um 6,2% gegenüber 2007 entspricht. Dieser Anstieg spiegelt eine allgemeine Zunahme der australischen Entwicklungszusammenarbeit wider. Das ODA/BNE-Verhältnis blieb bei 0,32% stabil.

Reform zur Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

In einer Erklärung zur australischen internationalen EZ-Politik wird die Bedeutung der EZ-Wirksamkeit für die Schaffung tatsächlicher Verbesserungen in den Lebensverhältnissen der Menschen anerkannt. Im August 2009 billigten die Teilnehmer am Pacific Island Forum unter australischem Vorsitz den Cairns Compact on Strengthening Development Coordination in the Pacific. Mit diesem Pakt sollen durch verbesserte Koordinierung unter allen Entwicklungspartnern im Pazifikraum raschere Fortschritte hinsichtlich der Millenniumsentwicklungsziele erreicht werden. Australien ist inzwischen acht Pacific Partnerships for Development eingegangen, um die gegenseitige ergebnisbezogene Rechenschaftspflicht zu erhöhen und eine von den Partnerländern verantwortete Entwicklung zu fördern. Dort, wo die Staatssysteme stark sind und Verfahren zur Rechenschaftslegung vorhanden sind, hat Australien in Zusammenarbeit mit anderen Gebern gute Fortschritte bei der Ausrichtung an und Harmonisierung seiner Programme mit den Entwicklungszielen der Partnerländer erzielt. So hat Australien beispielsweise im Jahr 2009 in Vietnam etwa 50% seiner bilateralen Entwicklungszusammenarbeit über programmorientierte Ansätze bereitgestellt (und dabei Vietnams eigenes Verwaltungssystem genutzt). AusAid entwickelt derzeit einen Rahmen der operationellen Politik und des operationellen Managements für ein wirksames und verstärktes EZ-Programm im Einklang mit dem Aktionsplan von Accra (AAA).

Herausforderungen bei der Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

- **Arbeit in fragilen Staaten.** Ein großer Anteil der australischen EZ ist für fragile Staaten oder kleine Inselstaaten bestimmt, wo schwache staatliche Kapazitäten ein wesentliches Hindernis für den Fortschritt darstellen. Australien entwickelt ein Verständnis für die Stärken und Einschränkungen der Partnerländer, die sich um Überwindung von Fragilität und Konflikten bemühen, und passt die Umsetzung seines EZ-Programms als Basis einer reaktiven und wirksamen EZ-Erbringung entsprechend an. Australien wendet auch die Principles for Good International Engagement in Fragile States (Grundsätze für ein zweckmäßiges internationales Engagement in fragilen Staaten) (OECD, 2007) des DAC an, wenn es relevante Länderstrategien und Partnerschaften entwickelt und überarbeitet, über jährliche Ergebnisse berichtet und Entwicklungsprogramme erarbeitet und überprüft.

AUSTRALIEN

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2007-2008, wenn nicht anders angegeben

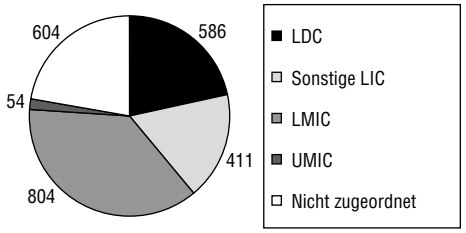
ODA, netto	2007	2008	Veränderung 2007/08
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	2 669	2 954	10.7%
Konst. Preise (2007, Mio. US-$)	2 669	2 834	6.2%
Australische Dollar (Mio.)	3 189	3 583	12.3%
ODA/BNE	0.32%	0.32%	
Bilateraler Anteil	85%	90%	

Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)

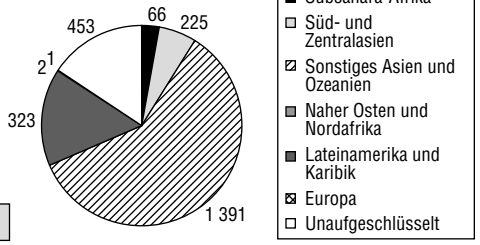
1 Indonesien	330
2 Papua-Neuguinea	301
3 Irak	285
4 Salomonen	194
5 Afghanistan	94
6 Timor-Leste	79
7 Philippinen	71
8 Vietnam	71
9 Bangladesch	40
10 China	39
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	49%
10 Hauptempfänger	61%
20 Hauptempfänger	70%

Nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)

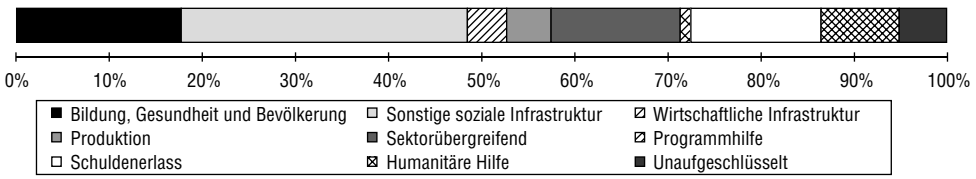
Im Uhrzeigersinn



Nach Region (Mio. US-$)



Nach Sektor



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/787622870476

Belgien

Belgiens ODA belief sich 2008 netto auf 2,39 Mrd. US-$, was in realer Rechnung einem Anstieg um 13,7% gegenüber 2007 entspricht. Dies war hauptsächlich durch die allgemeine Aufstockung seiner EZ-Leistungen bedingt. Das ODA/BNE-Verhältnis erhöhte sich von 0,43% im Jahr 2007 auf 0,48% in 2008.

Reform zur Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

Belgien wird die Prüfung von Ländersystemen zur Pflicht erheben (wie es eine Länderevaluierung des Programmierungsprozesses für indikative Kooperationsprogramme empfohlen hat), und Ländersysteme werden zur bevorzugten Vorgehensweise. Falls die Ländersysteme die erforderlichen Richtwerte nicht erfüllen, wird Belgien Maßnahmen zu deren Verbesserung ergreifen. Es entwickelt derzeit ein Handbuch zur Begleitung seiner neuen Konzentration auf Ländersysteme. Bis zu 50% der Mittelzuweisungen können nun über Budgethilfe bereitgestellt werden. Allgemeine Budgethilfe wird durch die Europäische Union oder die Weltbank geleistet. Querschnittsaufgaben werden auf allen Stufen des indikativen Kooperationsprogrammzyklus in prioritäre Sektoren integriert.

Zersplitterung und unvorhersehbare Entwicklungszusammenarbeit werden dank einer Strategie, die Interventionen auf zwei Sektoren einschränkt, vermieden (dies betrifft inzwischen über die Hälfte der bilateralen Programme). Dies sichert auch langfristiges Engagement – über mindestens 12 Jahre. Zur Verbesserung der Vorhersehbarkeit sind indikative Kooperationsprogramme mit vierjähriger Laufzeit und Vorfinanzierung („frontloading" – die Allokation von ODA-Leistungen mit mehreren Jahren Vorlauf) inzwischen die Regel. Seit dem Jahr 2008 verwendet Belgien eine ergebnisorientierte Planungsmatrix zur Ausrichtung seiner Programme auf die Entwicklungsziele der Partnerländer. Die Generaldirektion Entwicklungszusammenarbeit hat ein Netzwerk geschaffen, um ein ergebnisorientiertes Management bei Mitarbeitertraining, Programmgestaltung auf Länderebene und Kooperation mit NRO und multilateralen Institutionen zu stärken. Die Generaldirektion hat die belgischen Organisationen der Zivilgesellschaft konsultiert und sich mit ihnen darauf geeinigt, wie sie die Grundsätze der Paris-Erklärung und der AAA anwenden werden.

Herausforderungen bei der Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

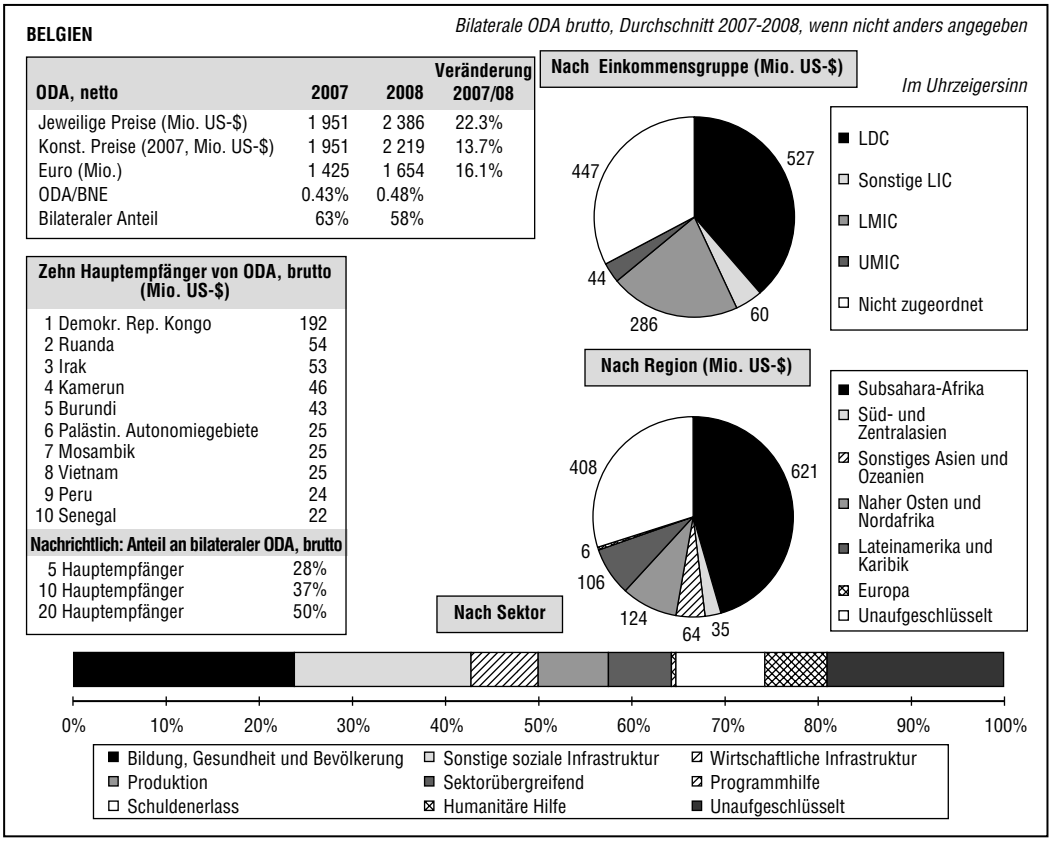
- Arbeit in fragilen Staaten. Ein großer Anteil der Partner Belgiens sind fragile Staaten. Dies macht die Umsetzung der AAA zu einer besonderen Herausforderung. Parlament und Öffentlichkeit sind unter solchen Bedingungen wenig zur systematischen Nutzung von Ländersystemen (insbesondere Budgethilfe) geneigt. So trägt Belgien aktiv zur Begleitung der Principles for Good International Engagement in Fragile States and Situations (Grundsätze für ein zweckmäßiges internationales Engagement in fragilen Staaten und Situationen) bei und hat ein internes Netzwerk zum Thema Fragilität aufgebaut.
- Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft. Zu den weiteren Herausforderungen gehören: *a)* die Umsetzung der Vereinbarung mit den belgischen Organisationen der Zivilgesellschaft zur Anwendung der Grundsätze der Paris-Erklärung in Form von Veränderungen bei den Programmierungs- und Finanzierungspraktiken und *b)* die Beteiligung der Organisationen der Zivilgesellschaft an den Politikmaßnahmen.

BELGIEN

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2007-2008, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2007	2008	Veränderung 2007/08
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	1 951	2 386	22.3%
Konst. Preise (2007, Mio. US-$)	1 951	2 219	13.7%
Euro (Mio.)	1 425	1 654	16.1%
ODA/BNE	0.43%	0.48%	
Bilateraler Anteil	63%	58%	

Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Demokr. Rep. Kongo	192
2 Ruanda	54
3 Irak	53
4 Kamerun	46
5 Burundi	43
6 Palästin. Autonomiegebiete	25
7 Mosambik	25
8 Vietnam	25
9 Peru	24
10 Senegal	22
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	28%
10 Hauptempfänger	37%
20 Hauptempfänger	50%



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/787662445244

Dänemark

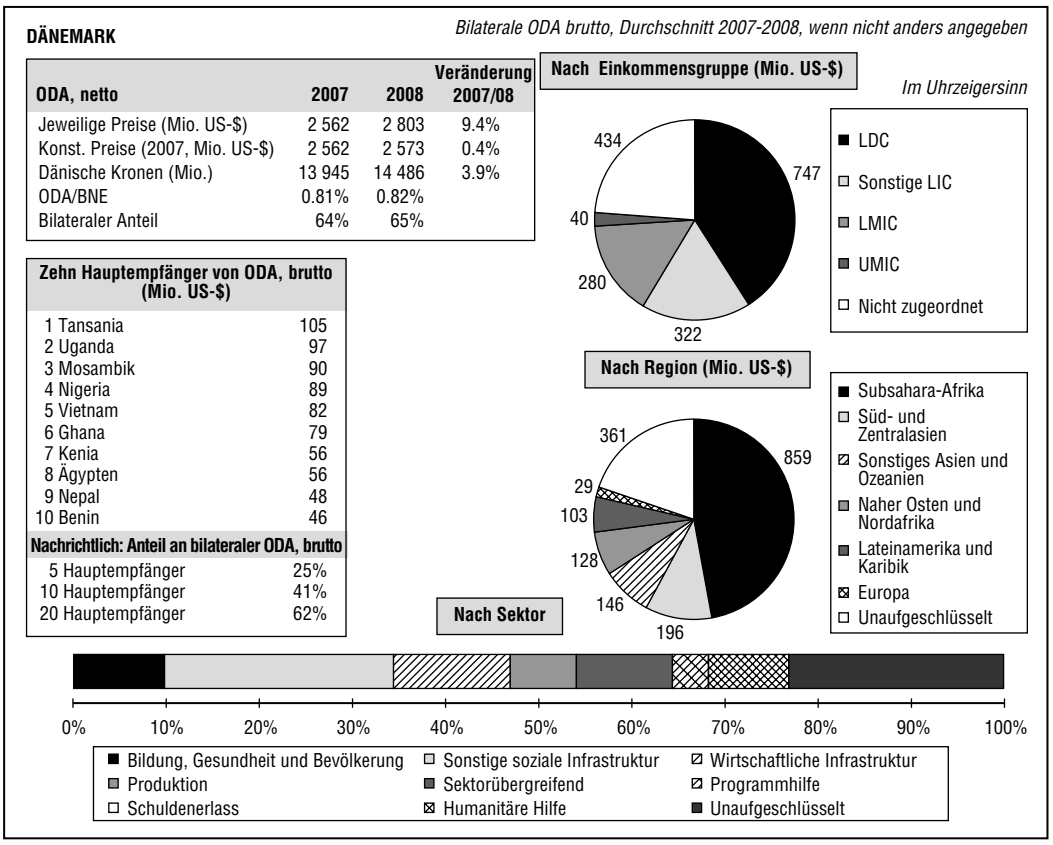
Dänemarks ODA belief sich 2008 netto auf 2,8 Mrd. US-$, was einer Zunahme in realer Rechnung um 0,4% gegenüber 2007 entspricht. Das ODA/BNE-Verhältnis erhöhte sich von 0,81% im Jahr 2007 auf 0,82% im Jahr 2008.

Reform zur Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

Dänemark überprüft gegenwärtig seine EZ-Politik, um sie mit den Grundsätzen der Paris-Erklärung und dem Aktionsplan von Accra in Einklang zu bringen. Es arbeitet auch daran, die Aufgeschlossenheit und das Wissen in Bezug auf die dänische Entwicklungszusammenarbeit zu verbessern. Dänemark hat sichergestellt, dass der Rahmen des Landes für die EZ-Abwicklung sowie die technischen Leitlinien für die Entwicklungszusammenarbeit dem Aktionsplan von Accra vollständig entsprechen. Die EZ-Verwaltung in Dänemark ist stark dezentralisiert, was die Förderung der Eigenverantwortung der Partnerländer und die Unterstützung von Partnerschaften auf Länderebene erleichtert. Um die Ländersysteme soweit wie irgend möglich zu nutzen, hat Dänemark die sektorspezifische Budgethilfe zur wichtigsten Erbringungsform für seine EZ-Leistungen gemacht. Bei der Vorbereitung von Programmen ist das erreichbare Höchstmaß der Nutzung der Ländersysteme anzustreben; sind die Programme nicht an den Systemen der Partnerländer ausgerichtet, sind genaue Gründe für diesen Umstand anzugeben. Wo die Nutzung der Ländersysteme unmöglich ist, werden zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen und -maßnahmen getroffen, die die Systeme und Verfahren der Länder stärken, statt sie zu schwächen. In seiner bilateralen Entwicklungszusammenarbeit wird Dänemark die Nutzung der Ländersysteme zur ersten Option machen, gründlichere Beurteilungen der Nutzung der Ländersysteme durchführen und das Augenmerk stärker auf die Eigenverantwortung der Partnerländer, Partnerausrichtung und Harmonisierung legen.

Herausforderungen bei der Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

- Sicherstellung von Verfahren zur Arbeitsteilung und anderen Mechanismen zur Harmonisierung der Entwicklungszusammenarbeit, die vollständig von den Partnerländern verantwortet werden.
- Maximierung der Nutzung der Ländersysteme auf der Grundlage gemeinsam vereinbarter und transparenter Beurteilungen der Kapazitäten, Verfahren und Risiken.
- Entwicklung von Mechanismen für gegenseitige Rechenschaftspflicht.



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/787672767142

Deutschland

2008 belief sich die Netto-ODA Deutschlands auf 13,98 Mrd. US-$, was einer Zunahme in realer Rechnung um 6,3% gegenüber dem Vorjahr entsprach. Der Anstieg war überwiegend durch eine Erhöhung der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit und höhere Beiträge an die Europäische Kommission bedingt. Der Anteil der ODA am BNE stieg von 0,37% im Jahr 2007 auf 0,38% im Jahr 2008.

Reform zur Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

Die deutsche Reformagenda, ursprünglich im Jahr 2005 durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) verabschiedet, wurde im März 2009 durch den Operationsplan zur Umsetzung des Aktionsplans von Accra aktualisiert. Dies wird sicherstellen, dass die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in Bereichen wie öffentliche Finanzverwaltung, Beschaffungswesen, Monitoring und Evaluierung systematischer die Strukturen und Verfahren der Partnerländer nutzt. Deutschland wird die Politikplanung der Partnerländer erleichtern, indem es rechtzeitige Informationen zum Umfang und zur Form seiner Entwicklungszusammenarbeit liefert. Deutschland gehört zu den Unterzeichnern der Internationalen Geber-Transparenz-Initiative (IATI), die auf dem Hochrangigen Forum von Accra ins Leben gerufen wurde und die Bedeutung sowohl nationaler als auch gegenseitiger Rechenschaftsmechanismen unterstreicht.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit wird in Zusammenarbeit mit anderen Gebern innerhalb der bestehenden Strategien Reformen zur Friedensförderung und zum Aufbau staatlicher Strukturen unterstützen. Sie wird ihren Dialog mit nichttraditionellen Gebern zur Umsetzung des Aktionsplans von Accra vertiefen. Zusätzliche Dreiecks- und Süd-Süd-Zusammenarbeit wird die Bandbreite vielversprechender Ansätze für nachhaltige Entwicklung erweitern. Der deutsche Reformprozess wird durch Anreize auf allen Ebenen des EZ-Systems und durch regelmäßiges Monitoring des Aktionsplans gefördert. Deutschland wird auch weiter zur Förderung der im Aktionsplan von Accra vorgesehenen Maßnahmen zur Verbesserung der Komplementarität und Arbeitsteilung beitragen.

Herausforderungen bei der Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

- Die Förderung einer einheitlichen Antwort aller Bundesministerien und Durchführungsorganisationen auf den Aktionsplan von Accra stellt für das BMZ eine besondere Herausforderung dar. Der Operationsplan zur Umsetzung des Aktionsplans von Accra beschreibt eine Reihe von Ansätzen, um das Verständnis der Agenda zur Steigerung der EZ-Wirksamkeit unter diesen verschiedenen Akteuren zu verbessern und deren volles Engagement bei seiner Implementierung zu sichern.

DEUTSCHLAND

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2007-2008, wenn nicht anders angegeben

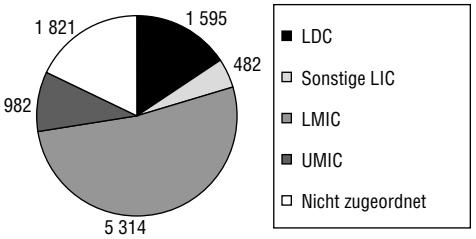
ODA, netto	2007	2008	Veränderung 2007/08
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	12 291	13 981	13.8%
Konst. Preise (2007, Mio. US-$)	12 291	13 060	6.3%
Euro (Mio.)	8 978	9 693	8.0%
ODA/BNE	0.37%	0.38%	
Bilateraler Anteil	65%	65%	

Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)

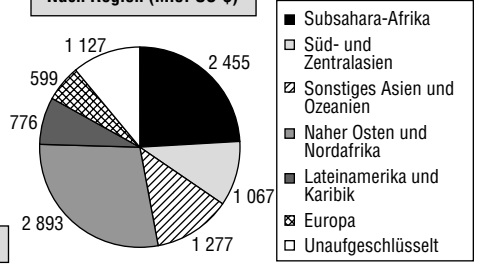
1 Irak	1 975
2 Kamerun	669
3 China	552
4 Indien	289
5 Afghanistan	256
6 Indonesien	246
7 Liberia	234
8 Botsuana	221
9 Ägypten	207
10 Marokko	177
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	37%
10 Hauptempfänger	47%
20 Hauptempfänger	57%

Nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)

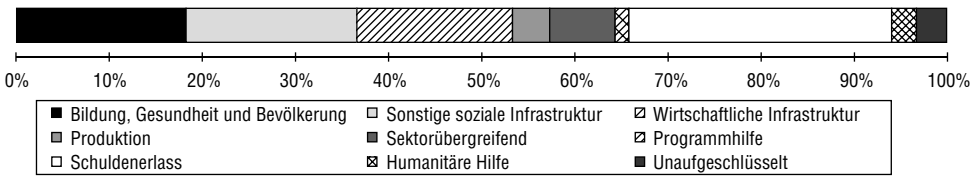
Im Uhrzeigersinn



Nach Region (Mio. US-$)



Nach Sektor



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/787735576807

Europäische Kommission

2008 belief sich die Netto-ODA der Europäischen Kommission auf 14,76 Mrd. US-$, was einem Anstieg um 17,5% in realer Rechnung gegenüber 2007 entspricht.

Reform zur Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

Die Europäische Kommission hat inzwischen eine Gesamtstrategie zur Umsetzung des Aktionsplans von Accra entwickelt, die den Schwerpunkt auf Aspekte wie Nutzung der Systeme und Verfahren der Partnerländer, Arbeitsteilung, Aufhebung der Lieferbindung, Konditionalität, Vorhersehbarkeit sowie Transparenz legt. Um die Umsetzung des Aktionsplans von Accra in den Hauptverwaltungen und Delegationen der Europäischen Kommission in 46 Ländern zu fördern, sind zwei Netzwerke zur Steigerung der EZ-Wirksamkeit eingerichtet worden. Die Delegationen erhielten Orientierungshilfen für die Umsetzung der Maßnahmen zur Steigerung der EZ-Wirksamkeit, insbesondere hinsichtlich der Nutzung der Systeme und Verfahren der Partnerländer mit Hilfe anderer Modalitäten der Entwicklungszusammenarbeit als der Budgethilfe. Die Europäische Kommission hat in allen ihren Dienststellen das Bewusstsein für die Frage der EZ-Wirksamkeit geschärft und arbeitet derzeit ein Schulungsprogramm im Blick auf EZ-Wirksamkeit aus.

Die Europäische Kommission hat im Jahr 2000 mit der Übertragung von EZ-Aktivitäten an ihre Delegationen in 104 Ländern in allen Erdteilen begonnen. Dieser Reformprozess hat die EZ-Abwicklung erheblich verbessert. Die Erbringung der EZ-Leistungen seitens der Europäischen Kommission ist durch die Reduzierung der Zahl der Finanzierungsinstrumente im Bereich der Auslandshilfe von 35 auf 10 erheblich vereinfacht worden. Mit der Prüfung der EZ-Instrumente der Europäischen Kommission durch das Europäische Parlament wurde die Rechenschaftspflicht im Bereich der Auslandshilfe zudem erhöht. Auch in Bezug auf die Art der Aktionen, Leistungsempfänger und Finanzierung herrscht nun größere Flexibilität.

Die Europäische Kommission hat ein internes Informationssystem eingerichtet, um die Fortschritte zu untersuchen, die in den Länderdelegationen im Bereich der EZ-Effizienz im Jahresverlauf erzielt werden, auch im Hinblick auf die Nutzung der Systeme und Verfahren der Partnerländer im Vergleich zur Einrichtung paralleler Umsetzungsstrukturen. Zugleich setzt sich die Europäische Kommission für ein gemeinsames Konzept zur Umsetzung des Aktionsplans von Accra unter den Mitgliedsländern innerhalb eines operationellen Rahmens ein, der sich zunächst auf die Arbeitsteilung, Nutzung der Systeme und Verfahren der Partnerländer sowie die Technische Zusammenarbeit konzentrieren soll. Die Europäische Union hat die AKP-Staaten aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass das geänderte Cotonou-Abkommen klare Verweise auf die EZ-Wirksamkeit enthält.

Herausforderungen bei der Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

- Der bestehende (bis 2013 gültige) langfristige Finanzierungsrahmen lässt sich nur schwer durchgreifend ändern. Allerdings gewährleisten regelmäßige Evaluierungen und Überprüfungen, dass die EZ-Leistungen den Bedürfnissen und Kapazitäten der Partnerländer gerecht werden.
- Umständliche Bestimmungen/Verfahren könnten die Nutzung der Systeme der Partnerländer und die Zusammenarbeit erschweren. Bevor beispielsweise Finanzierungsmittel für die Umsetzung von Maßnahmen durch ein anderes Geber- oder Partnerland bereitgestellt werden, muss die Europäische Kommission ein Audit der Finanzsysteme dieser Länder vornehmen. Zur Vereinfachung der Verfahren bedarf es eines entsprechenden EU-Ratsbeschlusses.
- Die Steigerung der EZ-Wirksamkeit wird häufig als eine „Zusatzaufgabe" betrachtet, die nicht zu den Alltagsaufgaben zählt. Sie kann sogar als zusätzliche Belastung empfunden werden. Die Veränderung der Organisationskultur und Förderung von Anreizen zur Steigerung der Wirksamkeit stellen nach wie vor eine große Herausforderung dar.

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2007-2008, wenn nicht anders angegeben

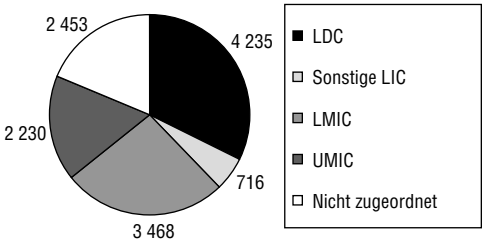
ODA, netto	2007	2008	Veränderung 2007/08
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	11 634	14 757	26.8%
Konst. Preise (2007, Mio. US-$)	11 634	13 670	17.5%
Euro (Mio.)	8 499	10 231	20.4%

Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)

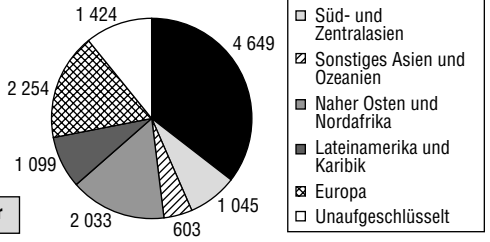
1 Türkei	961
2 Palästin. Autonomiegebiete	602
3 Äthiopien	419
4 Marokko	402
5 Serbien	332
6 Afghanistan	328
7 Sudan	266
8 Ägypten	229
9 Kroatien	219
10 Uganda	210
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	21%
10 Hauptempfänger	30%
20 Hauptempfänger	44%

Nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)

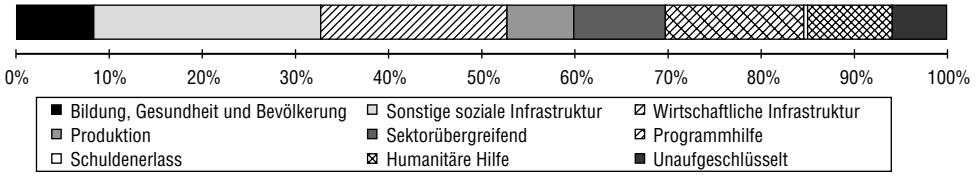
Im Uhrzeigersinn



Nach Region (Mio. US-$)



Nach Sektor



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/788156262446

Finnland

2008 belief sich die Netto-ODA Finnlands auf 1,17 Mrd. US-$, was einer Zunahme in realer Rechnung um 9,2% gegenüber dem Vorjahr entsprach. Zurückzuführen war dieser Anstieg auf die allgemeine Aufstockung der finnischen EZ-Leistungen. Das ODA/BNE-Verhältnis stieg zwischen 2007 und 2008 von 0,39% auf 0,44%.

Reform zur Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

Im Jahr 2009 beendete Finnland eine Analyse des ihm gewidmeten Abschnitts der DAC-Erhebung von 2008 über das Monitoring der Paris-Erklärung (OECD, 2008a). Diese wird gerade von der interministeriellen Arbeitsgruppe EZ-Wirksamkeit des Außenministeriums überprüft, die Empfehlungen zur Steigerung der Effizienz und Zusammenarbeit im Bereich der EZ-Leistungen formulieren wird. Finnland hat neue Workshops eingerichtet, um den Länderteams und Beratern für EZ-Wirksamkeit praktische Lösungen für die Anwendung der Grundsätze der Paris-Erklärung und des Aktionsplans von Accra in Projekten und Programmen an die Hand geben zu können. Ziel ist es, die Politikkonzepte und konkreten Bemühungen um die Steigerung der EZ-Wirksamkeit bei der Umsetzung stärker miteinander zu verknüpfen. Finnland überprüft derzeit seine Leitsätze für die Programmgestaltung und -umsetzung ebenso wie seine Modelle und Aufgabenbeschreibungen für die Projektplanung und -evaluierung. Die Einhaltung der Verpflichtungen zur Steigerung der EZ-Wirksamkeit wird während des gesamten Programmzyklus im Mittelpunkt stehen. Finnland hat im Jahresverlauf 2009 ferner die Mitarbeiterschulungen verstärkt, um zu gewährleisten, dass alle Mitarbeiter die Grundsätze zur Steigerung der EZ-Wirksamkeit verinnerlichen und über die notwendigen Instrumente verfügen, um diese in ihrer Arbeit anzuwenden. Schließlich werden ab 2010 Pilotabkommen mit dem Ziel geschlossen, den Botschaften mehr Verantwortung im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zu übertragen.

Herausforderungen bei der Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

- Der Einsatz gemeinsamer Verfahren zur Planung, Evaluierung und Berichterstattung stellt für die Mitarbeiter des Außenministeriums eine zunehmende bürokratische Belastung dar.
- Es fehlt an Orientierungshilfen bei Entscheidungen zur Nutzung der Systeme und Verfahren der Partnerländer ebenso wie an einem gemeinsamen Geberkonzept für die Evaluierung der Systeme und Verfahren der Partnerländer sowie den Austausch der erzielten Ergebnisse.
- Alles in allem ist die Übernahme von Eigenverantwortung durch die Partnerländer eine Grundvoraussetzung für die Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit. So würde z.B. eine erfolgreiche Umstrukturierung mit dem Ziel verstärkter Aufgabenteilung unter den Gebern auf Länderebene in vielen Fällen voraussetzen, dass die Regierungen der Partnerländer eine stärkere Führungsrolle übernehmen.

FINNLAND

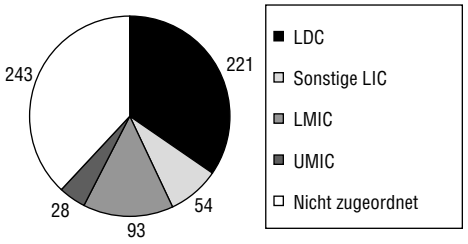
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2007-2008, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2007	2008	Veränderung 2007/08
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	981	1 166	18.8%
Konst. Preise (2007, Mio. US-$)	981	1 072	9.2%
Euro (Mio.)	717	808	12.7%
ODA/BNE	0.39%	0.44%	
Bilateraler Anteil	60%	59%	

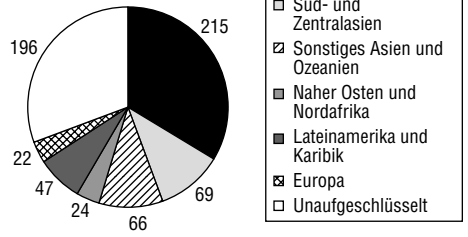
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Tansania	40
2 Mosambik	37
3 Vietnam	28
4 Afghanistan	23
5 Nicaragua	21
6 Sambia	19
7 Kenia	15
8 Nepal	15
9 Äthiopien	13
10 Somalia	13
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	23%
10 Hauptempfänger	35%
20 Hauptempfänger	48%

Nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)

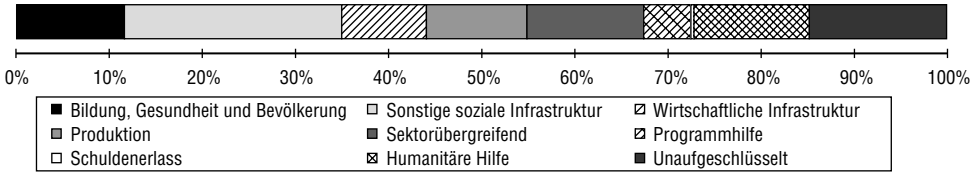
Im Uhrzeigersinn



Nach Region (Mio. US-$)



Nach Sektor



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/787718774015

Frankreich

Frankreichs ODA belief sich 2008 netto auf 10,91 Mrd. US-$, was einer Zunahme in realer Rechnung um 2,4% gegenüber 2007 entspricht. Das ODA/BNE-Verhältnis erhöhte sich von 0,38% im Jahr 2007 auf 0,39% im Jahr 2008.

Reform zur Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

Am 5. Juni 2009 gab der Interministerielle Ausschuss für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung (CICID) eine Reihe von Empfehlungen zur Umsetzung der Verpflichtungen der französischen Entwicklungszusammenarbeit zur Steigerung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit ab. So wird er z.B. die sektorspezifische und die geografische Konzentration der französischen Entwicklungszusammenarbeit verbessern, wobei letzteres durch die Unterscheidung zwischen vier Ländergruppen auf Grund der Partnerschaftsformen und der Interventionsmethoden herbeigeführt werden soll. Er wird ferner eine bessere Arbeitsteilung durch Möglichkeiten der delegierten Zusammenarbeit mit den EU-Partnern Frankreichs verfolgen. Darüber hinaus empfiehlt er, dass Frankreich sich an der Internationalen Geber-Transparenz-Initiative (International Aid Transparency Initiative – IATI) beteiligt. Und schließlich wird der französische Aktionsplan zur Steigerung der EZ-Wirksamkeit aktualisiert, um den Verpflichtungen von Accra sowie den auf europäischer Ebene eingegangenen Zusagen Rechnung zu tragen (Annahme des EU-Verhaltenskodex für die Arbeitsteilung unter den Gebern im Mai 2007). Drei regionale Konferenzen im Jahr 2009 werden zur Klärung der Prioritäten beitragen, um die EZ-Wirksamkeit durch Aufgreifen der Erfahrungen der Beteiligten in den Partnerländern (in Afrika und Asien) zu verbessern. Das 2008 angenommene und für den Zeitraum 2009-2011 geltende Gesetz über die mehrjährige Finanzplanung enthält Bestimmungen zur Verbesserung der mittelfristigen Vorhersehbarkeit der französischen Initiativen.

Herausforderungen bei der Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

- Gewährleistung der Rechenschaftspflicht über die EZ-Aktivitäten gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit. Der CICID hat die Erstellung von Indikatoren sowie einer jährlichen Monitoring-Tabelle beschlossen, um die Ressourcen und die entwicklungspolitischen Wirkungen der französischen EZ-Leistungen wirksamer zu messen. Frankreich beteiligt sich an der Messung der Leistung der multilateralen Organisationen, auf die 2008 41% der französischen ODA-Nettoleistungen entfielen. Es beteiligt sich ferner am Netzwerk zur Bewertung der Leistungsfähigkeit Multilateraler Organisationen. Darüber hinaus arbeitet Frankreich derzeit einen Plan für die öffentliche Kommunikation aus und konzipiert Initiativen zur Förderung einer stärkeren Beteiligung der Zivilgesellschaft. Schließlich beabsichtigt das Land, eine Strategie zum Kapazitätsaufbau zu formalisieren.

FRANKREICH

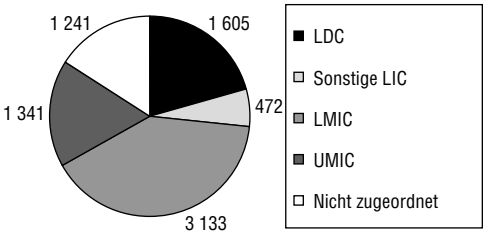
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2007-2008, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2007	2008	Veränderung 2007/08
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	9 884	10 908	10.4%
Konst. Preise (2007, Mio. US-$)	9 884	10 122	2.4%
Euro (Mio.)	7 220	7 562	4.7%
ODA/BNE	0.38%	0.39%	
Bilateraler Anteil	63%	59%	

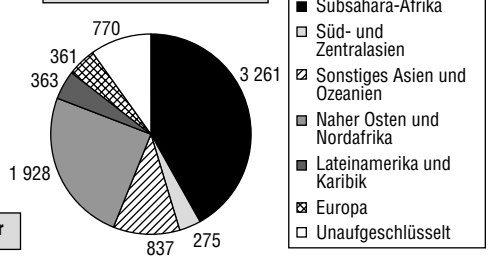
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Irak	537
2 Kamerun	500
3 Mayotte	445
4 Marokko	369
5 Tunesien	240
6 China	236
7 Türkei	235
8 Rep. Kongo	216
9 Senegal	211
10 Libanon	209
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	27%
10 Hauptempfänger	41%
20 Hauptempfänger	60%

Nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)

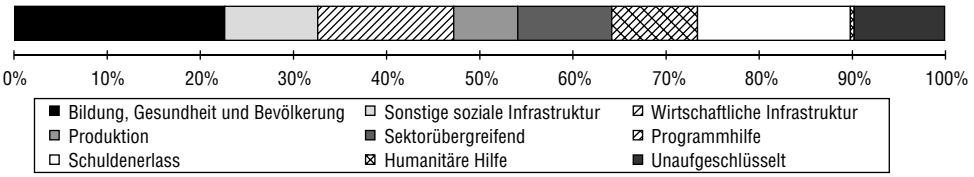
Im Uhrzeigersinn



Nach Region (Mio. US-$)



Nach Sektor



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/787723082466

Griechenland

2008 belief sich die Netto-ODA Griechenlands auf 703 Mio. US-$, was in realer Rechnung einem Anstieg von 28,8% gegenüber 2007 entsprach. Die Zunahme war z.T. durch die Erhöhung der Beiträge an die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) der Weltbank bedingt. Der BNE-Anteil vergrößerte sich zwischen 2007 und 2008 von 0,16% auf 0,21%.

Reform zur Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

Griechenland trifft in allen Bereichen seiner EZ-Politik Maßnahmen zur Umsetzung des Aktionsplans von Accra. Seine zu 100% auf Zuschüssen basierende EZ-Politik schließt die Möglichkeit aus, Auszahlungen an Bedingungen zu knüpfen, gewährleistet, dass Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption wirksam sind, und verlangt ausdrücklich, dass alle Programme mit den international festgelegten Verpflichtungen im Hinblick auf Geschlechtergleichstellung, Achtung der Menschenrechte und ökologische Nachhaltigkeit vereinbar sein müssen. Um die Eigenverantwortung der Partnerländer zu stärken, sind zudem alle Programme – einschließlich der Programme für den Kapazitätsaufbau – bedarfsorientiert. Griechenland hat die Anwendung der DAC-Empfehlungen von 2001 über die Aufhebung der Lieferbindung auch auf nicht zu den HIPC-Ländern zählende LDC ausgedehnt (OECD, 2008b) und trägt sich mit dem Gedanken, den Kreis der Länder, auf die die Empfehlungen anwendbar sind, noch mehr zu vergrößern. Die Systeme der Partnerländer werden genutzt, z.B. im Rahmen des Wiederaufbauprogramms in Sri Lanka und des Griechischen Plans für den wirtschaftlichen Wiederaufbau in den Balkanländern. Griechenland hat mehr Möglichkeiten für Partnerschaften mit anderen bilateralen und multilateralen Gebern geschaffen und befolgt stets den Grundsatz der Partnerausrichtung. Seit 2008 hat Griechenland seine Leistungen an die afrikanischen Länder südlich der Sahara und Länder in fragilen Situationen um 50% erhöht. Um Transparenz zu gewährleisten, wird dem Parlament und dem DAC ein umfassender Jahresbericht vorgelegt, und es wird rechtzeitig einwandfreies Datenmaterial zur Verfügung gestellt.

Herausforderungen bei der Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

- Gewährleistung eines stärkeren Engagements der diplomatischen Vertretungen bei der Entwicklungszusammenarbeit trotz des zentralisierten griechischen EZ-Systems.
- Ermittlung der Faktoren, die sich im Hinblick auf einen stärkeren Rückgriff auf die Systeme der Partnerländer nach wie vor als Hindernisse erweisen. Um dies zu erreichen, plant Griechenland dem Beschaffungswesen und Audit-Verfahren Priorität einzuräumen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um diese Hindernisse zu überwinden.

GRIECHENLAND

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2007-2008, wenn nicht anders angegeben

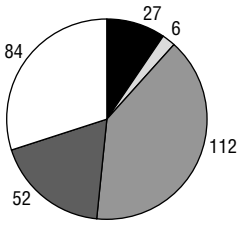
ODA, netto	2007	2008	Veränderung 2007/08
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	501	703	40.4%
Konst. Preise (2007, Mio. US-$)	501	645	28.8%
Euro (Mio.)	366	488	33.3%
ODA/BNE	0.16%	0.21%	
Bilateraler Anteil	50%	44%	

Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)

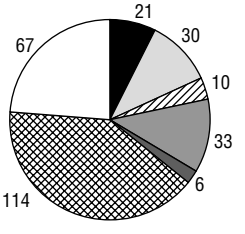
1 Albanien	51
2 Serbien	36
3 Afghanistan	14
4 Bosnien und Herzegowina	10
5 Ägypten	10
6 Türkei	6
7 Palästin. Autonomiegebiete	5
8 Syrien	4
9 Libanon	4
10 Armenien	4
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	43%
10 Hauptempfänger	51%
20 Hauptempfänger	62%

Nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)

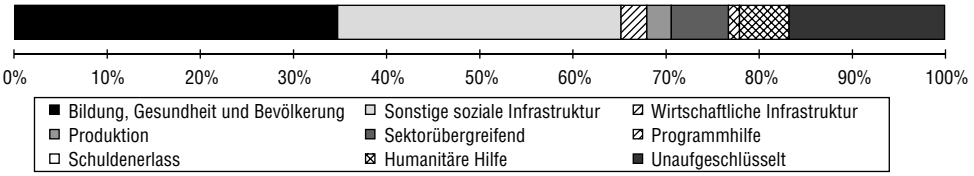
Im Uhrzeigersinn



Nach Region (Mio. US-$)



Nach Sektor



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/787738846148

Irland

2008 belief sich die Netto-ODA Irlands auf 1,33 Mrd. US-$, was in realer Rechnung einem Anstieg von 6,7% gegenüber 2007 entsprach. Der BNE-Anteil der ODA-Leistungen vergrößerte sich zwischen 2007 und 2008 von 0,55% auf 0,59%.

Reform zur Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

Der unlängst verabschiedete *Management Review of Irish Aid* enthält Empfehlungen für die Stärkung der institutionellen Kapazitäten für eine wirksame Leistungserbringung, Rechenschaftslegung und Kontrolle. Er soll Irish Aid bei der Umsetzung des Aktionsplans von Accra helfen. Das Programm Irlands zur Umsetzung des Aktionsplans von Accra umfasst konkrete Maßnahmen für jede Abteilung der EZ-Organisation. Im Mittelpunkt einer neuen Ausbildungsstrategie stehen die für eine effiziente Arbeitsweise im neuen EZ-Umfeld erforderlichen Qualifikationen. Die Richtlinien Irlands für die Erarbeitung ergebnisorientierter Länder-Strategiepapiere und seine Methodik für die Zwischenevaluierung sind voll und ganz auf die eingegangenen Verpflichtungen bezüglich der EZ-Wirksamkeit abgestimmt. Für die Projektprüfung vor der Finanzierungsentscheidung müssen die Partnerländer ihre Interventionen jetzt entsprechend dem Aktionsplan von Accra planen, umsetzen und analysieren. Irland hat die Internationale Geber-Transparenz-Initiative (International Aid Transparency Initiative – IATI) unterzeichnet und arbeitet mit anderen Gebern, Partnerländern und der Zivilgesellschaft zusammen, um die Qualität und zeitliche Aktualität der Informationen über die Entwicklungszusammenarbeit zu verbessern.

Herausforderungen bei der Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

- Vereinfachung der sprachlichen Formulierungen zum Thema EZ-Wirksamkeit sowie eine klare und deutliche Kommunikation in Bezug darauf, wie die neue Arbeitsweise zu einer nachhaltigen Verbesserung der Lebensbedingungen der armen Bevölkerungsteile führen wird. Mehr Aufmerksamkeit muss auch der Vermittlung gemeinsam erzielter Ergebnisse und des irischen Beitrags zur Erreichung der Millenniumsziele geschenkt werden. Durch die Einbettung eines Kommunikationsschwerpunkts in Länderstrategien und die Verknüpfung mit den Ergebnissen könnten Anreize zur Umsetzung des Aktionsplans von Accra entstehen.
- Gewährleistung, dass das Programm zur Steigerung der EZ-Wirksamkeit auch die Punkte multilaterales Engagement und Unterstützung der Zivilgesellschaft umfasst. Diesem Punkt wird im irischen Programm zur Umsetzung des Aktionsplans von Accra Rechnung getragen. Die Umsetzung der in Accra zu Gunsten fragiler Staaten eingegangenen Verpflichtungen stellt eine besondere Herausforderung dar.
- Gewährleistung, dass die eingegangenen Verpflichtungen bezüglich der Arbeitsteilung in den Partnerländern durch entsprechende Maßnahmen im Bereich der Humanressourcen flankiert werden. Dies ist für die Entwicklungszusammenarbeit nach Accra von entscheidender Bedeutung.

IRLAND

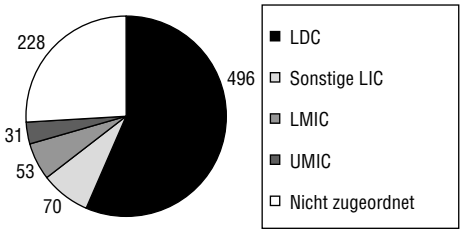
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2007-2008, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2007	2008	Veränderung 2007/08
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	1 192	1 328	11.4%
Konst. Preise (2007, Mio. US-$)	1 192	1 272	6.7%
Euro (Mio.)	871	921	5.7%
ODA/BNE	0.55%	0.59%	
Bilateraler Anteil	69%	70%	

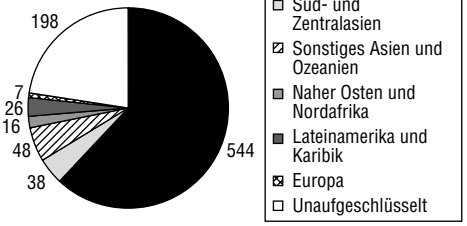
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Uganda	73
2 Mosambik	71
3 Äthiopien	66
4 Tansania	59
5 Sambia	40
6 Vietnam	29
7 Sudan	25
8 Südafrika	24
9 Lesotho	20
10 Sierra Leone	17
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	35%
10 Hauptempfänger	48%
20 Hauptempfänger	62%

Nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)

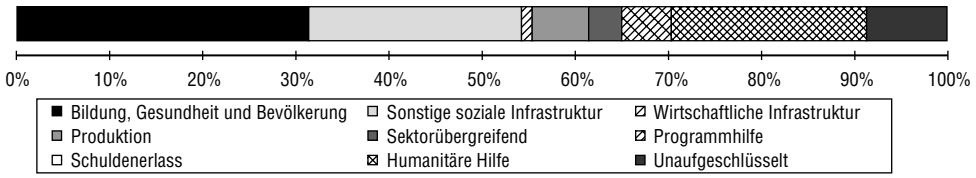
Im Uhrzeigersinn



Nach Region (Mio. US-$)



Nach Sektor



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/787744830844

Kasten 8.2 **DAC-Länderprüfung Irland, 24. März 2009**

Prüfer: Italien und Neuseeland

Positive Fortschritte bei der Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

Die ODA-Leistungen Irlands erhöhten sich im Zeitraum 2003-2008 in beeindruckender Weise. Die ODA-Nettoleistungen Irlands beliefen sich 2008 auf 1,3 Mrd. US-$, was einen realen Anstieg von 90% gegenüber 2003 bedeutet. Das ODA-Volumen Irlands erhöhte sich im Zeitraum 2003-2008, der durch ein außergewöhnlich starkes nationales Wirtschaftswachstum gekennzeichnet war, von 0,39% auf 0,58% des Bruttonationaleinkommens (BNE). 2007 lag Irland mit dem BNE-Anteil seiner ODA-Leistungen unter den DAC-Mitgliedern an sechster Stelle. 2009 reduzierte die irische Regierung jedoch infolge der weltweiten Wirtschaftskrise das EZ-Budget um 95 Mio. Euro (schätzungsweise 141 Mio. US-$).

Irland hat sich zudem besonders im Hinblick auf seine Bemühungen um eine Steigerung der Wirksamkeit der EZ-Leistungen hervorgetan, und das Engagement im Bereich der Armutsbekämpfung ist das oberste Ziel der irischen Entwicklungszusammenarbeit. Das Programm konzentriert sich auf eine begrenzte Zahl besonders armer afrikanischer Länder. Irland versucht, ein Gleichgewicht zwischen seinen Bemühungen zur Erfüllung der besten internationalen EZ-Standards und der Bewältigung der Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise herzustellen. Irland ist ein Geber, der sich bei der Leistungserbringung durch Vorhersehbarkeit und Flexibilität auszeichnet, und seine EZ-Partnerländer schätzen die Aufmerksamkeit, die das Land den örtlichen Prioritäten entgegenbringt. Was irische NRO und multilaterale Partner betrifft, so wird ein strategischer und zielgerichteter Ansatz verfolgt. Humanitäre Hilfe wird entsprechend international anerkannten Grundsätzen erbracht. Irish Aid ist vollständig in das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten integriert und ist ein leistungsstarkes hochmodernes EZ-Programm.

Das Engagement der Öffentlichkeit für die Entwicklungszusammenarbeit ist in Irland stark ausgeprägt. Durch eine Kombination von Aktivitäten zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für weltweite Entwicklungsfragen und Aktivitäten zur öffentlichkeitswirksamen Darstellung der eigenen Tätigkeit gelingt es Irish Aid, die starke öffentliche Unterstützung für die Entwicklungszusammenarbeit aufrechtzuerhalten. Der Entwicklungsausschuss würdigte Irish Aid zudem für die umfassende Strategie entwicklungspolitischer Aufklärungsarbeit, die mit einem eigenen Budget ausgestattet ist.

Herausforderungen und Empfehlungen

- Fortsetzung der Bemühungen um die Erreichung der Zielvorgabe für den ODA/BNE-Anteil von 0,7% bis 2012.
- Aufmerksame Beobachtung der langfristigen Auswirkungen des Fortzugs von Irish Aid aus Dublin auf das EZ-Programm.
- Einnahme einer strategischen Vorgehensweise bei der Kommunikation von EZ-Ergebnissen, um den hohen Grad der öffentlichen Unterstützung aufrechtzuerhalten.
- Konkretisierung des politischen Engagements für Politikkohärenz im Dienst der Entwicklung durch Schaffung eines integrierten Rahmenkonzepts, das auf höchster Regierungsebene und im Parlament Zustimmung findet. Institutionalisierung der Berichterstattung an das Parlament über Politikkohärenz im Dienst der Entwicklung und Aufbau institutioneller Kapazitäten zwecks Analyse, welche Effekte die EZ-Maßnahmen auf die Entwicklungsländer haben, um diesen Prozess zu erleichtern. Gewährleistung, dass der interministerielle Ausschuss für Entwicklung genügend politischen Rückhalt und Unterstützung durch die Institutionen hat, um etwaigen Inkohärenzen und potenziellen Politikkonflikten zwischen den Regierungsressorts, die negative Folgen für die Entwicklungsländer haben könnten, wirksam begegnen zu können.
- Irland spielt eine führende Rolle bei der Umsetzung der Grundsätze der EZ-Wirksamkeit. Irish Aid sollte gleichrangige Partner, die Zivilgesellschaft und die Regierungen der Partnerländer in die Umsetzung des Aktionsplans von Accra einbinden und in den Partnerländern weiter durch gemeinsames Vorgehen auf eine Stärkung der Rahmenkonzepte der Partnerländer für Ergebniskontrolle und Monitoring hinarbeiten.

Italien

2008 belief sich die Netto-ODA Italiens auf 4,86 Mrd. US-$, was einer Zunahme in realer Rechnung um 11,8% gegenüber dem Vorjahr entsprach. Zurückzuführen war dieser Anstieg in erster Linie auf den stärkeren Schuldenerlass. Das ODA/BNE-Verhältnis stieg zwischen 2007 und 2008 von 0,19% auf 0,22%.

Reform zur Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

Italien setzt sich energisch für die Umsetzung der Paris-Erklärung und des Aktionsplans von Accra ein und hat nach Abstimmung mit Organisationen der Zivilgesellschaft einen Aktionsplan zur Steigerung der EZ-Wirksamkeit (AEAP) verabschiedet. Dieser beinhaltet 12 prioritäre Aktionen, darunter die Identifizierung von Schwerpunktländern, Verfahrensvereinfachung, Aufhebung der Lieferbindung sowie Stärkung der Kommunikations- und Evaluierungsfähigkeit. Es sind Arbeitsgruppen zur Umsetzung des Plans eingerichtet worden; sie werden die in den Hauptverwaltungen und auf Länderebene erzielten Fortschritte anhand spezifischer Kriterien untersuchen.

Derzeit werden länderspezifische Dreijahrespläne ausgearbeitet, die sich an den Basiskriterien für eine Steigerung der EZ-Wirksamkeit orientieren werden. In diesen Plänen geht es um die ODA-Leistungen, Verstärkung der Partnerausrichtung, Festlegung sektoraler Prioritäten auf der Basis gemeinsamer Geberanalysen, Förderung der Konsultationen mit der Zivilgesellschaft, Nutzung der Systeme und Verfahren der Partnerländer und gemeinsamer Einrichtungen ebenso wie die Identifizierung von Mitteln und Wegen zur Stärkung der öffentlichen Finanzverwaltung und statistischen Systeme. Ferner liefern sie wertvolle Hinweise für die Umsetzung des EU-Verhaltenskodex für eine bessere Arbeitsteilung, in Bezug auf dessen Anwendung die Europäische Kommission Italien bald einer Prüfung unterziehen wird.

Herausforderungen bei der Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

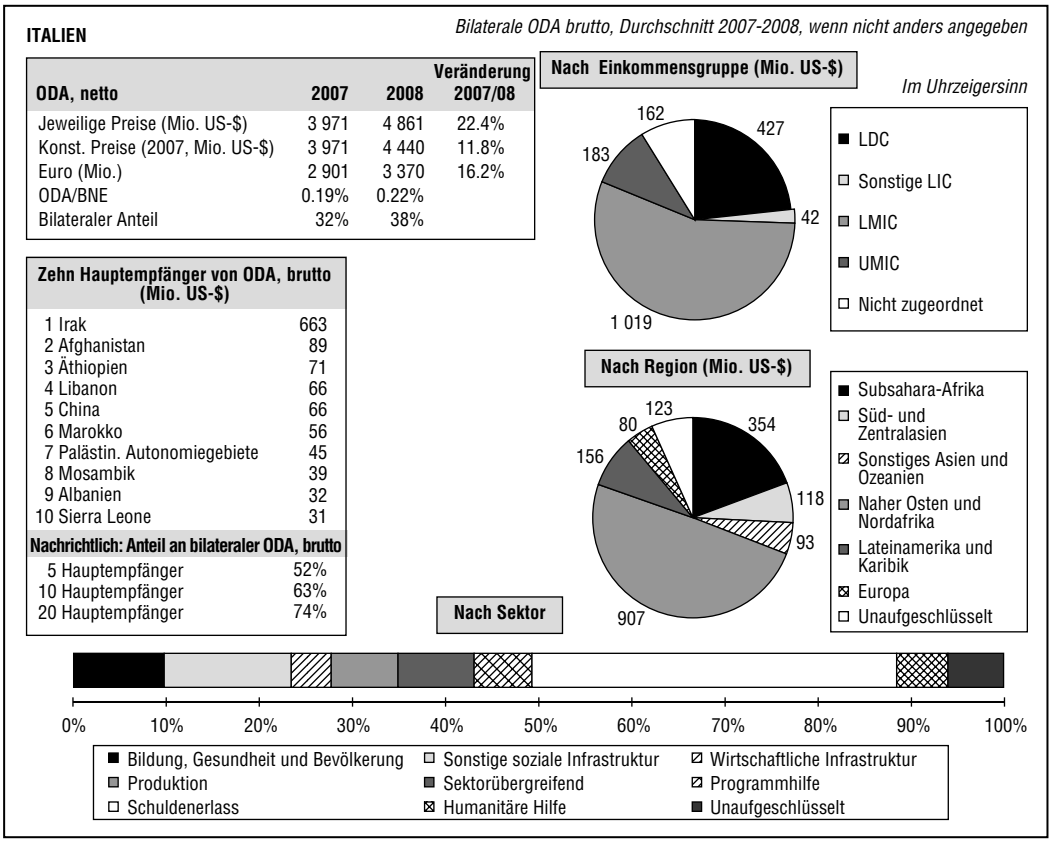
- Ein auf hoher politischer Ebene befürwortetes neues Politikinstrument würde auf die Zustimmung aller im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit tätigen relevanten Stellen stoßen und die Kohärenz der nationalen Entwicklungsaktivitäten gewährleisten helfen. Innerhalb des italienischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten findet derzeit diesbezüglich eine Reflexion statt.
- Eine Kapazitätserhöhung der Humanressourcen würde die Umsetzung des AEAP erleichtern. Vor allem im Entscheidungsprozess bedarf es einer stärkeren Dezentralisierung der Kompetenzen.
- Die rigiden, den Handlungsspielraum einengenden Gesetze, auf denen die italienische Entwicklungszusammenarbeit fußt, müssen novelliert werden, damit das EZ-Programm modernisiert und flexibler gestaltet werden kann.

ITALIEN

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2007-2008, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2007	2008	Veränderung 2007/08
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	3 971	4 861	22.4%
Konst. Preise (2007, Mio. US-$)	3 971	4 440	11.8%
Euro (Mio.)	2 901	3 370	16.2%
ODA/BNE	0.19%	0.22%	
Bilateraler Anteil	32%	38%	

Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Irak	663
2 Afghanistan	89
3 Äthiopien	71
4 Libanon	66
5 China	66
6 Marokko	56
7 Palästin. Autonomiegebiete	45
8 Mosambik	39
9 Albanien	32
10 Sierra Leone	31
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	52%
10 Hauptempfänger	63%
20 Hauptempfänger	74%



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/787764687703

Kasten 8.3 **DAC-Länderprüfung Italien, 24. November 2009**

Prüfer: Frankreich und Griechenland

Im Jahr 2008 betrug das ODA/BNE-Verhältnis Italiens 0,22%, womit Italien in Bezug auf das EZ-Volumen unter den 23 DAC-Mitgliedern nur auf Platz 19 rangiert.

Der OECD-Entwicklungsausschuss stellte fest, dass sich die italienische Entwicklungszusammenarbeit großen Herausforderungen gegenübersieht. Erstens besteht dringender Bedarf an einer Reform der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit, doch fehlt es bisher an einem politischen Konsens hinsichtlich der Vorgehensweise. Zweitens wird Italien seine auf internationaler Ebene eingegangene Verpflichtung, die ODA-Leistungen bis 2010 auf 0,51% des BNE aufzustocken, nicht erreichen und dürfte auch die Zielvorgabe von 0,7% bis 2015 verfehlen.

Der DAC hat Italien aufgefordert, die für die Reform und Finanzierung eines verlässlichen, ergebnisorientierten EZ-Programms notwendige politische Führungsstärke unter Beweis zu stellen.

Trotz der weiterhin bestehenden Herausforderungen konnte der DAC gegenüber 2008 einige Verbesserungen im italienischen EZ-Management feststellen. Der DAC begrüßte die Absicht Italiens, sich auf 35 Schwerpunktländer zu konzentrieren, die Erweiterung der Befugnisse der Botschaften und technischen Stellen bei der Programmgestaltung und -umsetzung sowie der EZ-Abwicklung ebenso wie die auf hoher politischer Ebene vom Lenkungsausschuss für Entwicklungszusammenarbeit definierte strategische Ausrichtung.

Der DAC stimmte darin überein, dass es Italien noch immer an einer EZ-Strategie fehlt, der sich alle beteiligten Akteure anschließen. Ferner muss Italien gewährleisten, dass alle relevanten staatlichen Stellen sowie regionalen und lokalen Behörden auf die Erreichung gemeinsamer Ziele hinwirken. Der DAC empfahl Italien, Systeme einzurichten, die die Kohärenz zwischen Aktionen der Entwicklungszusammenarbeit und anderen Maßnahmen fördern, sein Humanressourcenmanagement für den Kernkader der Entwicklungsexperten zu reformieren sowie regelmäßige Beobachtungen und unabhängige Evaluierungen durchzuführen. Überdies zeigen die nur begrenzte Politikdebatte und mangelnde Kenntnis der Öffentlichkeit in Bezug auf die Aktionen der italienischen Entwicklungszusammenarbeit, dass die italienischen Behörden und die Zivilgesellschaft dringend zusammenarbeiten müssen, um die Bevölkerung für die Entwicklungszusammenarbeit zu gewinnen und die Öffentlichkeit dazu zu bewegen, sich energisch für eine Reform der italienischen Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen.

Weitere wichtige Erkenntnisse und Empfehlungen der Länderprüfung lauteten:

- Italien sollte der Verabschiedung neuer Gesetzesbestimmungen für die Entwicklungszusammenarbeit Priorität einräumen.
- Um das Vertrauen in seine Absicht wiederherzustellen, die eingegangenen EZ-Verpflichtungen effektiv einzuhalten, sollte Italien verbindlich erläutern, wie und bis wann es diese Ziele zu erreichen gedenkt.
- Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Wirtschaft und Finanzen Italiens sollten eine gemeinsame Strategie für die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit ausarbeiten, in der die Ziele der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit des Landes insbesondere im Hinblick auf prioritäre multilaterale Organisationen klar formuliert sind; sie sollten zudem über die Möglichkeit einer weiteren Konzentration der Beiträge an multilaterale Organisationen nachdenken.
- Italien kann sein EZ-Management verbessern, indem es mehrjährige Länderprogramme erstellt und veröffentlicht, formale, ergebnisorientierte und transparente Mechanismen für die Ressourcenallokation zu Gunsten spezifischer Länderprogramme etabliert und Mitarbeiterschulungen in ergebnisorientiertem Management einrichtet.
- Italien sollte sicherstellen, dass es über hinreichend Human- und Finanzressourcen zur Umsetzung des Aktionsplans zur Steigerung der EZ-Wirksamkeit und zur Förderung von Verhaltensänderungen in der italienischen Entwicklungszusammenarbeit verfügt, damit die EZ-Leistungen gemäß den im Aktionsplan enthaltenen neuen Leitsätzen erbracht werden.

Japan

Japans ODA belief sich 2008 netto auf 9,58 Mrd. US-$, was einer Zunahme in realer Rechnung um 10,7% gegenüber 2007 entspricht. Dieser Anstieg war hauptsächlich auf eine Erhöhung der Beitragszahlungen an internationale Finanzinstitutionen zurückzuführen. Das ODA/BNE-Verhältnis erhöhte sich von 0,17% in 2007 auf 0,19% in 2008.

Reform zur Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

Als Ausgangspunkt für die Politikplanung und die allgemeine Politikkoordinierung der japanischen ODA-Leistungen wurde das Außenministerium im Juli 2009 umstrukturiert, um seine Politikplanungsfunktion und seinen länderorientierten Ansatz weiter zu stärken. Die Einrichtung der Japanischen Agentur für internationale Zusammenarbeit (JICA) 2008 erlaubt die wirkungsvolle und rasche Verwaltung der EZ-Programme insgesamt. Im April 2009 wurden zum ersten Mal Zielvorgaben für die Zahlungen für jede Region angekündigt, und für jedes Land wurden mehrjährige Pläne veröffentlicht, die im Sommer 2009 beginnen.

Zu den verschiedenen Maßnahmen zur Stärkung der Leistungsfähigkeit von Feldmissionen zählen die Entsendung von „Koordinatoren für wirtschaftliche Zusammenarbeit" an Botschaften in Afrika, der Kapazitätsaufbau in den ODA-Sonderarbeitsgruppen und bei Mitarbeitern in den Partnerländern sowie die Verbesserung der Unterstützung der Botschaften und JICA-Vertretungen in den Partnerländern durch die Hauptverwaltung. Japan schätzt die Dienstleistungserbringung durch die zuständigen Fachministerien in den Partnerländern sowie die Rolle, die diese bei der Politikplanung und dem Finanzmanagement spielen. Der für die Erreichung von Eigenständigkeit wesentliche Kapazitätsaufbau ist in jeder Hinsicht in die japanische Entwicklungszusammenarbeit eingebunden und wurde durch die Erstellung eines Handbuchs zur Beurteilung der Kapazitäten und von Leitlinien für die Technische Zusammenarbeit, die aus der Perspektive des Kapazitätsaufbaus formuliert sind, sowie die Ausbildung von Mitarbeitern durch die JICA verbessert. Seit 2009 unterstützt Japan zusammen mit anderen Gebern die Bemühungen der Entwicklungsländer zur Erreichung echter Entwicklungsfortschritte durch das Programm Kapazitätsaufbau für die Wirksamkeit des Entwicklungsprozesses im asiatisch-pazifischen Raum.

Herausforderungen bei der Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

- Die Erreichung einer starken Unterstützung für die Entwicklungszusammenarbeit durch die Öffentlichkeit stellt für Japan eine Herausforderung dar. Dies ist in einer Zeit, in der sich die japanische Bevölkerung nach der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise wirtschaftlichen Schwierigkeiten gegenübersieht, zunehmend von Bedeutung. Japan ist sich der Tatsache bewusst, dass kontinuierliche Bemühungen im Bereich der Wirksamkeit des Entwicklungsprozesses und der Öffentlichkeitsarbeit, etwa durch entwicklungspolitische Aufklärungsarbeit, entscheidend sind, um die Unterstützung durch die Öffentlichkeit zu gewinnen.

JAPAN

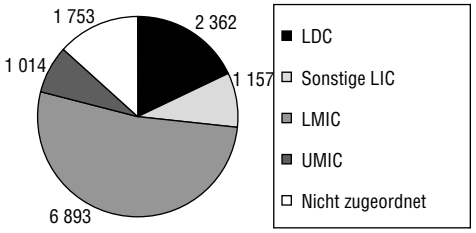
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2007-2008, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2007	2008	Veränderung 2007/08
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	7 679	9 579	24.7%
Konst. Preise (2007, Mio. US-$)	7 679	8 502	10.7%
Yen (Mrd.)	905	991	9.6%
ODA/BNE	0.17%	0.19%	
Bilateraler Anteil	75%	71%	

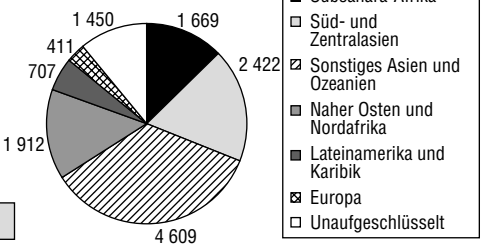
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Irak	1 402
2 China	1 196
3 Indonesien	1 191
4 Indien	949
5 Vietnam	780
6 Philippinen	599
7 Bangladesch	540
8 Tansania	396
9 Türkei	354
10 Sri Lanka	288
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	42%
10 Hauptempfänger	58%
20 Hauptempfänger	69%

Nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)

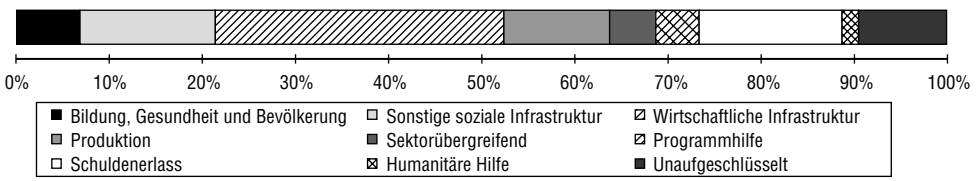
Im Uhrzeigersinn



Nach Region (Mio. US-$)



Nach Sektor



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/787772682872

Kanada

Kanadas ODA belief sich 2008 netto auf 4,79 Mrd. US-$, was einer Zunahme in realer Rechnung um 13,6% gegenüber 2007 entspricht. Diese Zunahme erfolgte dank der anhaltenden Verpflichtung zur Verdopplung des Finanzrahmens für die internationale Entwicklungszusammenarbeit bis 2010-2011, der Erhöhung der Zahlungen an die Weltbank zur Unterstützung der Verpflichtung Kanadas zur Verdopplung der EZ-Leistungen für Afrika sowie der erheblichen bilateralen Schuldenerlasse in 2008 (wohingegen die 2007 ausgewiesenen Beträge unerheblich waren). Kanada ist auf gutem Weg, seinen Teil der globalen Verpflichtung zur Aufstockung der EZ-Leistungen zu erbringen. Das ODA/BNE-Verhältnis erhöhte sich von 0,29% in 2007 auf 0,32% in 2008.

Reform zur Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

Kanadas Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit bietet dem Land die Grundlage, um die wesentlichen Verpflichtungen gemäß der Paris-Erklärung und des Aktionsplans von Accra zu erfüllen. Mit der Agenda werden folgende Ziele verfolgt: *a)* Erhöhung der Konzentration durch Fokussierung der bilateralen Programme auf 20 Länder und fünf thematische Prioritäten (Erhöhung der Ernährungssicherheit, Ankurbelung nachhaltigen Wirtschaftswachstums, Sicherung der Zukunft von Kindern und Jugendlichen, Förderung von Demokratie und Sicherheit sowie Stabilität), wobei sich die Kanadische Behörde für internationale Entwicklung (CIDA) auf die ersten drei Schwerpunkte konzentriert, *b)* Steigerung der Effizienz (so hebt Kanada z.B. die Lieferbindung seiner EZ-Leistungen zu 100% auf, was seit April 2008 für die gesamte Ernährungshilfe und bis 2013 auch für die übrigen Leistungen gilt), und *c)* Stärkung der Rechenschaftspflicht (z.B. mit CIDA-Rahmen zur Ergebnismessung, leistungsorientierten Arbeitsverträgen und EZ-Wirksamkeit als Grundlage für die Evaluierung von Vorschlägen). Kanada wird ferner die Anstrengungen mit seinen multilateralen Partnern sowie seinen Partnern im privaten Sektor und in der Zivilgesellschaft fortsetzen, um die Wirksamkeit der EZ-Leistungen zu erhöhen.

Herausforderungen bei der Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

- Die Kommunikation mit der kanadischen Öffentlichkeit sollte verbessert werden, um die Rechenschaftspflicht zu stärken und die Unterstützung für die Programmierung der internationalen EZ-Leistungen nachhaltig zu sichern. Die CIDA setzt derzeit eine Kommunikationsstrategie um, um Sinn und Zweck sowie den Nutzen der staatlichen Politikmaßnahmen klarzustellen – insbesondere die Konzentration der CIDA auf 20 Länder und ihre Themenschwerpunkte.
- Bei der Übertragung von Verantwortung von der CIDA-Zentrale auf Stellen in den Partnerländern sollte eine sorgfältige Überwachung, Anpassung, Ausbildung und Unterstützung sichergestellt werden. Die Stärkung der Präsenz vor Ort hatte zur Folge, dass sachkundige Arbeitskräfte in den Partnerländern ausgebildet und die finanziellen Kosten kompensiert wurden. Die Regierung hat Strategien entwickelt, um diese Herausforderungen zu bewältigen und die Entwicklungseffekte der kanadischen internationalen EZ-Leistungen letztlich zu steigern.

KANADA

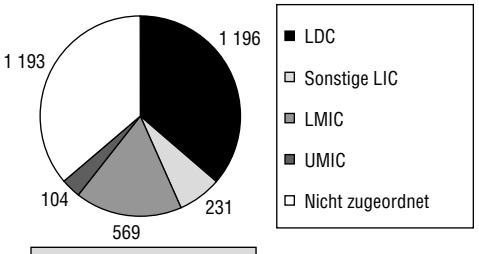
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2007-2008, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2007	2008	Veränderung 2007/08
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	4 080	4 785	17.3%
Konst. Preise (2007, Mio. US-$)	4 080	4 635	13.6%
Kanadische Dollar (Mio.)	4 383	5 145	17.4%
ODA/BNE	0.29%	0.32%	
Bilateraler Anteil	77%	70%	

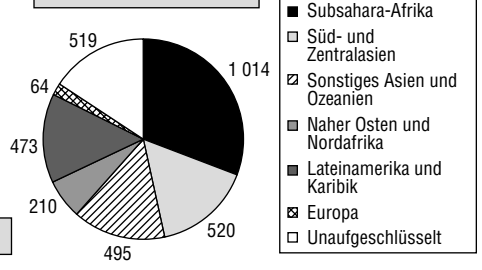
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Afghanistan	277
2 Haiti	133
3 Äthiopien	122
4 Irak	93
5 Indonesien	81
6 Mali	78
7 Sudan	77
8 Ghana	76
9 Bangladesch	71
10 Mosambik	67
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	21%
10 Hauptempfänger	33%
20 Hauptempfänger	45%

Nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)

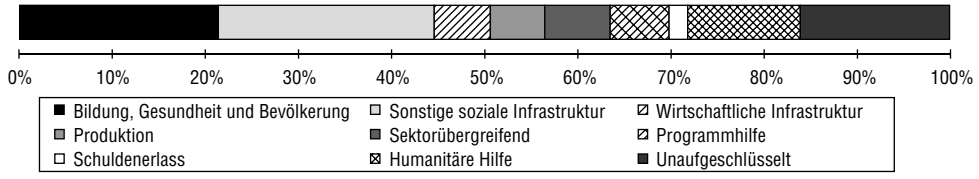
Im Uhrzeigersinn



Nach Region (Mio. US-$)



Nach Sektor



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/787665118778

Luxemburg

Luxemburgs ODA belief sich 2008 netto auf 415 Mio. US-$, was einer Zunahme in realer Rechnung um 3,3% gegenüber 2007 entspricht. Das ODA/BNE-Verhältnis erhöhte sich von 0,92% im Jahr 2007 auf 0,97% im Jahr 2008.

Reform zur Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

2009 erstellte Luxemburg nach einer partizipatorischen Anstrengung der luxemburgischen Entwicklungszusammenarbeit und der EZ-Organisation Lux-Development für jedes seiner dezentralisierten Regionalbüros Arbeitspläne für 2010. Zusammen konzentrieren sie sich weiter auf die Bemühungen zur Erreichung der Ziele von Paris und Accra (z.B. den Abbau paralleler Durchführungseinheiten sowie die Nutzung der öffentlichen Finanzmanagement- und Beschaffungssysteme). Weitere Schwerpunkte sind die Verbesserung der Koordinierung und Komplementarität zwischen den dezentralisierten Büros des Außenministeriums und Lux-Development sowie andere Maßnahmen, die an den Kontext der verschiedenen Missionen und die Bedürfnisse der Partnerländer angepasst sind. Die Abgeordnetenkammer und der interministerielle Ausschuss für die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern werden ebenfalls regelmäßig über die Fortschritte im Hinblick auf die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit und die Kohärenz der Entwicklungspolitik informiert.

Luxemburg hat begonnen, die Empfehlungen der DAC-Länderprüfung von 2008 umzusetzen. So wurden 2009 z.B. zehn Sektorstrategien entwickelt, die mit den Partnerländern und der Zivilgesellschaft erörtert werden, wobei jeweils die Ziele für eine Steigerung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit berücksichtigt werden. Luxemburg nahm 2009 die Durchführung gemeinsamer EZ-Aktivitäten mit anderen Gebern auf.

Herausforderungen bei der Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

- Sicherstellung der Beteiligung der Partnerländer an der Umsetzung des nationalen Plans zur Umsetzung der Paris-Erklärung und des Aktionsplans von Accra sowie der Erfüllung der Verpflichtungen Luxemburgs gemäß dem EU-Verhaltenskodex für Komplementarität und Arbeitsteilung in der Entwicklungspolitik.
- Übergang von dem früheren Projektansatz zu einem Programmansatz. Dies bringt technische Herausforderungen mit sich, insbesondere im Hinblick auf den Abbau paralleler Durchführungseinheiten, die Durchführung berufsbegleitender Schulungen für Mitarbeiter und den Aufbau von Kapazitäten in den Partnerländern.

LUXEMBURG

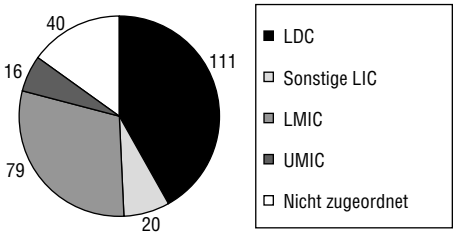
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2007-2008, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2007	2008	Veränderung 2007/08
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	376	415	10.5%
Konst. Preise (2007, Mio. US-$)	376	388	3.3%
Euro (Mio.)	274	288	4.9%
ODA/BNE	0.92%	0.97%	
Bilateraler Anteil	67%	67%	

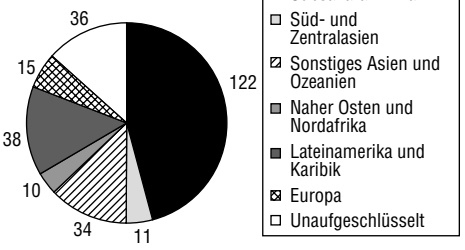
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Senegal	19
2 Mali	19
3 Kap Verde	18
4 Vietnam	16
5 Nicaragua	15
6 Burkina Faso	14
7 Laos	13
8 Niger	11
9 El Salvador	10
10 Serbien	7
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	32%
10 Hauptempfänger	53%
20 Hauptempfänger	70%

Nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)

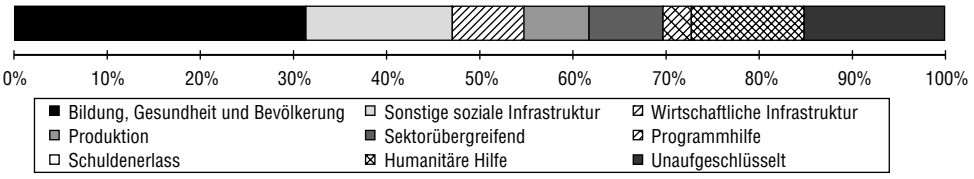
Im Uhrzeigersinn



Nach Region (Mio. US-$)



Nach Sektor



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/787815413803

Neuseeland

2008 belief sich die Netto-ODA Neuseelands auf 348 Mio. US-$, was einem realen Anstieg um 11,5% gegenüber 2007 entsprach. Der Anstieg war überwiegend durch eine Erhöhung der bilateralen ODA bedingt. Im Verhältnis zum BNE stieg die ODA zwischen 2007 und 2008 von 0,27% auf 0,30%.

Reform zur Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

Die NZAID (New Zealand Agency for International Development) hat (seit April 2009) einen neuen Auftrag und ein neues entwicklungspolitisches Rahmenkonzept. Damit wird das Engagement der EZ-Behörde für eine effektive Durchführung der Entwicklungszusammenarbeit durch Erzielung von Fortschritten bei der Umsetzung der Paris-Erklärung und des Aktionsplans von Accra verstärkt. Besonderes Schwergewicht liegt auf der Verbesserung der EZ-Wirksamkeit im pazifischen Raum. Neuseeland hat dem Cairns Compact on Strengthening Development Coordination in the Pacific zugestimmt, dessen Hauptziel darin besteht, die Entwicklungszusammenarbeit besser zu koordinieren, um wirkliche Fortschritte bei der Verwirklichung der Millenniumsziele zu erreichen. Zu den Grundprinzipien gehört die Nutzung von internationalen Regeln bester Praxis, wie sie in der Paris-Erklärung und im Aktionsplan von Accra dargelegt sind. Bei der Umsetzung des Cairns Compact werden die Entwicklungspartner die Erkenntnisse nutzen können, die im Rahmen früherer vom Sekretariat des Pacific Islands Forum veranstalteter Workshops über die EZ-Wirksamkeit gewonnen wurden, zu denen Neuseeland einen substanziellen Beitrag geleistet hat. Die Entwicklungspartner werden ermutigt, dem Sekretariat des Forums, das seinen Sitz in Suva hat, jährlich über ihre Bemühungen zur Umsetzung des Cairns Compact Bericht zu erstatten, insbesondere in Bezug auf die Reduzierung der Fragmentierung der EZ-Leistungen, die Verringerung des Verwaltungsaufwands und die Steigerung der EZ-Wirksamkeit.

Die NZAID richtet ihr Augenmerk nunmehr auf die Verbesserung der internen Systeme, um die Fortschritte hinsichtlich der Erreichung der in Accra vereinbarten Ziele besser beobachten zu können: Verbesserung der elektronischen Managementsysteme zur Unterstützung dezentral tätiger Mitarbeiter in den Partnerländern, Verstärkung des ergebnisorientierten EZ-Managements und bessere Messung der EZ-Ergebnisse sowie Unterstützung bei der Vereinfachung der internationalen EZ-Architektur.

Herausforderungen bei der Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

- Die starke Konzentration auf den pazifischen Raum bringt, was die Erzielung von Fortschritten bei der Umsetzung des Aktionsplans von Accra betrifft, eine Reihe spezifischer Herausforderungen mit sich. Auf Grund der geringeren Geberpräsenz in dieser Region und der vielen in EZ-Partnerschaften zu erfassenden kleinen Inseln müssen die NZAID und andere Geber zahlreiche Kleinprojekte und -programme verwalten, die sich auf eine vergleichsweise hohe Zahl von Klein- und Kleinststaaten erstrecken. Neuseeland wird mit Australien kooperieren, um durch gemeinsam durchgeführte Sektorprogramme, Evaluierungen und Monitorings die Zusammenarbeit zwischen den Gebern zu intensivieren. In einem Partnerland wird die Zuständigkeit für die Durchführung der Entwicklungszusammenarbeit an einen anderen Geber übertragen.

NEUSEELAND

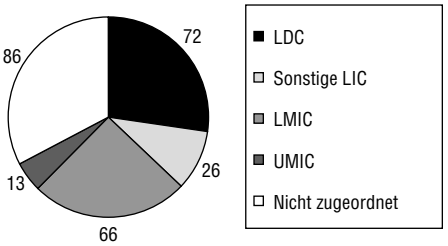
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2007-2008, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2007	2008	Veränderung 2007/08
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	320	348	8.8%
Konst. Preise (2007, Mio. US-$)	320	357	11.5%
Neuseeland-Dollar (Mio.)	435	503	15.6%
ODA/BNE	0.27%	0.30%	
Bilateraler Anteil	77%	80%	

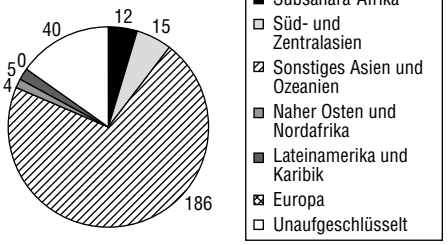
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Salomonen	20
2 Tokelau	17
3 Papua-Neuguinea	15
4 Niue	14
5 Indonesien	13
6 Tonga	9
7 Vanuatu	9
8 Vietnam	7
9 Samoa	7
10 Afghanistan	6
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	30%
10 Hauptempfänger	44%
20 Hauptempfänger	57%

Nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)

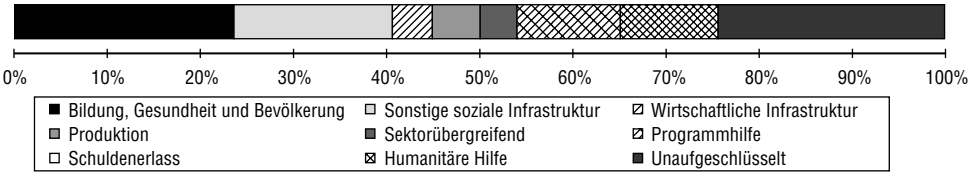
Im Uhrzeigersinn



Nach Region (Mio. US-$)



Nach Sektor



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/787831302111

Niederlande

2008 belief sich die Netto-ODA der Niederlande auf 6,99 Mrd. US-Dollar, was in realer Rechnung einer Zunahme um 4,8% gegenüber dem Vorjahr entsprach. Das ODA/BNE-Verhältnis sank von 0,81% im Jahr 2007 auf 0,80% im Jahr 2008.

Reform zur Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

Die Niederlande sind der Erfüllung aller ihrer Zusagen aus Paris und Accra verpflichtet, insbesondere der Nutzung von Ländersystemen, der Vorhersehbarkeit, der beiderseitigen Rechenschaftspflicht und der Transparenz, der Ergebnisorientierung, der Arbeitsteilung und der EZ-Wirksamkeit in fragilen Situationen. Der Netherlands' Action Plan for Paris and Accra (NAPA) stellt eine qualitative Steigerung für das Land dar: Eine wesentliche Komponente ist das Vorhaben einer Bestandsaufnahme und Prioritätensetzung in Zusammenarbeit mit den Botschaften in 30 Partnerländern. Dies wird sich in der Arbeit auf Länderebene niederschlagen und der Zentrale auf der Basis konkreter Erfahrungen vor Ort Informationen über die dringendsten und effektivsten Maßnahmen liefern, die es zu veranlassen gilt.

Herausforderungen bei der Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

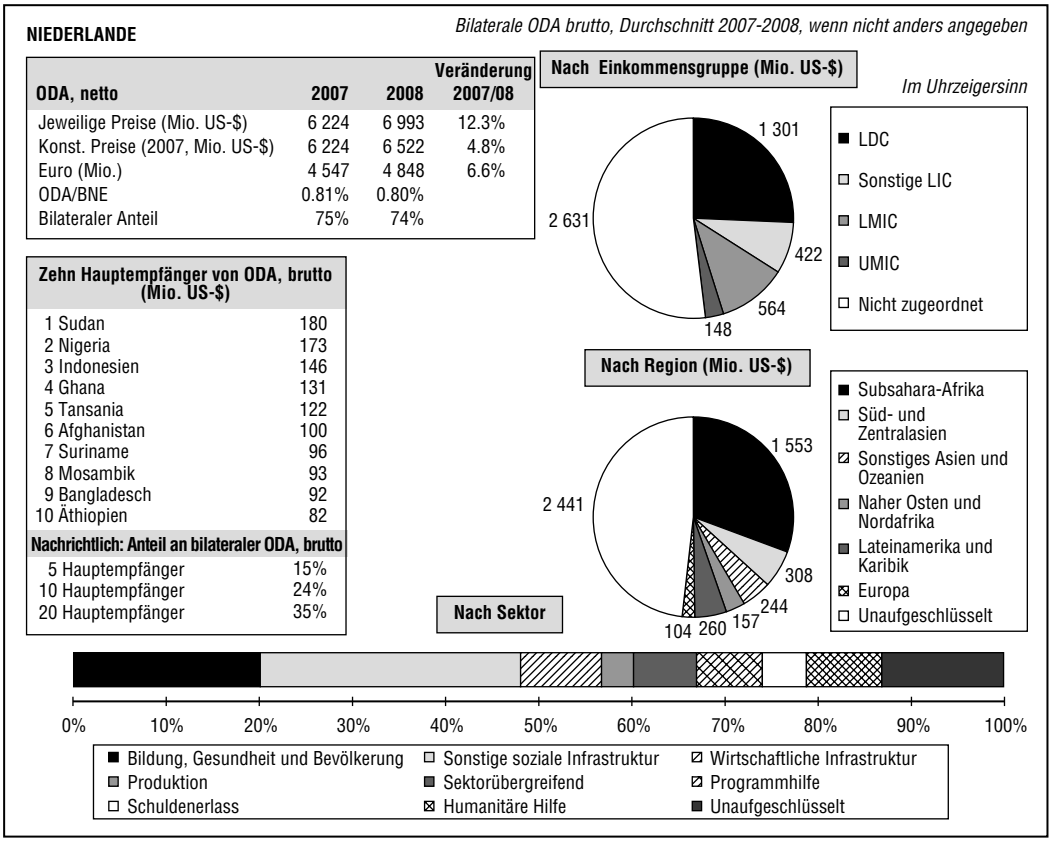
- Nach einem Fortschrittsbericht zur Konferenz von Accra wird es ohne zusätzliche Bemühungen schwierig sein, die ehrgeizigen Geberzusagen von Accra und Paris zu halten. Das EZ-Budget der Niederlande ist auf 0,8% des BNE festgelegt. Dies bedeutet, dass die Finanzkrise für die ODA-Leistungen ein ernstes Problem darstellt. Auch kann die im Inland erhobene Forderung von „Null Toleranz" für Korruption oder Demokratieverletzungen der Verpflichtung zur Vorhersehbarkeit widersprechen.
- Genehmigungen aus der Zentrale für die Arbeitsteilung unter den Ortsbüros zu erhalten, kann sich für alle Geber als schwierig erweisen – wahrscheinlich auf Grund der eigenen politischen Prioritäten der jeweiligen Organisation. Es besteht das Risiko, dass einige wichtige Geber, einschließlich der Niederlande, sich aus manchen Bereichen zurückziehen, wodurch sich die Anzahl der beteiligten progressiven Geber reduzieren könnte, bevor eine gute Sektorabdeckung gesichert ist.
- In mehreren Partnerländern, in denen die Paris/Accra-Agenda hauptsächlich ein Anliegen der Geber zu sein scheint, kann es schwierig sein, die Regierungen und Führungskräfte für Eigenverantwortung zu interessieren.

NIEDERLANDE

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2007-2008, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2007	2008	Veränderung 2007/08
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	6 224	6 993	12.3%
Konst. Preise (2007, Mio. US-$)	6 224	6 522	4.8%
Euro (Mio.)	4 547	4 848	6.6%
ODA/BNE	0.81%	0.80%	
Bilateraler Anteil	75%	74%	

Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Sudan	180
2 Nigeria	173
3 Indonesien	146
4 Ghana	131
5 Tansania	122
6 Afghanistan	100
7 Suriname	96
8 Mosambik	93
9 Bangladesch	92
10 Äthiopien	82
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	15%
10 Hauptempfänger	24%
20 Hauptempfänger	35%



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/787816303430

Norwegen

Die Netto-ODA Norwegens sank im Zeitraum 2007-2008 real um 2,5% auf 3,96 Mrd. US-$. Der BNE-Anteil der ODA-Leistungen verringerte sich im selben Zeitraum von 0,95% auf 0,88%.

Reform zur Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

Die Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit sucht Norwegen durch den Dialog mit den Partnerländern und in zunehmendem Maße auch durch Interaktionen mit multilateralen Partnern und globalen Fonds zu erreichen. Die wichtigsten Akteure des norwegischen EZ-Systems – das Ministerium für äußere Angelegenheiten, die NORAD (Norwegische Behörde für Entwicklungszusammenarbeit) und die Botschaften in den Partnerländern Norwegens – sind gehalten, aktiv nach Wegen zu suchen, die im Aktionsplan von Accra festgelegten Verpflichtungen einzuhalten. Die Konsolidierung der 2004 eingeleiteten institutionellen Reformen ist jetzt abgeschlossen, und die Botschaften spielen bei den Bemühungen um die Erreichung des Ziels der EZ-Wirksamkeit eine wichtige Rolle. Das Außenministerium hat vor kurzem ein Strategiepapier versandt, in dem alle Akteure aufgefordert werden, sich verstärkt für die Weiterverfolgung des Aktionsplans von Accra einzusetzen.

Im Februar 2009 legte das Außenministerium dem Parlament ein neues Weißbuch mit dem Titel *Klima, Konflikt und Kapital* vor. Die Politik ist darauf ausgerichtet, durch eine Verbesserung der Komplementarität der Geberanstrengungen die Fragmentierung der EZ-Leistungen zu verringern und das Schwergewicht auf die komparativen Vorteile Norwegens zu legen. Im Zuge eines Vorhabens des Außenministeriums nehmen zurzeit alle für die Entwicklungszusammenarbeit zuständigen Botschaften eine Rationalisierung ihrer Projektportfolios vor. Das Vorhaben begann 2008 mit einer Überprüfung der Portfolios der fünf größten Botschaften in Afrika. 2009 folgten hierauf Beratungseinsätze in den Botschaften von Hanoi, Kabul und Luanda. Auf internationaler Ebene führt Norwegen neue Initiativen in strategischen Bereichen durch, wie z.B. Klimaänderung, Forstwirtschaft (Initiativen zur Emissionsreduzierung durch die Verringerung der Entwaldung – REDD) und „Erdöl für Entwicklung". Die globalen Fonds erhalten einen zunehmenden Anteil der norwegischen EZ-Leistungen.

Herausforderungen bei der Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

- Eine besondere Herausforderung besteht für Norwegen darin, innerhalb einer dezentralisierten EZ-Struktur weiterhin eine kohärente Antwort zu gewährleisten.

NORWEGEN

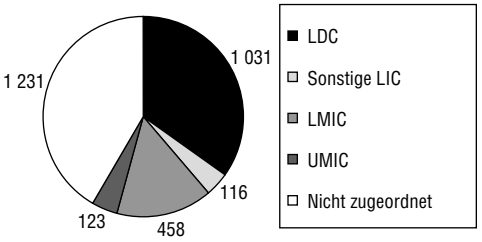
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2007-2008, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2007	2008	Veränderung 2007/08
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	3 728	3 963	6.3%
Konst. Preise (2007, Mio. US-$)	3 728	3 635	-2.5%
Norwegische Kronen (Mio.)	21 840	22 621	3.6%
ODA/BNE	0.95%	0.88%	
Bilateraler Anteil	77%	77%	

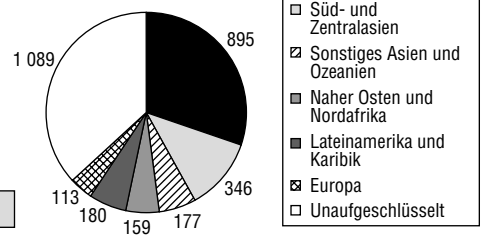
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Tansania	121
2 Sudan	120
3 Afghanistan	112
4 Palästin. Autonomiegebiete	111
5 Mosambik	88
6 Sambia	74
7 Uganda	72
8 Malawi	60
9 Nepal	53
10 Philippinen	49
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	19%
10 Hauptempfänger	29%
20 Hauptempfänger	41%

Nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)

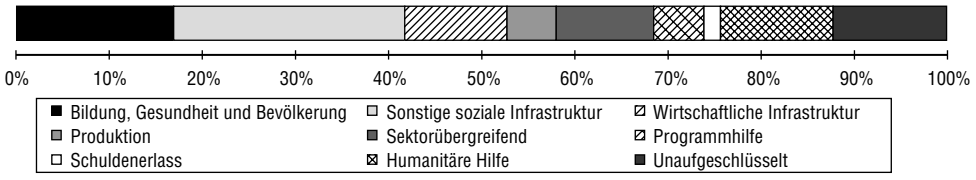
Im Uhrzeigersinn



Nach Region (Mio. US-$)



Nach Sektor



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/787854811160

Österreich

2008 ging die Netto-ODA Österreichs gegenüber 2007 in realer Rechnung um 12,4% auf 1,71 Mrd. US-$ zurück. Der Rückgang erklärt sich daraus, dass die Aufwendungen für Entschuldungsmaßnahmen 2007 höher waren als 2008. Das ODA/BNE-Verhältnis sank von 0,50% im Jahr 2007 auf 0,43% im Jahr 2008.

Reform zur Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

Die österreichische Entwicklungszusammenarbeit ist im Zusammenhang mit dem Aktionsplan von Accra und der DAC-Länderprüfung 2009 (Kasten 8.4) dazu aufgefordert worden, die richtigen Prioritäten für den Aktionsplan des Landes zur Steigerung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit bis 2011 und darüber hinaus zu setzen. Im Rahmen dieses Aktionsplans, der in Kürze umgesetzt werden soll, werden die Kombination der EZ-Instrumente an die Kapazitäten der Partnerländer angepasst, die Systeme der Partnerländer besser genutzt und zahlreichere gemeinsame Ansätze mit anderen Gebern gefördert. So beteiligte sich die österreichische Entwicklungszusammenarbeit z.B. nicht nur an der gemeinsamen EZ-Strategie Ugandas, sondern erhöhte auch erfolgreich die Nutzung der Ländersysteme und trug zu deren Stärkung in diesem Land bei. Die Budgethilfe dürfte langfristig eines der bevorzugten Finanzierungsinstrumente Österreichs werden, sofern die Bedingungen in den Partnerländern dies erlauben. Die österreichische Entwicklungszusammenarbeit wird sich auf ihren komparativen Vorteil als kleiner Geber konzentrieren. Österreich fördert die Eigenverantwortung der Länder, die eines der Hauptziele seiner länderprogrammierbaren Entwicklungszusammenarbeit ist.

Die Entwicklungsergebnisse sowie die Ergebnisberichterstattung rücken stärker in den Mittelpunkt. Die Länder- und Regionalstrategien werden so angepasst, dass Entwicklungseffekte im Land eingebunden und sichtbar gemacht werden. Ferner ist Österreich aktiv und unterstützend am internationalen Prozess der Einbindung vieler unterschiedlicher Akteure zur Förderung der Wirksamkeit der Entwicklung der Zivilgesellschaft beteiligt, um seine Zusammenarbeit mit den Organisationen der Zivilgesellschaft zu vertiefen.

Herausforderungen bei der Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

- Finanzielle Engpässe werden weiterhin eine große Herausforderung für die österreichische Entwicklungszusammenarbeit darstellen, da das EZ-Budget für die kommenden Jahre „eingefroren" ist. Dies wird die Aufstockung der EZ-Leistungen, die für Programme in den Partnerländern zur Verfügung stehen, und die weitere Übertragung von Befugnissen an die Akteure in den Partnerländern behindern.
- Eine stärkere Unterstützung durch die Öffentlichkeit wird gesichert werden müssen, indem das Augenmerk auf Entwicklungsergebnisse gelegt und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit erhöht wird. Diese Unterstützung wird nötig sein, um das Ziel einer ODA-Quote von 0,7% des BNE zu erreichen.

ÖSTERREICH

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2007-2008, wenn nicht anders angegeben

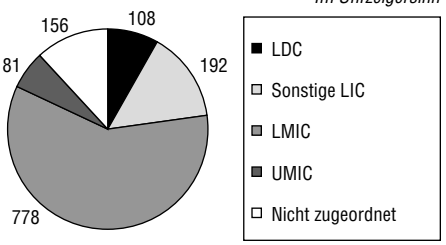
ODA, netto	2007	2008	Veränderung 2007/08
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	1 808	1 714	-5.3%
Konst. Preise (2007, Mio. US-$)	1 808	1 585	-12.4%
Euro (Mio.)	1 321	1 188	-10.1%
ODA/BNE	0.50%	0.43%	
Bilateraler Anteil	73%	72%	

Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)

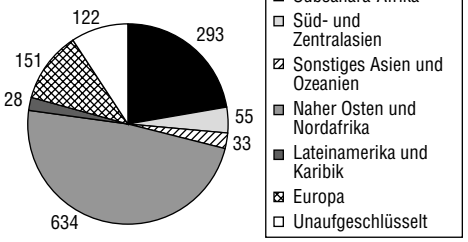
1 Irak	592
2 Nigeria	161
3 Bosnien und Herzegowina	36
4 Serbien	33
5 Georgien	28
6 Ägypten	27
7 Türkei	26
8 China	19
9 Tschad	15
10 Äthiopien	14
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	65%
10 Hauptempfänger	72%
20 Hauptempfänger	79%

Nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)

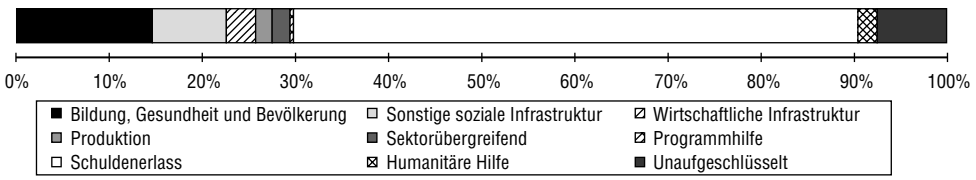
Im Uhrzeigersinn



Nach Region (Mio. US-$)



Nach Sektor



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/787656077355

Kasten 8.4 **DAC-Länderprüfung Österreich, 29. April 2009**

Prüfer: Luxemburg und Norwegen

Österreichs ODA-Leistungen beliefen sich 2008 auf 0,42% des BNE, womit es unter den DAC-Gebern an elfter Stelle rangiert. Der DAC lobte Österreich dafür, dass es seine Entwicklungszusammenarbeit auf die Ärmsten der Welt konzentriert. Österreich beabsichtigt, seine ODA-Leistungen für humanitäre Aktionen, prioritäre Länder und VN-Stellen wesentlich zu erhöhen. Es hat infolge einer 2004 begonnenen Reform der Organisationsstruktur die Austrian Development Agency (ADA) eingerichtet. Der neue fünfjährige Haushaltszyklus bietet eine gute Grundlage, um die Kohärenz des österreichischen EZ-Systems und die Vorhersehbarkeit seiner EZ-Leistungen zu verbessern. Österreich ist ferner aktiv und unterstützend am internationalen Prozess der Einbindung vieler unterschiedlicher Akteure beteiligt, um die Wirksamkeit der Entwicklung der Zivilgesellschaft zu fördern und seine Zusammenarbeit mit den Organisationen der Zivilgesellschaft zu vertiefen.

Herausforderungen und Empfehlungen

- Die ODA-Volumen sollten erhöht werden, ohne auf Schuldenerlasse zurückzugreifen. Auf Schuldenerlasse entfielen von 2005 bis 2007 50% und 2008 über 40% der österreichischen ODA-Leistungen, was höher als bei jedem anderen DAC-Mitglied ist. Im Zuge der Verringerung der Schuldenerleichterungen muss Österreich seine EZ-Leistungen drastisch steigern, um seine Verpflichtung zu erfüllen, das EU-Ziel von 0,7% des BNE für EZ-Leistungen bis 2015 zu erreichen. Trotz der Finanzkrise muss Österreich sein Zwischenziel von 0,51% im Jahr 2010 erreichen. Österreichs Netto-ODA ging 2008 im Vergleich zu 2007 auf Grund geringerer Aufwendungen für Entschuldungsmaßnahmen im Jahr 2008 um 14% auf 1,7 Mrd. US-$ zurück.
- Ein Plan mit Jahreszielen sollte entwickelt werden, um die EZ-Zusagen einzuhalten. Dies ist nötig, um den österreichischen EZ-Zusagen Glaubwürdigkeit zu verleihen und das Volumen der EZ-Leistungen für die Partnerländer und andere EZ-Partner vorhersehbarer zu machen.
- Die EZ-Wirksamkeit sollte durch Erhöhung des Anteils der EZ-Leistungen verbessert werden, der auf Ebene der Partnerländer eingeplant werden kann.
- Das Engagement für Politikkohärenz im Dienst der Entwicklung sollte vertieft werden. Österreich benötigt eine von der Regierung verabschiedete mittelfristige Entwicklungspolitik, die *alle* Ministerien zur Armutsbekämpfung, zur Erhöhung von Frieden und Sicherheit sowie zum Umweltschutz verpflichtet. Das Land benötigt ferner eine Aktionsagenda mit klaren Prioritäten und Zeitzielen, muss Aufgaben und Verantwortlichkeiten für die Politikkohärenz im EZ-Bereich klären sowie ein Analyse-, Monitoring- und Berichtssystem aufbauen, bei dem die Sichtweise sowie Erfahrungen der Akteure in den Partnerländern eingebunden sind.
- Österreich sollte zur Erfüllung seiner ODA-Verpflichtungen nicht auf Schuldenerleichterungen als maßgebliche Komponente setzen. Die Fragmentierung der ODA-Gesamtleistungen und des von der ADA verwalteten EZ-Programms sollte verringert werden. Die Personalausstattung und das Fachwissen im Außenministerium müssen gestärkt werden, damit es als nationaler Koordinator der EZ-Leistungen und Entwicklungspolitik agieren kann. Das Außenministerium sollte auf eine Vorabzuweisung der EZ-Leistungen durch alle Ministerien zurückgreifen, um eine Steigerung der Kohärenz der EZ-Politik sowie Transparenz und Vorhersehbarkeit der ODA-Gesamtleistungen zu erreichen.
- Ergebnisorientiertes Management sollte ins Zentrum der Planung, Umsetzung, Ausgabenberichterstattung, des Monitoring und der Evaluierung sowie der Leistungsziele der Beschäftigten gerückt werden. Länderprogramme sollten über konkrete Rahmen für Ergebniskontrolle verfügen, die an den Zielen der Partnerländer selbst ausgerichtet sein sollten.
- Die Konzentration auf die Sensibilisierung von Öffentlichkeit und Politik für die globalen Herausforderungen im Bereich Entwicklung sollte erhöht werden.

Portugal

Die Netto-ODA Portugals betrug 2008 620 Mio. US-$, was einem Anstieg von 22,4% gegenüber 2007 entspricht. Der Anstieg war in erster Linie durch eine Zunahme der bilateralen Leistungen bedingt, vor allem zu Gunsten Afrikas. Der BNE-Anteil der ODA-Leistungen erhöhte sich im Zeitraum 2007-2008 von 0,22% auf 0,27%.

Reform zur Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

Portugal greift stärker auf die Systeme des öffentlichen Finanzmanagements der Partnerländer zurück, insbesondere im Bereich des nationalen öffentlichen Beschaffungswesens. Es vermeidet parallel tätige Projektdurchführungseinheiten. Da einige Partnerländer Portugals zu den fragilen Staaten zählen, bei denen einige Bedingungen nicht erfüllbar sind, führt Portugal die EZ-Mittel dem institutionellen Kapazitätsaufbau zu. Die portugiesischen Kooperationsprogramme mit den Regierungen einzelner Partnerländer haben eine Laufzeit von drei bis vier Jahren, so dass es möglich ist, sie auf die Armutsbekämpfungsstrategien oder ähnliche Rahmenkonzepte der Partnerländer abzustimmen. Portugal wird diese Programme frühzeitiger planen, um es den Partnerländern zu ermöglichen, die EZ-Leistungsströme in ihren Haushaltsplanungszyklus zu integrieren. Derzeit sind Bemühungen im Gang, die Pläne möglichst lückenlos zu gestalten, d.h. sämtliche Leistungsströme zu erfassen. Dieser „Budgethilfe"-Prozess (Kapitel 3) hat in Mosambik und Timor-Leste bereits begonnen. Portugal registriert zudem die Auszahlungen an die einzelnen Partnerländer regelmäßig, um detailliertes aktuelles Datenmaterial für die EZ-Erfassungssysteme der Regierungen der Partnerländer zur Verfügung zu stellen. Nach der Billigung des Aktionsplans von Accra hat Portugal bereits eine Aktualisierung seines Programms zur Steigerung der EZ-Wirksamkeit vorgenommen.

Herausforderungen bei der Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

- Gewährleistung von Koordinierung und Komplementarität zwischen den wichtigsten Ministerien, Hochschulen, NRO, dem privaten Sektor und der EZ-Behörde.
- Thematisierung dieser Fragen unter Einbeziehung der Öffentlichkeit.
- Bemühungen, zu einer Arbeitsteilung in den einzelnen Ländern oder zwischen mehreren Ländern zu gelangen, und Übergang von der projektbezogenen Leistungserbringung zu neuen Konzepten, wie z.B. allgemeine Budgethilfe in Ländern mit fragiler institutioneller Struktur.
- Stärkung der Kapazitäten des technischen Personals der portugiesischen Ortsbüros, nicht nur im Hinblick auf die Zahl der Mitarbeiter, sondern auch im Hinblick auf deren Qualifikation, z.B. durch Schulungsmaßnahmen zum Thema EZ-Wirksamkeit.

PORTUGAL

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2007-2008, wenn nicht anders angegeben

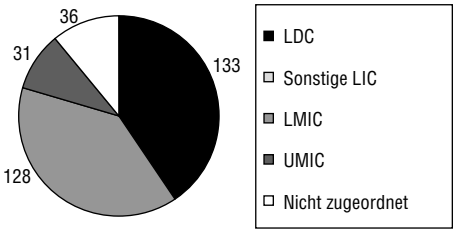
ODA, netto	2007	2008	Veränderung 2007/08
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	471	620	31.8%
Konst. Preise (2007, Mio. US-$)	471	576	22.4%
Euro (Mio.)	344	430	25.1%
ODA/BNE	0.22%	0.27%	
Bilateraler Anteil	57%	60%	

Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)

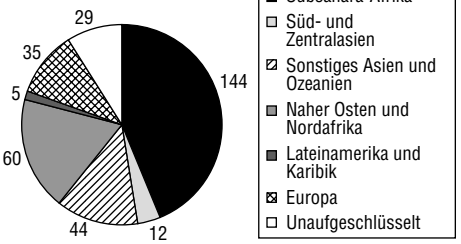
1 Kap Verde	59
2 Marokko	48
3 Timor-Leste	43
4 Mosambik	24
5 Angola	19
6 Bosnien und Herzegowina	17
7 Guinea-Bissau	17
8 Serbien	16
9 São Tomé und Príncipe	13
10 Afghanistan	12
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	59%
10 Hauptempfänger	82%
20 Hauptempfänger	88%

Nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)

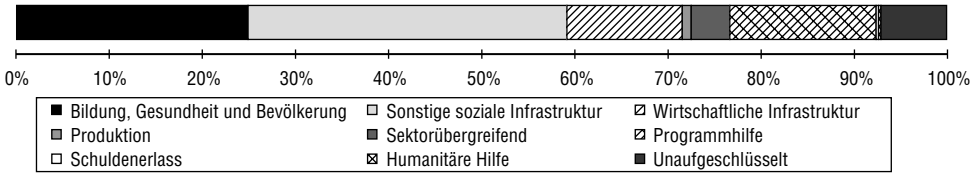
Im Uhrzeigersinn



Nach Region (Mio. US-$)



Nach Sektor



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/787868045122

Schweden

2008 belief sich die Netto-ODA Schwedens auf 4,73 Mrd. US-$, was gegenüber dem Vorjahr einem realen Anstieg um 3,9% entsprach. Das ODA/BNE-Verhältnis stieg von 0,93% in 2007 auf 0,98% in 2008.

Reform zur Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

Die Schwedische Behörde für internationale Entwicklungskooperation (Sida) und das Außenministerium haben im Juli 2009 einen gemeinsamen Aktionsplan für EZ-Wirksamkeit ins Leben gerufen. Dieser Plan enthält sieben Ziele für eine effektive schwedische Entwicklungszusammenarbeit, mit besonderem Augenmerk für die Anwendung von Länder- und Organisationssystemen, programmorientierten Ansätzen und Ergebnisorientierung. Der Aktionsplan erklärt auch, wie Schweden die Kooperation zum Thema EZ-Wirksamkeit in globalen Foren und im Verhältnis zu multilateralen Organisationen verstärken kann. Für Schwedens 33 Schwerpunktländer werden Basisdaten gesammelt und spezifische Ziele im Hinblick auf EZ-Wirksamkeit gesetzt. Während dieses Verfahrens werden die wesentlichen Fortschrittshindernisse und die länderspezifischen Maßnahmen identifiziert, um rascher Fortschritte zu erzielen. Der Aktionsplan wird in sechsmonatigen Abständen durch Treffen zwischen Sida und dem Außenministerium begleitet.

Das Außenministerium überarbeitet derzeit Leitlinien zu den EZ-Strategien, darunter die Umsetzung der Grundsätze zur EZ-Wirksamkeit in verschiedenen Umfeldern und EZ-Modalitäten. Die Sida bringt ihre Systeme auf den neuesten Stand, um sicherzustellen, dass die Mitarbeiter programmbasierte Ansätze wählen und Ländersysteme als erste Option verwenden.

Herausforderungen bei der Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

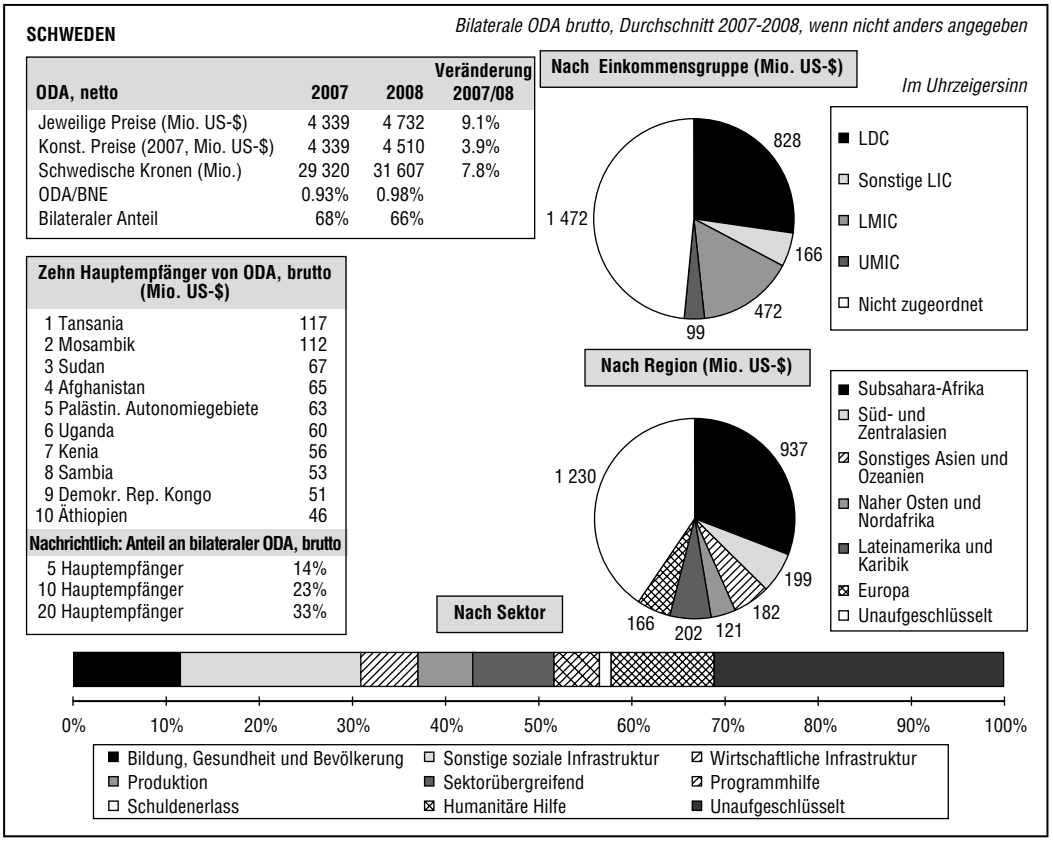
- Das Ausmaß der erforderlichen Veränderungen, in Verbindung mit mangelnder praktischer Erfahrung bei der Anwendung von Grundsätzen zur EZ-Wirksamkeit verlangsamt den Prozess trotz des eindeutigen politischen Engagements. Die Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit erfordert eine neue Einstellung sowohl des Anwenders als auch der Öffentlichkeit. Veränderungen brauchen Zeit und Informationen, zusätzliche Anreize und eine vollständige Überarbeitung der Regeln und Anordnungen. In diesem Sinn besteht die Herausforderung darin, ein breites Verständnis der Bedeutung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit zu fördern und auf institutioneller Ebene passende Systeme und Verfahren einzuführen.

SCHWEDEN

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2007-2008, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2007	2008	Veränderung 2007/08
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	4 339	4 732	9.1%
Konst. Preise (2007, Mio. US-$)	4 339	4 510	3.9%
Schwedische Kronen (Mio.)	29 320	31 607	7.8%
ODA/BNE	0.93%	0.98%	
Bilateraler Anteil	68%	66%	

Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Tansania	117
2 Mosambik	112
3 Sudan	67
4 Afghanistan	65
5 Palästin. Autonomiegebiete	63
6 Uganda	60
7 Kenia	56
8 Sambia	53
9 Demokr. Rep. Kongo	51
10 Äthiopien	46
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	14%
10 Hauptempfänger	23%
20 Hauptempfänger	33%



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/787887381645

Kasten 8.5 **DAC-Länderprüfung Schweden, 9. Juni 2009**

Prüfer: Japan und Vereinigte Staaten

Fortschritte bei der Umsetzung der Agenda zur Steigerung der EZ-Wirksamkeit

Die ODA-Leistungen Schwedens beliefen sich im Jahr 2008 auf 4,73 Mrd. US-$. Dies entsprach 0,98% seines BNE und machte Schweden zum großzügigsten Geber aller DAC-Länder nach diesem Maßstab sowie zum zehntgrößten hinsichtlich des Volumens. Im Jahr 2009 sah der schwedische Haushalt Ausgaben in Höhe von 1% seines BNE für Entwicklungszusammenarbeit vor. Der DAC begrüßte eine solche Zusage in Zeiten weltweiter Rezession. Es wurde jedoch auch angemerkt, dass das ODA-Budget Schwedens auf Grund seiner Koppelung an das BNE im Zeitraum 2009-2010 schrumpfen könnte und Schweden etwaige Budgetkürzungen umsichtig handhaben sollte.

Der DAC betonte, dass die EU-Ratspräsidentschaft Schwedens im Jahr 2009 eine wichtige Gelegenheit darstellte, innerhalb der internationalen Gemeinschaft Unterstützung für Entwicklungszusammenarbeit zu mobilisieren. Insbesondere erwartete die internationale Gemeinschaft von Schweden die Übernahme einer Führungsrolle bei den Folgearbeiten zu dem Bericht der Commission on Climate Change and Development.

Der DAC würdigte die Tatsache, dass Schweden wichtige Reformen in Angriff genommen hat, um die Qualität seiner bilateralen Entwicklungszusammenarbeit zu verbessern. Dazu gehören Bemühungen, um durch seine Entwicklungsanstrengungen die Prioritäten der Partnerländer besser zu unterstützen, die strategische Ausrichtung zu stärken, sich besser mit anderen Gebern abzustimmen und ergebnisorientierte Entwicklungszusammenarbeit zu leisten.

Die multilateralen Stellen betrachten Schweden als einen verlässlichen und engagierten Geber. Auch hat Schweden, wie in der letzten Länderprüfung empfohlen, inzwischen eine multilaterale Strategie entwickelt. Dies wurde vom Ausschuss lobend hervorgehoben, und Schweden wurde empfohlen, diese Strategie zu nutzen, um die strategische Fokussierung seines Engagements mit multilateralen Institutionen zu erhöhen. Partnerschaften mit zivilgesellschaftlichen Organisationen sind ebenfalls stark, insbesondere innerhalb Schwedens, wo sie bei den Kontakten zur Öffentlichkeit und deren Sensibilisierung eine wichtige Rolle spielen sowie eine tragende Säule der schwedischen Entwicklungszusammenarbeit darstellen. Der DAC begrüßte außerdem die Anstrengungen Schwedens zur beginnenden Eindämmung des „Maßnahmen-Dschungels", der in der letzten Länderprüfung festgestellt worden war.

Wenngleich Schweden vielen anderen Gebern gegenüber einen Vorsprung hinsichtlich seiner starken gesetzlichen Basis für Politikkohärenz im Dienst der Entwicklung aufweist, stellte sich die Kohärenz in der Praxis als schwer umsetzbar heraus. Um hier Abhilfe zu schaffen, hat die Regierung im Jahr 2008 einen vielversprechenderen praktischen Ansatz entwickelt. Schließlich hat Schweden in der Initiative für empfehlenswerte Praktiken der humanitären Hilfe (GHD) und bei der Finanzierung zeitgerechter und den Bedürfnissen entsprechender humanitärer Hilfe eine starke Führungsrolle übernommen.

Herausforderungen und Empfehlungen

- Für die schwedische Entwicklungszusammenarbeit ist es eine Herausforderung, eine derart große Zahl von Veränderungsprozessen gleichzeitig zu verwalten. Die Richtung, das Tempo und der Grundgedanke der Reformen müssen Mitarbeitern und Partnern wirkungsvoll kommuniziert werden, damit sie sich daran aktiv beteiligen und es nicht zu Missverständnissen kommt.
- Es bedarf unabhängiger Untersuchungen, um die EZ-Kohärenz innerhalb der Regierung zu beobachten und zu evaluieren.
- Da Schweden dabei ist, die Zahl seiner Partnerländer zu reduzieren, sollte es sich entsprechend seiner Politik für Globale Entwicklung und seiner Verpflichtung auf die Milleniumsentwicklungsziele weiter auf Armutsbekämpfung konzentrieren.
- Der DAC begrüßte ausdrücklich Schwedens neue Betonung der Entwicklungsergebnisse. Er war sich der Tatsache bewusst, dass es Zeit braucht, um eine Kultur des ergebnisorientierten Managements zu verankern, und betonte die Bedeutung praktischer Schulung und Unterstützung der Mitarbeiter.
- Entsprechend der Paris-Erklärung ermutigte der DAC Schweden zu einer Erhöhung des Anteils seiner mit den Strategien der Partnerländer koordinierten und abgestimmten technischen Zusammenarbeit.
- Schweden sollte seine Position als guter humanitärer Geber konsolidieren, indem es seine humanitäre Politik aktualisiert, die Querschnittspolitiken und -prioritäten besser integriert und seinen Plan zur angemessenen Allokation der Finanzierung von Lernmaßnahmen im humanitären Bereich fertigstellt.

Schweiz

Die ODA der Schweiz belief sich 2008 netto auf 2,04 Mrd. US-$, was einer Zunahme in realer Rechnung um 7,6% gegenüber 2007 entspricht. Der Anstieg war hauptsächlich auf eine Zunahme der bilateralen Leistungen zurückzuführen. Das ODA/BNE-Verhältnis erhöhte sich von 0,38% im Jahr 2007 auf 0,42% im Jahr 2008.

Reform zur Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

Die Schweiz legte ihre Prioritäten für die Umsetzung der Verpflichtungen des Aktionsplans von Accra in einer 2009 angenommenen Grundsatzerklärung fest. Zu diesen Prioritäten zählen die demokratische Eigenverantwortung, die Nutzung der Systeme der Partnerländer, die Vorhersehbarkeit der EZ-Leistungen sowie programmorientierte Ansätze. Die Vorhersehbarkeit und die Transparenz der EZ-Leistungen werden durch die Verbesserung der Verfahren und Instrumente erhöht. Zu diesem Zweck hat sich die Schweiz an der Internationalen Geber-Transparenz-Initiative (International Aid Transparency Initiative) beteiligt. Die Schweiz hat damit begonnen, für jedes Land eine Bestandsaufnahme ihrer Nutzung der Ländersysteme durchzuführen. Diese wird dabei helfen, ihre Nutzung zu systematisieren, soweit sie robust genug sind. Um die programmorientierten Ansätze zu verbessern, plant die Schweiz, ihre Erfahrungen zu überprüfen und den Vertretungen in den Partnerländern Orientierungshilfen und Schulungsmaßnahmen zu bieten, u.a. im Hinblick auf ihre Definition, Ziele und Bedingungen. Die Schweiz beabsichtigt, den Ortsbüros weitere Managementbefugnisse zu übertragen, um die länderspezifische Umsetzung des Aktionsplans von Accra zu verstärken.

Herausforderungen bei der Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

- Die Schweiz fördert durch eine starke lokale Präsenz sowie Unterstützung durch Mitarbeiter vor Ort traditionell den Kapazitätsaufbau sowie Ansätze zur Einbeziehung vieler unterschiedlicher Akteure in den Partnerländern. Allerdings ist die systematischere Nutzung von Instrumenten wie der allgemeinen Budgethilfe und programmorientierten Ansätzen nach wie vor eine große Herausforderung. Fragen im Hinblick auf die Zuordnung einerseits und die Beitragsleistung, Sichtbarkeit und Ausrichtung der schweizerischen ODA andererseits sind in der Öffentlichkeit, der Regierung und im Parlament ebenfalls zur Sprache gekommen.
- Eine zweite Herausforderung ist die Definition eines geeigneten Ansatzes für die Anwendung einiger Grundsätze der EZ-Wirksamkeit, z.B. die Nutzung der Ländersysteme in Situationen, in denen die Empfängerregierungen keine Mindeststandards in Bezug auf Rechenschaftspflicht und Transparenz einhalten. Die Schweiz beabsichtigt die Förderung von Verfahren, die einen Weg heraus aus fragilen und unrechtmäßigen Situationen zu Good Governance, demokratischer Eigenverantwortung und staatsbürgerlichem Bewusstsein weisen.

SCHWEIZ

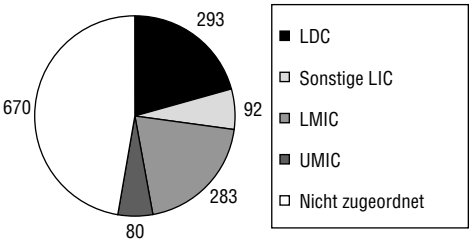
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2007-2008, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2007	2008	Veränderung 2007/08
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	1 685	2 038	20.9%
Konst. Preise (2007, Mio. US-$)	1 685	1 813	7.6%
Schweizer Franken (Mio.)	2 022	2 234	10.5%
ODA/BNE	0.38%	0.42%	
Bilateraler Anteil	75%	76%	

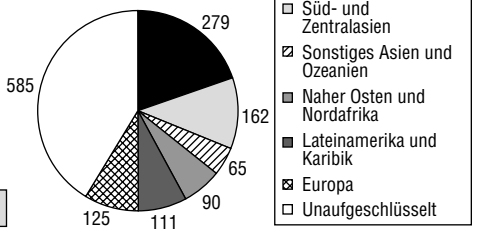
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Serbien	52
2 Irak	47
3 Tansania	26
4 Mosambik	24
5 Vietnam	23
6 Nepal	21
7 Burkina Faso	21
8 Bangladesch	19
9 Nicaragua	19
10 Afghanistan	18
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	12%
10 Hauptempfänger	19%
20 Hauptempfänger	30%

Nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)

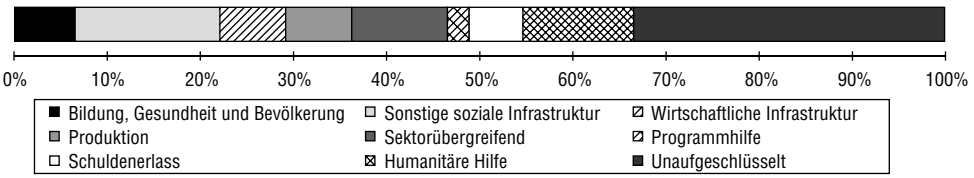
Im Uhrzeigersinn



Nach Region (Mio. US-$)



Nach Sektor



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/788013786120

Kasten 8.6 **DAC-Länderprüfung Schweiz, 14. Oktober 2009**

Prüfer: Belgien und die Niederlande

Fortschritte bei der Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

Die Schweiz wendete 2008 2,02 Mrd. US-$ für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit auf, was einem Anstieg von über 6% gegenüber dem Vorjahr entsprach. Dieser Betrag entspricht 0,42% ihres Bruttonationaleinkommens (BNE), was bedeutet, dass die Schweiz ihre in Monterrey eingegangene Verpflichtung, bis 2010 0,4% ihres BNE für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen, bereits übertroffen hat. Bei der Länderprüfung wurde der Schweiz empfohlen, sich ein Ziel von 0,5% für ihre EZ-Leistungen vorzugeben – was auf Antrag des Parlaments im Bundesrat beraten wird – und den VN-Richtwert von 0,7% nicht außer Acht zu lassen.

Die Schweiz ist seit langem in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit tätig. Ihre humanitäre Hilfe wird für ihren ganzheitlichen Ansatz anerkannt, der fest im humanitären Völkerrecht verankert ist und von raschen, flexiblen, abgestimmten und zielgerichteten Maßnahmen unterstützt wird. Aus ihrem Engagement gegenüber den multilateralen Partnern lassen sich ebenfalls Erkenntnisse über empfehlenswerte Praktiken gewinnen: Die Schweiz wird von den multilateralen Organisationen als beispielhafter Geber betrachtet, da ein Großteil ihrer Zahlungen an multilaterale Institutionen in Form von Kernbeiträgen und mehrjährigen Zuschüssen gezahlt wird. Die Schweiz leistet darüber hinaus Beiträge zum internationalen Denken auf dem Gebiet der Governance und Entwicklung in fragilen Situationen. Ihr besonderer Schwerpunkt liegt auf den ärmsten Ländern der Erde (65% der bilateralen ODA). Indessen ist die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit zurzeit auf zu viele Länder und Sektoren verteilt, auch wenn sie nunmehr darum bemüht ist, die geografische und sektorspezifische Konzentration zu erhöhen. In diesem Zusammenhang wird die Schweiz dazu ermutigt, die in Accra geforderte internationale Arbeitsteilung zu berücksichtigen und die Nische zu identifizieren, in der ihre Tätigkeit die größtmögliche Wirkung entfalten kann.

Etwa 80% der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit werden vom Wirtschafts- und vom Außenministerium gemeinsam verwaltet. Im Rahmen der Länderprüfung wurden die Schritte begrüßt, die die Schweiz unternommen hat, um ihren strategischen EZ-Ansatz zu stärken. Ein einheitlicher Leitgedanke, unterstützt von enger Abstimmung zwischen den beiden Ministerien, wird von wesentlicher Bedeutung sein, um trotz der institutionellen Aufteilung die Kohäsion des EZ-Programms zu gewährleisten. Im Zuge der derzeitigen institutionellen Reformen werden den Vertretungen in den Partnerländern mehr Befugnisse übertragen, wodurch die Entwicklungszusammenarbeit an Wirksamkeit gewinnen wird.

Die Schweiz hat Fortschritte bei der Sicherstellung besserer Kohärenz zwischen EZ-fremden Maßnahmen und ihren Entwicklungszielen verbucht. Sie hat Bereiche wie Handel, Besteuerung und die Rückübertragung gestohlener Vermögenswerte mit ihren Verpflichtungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit in Einklang gebracht. Allerdings muss sie auf diesen Einzelbeispielen aufbauen und die Kohärenz zwischen allen Politikmaßnahmen institutionalisieren. Die Prüfer schlugen vor, dass die Schweiz einen Mechanismus zur Schlichtung zwischen einander entgegenstehenden Politikmaßnahmen identifiziert bzw. einrichtet.

Herausforderungen und Empfehlungen

- Die Armutsbekämpfung, einschließlich Chancengerechtigkeit und Nachhaltigkeit, sollte als oberstes Ziel der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit neu betont werden. Die Konzentration auf klar definierte Themenbereiche wäre ebenfalls von Vorteil. Die Schweiz muss darüber hinaus ihre Bemühungen verstärken, die Entwicklungswirkungen ihrer EZ-Leistungen zu kommunizieren, um die große Unterstützung durch die Öffentlichkeit und die Politik aufrechtzuerhalten.
- Transparente Kriterien sollten für das Eingehen von Partnerschaften geschaffen, klare Verbindungen zwischen Mittelallokationen und Ergebnissen hergestellt und standardisierte Orientierungshilfen für die Interaktion der Ortsbüros in den Partnerländern mit NRO entwickelt werden. Die Schweiz muss in der Hauptverwaltung und vor Ort einen strategischeren, transparenteren und stärker standardisierten Ansatz für die Arbeit mit NRO, Forschungseinrichtungen und anderen Partnern entwickeln.
- Die Schweiz sollte mehr unternehmen, um Standards festzulegen, Ergebnisse zu beobachten und die Auswirkungen ihrer Entwicklungszusammenarbeit zu beurteilen. Eine Herausforderung im Zusammenhang mit der kürzlich erfolgten Umstrukturierung ist die Erhaltung geeigneten Fachwissens in der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit der Schweiz. Die neuen thematischen Netzwerke machen klar definierte Ziele sowie ein ausreichendes Gewicht und entsprechende Mittel erforderlich, um den Verlust thematischer Sektionen auszugleichen.
- Die Schweiz steht bei der Umsetzung eines Teils der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit vor Herausforderungen, insbesondere in fragilen Staaten. Die Schweiz sollte zur Umsetzung des Aktionsplans von Accra aufeinander abgestimmte Pläne für die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und das Wirtschaftsministerium (SECO) entwickeln und umsetzen, wobei klare Indikatoren und Zielvorgaben den Vertretungen in den Partnerländern Orientierung geben sollten.

Spanien

Spaniens ODA belief sich 2008 netto auf 6,87 Mrd. US-$, was einer Zunahme in realer Rechnung um 22,6% gegenüber 2007 entspricht. Der Anstieg war auf eine Zunahme der bilateralen Leistungen zurückzuführen, insbesondere an Afrika. Das ODA/BNE-Verhältnis erhöhte sich von 0,37% in 2007 auf 0,45% in 2008.

Reform zur Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

Der dritte spanische Masterplan für die internationale Zusammenarbeit für 2009-2012 betont die Grundsätze der EZ-Wirksamkeit. Das spanische Gesetz über die internationale Zusammenarbeit wird zurzeit aus der Perspektive der EZ-Wirksamkeit überarbeitet, um die Umsetzung der Verpflichtungen des Aktionsplans von Accra zu fördern. Die Reform der spanischen Durchführungsorganisation AECID wird es ihr ermöglichen, die Entwicklungszusammenarbeit effektiver abzuwickeln. Die Planungs- und Programmgestaltungsmethoden werden überprüft und aktualisiert, und der von Spanien mit seinen Partnerländern verfolgte Ansatz in Bezug auf die Entwicklungsergebnisse wird neu definiert.

Spaniens Länderstrategiepapiere werden für jedes Partnerland in ergebnisorientierte Kooperationsrahmen überführt. Diese Rahmen schaffen die Grundlage für eine fortlaufende Ausgaben- bzw. Umsetzungsplanung über einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren. Sie werden am nationalen Haushaltszyklus ausgerichtet, um von den Partnerländern geführte Initiativen, eine umfassendere Nutzung der Ländersysteme, Vorhersehbarkeit und gegenseitige Rechenschaftspflicht zu ermöglichen. Die Methoden für die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit werden ebenfalls überprüft, um die Verpflichtungen im Rahmen des Aktionsplans von Accra zu erfüllen.

Herausforderungen bei der Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

Zur Anwendung der Grundsätze der Paris-Erklärung und Erfüllung des Aktionsplans von Accra wird ein tiefgreifender Wandel der Funktionsweise des EZ-Systems erforderlich sein. Nach Auffassung Spaniens sind die größten Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt, folgende:

- rechtliche und administrative Beschränkungen sowie zu stark zentralisierte Entscheidungsprozesse,
- Kommunikationslücke zwischen der Hauptverwaltung und den Vertretungen vor Ort sowie Systemrigidität,
- Fehlen angemessener Schulungen und Kompetenzen im Bereich der EZ-Wirksamkeit (z.B. Politikdialog, Entwicklungspartnerschaften, ergebnisorientiertes EZ-Management) und ein unzureichendes Anreizsystem für die Mitarbeiter im Hinblick auf die Umsetzung des Aktionsplans sowie
- Notwendigkeit einer Zusammenführung aller spanischen EZ-Akteure in einen einheitlichen Rahmen, um auf Entwicklungsergebnisse hinzuarbeiten.

SPANIEN

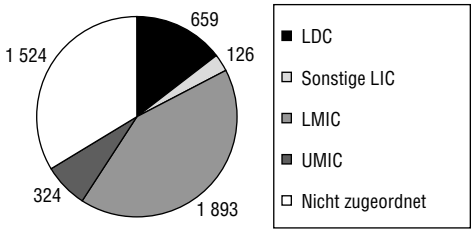
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2007-2008, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2007	2008	Veränderung 2007/08
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	5 140	6 857	33.6%
Konst. Preise (2007, Mio. US-$)	5 140	6 304	22.6%
Euro (Mio.)	3 755	4 761	26.8%
ODA/BNE	0.37%	0.45%	
Bilateraler Anteil	65%	70%	

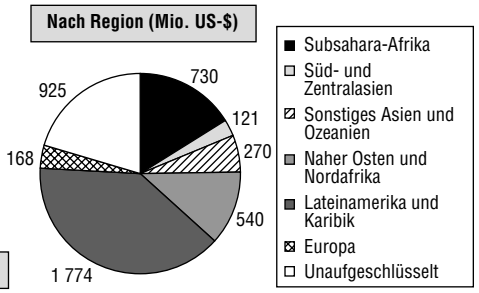
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)

1 Guatemala	254
2 Honduras	186
3 Nicaragua	150
4 Peru	127
5 Marokko	124
6 China	91
7 Senegal	90
8 Palästin. Autonomiegebiete	88
9 Bolivien	87
10 Ecuador	84
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	19%
10 Hauptempfänger	28%
20 Hauptempfänger	43%

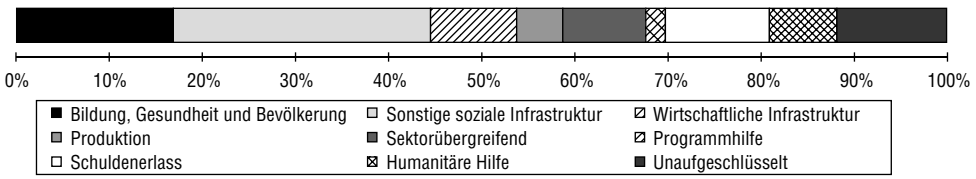
Nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)



Nach Region (Mio. US-$)



Nach Sektor



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/787874457680

Vereinigtes Königreich

2008 belief sich die Netto-ODA des Vereinigten Königreichs auf 11,5 Mrd. US-$, was einem Anstieg um 25,0% in realer Rechnung gegenüber 2007 entspricht. Diese Zunahme erklärt sich aus einer allgemeinen Aufstockung der EZ-Leistungen des Vereinigten Königreichs. Das ODA/BNE-Verhältnis stieg zwischen 2007 und 2008 von 0,35% auf 0,43%.

Reform zur Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

Das Ministerium für Internationale Entwicklung (Department for International Development – DFID) hat sich zur Einhaltung der Zielvorgaben des Aktionsplans von Accra verpflichtet und bereits 7 der 10 wichtigsten Ziele der Paris-Erklärung realisiert. Im Weißbuch des DFID von 2009 wird das politische Engagement des Vereinigten Königreichs für die EZ-Wirksamkeit unterstrichen. Das DFID ist gegenüber dem britischen Parlament und der britischen Bevölkerung insgesamt verpflichtet, sicherzustellen, dass die öffentlichen Mittel so effektiv wie möglich eingesetzt werden. Es hat jüngst einen Aktionsplan veröffentlicht, der die Einhaltung der in Paris und Accra eingegangenen Verpflichtungen gewährleisten soll. In diesem Plan werden drei prioritäre Bereiche identifiziert: *a)* Verbesserung der Vorhersehbarkeit der EZ-Leistungen, um den Regierungen der Partnerländer die Planung zu erleichtern, *b)* Erhöhung der Transparenz der EZ-Leistungen und Sicherung der Erfassung der Gesamtheit der zwischenstaatlichen Leistungen in den Haushalten der Partnerländer sowie *c)* Verstärkung der gegenseitigen Rechenschaftspflicht auf Länderebene. Im Aktionsplan werden die Maßnahmen definiert, die es hinsichtlich der Verwaltung auf interner oder regionaler/nationaler Ebene zu ergreifen gilt, um die Aufgaben in diesen drei Bereichen zu bewältigen und sonstigen Verpflichtungen des Aktionsplans von Accra nachzukommen. Beispielsweise arbeitet das DFID mit 16 anderen Gebern zusammen, um die Transparenz der Entwicklungszusammenarbeit durch die auf dem Hochrangigen Forum von Accra ins Leben gerufene Internationale Geber-Transparenz-Initiative (International Aid Transparency Initiative) zu erhöhen. Im August richtete das DFID außerdem eine abfragbare Datenbank ein, um die Informationen über die von ihm finanzierten Projekte leichter zugänglich zu machen.

Herausforderungen bei der Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

- Es müssen kontinuierliche Anstrengungen unternommen werden, um zu zeigen, dass die vom DFID im Aktionsplan von Accra eingegangenen Verpflichtungen die bestmöglichen Ergebnisse für arme Frauen und Männer bringen. Das wird von entscheidender Bedeutung sein, damit die Entwicklungsagenda im Vereinigten Königreich auf dauerhafte Unterstützung zählen kann.
- Die technischen Hindernisse bei den Umsetzungsmodalitäten der in Bezug auf die EZ-Wirksamkeit eingegangenen Verpflichtungen müssen überwunden werden. So verbessert das DFID derzeit seine Berichterstattung über die hinsichtlich der EZ-Wirksamkeit eingegangenen Verpflichtungen und hat die Ziele in diesem Bereich in sein internes Leistungsmanagementsystem aufgenommen. Es muss noch mehr getan werden, um die Mitarbeiter stärker für diese Ziele zu sensibilisieren.

VEREINIGTES KÖNIGREICH

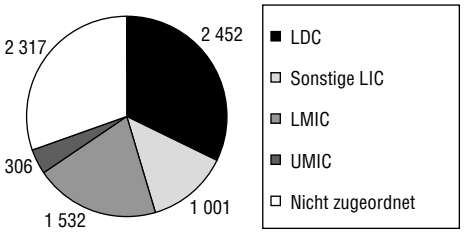
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2007-2008, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2007	2008	Veränderung 2007/08
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	9 849	11 500	16.8%
Konst. Preise (2007, Mio. US-$)	9 849	12 315	25.0%
Pfund Sterling (Mio.)	4 921	6 356	29.2%
ODA/BNE	0.35%	0.43%	
Bilateraler Anteil	57%	64%	

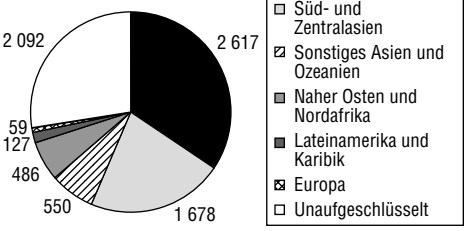
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Indien	700
2 Irak	350
3 Afghanistan	296
4 Nigeria	275
5 Äthiopien	273
6 Bangladesch	249
7 Tansania	243
8 Pakistan	229
9 Sudan	203
10 China	201
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	25%
10 Hauptempfänger	40%
20 Hauptempfänger	57%

Nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)

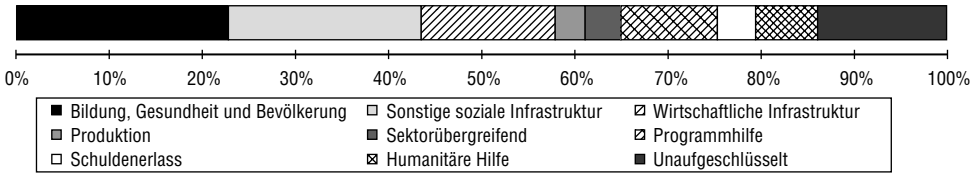
Im Uhrzeigersinn



Nach Region (Mio. US-$)



Nach Sektor



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/788134167156

Vereinigte Staaten

2008 belief sich die Netto-ODA der Vereinigten Staaten auf 26,84 Mrd. US-$, was einem Anstieg um 20,5% in realer Rechnung gegenüber 2007 entspricht. Diese Erhöhung ist auf eine Zunahme der EZ-Leistungen an alle Entwicklungsländer und insbesondere Subsahara-Afrika und die Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder zurückzuführen. Das ODA/BNE-Verhältnis stieg zwischen 2007 und 2008 von 0,16% auf 0,19%.

Reform zur Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

Das Jahr 2009 zeichnete sich durch eine Beschleunigung der positiven Entwicklung im Bereich der Wirksamkeit der EZ-Leistungen und -Politik aus. Mit der Gründung des Interinstitutionellen Ausschusses (IPC – Inter-Agency Policy Committee) für internationale Entwicklung und humanitäre Hilfe und die Beauftragung des Nationalen Sicherheitsrats (National Security Council) und des Rats der Wirtschaftsberater (Council of Economic Advisors) mit der Ausarbeitung einer ressortübergreifenden Entwicklungspolitik und -strategie hat die Regierung Obama konkrete Schritte in die Wege geleitet, um die Kohärenz der amerikanischen EZ-Politik und -Praxis zu erhöhen. Das US-Außenministerium hat seine Präferenz für die Einrichtung multilateraler Partnerschaften und Konzepte im Bereich der Entwicklung und Diplomatie bekundet. Der US-Kongress hat mehrere Gesetzentwürfe zur Reform der Entwicklungszusammenarbeit eingebracht, um die Transparenz und Rechenschaftspflicht zu erhöhen und die Kohärenz zu steigern. Die US-Behörde für Internationale Entwicklung (USAID) erstellt derzeit Leitlinien zur Vorhersehbarkeit der Leistungen, Lieferaufbindung, Nutzung der Systeme und Verfahren der Partnerländer und Rückgriff auf Projektdurchführungsstellen. Die Millennium Challenge Corporation (MCC) hat Arbeitsdokumente zur Eigenverantwortung der Partnerländer und Ergebnisse veröffentlicht.

Die Vereinigten Staaten verfügen über ein solides Fundament im Bereich der Transparenz und innerstaatlichen Rechenschaftspflicht. Alle amerikanischen EZ-Abkommen ebenso wie die Standardkonditionen stehen der Öffentlichkeit zur Verfügung und werden in den meisten Fällen, bei begrenzten Ausnahmen, im Internet veröffentlicht. Im Fall der MCC erstellen die Partnerländer, die die MCC-Programme umsetzen, Jahresprojektionen der Auszahlungsanträge auf vierteljährlicher Grundlage. Die MCC veröffentlicht auf ihrer Website wiederum vierteljährlich Berichte über die Auszahlungen und den Projektstatus.

Herausforderungen bei der Umsetzung der Agenda für die Steigerung der EZ-Wirksamkeit

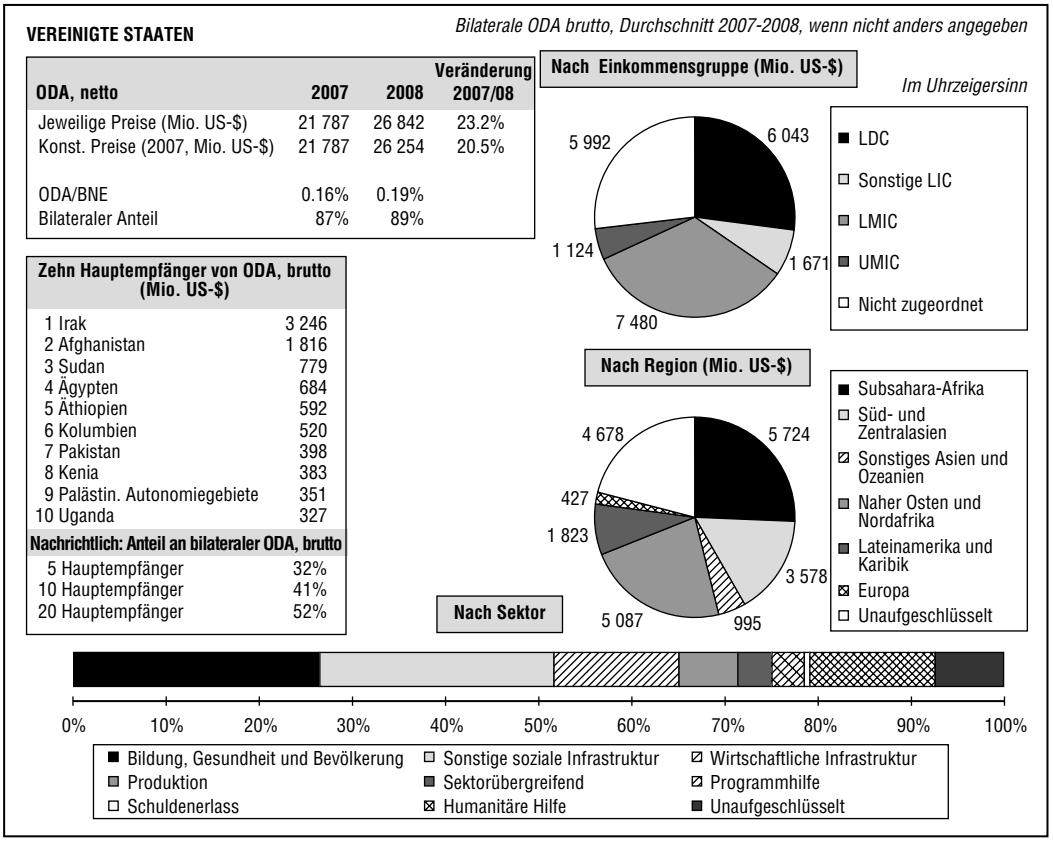
- Die Anpassung der amerikanischen ODA-Leistungen an die Strategien der Entwicklungsländer kann sich angesichts der Tatsache, dass sowohl die Regierung als auch der Kongress spezifische Verwendungszwecke für die ODA bestimmen, in manchen Fällen als schwierig erweisen.
- Die strengen innerstaatlichen US-Auflagen im Bereich der Rechenschaftspflicht wirken als Hemmschuh für die Nutzung der Finanzmanagement- und Beschaffungssysteme der Partnerländer.
- Die Aufhebung der Lieferbindung bleibt eine Herausforderung: Im Jahr 2007 war noch etwas weniger als ein Drittel der amerikanischen EZ-Leistungen liefergebunden.

VEREINIGTE STAATEN

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2007-2008, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2007	2008	Veränderung 2007/08
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	21 787	26 842	23.2%
Konst. Preise (2007, Mio. US-$)	21 787	26 254	20.5%
ODA/BNE	0.16%	0.19%	
Bilateraler Anteil	87%	89%	

Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Irak	3 246
2 Afghanistan	1 816
3 Sudan	779
4 Ägypten	684
5 Äthiopien	592
6 Kolumbien	520
7 Pakistan	398
8 Kenia	383
9 Palästin. Autonomiegebiete	351
10 Uganda	327
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	32%
10 Hauptempfänger	41%
20 Hauptempfänger	52%



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/788142061774

Zusammenfassungen der Zwischenevaluierungen

Auf Ersuchen von DAC-Mitgliedern wurden seit dem Jahr 2003 freiwillige Zwischenevaluierungen durchgeführt. Sie werden bis Ende 2009 als Pilotprojekte organisiert, danach wird der DAC entscheiden, ob daraus ein regelmäßigeres Verfahren werden soll. Im Rahmen dieses Pilotvorhabens nahmen **Dänemark, Finnland, Kanada, die Niederlande und Spanien** im Jahr 2009 freiwillig an einer Zwischenevaluierung teil (Kasten 8.7). Diese Zwischenevaluierungen haben dabei geholfen, Veränderungen, Ergebnisse und Auswirkungen zu verfolgen, die Bemühungen der Mitglieder bei der Umsetzung der Empfehlungen zu unterstützen und Erfahrungen öfter als alle vier bis fünf Jahre an andere DAC-Mitglieder weiterzugeben.

Kasten 8.7 **Zwischenevaluierungen**

Das Ziel dieser Zwischenevaluierungen ist die Fokussierung auf die Umsetzung der DAC-Empfehlungen. Sie bieten auch die Gelegenheit, die internationalen und nationalen Entwicklungen seit der letzten Länderprüfung und ihre Auswirkungen auf das EZ-Programm zu diskutieren. Eines der wichtigsten Themen war die weltweite Wirtschaftskrise und ihre schweren Auswirkungen auf die Entwicklungsländer. Die evaluierten Mitglieder haben lobenswerte Anstrengungen unternommen, um trotz des Drucks zur Senkung öffentlicher Ausgaben ihre EZ-Budgets aufrechtzuerhalten. Sie sind damit gute Vorbilder für andere Geber, auch an ihren ODA-Zusagen festzuhalten. **Spanien, Dänemark** und **Finnland** beabsichtigen, im Jahr 2010 zumindest das Nominalniveau ihres ODA-Volumens beizubehalten. Das Ziel der **Niederlande** ist die Erhaltung ihres ODA/BNE-Verhältnisses von 0,8%, und **Kanada** ist dabei, seine gesamten ODA-Leistungen bis 2011 gegenüber 2001/2002 zu verdoppeln. Die Wirtschaftskrise erfordert außerdem neue Anstrengungen und Ansätze, um zur Milderung ihrer Auswirkungen beizutragen. Willkommen ist die dänische und niederländische Entscheidung für eine höhere Priorität des privatwirtschaftlich induzierten Wachstums.

Insgesamt zeugten diese Zwischenevaluierungen von einem dynamischen Wunsch, die Politiken den neuen internationalen Herausforderungen anzupassen, Reformen durchzuführen und in jedem einzelnen Kontext nach Innovationsmöglichkeiten zu suchen. Hinsichtlich der Politiken haben **Finnland** und die **Niederlande** im Jahr 2007 ihre neuen EZ-Prioritäten entwickelt; das Parlament **Kanadas** hat im Jahr 2008 ein *Official Development Assistance Accountability Act* verabschiedet, **Spaniens** Parlament hat seinen *Dritten Masterplan* (2009-2012) angenommen, der über das Außenministerium hinausreicht, und **Dänemark** hat mit der Ausarbeitung einer neuen Gesamtstrategie für seine Entwicklungszusammenarbeit begonnen, die Mitte 2010 veröffentlicht werden dürfte. Was die Reformen betrifft, so haben die **Niederlande** im November 2008 ein Modernisierungsprogramm für die niederländische Entwicklungszusammenarbeit gestartet, **Dänemark** hat Anfang 2009 sein Außenministerium umstrukturiert, und **Spanien** prüft derzeit eine Reform seiner Finanzierungsinstrumente, um sich an die Bedürfnisse der modernen Entwicklungszusammenarbeit anzupassen. Integriertere Ansätze zu fördern – insbesondere die Umsetzung ressortübergreifender Ansätze in fragilen Staaten und die Erhöhung der EZ-Wirksamkeit –, ist eine sehr wichtige neue Initiative der fünf überprüften Mitglieder. Die Evaluierungen zeigen auch, wie globale öffentliche Güter, insbesondere Sicherheit, Klimawandel und Energie, immer mehr in EZ-Politiken und -Programme integriert werden.

Alle überprüften Mitglieder machen gute Fortschritte hinsichtlich der meisten DAC-Empfehlungen. Sie bieten eine Vielzahl an empfehlenswerten Praktiken und Erfahrungen, die sie mit anderen Gebern teilen können. Dazu gehören:

- **Dänemarks** Evaluierung des Dezentralisierungsprojekts des Außenministeriums und Einrichtung der Stelle eines internen Ombudsmanns zur Erleichterung des Dialogs mit Mitarbeitern vor Ort.
- **Finnlands** verstärktes Konzept für Politikkohärenz im Dienst der Entwicklung, darunter eine neue Erfordernis für alle Ministerien, dem Parlament und nicht nur dem Außenministerium über ihre EZ-Aktivitäten zu berichten.
- **Kanadas** ressortübergreifende Ansätze in fragilen Staaten.
- Reduzierung der Zahl der Schwerpunktländer und -sektoren durch die **Niederlande** und deren intensiver Dialog mit neuen und nichttraditionellen Akteuren der EZ, um die Unterstützungsbasis zu erweitern.
- **Spaniens** neue multilaterale Strategie, konzentriert auf vier Hauptstellen, Kernfinanzierung, Nutzung bestehender Rahmen für die Leistungsbewertung und – erstmalig – ein Bericht an das Parlament über Spaniens multilaterale EZ.

Die Mitglieder möchten auch Erfahrungen austauschen. So sind die **Niederlande** beispielsweise sehr daran interessiert, sich mit anderen Gebern über Methoden zur systematischen Beobachtung und Verfolgung der Auswirkungen der Politikkohärenz auf die Entwicklung auszutauschen. **Finnland** würde seinerseits gerne von anderen Gebern lernen, die Erfahrung mit der Einbeziehung einer stärkeren wirtschaftlichen Ausrichtung in der Entwicklungszusammenarbeit gesammelt haben.

Arbeitsteilung ist ein prioritäres Anliegen der EZ-Programme aller evaluierten Mitglieder. Sie streben weitere geografische und sektorale Konzentration an. Spanien beabsichtigt, die geografische Arbeitsteilung zu einem Hauptthema seiner EU-Präsidentschaft im Jahr 2010 zu erheben. Manche Mitgliedstaaten haben durch eine Einschränkung der Zahl ihrer Schwerpunktländer gute Ergebnisse erzielt. Allerdings bleibt für einige von ihnen die Umsetzung der sektoralen Konzentration vor Ort eine Herausforderung. Zu den anderen Herausforderungen, denen alle überprüften Mitglieder in gewissem Maß gegenüberstehen, gehören die Beibehaltung hoher öffentlicher und politischer Unterstützung für die EZ, wobei verstärkte Bemühungen um Kommunikation der Ergebnisse gefordert werden, und die Bewahrung des passenden Qualifikations- und Fähigkeitsmix der Beschäftigten im Rahmen allgemeiner Kürzungen im öffentlichen Dienst.

Profile der anderen OECD-Geber

Island

Die Netto-ODA Islands verharrte 2008 konstant bei 48 Mio. US-$. Dies entspricht 0,47% des BNE, gegenüber 0,27% im Jahr 2007. Der beispiellose Anstieg des ODA/BNE-Verhältnisses ist in erster Linie auf die Abwertung der isländischen Krone gegenüber dem US-Dollar und den starken Rückgang des BNE infolge der Wirtschaftskrise zurückzuführen. Die bilateralen Leistungen beliefen sich 2008 auf 36,06 Mio. US-$, während die übrigen 25% der ODA-Gesamtleistungen Islands auf multilaterale Beiträge entfielen.

Trotz der derzeitigen Wirtschaftslage bleibt die Entwicklungszusammenarbeit eine der Hauptsäulen der isländischen Außenpolitik, und die Regierung ist fest entschlossen, die Millenniumsziele und andere international vereinbarte EZ-Ziele zu erreichen.

Am 1. Oktober 2008 trat ein neues Gesetz in Kraft, das das Rahmenkonzept für die internationalen ODA-Leistungen Islands bildet und umfassende Festlegungen über alle Aspekte der Entwicklungszusammenarbeit Islands enthält.

Die Isländische Behörde für Internationale Entwicklung (ICEIDA), eine dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten angegliederte autonome Institution, zahlte 2008 etwa 45% der isländischen ODA-Leistungen aus. Die ICEIDA ist in sechs Ländern tätig: Malawi, Mosambik, Namibia, Nicaragua, Sri Lanka und Uganda.

Die isländische Krisenreaktionseinheit (ICRU) des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten unterstützt Friedensoperationen. Im Jahr 2008 lag das Schwergewicht der ICRU-Leistungen auf Afghanistan, Bosnien, Libanon, Liberia, den Palästinensischen Autonomiegebieten und dem Sudan.

Korea

2008 erhöhten sich die ODA-Leistungen Koreas auf 802 Mio. US-$, was einem realen Anstieg von 32,9% gegenüber 2007 entspricht. Das ODA/BNE-Verhältnis erhöhte sich zwischen 2007 und 2008 von 0,07% auf 0,09%.

Die bilateralen ODA-Leistungen stiegen zwischen 2007 und 2008 von 491 Mio. US-$ auf 539 Mio. US-$. Sowohl die Zuschüsse als auch die sonstigen Leistungen nahmen volumenmäßig zu, wobei jedoch die Zuwachsrate der sonstigen Leistungen (49%) erheblich höher ausfiel als die der Zuschüsse (19%). Was die multilateralen EZ-Leistungen betrifft, so haben sich die Beiträge an die Regionalen Entwicklungsbanken 2008 gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt.

KOREA

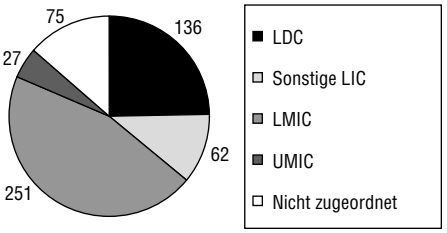
Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2007-2008, wenn nicht anders angegeben

ODA, netto	2007	2008	Veränderung 2007/08
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	696	802	15.3%
Konst. Preise (2007, Mio. US-$)	696	925	32.9%
Südkoreanische Won (Mrd.)	647	891	37.7%
ODA/BNE	0.07%	0.09%	
Bilateraler Anteil	70%	67%	

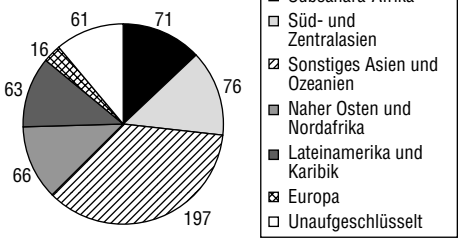
Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)	
1 Vietnam	44
2 Kambodscha	35
3 Sri Lanka	33
4 Irak	32
5 Philippinen	28
6 Indonesien	27
7 Angola	22
8 China	17
9 Mongolei	15
10 Laos	15
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	31%
10 Hauptempfänger	48%
20 Hauptempfänger	63%

Nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)

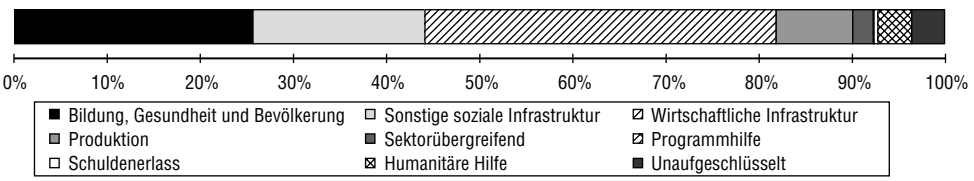
Im Uhrzeigersinn



Nach Region (Mio. US-$)



Nach Sektor



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/788185778736

52% der bilateralen Netto-ODA Koreas ging 2008 an asiatische Länder. Der Anteil der bilateralen Netto-ODA zu Gunsten Afrikas hat in den letzten Jahren zugenommen, von 3% im Jahr 2002 auf 19% im Jahr 2008. Der Irak war 2006 und 2007 der größte Empfänger koreanischer ODA, sein Anteil an der bilateralen Netto-ODA ist jedoch stark gesunken: von 15% im Jahr 2006 über 11% im Jahr 2007 auf 2% im Jahr 2008. 43% der bilateralen ODA wurden 2008 an zehn Empfängerländer ausgezahlt, die größten darunter waren Angola, Kambodscha und Vietnam.

Die koreanische Regierung stockt das ODA-Leistungsvolumen weiter auf; 2008 wurde für das ODA/BNE-Verhältnis eine Zielvorgabe von 0,15% bis 2012 und von 0,25% bis 2015 festgelegt*.

Mexiko

Mexiko ist zurzeit nicht in der Lage, dem Entwicklungsausschuss seine ODA-Daten zu übermitteln. Mit der Unterstützung des Entwicklungsausschusses, des VN-Entwicklungsprogramms (UNDP), der Mexikanischen Zentralbank und des Nationalen Instituts für Geografie und Statistik hat Mexiko jedoch in jüngster Zeit ein Nationales System für Information und internationale Zusammenarbeit für die Verfolgung der EZ-Leistungsströme geschaffen. Diese Initiative wird es den öffentlichen Institutionen ermöglichen, EZ-Aktivitäten online zu erfassen und es Mexiko künftig erleichtern, dem Entwicklungsausschuss über seine ODA-Leistungen Bericht zu erstatten.

Die Entwicklungszusammenarbeit Mexikos richtet sich in erster Linie an die Länder Lateinamerikas und der Karibik und erfolgt in Form technischer und wissenschaftlicher Zusammenarbeit. 2008 lag das Schwergewicht auf Aktivitäten in Zentralamerika, insbesondere in der Dominikanischen Republik, El Salvador, Guatemala, Haiti und Honduras. Schwerpunktbereiche der Technischen Zusammenarbeit Mexikos waren Bildung und Ausbildung, Landwirtschaft, Gesundheit und Umwelt.

Polen

Die Netto-ODA Polens belief sich 2008 auf 372 Mio. US-$, sie ging damit in realer Rechnung gegenüber 2007 um 12,3% zurück. Das ODA/BNE-Verhältnis sank zwischen 2007 und 2008 von 0,10% auf 0,08%. Die bilateralen EZ-Leistungen beliefen sich auf 84 Mio. US-$ bzw. 23% des polnischen ODA-Volumens.

Als Mitglied der Europäischen Union erbringt Polen seine Leistungen überwiegend durch Beiträge zum Entwicklungsbudget der Europäischen Kommission. Hierauf entfielen im Jahr 2008 274 Mio. US-$, d.h. nahezu 95% der multilateralen EZ-Leistungen Polens.

Die bilateralen EZ-Leistungen umfassten Auszahlungen von Krediten zu vergünstigten Bedingungen an Angola, China und Montenegro, Stipendienprogramme, Sozial- und Gesundheitsleistungen für Flüchtlinge in den ersten 12 Monaten ihres Aufenthalts in Polen und humanitäre Hilfe. Die Entwicklungszusammenarbeit Polens umfasste auch die weltweite Abwicklung zahlreicher Infrastruktur-, Bildungs-, Ausbildungs- und Beratungsprojekte. Die Schwerpunktempfängerländer polnischer EZ-Leistungen waren Afghanistan, Angola, Belarus, Georgien, Moldau, die Palästinensischen Autonomiegebiete, Tansania und die Ukraine.

Die EZ-Strategie Polens entspricht den derzeitigen internationalen Trends und ist auf eine enge Zusammenarbeit mit der Gebergemeinschaft ausgerichtet, insbesondere mit der Europäischen Union und der OECD. Das Schwergewicht der polnischen Entwicklungszusammenarbeit liegt auf der Stärkung und Förderung der Demokratie sowie guter Staats- und Regierungsführung, der Achtung der Menschenrechte, einer nachhaltigen Entwicklung und des Aufbaus der Zivilgesellschaft.

Slowakische Republik

Die Netto-ODA der Slowakischen Republik belief sich 2008 auf 92 Mio. US-$. Das ODA/BNE-Verhältnis erhöhte sich zwischen 2007 und 2008 von 0,09% auf 0,1%, wobei das ODA-Volumen in realer Rechnung um 14,4% stieg. Die EZ-Leistungen der Slowakischen Republik setzten sich zu 44% aus bilateralen Leistungen zusammen, während der Anteil der multilateralen Beiträge am ODA-Gesamtvolumen 56% betrug, worin die Beiträge an die Europäische Kommission in Höhe von 47 Mio. US-$ enthalten waren.

Im April 2009 verabschiedete die Regierung ein neues Jahresprogramm für 2009, mit dem 11,1 Mio. US-$ für neue Projekte bereitgestellt wurden. Hierin enthalten waren 4 Mio. US-$ für bilaterale EZ-Leistungen an Programmländer (Afghanistan, Kenia, Serbien) und 4,8 Mio. US-$ an Schwerpunktländer: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Belarus, Äthiopien, Mazedonien (EJR), Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Moldau, Mongolei, Sudan, Tadschikistan, Ukraine, Usbekistan und Vietnam.

Die Slowakische Republik unterstützt die Erreichung der Millenniumsziele, indem sie ihre ODA-Leistungen auf die soziale Infrastruktur konzentriert, insbesondere auf den Bereichen Gesundheitsversorgung, Bildung und Ausbildung, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und Umwelt sowie Aufbau demokratischer Institutionen.

Tschechische Republik

Die Netto-ODA der Tschechischen Republik belief sich 2008 auf 249 Mio. US-$, was real einem Anstieg von 16,3% gegenüber 2007 entspricht. Das ODA/BNE-Verhältnis erhöhte sich zwischen 2007 und 2008 von 0,11% auf 0,12%.

Zurückzuführen war der Anstieg der ODA-Leistungen hauptsächlich auf den zunehmenden tschechischen Beitrag zum EU-Entwicklungsbudget und zum Post-Konflikt-Wiederaufbau in Afghanistan. Alle Leistungen werden in Form von Zuschüssen gewährt.

---

* Die Republik Korea wurde am 1. Januar 2010 als 24. Mitglied in den Entwicklungsausschuss aufgenommen.

Die Tschechische Republik führt in acht Schwerpunktländern (Angola, Bosnien und Herzegowina, Moldau, Mongolei, Serbien, Vietnam, Jemen und Sambia) bilaterale EZ-Programme durch und ist bestrebt, das Augenmerk auf Krisensituationen zu legen, wie z.B. in Georgien und den Palästinensischen Autonomiegebieten.

Der Prozess der Veränderung der institutionellen Strukturen für die Erbringung der ODA-Leistungen der Tschechischen Republik setzte sich 2008 mit der Einrichtung der Tschechischen EZ-Behörde fort. Im Juni 2009 wurde vom Ministerkabinett ein Gesetzentwurf über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und die humanitäre Hilfe verabschiedet und dem Parlament vorgelegt. Das Außenministerium hat zudem mit der Erarbeitung einer neuen tschechischen ODA-Strategie für den Zeitraum 2011-2015 begonnen.

TSCHECHISCHE REPUBLIK

Bilaterale ODA brutto, Durchschnitt 2007-2008, wenn nicht anders angegeben

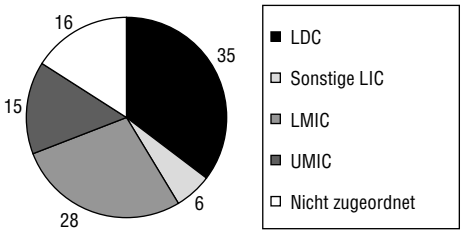
ODA, netto	2007	2008	Veränderung 2007/08
Jeweilige Preise (Mio. US-$)	179	249	39.3%
Konst. Preise (2007, Mio. US-$)	179	208	16.3%
Tschechische Kronen (Mio.)	3 629	4 323	19.1%
ODA/BNE	0.11%	0.12%	
Bilateraler Anteil	45%	47%	

Zehn Hauptempfänger von ODA, brutto (Mio. US-$)

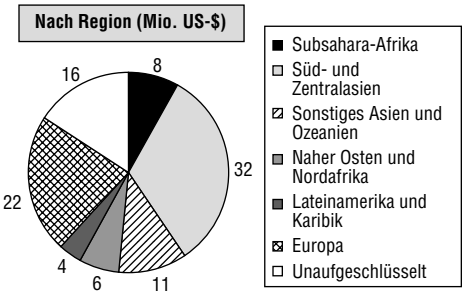
1 Afghanistan	26
2 Serbien	9
3 Mongolei	5
4 Vietnam	3
5 Bosnien und Herzegowina	3
6 Palästin. Autonomiegebiete	3
7 Ukraine	3
8 Moldau	3
9 Angola	2
10 Georgien	2
Nachrichtlich: Anteil an bilateraler ODA, brutto	
5 Hauptempfänger	47%
10 Hauptempfänger	58%
20 Hauptempfänger	69%

Nach Einkommensgruppe (Mio. US-$)

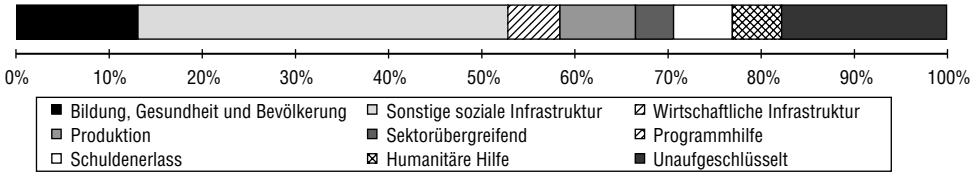
Im Uhrzeigersinn



Nach Region (Mio. US-$)



Nach Sektor



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/788162421208

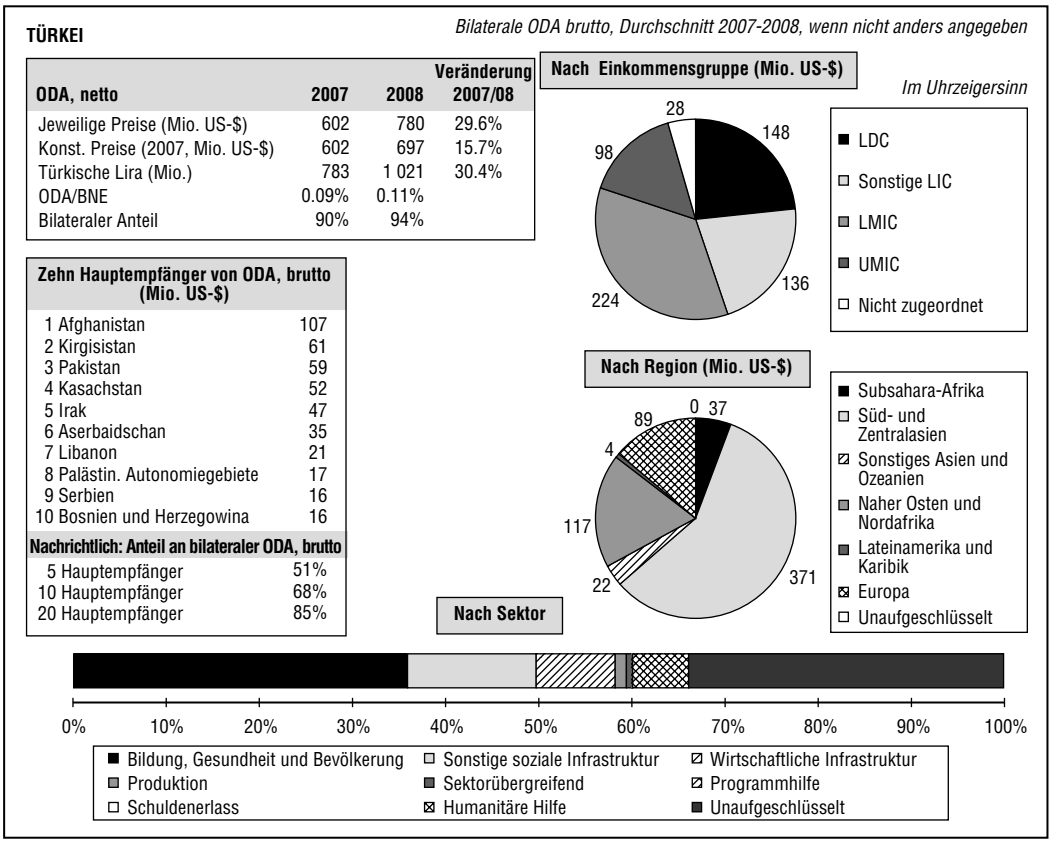
Türkei

Die ODA-Leistungen der Türkei beliefen sich 2008 auf 780 Mio. US-$, was einem realen Anstieg von 15,7% gegenüber 2007 entspricht. Das ODA/BNE-Verhältnis erhöhte sich zwischen 2007 und 2008 von 0,09% auf 0,11%.

Die Leistungen der bilateralen Zusammenarbeit erhöhten sich 2008 um 21% auf 736 Mio. US-$ und stellten einen Anteil von über 94% des ODA-Gesamtvolumens. Der überwiegende Teil der bilateralen ODA-Leistungen wurde in Form von Projekt- und Programmhilfe und Technischer Hilfe sowie Hilfe für die Aufnahme von Flüchtlingen in der Türkei erbracht.

Die Hauptempfänger bilateraler Leistungen waren Afghanistan (142 Mio. US-$), Pakistan (84,3 Mio. US-$), Kasachstan (61,6 Mio. US-$), Kirgisistan (53 Mio. US-$), der Irak (47,7 Mio. US-$) und Aserbaidschan (33,9 Mio. US-$). Der überwiegende Teil der multilateralen EZ-Leistungen der Türkei ging an VN-Organisationen.

Die Türkische Internationale Agentur für Zusammenarbeit (TIKA) ist das wichtigste Organ für die Verwaltung der türkischen EZ. Die TIKA ist eine autonome Organisation der Technischen Zusammenarbeit unter der Verantwortung des Premierministers. Sie trägt durch Technische Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten, vor allem Bildung, Gesundheit, wirtschaftliche Infrastruktur und Dienstleistungen, zur institutionellen Entwicklung und zur Verbesserung der Humanressourcen in den Partnerländern bei.



StatLink http://dx.doi.org/10.1787/788221281803

Ungarn

Die Netto-ODA Ungarns belief sich 2008 auf 107 Mio. US-$, was in realer Rechnung einem Rückgang von 6,7% gegenüber 2007 entspricht. Das ODA/BNE-Verhältnis verharrte jedoch konstant bei 0,08%. Der leichte Rückgang der ODA-Leistungen war durch die 2008 entfallenen Schuldenerleichterungen bedingt.

Bei der Abwicklung des ungarischen ODA-Programms lag der Schwerpunkt 2008 auf Leistungen der bilateralen Zusammenarbeit (14% der ODA-Gesamtleistungen) mit den Ländern des westlichen Balkans und der GUS-Staaten. Zu den Partnern Ungarns zählten Bosnien und Herzegowina, Kirgisistan, Mazedonien (EJR), Moldau, Montenegro, Serbien und die Ukraine. Darüber hinaus erbrachte Ungarn EZ-Leistungen für Kambodscha, die Palästinensischen Autonomiegebiete, Vietnam und Jemen und setzte seine Zusammenarbeit mit Afghanistan und Irak fort.

In Anbetracht seines unterstellten komparativen Vorteils im Bereich des politischen und wirtschaftlichen Übergangs konzentriert Ungarn seine Leistungen auf diese Tätigkeitsfelder. Weitere prioritäre Sektoren des ungarischen EZ-Programms sind Landwirtschaft, Wassermanagement sowie Bildung und Ausbildung. Auch in den Bereichen öffentliche Gesundheitsversorgung und Migration verfügt Ungarn über ein umfangreiches EZ-Leistungsangebot.

Zurzeit ist ein Gesetzentwurf in Vorbereitung, der an den Grundsätzen der Paris-Erklärung und des Aktionsplans von Accra ausgerichtet ist. Dieser wird ein langfristiges politisches Engagement für die internationale Entwicklungszusammenarbeit ermöglichen.

Profile der EZ-Leistungserbringer außerhalb der OECD

Der DAC führt die größten EZ-Geber der OECD zusammen, aber in der Entwicklungszusammenarbeit spielen auch Länder außerhalb der OECD seit langem eine wichtige Rolle. In vielen Fällen haben es ihnen ihre in jüngster Zeit erworbenen Kenntnisse im Bereich der Entwicklung und ihre Erfahrungen als ODA-Empfänger ermöglicht, einzigartige und effektive Beziehungen zu den Partnerländern aufzubauen.

Für den DAC hat die Zusammenarbeit mit diesen EZ-Leistungserbringern zunehmend hohe Priorität (Kapitel 1). Der DAC ist überzeugt, dass die weltweiten Entwicklungsherausforderungen nur in Partnerschaft mit allen wichtigen Akteuren angegangen werden können. Der DAC hofft, durch einen regelmäßigen und fortdauernden Dialog das gegenseitige Verständnis der sich wandelnden Prioritäten der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zu vertiefen und den Erfahrungsaustausch über gute Verfahrensweisen zwischen allen Leistungserbringern zu fördern (wie z.B. durch den Politikdialog über die Entwicklungszusammenarbeit, der vom 28.-29. September 2009 in Mexiko-Stadt stattfand, vgl. *www.oecd.org/dac/mexicodialogue*).

2008 erfolgte zudem die Einsetzung einer neuen Sonderarbeitsgruppe für die Süd-Süd-Zusammenarbeit, einer von den Ländern der südlichen Hemisphäre im Rahmen der DAC-Arbeitsgruppe für EZ-Wirksamkeit geleiteten Plattform. Die Sonderarbeitsgruppe führt Partnerländer, Länder der mittleren Einkommensgruppe, Geber, Zivilgesellschaft, Hochschulen sowie regionale und multilaterale EZ-Stellen zusammen. Diese Akteure prüfen gemeinsam die Frage, wie sich die Grundsätze der EZ-Wirksamkeit auf die Süd-Süd-Zusammenarbeit anwenden lassen und wie sie durch diese Zusammenarbeit weiter bereichert werden können.

Als anerkannte Quelle für EZ-Statistiken ist der DAC bemüht, ein Bild der globalen EZ-Leistungen zu erstellen, das Informationen über sämtliche EZ-Geber umfasst. Der DAC hofft, dass alle Länder mit bedeutenden EZ-Aktivitäten in naher Zukunft beginnen werden, grundlegende Informationen zu übermitteln. Dies wird es ihnen ermöglichen, Anerkennung für ihre großen Anstrengungen zu erhalten, und in den Geber- und Partnerländern gleichermaßen Entscheidungen Vorschub leisten, die in voller Sachkenntnis getroffen werden. Mehrere Nicht-OECD-Länder übermitteln dem DAC bereits ihre ODA-Statistiken (vgl. Tabelle 25 und 33 im Statistischen Anhang).

Die ODA-Leistungsströme der Nicht-OECD-Länder, von denen Daten übermittelt wurden, stellten 2008 nur einen geringen Anteil an den ODA-Gesamtleistungen, aber ihr Anstieg setzt sich weiter fort, und die Finanz- und Wirtschaftskrise hatte 2008 keinen nennenswerten Effekt. Einigen Schätzungen zufolge könnte die Süd-Süd-Zusammenarbeit insgesamt bis 2010 ein Volumen von 15 Mrd. US-$ übersteigen.

Mehrere Volkswirtschaften des Nahen Ostens erbringen seit den 1960er oder 1970er Jahren EZ-Leistungen und verfügen über fortgeschrittene Mechanismen für die Koordinierung und Harmonisierung ihrer Leistungen, insbesondere über die Arabische Koordinierungsgruppe. Auf der Gemeinsamen Tagung der Einrichtungen der Arabischen Koordinierungsgruppe und des DAC am 10. Mai 2009 in Kuwait unterstrichen die Teilnehmer ihre gemeinsamen Werte und Ziele in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Sie vereinbarten, alle zwei Jahre zu einem Politikdialog auf höchster Ebene zusammenzutreffen und auf einer technischen Sitzung die Möglichkeiten für eine praktische Zusammenarbeit in bestimmten Ländern und Sektoren zu ermitteln.

Kuwait, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate – die drei größten Geber in der Region – übermitteln dem DAC Daten über ihre ODA-Leistungen. Der überwiegende Teil davon wird bilateral vergeben. Saudi-Arabien meldete den stärksten ODA-Anstieg: von 2 Mrd. US-$ im Jahr 2007 auf 5,6 Mrd. US-$ 2008. Der überwiegende Teil dieser Leistungen wurde in Form von Zuschüssen und Krediten des Saudi Fund for Development gewährt und war für die Bereiche Infrastruktur, Straßenbau und Landwirtschaft bestimmt. Der Kuwaitische Fonds für die arabische Wirtschaftsentwicklung gewährte 2008 im Rahmen der Finanziellen und Technischen Zusammenarbeit ODA-Nettoleistungen in Höhe von 283 Mio. US-$, gegenüber 110 Mio. US-$ im Jahr 2007. In den letzten Jahren konzentrierten sich seine EZ-Leistungen auf die Bereiche Verkehr,

Energie und Landwirtschaft. Die Vereinigten Arabischen Emirate hatten im Zeitraum 2007-2008 einen starken Rückgang ihrer ODA-Nettoleistungen von 429 Mio. US-$ auf 88 Mio. US-$ zu verzeichnen.

Die nicht der OECD angehörenden EU-Mitgliedstaaten haben ihre EZ-Budgets weiter erhöht. Auf Grund der begrenzten Kapazitäten für die Umsetzung bilateraler Programme erbringen diese Länder den überwiegenden Teil ihrer Leistungen über multilaterale Organisationen, vor allem die Europäische Kommission und das VN-System. Rumänien übermittelte erstmals Daten, denen zufolge sich die ausgezahlten Leistungen 2008 auf 123 Mio. US-$ beliefen. Estland (22 Mio. US-$), Lettland (22 Mio. US-$), Litauen (48 Mio. US-$) und Slowenien (68 Mio. US-$) übermittelten dem DAC die Daten ihrer ODA-Nettoleistungen. Trotz der Krisenfolgen für die Volkswirtschaften dieser Länder haben sich deren ODA-Leistungen diesen Zahlen zufolge gegenüber 2007 erhöht, als Estland und Lettland jeweils 16 Mio. US-$ und Slowenien 54 Mio. US-$ meldeten (die Nettoleistungen Litauens blieben konstant).

Weitere nicht dem DAC angehörende Geber, die dem DAC 2008 Daten über ihre ODA-Nettoleistungen übermittelten, sind Thailand (178 Mio. US-$, d.h. ein wesentlicher Anstieg gegenüber 67 Mio. US-$ im Jahr 2007), Israel (138 Mio. US-$, gegenüber 111 Mio. US-$ im Jahr 2007), Chinesisch Taipeh (435 Mio. US-$, gegenüber 514 Mio. US-$ im Jahr 2007) und Liechtenstein (23 Mio. US-$, gegenüber 20 Mio. US-$ im Jahr 2007). Über 90% der thailändischen ODA-Leistungen werden in Form bilateraler vergünstigter Kredite erbracht, die vor allem den Nachbarländern zugute kommen, darunter Kambodscha, Laos, Myanmar und Vietnam. Die Entwicklungszusammenarbeit Chinesisch Taipehs wird hauptsächlich vom Internationalen Kooperations- und Entwicklungsfonds (ICDF) wahrgenommen.

Obwohl dem DAC 2008 von keinen anderen Ländern Daten über die EZ-Leistungsströme übermittelt wurden, verfügen mehrere über wachsende EZ-Programme, wie z.B. Brasilien, China, Indien, Russland und Südafrika.

Die brasilianischen EZ-Leistungen werden überwiegend in Form Finanzieller und Technischer Zusammenarbeit erbracht; sie hatten im Jahr 2007 nach Schätzungen brasilianischer Regierungsvertreter ein Gesamtvolumen von rd. 437 Mio. US-$, gegenüber 365 Mio. US-$ im Jahr 2006. Davon wurden über 90% über multilaterale Kanäle erbracht. Die Finanzielle Zusammenarbeit fällt in den gemeinsamen Zuständigkeitsbereich des Planungs- und des Finanzministeriums. Die Technische Zusammenarbeit wird durch die Brazilian Agency for Co-operation (ABC) koordiniert, die erklärt hat, dass 2008 28 Mio. US-$ für die Technische Zusammenarbeit aufgewendet wurden. Mit diesen Mitteln wurden 236 TZ-Projekte in 46 Ländern finanziert. Ein zunehmender Anteil der ABC-finanzierten Projekte ist afrikanischen Partnerländern gewidmet; ihr Schwergewicht liegt auf den Bereichen Gesundheit und Landwirtschaft sowie auf Bildung, e-Government, Umwelt, Berufsausbildung, erneuerbare Energien und Stadtentwicklung.

China veröffentlicht keine amtlichen Daten über die Entwicklungszusammenarbeit, aber in mehreren Studien (z.B. von chinesischen Forschungseinrichtungen) wurde das chinesische EZ-Budget für 2007 auf rd. 1,4 Mrd. US-$ geschätzt. Diese Zahlen wurden von der chinesischen Regierung nicht bestätigt. Anlässlich der hochrangigen VN-Tagung über die Millenniumsentwicklungsziele am 25. September 2008 erklärte der chinesische Ministerpräsident Wen Jiabao, China habe seit 1950 EZ-Leistungen in Höhe von 27,1 Mrd. US-$ bereitgestellt, davon 11,9 Mrd. US-$ in Form von Zuschüssen. Seit Juni 2008 habe China zudem 49 schwerverschuldeten armen Ländern und Ländern der unteren Einkommensgruppe Asiens und Afrikas Schulden in Höhe von 3,2 Mrd. US-$ erlassen. Auf der vierten Ministerkonferenz des Forums für die Zusammenarbeit zwischen China und Afrika (FOCAC) im November 2009 kündigte Ministerpräsident Wen Jiabao acht neue Maß-

nahmen an, die darauf abzielen, die Zusammenarbeit Chinas mit Afrika in folgenden Bereichen zu verbessern: Klimawandel, Wissenschaft und Technologien, Landwirtschaft, medizinische Versorgung und Gesundheit, Erschließung von Humanressourcen und Bildung, Kultureller Austausch, Handelspräferenzen und Leistungen zur Unterstützung der Finanzkraft. Letztere umfassen vergünstigte Kredite in Höhe von 10 Mrd. US-$ an Länder Afrikas, einen Sonderkredit in Höhe von 1 Mrd. US-$ an kleine und mittelständische Unternehmen in Afrika und zusätzliche Schuldenerleichterungen.

Dem Jahresbericht des indischen Außenministeriums ist zu entnehmen, dass sich das indische EZ- und Kreditprogramm im Finanzjahr 2008/2009 auf 609,5 Mio. US-$ belief, gegenüber 392,6 Mio. US-$ im Finanzjahr 2007/2008. Für die Verwaltung der indischen EZ-Leistungen ist in erster Linie die Abteilung für Wirtschaft im Finanzministerium zuständig, die überdies die Aufsicht über das Kreditprogramm der Export Import Bank innehat. Die Technische Zusammenarbeit wird von der Abteilung Technische und Wirtschaftliche Zusammenarbeit des Außenministeriums verwaltet. Indien wendet den überwiegenden Teil des EZ-Budgets für seine Nachbarländer auf, darunter Bhutan (2008/2009 nahezu die Hälfte der ODA-Gesamtleistungen), Bangladesch, Nepal, Sri Lanka, Myanmar und die Malediven.

Die Russische Föderation schätzte ihren Jahresetat an ODA-Leistungen 2007 auf 210 Mio. US-$, was ausgehend von rd. 50 Mio. US-$ im Jahr 2004 einen stetigen Anstieg darstellt. Diese Leistungen werden größtenteils über multilaterale Kanäle vergeben, insbesondere die Weltbank und den IWF, das VN-System, wichtige globale Initiativen und zweckgebundene Fonds. Das Land plant weitere Erhöhungen, und im Juni 2007 erhielt das Konzept „Russlands Beteiligung an der internationalen Entwicklungszusammenarbeit“ die Zustimmung des Präsidenten. Auf einer Konferenz über die Entwicklungszusammenarbeit Russlands im Mai 2008 kündigte der stellvertretende russische Finanzminister Dimitry Pankin an, dass weitere Erhöhungen (auf rd. 400-500 Mio. US-$) vorgesehen sind. Es ist nach wie vor unklar, inwieweit sich die Krise auf diese Pläne auswirken wird. Russland hat seine Absicht bekundet, die Berichterstattung über seine EZ-Leistungen an den DAC aufzunehmen, sobald es dafür über die erforderlichen Kapazitäten verfügt.

Die südafrikanische Entwicklungszusammenarbeit ist im Steigen begriffen, und ein Großteil der Mittel wird durch den African Renaissance and International Co-operation Fund bereitgestellt. Der Umfang des Fonds ist von weniger als 7 Mio. US-$ 2003 auf nahezu 40 Mio. US-$ 2008/2009 gewachsen; die insgesamt von Südafrika geleistete Entwicklungszusammenarbeit wurde nach Angaben des Außenministeriums für 2006/2007 auf 61 Mio. US-$ geschätzt. Die ANC Policy Conference 2007 bestätigte die regionale Ausrichtung der Leistungen. Sie schätzte, dass rd. 70% der EZ-Leistungen Südafrikas an die Entwicklungsgemeinschaft Südliches Afrika gingen.

Neben ihren bilateralen EZ-Leistungen nutzen die Nicht-OECD-Länder auch das multilaterale System. Tabelle 8.2 zeigt die Beiträge der Länder an ausgewählte multilaterale Organisationen, u.a. die Vereinten Nationen, die Weltbank und die regionalen Entwicklungsbanken.

Tabelle 8.2 **Beiträge ausgewählter Nicht-OECD-Länder an multilaterale Organisationen im Jahr 2008**
Übermittelt in Tsd. US-$

EZ-Organisation	Argentinien	Brasilien	Chile	China	Indien	Indonesien	Kuwait	Mexiko	Russland	Saudi-Arabien	Südafrika	Ver. Arab. Emirate	Venezuela
UNDP	595	550	679	3 817	4 553	411	570		774	4 000	1 564	324	488
UNICEF	10	3 012	77	1 290	2 800	100	200		1 000	2 500	25	13 938	
UNRWA		200	15	80	20	10	2 500	5		40	148	5 337	
WEP	100	1 441		9 576	17 130	2 000		50	15 000	503 753	315	50	750
UNHCR	30		100	652	10		2 000	102	2 000	112	146	54	5
UNFPA[1]	5		5	900	222	36	50		300	300	23		10
UNIFEM	10	25	2	30	20	100	20	60		100		50	
IFAD[2]		2 639		5 000		3 000	2 800	1 000		3 500		650	7 500
GFATM				2 000			1 000		78 405	6 000	146		
IADB[3]	10 859	10 859	2 982					6 980					
AfDB[4]				40 613			3 384				3 633		
AsDB[5]				7 500									
WB/IDA[6]		42 051					9 650	3 449	19 515	16 666	5 513		2 069
Insgesamt	**11 609**	**60 776**	**3 860**	**71 457**	**24 756**	**5 657**	**22 174**	**11 647**	**116 994**	**536 971**	**11 513**	**20 403**	**10 822**

1. Angaben beziehen sich auf Zahlungen im Jahr 2007.
2. Angaben beziehen sich auf Barauszahlungen oder erhaltene Zahlungen auf Schuldscheine.
3. IADB-8: Achte Allgemeine Aufstockung der IADB-Mittel.
4. AfDB-11: Elfte Wiederauffüllung, durchschnittlicher Jahresbeitrag.
5. AsDB-9: Neunte Wiederauffüllung, durchschnittlicher Jahresbeitrag.
6. IDA-14: Vierzehnte Wiederauffüllung, durchschnittlicher Jahresbeitrag.

Quelle: Websites multilateraler Organisationen.

Literaturverzeichnis

OECD (2007), Principles for Good International Engagement in Fragile States and Situations, OECD, Paris, verfügbar unter *www.oecd.org/dataoecd/61/45/38368714.pdf*.

OECD (2008a), *2008 Survey on Monitoring the Paris Declaration: Making Aid More Effective by 2010*, OECD, Paris.

OECD (2008b), *DAC Recommendation on Untying ODA to the Least Developed Countries and Heavily Indebted Poor Countries*, OECD, Paris, verfügbar unter *www.oecd.org/dataoecd/61/43/41707972.pdf*.

OECD (2009a), *DAC Peer Review of Austria*, OECD, Paris.

OECD (2009b), *DAC Peer Review of Italy*, OECD, Paris.

OECD (2009c), *DAC Peer Review of Ireland*, OECD, Paris.

OECD (2009d), *DAC Peer Review of Sweden*, OECD, Paris.

OECD (2009e), *DAC Peer Review of Switzerland*, OECD, Paris.

OECD (2009f), *2009 DAC Report on Aid Predictability: Survey on Donors' Forward Spending Plans 2009-11*, verfügbar unter *www.oecd.org/DAC/scalingup*.

ANHANG

Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit und der Aktionsplan von Accra

Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit

Eigenverantwortung, Harmonisierung, Partnerausrichtung, Ergebnisorientierung sowie gegenseitige Rechenschaftspflicht

I. Entschlossenheitserklärung

1. Wir, die für die Förderung der Entwicklung zuständigen Ministerinnen und Minister aus Industriestaaten und Entwicklungsländern sowie Leiterinnen und Leiter multilateraler und bilateraler Entwicklungsinstitutionen, bekunden anlässlich unserer Tagung in Paris am 2. März 2005 unsere Entschlossenheit, weitreichende, durch Monitoring überprüfbare Maßnahmen zu ergreifen, um im Blick auf die noch in diesem Jahr vorgesehene VN-Fünfjahresbilanz der Millenniumserklärung und Millenniumsentwicklungsziele (MDG) unsere Modalitäten der EZ-Abwicklung und -Verwaltung zu reformieren. Wir sind uns darüber im Klaren, wie wir auch bereits in Monterrey erklärt haben, dass für die Erreichung dieser Ziele einerseits eine volumenmäßige Erhöhung der ODA-Leistungen und anderer Entwicklungsressourcen erforderlich ist, andererseits aber auch die Wirksamkeit dieser Leistungen signifikant gesteigert werden muss, um die Anstrengungen der Partnerländer zur Stärkung der Staats- und Verwaltungsführung und zur Verbesserung der Entwicklungsergebnisse zu unterstützen. Das wird umso wichtiger sein, wenn die bisherigen und die neuen bilateralen und multilateralen Initiativen zu einer erheblichen weiteren ODA-Aufstockung führen.

2. Das Hochrangige Forum über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit knüpft an die auf dem Hochrangigen Forum über Harmonisierung in Rom (Februar 2003) angenommene Erklärung und die bei den Round-Table-Gesprächen über ergebnisorientiertes EZ-Management in Marrakesch (Februar 2004) definierten Kernprinzipien an, da wir der Auffassung sind, dass diese die EZ-Wirksamkeit im Hinblick auf die Reduzierung von Armut und Ungleichheit, die Erhöhung des Wachstums, den Kapazitätsaufbau und die beschleunigte Verwirklichung der MDG verbessern werden.

Intensivierung der Anstrengungen für eine wirksamere Entwicklungszusammenarbeit

3. Wir bekräftigen die von uns in Rom eingegangenen Verpflichtungen zur Harmonisierung und Partnerorientierung der EZ-Abwicklung. Es stimmt uns hoffnungsvoll, dass viele Geber- und Partnerländer der EZ-Wirksamkeit hohe Priorität einräumen, und wir bestätigen erneut unsere Entschlossenheit, bei der Umsetzung, insbesondere in folgenden Bereichen, raschere Fortschritte zu erzielen:

i) Stärkung der nationalen Entwicklungsstrategien der Partnerländer und der entsprechenden operationellen Rahmenbedingungen (z.B. Planung, Budget, Erfolgskontrolle).

ii) Verstärkte Ausrichtung der EZ-Maßnahmen auf die Prioritäten, Systeme und Verfahren der Partnerländer sowie Unterstützung bei der Stärkung ihrer Kapazitäten.

iii) Erhöhung der Rechenschaftspflicht von Gebern wie Partnerländern gegenüber ihren jeweiligen Bürgern und Parlamenten im Hinblick auf ihre Entwicklungspolitiken, -strategien und -ergebnisse.

iv) Beseitigung von Doppelarbeit und Überschneidungen sowie Rationalisierung der Geberaktivitäten, um diese so kosteneffektiv wie möglich zu gestalten.

v) Überarbeitung und Vereinfachung der Geberpolitiken und -verfahren, um ein verstärkt kooperatives Verhalten und eine schrittweise Ausrichtung auf Prioritäten, Systeme und Verfahren der Partnerländer zu fördern.

vi) Definition von Maßstäben und Standards für Leistung und Rechenschaftspflicht der Systeme der Partnerländer in den Bereichen öffentliches Finanzmanagement, Beschaffungswesen, treuhänderische Sicherheiten und Umweltverträglichkeitsprüfungen – in Übereinstimmung mit allgemein anerkannten, bewährten Praktiken – sowie ihre rasche und umfassende Anwendung.

4. Wir verpflichten uns, konkrete, wirksame Maßnahmen zur Bewältigung der verbleibenden, insbesondere aber folgender Probleme zu ergreifen:

i) Schwachstellen bei den institutionellen Kapazitäten der Partnerländer im Hinblick auf die Entwicklung und Umsetzung ergebnisorientierter nationaler Entwicklungsstrategien.

ii) Fehlen genauer vorhersehbarer, mehrjähriger ODA-Zusagen für engagierte Partnerländer.

iii) Unzureichende Übertragung von Zuständigkeiten an das Außenpersonal der Geberländer und mangelnde Anreize für effektive Entwicklungspartnerschaften zwischen Gebern und Partnerländern.

iv) Ungenügende Integration globaler Programme und Initiativen in breiter angelegte Entwicklungsstrategien der Partnerländer, einschließlich Strategien in so überaus wichtigen Bereichen wie HIV/AIDS.

v) Korruption und Mangel an Transparenz, die die Unterstützung seitens der Öffentlichkeit gefährden, die effektive Ressourcenmobilisierung und -allokation behindern sowie die Ressourcen jenen Aktivitäten entziehen, die für Armutsbekämpfung und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung besonders wichtig sind. Wo Korruption existiert, hält sie die Geber davon ab, sich auf die Systeme der Partnerländer zu verlassen.

5. Die Erhöhung der Wirksamkeit ist bei sämtlichen Formen der Entwicklungszusammenarbeit machbar und notwendig. Bei der Bestimmung der wirksamsten EZ-Modalitäten werden wir uns von den Entwicklungsstrategien und Prioritäten der Partnerländer selbst leiten lassen. Individuell wie kollektiv werden wir uns bemühen, geeignete, einander ergänzende Modalitäten zu wählen bzw. zu konzipieren, die die Gewähr für eine insgesamt optimale Wirksamkeit bieten.

6. Im Rahmen der Folgemaßnahmen zu dieser Erklärung werden wir unsere Anstrengungen verdoppeln, bei Bereitstellung und Einsatz der ODA-Mittel, einschließlich der in Monterrey zugesagten höheren ODA-Leistungen, darauf zu achten, dass die oft übermäßige Zersplitterung der Geberaktivitäten auf Länder- und Sektorebene vermindert wird.

Anpassung an und Anwendung auf unterschiedliche Gegebenheiten in den Partnerländern

7. Die Erhöhung der EZ-Wirksamkeit ist auch in schwierigen und komplexen Situationen notwendig, wie z.B. im Fall der Tsunami-Katastrophe, die die Anrainerstaaten des Indischen Ozeans am 26. Dezember 2004 getroffen hat. In solchen Situationen müssen die weltweite humanitäre Hilfe und die Leistungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der Wachstums- und Armutsbekämpfungsstrategien der Partnerländer harmonisiert werden. In fragilen Staaten werden wir im Zuge der Unterstützung beim Aufbau staatlicher Strukturen und der Bereitstellung elementarer Dienste sicherstellen, dass die

Grundsätze der Harmonisierung, der Partnerausrichtung sowie des ergebnisorientierten Managements so angepasst werden, dass sie unzulängliche Governance-Strukturen und Kapazitäten in Rechnung stellen. Bei unseren Anstrengungen zur Erhöhung der EZ-Wirksamkeit werden wir solchen komplexen Situationen ganz allgemein verstärkte Aufmerksamkeit widmen.

Festlegung von Indikatoren, Zeitplänen und Zielvorgaben

8. Wir sind uns darüber im Klaren, dass die in dieser Erklärung angeregten Reformen eine kontinuierliche politische Unterstützung auf hoher Ebene, gegenseitige Überzeugungsarbeit gleichrangiger Partner und koordinierte Aktionen auf globaler, regionaler und Länderebene voraussetzen. Wir verpflichten uns, das Tempo der Veränderungen zu beschleunigen, indem wir im Geist beiderseitiger Verantwortlichkeit die in Abschnitt II enthaltenen Partnerschaftsverpflichtungen umsetzen, und die Fortschritte mit Hilfe der zwölf spezifischen Indikatoren zu messen, auf die wir uns heute geeinigt haben und die in Abschnitt III dieser Erklärung wiedergegeben sind.

9. Um einen weiteren Ansporn für Fortschritte zu liefern, werden wir Zielvorgaben für das Jahr 2010 festsetzen. Diese Zielvorgaben, die Aktionen sowohl der Geber als auch der Partnerländer implizieren, sollen dazu dienen, die Fortschritte zu verfolgen und zu fördern, die auf globaler Ebene von den Ländern und Institutionen erzielt werden, die dieser Erklärung zugestimmt haben. Sie sollen etwaige von den einzelnen Partnerländern anvisierte Ziele weder präjudizieren noch ersetzen. Wir haben uns heute auf fünf vorläufige Zielvorgaben auf der Basis der in Abschnitt III aufgeführten Indikatoren verständigt, und wir sind übereingekommen, diese vorläufigen Ziele vor dem Gipfeltreffen der Vereinten Nationen im September 2005 einer Prüfung zu unterziehen und im Hinblick auf die verbleibenden Indikatoren weitere Zielvorgaben zu vereinbaren. Wir ersuchen die im Rahmen des DAC versammelten Geber und Partnerländer, dringend Vorbereitungen hierfür zu treffen[1]. Zugleich begrüßen wir die Initiativen von Partnerländern und Gebern, gemäß den vereinbarten Partnerschaftsverpflichtungen und Fortschrittsindikatoren eigene Zielvorgaben für eine bessere Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit festzusetzen. So hat z.B. eine Reihe von Partnerländern Aktionspläne vorgelegt, und zahlreiche Geber haben bedeutende neue Zusagen angekündigt. Wir laden alle Teilnehmer, die über derartige Initiativen unterrichten möchten, dazu ein, dies bis zum 4. April 2005 zu tun, damit die Informationen anschließend veröffentlicht werden können.

Monitoring und Evaluierung der Umsetzung

10. Da es entscheidend darauf ankommt, reale Fortschritte auf Länderebene nachzuweisen, werden wir unter Federführung des jeweiligen Partnerlands unsere auf Länderebene bei der Umsetzung der vereinbarten Verpflichtungen zur EZ-Wirksamkeit von beiden Seiten erzielten quantitativen und qualitativen Fortschritte regelmäßig bewerten. Dabei werden wir geeignete in den Partnerländern existierende Mechanismen nutzen.

11. Auf internationaler Ebene rufen wir die unter dem Dach des DAC partnerschaftlich operierenden Geber und Partnerländer auf, die Beteiligung von Partnerländern weiter auszubauen und bis Ende 2005 Vorkehrungen für das mittelfristige Monitoring der in dieser Erklärung enthaltenen Verpflichtungen vorzuschlagen. Zwischenzeitlich ersuchen wir die im Rahmen des DAC organisierten Partner, das internationale Monitoring der in Abschnitt III aufgeführten Fortschrittsindikatoren zu koordinieren, die Zielvorgaben gegebenenfalls zu verfeinern, geeignete Orientierungshilfen für die Festlegung der jeweiligen Ausgangsniveaus bereitzustellen und die Basis für kohärente Methoden der Aggregierung von Daten für jeweils mehrere Länder zu schaffen, damit diese Daten dann in Form regelmäßiger Berichte zusammengefasst werden können. Wir werden ferner die existierenden Mechanismen der Länder- und Regionalprüfungen dazu nutzen, die Agenda

weiter voranzubringen. Darüber hinaus werden wir die Möglichkeit unabhängiger Monitoring- und Evaluierungsprozesse auf internationaler Ebene sondieren – die nicht mit zusätzlichen Belastungen für die Partner verbunden sein dürfen –, um vollständigere Informationen darüber zu erhalten, wie eine bessere EZ-Wirksamkeit zur Erreichung der Entwicklungsziele beitragen kann.

12. Ganz im Sinne unseres Schwerpunktthemas Umsetzung planen wir für 2008 ein erneutes Treffen in einem Entwicklungsland. Wir beabsichtigen außerdem, zwei Monitoring-Runden durchzuführen, bevor wir eine Bilanz der bei der Umsetzung dieser Erklärung erzielten Fortschritte ziehen.

II. Partnerschaftsverpflichtungen

13. Die nachstehenden Partnerschaftsverpflichtungen, die im Geist gegenseitiger Rechenschaftspflicht entwickelt wurden, basieren auf praktischen Erfahrungen. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass die Verpflichtungen im Licht der spezifischen Situation des jeweiligen Partnerlands interpretiert werden müssen.

Eigenverantwortung

Die Partnerländer übernehmen eine wirksame Führungsrolle bei ihren Entwicklungspolitiken und -strategien und koordinieren die entwicklungspolitischen Maßnahmen

14. **Die Partnerländer** verpflichten sich:

- im Rahmen breit angelegter Konsultationsprozesse die Führungsrolle bei der Konzipierung und Umsetzung ihrer nationalen Entwicklungsstrategien[2] zu übernehmen;
- diese nationalen Entwicklungsstrategien in ergebnisorientierte operationelle Programme mit genau definierter Prioritätenordnung umzumünzen, die sich in mittelfristigen Ausgabenrahmenplänen und Jahresbudgets widerspiegeln (**Indikator 1**);
- die Führungsrolle bei der Koordinierung der EZ-Leistungen wie auch anderer Entwicklungsressourcen auf allen Ebenen zu übernehmen, und zwar im Rahmen eines Dialogs mit den Gebern bei gleichzeitiger Förderung der Beteiligung von Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft.

15. **Die Geber** verpflichten sich:

- die Führungsrolle des Partnerlands zu respektieren und dazu beizutragen, dessen Kapazitäten zur Wahrnehmung dieser Funktion zu stärken.

Partnerausrichtung

Die Geber gründen ihre gesamte Unterstützung auf die nationalen Entwicklungsstrategien, -institutionen und -verfahren der Partnerländer

Die Geber passen sich an die Strategien der Partnerländer an

16. **Die Geber** verpflichten sich:

- ihre gesamte Unterstützung – Länderstrategien, Politikdialog und EZ-Programme – auf die nationalen Entwicklungsstrategien der Partnerländer und die regelmäßigen Fortschrittskontrollen zur Prüfung des Stands der Umsetzung dieser Strategien[3] zu gründen (**Indikator 3**);
- ihre Kriterien, soweit wie irgend möglich, an der nationalen Entwicklungsstrategie des jeweiligen Partnerlands bzw. an der jährlichen Prüfung der bei der Umsetzung dieser Strategie erzielten Fortschritte zu orientieren. Etwaige zusätzliche Kriterien müssen hinreichend gerechtfertigt sein und dürfen nur nach dem Grundsatz der Transparenz sowie in enger Abstimmung mit den anderen Gebern und Stakeholdern angewandt werden;

- die Finanzierung an ein einheitliches Spektrum von Bedingungen und/oder einen überschaubaren Komplex von Indikatoren zu knüpfen, die von der jeweiligen nationalen Entwicklungsstrategie abgeleitet wurden. Das bedeutet nicht, dass alle Geber gehalten sind, identische Bedingungen festzusetzen, sondern, dass sich die von den einzelnen Gebern gestellten Bedingungen in einen gemeinsamen, organisatorisch straffen Rahmen einfügen sollten, der auf dauerhafte Ergebnisse abgestellt ist.

Die Geber stützen sich auf konsolidierte Ländersysteme

17. Die Nutzung partnereigener Institutionen und Systeme führt – sofern diese die Gewähr dafür bieten, dass die EZ-Leistungen für die vereinbarten Zwecke eingesetzt werden – zu einer erhöhten EZ-Wirksamkeit, indem sie die Kapazität der Partnerländer nachhaltig stärkt, Politiken zu konzipieren und umzusetzen und diese den Bürgern und Parlamenten gegenüber zu verantworten. Bei diesen Ländersystemen und -verfahren handelt es sich in der Regel, aber nicht ausschließlich, um nationale Vorkehrungen und Verfahren in den Bereichen öffentliches Finanzmanagement, Rechnungslegung, Rechnungsprüfung, Beschaffungswesen sowie Rahmen für Ergebniskontrolle und Monitoring.

18. Diagnostische Prüfungen spielen für Regierungen und Geber eine wichtige – zunehmend bedeutende – Rolle als Informationsquelle über den Zustand der nationalen Systeme der Partnerländer. Es liegt im beiderseitigen Interesse von Partnerländern und Gebern, die bei der Verbesserung der Ländersysteme im Lauf der Zeit erzielten Fortschritte überwachen zu können. Hilfreich ist dabei ein Rahmen für die Leistungsbewertung sowie ein entsprechender Katalog von Reformmaßnahmen, die sich auf die Informationen stützen, wie sie aus den diagnostischen Prüfungen und den damit zusammenhängenden Analysen resultieren.

19. **Partnerländer** und **Geber** verpflichten sich gemeinsam:

- zusammenzuarbeiten, um einvernehmlich einen Referenzrahmen festzulegen, der eine verlässliche Bewertung der Ländersysteme im Hinblick auf Leistung, Transparenz und Rechenschaftspflicht gestattet (**Indikator 2**);
- diagnostische Prüfungen und Leistungsevaluierungsrahmen in die von den Partnerländern selbst getragenen Strategien für den Kapazitätsaufbau einzubinden.

20. **Die Partnerländer** verpflichten sich:

- diagnostische Prüfungen durchzuführen, die eine verlässliche Bewertung ihrer nationalen Systeme und Verfahren gestatten;
- auf der Grundlage solcher diagnostischen Prüfungen die gegebenenfalls notwendigen Reformen anzustrengen, um zu gewährleisten, dass ihre nationalen Systeme, Institutionen und Verfahren für das Management von EZ-Leistungen und anderen Entwicklungsressourcen wirksam und transparent sind und der Rechenschaftspflicht unterliegen;
- die gegebenenfalls erforderlichen Reformen, z.B. im Bereich der öffentlichen Verwaltung, durchzuführen, um nachhaltige Kapazitätsentwicklungsprozesse einzuleiten und voranzutreiben.

21. **Die Geber** verpflichten sich:

- soweit wie irgend möglich die Systeme und Verfahren der Partnerländer zu nutzen bzw., wo dies unmöglich ist, zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen und -maßnahmen zu treffen, die die Systeme und Verfahren der Länder stärken, statt sie zu schwächen (**Indikator 5**);
- soweit wie möglich davon Abstand zu nehmen, spezielle Strukturen für das Routinemanagement bzw. für die Umsetzung von EZ-finanzierten Projekten und Programmen zu schaffen (**Indikator 6**);

- harmonisierte Rahmen für die Leistungsbewertung der Partnerlandsysteme einzuführen, damit sich die Länder nicht mit einer Vielzahl möglicherweise widersprüchlicher Zielvorgaben konfrontiert sehen.

Die Partnerländer stärken ihre eigenen Entwicklungskapazitäten mit geberseitiger Unterstützung

22. Die Fähigkeit, Politiken und Programme zu planen, zu verwalten und umzusetzen und über deren Ergebnisse Rechenschaft abzulegen, ist zur Verwirklichung der Entwicklungsziele von entscheidender Bedeutung – von Analyse und Dialog bis hin zu Umsetzung, Monitoring und Evaluierung. Die Verantwortung für den Kapazitätsaufbau liegt bei den Partnerländern, wobei den Gebern eine unterstützende Rolle zukommt. Die Stärkung der Kapazitäten muss sich nicht nur auf solide technische Analysen stützen, sondern auch dem allgemeinen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Umfeld, einschließlich der notwendigen Stärkung der Humanressourcen, Rechnung tragen.

23. **Die Partnerländer** verpflichten sich:

- spezifische Ziele für die Stärkung der Kapazitäten in ihre nationalen Entwicklungsstrategien zu integrieren und deren Umsetzung erforderlichenfalls durch in eigener Regie durchgeführte Kapazitätsentwicklungsstrategien voranzutreiben.

24. **Die Geber** verpflichten sich:

- sich bei der von ihnen geleisteten Unterstützung (sei es in Form von Analysen oder Finanzhilfen) an den Zielen und Strategien der Partnerländer für den Kapazitätsaufbau zu orientieren, vorhandene Kapazitäten effektiv zu nutzen und ihre Unterstützung für den Kapazitätsaufbau entsprechend zu harmonisieren (**Indikator 4**).

Stärkung der Kapazitäten für das öffentliche Finanzmanagement

25. **Die Partnerländer** verpflichten sich:

- ihre Anstrengungen zur Mobilisierung einheimischer Ressourcen, zur Stärkung einer langfristig tragbaren Haushaltsposition und zur Schaffung eines günstigen Umfelds für öffentliche und private Investitionen zu intensivieren;
- zeitnahe, transparente und verlässliche Informationen über den Haushaltsvollzug zu veröffentlichen;
- beim Prozess der Reform des öffentlichen Finanzmanagements die Führungsrolle zu übernehmen.

26. **Die Geber** verpflichten sich:

- eine verlässliche indikative mehrjährige Rahmenplanung mit Richtwerten für die EZ-Zusagen aufzustellen und die EZ-Leistungen pünktlich und zuverlässig gemäß dem jeweils vereinbarten Zeitplan auszuzahlen (**Indikator 7**);
- soweit wie möglich vorhandene, transparente Haushalts- und Rechnungslegungsmechanismen der Partnerländer zu nutzen (**Indikator 5**).

27. **Partnerländer** und **Geber** verpflichten sich gemeinsam:

- den Rahmen für diagnostische Prüfungen wie auch für Leistungsbewertungen im öffentlichen Finanzmanagement zu harmonisieren.

Stärkung der nationalen Beschaffungssysteme

28. **Partnerländer** und **Geber** verpflichten sich gemeinsam:

- einvernehmlich festgelegte Standards und Verfahren[4] für die Durchführung diagnostischer Prüfungen, die Konzipierung nachhaltiger Reformen und das Monitoring der Umsetzung anzuwenden;

- ausreichende Ressourcen zur Unterstützung und nachhaltigen Sicherung mittel- und langfristiger Reformen des Beschaffungswesens sowie des erforderlichen Kapazitätsaufbaus bereitzustellen;
- die bei der Anwendung bewährter Praktiken gewonnenen Erfahrungen auf Länderebene auszutauschen, damit diese Verfahren nach und nach verbessert werden können.

29. **Die Partnerländer** verpflichten sich, die Reform der öffentlichen Auftragsvergabe und deren Umsetzung selbst in die Hand zu nehmen.

30. **Die Geber** verpflichten sich:

- zunehmend die eigenen Beschaffungssysteme der Partnerländer zu nutzen, sofern dabei einvernehmlich festgelegte Standards und Verfahren angewendet werden (**Indikator 5**);
- harmonisierte Ansätze zu verfolgen, falls die nationalen Systeme den einvernehmlich festgelegten Leistungsstandards nicht gerecht werden oder wenn sie von den Gebern nicht genutzt werden.

Aufhebung der Lieferbindung im Interesse eines besseren Kosten-Nutzen-Verhältnisses

31. Bei Lieferaufbindung erhöht sich im Allgemeinen die EZ-Wirksamkeit, weil damit die Transaktionskosten für die Partnerländer sinken, die Eigenverantwortung der Partnerländer gestärkt und die Partnerausrichtung seitens der Geber verbessert wird. Gemäß der DAC-Empfehlung von 2001 für die Aufhebung der Lieferbindung bei der Vergabe von ODA-Mitteln an die am wenigsten entwickelten Länder werden die DAC-Geber auf weitere Fortschritte bei der Aufhebung der Lieferbindung hinarbeiten (**Indikator 8**).

Harmonisierung

Die Aktionen der Geber sind besser harmonisiert und transparenter und führen zu einer kollektiv größeren Wirksamkeit

Die Geber treffen gemeinsame Vorkehrungen und vereinfachen ihre Verfahren

32. **Die Geber** verpflichten sich:

- die geberseitigen Aktionspläne umzusetzen, die sie im Anschluss an das Hochrangige Forum von Rom ausgearbeitet haben;
- auf Länderebene soweit wie möglich gemeinsame Vorkehrungen für Planung, Finanzierung (z.B. Gemeinschaftsfinanzierungen), Auszahlung, Monitoring, Evaluierung sowie Berichterstattung an die staatlichen Stellen über Geberaktivitäten und EZ-Leistungen zu treffen; der verstärkte Einsatz programmorientierter EZ-Modalitäten kann hierzu einen Beitrag leisten (**Indikator 9**);
- mit dem Ziel zusammenzuarbeiten, Redundanzen bei Feldmissionen und diagnostischen Prüfungen zu verringern (**Indikator 10**) und gemeinsame Schulungen zu fördern, um den Erfahrungsaustausch zu unterstützen und praxisbezogene Gemeinschaften (CoP) aufzubauen.

Komplementarität und effektivere Arbeitsteilung

33. Die übermäßige Fragmentierung der Entwicklungszusammenarbeit auf globaler, nationaler und sektoraler Ebene beeinträchtigt deren Wirksamkeit. Durch einen pragmatischen Ansatz bei der Arbeits- und Lastenteilung können die Komplementarität verstärkt und die Transaktionskosten gesenkt werden.

34. **Die Partnerländer** verpflichten sich:

- klar zu den komparativen Vorteilen der einzelnen Geber sowie zu der Frage Stellung zu nehmen, wie sich diese auf Landes- oder Sektorebene am besten ergänzen können.

35. **Die Geber** verpflichten sich:

- ihre jeweiligen komparativen Vorteile auf Landes- oder Sektorebene voll zu nutzen, indem sie gegebenenfalls die Befugnisse für die Durchführung von Programmen, Aktivitäten und Aufgaben an federführende Geber übertragen;
- im Hinblick auf die Harmonisierung unterschiedlicher Verfahren zusammenzuarbeiten.

Förderung eines kooperativen Ansatzes

36. **Geber** und **Partnerländer** verpflichten sich gemeinsam:

- bestehende Verfahrensweisen zu reformieren und für die Führungskräfte wie auch das übrige Personal – u.a. in Bezug auf Einstellung, Leistungsbewertung und Schulung – stärkere Anreize zu schaffen, bei ihrer Arbeit die Grundsätze der Harmonisierung, der Partnerausrichtung und der Ergebnisorientierung zu beachten.

Stärkung der EZ-Wirksamkeit in fragilen Staaten[5]

37. Das internationale Engagement in fragilen Staaten muss langfristig auf das Ziel ausgerichtet sein, legitime, gut funktionierende und solide staatliche und sonstige nationale Institutionen aufzubauen. Die Leitlinien für die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit gelten zwar auch für fragile Staaten, müssen dort aber an ein Umfeld angepasst werden, das durch mangelnde Eigenverantwortung und ungenügende Kapazitäten gekennzeichnet ist, und dem dringenden Bedarf an grundlegenden Diensten Rechnung tragen.

38. **Die Partnerländer** verpflichten sich:

- Fortschritte beim Aufbau von Institutionen und der Schaffung von Governance-Strukturen zu erzielen, die eine funktionierende Staats- und Verwaltungsführung ermöglichen und die Sicherheit, den Schutz und den gerechten Zugang der Bevölkerung zu sozialer Grundversorgung gewährleisten;
- dort, wo noch keine nationalen Entwicklungsstrategien festgelegt wurden, einen Dialog mit den Gebern über die Ausarbeitung einfacher Planungsinstrumente anzustrengen, wie z.B. die Erstellung einer Ergebnismatrix für die Übergangsphase;
- eine breite Beteiligung von nationalen Akteuren unterschiedlicher Provenienz bei der Definition der Entwicklungsprioritäten zu fördern.

39. **Die Geber** verpflichten sich:

- ihre Aktivitäten zu harmonisieren. Harmonisierung ist besonders wichtig, wenn der Staat seiner Führungsrolle nicht voll gerecht wird. Dabei sollte das Hauptaugenmerk Vorfeldanalysen, gemeinsamen Evaluierungen und Strategien, einer Koordinierung des politischen Engagements und konkreten Initiativen, wie der Einrichtung gemeinsamer Geberaußenstellen, gelten;
- sich soweit wie möglich an von der Zentralregierung des Partnerlands getragenen Strategien zu orientieren oder, wenn dies nicht möglich ist, maximalen Gebrauch von nationalen, regionalen, sektoralen oder nichtstaatlichen Systemen zu machen;
- Aktivitäten zu vermeiden, die dem Aufbau nationaler Institutionen abträglich sind, wie z.B. Umgehung der nationalen Haushaltsverfahren oder zu hohe Entlohnung von Ortskräften;
- eine geeignete Kombination von EZ-Instrumenten einzusetzen, die sich u.a. auf Unterstützung bei der Finanzierung laufender Kosten erstrecken, insbesondere in Ländern, die sich in einem vielversprechenden, aber noch stark gefährdeten Übergangsprozess befinden.

Förderung eines harmonisierten Ansatzes bei Umweltverträglichkeitsprüfungen

40. Die Geber haben erhebliche Harmonisierungsfortschritte im Hinblick auf Umweltverträglichkeitsprüfungen, auch in Bezug auf relevante Gesundheits- und Sozialfragen im

Rahmen der jeweiligen Projekte, erzielt. Diese Fortschritte müssen ausgebaut werden, wobei auch auf die Konsequenzen globaler Umweltprobleme wie Klimawandel, Wüstenbildung und Schwund der biologischen Vielfalt eingegangen werden muss.

41. **Geber** und **Partnerländer** verpflichten sich gemeinsam:

- verstärkt Umweltverträglichkeitsprüfungen durchzuführen und im Rahmen von Projekten systematischer gemeinsame Verfahren, einschließlich Konsultationen mit den beteiligten Parteien, anzuwenden und gemeinsame Ansätze für eine „strategische Umweltverträglichkeitsprüfung" auf Sektor- und Länderebene zu entwickeln und umzusetzen;
- die Entwicklung fachlicher Kapazitäten im technischen und politischen Bereich fortzusetzen, die für die Durchführung von Umweltanalysen und die Durchsetzung gesetzlicher Vorschriften notwendig sind.

42. Ähnliche Harmonisierungsanstrengungen sind auch bei anderen Querschnittsaufgaben erforderlich, z.B. in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter und sonstige thematische – auch aus Sonderfonds finanzierte – Bereiche.

Ergebnisorientiertes Management

Ergebnisorientierung beim Ressourcenmanagement und entsprechende Verbesserung der Entscheidungsprozesse

43. Ergebnisorientiertes Management bedeutet, die EZ-Leistungen in einer Weise zu verwalten und einzusetzen, bei der die Realisierung der angestrebten Ergebnisse die Richtschnur bildet und vorhandene Informationen zur Verbesserung der Entscheidungsprozesse genutzt werden.

44. **Die Partnerländer** verpflichten sich:

- die nationalen Entwicklungsstrategien stärker in die jährliche und mehrjährige Haushaltsplanung einzubinden;
- auf die Schaffung ergebnisorientierter Berichterstattungs- und Evaluierungsrahmen hinzuarbeiten, mit deren Hilfe die Fortschritte im Hinblick auf die wichtigsten Aspekte der nationalen und sektoralen Entwicklungsstrategien durch Monitoring überwacht und die Entwicklung einer überschaubaren Zahl von Indikatoren auf der Basis kostengünstig zu beschaffender Daten beobachtet werden kann (**Indikator 11**).

45. **Die Geber** verpflichten sich:

- Programmgestaltung und Ressourcen auf Länderebene mit den Ergebnissen zu verknüpfen und sie an vorhandene effektive Leistungsevaluierungsrahmen der Partnerländer anzupassen, wobei sie davon absehen, die Einführung von Leistungsindikatoren zu fordern, die nicht mit den nationalen Entwicklungsstrategien der Partnerländer in Einklang stehen;
- mit den Partnerländern zusammenzuarbeiten, um soweit wie möglich deren eigene ergebnisorientierte Rahmen für Berichterstattung und Monitoring zu nutzen;
- ihre Monitoring- und Berichtsauflagen zu harmonisieren und gemeinsame Modalitäten der regelmäßigen Berichterstattung soweit wie irgend möglich mit den Partnerländern abzustimmen, solange sie sich noch nicht weitgehender auf deren Statistik-, Monitoring- und Evaluierungssysteme stützen können.

46. **Partnerländer** und **Geber** verpflichten sich gemeinsam:

- im Rahmen eines partizipatorischen Ansatzes zusammen darauf hinzuarbeiten, dass die nationalen Kapazitäten für ergebnisorientiertes Management ausgebaut werden und die Länder selbst verstärkt ein solches Management fordern.

Gegenseitige Rechenschaftspflicht

Geber wie Partnerländer legen Rechenschaft über die Entwicklungsergebnisse ab

47. Eine wichtige Priorität für Partnerländer und Geber ist die Stärkung der gegenseitigen Rechenschaftspflicht und der Transparenz in Bezug auf die Verwendung der EZ-Mittel. Dadurch kann auch die Unterstützung der Öffentlichkeit für die jeweilige nationale Politik und die Entwicklungszusammenarbeit gefestigt werden.

48. **Die Partnerländer** verpflichten sich:

- die Rolle der Parlamente bei der Festlegung der nationalen Entwicklungsstrategien und/oder -budgets angemessen zu stärken;
- verstärkt mit partizipatorischen Ansätzen zu arbeiten, indem sie ein breites Spektrum von Entwicklungspartnern systematisch in die Ausarbeitung nationaler Entwicklungsstrategien und die Evaluierung der bei ihrer Umsetzung erzielten Fortschritte einbeziehen.

49. **Die Geber** verpflichten sich:

- zeitnahe, transparente und ausführliche Informationen über ihre EZ-Leistungen zu liefern, um den Regierungen der Partnerländer die Möglichkeit zu geben ihren Parlamenten und Bürgern vollständige Haushaltsberichte vorzulegen.

50. **Partnerländer** und **Geber** verpflichten sich:

- die beiderseitigen Fortschritte bei der Erfüllung der im Hinblick auf die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit eingegangenen Verpflichtungen, einschließlich der Partnerschaftsverpflichtungen, mit Hilfe vorhandener, zunehmend verlässlicher Mechanismen auf lokaler Ebene gemeinsam zu evaluieren (**Indikator 12**).

III. Fortschrittsindikatoren

Für die Messung auf nationaler und das Monitoring auf internationaler Ebene

<table>
<tr><th>Indikator</th><th>Eigenverantwortung</th><th>Zielvorgabe für 2010</th></tr>
<tr><td>1</td><td>Die Partnerländer verfügen über operationelle Entwicklungsstrategien – Zahl der Länder mit nationalen Entwicklungsstrategien (einschließlich PRS) mit klaren strategischen Prioritäten, die in einen mittelfristigen Ausgabenrahmen eingebunden sind und sich im Jahreshaushalt widerspiegeln</td><td>Mindestens 75% verfügen über operationelle Entwicklungsstrategien</td></tr>
<tr><td></td><td>Partnerausrichtung</td><td>Zielvorgaben für 2010</td></tr>
<tr><td>2</td><td>Zuverlässig funktionierende Ländersysteme – Zahl der Partnerländer mit öffentlichen Beschaffungs- und Finanzmanagementsystemen, die sich entweder
a) an allgemein anerkannte Prinzipien guter Praxis halten oder b) über entsprechende Reformprogramme verfügen</td><td>a) Öffentliches Finanzmanagement – Die Hälfte der Partnerländer ist auf der PFM/CPIA-Leistungsskala (länderbezogene Evaluierungen von Politik und Institutionen) um mindestens eine Stufe (d.h. 0,5 Punkte) höher gerückt
b) Beschaffungswesen – Ein Drittel der Partnerländer ist auf der zur Leistungsmessung für diesen Indikator verwendeten Vier-Punkte-Skala um mindestens eine Stufe (d.h. von D auf C, C auf B oder B auf A) höher gerückt</td></tr>
<tr><td>3</td><td>Die ODA-Leistungen sind auf die nationalen Prioritäten der Partnerländer ausgerichtet – im nationalen Haushalt des Partnerlands ausgewiesener Prozentsatz der für den Staatssektor bestimmten ODA-Leistungen</td><td>Reduzierung der Lücke um die Hälfte – Halbierung des Anteils der ODA-Leistungen für den Staatssektor, die nicht im Staatshaushalt ausgewiesen sind (wobei mindestens 85% der Leistungen im Haushalt erscheinen müssen)</td></tr>
<tr><td>4</td><td>Stärkung der Kapazitäten durch koordinierte Unterstützung – Prozentsatz der für den Kapazitätsaufbau vorgesehenen geberseitigen Unterstützung, die im Rahmen koordinierter Programme im Einklang mit den nationalen Entwicklungsstrategien der Partnerländer erbracht wird</td><td>50% der Leistungen für Technische Zusammenarbeit werden im Rahmen koordinierter Programme im Einklang mit den nationalen Entwicklungsstrategien der Partnerländer eingesetzt</td></tr>
<tr><td>5a</td><td>Nutzung der Ländersysteme für öffentliches Finanzmanagement – Prozentsatz der Geber und EZ-Leistungen, die die entsprechenden Systeme der Partnerländer nutzen, die entweder
a) die allgemein anerkannten Prinzipien guter Praxis beachten oder
b) über entsprechende Reformprogramme verfügen</td><td>Prozentsatz der Geber
Zielvorgabe | Wertung[1]
Alle Geber nutzen die öffentlichen Finanzmanagementsysteme der Partnerländer | 5+
90% der Geber nutzen die öffentlichen Finanzmanagementsysteme der Partnerländer | 3,5-4,5
Prozentsatz der ODA-Leistungen
Zielvorgabe | Wertung[1]
Zwei-Drittel-Reduzierung des Prozentsatzes der für den Staatssektor bestimmten ODA-Leistungen von Gebern, die nicht die öffentlichen Finanzmanagementsysteme der Partnerländer nutzen | 5+
Ein-Drittel-Reduzierung des Prozentsatzes der für den Staatssektor bestimmten ODA-Leistungen von Gebern, die nicht die öffentlichen Finanzmanagementsysteme der Partnerländer nutzen | 3,5-4,5</td></tr>
<tr><td>5b</td><td>Nutzung der Beschaffungssysteme der Länder – Prozentsatz der Geber und ODA-Leistungen, die die öffentlichen Beschaffungssysteme der Partnerländer nutzen, die entweder
a) die allgemein anerkannten Prinzipien guter Praxis beachten oder
b) über entsprechende Reformprogramme verfügen</td><td>Prozentsatz der Geber
Zielvorgabe | Wertung[1]
Alle Geber nutzen die Systeme der Partnerländer für öffentliche Beschaffungen | A
90% der Geber nutzen die Systeme der Partnerländer für öffentliche Beschaffungen | B</td></tr>
</table>

Indikator	Partnerausrichtung	Zielvorgaben für 2010	
5b		Prozentsatz der ODA-Leistungen	
		Zielvorgabe	Wertung[1]
		Zwei-Drittel-Reduzierung des Prozentsatzes der für den Staatssektor bestimmten ODA-Leistungen von Gebern, die nicht die öffentlichen Beschaffungssysteme der Partnerländer nutzen	A
		Ein-Drittel-Reduzierung des Prozentsatzes der für den Staatssektor bestimmten ODA-Leistungen von Gebern, die nicht die öffentlichen Beschaffungs-systeme der Partnerländer nutzen	B
6	*Stärkung der Kapazitäten durch Vermeidung paralleler Durchführungsstrukturen* – Zahl paralleler Projektdurchführungsstellen pro Land	**Zwei-Drittel-Reduzierung** der Zahl paralleler Projektdurchführungsstellen pro Land	
7	*Bessere Vorhersehbarkeit der ODA-Leistungen* – Prozentsatz der ODA-Leistungen, die gemäß einem vereinbarten Zeitplan im Rahmen einer jährlichen oder mehrjährigen Planung ausgezahlt werden.	**Reduzierung der Lücke um die Hälfte** – Halbierung des Anteils der ODA-Leistungen, die im vereinbarten Finanzjahr nicht planmäßig ausgezahlt werden	
8	*Aufhebung der Lieferbindung* – Prozentsatz der bilateralen ODA-Leistungen ohne Lieferbindung	**Kontinuierliche Fortschritte im Zeitverlauf**	
	Harmonisierung	Zielvorgaben für 2010	
9	*Nutzung gemeinsamer Vorkehrungen oder Verfahren* – Prozentsatz der ODA-Leistungen, die im Rahmen programmorientierter Ansätze bereitgestellt werden	**66% der ODA-Leistungen** werden im Rahmen programmorientierter Ansätze bereitgestellt	
10	*Förderung gemeinsamer Analysen* – Prozentsatz der *a)* Feldmissionen und/oder *b)* Länderanalysen, einschließlich diagnostischer Prüfungen, die gemeinsam durchgeführt werden	*a)* **40% der geberseitigen Feldmissionen** werden gemeinsam durchgeführt	
		b) **66% der Länderanalysen** werden gemeinsam durchgeführt	
	Ergebnisorientiertes Management	Zielvorgabe für 2010	
11	*Ergebnisorientierte Rahmen* – Zahl der Länder mit transparenten, durch Monitoring überprüfbaren Rahmen für die Leistungsbewertung, die eine Messung der Fortschritte im Verhältnis zu *a)* den nationalen Entwicklungsstrategien und *b)* den Sektorprogrammen ermöglichen	**Reduzierung der Lücke um ein Drittel** – Reduzierung des Anteils der Länder ohne transparenten, durch Monitoring überprüfbaren Rahmen für die Leistungsbewertung um ein Drittel	
	Gegenseitige Rechenschaftspflicht	Zielvorgabe für 2010	
12	*Gegenseitige Rechenschaftspflicht* – Zahl der Partnerländer, die gegenseitige Bewertungen der Fortschritte bei der Umsetzung der in Bezug auf die EZ-Wirksamkeit eingegangenen Verpflichtungen – einschließlich der in dieser Erklärung enthaltenen Verpflichtungen – durchführen	**Alle Partnerländer** verfügen über Systeme zur gegenseitigen Bewertung der erzielten Fortschritte	

Wichtige Anmerkung: In Übereinstimmung mit Absatz 9 der Erklärung versammelten sich die Geber und Partnerländer im Rahmen des DAC, d.h. der DAC-Arbeitsgruppe EZ-Wirksamkeit, die sich aus OECD/DAC-Mitgliedern sowie Vertretern der Partnerländer und multilateraler Einrichtungen zusammensetzt, am 30.-31. Mai 2005 und 7.-8. Juli 2005, um die Zielvorgaben für die zwölf Fortschrittsindikatoren zu vereinbaren und gegebenenfalls einer Prüfung zu unterziehen. Auf diesen Tagungen wurde in Bezug auf die in Abschnitt 3 der vorliegenden Erklärung dargelegten Zielvorgaben eine Einigung erzielt. Diese Einigung unterliegt Vorbehalten eines Gebers hinsichtlich *a)* der Methodik zur Evaluierung der Qualität der von den Partnerländern selbst verwalteten Beschaffungssysteme (im Zusammenhang mit den Zielvorgaben 2b und 5b) und *b)* der akzeptablen Qualität von Reformprogrammen des öffentlichen Finanzmanagements (in Verbindung mit der Zielvorgabe 5a.ii.). Weitere Diskussionen zur Lösung dieser Probleme sind im Gange. In einem Brief vom 9. September 2005 teilte der DAC-Vorsitzende Richard Manning den Teilnehmern der Hochrangigen Plenartagung der 59. Generalversammlung der Vereinten Nationen diese Zielvorgaben ebenso wie die Vorbehalte mit.

1. *Anmerkung zu Indikator 5*: Die Wertungsskala für den Indikator 5 ergibt sich aus den Messverfahren für die Qualität der öffentlichen Beschaffungs- und Finanzmanagementsysteme gemäß Indikator 2 des vorliegenden Rahmens.

Anhang A

Anmerkungen zur Methodik der Fortschrittsindikatoren

Die Fortschrittsindikatoren liefern einen Rahmen für die praktische Umsetzung der in der Erklärung von Paris zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit abgesteckten Verantwortlichkeiten und Rechenschaftspflichten. Dieser Rahmen setzt sich aus verschiedenen Elementen der in Abschnitt II dieser Erklärung dargelegten Partnerschaftsverpflichtungen zusammen.

Zweck – Die Fortschrittsindikatoren liefern einen Rahmen für die praktische Umsetzung der in der Erklärung von Paris zur EZ-Wirksamkeit abgesteckten Verantwortlichkeiten und Rechenschaftspflichten. Die Indikatoren messen in erster Linie die kollektiven Reaktionen auf Länderebene.

Länderebene/globale Ebene – Die Indikatoren sind auf Länderebene im Rahmen einer engen Zusammenarbeit zwischen Partnerländern und Gebern zu messen. Die auf Länderebene erfassten Indikatorwerte können dann auf regionaler oder globaler Ebene statistisch aggregiert werden. Eine solche globale Aggregierung wird sowohl für die nachstehend aufgeführte Ländergruppe zu Zwecken der statistischen Vergleichbarkeit als auch allgemeiner für alle Partnerländer vorgenommen, für die einschlägige Daten vorliegen.

Ergebnisse seitens der Geber/Partnerländer – Die Fortschrittsindikatoren liefern ferner einen Vergleichsmaßstab, an dem die einzelnen Geberstellen bzw. Partnerländer ihre Ergebnisse auf nationaler, regionaler oder globaler Ebene messen können. Bei der Messung der von den einzelnen Gebern erzielten Ergebnisse sollten die Indikatoren flexibel angewandt werden, um den unterschiedlichen institutionellen Mandaten der Geber Rechnung zu tragen.

Zielvorgaben – Die Zielvorgaben werden auf globaler Ebene festgelegt. Die Fortschritte bei der Verwirklichung dieser Zielvorgaben werden mittels statistischer Aggregierung der auf Länderebene erfassten Daten gemessen. Zusätzlich zu den globalen Zielvorgaben können Partnerländer und Geber auch länderspezifische Zielvorgaben vereinbaren.

Ausgangsniveau – Für 2005 wird für eine auf freiwilliger Basis gebildete Ländergruppe ein Ausgangsniveau festgelegt. Die unter dem Dach des OECD-Entwicklungsausschusses in der Arbeitsgruppe EZ-Wirksamkeit vertretene Partnerschaft von Gebern und Partnerländern wird mit der Bildung dieser Ländergruppe beauftragt.

Definitionen und Kriterien – Die in der Arbeitsgruppe EZ-Wirksamkeit des DAC vertretenen Geber und Partnerländer werden gebeten, spezifische Orientierungshilfen zu Definitionen, Anwendungsbereich, Kriterien und Methoden zu liefern, anhand deren die Ergebnisse sowohl für verschiedene Länder als auch für verschiedene Zeiträume aggregiert werden können.

Anmerkung zu Indikator 9 – Die programmorientierten Ansätze werden in Bd. II von *Harmonising Donor Practices for Effective Aid Delivery* (OECD, 2005), Kasten 3.1, definiert als Modalitäten der Entwicklungszusammenarbeit, die auf den Prinzipien der koordinierten Unterstützung eines von den Partnerländern selbst getragenen Entwicklungsprogramms beruhen, wie z.B. einer nationalen Entwicklungsstrategie, eines Sektorprogramms, eines thematischen Programms oder des Programms einer bestimmten Organisation. Sie weisen folgende gemeinsame Merkmale auf: *a)* Trägerschaft durch das Gastland bzw. die Organisation, *b)* einheitlicher umfassender Programm- und Budgetrahmen, *c)* formal festgelegter Prozess für die Geberkoordination und die Harmonisierung der Geberpraktiken in den Bereichen Berichtswesen, Budgetierung, Finanzmanagement und Beschaffungswesen, *d)* Anstrengungen zur verstärkten Nutzung lokaler Systeme für Programmgestaltung und -umsetzung, Finanzmanagement, Monitoring und Evaluierung. Im Rahmen des Indikators 9 werden die Ergebnisse einzeln, d.h. je nach den im Rahmen der programmorientierten Ansätze praktizierten Förderungsarten, gemessen.

Anhang B: Liste der Teilnehmerländer und -organisationen

Teilnehmerländer

Ägypten	Albanien	Äthiopien	Australien
Bangladesch	Belgien	Benin	Bolivien
Botsuana	[Brasilien][1]	Burkina Faso	Burundi
China	Dänemark	Deutschland	Dominikanische Republik
Europäische Kommission	Fidschi	Finnland	Frankreich
Gambia	Ghana	Griechenland	Guatemala
Guinea	Honduras	Indonesien	Irland
Island	Italien	Jamaika	Japan
Jemen	Jordanien	Kambodscha	Kamerun
Kanada	Kenia	Kirgisistan	Kongo, Demokr. Republik
Korea	Kuwait	Laos	Luxemburg
Madagaskar	Malawi	Malaysia	Mali
Marokko	Mauretanien	Mexiko	Mongolei
Mosambik	Nepal	Neuseeland	Nicaragua
Niederlande	Niger	Norwegen	Österreich
Pakistan	Papua-Neuguinea	Philippinen	Polen
Portugal	Ruanda	Rumänien	Russische Förderation
Salomonen	Sambia	Saudi-Arabien	Schweden
Schweiz	Senegal	Serbien und Montenegro	Slowakische Republik
Spanien	Sri Lanka	Südafrika	Tadschikistan
Tansania	Thailand	Timor-Leste	Tschechische Republik
Tunesien	Türkei	Uganda	Vanuatu
Vereinigte Staaten	Vereinigtes Königreich	Vietnam	

1. Bestätigung steht noch aus.

Auch andere als die hier aufgezählten Länder haben sich der Erklärung von Paris angeschlossen. Die vollständige, dem neuesten Stand entsprechende Länderliste findet sich unter: *www.oecd.org/dac/effectiveness/parisdeclaration/members*.

Teilnehmerorganisationen

Afrikanische Entwicklungsbank	Arabische Bank für Wirtschaftsentwicklung in Afrika
Asiatische Entwicklungsbank	Commonwealth Sekretariat
Konsultationsgruppe zur Unterstützung der Ärmsten	Entwicklungsbank des Europäischen Rates
Wirtschaftskommission für Afrika	Education for All Fast Track Initiative (EFA-FTI)
Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE)	Europäische Investitionsbank
Globaler Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria	G24
Interamerikanische Entwicklungsbank	Internationaler Agrarentwicklungsfonds (IFAD)
Internationaler Währungsfonds (IWF)	Organisation internationale de la Francophonie
Islamische Entwicklungsbank	Millennium Campaign
Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD)	Nordischer Entwicklungsfonds
Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	Organisation Ostkaribischer Staaten (OECS)
OPEC-Fonds für internationale Entwicklung	Pacific Islands Forum Secretariat
Gruppe der Vereinten Nationen für Entwicklungsfragen (UNDG)	Weltbank

Organisationen der Zivilgesellschaft

Africa Humanitarian Action
AFRODAD
Bill and Melinda Gates Foundations
Canadian Council for International Cooperation (CCIC)
Comisión Económica (Nicaragua)
Comité Catholique contre la Faim et pour le Développement (CCFD)
ENDA Tiers Monde
EURODAD
Internationale Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Solidarität
Internationale Union für die Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen
Japan NGO Center for International Cooperation (JANIC)
Reality of Aid Network
Tanzania Social and Economic Trust (TASOET)
UK Aid Network

Anmerkungen

1. In Übereinstimmung mit Absatz 9 der vorliegenden Erklärung versammelten sich die Geber und Partnerländer im Rahmen des DAC, d.h. der DAC-Arbeitsgruppe EZ-Wirksamkeit, die sich aus OECD/DAC-Mitgliedern sowie Vertretern der Partnerländer und multilateraler Einrichtungen zusammensetzt, am 30.-31. Mai 2005 und 7.-8. Juli 2005, um die Zielvorgaben für die zwölf Fortschrittsindikatoren zu vereinbaren und gegebenenfalls einer Prüfung zu unterziehen. Auf diesen Tagungen wurde in Bezug auf die in Abschnitt 3 der vorliegenden Erklärung dargelegten Zielvorgaben eine Einigung erzielt. Diese Einigung unterliegt Vorbehalten eines Gebers hinsichtlich *a)* der Methodik zur Evaluierung der Qualität der von den Partnerländern selbst verwalteten Beschaffungssysteme (im Zusammenhang mit den Zielvorgaben 2b und 5b) und *b)* der akzeptablen Qualität von Reformprogrammen des öffentlichen Finanzmanagements (in Verbindung mit der Zielvorgabe 5a.ii.). Weitere Diskussionen zur Lösung dieser Probleme sind im Gange. In einem Brief vom 9. September 2005 teilte der DAC-Vorsitzende Richard Manning den Teilnehmern der Hochrangigen Plenartagung der 59. Generalversammlung der Vereinten Nationen diese Zielvorgaben ebenso wie die Vorbehalte mit.
2. Der Begriff „nationale Entwicklungsstrategien“ umfasst Armutsbekämpfungs- und ähnliche Gesamtstrategien wie auch sektorbezogene und thematische Strategien.
3. Dazu gehört z.B. der Annual Progress Review of the Poverty Reduction Strategies (APR).
4. Wie z.B. die Verfahren, die bei den gemeinsamen Round-Table-Gesprächen des OECD-Entwicklungsausschusses (DAC) und der Weltbank über die Stärkung der Beschaffungskapazitäten der Entwicklungsländer erarbeitet wurden.
5. Der folgende Abschnitt stützt sich auf die vorläufige Fassung der *Principles for Good International Engagement in Fragile States*, wie sie aus dem Hochrangigen Forum über die Wirksamkeit des Entwicklungsprozesses in fragilen Staaten (London, Januar 2005) resultierte.

AKTIONSPLAN VON ACCRA*

Die für die Förderung der Entwicklung zuständigen Minister und Ministerinnen aus Entwicklungs- und Geberländern sowie die Leitungen multilateraler und bilateraler Entwicklungsorganisationen haben am 4. September 2008 in Accra/Ghana die folgende Erklärung zur Beschleunigung und Vertiefung der Umsetzung der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (2. März 2005) gebilligt.

Zur Zeit bieten sich Chancen

1. Wir bekennen uns zur Überwindung der Armut und zur Förderung von Frieden und Wohlstand durch den Aufbau stärkerer und wirksamerer Partnerschaften, die es den Entwicklungsländern ermöglichen, ihre Entwicklungsziele zu erreichen.

2. Es gibt Fortschritte. Vor fünfzehn Jahren lebten zwei von fünf Menschen in extremer Armut; heute ist es noch einer von vier. Aber 1,4 Milliarden Menschen, vorwiegend Frauen und Mädchen, leben immer noch in extremer Armut[1], und der Zugang zu sauberem Trinkwasser und zu medizinischer Versorgung bleibt in weiten Teilen der Welt ein großes Problem. Zudem werden die in vielen Ländern erzielten Fortschritte in der Armutsbekämpfung von neuen weltweiten Herausforderungen – steigenden Nahrungsmittel- und Treibstoffpreisen und dem Klimawandel – bedroht.

3. Wir brauchen noch viel mehr Fortschritte, wenn alle Länder die Millenniumsentwicklungsziele (MDG) erreichen sollen. Hier ist die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) nur Teil der Entwicklungsbestrebungen. Demokratie, Wirtschaftswachstum, gesellschaftlicher Fortschritt und ein pfleglicher Umgang mit der Umwelt sind in allen Ländern die wichtigsten Triebkräfte der Entwicklung. Maßnahmen gegen Einkommens- und Chancenungleichgewichte innerhalb der Länder und zwischen den Staaten sind entscheidend für weltweite Fortschritte. Gleichstellung der Geschlechter, Achtung der Menschenrechte und ökologische Nachhaltigkeit sind Schlüsselelemente zur Erzielung dauerhafter Wirkungen im Hinblick auf das Leben und die Potenziale armer Frauen, Männer und Kinder. Es kommt darauf an, dass wir diese Themen mit allen unseren Politiken systematischer und kohärenter angehen.

4. 2008 werden drei internationale Konferenzen zur Beschleunigung des Wandels beitragen: das Hochrangige Forum über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Accra, die hochrangige VN-Veranstaltung zu den MDG in New York und die Folgekonferenz über Entwicklungsfinanzierung in Doha. Heute in Accra schreiten wir voran, geeint in unserem gemeinsamen Bestreben: der Nutzung des vollen Potenzials der Entwicklungszusammenarbeit bei der Erreichung dauerhafter Entwicklungsergebnisse.

Wir machen Fortschritte, aber sie reichen nicht aus

5. Unter Berücksichtigung der Lehren aus den bisherigen Erfolgen und Misserfolgen der Entwicklungszusammenarbeit und aufbauend auf der 2003 in Rom verabschiedeten Erklärung über Harmonisierung haben wir im März 2005 einen ehrgeizigen Reformkatalog

* Übersetzung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

verabschiedet: die Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit. In der Paris-Erklärung sind wir übereingekommen, eine echte Partnerschaft zu entwickeln, in der die Entwicklungsländer eindeutig die Verantwortung für den eigenen Entwicklungsprozess tragen. Wir haben uns auch geeinigt, einander über die Erreichung konkreter Entwicklungsergebnisse Rechenschaft abzulegen. Nach dreieinhalb Jahren kommen wir in Accra wieder zusammen, um die Fortschritte zu überprüfen und die Herausforderungen anzugehen, vor denen wir jetzt stehen.

6. Die Daten belegen, dass wir Fortschritte machen, aber sie reichen nicht aus. Aus einer Evaluierung ging jüngst hervor, dass die Paris-Erklärung sehr viel Bewegung in die Veränderung der Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern und Gebern vor Ort gebracht hat. Dem „2008 Monitoring Survey" zufolge haben zahlreiche Entwicklungsländer die Verwaltung ihrer öffentlichen Mittel verbessert. Die Geber verbessern ihrerseits zunehmend die Koordinierung auf Länderebene. Aber das Tempo der Fortschritte ist unzureichend. Ohne weitere Reformen und rascheres Handeln wird es uns nicht gelingen, unsere Verpflichtungen und Ziele für 2010 zur Verbesserung der Qualität der EZ zu erreichen.

Wir werden Maßnahmen zur Beschleunigung der Fortschritte ergreifen

7. Aus den Daten geht hervor, dass wir drei große Herausforderungen bewältigen müssen, um die Fortschritte hin zu einer wirksameren EZ zu beschleunigen:

8. **Die Eigenverantwortung der Länder ist entscheidend**. Die Regierungen der Entwicklungsländer werden die Steuerung der eigenen Entwicklungspolitik noch stärker in die Hand nehmen und ihre Parlamente sowie Bürgerinnen und Bürger in die Gestaltung dieser Politik einbeziehen. Die Geber unterstützen sie dabei, indem sie die ländereigenen Prioritäten achten, in die menschlichen Ressourcen und Institutionen investieren, bei der Umsetzung der EZ stärker auf die Systeme der Länder zurückgreifen und die Vorhersehbarkeit der EZ-Zuflüsse erhöhen.

9. **Aufbau wirksamerer und umfassenderer Partnerschaften.** In den letzten Jahren haben zusätzliche entwicklungspolitische Akteure – Länder mit mittlerem Einkommen, globale Fonds, die Privatwirtschaft, zivilgesellschaftliche Organisationen – ihre Beiträge ausgeweitet und wertvolle Erfahrungen eingebracht. Daraus ergeben sich auch Herausforderungen im Hinblick auf Steuerung und Koordinierung. Gemeinsam werden sich alle entwicklungspolitischen Akteure um umfassendere Partnerschaften bemühen, damit alle unsere Anstrengungen größere Wirkungen bei der Armutsbekämpfung erzielen.

10. **Die Erreichung von Entwicklungsergebnissen und eine offene Berichterstattung über das Erreichte müssen im Zentrum all unseres Handelns stehen**. Mehr denn je erwarten die Bürger und Bürgerinnen, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler aller Länder, dass sich entwicklungspolitische Arbeit sichtbar in greifbaren Ergebnissen niederschlägt. Wir werden den Nachweis führen, dass unsere Maßnahmen für das Leben der Menschen positive Wirkungen erzielen. Wir werden einander und unseren jeweiligen Parlamenten und Leitungsgremien über diese Wirkungen Rechenschaft ablegen.

11. Wenn wir diese Hindernisse, die schnelleren Fortschritten im Wege stehen, nicht angehen, werden wir unsere Verpflichtungen nicht erfüllen und Chancen zur Verbesserung der Lebensgrundlagen der gefährdetsten Gruppen auf unserem Planeten ungenutzt lassen. Daher bekräftigen wir die in der Paris-Erklärung niedergelegten Verpflichtungen und einigen uns in diesem Aktionsplan von Accra auf konkrete, überprüfbare Maßnahmen zur Beschleunigung der Fortschritte hin zur Erreichung dieser Verpflichtungen bis 2010. Wir verpflichten uns zur Fortsetzung der Anstrengungen im Bereich Monitoring und Evaluierung zur Überprüfung der Umsetzung unserer Verpflichtungen aus der Paris-Erklärung und dem Aktionsplan von Accra sowie zur Überprüfung, inwieweit die Wirksamkeit der EZ sich verbessert und größere entwicklungspolitische Wirkungen erzielt werden.

Stärkung der Eigenverantwortung der Länder für ihre Entwicklung

12. Die Entwicklungsländer legen eigene Entwicklungspolitiken zur Erreichung eigener wirtschafts-, sozial- und umweltpolitischer Ziele fest und setzen diese um. In der Paris-Erklärung waren wir übereingekommen, dass dies unsere oberste Priorität sein sollte. Heute ergreifen wir weitere Schritte, um diese Entschlossenheit in die Tat umzusetzen.

Wir werden den entwicklungsbezogenen Politikdialog auf Länderebene ausweiten

13. Wir werden einen offenen und breit angelegten Dialog zur Entwicklungspolitik führen. Wir erkennen die entscheidende Rolle und Verantwortung der Parlamente bei der Sicherstellung der Eigenverantwortung der Länder für Entwicklungsprozesse an. Zur Förderung dieses Ziels werden wir wie folgt aktiv:

a) Die Regierungen der Entwicklungsländer wirken bei der Erarbeitung, Umsetzung und Überwachung nationaler Entwicklungspolitiken und -pläne enger mit Parlamenten und Kommunalbehörden zusammen. Auch werden sie zivilgesellschaftliche Organisationen (ZGO) einbeziehen.

b) Die Geber leisten Unterstützung bei den Bemühungen zur Stärkung der Kapazitäten aller entwicklungspolitischen Akteure – Parlamente, Zentral- und Kommunalregierung, ZGO, Forschungseinrichtungen, Medien und Privatwirtschaft – zur Übernahme einer aktiven Rolle beim Dialog über Entwicklungspolitik und über die Rolle der EZ als Beitrag zu den ländereigenen Entwicklungszielen.

c) Die Entwicklungsländer und die Geber stellen sicher, dass ihre jeweiligen Entwicklungspolitiken und -programme so gestaltet und umgesetzt werden, dass sie den vereinbarten internationalen Verpflichtungen zur Gleichstellung der Geschlechter, zu den Menschenrechten, zum Umgang mit Behinderung und zur ökologischen Nachhaltigkeit entsprechen.

Die Entwicklungsländer werden ihre entwicklungspolitischen Führungs- und Steuerungskapazitäten ausbauen

14. Ohne solide Kapazitäten – leistungsfähige Institutionen und Strukturen und gute ländereigene Fachkenntnisse – können die Entwicklungsländer ihren Entwicklungsprozess nicht in vollem Umfang verantworten und steuern. In der Paris-Erklärung waren wir uns einig, dass der Ausbau von Kapazitäten in der Verantwortung der Entwicklungsländer liegt und die Geber eine unterstützende Rolle spielen und dass die Technische Zusammenarbeit eines von mehreren Mitteln zum Aufbau von Kapazitäten ist. Zur Stärkung des Aufbaus von Kapazitäten werden die Entwicklungsländer und die Geber gemeinsam wie folgt aktiv:

a) Die Entwicklungsländer benennen systematisch Bereiche, in denen die Kapazitäten zur Leistung und Umsetzung von Dienstleistungen auf allen Ebenen (national, subnational, sektoral und thematisch) ausgebaut werden müssen, und erarbeiten Konzepte für einen solchen Ausbau. Die Geber bauen ihre eigenen Kapazitäten und Fähigkeiten aus, die es ermöglichen, besser auf den Bedarf der Entwicklungsländer einzugehen.

b) Die Unterstützung der Geber im Bereich Kapazitätsentwicklung geht von der Nachfrage der Entwicklungsländer aus und ist darauf angelegt, die Eigenverantwortung der Länder zu fördern.

c) Hierzu werden Entwicklungsländer und Geber *i)* gemeinsam Maßnahmen der Technischen Zusammenarbeit auswählen und steuern sowie *ii)* die Bereitstellung Technischer Zusammenarbeit seitens einheimischer und regionaler Anbieter (auch im Wege der Süd-Süd-Kooperation) fördern.

d) Die Entwicklungsländer und die Geber arbeiten auf allen Ebenen zusammen, um Änderungen auf operativer Ebene zu fördern, durch die die Unterstützung beim Ausbau von Kapazitäten wirksamer wird.

Wir werden in größtmöglichem Umfang ländereigene Systeme stärken und nutzen

15. Eine erfolgreiche Entwicklung hängt maßgeblich von der Fähigkeit der Regierung ab, ihre Politiken umzusetzen und öffentliche Mittel über eigene Institutionen und Strukturen zu verwalten. In der Paris-Erklärung haben sich die Entwicklungsländer zum Ausbau ihrer Systeme[2] verpflichtet; die Geber haben sich zur weitestmöglichen Nutzung dieser Systeme verpflichtet. Die Datenlage zeigt jedoch, dass die Entwicklungsländer und die Geber diesen Verpflichtungen nicht plangemäß nachkommen. Die Fortschritte bei der Verbesserung der Qualität der Ländersysteme sind von Land zu Land sehr unterschiedlich und selbst dort, wo gute Ländersysteme bestehen, werden sie von den Gebern häufig nicht genutzt. Dabei wird anerkannt, dass die Nutzung der ländereigenen Systeme die Entwicklung der Länder begünstigt. Zur Stärkung und Ausweitung der Nutzung ländereigener Systeme werden wir wie folgt aktiv:

a) Die Geber kommen überein, bei EZ-Programmen zur Förderung von Maßnahmen, die vom öffentlichen Sektor betrieben werden, vorrangig die ländereigenen Systeme zu nutzen.

b) Soweit sich Geber hier für eine andere Option entscheiden und EZ-Umsetzungsmechanismen außerhalb der ländereigenen Systeme nutzen (unter anderem parallele Projektdurchführungsstellen), begründen sie dies transparent und überprüfen ihre Haltung in regelmäßigen Abständen. In Fällen, in denen eine Nutzung von Ländersystemen nicht durchführbar ist, richten die Geber zusätzliche Sicherungsmechanismen und Maßnahmen so ein, dass damit die ländereigenen Systeme und Verfahren gestärkt und nicht untergraben werden.

c) Die Bewertung der Qualität der Ländersysteme nehmen Entwicklungsländer und Geber in einem vom Land geführten Prozess unter Nutzung abgesprochener Analyseinstrumente gemeinsam vor. Soweit die ländereigenen Systeme noch weiter gestärkt werden müssen, haben die Entwicklungsländer bei der Festlegung von Reformprogrammen und -prioritäten die Führungsrolle inne. Die Geber unterstützen diese Reformen und fördern den Ausbau der Kapazitäten.

d) Die Geber beginnen unverzüglich mit der Erarbeitung und dem gegenseitigen Austausch von transparenten Plänen zur Umsetzung ihrer Pariser Zusagen zur Nutzung der ländereigenen Systeme bei allen Formen der EZ, erarbeiten Vorgaben für ihr Personal zu Möglichkeiten einer solchen Nutzung und sorgen dafür, dass interne Anreize zu einer solchen Nutzung bestehen. Sie betreiben die Fertigstellung dieser Pläne als vordringliche Aufgabe.

e) Die Geber rufen sich ihre Zusage aus der Paris-Erklärung ins Gedächtnis, 66% der EZ im Rahmen von programmgestützten Ansätzen zu leisten, und bekräftigen diese Zusage. Zudem streben die Geber an, 50% oder mehr der zwischenstaatlichen EZ über die ländereigenen Finanzverwaltungssysteme zu leiten, unter anderem durch eine Erhöhung des Anteils der EZ, der über programmgestützte Ansätze geleistet wird.

Aufbau wirksamerer und umfassenderer Entwicklungspartnerschaften

16. Bei der EZ geht es um den Aufbau von Entwicklungspartnerschaften. Am wirksamsten sind solche Partnerschaften, wenn sie die Energie, Fähigkeiten und Erfahrungen aller entwicklungspolitischen Akteure in vollem Umfang nutzen – der bilateralen und multilateralen Geber, der globalen Fonds, der zivilgesellschaftlichen Organisationen und des Privatsektors. Um die Bemühungen der Entwicklungsländer zum Aufbau ihrer Zukunft zu

unterstützen, verpflichten wir uns zur Schaffung von Partnerschaften, die sämtliche genannten Akteure umfassen.

Wir werden die kostspielige Fragmentierung der EZ verringern

17. Die Wirksamkeit der EZ leidet, wenn es zu viele mit Doppelarbeit verbundene Initiativen gibt, insbesondere auf Länder- und Sektorebene. Wir werden die Fragmentierung der EZ durch eine Verbesserung der Komplementarität der Gebermaßnahmen und der Arbeitsteilung unter den Gebern verringern. Dazu zählt auch eine verbesserte Mittelverteilung innerhalb einzelner Sektoren, innerhalb einzelner Länder und zwischen den Ländern. Hierzu werden wir wie folgt aktiv:

a) Die Entwicklungsländer übernehmen die Führung bei der Festlegung der optimalen Rolle der Geber bei der Förderung ihrer Entwicklungsanstrengungen auf nationaler, regionaler und sektoraler Ebene. Die Geber achten die Prioritäten der Entwicklungsländer und stellen sicher, dass neue Regelungen zur Arbeitsteilung nicht dazu führen, dass einzelne Entwicklungsländer weniger EZ erhalten.

b) Die Geber und die Entwicklungsländer wirken bei der Erarbeitung von Good-Practice-Grundsätzen für eine vom Land gesteuerte Arbeitsteilung mit der DAC-Arbeitsgruppe EZ-Wirksamkeit zusammen. Hierzu entwickeln sie Pläne, mit denen eine größtmögliche Koordinierung der Entwicklungszusammenarbeit sichergestellt werden soll. Wir werden die Umsetzungsfortschritte ab 2009 evaluieren.

c) Wir nehmen bis Juni 2009 einen Dialog über die internationale Arbeitsteilung (Aufteilung nach Ländern) auf.

d) Wir werden das Problem angehen, dass bestimmte Länder unzureichende EZ erhalten.

Wir werden das Kosten-Nutzen-Verhältnis der EZ verbessern

18. Seit 2005 die Paris-Erklärung vereinbart wurde, haben die OECD-DAC-Geber bei der Lieferaufbindung ihrer EZ Fortschritte gemacht. Eine Reihe von Gebern hat die Lieferbindung für ihre EZ bereits vollständig aufgehoben und wir ermutigen andere, dies ebenfalls zu tun. Wir werden diese Bemühungen verfolgen und beschleunigen, indem wir wie folgt aktiv werden:

a) Die OECD-DAC-Geber weiten die Reichweite der DAC-Empfehlung von 2001 für die Aufhebung der Lieferbindung auf HIPC-Länder, die keine LDC sind, aus[3] und verbessern ihre Berichterstattung zur DAC-Empfehlung von 2001.

b) Die Geber erarbeiten eigene Pläne zur weiteren größtmöglichen Aufbindung ihrer EZ.

c) Die Geber setzen sich für eine lokale und regionale Beschaffung ein, indem sie sicherstellen, dass ihre Beschaffungsverfahren transparent sind und einheimischen und regionalen Firmen eine Beteiligung am Wettbewerb ermöglichen. Wir werden uns auf vorbildliche Praktiken stützen, um zur Verbesserung der Kapazitäten einheimischer Unternehmen für eine erfolgreiche Beteiligung am Wettbewerb um EZ-finanzierte Beschaffungen beizutragen.

d) Wir achten unsere internationalen Vereinbarungen zur sozial verantwortlichen Unternehmensführung.

Wir begrüßen alle entwicklungspolitischen Akteure und werden mit allen zusammenarbeiten

19. Die Beiträge aller entwicklungspolitischen Akteure sind wirksamer, wenn die Entwicklungsländer in der Lage sind, sie zu steuern und zu koordinieren. Wir begrüßen die Rolle neuer Akteure, die sich hier einbringen, und werden die Zusammenarbeit aller entwicklungspolitischen Akteure verbessern, indem wir wie folgt aktiv werden:

a) Wir ermutigen alle entwicklungspolitischen Akteure, auch die in der Süd-Süd-Kooperation engagierten, die Grundsätze der Paris-Erklärung als Bezugsrahmen für die Bereitstellung von EZ zu nutzen.

b) Wir bringen Anerkennung für die Beiträge aller entwicklungspolitischen Akteure und insbesondere für die Rolle der Länder mit mittlerem Einkommen als gleichzeitige Geber und Nehmer von EZ zum Ausdruck. Wir erkennen die Bedeutung und Besonderheiten der Süd-Süd-Kooperation an und bestätigen, dass wir aus den Erfahrungen der Entwicklungsländer lernen können. Wir setzen uns für einen weiteren Ausbau der Dreieckskooperation ein.

c) Die globalen Fonds und Programme leisten einen wichtigen entwicklungspolitischen Beitrag. Die von ihnen finanzierten Maßnahmen sind am wirksamsten, wenn sie mit ergänzenden Bemühungen zur Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen und zur Stärkung der jeweiligen Sektorinstitutionen einhergehen. Wir rufen alle globalen Fonds auf, die Eigenverantwortung der Länder zu fördern, die Unterstützung aktiv an die Herangehensweisen der Partner und der anderen Geber anzupassen und alle Strukturen zur gegenseitigen Rechenschaftspflicht gut zu nutzen und dabei den Schwerpunkt auf Ergebnisorientierung beizubehalten. Im Zuge des Entstehens neuer globaler Herausforderungen stellen die Geber sicher, dass die bestehenden Kanäle zur Abwicklung der EZ genutzt und gegebenenfalls gestärkt werden, bevor neue eigenständige Kanäle eingerichtet werden, die das Risiko einer weiteren Zersplitterung bergen und die Koordinierung auf Länderebene erschweren.

d) Wir ermutigen die Entwicklungsländer, eigene Initiativen zur internationalen Zusammenarbeit zu Gunsten anderer Entwicklungsländer zu mobilisieren, zu steuern und auszuwerten.

e) Die entwicklungspolitische Süd-Süd-Kooperation ist darauf angelegt, den Grundsatz der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, der Gleichberechtigung der Entwicklungspartner und der Achtung ihrer Unabhängigkeit, der nationalen Souveränität, der kulturellen Vielfalt und Identität sowie der einheimischen Kenntnisse und Traditionen zu respektieren. Sie spielt in der internationalen EZ eine wichtige Rolle und stellt eine wertvolle Ergänzung der Nord-Süd-Kooperation dar.

Wir werden die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen ausbauen

20. Wir werden die Einbeziehung von ZGO als unabhängigen eigenständigen Entwicklungsakteuren, deren Arbeit jene der staatlichen Seite und der Privatwirtschaft ergänzt, vertiefen. Wir haben ein gemeinsames Interesse daran, sicherzustellen, dass die entwicklungspolitischen Beiträge der zivilgesellschaftlichen Organisationen ihr volles Potenzial entfalten können. Hierzu werden wir wie folgt aktiv:

a) Wir regen an, dass die ZGO darüber nachdenken, wie sie die Pariser Grundsätze zur Wirksamkeit der EZ aus ZGO-Sicht anwenden können.

b) Wir begrüßen den Vorschlag der ZGO, mit ihnen einen von den ZGO gesteuerten Multi-Stakeholder-Prozess zu beginnen, um die entwicklungspolitische Wirksamkeit der ZGO zu fördern. Im Rahmen dieses Prozesses werden wir uns bemühen, *i)* die Koordinierung zwischen ZGO-Maßnahmen und staatlichen Programmen zu verbessern, *ii)* die Rechenschaftspflicht der ZGO für ihre Ergebnisse zu steigern und *iii)* den Informationsfluss über die Maßnahmen der ZGO zu verbessern.

c) Wir bemühen uns gemeinsam mit den ZGO um günstige Rahmenbedingungen, unter denen sie einen größtmöglichen Beitrag zur Entwicklung leisten können.

Wir werden die EZ-Politiken für Länder mit fragiler Situation anpassen

21. In der Paris-Erklärung waren wir uns einig, dass die Grundsätze zur Wirksamkeit der EZ auch auf die EZ in fragilen Situationen anzuwenden sind, auch in Post-Konflikt-Ländern, dass aber diese Grundsätze in Situationen, die von schwacher Eigenverantwortung oder schwachen Kapazitäten geprägt sind, angepasst werden müssen. Inzwischen wurden Prinzipien für internationales Engagement in fragilen Staaten und Situationen vereinbart. Zur weiteren Verbesserung der Wirksamkeit der EZ in solchen Situationen werden wir wie folgt aktiv:

a) Die Geber führen gemeinsame Bewertungen der Regierungsführung und der Kapazitäten durch und untersuchen die Ursachen des Konflikts, der Fragilität und der Unsicherheit. Hierbei beziehen sie die Behörden des Entwicklungslands und andere relevante Akteure so weit wie möglich ein.

b) Auf Länderebene erarbeiten und vereinbaren die Geber und die Entwicklungsländer einen Katalog von realistischen Zielen für die Bereiche Friedensentwicklung und Aufbau staatlicher Strukturen, die auf die Ursachen des Konflikts und der Fragilität eingehen und zum Schutz und zur Beteiligung von Frauen beitragen. In diesen Prozess fließt auch der internationale Dialog zwischen den Partnern und Gebern über diese Ziele als Voraussetzungen für Entwicklung ein.

c) Die Geber stellen bedarfsorientierte, maßgeschneiderte und koordinierte Unterstützung im Bereich Kapazitätsentwicklung für grundlegende staatliche Aufgaben und für Not- und Übergangsmaßnahmen bereit. Sie arbeiten dabei mit den Entwicklungsländern bei der Gestaltung vorläufiger Maßnahmen zusammen, die in geeigneter zeitlicher Abfolge durchgeführt werden und zum Aufbau nachhaltiger örtlicher Institutionen führen.

d) Die Geber bemühen sich um flexible, schnelle und langfristig angelegte Finanzierungsmodalitäten, in geeigneten Fällen auch in Form gemeinschaftlicher Finanzierung, *i)* für den Übergang von der Not- zur Übergangshilfe und zur längerfristigen Entwicklung sowie *ii)* zur Unterstützung der Stabilisierung einschließlich Friedensentwicklung und zum Aufbau leistungsfähiger, rechenschaftspflichtiger und bürgernaher Staaten. In Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern fördern die Geber Partnerschaften mit dem VN-System, den internationalen Finanzinstitutionen und anderen Gebern.

e) Auf Länderebene und auf freiwilliger Basis überwachen die Geber und die Entwicklungsländer die Umsetzung der Prinzipien für internationales Engagement in fragilen Staaten und Situationen und tauschen die Ergebnisse im Rahmen von Fortschrittsberichten über die Umsetzung der Paris-Erklärung miteinander aus.

Entwicklungsergebnisse: Erreichung und Rechenschaftspflicht

22. Man wird uns an den Wirkungen messen, die unsere gemeinsamen Bemühungen auf das Leben der Armen haben. Es ist uns bewusst, dass größere Transparenz und Rechenschaftspflicht bei der Verwendung von Entwicklungsmitteln (einheimischen wie auch externen) wesentlich zur Erzielung von Fortschritten beitragen.

Wir werden uns auf die Erreichung von Ergebnissen konzentrieren

23. Wir werden unsere Wirkungsorientierung verbessern, indem wir wie folgt aktiv werden:

a) Die Entwicklungsländer verbessern die Qualität der Politikgestaltung, -umsetzung und -bewertung durch bessere Informationssysteme. Hierzu zählt in geeigneten Fällen auch die Aufschlüsselung von Daten nach Geschlechtern, Regionen und sozioökonomischem Status.

b) Die Entwicklungsländer und die Geber bemühen sich um die Entwicklung von kostenwirksamen Instrumenten für ein ergebnisorientiertes Management, um die Wirkung von Entwicklungspolitiken zu bewerten und sie gegebenenfalls anzupassen. Wir verbessern die Koordinierung und Verknüpfung der verschiedenen Informationsquellen einschließlich der nationalen Statistiksysteme, der nationalen Haushaltsplanung, Planung und Überwachung und der unter Federführung der Länder betriebenen Evaluierungen der Politikergebnisse.

c) Die Geber passen ihr Monitoring an die ländereigenen Informationssysteme an. Sie fördern die nationalen statistischen Kapazitäten und Informationssysteme der Entwicklungsländer einschließlich jener für die Verwaltung der EZ und investieren in ihre Stärkung.

d) Wir bauen die Anreize zur Erhöhung der Wirksamkeit der EZ aus. Wir werden die rechtlichen bzw. administrativen Hindernisse für eine Umsetzung der internationalen Verpflichtungen zur Wirksamkeit der EZ systematisch untersuchen und angehen. Die Geber achten stärker auf die Übertragung ausreichender Kompetenzen auf die Länderbüros und auf die Änderung organisationsinterner und personalbezogener Anreize zur Förderung eines Vorgehens gemäß den Grundsätzen der Wirksamkeit der EZ.

Wir erhöhen unsere ergebnisbezogene Rechenschaftspflicht und Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit

24. Transparenz und Rechenschaftspflicht sind wesentliche Voraussetzungen für Entwicklungsergebnisse. Sie stehen im Zentrum der Paris-Erklärung, in der wir übereinkamen, dass die Länder und Geber einander gegenseitig sowie ihren Bürgerinnen und Bürgern größere Rechenschaft schuldig sind. Wir werden diese Bemühungen verfolgen, indem wir wie folgt aktiv werden:

a) Wir erhöhen die Transparenz der EZ. Die Entwicklungsländer ermöglichen eine parlamentarische Kontrolle durch die Schaffung größerer Transparenz im öffentlichen Finanzwesen. Hierzu zählt auch die Offenlegung von Einnahmen, Haushalten, Ausgaben, Beschaffungen und Haushaltsprüfungen. Die Geber veröffentlichen regelmäßige, detaillierte und rechtzeitige Informationen über den Umfang, die Verteilung und – soweit verfügbar – die Ergebnisse der entwicklungspolitischen Ausgaben, um den Entwicklungsländern eine präzisere Haushaltsführung, Rechnungslegung und Finanzkontrolle zu ermöglichen.

b) Wir verstärken unsere Bemühungen, gemäß der in der Paris-Erklärung getroffenen Vereinbarung bis 2010 in allen Ländern, die die Erklärung angenommen haben, Systeme zur gegenseitigen Bewertung einzurichten. Diese Bewertungen bauen auf Berichts- und Informationssystemen zu den Länderergebnissen auf, die durch verfügbare Geberdaten und glaubwürdige unabhängige Daten ergänzt werden. Hierbei werden entstehende gute Praktiken zur stärkeren parlamentarischen Kontrolle und Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger herangezogen. Im Rahmen der gegenseitigen Bewertungen ziehen wir einander zur Rechenschaft über gemeinsam vereinbarte Ergebnisse gemäß den ländereigenen Entwicklungs- und EZ-Politiken.

c) Zur Ergänzung der Systeme zur gegenseitigen Bewertung auf Länderebene und zur Förderung einer verbesserten Leistung überprüfen und stärken die Entwicklungsländer und Geber gemeinsam die bestehenden Mechanismen für internationale Rechenschaftspflicht, darunter auch Peer Reviews unter Beteiligung von Entwicklungsländern. Wir werden die Vorschläge zur Stärkung der entsprechenden Mechanismen bis Ende 2009 prüfen.

d) Eine wirksame und effiziente Nutzung der Entwicklungsfinanzierung erfordert, dass Geber wie Partnerländer alles tun, um die Korruption zu bekämpfen. Die Geber und die Entwicklungsländer achten die Grundsätze, auf die sie sich geeinigt haben, auch jene aus dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption. Die Entwicklungsländer wirken der Korruption entgegen, indem sie die Strukturen für Ermittlungen, Rechtsmittel, Rechenschaftspflicht und Transparenz bei der Nutzung öffentlicher Mittel verbessern. Die Geber unternehmen im eigenen Land Schritte zur Bekämpfung der Korruption auf Seiten von Einzelpersonen oder Unternehmen und zum Auffinden, Einfrieren und zur Rückführung von Korruptionsgeldern.

Wir werden die Gestaltung der Konditionierung weiter im Sinne der Förderung von Eigenverantwortung anpassen

25. Zur Stärkung der Eigenverantwortung der Länder und zur Erhöhung der Vorhersehbarkeit der EZ-Zuflüsse kamen die Geber in der Paris-Erklärung überein, dass sie, wo immer möglich, ihre Konditionen aus den Entwicklungspolitiken der Entwicklungsländer selbst ableiten würden. Wir bekräftigen unser Bekenntnis zu diesem Grundsatz und werden die Gestaltung der Konditionierung weiter anpassen, indem wir wie folgt aktiv werden:

a) Die Geber bemühen sich mit den Entwicklungsländern um eine Einigung auf eine begrenzte Zahl gemeinsam abgesprochener Konditionen, die auf nationalen Entwicklungsstrategien beruhen. Gemeinsam bewerten wir den Erfolg der Geber und der Entwicklungsländer bei der Einhaltung der Verpflichtungen.

b) Ab sofort machen die Geber und die Entwicklungsländer regelmäßig alle an Auszahlungen geknüpften Konditionen öffentlich.

c) Die Entwicklungsländer und die Geber arbeiten auf internationaler Ebene zusammen an der Erfassung, Dokumentierung und Weiterverbreitung vorbildlicher Praktiken im Bereich der Konditionierung, um die Eigenverantwortung der Länder sowie andere Grundsätze der Paris-Erklärung zu stärken, indem größeres Gewicht auf harmonisierte, ergebnisorientierte Konditionalitäten gelegt wird. Die Entwicklungsländer und die Geber sind dabei offen für Beiträge aus der Zivilgesellschaft.

Wir erhöhen die mittelfristige Vorhersehbarkeit der EZ

26. In der Paris-Erklärung waren wir uns einig, dass eine größere Vorhersehbarkeit der Bereitstellung von EZ erforderlich ist, wenn die Entwicklungsländer ihre Entwicklungsprogramme kurz- und mittelfristig wirksam planen und verwalten sollen. Prioritär werden wir zur Verbesserung der Vorhersehbarkeit der EZ wie folgt aktiv:

a) Die Entwicklungsländer stärken die Haushaltsplanungsverfahren zur Verwaltung einheimischer und externer Mittel und verbessern mittelfristig den Zusammenhang zwischen Ausgaben und Ergebnissen.

b) Ab sofort stellen die Geber vollständige und rechtzeitige Informationen zu den jährlichen Zusagen und tatsächlichen Auszahlungen bereit, sodass die Entwicklungsländer imstande sind, alle EZ-Zuflüsse in ihren Haushaltsvoranschlägen und Rechnungslegungssystemen korrekt aufzuführen.

c) Ab sofort stellen die Geber den Entwicklungsländern regelmäßig und rechtzeitig Informationen über die fortlaufende Ausgabenplanung bzw. Umsetzungsplanung für einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren zur Verfügung, die mindestens Richtwerte zu den vorgesehenen Mittelzuweisungen enthalten, die die Entwicklungsländer dann in ihre mittelfristigen Planungen und makroökonomischen Konzepte aufnehmen können. Die Geber ergreifen Maßnahmen zum Abbau etwaiger Hindernisse für die Bereitstellung derartiger Informationen.

d) Die Entwicklungsländer und die Geber erarbeiten auf internationaler Ebene gemeinsam Möglichkeiten zur weiteren Verbesserung der mittelfristigen Vorhersehbarkeit der EZ, auch durch die Entwicklung von Instrumenten zur Messung dieser Vorhersehbarkeit.

Ausblick

27. Die Reformen, auf die wir uns heute in Accra einigen, setzen eine kontinuierliche politische Unterstützung auf hoher Ebene, gegenseitige Überzeugungsarbeit gleichrangiger Partner und koordinierte Aktionen auf globaler, regionaler und Länderebene voraus. Um diese Reformen zu erreichen, erneuern wir unser Bekenntnis zu den in der Paris-Erklärung festgelegten Grundsätzen und Zielen und werden weiterhin die Fortschritte bei ihrer Umsetzung überwachen.

28. Die Verpflichtungen, die wir heute vereinbaren, müssen an die unterschiedlichen Ländersituationen angepasst werden – auch für Länder mit mittlerem Einkommen, kleine Staaten und Länder mit fragiler Situation. Hierzu ermutigen wir die Entwicklungsländer, mit aktiver Unterstützung der Geber länderspezifische Aktionspläne zu entwerfen, in denen zeitlich festgelegte, überprüfbare Ansätze zur Umsetzung der Paris-Erklärung und des Aktionsplans von Accra enthalten sind.

29. Wir kommen überein, dass wir alle bis 2010 die Verpflichtungen erfüllen sollten, die wir zur Wirksamkeit der EZ in Paris und heute in Accra eingegangen sind, und im Rahmen unserer Möglichkeiten auch über diese Verpflichtungen hinausgehen. Wir kommen überein, die zahlreichen wertvollen Anregungen und Initiativen, die auf dem Hochrangigen Forum vorgestellt wurden, zu bedenken und zu nutzen. Wir sind uns einig, dass Herausforderungen wie der Klimawandel und steigende Nahrungsmittel- und Treibstoffpreise unterstreichen, wie wichtig es ist, die Grundsätze einer wirksamen EZ anzuwenden. Als Reaktion auf die Nahrungsmittelkrise werden wir die globale Partnerschaft im Bereich Landwirtschaft und Ernährung zügig, effizient und flexibel weiterentwickeln und umsetzen.

30. Wir bitten die DAC-Arbeitsgruppe EZ-Wirksamkeit, auch weiterhin die Fortschritte bei der Umsetzung der Paris-Erklärung und des Aktionsplans von Accra zu überwachen und beim 4. Hochrangigen Forum über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit 2011 Bericht zu erstatten. Wir erkennen an, dass zur Verbesserung der Methodik und der Indikatoren für Fortschritte bei der Wirksamkeit der EZ noch weitere Anstrengungen erforderlich sind. 2011 werden wir die dritte Monitoring-Runde durchführen, aus der hervorgehen wird, ob wir die 2005 in Paris vereinbarten Ziele für 2010 erreicht haben[4]. Um bei dieser Arbeit voranzuschreiten, müssen wir institutionalisierte Prozesse für eine gemeinsame und gleichberechtigte Partnerschaft der Entwicklungsländer und für die Einbeziehung der Betroffenen entwickeln.

31. Wir sind uns bewusst, dass die Wirksamkeit der EZ ein Kernbestandteil des Gesamtansatzes der Entwicklungsfinanzierung ist. Um entwicklungspolitische Wirkungen und die MDG zu erreichen, müssen wir unsere Verpflichtungen sowohl im Hinblick auf die Qualität der EZ als auch im Hinblick auf ihren Umfang einhalten. Wir bitten den Generalsekretär der Vereinten Nationen, die Schlussfolgerungen des 3. Hochrangigen Forums über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit auch dem hochrangigen Treffen zu den MDG vorzulegen, das noch in diesem Monat in New York stattfinden wird, sowie der Folgekonferenz über Entwicklungsfinanzierung in Doha im November 2008. Wir begrüßen den Beitrag des Forums für Entwicklungszusammenarbeit des VN-Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC) zum internationalen Dialog und zur gegenseitigen Rechenschaftspflicht zu EZ-Themen. Wir rufen das VN-Entwicklungssystem dazu auf, die Kapazitäten der Entwicklungsländer für eine wirksame Verwaltung der EZ auch weiter zu fördern.

32. Wir sind heute mehr denn je entschlossen, zusammenzuarbeiten, um Ländern weltweit bei der Schaffung der erfolgreichen Zukunft zu helfen, die wir uns alle wünschen – einer Zukunft, die auf dem gemeinsamen Willen zur Überwindung der Armut beruht; einer Zukunft, in der es keine Länder mehr gibt, die auf EZ angewiesen sind.

Anmerkungen

1. Die Zahlen stammen aus einer Weltbankstudie, die die Armutsschwelle bei 1,25 Dollar pro Tag (in Preisen von 2005) ansetzt.
2. Hierzu zählen unter anderem Systeme zur Verwaltung der öffentlichen Finanzen, für Beschaffung, Finanzkontrolle, Monitoring und Evaluierung sowie für Sozial- und Umweltverträglichkeitsprüfungen.
3. Die DAC-Empfehlung von 2001 für die Aufhebung der Lieferbindung bei der Vergabe von ODA-Mitteln an die am wenigsten entwickelten Länder (LDC) erstreckt sich auf 31 sogenannte hochverschuldete arme Länder (HIPC). Bei seinem hochrangigen Treffen 2008 kam der OECD-Entwicklungsausschuss (DAC) überein, die Empfehlung von 2001 auch auf die übrigen acht HIPC-Länder auszudehnen: Bolivien, Côte d'Ivoire, Ghana, Guyana, Honduras, Kamerun, Nicaragua und Republik Kongo.
4. Diese Informationen werden zum 4. Hochrangigen Forum über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit 2011 vorliegen, ebenso umfassende Evaluierungen der zweiten Phase der Umsetzung der Paris-Erklärung und des Aktionsplans von Accra zum Stand 2010. Auch wird der Verbesserung und dem Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Wirksamkeit der EZ im Sinne langfristiger Entwicklungserfolge und breiter öffentlicher Unterstützung Augenmerk geschenkt werden.

Statistischer Anhang

Wichtigste Leistungsströme

Tabelle 1	ODA-Nettoleistungen der DAC-Mitglieder im Jahr 2008	182
Tabelle 1a	Anteil der Schuldenerlasse an den ODA-Nettoleistungen der DAC-Mitglieder	183
Abbildung 1	Netto-ODA der DAC-Mitglieder 2008	185
Tabelle 2	Nettogesamtleistungen der DAC-Mitglieder, nach Leistungsarten	186
Tabelle 3	Nettogesamtleistungen nach DAC-Mitgliedern	188
Tabelle 4	ODA-Nettoleistungen nach DAC-Mitgliedern	190
Tabelle 5	Private Nettokapitalleistungen der DAC-Mitglieder	192
Tabelle 6	Öffentliche Nettogesamtleistungen von DAC-Mitgliedsländern und multilateralen Stellen nach Leistungsarten	194

Leistungen der DAC-Mitglieder im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit

Tabelle 7	Indikatoren der Lastenteilung	197
Tabelle 8	ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder, zu Preisen und Wechselkursen von 2007	198
Tabelle 9	Langfristige Tendenzen bei den ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder	199
Tabelle 10	Ausgaben für die Technische Zusammenarbeit	200
Tabelle 11	Finanzielle Leistungen an Entwicklungsländer, ohne ODA, 2008	201

Einzelangaben zu den finanziellen Leistungen der DAC-Länder

Tabelle 12	Vergleich der finanziellen Gesamtleistungen nach Kategorien, 2007	202
Tabelle 13	Vergleich der finanziellen Gesamtleistungen nach Kategorien, 2008	204
Tabelle 14	Finanzielle Gesamtleistungen an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen	206

Multilaterale Leistungen

Tabelle 15	ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder an multilaterale Stellen, 2008	222
Tabelle 16	Kapitalzeichnungen bei multilateralen Stellen auf Hinterlegungs- und Inkassobasis	225
Tabelle 17	Vergünstigte und nicht vergünstigte Leistungen multilateraler Stellen	226

Aufschlüsselung der ODA nach Sektoren

Tabelle 18	Hauptverwendungszwecke der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Geber	228
Tabelle 19	DAC-Leistungen nach Hauptverwendungszwecken, 2008	230

Finanzielle und sonstige Bedingungen

Tabelle 20	Finanzielle Bedingungen der ODA-Zusagen	232
Tabelle 21	Einhaltung der DAC-Konditionenempfehlung von 1978 durch die DAC-Mitglieder, 2007 und 2008	233
Tabelle 22	Sonstige Konditionenparameter für kreditvergebende DAC-Mitglieder, 2008	234
Tabelle 23	Grad der Lieferbindung der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder, 2008	235
Tabelle 24	Grad der Lieferbindung der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder, 2008	237

Geografische Verteilung der ODA

Tabelle 25 Empfangene ODA-Leistungen und ausgewählte Indikatoren für Entwicklungsländer und -gebiete 238
Tabelle 26 Aufschlüsselung der ODA-Leistungen nach Einkommensgruppen .. 243
Tabelle 27 Geografische Aufschlüsselung der von den einzelnen DAC-Gebern und den multilateralen Stellen gewährten ODA 244
Tabelle 28 Geografische Aufschlüsselung der ODA-Leistungen nach DAC-Gebern 246
Tabelle 29 ODA-Nettoauszahlungen an die Subsahara-Länder nach Gebern 248
Tabelle 30 ODA-Nettoauszahlungen an die Subsahara-Länder nach Empfängern 250
Tabelle 31 EZ-Leistungen der DAC-Mitglieder an die am wenigsten entwickelten Länder 251
Tabelle 32 Hauptempfänger der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder 252

EZ-Leistungen von Nicht-DAC-Gebern

Tabelle 33 ODA-Leistungen von Nicht-DAC-Gebern 265

Schlüsselindikatoren für die DAC-Länder

Tabelle 34 Anteil der Schuldenerleichterungen an den gesamten ODA-Nettoleistungen der DAC-Mitglieder im Jahr 2008 266
Tabelle 35 Wirtschaftsindikatoren für die DAC-Mitgliedstaaten, 2008 267
Tabelle 36 Deflatoren für die Leistungen der DAC-Geber (2007 = 100) 268
Tabelle 37 Jahresdurchschnittliche Dollar-Wechselkurse für die DAC-Mitglieder 270
Tabelle 38 Bruttonationaleinkommen und Bevölkerung der DAC-Mitgliedstaaten 271

Mehr Informationen über die DAC-Statistiken

vermittelt unsere Internetseite

www.oecd.org/dac

Siehe „Statistics“

Anmerkung: Stichtag für die Vorlage der in diesem Bericht verwendeten Daten war der 20. November 2009. Alle Daten in dieser Veröffentlichung beziehen sich – sofern nicht anders angegeben – auf Kalenderjahre. Die in diesem Bericht enthaltenen Daten spiegeln den Stand der DAC-Liste von 2008 wider (eine vollständige Liste der Länder findet sich am Ende des vorliegenden Berichts).

Verwendete Zeichen

( )	Ganz oder teilweise vom Sekretariat geschätzt
0 - 0.00	Nichts oder unerheblich
– oder ..	Kein Nachweis vorhanden
n.a.	Nicht anwendbar
v	Vorläufig

Leichte Abweichungen der Gesamtzahlen von der Summe der einzelnen Zahlen sind durch Auf- oder Abrunden bedingt.

Nähere Angaben über Herkunft und Bestimmung der ODA-Leistungen und der sonstigen Leistungen enthält der statistische Bericht *Geographical Distribution of Financial Flows to Aid Recipients 2004-2008* sowie die CD-ROM *International Development Statistics*.

Tabelle 1 **ODA-Nettoleistungen der DAC-Mitglieder im Jahr 2008**

	2008		2007		Reale Veränderung in % 2007-2008[a]
	ODA Mio. US-$, jeweilige Preise	ODA/BNE %	ODA Mio. US-$, jeweilige Preise	ODA/BNE %	
Australien	2 954	0.32	2 669	0.32	6.2
Belgien	2 386	0.48	1 951	0.43	13.7
Dänemark	2 803	0.82	2 562	0.81	0.4
Deutschland	13 981	0.38	12 291	0.37	6.3
Finnland	1 166	0.44	981	0.39	9.2
Frankreich	10 908	0.39	9 884	0.38	2.4
Griechenland	703	0.21	501	0.16	28.8
Irland	1 328	0.59	1 192	0.55	6.7
Italien	4 861	0.22	3 971	0.19	11.8
Japan	9 579	0.19	7 679	0.17	10.7
Kanada	4 785	0.32	4 080	0.29	13.6
Luxemburg	415	0.97	376	0.92	3.3
Neuseeland	348	0.30	320	0.27	11.5
Niederlande	6 993	0.80	6 224	0.81	4.8
Norwegen	3 963	0.88	3 728	0.95	-2.5
Österreich	1 714	0.43	1 808	0.50	-12.4
Portugal	620	0.27	471	0.22	22.4
Schweden	4 732	0.98	4 339	0.93	3.9
Schweiz	2 038	0.42	1 685	0.38	7.6
Spanien	6 867	0.45	5 140	0.37	22.6
Vereinigtes Königreich	11 500	0.43	9 849	0.35	25.0
Vereinigte Staaten	26 842	0.19	21 787	0.16	20.5
DAC INSGESAMT	**121 483**	**0.31**	**103 485**	**0.28**	**11.7**
Durchschnitt der länderspezifischen ODA/BNE-Leistungen		0.48		0.45	
Nachrichtliche Positionen zu den obigen Gesamtzahlen:					
Europäische Kommission	14 757		11 634		17.5
DAC-EU-Mitglieder	70 974	0.43	61 538	0.39	9.9
G7-Länder	82 455	0.26	69 539	0.23	14.1
Nicht-G7-Länder	39 029	0.54	33 946	0.52	6.9

a) Unter Berücksichtigung von Inflation und Wechselkursbewegungen.

Tabelle 1a **Anteil der Schuldenerlasse an den ODA-Nettoleistungen der DAC-Mitglieder**

	2008		Veränderung in % 2007-2008[a]
	ODA Mio. US-$, jeweilige Preise	*davon:* Schuldenerlasse	Ohne Schuldenerlasse
Australien	2 954	256	8.9
Belgien	2 386	101	20.3
Dänemark	2 803	96	1.9
Deutschland	13 981	2 593	12.9
Finnland	1 166	2	9.0
Frankreich	10 908	901	10.6
Griechenland	703	-	28.8
Irland	1 328	-	6.7
Italien	4 861	890	6.6
Japan	9 579	1 738	14.0
Kanada	4 785	133	10.9
Luxemburg	415	-	3.3
Neuseeland	348	-	11.5
Niederlande	6 993	124	9.9
Norwegen	3 963	42	-1.9
Österreich	1 714	733	2.6
Portugal	620	1	22.4
Schweden	4 732	-	5.8
Schweiz	2 038	99	6.4
Spanien	6 867	341	22.3
Vereinigtes Königreich	11 500	549	19.9
Vereinigte Staaten	26 842	215	19.8
DAC INSGESAMT	**121 483**	**8 814**	**13.7**
Nachrichtlich:			
Europäische Kommission	14 757	128	16.5
DAC-EU-Mitglieder	70 974	6 331	12.9
G7-Länder	82 455	7 018	15.7
Nicht-G7-Länder	39 029	1 795	9.7

a) Unter Berücksichtigung von Inflation und Wechselkursbewegungen.

Abbildung 1 **Netto-ODA der DAC-Mitglieder 2008**

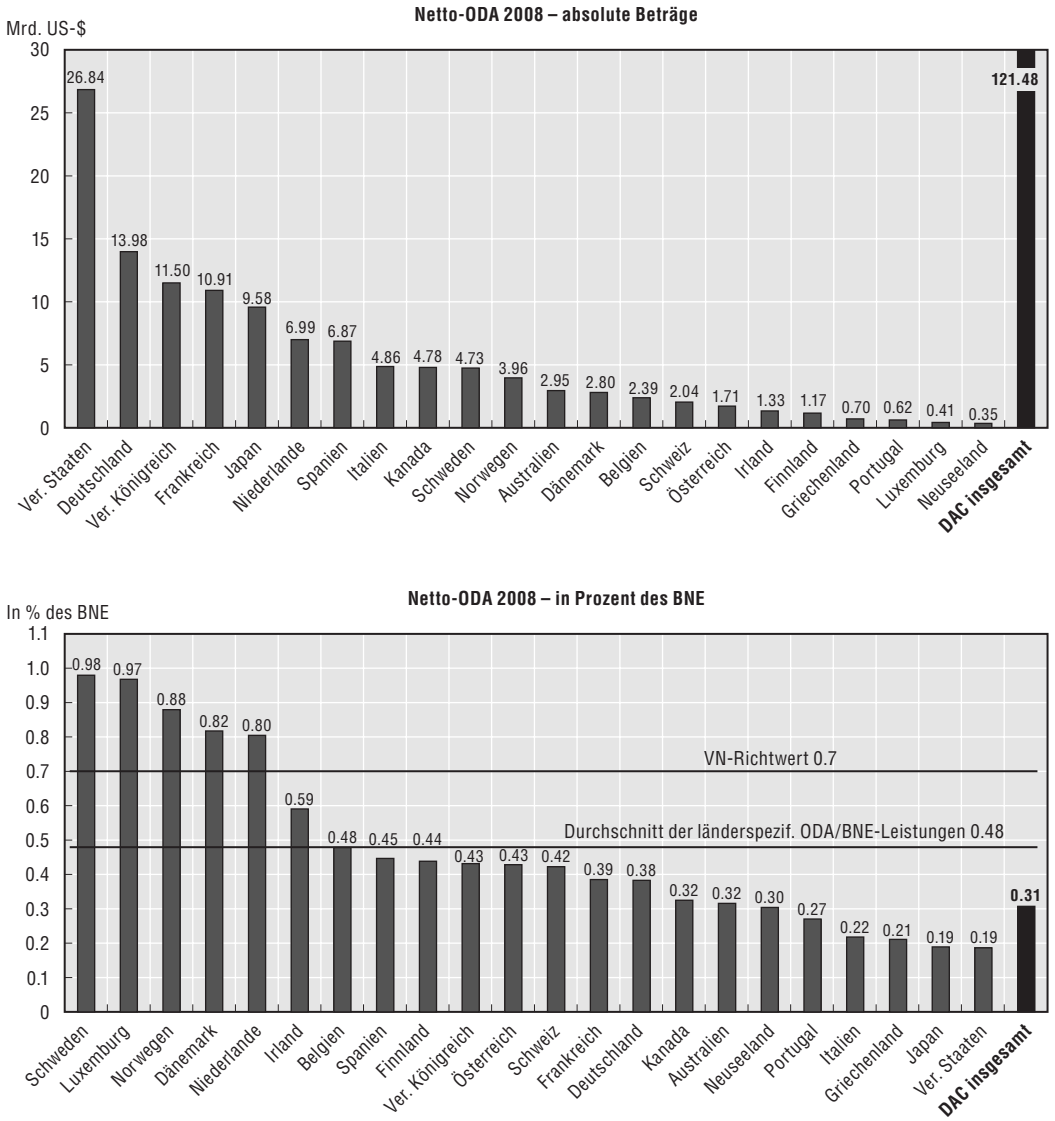


Tabelle 2 **Nettogesamtleistungen der DAC-Mitglieder, nach Leistungsarten**

Nettoauszahlungen zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen

	Mio. US-$						
	Durchschnitt 1992-1993	Durchschnitt 1997-1998	2004	2005	2006	2007	2008
I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit[a]	58 318	50 276	79 432	107 078	104 368	103 485	121 483
1. Bilaterale Zuschüsse und zuschussartige Leistungen	34 133	31 888	57 246	83 432	79 432	75 318	87 839
davon: Technische Zusammenarbeit	13 480	12 972	18 672	20 732	22 242	14 778	17 050
EZ-Nahrungsmittelhilfe[b]	1 723	1 000	1 169	887	956	1 051	1 417
Humanitäre Hilfe[b]	1 865	1 665	5 193	7 121	6 724	6 279	8 819
Schuldenerlass	2 849	3 067	7 134	24 999	18 600	9 624	11 057
Verwaltungskosten	2 503	2 766	4 032	4 115	4 250	4 618	5 368
2. Bilaterale Kredite	6 756	1 914	-2 942	-1 008	-2 531	-2 437	-1 384
3. Beiträge an multilaterale Stellen	18 364	16 474	25 127	24 653	27 467	30 604	35 029
davon: VN[c]	4 515	4 153	5 129	5 469	5 245	5 806	5 759
EU-Institutionen[c]	4 207	4 931	8 906	9 258	9 931	11 714	13 039
IDA[c]	5 636	4 109	5 690	4 827	6 787	5 609	8 081
Regionale Entwicklungsbanken[c]	2 450	1 723	2 274	2 096	2 466	2 361	3 092
II. Sonstige öffentliche Leistungen	8 567	9 877	-5 601	1 430	-10 728	-6 438	-1 782
1. Bilateral	7 646	8 847	-5 349	2 262	-10 551	-6 962	-2 538
2. Multilateral	922	1 030	-252	-832	-177	524	756
III. Private Leistungen zu Marktbedingungen	49 803	118 247	75 262	179 559	196 010	312 475	121 224
1. Direktinvestitionen	33 309	79 911	76 901	100 622	129 174	180 293	178 140
2. Bilaterale Wertpapierinvestitionen	20 540	39 501	-3 544	73 335	60 910	128 759	-53 504
3. Multilaterale Wertpapierinvestitionen	-2 297	-4 093	-4 657	40	2 789	-9 737	-9 983
4. Exportkredite	-1 749	2 928	6 561	5 563	3 137	13 161	6 572
IV. NRO-Nettozuschüsse	5 848	5 400	11 320	14 712	14 648	17 866	23 655
NETTOLEISTUNGEN INSGESAMT	**122 539**	**183 799**	**160 412**	**302 779**	**304 298**	**427 389**	**264 581**
Gesamtbetrag der Leistungen (netto) zu Preisen und Wechselkursen von 2007[d]	**166 064**	**248 056**	**181 519**	**333 263**	**328 736**	**427 389**	**251 868**

a) 1992 ohne Erlass von Nicht-ODA-Schulden. Vgl. Technische Anmerkungen zu Definitionen und Messgrößen.
b) Die Nahrungsmittelsoforthilfe wurde bis einschl. 1995 der EZ-Nahrungsmittelhilfe zugerechnet.
c) Zuschüsse und Kapitalzeichnungen. Ohne Kredite zu vergünstigten Bedingungen an multilaterale Stellen.
d) Bereinigt um den gesamten DAC-Deflator.
Quelle der privaten Leistungen: Angaben der DAC-Mitglieder im jährlichen DAC-Fragebogen zu den gesamten öffentlichen und privaten Leistungen.

Tabelle 2 *(Forts.)* **Nettogesamtleistungen der DAC-Mitglieder, nach Leistungsarten**

Nettoauszahlungen zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen

	In % des Gesamtbetrags						
	Durchschnitt 1992-1993	Durchschnitt 1997-1998	2004	2005	2006	2007	2008
I. **Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit**[a]	48	27	50	35	34	24	46
1. Bilaterale Zuschüsse und zuschussartige Leistungen	28	17	36	28	26	18	33
davon: Technische Zusammenarbeit	11	7	12	7	7	3	6
EZ-Nahrungsmittelhilfe[b]	1	1	1	0	0	0	1
Humanitäre Hilfe[b]	2	1	3	2	2	1	3
Schuldenerlass	2	2	4	8	6	2	4
Verwaltungskosten	2	2	3	1	1	1	2
2. Bilaterale Kredite	6	1	-2	-0	-1	-1	-1
3. Beiträge an multilaterale Stellen	15	9	16	8	9	7	13
davon: VN[c]	4	2	3	2	2	1	2
EU-Institutionen[c]	3	3	6	3	3	3	5
IDA[c]	5	2	4	2	2	1	3
Regionale Entwicklungsbanken[c]	2	1	1	1	1	1	1
II. Sonstige öffentliche Leistungen	7	5	-3	0	-4	-2	-1
1. Bilateral	6	5	-3	1	-3	-2	-1
2. Multilateral	1	1	-0	-0	-0	0	0
III. Private Leistungen zu Marktbedingungen	41	64	47	59	64	73	46
1. Direktinvestitionen	27	43	48	33	42	42	67
2. Bilaterale Wertpapierinvestitionen	17	21	-2	24	20	30	-20
3. Multilaterale Wertpapierinvestitionen	-2	-2	-3	0	1	-2	-4
4. Exportkredite	-1	2	4	2	1	3	2
IV. NRO-Nettozuschüsse	5	3	7	5	5	4	9
NETTOLEISTUNGEN INSGESAMT	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**

Tabelle 3 **Nettogesamtleistungen nach DAC-Mitgliedern**

Nettoauszahlungen zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen

	Mio. US-$						
	Durchschnitt 1992-1993[a]	Durchschnitt 1997-1998	2004	2005	2006	2007	2008
Australien	3 123	-825	2 466	5 366	9 120	10 307	3 997
Belgien	1 460	-1 456	816	3 142	5 308	3 818	4 425
Dänemark	1 501	1 867	2 634	2 215	2 686	4 807	5 150
Deutschland	12 143	21 110	15 251	30 683	25 992	36 739	33 395
Finnland	553	1 041	1 338	1 642	1 413	2 149	-222
Frankreich	10 867	11 191	12 599	15 744	22 329	43 126	40 641
Griechenland	..	187	328	709	2 896	3 391	1 166
Irland	142	328	3 851	5 298	5 237	5 840	6 101
Italien	4 299	10 643	3 239	4 103	5 512	4 422	5 581
Japan	16 016	23 705	11 368	23 238	26 179	30 315	31 783
Kanada	4 720	9 881	5 986	13 373	14 233	17 161	24 068
Luxemburg	48	109	242	265	299	384	426
Neuseeland	111	168	271	401	338	404	433
Niederlande	4 472	10 718	14 106	22 781	28 616	18 142	-14 022
Norwegen	1 328	1 815	2 785	4 630	4 304	6 371	3 963
Österreich	580	1 329	1 352	4 837	3 455	20 405	11 302
Portugal	325	1 676	676	1 109	666	2 215	1 528
Schweden	2 758	2 469	2 954	3 545	4 175	6 911	5 896
Schweiz	3 362	613	1 406	8 103	12 555	13 281	12 923
Spanien	1 481	9 626	12 762	6 801	11 146	21 662	30 087
Vereinigtes Königreich	8 322	15 897	31 702	31 269	26 941	45 676	41 878
Vereinigte Staaten	45 864	61 706	32 283	113 526	90 897	129 862	14 084
DAC INSGESAMT	**122 539**	**183 799**	**160 412**	**302 779**	**304 298**	**427 389**	**264 581**
davon:							
DAC-EU-Mitglieder	48 951	86 735	103 848	134 143	146 670	219 687	173 331

a) 1992 einschließlich Schuldenerlass von Nicht-ODA-Schulden, außer DAC insgesamt. Vgl. Technische Anmerkungen zu Definitionen und Messgrößen.

Tabelle 3 *(Forts.)* **Nettogesamtleistungen nach DAC-Mitgliedern**

Nettoauszahlungen zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen

	In % des BNE						
	Durchschnitt 1992-1993[a]	Durchschnitt 1997-1998	2004	2005	2006	2007	2008
Australien	1.13	-0.22	0.41	0.79	1.27	1.25	0.43
Belgien	0.68	-0.59	0.23	0.84	1.34	0.83	0.89
Dänemark	1.13	1.10	1.10	0.85	0.96	1.51	1.50
Deutschland	0.61	0.99	0.56	1.10	0.89	1.10	0.91
Finnland	0.62	0.85	0.72	0.84	0.67	0.86	-0.08
Frankreich	0.85	0.76	0.61	0.74	0.99	1.66	1.44
Griechenland	..	0.16	0.16	0.32	1.18	1.10	0.35
Irland	0.34	0.52	2.47	3.09	2.77	2.70	2.71
Italien	0.40	0.92	0.19	0.23	0.30	0.21	0.25
Japan	0.40	0.57	0.24	0.50	0.58	0.67	0.63
Kanada	0.87	1.68	0.62	1.20	1.14	1.22	1.63
Luxemburg	0.34	0.63	0.81	0.82	0.91	0.94	0.99
Neuseeland	0.29	0.31	0.30	0.40	0.35	0.34	0.38
Niederlande	1.42	2.87	2.46	3.65	4.23	2.35	-1.61
Norwegen	1.27	1.19	1.11	1.56	1.29	1.62	0.88
Österreich	0.32	0.64	0.46	1.60	1.08	5.62	2.82
Portugal	0.38	1.61	0.41	0.62	0.36	1.03	0.67
Schweden	1.32	1.13	0.84	0.99	1.08	1.49	1.22
Schweiz	1.36	0.23	0.36	1.99	2.98	3.02	2.68
Spanien	0.28	1.77	1.25	0.61	0.92	1.55	1.96
Vereinigtes Königreich	0.84	1.17	1.45	1.37	1.11	1.61	1.57
Vereinigte Staaten	0.73	0.73	0.28	0.92	0.69	0.93	0.10
DAC INSGESAMT	**0.66**	**0.82**	**0.52**	**0.93**	**0.89**	**1.14**	**0.67**
davon:							
DAC-EU-Mitglieder	0.68	1.05	0.85	1.05	1.08	1.40	1.04

Tabelle 4 **ODA-Nettoleistungen nach DAC-Mitgliedern**

Nettoauszahlungen zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen

	Mio. US-$						
	Durchschnitt 1992-1993[a]	Durchschnitt 1997-1998	2004	2005	2006	2007	2008
Australien	984	1 011	1 460	1 680	2 123	2 669	2 954
Belgien	840	823	1 463	1 963	1 977	1 951	2 386
Dänemark	1 366	1 670	2 037	2 109	2 236	2 562	2 803
Deutschland	7 269	5 719	7 534	10 082	10 435	12 291	13 981
Finnland	499	388	680	902	834	981	1 166
Frankreich	8 093	6 024	8 473	10 026	10 601	9 884	10 908
Griechenland	..	176	321	384	424	501	703
Irland	76	193	607	719	1 022	1 192	1 328
Italien	3 583	1 772	2 462	5 091	3 641	3 971	4 861
Japan	11 205	9 999	8 922	13 126	11 136	7 679	9 579
Kanada	2 457	1 876	2 599	3 756	3 683	4 080	4 785
Luxemburg	44	103	236	256	291	376	415
Neuseeland	97	142	212	274	259	320	348
Niederlande	2 639	2 994	4 204	5 115	5 452	6 224	6 993
Norwegen	1 144	1 314	2 199	2 786	2 954	3 728	3 963
Österreich	205	477	678	1 573	1 498	1 808	1 714
Portugal	264	255	1 031	377	396	471	620
Schweden	2 114	1 652	2 722	3 362	3 955	4 339	4 732
Schweiz	966	904	1 545	1 772	1 646	1 685	2 038
Spanien	1 411	1 305	2 437	3 018	3 814	5 140	6 867
Vereinigtes Königreich	3 082	3 648	7 905	10 772	12 459	9 849	11 500
Vereinigte Staaten	10 916	7 832	19 705	27 935	23 532	21 787	26 842
DAC INSGESAMT	**58 318**	**50 276**	**79 432**	**107 078**	**104 368**	**103 485**	**121 483**
davon:							
DAC-EU-Mitglieder	31 483	27 199	42 789	55 750	59 034	61 538	70 974

a) 1992 einschließlich Schuldenerlass von Nicht-ODA-Schulden, außer DAC insgesamt. Vgl. Technische Anmerkungen zu Definitionen und Messgrößen.

Tabelle 4 *(Forts.)* **ODA-Nettoleistungen nach DAC-Mitgliedern**

Nettoauszahlungen zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen

	In % des BNE						
	Durchschnitt 1992-1993[a]	Durchschnitt 1997-1998	2004	2005	2006	2007	2008
Australien	0.36	0.27	0.25	0.25	0.30	0.32	0.32
Belgien	0.39	0.33	0.41	0.53	0.50	0.43	0.48
Dänemark	1.03	0.98	0.85	0.81	0.80	0.81	0.82
Deutschland	0.36	0.27	0.28	0.36	0.36	0.37	0.38
Finnland	0.56	0.32	0.37	0.46	0.40	0.39	0.44
Frankreich	0.63	0.41	0.41	0.47	0.47	0.38	0.39
Griechenland	..	0.15	0.16	0.17	0.17	0.16	0.21
Irland	0.18	0.30	0.39	0.42	0.54	0.55	0.59
Italien	0.33	0.15	0.15	0.29	0.20	0.19	0.22
Japan	0.28	0.24	0.19	0.28	0.25	0.17	0.19
Kanada	0.46	0.32	0.27	0.34	0.29	0.29	0.32
Luxemburg	0.31	0.60	0.79	0.79	0.89	0.92	0.97
Neuseeland	0.25	0.26	0.23	0.27	0.27	0.27	0.30
Niederlande	0.84	0.80	0.73	0.82	0.81	0.81	0.80
Norwegen	1.09	0.86	0.87	0.94	0.89	0.95	0.88
Österreich	0.11	0.23	0.23	0.52	0.47	0.50	0.43
Portugal	0.31	0.25	0.63	0.21	0.21	0.22	0.27
Schweden	1.01	0.75	0.78	0.94	1.02	0.93	0.98
Schweiz	0.39	0.33	0.40	0.43	0.39	0.38	0.42
Spanien	0.27	0.24	0.24	0.27	0.32	0.37	0.45
Vereinigtes Königreich	0.31	0.27	0.36	0.47	0.51	0.35	0.43
Vereinigte Staaten	0.17	0.09	0.17	0.23	0.18	0.16	0.19
DAC INSGESAMT	**0.31**	**0.23**	**0.26**	**0.33**	**0.31**	**0.28**	**0.31**
davon:							
DAC-EU-Mitglieder	0.44	0.33	0.35	0.44	0.43	0.39	0.43
Nachrichtlich:							
Durchschnitt der länderspezif. ODA/BNE-Leistungen	0.46	0.38	0.42	0.47	0.46	0.45	0.48

Tabelle 5 **Private Nettokapitalleistungen[a] der DAC-Mitglieder**

Nettoauszahlungen zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen

	Mio. US-$						
	Durchschnitt 1992-1993	Durchschnitt 1997-1998	2004	2005	2006	2007	2008
Australien	1 784	-2 088	482	2 786	6 074	6 948	314
Belgien	254	-2 356	-735	539	3 514	1 686	1 816
Dänemark	142	29	518	33	454	2 242	2 303
Deutschland	2 865	14 861	7 619	12 023	19 938	25 702	18 251
Finnland	-53	588	647	723	553	1 051	-1 422
Frankreich	2 078	5 215	4 342	7 107	14 069	34 422	29 962
Griechenland	..	..	-14	325	2 454	2 880	460
Irland	40	85	3 010	4 271	3 877	4 329	4 500
Italien	-444	8 454	221	44	2 705	649	207
Japan	1 082	6 104	4 392	12 278	12 290	21 979	23 738
Kanada	1 569	6 365	3 542	9 178	9 093	11 731	16 184
Luxemburg	..	..	..	..	..	..	..
Neuseeland	..	12	25	26	24	26	29
Niederlande	1 473	7 438	9 339	17 091	22 544	11 575	-21 345
Norwegen	53	378	586	1 839	1 345	2 638	..
Österreich	62	629	815	2 814	2 285	19 099	9 348
Portugal	32	1 318	335	728	286	1 980	906
Schweden	510	777	266	159	210	2 541	1 108
Schweiz	2 241	-422	-455	5 999	10 490	11 303	10 487
Spanien	..	8 176	10 300	3 716	7 333	16 516	23 220
Vereinigtes Königreich	4 582	11 972	23 562	19 870	14 127	35 634	29 938
Vereinigte Staaten	31 536	50 710	6 465	78 010	62 345	97 545	-28 781
DAC INSGESAMT	**49 803**	**118 247**	**75 262**	**179 559**	**196 010**	**312 475**	**121 224**
davon:							
DAC-EU-Mitglieder	11 540	57 187	60 225	69 444	94 348	160 306	99 253

a) Ohne Zuschüsse von NRO.

Tabelle 5 *(Forts.)* **Private Nettokapitalleistungen[a] der DAC-Mitglieder**

Nettoauszahlungen zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen

	In % des BNE						
	Durchschnitt 1992-1993	Durchschnitt 1997-1998	2004	2005	2006	2007	2008
Australien	0.65	-0.56	0.08	0.41	0.84	0.84	0.03
Belgien	0.12	-0.95	-0.21	0.14	0.89	0.37	0.36
Dänemark	0.11	0.02	0.22	0.01	0.16	0.71	0.67
Deutschland	0.14	0.70	0.28	0.43	0.68	0.77	0.50
Finnland	-0.06	0.48	0.35	0.37	0.26	0.42	-0.53
Frankreich	0.16	0.35	0.21	0.34	0.62	1.32	1.06
Griechenland	..	..	-0.01	0.14	1.00	0.93	0.14
Irland	0.10	0.13	1.93	2.49	2.05	2.00	2.00
Italien	-0.04	0.73	0.01	0.00	0.15	0.03	0.01
Japan	0.03	0.15	0.09	0.26	0.27	0.49	0.47
Kanada	0.29	1.08	0.36	0.82	0.73	0.83	1.10
Luxemburg	..	..	..	..	..	..	..
Neuseeland	..	0.02	0.03	0.03	0.02	0.02	0.03
Niederlande	0.47	1.99	1.63	2.74	3.33	1.50	-2.46
Norwegen	0.05	0.25	0.23	0.62	0.40	0.67	..
Österreich	0.03	0.30	0.28	0.93	0.72	5.26	2.34
Portugal	0.04	1.27	0.20	0.41	0.15	0.92	0.39
Schweden	0.24	0.35	0.08	0.04	0.05	0.55	0.23
Schweiz	0.91	-0.15	-0.12	1.47	2.49	2.57	2.17
Spanien	..	1.50	1.01	0.33	0.61	1.18	1.51
Vereinigtes Königreich	0.46	0.88	1.08	0.87	0.58	1.25	1.12
Vereinigte Staaten	0.50	0.60	0.06	0.63	0.47	0.70	-0.20
DAC INSGESAMT	**0.27**	**0.53**	**0.24**	**0.55**	**0.57**	**0.84**	**0.31**
davon:							
DAC-EU-Mitglieder	0.16	0.69	0.49	0.54	0.69	1.02	0.60

a) Ohne Zuschüsse von NRO.

Tabelle 6 **Öffentliche Nettogesamtleistungen von DAC-Mitgliedsländern und multilateralen Stellen[a] nach Leistungsarten**

	Mrd. US-$, jeweilige Preise							
	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
I. ÖFFENTLICHE ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG (ODF)	**58.8**	**56.6**	**64.4**	**69.6**	**110.6**	**93.5**	**111.2**	**136.4**
1. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)	51.2	58.0	67.9	75.9	104.7	101.3	101.9	119.9
davon: DAC-Mitglieder[b]	35.1	40.8	49.7	54.3	82.4	76.9	72.9	86.5
Multilaterale Stellen	16.1	17.2	18.2	21.6	22.3	24.4	29.1	33.4
2. Sonstige ODF	7.6	-1.4	-3.6	-6.3	5.9	-7.8	9.3	16.5
davon: DAC-Mitglieder[b]	-0.5	3.6	0.5	-2.7	5.1	-6.8	-4.5	-3.0
Multilaterale Stellen	8.2	-5.0	-4.0	-3.6	0.8	-1.0	13.8	19.5
II. ÖFFENTLICHE EXPORTKREDITE	**-0.3**	**-1.2**	**-1.3**	**-2.7**	**-2.8**	**-3.8**	**-2.4**	**0.4**
ÖFFENTL. NETTOLEISTUNGEN INSGESAMT (I+II)	**58.6**	**55.4**	**63.1**	**66.9**	**107.8**	**89.7**	**108.8**	**136.8**
Nachrichtlich (nicht berücksichtigt):								
Nicht-DAC-Geber (ODA)[b]	0.9	2.7	3.2	3.2	3.0	4.5	4.7	8.3
Nettoinanspruchnahme von IWF-Krediten[c]	23.2	15.0	4.1	-12.1	-35.8	-27.0	-5.1	9.7
Brutto-ODF	90.6	103.5	125.9	124.7	166.4	202.3	171.4	189.3
davon: IBRD-Darlehen	10.7	8.4	10.6	9.2	8.6	11.5	10.0	13.4
Zum Vergleich:								
Gesamte Netto-ODA[d] der DAC-Mitglieder	52.4	58.3	69.1	79.4	107.1	104.4	103.5	121.5
davon: Bilaterale Zuschüsse	33.5	39.8	50.9	57.2	83.4	79.4	75.3	87.8

a) Ohne arabische Stellen.

b) Bilaterale Leistungen.

c) Kapital zu nicht vergünstigten Bedingungen aus den IWF-Mitteln für kurzfristige Zahlungsbilanz-Finanzierungen (GRA: General Resources Account).

d) Umfasst die oben angegebene bilaterale ODA plus **Beiträge an** multilaterale Stellen statt der oben angegebenen **ODA-Auszahlungen von** multilateralen Stellen.

Tabelle 6 *(Forts.)* **Öffentliche Nettogesamtleistungen von DAC-Mitgliedsländern und multilateralen Stellen[a] nach Leistungsarten**

	In % des Gesamtbetrags							
	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
I. ÖFFENTLICHE ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG (ODF)	**100.5**	**102.2**	**102.0**	**104.0**	**102.6**	**104.2**	**102.2**	**99.7**
1. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)	87.4	104.7	107.7	113.4	97.1	112.9	93.7	87.6
davon: DAC-Mitglieder[b]	60.0	73.6	78.8	81.2	76.4	85.8	67.0	63.2
Multilaterale Stellen	27.5	31.1	28.8	32.3	20.7	27.2	26.7	24.4
2. Sonstige ODF	13.1	-2.4	-5.6	-9.4	5.5	-8.7	8.5	12.1
davon: DAC-Mitglieder[b]	-0.9	6.5	0.7	-4.0	4.7	-7.5	-4.2	-2.2
Multilaterale Stellen	13.9	-9.0	-6.4	-5.4	0.8	-1.1	12.7	14.2
II. ÖFFENTLICHE EXPORTKREDITE	**-0.5**	**-2.2**	**-2.0**	**-4.0**	**-2.6**	**-4.2**	**-2.2**	**0.3**
ÖFFENTL. NETTOLEISTUNGEN INSGESAMT (I+II)	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**

Tabelle 7 **Indikatoren der Lastenteilung**

Durchschnitt 2007-2008

Nettoauszahlungen

	Zuschuss-äquivalent der gesamten ODA[a] in % des BNE	ODA an multilaterale Stellen in % des BNE[b]		Leistungen an LIC[c]	*davon:* Leistungen an LDC[d]	Pro-Kopf-ODA des Geberlands in US-$ von 2007		Leistungen der NRO in % des BNE	
				In % des BNE		*Nachrichtlich*: 1997-1998	2007-2008	*Nachrichtlich:* 1997-1998	2007-2008
Australien	0.32	0.04	n.a.	0.14	0.08	90	130	0.04	0.08
Belgien	0.47	0.08	(0.18)	0.21	0.18	118	196	0.02	0.07
Dänemark	0.84	0.21	(0.29)	0.45	0.33	474	467	0.02	0.03
Deutschland	0.40	0.06	(0.13)	0.12	0.09	92	154	0.04	0.04
Finnland	0.42	0.09	(0.17)	0.18	0.15	105	193	0.01	0.01
Frankreich	0.40	0.06	(0.15)	0.14	0.11	149	161	-	-
Griechenland	0.19	0.03	(0.10)	0.05	0.04	26	51	-	0.00
Irland	0.57	0.11	(0.17)	0.34	0.29	87	284	0.08	0.13
Italien	0.22	0.06	(0.13)	0.08	0.07	47	71	0.00	0.00
Japan	0.28	0.05	n.a.	0.08	0.05	76	63	0.01	0.01
Kanada	0.31	0.08	n.a.	0.15	0.12	104	131	0.03	0.10
Luxemburg	0.95	0.23	(0.31)	0.45	0.37	391	804	0.03	0.02
Neuseeland	0.28	0.06	n.a.	0.11	0.08	58	80	0.03	0.04
Niederlande	0.85	0.13	(0.21)	0.31	0.23	297	388	0.07	0.04
Norwegen	0.91	0.21	n.a.	0.39	0.33	591	772	0.08	-
Österreich	0.47	0.05	(0.13)	0.13	0.07	82	204	0.02	0.03
Portugal	0.20	0.03	(0.10)	0.11	0.10	41	51	0.01	0.00
Schweden	0.96	0.24	(0.32)	0.29	0.24	248	480	0.02	0.01
Schweiz	0.41	0.10	n.a.	0.14	0.11	167	229	0.04	0.07
Spanien	0.42	0.06	(0.13)	0.11	0.09	57	125	0.02	-
Vereinigtes Königreich	0.43	0.08	(0.15)	0.20	0.15	94	182	0.03	0.01
Vereinigte Staaten	0.18	0.02	n.a.	0.06	0.05	36	79	0.03	0.10
DAC INSGESAMT	**0.32**	**0.05**	**(0.09)**	**0.11**	**0.09**	**81**	**123**	**0.02**	**0.05**

a) Entspricht den Zuschusszahlungen zzgl. des Zuschussäquivalents der neuen Kreditzusagen mit einem Abzinsungssatz von 10%.

b) In Klammern die Leistungen einschl. der Beiträge an die EU-Institutionen. Kapitalzeichnungen auf Schuldscheinhinterlegungsbasis.

c) Die Länder der unteren Einkommensgruppe (LIC) umfassen die am wenigsten entwickelten Länder (LDC) und alle anderen Staaten mit einem Pro-Kopf-Einkommen von maximal 935 US-$ im Jahr 2007 (auf der Basis des Weltbank-Atlas). Einschl. der rechnerisch ermittelten ODA-Leistungen an multilaterale Stellen.

d) Die am wenigsten entwickelten Länder (LDC) sind die in der VN-Liste aufgeführten Staaten. Einschl. der rechnerisch ermittelten ODA-Leistungen an multilaterale Stellen.

Tabelle 8 **ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder, zu Preisen und Wechselkursen von 2007**

Nettoauszahlungen — Mio. US-$

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Australien	1 717	1 845	1 760	1 843	1 851	1 878	2 005	2 443	2 669	2 834
Belgien	1 154	1 413	1 507	1 737	2 466	1 730	2 264	2 208	1 951	2 219
Dänemark	2 669	2 883	2 842	2 647	2 311	2 396	2 410	2 482	2 562	2 573
Deutschland	7 608	8 076	8 145	8 144	8 555	8 558	11 369	11 592	12 291	13 060
Finnland	601	603	632	705	713	783	1 037	935	981	1 072
Frankreich	8 512	7 062	7 288	8 840	9 567	10 005	11 599	11 846	9 884	10 122
Griechenland	309	415	376	471	499	388	450	476	501	645
Irland	414	430	514	649	668	718	830	1 129	1 192	1 272
Italien	2 825	2 443	2 886	3 808	3 213	2 881	5 834	4 061	3 971	4 440
Japan	10 617	11 357	9 447	9 321	8 388	7 947	12 055	10 918	7 679	8 502
Kanada	2 923	2 867	2 599	3 408	2 982	3 437	4 476	4 008	4 080	4 635
Luxemburg	192	227	261	258	269	289	302	323	376	388
Neuseeland	230	221	226	222	236	256	305	305	320	357
Niederlande	4 981	5 532	5 482	5 279	5 128	4 900	5 818	6 036	6 224	6 522
Norwegen	2 733	2 459	2 632	2 999	3 108	3 026	3 373	3 287	3 728	3 635
Österreich	721	734	1 070	824	659	791	1 805	1 670	1 808	1 585
Portugal	452	497	489	538	431	1 233	440	445	471	576
Schweden	2 268	2 738	2 801	3 131	3 049	3 119	3 884	4 441	4 339	4 510
Schweiz	1 328	1 335	1 350	1 282	1 518	1 659	1 904	1 750	1 685	1 813
Spanien	2 388	2 339	3 359	3 016	2 767	3 006	3 569	4 291	5 140	6 304
Vereinigtes Königreich	5 148	7 144	7 458	7 496	8 490	9 316	12 519	13 938	9 849	12 315
Vereinigte Staaten	11 196	11 928	13 373	15 284	18 377	21 569	29 611	24 166	21 787	26 254
DAC INSGESAMT	**70 985**	**74 548**	**76 498**	**81 901**	**85 245**	**89 883**	**117 858**	**112 750**	**103 485**	**115 632**
davon:										
DAC-EU-Mitglieder	40 241	42 536	45 110	47 542	48 784	50 112	64 130	65 873	61 538	67 601
Nachrichtlich:										
DAC-Leistungen insg. zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen	**53 233**	**53 749**	**52 423**	**58 297**	**69 065**	**79 432**	**107 078**	**104 368**	**103 485**	**121 483**

Tabelle 9 **Langfristige Tendenzen bei den ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder**

	ODA-Volumen (netto) (Mio. US-$, Preise und Wechselkurse von 2007)			Anteil an den gesamten DAC-Leistungen (zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen, in %)			Zweijahresdurchschnitt, Nettoauszahlungen ODA in % des BNE		
	1987-1988	1997-1998	2007-2008	1987-1988	1997-1998	2007-2008	1987-1988	1997-1998	2007-2008
Australien	1 708	1 679	2 751	2.0	2.0	2.5	0.41	0.27	0.32
Belgien	1 241	1 205	2 085	1.5	1.6	1.9	0.44	0.33	0.45
Dänemark	1 697	2 507	2 568	2.0	3.3	2.4	0.88	0.98	0.81
Deutschland	7 622	7 552	12 675	10.4	11.4	11.7	0.39	0.27	0.38
Finnland	783	541	1 026	1.2	0.8	1.0	0.55	0.32	0.42
Frankreich	9 569	8 709	10 003	12.2	12.0	9.2	0.59	0.41	0.38
Griechenland	..	275	573	..	0.4	0.5	..	0.15	0.19
Irland	118	322	1 232	0.1	0.4	1.1	0.20	0.30	0.57
Italien	5 485	2 703	4 205	6.6	3.5	3.9	0.37	0.15	0.20
Japan	9 236	9 553	8 091	18.8	19.9	7.7	0.31	0.24	0.18
Kanada	3 901	3 139	4 357	4.8	3.7	3.9	0.48	0.32	0.31
Luxemburg	35	166	382	0.0	0.2	0.4	0.19	0.60	0.95
Neuseeland	176	218	338	0.2	0.3	0.3	0.27	0.26	0.28
Niederlande	4 154	4 651	6 373	4.9	6.0	5.9	0.98	0.80	0.81
Norwegen	2 156	2 610	3 682	2.1	2.6	3.4	1.11	0.86	0.91
Österreich	446	665	1 697	0.6	0.9	1.6	0.21	0.23	0.46
Portugal	167	413	523	0.1	0.5	0.5	0.16	0.25	0.25
Schweden	2 306	2 198	4 425	3.3	3.3	4.0	0.87	0.75	0.96
Schweiz	960	1 187	1 749	1.3	1.8	1.7	0.31	0.33	0.40
Spanien	552	2 249	5 722	0.5	2.6	5.3	0.08	0.24	0.41
Vereinigtes Königreich	5 006	5 553	11 082	5.2	7.3	9.5	0.30	0.27	0.39
Vereinigte Staaten	15 486	9 775	24 021	22.0	15.6	21.6	0.21	0.09	0.17
DAC INSGESAMT	**72 805**	**67 870**	**109 559**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**0.33**	**0.23**	**0.29**
davon:									
DAC-EU-Mitglieder	39 181	39 710	64 570	48.8	54.1	58.9	0.44	0.33	0.41

Tabelle 10 **Ausgaben für die Technische Zusammenarbeit**

Nettoauszahlungen — Mio. US-$ zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen

	Durchschnitt 1992-1993	Durchschnitt 1997-1998	2004	2005	2006	2007	2008
Australien	246	380	692	740	860	1 158	899
Belgien	163	274	414	500	580	509	618
Dänemark	163	114	112	115	110	93	129
Deutschland	2 167	1 972	2 486	2 865	3 116	3 527	4 187
Finnland	62	63	178	98	81	242	262
Frankreich	2 179	2 127	2 340	2 364	2 805	2 897	2 537
Griechenland	..	20	53	77	89	138	191
Irland	20	37	12	13	20	20	19
Italien	191	49	140	121	171	141	153
Japan	1 712	1 887	1 914	1 852	1 848	1 813	1 950
Kanada	535	417	414	335	530	583	1 453
Luxemburg	1	2	4	4	6	8	7
Neuseeland	32	58	46	41	49	57	58
Niederlande	966	915	663	609	464	476	372
Norwegen	118	175	287	319	366	436	555
Österreich	85	119	133	150	162	190	210
Portugal	67	67	114	114	117	153	155
Schweden	439	52	112	140	132	160	188
Schweiz	299	287	117	144	161	166	157
Spanien	96	138	340	483	438	391	1 090
Vereinigtes Königreich	745	810	751	845	860	888	1 138
Vereinigte Staaten	3 196	3 010	7 347	8 803	9 278	732	722
DAC INSGESAMT	**13 480**	**12 972**	**18 672**	**20 732**	**22 242**	**14 778**	**17 050**
davon:							
DAC-EU-Mitglieder	7 343	6 758	7 855	8 498	9 151	9 833	11 256

Tabelle 11 **Finanzielle Leistungen an Entwicklungsländer, ohne ODA, 2008**

Prozentualer Anteil am BNE des berichtenden Landes

	Nachrichtlich: Gesamte Nettoleistungen	Gesamt-leistungen ohne ODA	*davon:*						
			Export-kredite	Sonstige öffentliche Leistungen ohne Exportkredite	Direkt-investitionen	Bankkredite	Wertpapier-investitionen der Nicht-banken	Multilaterale private Leistungen	NRO, netto
Australien	0.43	0.11	-0.01	0.01	0.18	-0.16	0.03	-	0.07
Belgien	0.89	0.41	0.04	-0.03	0.32	-	-0.00	-	0.07
Dänemark	1.50	0.68	-	-0.02	0.67	-	-	-	0.04
Deutschland	0.91	0.53	0.10	-0.01	0.26	0.14	0.01	-0.01	0.04
Finnland	-0.08	-0.52	-	0.01	-0.01	-	-0.52	-	0.00
Frankreich	1.44	1.05	-0.03	-0.01	0.87	0.17	0.05	-	-
Griechenland	0.35	0.14	-	0.00	0.14	-	-	-	0.00
Irland	2.71	2.12	-	-	-	2.00	-	-	0.12
Italien	0.25	0.03	0.00	0.02	0.07	0.05	-0.11	-	0.00
Japan	0.63	0.44	-0.11	-0.03	0.51	0.08	-	-0.02	0.01
Kanada	**1.63**	**1.31**	**0.14**	**-0.01**	**1.01**	**0.07**	**-**	**-**	**0.10**
Luxemburg	0.99	0.03	-	-	-	-	-	-	0.03
Neuseeland	0.38	0.07	-	0.01	0.03	-	-	-	0.04
Niederlande	-1.61	-2.42	-0.00	-	-2.82	0.06	0.33	-0.02	0.04
Norwegen	0.88	-0.00	-0.00	0.00	-	-	-	-	-
Österreich	2.82	2.40	0.47	0.01	1.88	-	-	-	0.03
Portugal	0.67	0.40	0.29	-	0.15	-0.04	-	-	0.00
Schweden	1.22	0.24	0.29	0.01	-0.06	-	0.00	-	0.01
Schweiz	2.68	2.26	-0.14	-	2.37	-	-	-0.06	0.08
Spanien	1.96	1.51	-0.01	-	1.52	-	-	-	-
Ver. Königreich	1.57	1.14	0.15	-0.00	0.89	0.08	-	-	0.02
Ver. Staaten	0.10	-0.09	0.00	-0.00	0.38	-0.24	-0.29	-0.06	0.12
DAC INSGESAMT	**0.67**	**0.36**	**0.02**	**-0.01**	**0.45**	**-0.03**	**-0.10**	**-0.03**	**0.06**
davon:									
DAC-EU-Mitglieder	1.04	0.62	0.07	-0.00	0.42	0.11	0.00	-0.00	0.02

Tabelle 12 **Vergleich der finanziellen**

	DAC-Länder insgesamt	Australien	Österreich	Belgien	Kanada	Dänemark	Finnland	Frankreich
NETTOAUSZAHLUNGEN								
I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) (A+B)	103 485	2 669	1 808	1 951	4 080	2 562	981	9 884
ODA in % des BNE	**0.28**	**0.32**	**0.50**	**0.43**	**0.29**	**0.81**	**0.39**	**0.38**
A. Bilaterale öffentl. Entwicklungszusammenarbeit (1+2)	72 881	2 268	1 324	1 238	3 152	1 651	584	6 258
1. Zuschüsse und zuschussartige Beiträge	75 318	2 265	1 351	1 266	3 192	1 722	575	6 690
davon: Technische Zusammenarbeit	14 778	1 158	190	509	583	93	242	2 897
EZ-Nahrungsmittelhilfe	1 051	36	2	-	20	-	-	42
Humanitäre Hilfe	6 279	150	15	92	275	140	105	35
Beiträge an NRO	2 516	2	-	142	20	162	8	51
Verwaltungskosten	4 618	91	36	58	236	127	46	357
2. Entwicklungskredite und sonstige Kapitalleistungen	-2 437	3	-26	-29	-40	-72	9	-431
davon: Neue Entwicklungskredite	-278	3	-4	-23	-40	-16	-	-246
B. Beiträge an multilaterale Stellen	30 604	400	484	713	928	912	397	3 625
Zuschüsse und Kapitalzeichnungen, insgesamt	30 673	400	484	713	928	912	397	3 684
davon: EU-Institutionen	11 714	-	261	454	-	238	176	2 156
IDA	5 609	128	110	117	330	95	48	541
Regionale Entwicklungsbanken	2 361	87	39	39	244	71	33	218
II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF), netto (C+D)	-6 438	36	-624	-161	-4	-91	96	-1 179
C. Bilaterale OOF (1+2)	-6 962	-22	-624	-161	-4	-116	96	-1 179
1. Öffentliche Exportkredite[a]	-2 445	-	-275	2	229	-	96	-
2. Beteiligungen und sonstige bilaterale Aktiva	-4 517	-22	-350	-164	-233	-116	-	-1 179
D. Multilaterale Stellen	524	58	-	-	-	25	-	-
III. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen	17 866	655	123	342	1 355	94	20	-
IV. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen (langfristig) (1 bis 4)	312 475	6 948	19 099	1 686	11 731	2 242	1 051	34 422
1. Direktinvestitionen	180 293	2 367	15 654	1 488	7 932	2 242	11	14 337
2. Private Exportkredite	13 161	202	3 445	198	1 413	-	-	-1 840
3. Emissionen multilateraler Stellen	-9 737	-	-	-	-	-	-	-
4. Bilaterale Emissionen	128 759	4 379	-	-	2 386	-	1 040	21 925
V. Gesamtleistungen (langfristig) (I bis IV)	**427 389**	**10 307**	**20 405**	**3 818**	**17 161**	**4 807**	**2 149**	**43 126**
Gesamtleistungen in % des BNE	**1.14**	**1.25**	**5.62**	**0.83**	**1.22**	**1.51**	**0.86**	**1.66**
Zum Vergleich:								
BRUTTOAUSZAHLUNGEN								
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit[b]	116 349	2 669	1 837	2 030	4 119	2 666	981	11 498
Neue Entwicklungskredite	8 322	3	-	35	-	-	-	951
Nahrungsmittelhilfe, bilaterale Leistungen insgesamt	2 609	40	4	22	136	8	14	45
Sonstige öffentliche Leistungen	16 018	327	99	31	1 651	75	96	225
davon: Öffentliche Exportkredite	2 773	-	86	2	1 651	-	96	-
Private Exportkredite	42 375	202	4 420	606	2 136	-	-	-1 704
ZUSAGEN								
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, insgesamt[b]	123 117	2 172	1 889	2 186	4 643	2 356	1 048	11 872
Bilaterale Zuschüsse, insgesamt	80 487	1 710	1 382	1 558	3 715	1 450	606	6 861
Schuldenerlasse	9 144	12	904	190	1	-	-	1 683
Bilaterale Darlehen, insgesamt	11 656	-	-	27	-	31	44	1 603
Nachrichtlich:								
Brutto-ODA-Umschuldungszuschüsse	9 884	292	947	190	15	123	-	1 683
davon: Schuldenerlasse	9 624	292	947	190	1	123	-	1 683
Netto-ODA-Umschuldungszuschüsse[c]	8 983	292	925	185	15	123	-	1 485
Flüchtlinge in den Geberländern	1 907	-	50	84	172	45	18	377

a) Einschl. Zuschüssen zu privaten Exportkrediten.

b) Einschl. Umschuldungen.

c) Einschl. bilateraler Zuschüsse an Schuldenerlassen im Rahmen von ODA, OOF oder privaten Forderungen; sonstige Maßnahmen wie Umschuldungen, Schuldenrückkäufe oder Schuldendienstzahlungen an Dritte; abzüglich ausgleichender Buchungen für den Erlass etwaiger ODA-Schulden.

Gesamtleistungen nach Kategorien, 2007

Mio. US-$

Deutsch-land	Griechen-land	Irland	Italien	Japan	Luxem-burg	Nieder-lande	Neu-seeland	Nor-wegen	Portugal	Spanien	Schweden	Schweiz	Ver. Königr.	Ver. Staaten
12 291	501	1 192	3 971	7 679	376	6 224	320	3 728	471	5 140	4 339	1 685	9 849	21 787
0.37	**0.16**	**0.55**	**0.19**	**0.17**	**0.92**	**0.81**	**0.27**	**0.95**	**0.22**	**0.37**	**0.93**	**0.38**	**0.35**	**0.16**
7 950	249	824	1 270	5 778	253	4 644	247	2 883	270	3 339	2 932	1 263	5 602	18 901
8 091	249	824	1 252	5 983	253	4 813	247	2 624	252	3 257	2 862	1 250	6 572	19 729
3 527	138	20	141	1 813	8	476	57	436	153	391	160	166	888	732
55	1	13	15	135	9	1	1	1	-	52	-	-	90	580
279	13	190	83	95	30	339	29	355	1	225	308	173	352	2 994
-	-	132	-	112	33	864	21	-	3	2	234	60	669	-
262	24	41	49	669	17	265	20	187	14	127	214	108	545	1 124
-141	-	-	19	-205	-	-169	-	258	18	82	71	13	-71	-827
-168	-	-	36	188	-	-169	-	-	18	165	9	-11	-20	-
4 341	252	368	2 700	1 901	122	1 580	73	845	200	1 801	1 407	422	4 247	2 886
4 341	252	368	2 700	1 901	122	1 580	73	845	200	1 801	1 407	422	4 247	2 895
2 452	218	133	1 494	-	33	569	-	-	141	932	313	-	2 143	-
1 097	9	39	35	-	8	123	10	124	17	205	320	167	987	1 097
181	-	10	10	460	11	106	7	96	18	108	141	58	188	236
-2 525	4	-	-261	211	-	-	8	5	-237	6	-46	-	-43	-1 632
-2 525	4	-	-261	-229	-	-	8	5	-237	6	-46	-	-43	-1 632
-284	-	-	81	-772	-	-	-	-	-	-	-	-	- 8	-1 516
-2 242	4	-	-342	543	-	-	8	5	-237	6	-46	-	-35	-115
-	-	-	-	441	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1 271	7	318	63	446	8	343	50	-	2	-	78	294	236	12 161
25 702	2 880	4 329	649	21 979	-	11 575	26	2 638	1 980	16 516	2 541	11 303	35 634	97 545
11 640	2 880	-	1 353	18 037	-	-1 028	26	2 638	1 550	16 626	2 232	12 134	22 584	45 591
3 736	-	-	2 843	2 586	-	-143	-	-	430	-111	309	3	196	-105
- 66	-	-	-	-1 896	-	795	-	-	-	-	-	-833	-	-7 737
10 392	-	4 329	-3 547	3 251	-	11 951	-	-	-	2	-	-	12 855	59 796
36 739	**3 391**	**5 840**	**4 422**	**30 315**	**384**	**18 142**	**404**	**6 371**	**2 215**	**21 662**	**6 911**	**13 281**	**45 676**	**129 862**
1.10	**1.10**	**2.70**	**0.21**	**0.67**	**0.94**	**2.35**	**0.34**	**1.62**	**1.03**	**1.55**	**1.49**	**3.02**	**1.61**	**0.93**
13 687	501	1 192	4 290	13 566	376	6 620	320	3 728	477	5 442	4 339	1 696	11 626	22 691
919	-	-	338	5 657	-	-	-	-	25	384	9	-	-	-
109	7	19	18	135	11	20	5	11	-	82	-	37	104	1 782
1 440	4	-	140	9 357	-	-	8	5	2 121	6	39	-	19	375
299	-	-	83	552	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-
9 634	-	-	3 449	20 791	-	271	-	-	458	-	1 499	612	-	-
14 273	501	1 192	4 240	14 223	376	7 394	362	3 717	477	5 442	3 750	1 741	11 626	27 639
8 171	249	824	1 234	6 107	253	4 800	289	2 821	252	3 257	2 210	1 500	6 577	24 661
2 993	-	-	587	1 941	-	387	-	-	-	263	74	59	16	34
1 473	-	-	231	6 805	-	-	-	62	25	384	81	25	802	63
2 993	-	-	587	1 941	-	392	-	61	1	325	74	64	77	117
2 993	-	-	587	1 941	-	387	-	-	-	263	74	59	16	67
2 867	-	-	570	1 576	-	392	-	61	1	243	74	64	70	40
14	5	-	34	2	-	126	13	78	-	27	258	152	-	451

Tabelle 13 **Vergleich der finanziellen**

	DAC-Länder insgesamt	Australien	Österreich	Belgien	Kanada	Dänemark	Finnland	Frankreich
NETTOAUSZAHLUNGEN								
I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) (A+B)	121 483	2 954	1 714	2 386	4 785	2 803	1 166	10 908
ODA in % des BNE	**0.31**	**0.32**	**0.43**	**0.48**	**0.32**	**0.82**	**0.44**	**0.39**
A. Bilaterale öffentl. Entwicklungszusammenarbeit (1+2)	86 455	2 653	1 234	1 376	3 357	1 828	693	6 461
1. Zuschüsse und zuschussartige Beiträge	87 839	2 600	1 275	1 404	3 396	1 853	681	5 980
davon: Technische Zusammenarbeit	17 050	899	210	618	1 453	129	262	2 537
EZ-Nahrungsmittelhilfe	1 417	62	1	-	59	1	-	76
Humanitäre Hilfe	8 819	299	44	127	359	169	90	23
Beiträge an NRO	2 508	-	1	160	24	185	11	51
Verwaltungskosten	5 368	101	40	70	253	138	75	412
2. Entwicklungskredite und sonstige Kapitalleistungen	-1 384	53	-42	-28	-39	-25	13	481
davon: Neue Entwicklungskredite	1 142	53	-4	-22	-39	-16	-	609
B. Beiträge an multilaterale Stellen	35 029	301	480	1 010	1 428	975	473	4 446
Zuschüsse und Kapitalzeichnungen, insgesamt	35 005	301	480	1 010	1 428	975	473	4 413
davon: EU-Institutionen	13 039	-	293	549	-	271	211	2 528
IDA	8 081	146	122	274	685	134	36	539
Regionale Entwicklungsbanken	3 092	34	9	45	286	58	47	244
II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF), netto (C+D)	-1 782	59	103	-138	1 608	-84	22	-229
C. Bilaterale OOF (1+2)	-2 538	-109	103	-138	1 608	-78	22	-229
1. Öffentliche Exportkredite[a]	449	-	53	4	1 786	0	-	-
2. Beteiligungen und sonstige bilaterale Aktiva	-2 987	-109	50	-141	-178	-78	22	-229
D. Multilaterale Stellen	756	168	-	-	-	-7	-	-
III. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen	23 655	670	137	361	1 491	129	13	-
IV. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen (langfristig) (1 bis 4)	121 224	314	9 348	1 816	16 184	2 303	-1 422	29 962
1. Direktinvestitionen	178 140	1 673	7 532	1 617	14 872	2 303	-32	24 609
2. Private Exportkredite	6 572	-136	1 817	199	324	-	-	-745
3. Wertpapierinvestitionen multilateraler Stellen	-9 983	-	-	-	-	-	-	-
4. Bilaterale Wertpapierinvestitionen	-53 504	-1 223	-	-	988	-	-1 390	6 098
V. Gesamtleistungen (langfristig) (I bis IV)	**264 581**	**3 997**	**11 302**	**4 425**	**24 068**	**5 150**	**-222**	**40 641**
Gesamtleistungen in % des BNE	**0.67**	**0.43**	**2.82**	**0.89**	**1.63**	**1.50**	**-0.08**	**1.44**
Zum Vergleich:								
BRUTTOAUSZAHLUNGEN								
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit[b]	135 844	2 954	1 763	2 494	4 824	2 867	1 168	12 540
Neue Entwicklungskredite	10 879	53	-	23	-	-	-	1 797
Nahrungsmittelhilfe, bilaterale Leistungen insgesamt	4 407	143	4	39	221	20	22	77
Sonstige öffentliche Leistungen	15 438	315	283	52	3 040	68	38	962
davon: Öffentliche Exportkredite	4 381	-	225	4	3 040	-	-	-
Private Exportkredite	44 190	-	3 036	478	3 130	-	-	-746
ZUSAGEN								
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, insgesamt[b]	157 339	4 897	1 830	3 172	5 516	2 503	1 329	16 014
Bilaterale Zuschüsse, insgesamt	98 055	4 689	1 299	1 729	3 767	1 514	873	6 103
Schuldenerlasse	10 240	278	728	107	133	1	3	1 101
Bilaterale Darlehen, insgesamt	19 583	7	9	51	-	56	47	3 434
Nachrichtlich:								
Brutto-ODA-Umschuldungszuschüsse	11 391	256	776	107	133	126	4	1 101
davon: Schuldenerlasse	11 057	256	776	107	133	117	3	1 101
Netto-ODA-Umschuldungszuschüsse[c]	8 814	256	733	101	133	96	2	901
Flüchtlinge in den Geberländern	2 508	-	45	93	181	49	26	372

a) Einschl. Zuschüsse zu privaten Exportkrediten.

b) Einschl. Umschuldungen.

c) Einschl. bilaterale Zuschüsse für ODA-Erlasse, sonstige öffentliche Leistungen (OOF) oder private Forderungen; sonstige Schuldenmaßnahmen wie Umschuldungen, Schuldenrückkäufe oder Schuldendienstzahlungen an Dritte; abzüglich ausgleichender Buchungen für den Wegfall von ODA-Schulden.

Gesamtleistungen nach Kategorien, 2008

Mio. US-$

Deutsch-land	Griechen-land	Irland	Italien	Japan	Luxem-burg	Nieder-lande	Neu-seeland	Nor-wegen	Portugal	Spanien	Schweden	Schweiz	Ver. Königr.	Ver. Staaten
13 981	703	1 328	4 861	9 579	415	6 993	348	3 963	620	6 867	4 732	2 038	11 500	26 842
0.38	**0.21**	**0.59**	**0.22**	**0.19**	**0.97**	**0.80**	**0.30**	**0.88**	**0.27**	**0.45**	**0.98**	**0.42**	**0.43**	**0.19**
9 063	312	931	1 838	6 823	279	5 200	278	3 036	373	4 802	3 142	1 550	7 367	23 859
9 392	312	931	1 919	7 764	279	5 312	278	2 941	238	4 776	3 086	1 536	7 064	24 825
4 187	191	19	153	1 950	7	372	58	555	155	1 090	188	157	1 138	722
51	6	17	54	262	7	22	1	1	-	83	-	-	161	552
303	17	178	119	257	34	403	26	361	1	431	365	165	667	4 381
-	-	177	-	123	6	1 088	20	-	7	11	267	65	313	-
297	23	51	67	941	21	320	23	210	16	204	225	141	463	1 276
-329	-	-	-81	-940	-	-112	-	95	136	25	57	14	303	-965
40	-	-	-71	197	-	-112	-	-	136	371	10	-12	-	-
4 918	391	397	3 022	2 756	136	1 793	70	928	247	2 065	1 589	487	4 133	2 982
4 918	391	397	3 022	2 756	136	1 793	70	928	247	2 065	1 589	487	4 133	2 992
2 813	239	155	1 713	-	35	630	-	-	161	1 037	370	-	2 034	-
1 136	80	44	556	1 168	8	244	12	147	41	342	320	186	1 014	848
270	44	11	351	581	2	75	6	97	25	197	97	59	315	241
-462	1	-	408	-1 986	-	-	8	-	-	-	31	-	-22	-1 100
-462	1	-	408	-2 581	-	-	8	-	-	-	31	-	-22	-1 100
9	-	-	34	-629	-	-	-	-1	-	-	-	-	-14	-793
-471	1	-	374	-1 952	-	-	8	1	-	-	31	-	-8	-306
-	-	-	-	594	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1 626	2	273	105	452	11	330	48	-	1	-	25	398	462	17 122
18 251	460	4 500	207	23 738	-	-21 345	29	-	906	23 220	1 108	10 487	29 938	-28 781
9 598	460	-	1 544	25 710	-	-24 523	29	-	341	23 334	-314	11 432	23 783	54 172
3 708	-	-	2	-4 878	-	-18	-	-	660	-114	1 422	-671	3 932	1 068
-275	-	-	-	-1 046	-	-169	-	-	-	-	-	-274	-	-8 220
5 218	-	4 500	-1 339	3 952	-	3 365	-	-	-95	-	-	-	2 223	-75 801
33 395	**1 166**	**6 101**	**5 581**	**31 783**	**426**	**-14 022**	**433**	**3 963**	**1 528**	**30 087**	**5 896**	**12 923**	**41 878**	**14 084**
0.91	**0.35**	**2.71**	**0.25**	**0.63**	**0.99**	**-1.61**	**0.38**	**0.88**	**0.67**	**1.96**	**1.22**	**2.68**	**1.57**	**0.10**
15 961	703	1 328	5 097	17 453	415	7 282	348	3 963	627	7 477	4 735	2 049	11 977	27 819
1 126	-	-	155	6 930	-	7	-	-	143	635	10	-	-	-
129	11	25	61	262	18	28	6	33	-	198	-	49	266	2 796
2 730	1	-	1 034	6 414	-	-	8	1	-	-	64	-	15	413
558	-	-	39	500	-	-	-	-	-	-	-	-	-	16
10 368	-	-	569	19 098	-	302	-	-	687	-	2 625	203	4 440	-
18 053	703	1 328	5 647	20 758	415	9 660	445	4 895	627	6 552	4 215	2 125	11 977	34 678
9 872	312	931	1 974	7 661	279	6 567	359	3 492	238	3 375	2 607	1 673	7 064	31 678
3 290	-	-	899	2 801	-	85	-	-	-	-	-	98	507	209
2 735	-	-	352	10 303	-	-	-	291	143	1 307	46	20	780	3
3 290	-	-	900	2 801	-	124	-	42	1	688	-	99	549	395
3 290	-	-	899	2 801	-	85	-	-	-	500	-	98	507	386
2 593	-	-	890	1 738	-	124	-	42	1	341	-	99	549	215
73	29	1	3	-	-	250	12	141	0	40	375	261	-	555

Tabelle 14 **Finanzielle Gesamtleistungen an**

	Australien				
	1997-1998	2005	2006	2007	2008
NETTOAUSZAHLUNGEN					
I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) (A+B)	1 011	1 680	2 123	2 669	2 954
ODA in % des BNE	**0.27**	**0.25**	**0.30**	**0.32**	**0.32**
A. Bilaterale öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (1+2)	764	1 449	1 796	2 268	2 653
1. Zuschüsse und zuschussartige Beiträge	771	1 449	1 773	2 265	2 600
davon: Technische Zusammenarbeit	380	740	860	1 158	899
EZ-Nahrungsmittelhilfe	13	55	3	36	62
Humanitäre Hilfe	49	194	191	150	299
Beiträge an NRO	-	4	1	2	-
Verwaltungskosten	50	76	78	91	101
2. Entwicklungskredite und sonstige Kapitalleistungen	-7	-	23	3	53
davon : Neue Entwicklungskredite	-	-	23	3	53
B. Beiträge an multilaterale Stellen	247	231	327	400	301
Zuschüsse und Kapitalzeichnungen, insgesamt	247	231	327	400	301
davon: EU-Institutionen	-	-	-	-	-
IDA	74	105	181	128	146
Regionale Entwicklungsbanken	62	28	72	87	34
II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF), netto (C+D)	122	74	308	36	59
C. Bilaterale OOF (1+2)	75	-91	190	-22	-109
1. Öffentliche Exportkredite[a]	69	-175	-	-	-
2. Beteiligungen und sonstige bilaterale Aktiva	6	84	190	-22	-109
D. Multilaterale Stellen	47	165	118	58	168
III. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen	131	825	615	655	670
IV. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen (langfristig) (1 bis 4)	-2 088	2 786	6 074	6 948	314
1. Direktinvestitionen	-2 075	1 588	4 968	2 367	1 673
2. Private Exportkredite	-	132	129	202	-136
3. Wertpapierinvestitionen multilateraler Stellen	-	-	-	-	-
4. Bilaterale Portfolioinvestitionen	-13	1 066	978	4 379	-1 223
V. Gesamtleistungen (langfristig) (I bis IV)	**-825**	**5 366**	**9 120**	**10 307**	**3 997**
Gesamtleistungen in % des BNE	**-0.22**	**0.79**	**1.27**	**1.25**	**0.43**
Zum Vergleich:					
BRUTTOAUSZAHLUNGEN					
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit	1 018	1 680	2 123	2 669	2 954
Neue Entwicklungskredite	-	-	23	3	53
Nahrungsmittelhilfe, bilaterale Leistungen insgesamt	35	66	44	40	143
Sonstige öffentliche Leistungen	221	269	308	327	315
davon: Öffentliche Exportkredite	169	1	-	-	-
Private Exportkredite	-	132	-	202	-
ZUSAGEN					
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, insgesamt[b]	917	2 058	2 544	2 172	4 897
Bilaterale Zuschüsse, insgesamt	671	1 431	2 117	1 710	4 689
Schuldenerlasse	13	4	533	12	278
Bilaterale Darlehen, insgesamt	-	-	151	-	7
Nachrichtlich:					
Brutto-ODA-Umschuldungszuschüsse	13	20	277	292	256
davon: Schuldenerlasse	13	19	277	292	256
Netto-ODA-Umschuldungszuschüsse[c]	6	20	277	292	256
Flüchtlinge in Geberländern	-	75	0	-	-

a) Einschl. Zuschüsse zu privaten Exportkrediten.

b) Einschl. Umschuldungen.

c) Einschl. bilaterale Zuschüsse für ODA-Erlasse, sonstige öffentliche Leistungen (OOF) oder private Forderungen; sonstige Schuldenmaßnahmen wie Umschuldungen, Schuldenrückkäufe oder Schuldendienstzahlungen an Dritte; abzüglich ausgleichender Buchungen für den Wegfall von ODA-Schulden. Nur ab 1998 verfügbar.

Entwicklungsländer und multilaterale Stellen

Mio. US-$

Österreich					Belgien				
1997-1998	2005	2006	2007	2008	1997-1998	2005	2006	2007	2008
477	1 573	1 498	1 808	1 714	823	1 963	1 977	1 951	2 386
0.23	**0.52**	**0.47**	**0.50**	**0.43**	**0.33**	**0.53**	**0.50**	**0.43**	**0.48**
284	1 232	1 092	1 324	1 234	487	1 308	1 356	1 238	1 376
278	1 244	1 101	1 351	1 275	503	1 328	1 364	1 266	1 404
119	150	162	190	210	274	500	580	509	618
2	1	1	2	1	15	0	-	-	-
4	26	17	15	44	28	66	86	92	127
2	-	-	0	1	3	20	21	142	160
17	31	32	36	40	41	47	54	58	70
6	-12	-9	-26	-42	-15	-20	-7	-29	-28
6	-5	-4	-4	-4	-12	-15	-4	-23	-22
193	341	407	484	480	336	655	620	713	1 010
193	341	407	484	480	338	655	620	713	1 010
89	221	236	261	293	193	368	393	454	549
47	46	98	110	122	53	184	102	117	274
12	36	36	39	9	20	23	39	39	45
183	310	-448	-624	103	39	391	-434	-161	-138
140	310	-448	-624	103	39	391	-434	-161	-138
140	-120	-64	-275	53	14	0	0	2	4
-	430	-384	-350	50	25	391	-434	-164	-141
43	-	-	-	-	-	-	-	-	-
40	139	119	123	137	38	249	251	342	361
629	2 814	2 285	19 099	9 348	-2 356	539	3 514	1 686	1 816
220	2 712	1 853	15 654	7 532	691	1 422	3 533	1 488	1 617
409	102	433	3 445	1 817	-393	-884	-19	198	199
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-2 654	-	-	-	-
1 329	**4 837**	**3 455**	**20 405**	**11 302**	**-1 456**	**3 142**	**5 308**	**3 818**	**4 425**
0.64	**1.60**	**1.08**	**5.62**	**2.82**	**-0.59**	**0.84**	**1.34**	**0.83**	**0.89**
482	1 587	1 510	1 837	1 763	857	2 015	2 046	2 030	2 494
9	-	-	-	-	16	25	34	35	23
2	4	2	4	4	20	22	21	22	39
214	563	149	99	283	140	462	30	31	52
171	75	76	86	225	14	0	0	2	4
490	648	1 078	4 420	3 036	511	158	531	606	478
683	1 621	1 519	1 889	1 830	857	2 104	2 412	2 186	3 172
362	1 260	1 083	1 382	1 299	503	1 554	1 499	1 558	1 729
-	874	718	904	728	88	501	401	190	107
86	-	-	-	9	16	24	46	27	51
41	911	761	947	776	88	477	401	190	107
-	911	761	947	776	88	477	401	190	107
23	904	757	925	733	59	472	396	185	101
32	62	41	50	45	0	58	73	84	93

Tabelle 14 *(Forts.)* **Finanzielle Gesamtleistungen an**

	Kanada				
	1997-1998	2005	2006	2007	2008
NETTOAUSZAHLUNGEN					
I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) (A+B)	1 876	3 756	3 683	4 080	4 785
ODA in % des BNE	**0.32**	**0.34**	**0.29**	**0.29**	**0.32**
A. Bilaterale öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (1+2)	1 243	2 833	2 534	3 152	3 357
1. Zuschüsse und zuschussartige Beiträge	1 301	2 853	2 576	3 192	3 396
davon: Technische Zusammenarbeit	417	335	530	583	1 453
EZ-Nahrungsmittelhilfe	139	3	3	20	59
Humanitäre Hilfe	46	166	231	275	359
Beiträge an NRO	144	31	27	20	24
Verwaltungskosten	112	250	228	236	253
2. Entwicklungskredite und sonstige Kapitalleistungen	-58	-20	-42	-40	-39
davon: Neue Entwicklungskredite	-36	-20	-42	-40	-39
B. Beiträge an multilaterale Stellen	633	923	1 149	928	1 428
Zuschüsse und Kapitalzeichnungen. insgesamt	633	924	1 149	928	1 428
davon: EU-Institutionen	-	-	-	-	-
IDA	214	190	281	330	685
Regionale Entwicklungsbanken	112	213	162	244	286
II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF), netto (C+D)	1 475	-534	356	-4	1 608
C. Bilaterale OOF (1+2)	1 475	-534	356	-4	1 608
1. Öffentliche Exportkredite[a]	1 521	46	831	229	1 786
2. Beteiligungen und sonstige bilaterale Aktiva	-46	-580	-474	-233	-178
D. Multilaterale Stellen	-	-	-	-	-
III. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen	165	973	1 100	1 355	1 491
IV. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen (langfristig) (1 bis 4)	6 365	9 178	9 093	11 731	16 184
1. Direktinvestitionen	6 181	6 647	7 717	7 932	14 872
2. Private Exportkredite	80	787	950	1 413	324
3. Wertpapierinvestitionen multilateraler Stellen	-	-	-	-	-
4. Bilaterale Portfolioinvestitionen	104	1 744	427	2 386	988
V. Gesamtleistungen (langfristig) (I bis IV)	**9 881**	**13 373**	**14 233**	**17 161**	**24 068**
Gesamtleistungen in % des BNE	**1.68**	**1.20**	**1.14**	**1.22**	**1.63**
Zum Vergleich:					
BRUTTOAUSZAHLUNGEN					
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit[b]	1 940	3 777	3 729	4 119	4 824
Neue Entwicklungskredite	6	0	-	-	-
Nahrungsmittelhilfe. bilaterale Leistungen insgesamt	139	125	118	136	221
Sonstige öffentliche Leistungen	2 982	1 309	2 210	1 651	3 040
davon: Öffentliche Exportkredite	2 982	1 254	2 198	1 651	3 040
Private Exportkredite	292	1 954	2 572	2 136	3 130
ZUSAGEN					
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, insgesamt[b]	1 996	3 740	3 830	4 643	5 516
Bilaterale Zuschüsse, insgesamt	1 282	2 816	2 681	3 715	3 767
Schuldenerlasse	68	455	245	1	133
Bilaterale Darlehen, insgesamt	2	-	-	-	-
Nachrichtlich:					
Brutto-ODA-Umschuldungszuschüsse	76	455	260	15	133
davon: Schuldenerlasse	68	455	245	1	133
Netto-ODA-Umschuldungszuschüsse[c]	47	455	260	15	133
Flüchtlinge in Geberländern	108	175	158	172	181

a) Einschl. Zuschüsse zu privaten Exportkrediten.

b) Einschl. Umschuldungen.

c) Einschl. bilaterale Zuschüsse für ODA-Erlasse, sonstige öffentliche Leistungen (OOF) oder private Forderungen; sonstige Schuldenmaßnahmen wie Umschuldungen, Schuldenrückkäufe oder Schuldendienstzahlungen an Dritte; abzüglich ausgleichender Buchungen für den Wegfall von ODA-Schulden. Nur ab 1998 verfügbar.

Entwicklungsländer und multilaterale Stellen

Mio. US-$

Dänemark					Finnland				
1997-1998	2005	2006	2007	2008	1997-1998	2005	2006	2007	2008
1 670	2 109	2 236	2 562	2 803	388	902	834	981	1 166
0.98	**0.81**	**0.80**	**0.81**	**0.82**	**0.32**	**0.46**	**0.40**	**0.39**	**0.44**
1 012	1 357	1 464	1 651	1 828	204	597	455	584	693
1 019	1 414	1 525	1 722	1 853	210	591	442	575	681
114	115	110	93	129	63	98	81	242	262
-	0	1	0	1	0	-	-	-	-
-	155	151	140	169	18	74	70	105	90
7	56	122	162	185	3	7	9	8	11
87	116	111	127	138	18	34	33	46	75
-7	-57	-61	-72	-25	-6	6	13	9	13
-29	-	-15	-16	-16	- 8	-	-	-	-
658	751	772	912	975	183	305	380	397	473
658	751	772	912	975	183	305	380	397	473
99	196	218	238	271	57	140	153	176	211
43	77	71	95	134	12	38	46	48	36
55	51	49	71	58	26	20	20	33	47
135	-8	-77	-91	-84	57	-	-	96	22
7	-8	-77	-116	-78	57	-	-	96	22
-	-	-	-	-	57	-	-	96	-
7	-8	-77	-116	-78	-	-	-	-	22
128	-	-	25	-7	-	-	-	-	-
32	81	73	94	129	8	16	25	20	13
29	33	454	2 242	2 303	588	723	553	1 051	-1 422
38	33	454	2 242	2 303	6	149	402	11	- 32
-9	-	-	-	-	165	-161	14	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	417	736	137	1 040	-1 390
1 867	**2 215**	**2 686**	**4 807**	**5 150**	**1 041**	**1 642**	**1 413**	**2 149**	**-222**
1.10	**0.85**	**0.96**	**1.51**	**1.50**	**0.85**	**0.84**	**0.67**	**0.86**	**-0.08**
1 711	2 174	2 315	2 666	2 867	399	907	838	981	1 168
-	-	-	-	-	3	-	-	-	-
-	9	11	8	20	1	16	-	14	22
298	26	47	75	68	436	-	-	96	38
-	-	-	-	-	436	-	-	96	-
-	-	-	-	-	176	3	14	-	-
1 443	2 352	2 110	2 356	2 503	407	1 140	964	1 048	1 329
738	1 574	1 369	1 450	1 514	230	683	588	606	873
-	66	256	-	1	-	-	-	-	3
-	32	-	31	56	5	11	19	44	47
43	50	146	123	126	0	150	-	-	4
15	50	146	123	117	0	150	-	-	3
20	30	113	123	96	0	150	-	-	2
93	70	42	45	49	9	17	11	18	26

Tabelle 14 *(Forts.)* **Finanzielle Gesamtleistungen an**

	Frankreich				
	1997-1998	2005	2006	2007	2008
NETTOAUSZAHLUNGEN					
I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) (A+B)	6 024	10 026	10 601	9 884	10 908
ODA in % des BNE	**0.41**	**0.47**	**0.47**	**0.38**	**0.39**
A. Bilaterale öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (1+2)	4 481	7 239	7 919	6 258	6 461
1. Zuschüsse und zuschussartige Beiträge	4 723	7 707	8 422	6 690	5 980
davon: Technische Zusammenarbeit	2 127	2 364	2 805	2 897	2 537
EZ-Nahrungsmittelhilfe	51	39	34	42	76
Humanitäre Hilfe	11	28	48	35	23
Beiträge an NRO	11	40	42	51	51
Verwaltungskosten	269	334	342	357	412
2. Entwicklungskredite und sonstige Kapitalleistungen	-243	-468	-503	-431	481
davon: Neue Entwicklungskredite	243	-333	-321	-246	609
B. Beiträge an multilaterale Stellen	1 544	2 787	2 681	3 625	4 446
Zuschüsse und Kapitalzeichnungen, insgesamt	1 413	2 747	3 193	3 684	4 413
davon: EU-Institutionen	832	1 811	1 938	2 156	2 528
IDA	258	296	456	541	539
Regionale Entwicklungsbanken	136	206	207	218	244
II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF), netto (C+D)	-48	-1 390	-2 341	-1 179	-229
C. Bilaterale OOF (1+2)	-48	-1 390	-2 341	-1 179	-229
1. Öffentliche Exportkredite[a]	-	-	-	-	-
2. Beteiligungen und sonstige bilaterale Aktiva	-48	-1 390	-2 341	-1 179	-229
D. Multilaterale Stellen	-	-	-	-	-
III. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen	-	-	-	-	-
IV. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen (langfristig) (1 bis 4)	5 215	7 107	14 069	34 422	29 962
1. Direktinvestitionen	5 168	6 856	10 589	14 337	24 609
2. Private Exportkredite	-701	-911	-503	-1 840	-745
3. Wertpapierinvestitionen multilateraler Stellen	-	-	-	-	-
4. Bilaterale Portfolioinvestitionen	748	1 163	3 983	21 925	6 098
V. Gesamtleistungen (langfristig) (I bis IV)	**11 191**	**15 744**	**22 329**	**43 126**	**40 641**
Gesamtleistungen in % des BNE	**0.76**	**0.74**	**0.99**	**1.66**	**1.44**
Zum Vergleich:					
BRUTTOAUSZAHLUNGEN					
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit[b]	7 142	11 530	12 764	11 498	12 540
Neue Entwicklungskredite	743	554	744	951	1 797
Nahrungsmittelhilfe, bilaterale Leistungen insgesamt	51	39	39	45	77
Sonstige öffentliche Leistungen	596	1 891	311	225	962
davon: Öffentliche Exportkredite	-	-	-	-	-
Private Exportkredite	-	-	-503	-1 704	-746
ZUSAGEN					
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, insgesamt[b]	7 173	12 131	15 026	11 872	16 014
Bilaterale Zuschüsse, insgesamt	4 429	7 634	8 595	6 861	6 103
Schuldenerlasse	1 165	3 498	3 683	1 683	1 101
Bilaterale Darlehen, insgesamt	1 150	1 228	1 349	1 603	3 434
Nachrichtlich:					
Brutto-ODA-Umschuldungszuschüsse	1 400	3 498	3 683	1 683	1 101
davon: Schuldenerlasse	1 383	3 498	3 683	1 683	1 101
Netto-ODA-Umschuldungszuschüsse[c]	343	3 212	3 433	1 485	901
Flüchtlinge in Geberländern	69	585	471	377	372

a) Einschl. Zuschüsse zu privaten Exportkrediten.

b) Einschl. Umschuldungen.

c) Einschl. bilaterale Zuschüsse für ODA-Erlasse, sonstige öffentliche Leistungen (OOF) oder private Forderungen; sonstige Schuldenmaßnahmen wie Umschuldungen, Schuldenrückkäufe oder Schuldendienstzahlungen an Dritte; abzüglich ausgleichender Buchungen für den Wegfall von ODA-Schulden. Nur ab 1998 verfügbar.

Entwicklungsländer und multilaterale Stellen

Mio. US-$

Deutschland					Griechenland				
1997-1998	2005	2006	2007	2008	1997-1998	2005	2006	2007	2008
5 719	10 082	10 435	12 291	13 981	176	384	424	501	703
0.27	**0.36**	**0.36**	**0.37**	**0.38**	**0.15**	**0.17**	**0.17**	**0.16**	**0.21**
3 565	7 447	7 034	7 950	9 063	50	206	189	249	312
3 360	8 248	7 576	8 091	9 392	45	207	189	249	312
1 972	2 865	3 116	3 527	4 187	20	77	89	138	191
43	23	25	55	51	-	1	0	1	6
102	317	357	279	303	2	17	19	13	17
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
251	206	227	262	297	0	30	19	24	23
204	-801	-542	-141	-329	5	-0	-	-	-
194	-447	-425	-168	40	5	-0	-	-	-
2 154	2 635	3 401	4 341	4 918	126	178	235	252	391
2 164	2 635	3 401	4 341	4 918	126	178	235	252	391
1 281	2 205	2 148	2 452	2 813	101	158	164	218	239
343	-	591	1 097	1 136	2	5	42	9	80
140	54	304	181	270	3	0	-	-	44
-402	7 055	-5 728	-2 525	-462	11	-	8	4	1
-115	7 055	-5 728	-2 525	-462	11	-	8	4	1
402	-192	-466	-284	9	11	-	-	-	-
-518	7 247	-5 262	-2 242	-471	-	-	8	4	1
-286	-	-	-	-	-	-	-	-	-
932	1 523	1 348	1 271	1 626	-	1	10	7	2
14 861	12 023	19 938	25 702	18 251	-	325	2 454	2 880	460
5 359	14 069	10 795	11 640	9 598	-	325	2 454	2 880	460
1 778	-131	19	3 736	3 708	-	-	-	-	-
761	-411	1 048	-66	-275	-	-	-	-	-
6 963	-1 505	8 076	10 392	5 218	-	-	-	-	-
21 110	**30 683**	**25 992**	**36 739**	**33 395**	**187**	**709**	**2 896**	**3 391**	**1 166**
0.99	**1.10**	**0.89**	**1.10**	**0.91**	**0.16**	**0.32**	**1.18**	**1.10**	**0.35**
6 797	11 595	12 049	13 687	15 961	176	384	424	501	703
1 209	551	674	919	1 126	5	-	-	-	-
89	106	103	109	129	1	3	0	7	11
1 652	10 910	115	1 440	2 730	11	-	8	4	1
1 008	68	91	299	558	11	-	-	-	-
5 243	4 349	4 705	9 634	10 368	-	-	-	-	-
7 568	12 521	13 230	14 273	18 053	176	384	424	501	703
3 665	7 493	7 853	8 171	9 872	45	207	189	249	312
274	3 905	3 015	2 993	3 290	-	-	-	-	-
1 073	1 743	1 624	1 473	2 735	5	-	-	-	-
260	3 905	3 015	2 993	3 290	-	-	-	-	-
258	3 905	3 015	2 993	3 290	-	-	-	-	-
92	3 441	2 722	2 867	2 593	-	-	-	-	-
87	17	18	14	73	-	9	5	5	29

Tabelle 14 *(Forts.)* **Finanzielle Gesamtleistungen an**

	Irland				
	1997-1998	2005	2006	2007	2008
NETTOAUSZAHLUNGEN					
I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) (A+B)	193	719	1 022	1 192	1 328
ODA in % des BNE	**0.30**	**0.42**	**0.54**	**0.55**	**0.59**
A. Bilaterale öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (1+2)	122	482	632	824	931
1. Zuschüsse und zuschussartige Beiträge	122	482	632	824	931
davon: Technische Zusammenarbeit	37	13	20	20	19
EZ-Nahrungsmittelhilfe	-	19	10	13	17
Humanitäre Hilfe	9	64	87	190	178
Beiträge an NRO	2	130	100	132	177
Verwaltungskosten	6	31	34	41	51
2. Entwicklungskredite und sonstige Kapitalleistungen	-	-	-	-	-
davon: Neue Entwicklungskredite	-	-	-	-	-
B. Beiträge an multilaterale Stellen	71	237	389	368	397
Zuschüsse und Kapitalzeichnungen, insgesamt	71	237	389	368	397
davon: EU-Institutionen	44	112	122	133	155
IDA	7	23	122	39	44
Regionale Entwicklungsbanken	-	-	19	10	11
II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF), netto (C+D)	-	-	-	-	-
C. Bilaterale OOF (1+2)	-	-	-	-	-
1. Öffentliche Exportkredite[a]	-	-	-	-	-
2. Beteiligungen und sonstige bilaterale Aktiva	-	-	-	-	-
D. Multilaterale Stellen	-	-	-	-	-
III. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen	50	308	339	318	273
IV. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen (langfristig) (1 bis 4)	85	4 271	3 877	4 329	4 500
1. Direktinvestitionen	-	-	-	-	-
2. Private Exportkredite	-	-	-	-	-
3. Wertpapierinvestitionen multilateraler Stellen	-	-	-	-	-
4. Bilaterale Portfolioinvestitionen	85	4 271	3 877	4 329	4 500
V. Gesamtleistungen (langfristig) (I bis IV)	**328**	**5 298**	**5 237**	**5 840**	**6 101**
Gesamtleistungen in % des BNE	**0.52**	**3.09**	**2.77**	**2.70**	**2.71**
Zum Vergleich:					
BRUTTOAUSZAHLUNGEN					
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit[b]	193	719	1 022	1 192	1 328
Neue Entwicklungskredite	-	-	-	-	-
Nahrungsmittelhilfe, bilaterale Leistungen insgesamt	1	26	14	19	25
Sonstige öffentliche Leistungen	-	-	-	-	-
davon: Öffentliche Exportkredite	-	-	-	-	-
Private Exportkredite	-	-	-	-	-
ZUSAGEN					
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, insgesamt[b]	193	719	1 022	1 192	1 328
Bilaterale Zuschüsse, insgesamt	122	482	632	824	931
Schuldenerlasse	-	-	-	-	-
Bilaterale Darlehen, insgesamt	-	-	-	-	-
Nachrichtlich:					
Brutto-ODA-Umschuldungszuschüsse	1	0	-	-	-
davon: Schuldenerlasse	-	-	-	-	-
Netto-ODA-Umschuldungszuschüsse[c]	-	0	-	-	-
Flüchtlinge in Geberländern	2	2	1	0	1

a) Einschl. Zuschüsse zu privaten Exportkrediten.

b) Einschl. Umschuldungen.

c) Einschl. bilaterale Zuschüsse für ODA-Erlasse, sonstige öffentliche Leistungen (OOF) oder private Forderungen; sonstige Schuldenmaßnahmen wie Umschuldungen, Schuldenrückkäufe oder Schuldendienstzahlungen an Dritte; abzüglich ausgleichender Buchungen für den Wegfall von ODA-Schulden. Nur ab 1998 verfügbar.

Entwicklungsländer und multilaterale Stellen

Mio. US-$

Italien					Japan				
1997-1998	2005	2006	2007	2008	1997-1998	2005	2006	2007	2008
1 772	5 091	3 641	3 971	4 861	9 999	13 126	11 136	7 679	9 579
0.15	**0.29**	**0.20**	**0.19**	**0.22**	**0.24**	**0.28**	**0.25**	**0.17**	**0.19**
576	2 270	2 001	1 270	1 838	7 553	10 385	7 262	5 778	6 823
493	2 213	2 147	1 252	1 919	4 943	9 174	7 650	5 983	7 764
49	121	171	141	153	1 887	1 852	1 848	1 813	1 950
28	12	6	15	54	50	58	84	135	262
36	67	74	83	119	99	527	183	95	257
18	53	10	-	0	295	129	102	112	123
28	40	56	49	67	667	702	668	669	941
83	57	-146	19	-81	2 610	1 212	-389	-205	-940
-30	45	-155	36	-71	2 695	1 532	23	188	197
1 196	2 821	1 640	2 700	3 022	2 446	2 740	3 874	1 901	2 756
1 196	2 821	1 640	2 700	3 022	2 446	2 740	3 874	1 901	2 756
660	1 261	1 316	1 494	1 713	-	-	-	-	-
248	679	30	35	556	1 005	750	2 385	-	1 168
92	168	16	10	351	522	487	454	460	581
377	-1 125	-957	-261	408	7 389	-2 421	2 438	211	-1 986
377	-1 125	-957	-261	408	6 291	-1 423	2 732	-229	-2 581
67	5	38	81	34	712	-1 202	-1 305	-772	-629
310	-1 130	-995	-342	374	5 579	-222	4 038	543	-1 952
-	-	-	-	-	1 099	-997	-294	441	594
40	94	123	63	105	213	255	315	446	452
8 454	44	2 705	649	207	6 104	12 278	12 290	21 979	23 738
1 631	951	1 151	1 353	1 544	8 062	14 472	14 144	18 037	25 710
199	1 451	2 602	2 843	2	-1 319	-3 433	275	2 586	-4 878
-	-	-	-	-	-2 984	81	-928	-1 896	-1 046
6 624	-2 358	-1 049	-3 547	-1 339	2 345	1 158	-1 201	3 251	3 952
10 643	**4 103**	**5 512**	**4 422**	**5 581**	**23 705**	**23 238**	**26 179**	**30 315**	**31 783**
0.92	**0.23**	**0.30**	**0.21**	**0.25**	**0.57**	**0.50**	**0.58**	**0.67**	**0.63**
1 930	5 264	4 003	4 290	5 097	12 870	18 619	17 064	13 566	17 453
118	218	207	338	155	5 481	5 763	5 324	5 657	6 930
28	12	14	18	61	50	58	84	135	262
626	142	174	140	1 034	14 998	8 508	12 585	9 357	6 414
67	55	53	83	39	2 422	753	436	552	500
2 597	-	1 572	3 449	569	2 705	4 487	20 667	20 791	19 098
1 524	5 636	4 138	4 240	5 647	16 106	19 435	17 293	14 223	20 758
391	2 233	2 159	1 234	1 974	5 066	9 332	7 852	6 107	7 661
144	1 670	1 379	587	899	286	4 776	3 212	1 941	2 801
206	452	349	231	352	8 962	8 006	5 710	6 805	10 303
144	1 670	1 596	587	900	327	4 776	3 544	1 941	2 801
144	1 670	1 379	587	899	327	4 776	3 212	1 941	2 801
135	1 670	1 596	570	890	191	3 553	3 003	1 576	1 738
-	0	0	34	3	-	-	-	2	0

Tabelle 14 (*Forts.*) **Finanzielle Gesamtleistungen an**

	Luxemburg				
	1997-1998	2005	2006	2007	2008
NETTOAUSZAHLUNGEN					
I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) (A+B)	103	256	291	376	415
ODA in % des BNE	**0.60**	**0.79**	**0.89**	**0.92**	**0.97**
A. Bilaterale öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (1+2)	71	187	205	253	279
1. Zuschüsse und zuschussartige Beiträge	71	187	205	253	279
davon: Technische Zusammenarbeit	2	4	6	8	7
EZ-Nahrungsmittelhilfe	1	1	8	9	7
Humanitäre Hilfe	9	16	37	30	34
Beiträge an NRO	1	33	32	33	6
Verwaltungskosten	2	11	13	17	21
2. Entwicklungskredite und sonstige Kapitalleistungen	-	-	-	-	-
davon: Neue Entwicklungskredite	-	-	-	-	-
B. Beiträge an multilaterale Stellen	32	69	86	122	136
Zuschüsse und Kapitalzeichnungen, insgesamt	32	69	86	122	136
davon: EU-Institutionen	17	25	24	33	35
IDA	4	6	12	8	8
Regionale Entwicklungsbanken	-	10	11	11	2
II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF), netto (C+D)	-	-	-	-	-
C. Bilaterale OOF (1+2)	-	-	-	-	-
1. Öffentliche Exportkredite[a]	-	-	-	-	-
2. Beteiligungen und sonstige bilaterale Aktiva	-	-	-	-	-
D. Multilaterale Stellen	-	-	-	-	-
III. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen	6	8	8	8	11
IV. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen (langfristig) (1 bis 4)	-	-	-	-	-
1. Direktinvestitionen	-	-	-	-	-
2. Private Exportkredite	-	-	-	-	-
3. Wertpapierinvestitionen multilateraler Stellen	-	-	-	-	-
4. Bilaterale Portfolioinvestitionen	-	-	-	-	-
V. Gesamtleistungen (langfristig) (I bis IV)	**109**	**265**	**299**	**384**	**426**
Gesamtleistungen in % des BNE	**0.63**	**0.82**	**0.91**	**0.94**	**0.99**
Zum Vergleich:					
BRUTTOAUSZAHLUNGEN					
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit[b]	103	256	291	376	415
Neue Entwicklungskredite	-	-	-	-	-
Nahrungsmittelhilfe, bilaterale Leistungen insgesamt	2	9	18	11	18
Sonstige öffentliche Leistungen	-	-	-	-	-
davon: Öffentliche Exportkredite	-	-	-	-	-
Private Exportkredite	-	-	-	-	-
ZUSAGEN					
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, insgesamt[b]	99	256	291	376	415
Bilaterale Zuschüsse, insgesamt	66	187	205	253	279
Schuldenerlasse	-	-	-	-	-
Bilaterale Darlehen, insgesamt	-	-	-	-	-
Nachrichtlich:					
Brutto-ODA-Umschuldungszuschüsse	-	-	-	-	-
davon: Schuldenerlasse	-	-	-	-	-
Netto-ODA-Umschuldungszuschüsse[c]	-	-	-	-	-
Flüchtlinge in Geberländern	-	7	-	-	-

a) Einschl. Zuschüsse zu privaten Exportkrediten.

b) Einschl. Umschuldungen.

c) Einschl. bilaterale Zuschüsse für ODA-Erlasse, sonstige öffentliche Leistungen (OOF) oder private Forderungen; sonstige Schuldenmaßnahmen wie Umschuldungen, Schuldenrückkäufe oder Schuldendienstzahlungen an Dritte; abzüglich ausgleichender Buchungen für den Wegfall von ODA-Schulden. Nur ab 1998 verfügbar.

Entwicklungsländer und multilaterale Stellen

Mio. US-$

Niederlande					Neuseeland				
1997-1998	2005	2006	2007	2008	1997-1998	2005	2006	2007	2008
2 994	5 115	5 452	6 224	6 993	142	274	259	320	348
0.80	**0.82**	**0.81**	**0.81**	**0.80**	**0.26**	**0.27**	**0.27**	**0.27**	**0.30**
2 133	3 683	4 282	4 644	5 200	106	224	203	247	278
2 313	3 696	4 415	4 813	5 312	106	224	203	247	278
915	609	464	476	372	58	41	49	57	58
2	-	1	1	22	-	2	1	1	1
215	408	397	339	403	5	53	21	29	26
289	674	977	864	1 088	5	14	15	21	20
174	245	255	265	320	8	15	16	20	23
-180	-13	-133	-169	-112	-	-	-	-	-
-180	-28	-133	-169	-112	-	-	-	-	-
861	1 432	1 169	1 580	1 793	36	50	56	73	70
861	1 432	1 169	1 580	1 793	36	50	56	73	70
282	432	432	569	630	-	-	-	-	-
206	245	16	123	244	10	9	8	10	12
54	163	55	106	75	5	6	6	7	6
30	152	343	-	-	-	7	7	8	8
30	152	343	-	-	-	7	7	8	8
-184	1	-	-	-	-	-	-	-	-
214	152	343	-	-	-	7	7	8	8
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
255	422	277	343	330	14	94	48	50	48
7 438	17 091	22 544	11 575	-21 345	12	26	24	26	29
6 115	2 348	6 351	-1 028	-24 523	12	26	24	26	29
77	10 614	5 713	-143	-18	-	-	-	-	-
-22	-474	-248	795	-169	-	-	-	-	-
1 269	4 604	10 728	11 951	3 365	-	-	-	-	-
10 718	**22 781**	**28 616**	**18 142**	**-14 022**	**168**	**401**	**338**	**404**	**433**
2.87	**3.65**	**4.23**	**2.35**	**-1.61**	**0.31**	**0.40**	**0.35**	**0.34**	**0.38**
3 174	5 201	5 889	6 620	7 282	142	274	259	320	348
-	-	-	-	7	-	-	-	-	-
14	76	48	20	28	0	9	3	5	6
619	152	343	-	-	-	7	7	8	8
405	1	-	-	-	-	-	-	-	-
131	10 912	6 327	271	302	-	-	-	-	-
2 842	4 435	12 061	7 394	9 660	144	370	356	362	445
2 021	3 443	10 266	4 800	6 567	108	314	297	289	359
162	-	8	387	85	-	-	-	-	-
-	87	-	-	-	-	-	-	-	-
156	330	312	392	124	-	0	0	-	-
117	330	294	387	85	-	-	-	-	-
77	324	312	392	124	-	0	0	-	-
73	94	112	126	250	-	11	10	13	12

Tabelle 14 (*Forts.*) **Finanzielle Gesamtleistungen an**

	Norwegen				
	1997-1998	2005	2006	2007	2008
NETTOAUSZAHLUNGEN					
I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) (A+B)	1 314	2 786	2 954	3 728	3 963
ODA in % des BNE	**0.86**	**0.94**	**0.89**	**0.95**	**0.88**
A. Bilaterale öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (1+2)	933	2 033	2 171	2 883	3 036
1. Zuschüsse und zuschussartige Beiträge	925	1 968	2 092	2 624	2 941
davon: Technische Zusammenarbeit	175	319	366	436	555
EZ-Nahrungsmittelhilfe	-	0	7	1	1
Humanitäre Hilfe	180	344	282	355	361
Beiträge an NRO	-	-	-	-	-
Verwaltungskosten	57	137	164	187	210
2. Entwicklungskredite und sonstige Kapitalleistungen	8	64	79	258	95
davon: Neue Entwicklungskredite	7	-	-	-	-
B. Beiträge an multilaterale Stellen	381	754	783	845	928
Zuschüsse und Kapitalzeichnungen, insgesamt	381	754	783	845	928
davon: EU-Institutionen	-	-	-	-	-
IDA	65	113	119	124	147
Regionale Entwicklungsbanken	49	88	87	96	97
II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF), netto (C+D)	-0	5	5	5	-0
C. Bilaterale OOF (1+2)	-0	5	5	5	-0
1. Öffentliche Exportkredite[a]	-	-	-	-	- 1
2. Beteiligungen und sonstige bilaterale Aktiva	-0	5	5	5	1
D. Multilaterale Stellen	-	-	-	-	-
III. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen	124	-	-	-	-
IV. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen (langfristig) (1 bis 4)	378	1 839	1 345	2 638	-
1. Direktinvestitionen	253	1 847	1 351	2 638	-
2. Private Exportkredite	125	-8	-6	-	-
3. Wertpapierinvestitionen multilateraler Stellen	-	-	-	-	-
4. Bilaterale Portfolioinvestitionen	-	-	-	-	-
V. Gesamtleistungen (langfristig) (I bis IV)	**1 815**	**4 630**	**4 304**	**6 371**	**3 963**
Gesamtleistungen in % des BNE	**1.19**	**1.56**	**1.29**	**1.62**	**0.88**
Zum Vergleich:					
BRUTTOAUSZAHLUNGEN					
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit[b]	1 318	2 786	2 954	3 728	3 963
Neue Entwicklungskredite	11	-	-	-	-
Nahrungsmittelhilfe, bilaterale Leistungen insgesamt	17	74	50	11	33
Sonstige öffentliche Leistungen	-	5	5	5	1
davon: Öffentliche Exportkredite	-	-	-	-	-
Private Exportkredite	169	14	5	-	-
ZUSAGEN					
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, insgesamt[b]	1 081	2 831	3 404	3 717	4 895
Bilaterale Zuschüsse, insgesamt	687	2 058	2 568	2 821	3 492
Schuldenerlasse	18	-	-	-	-
Bilaterale Darlehen, insgesamt	9	19	53	62	291
Nachrichtlich:					
Brutto-ODA-Umschuldungszuschüsse	35	2	23	61	42
davon: Schuldenerlasse	16	-	-	-	-
Netto-ODA-Umschuldungszuschüsse[c]	19	2	23	61	42
Flüchtlinge in Geberländern	23	68	67	78	141

a) Einschl. Zuschüsse zu privaten Exportkrediten.

b) Einschl. Umschuldungen.

c) Einschl. bilaterale Zuschüsse für ODA-Erlasse, sonstige öffentliche Leistungen (OOF) oder private Forderungen; sonstige Schuldenmaßnahmen wie Umschuldungen, Schuldenrückkäufe oder Schuldendienstzahlungen an Dritte; abzüglich ausgleichender Buchungen für den Wegfall von ODA-Schulden. Nur ab 1998 verfügbar.

Entwicklungsländer und multilaterale Stellen

Mio. US-$

Portugal					Spanien				
1997-1998	2005	2006	2007	2008	1997-1998	2005	2006	2007	2008
255	377	396	471	620	1 305	3 018	3 814	5 140	6 867
0.25	**0.21**	**0.21**	**0.22**	**0.27**	**0.24**	**0.27**	**0.32**	**0.37**	**0.45**
170	218	211	270	373	801	1 863	2 092	3 339	4 802
136	201	198	252	238	603	2 020	2 012	3 257	4 776
67	114	117	153	155	138	483	438	391	1 090
-	-	-	-	-	8	10	29	52	83
1	13	7	1	1	22	114	137	225	431
2	6	7	3	7	1	7	6	2	11
3	16	13	14	16	37	103	101	127	204
34	17	14	18	136	198	- 157	80	82	25
3	17	14	18	136	220	121	138	165	371
85	159	185	200	247	504	1 155	1 722	1 801	2 065
85	159	185	200	247	504	1 155	1 722	1 801	2 065
60	128	124	141	161	345	784	852	932	1 037
7	12	14	17	41	46	123	228	205	342
8	4	30	18	25	29	134	139	108	197
98	-3	-20	-237	-	17	67	-	6	-
98	-3	-20	-237	-	17	67	-	6	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
98	-3	-20	-237	-	17	67	-	6	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
5	6	4	2	1	128	-	-	-	-
1 318	728	286	1 980	906	8 176	3 716	7 333	16 516	23 220
1 018	556	44	1 550	341	8 212	4 158	7 608	16 626	23 334
300	172	243	430	660	-36	-442	-275	-111	-114
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-95	-	-	0	2	-
1 676	**1 109**	**666**	**2 215**	**1 528**	**9 626**	**6 801**	**11 146**	**21 662**	**30 087**
1.61	**0.62**	**0.36**	**1.03**	**0.67**	**1.77**	**0.61**	**0.92**	**1.55**	**1.96**
256	383	402	477	627	1 448	3 518	4 160	5 442	7 477
5	23	20	25	143	341	331	415	384	635
-	1	-	-	-	14	33	35	82	198
127	-	-	2 121	-	17	67	-	6	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
347	186	273	458	687	-	-	-	-	-
204	383	402	477	627	1 422	3 518	4 160	5 442	6 552
101	201	198	252	238	603	2 020	2 012	3 257	3 375
45	3				114	763	538	263	-
42	23	20	25	143	316	342	427	384	1 307
51	3	0	1	1	128	903	573	325	688
45	3	-	-	-	114	763	538	263	500
29	3	0	1	1	59	613	503	243	341
-	-	0	0	0	-	20	28	27	40

Tabelle 14 *(Forts.)* **Finanzielle Gesamtleistungen an**

	Schweden				
	1997-1998	2005	2006	2007	2008
NETTOAUSZAHLUNGEN					
I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) (A+B)	1 652	3 362	3 955	4 339	4 732
ODA in % des BNE	**0.75**	**0.94**	**1.02**	**0.93**	**0.98**
A. Bilaterale öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (1+2)	1 125	2 256	2 852	2 932	3 142
1. Zuschüsse und zuschussartige Beiträge	1 127	2 247	2 838	2 862	3 086
davon: Technische Zusammenarbeit	52	140	132	160	188
EZ-Nahrungsmittelhilfe	-	-	-	-	-
Humanitäre Hilfe	124	261	295	308	365
Beiträge an NRO	109	134	152	234	267
Verwaltungskosten	87	126	193	214	225
2. Entwicklungskredite und sonstige Kapitalleistungen	-2	9	14	71	57
davon: Neue Entwicklungskredite	-	9	14	9	10
B. Beiträge an multilaterale Stellen	527	1 106	1 103	1 407	1 589
Zuschüsse und Kapitalzeichnungen, insgesamt	527	1 106	1 103	1 407	1 589
davon: EU-Institutionen	95	198	246	313	370
IDA	125	274	47	320	320
Regionale Entwicklungsbanken	73	104	109	141	97
II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF), netto (C+D)	7	-4	-2	-46	31
C. Bilaterale OOF (1+2)	7	-4	-2	-46	31
1. Öffentliche Exportkredite[a]	-	-	-	-	-
2. Beteiligungen und sonstige bilaterale Aktiva	7	-4	-2	-46	31
D. Multilaterale Stellen	-	-	-	-	-
III. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen	34	29	12	78	25
IV. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen (langfristig) (1 bis 4)	777	159	210	2 541	1 108
1. Direktinvestitionen	851	430	333	2 232	-314
2. Private Exportkredite	-75	-271	-123	309	1 422
3. Wertpapierinvestitionen multilateraler Stellen	-	-	-	-	-
4. Bilaterale Portfolioinvestitionen	-	-0	-0	-0	0
V. Gesamtleistungen (langfristig) (I bis IV)	**2 469**	**3 545**	**4 175**	**6 911**	**5 896**
Gesamtleistungen in % des BNE	**1.13**	**0.99**	**1.08**	**1.49**	**1.22**
Zum Vergleich:					
BRUTTOAUSZAHLUNGEN					
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit[b]	1 656	3 362	3 955	4 339	4 735
Neue Entwicklungskredite	-	9	14	9	10
Nahrungsmittelhilfe, bilaterale Leistungen insgesamt	5	10	4	-	-
Sonstige öffentliche Leistungen	9	41	81	39	64
davon: Öffentliche Exportkredite	-	-	-	-	-
Private Exportkredite	334	1 347	1 147	1 499	2 625
ZUSAGEN					
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, insgesamt[b]	1 739	3 732	4 249	3 750	4 215
Bilaterale Zuschüsse, insgesamt	1 269	2 517	3 089	2 210	2 607
Schuldenerlasse	-	53	292	74	-
Bilaterale Darlehen, insgesamt	2	9	14	81	46
Nachrichtlich:					
Brutto-ODA-Umschuldungszuschüsse	9	53	292	74	-
davon: Schuldenerlasse	4	53	292	74	-
Netto-ODA-Umschuldungszuschüsse[c]	-	53	292	74	-
Flüchtlinge in Geberländern	99	143	164	258	375

a) Einschl. Zuschüsse zu privaten Exportkrediten.

b) Einschl. Umschuldungen.

c) Einschl. bilaterale Zuschüsse für ODA-Erlasse, sonstige öffentliche Leistungen (OOF) oder private Forderungen; sonstige Schuldenmaßnahmen wie Umschuldungen, Schuldenrückkäufe oder Schuldendienstzahlungen an Dritte; abzüglich ausgleichender Buchungen für den Wegfall von ODA-Schulden. Nur ab 1998 verfügbar.

Entwicklungsländer und multilaterale Stellen

Mio. US-$

Schweiz					Vereinigtes Königreich				
1997-1998	2005	2006	2007	2008	1997-1998	2005	2006	2007	2008
904	1 772	1 646	1 685	2 038	3 648	10 772	12 459	9 849	11 500
0.33	**0.43**	**0.39**	**0.38**	**0.42**	**0.27**	**0.47**	**0.51**	**0.35**	**0.43**
604	1 405	1 254	1 263	1 550	2 055	8 169	8 735	5 602	7 367
609	1 385	1 241	1 250	1 536	2 127	8 250	8 827	6 572	7 064
287	144	161	166	157	810	845	860	888	1 138
6	-	-	-	-	-	-	-	90	161
122	190	175	173	165	176	628	835	352	667
33	47	49	60	65	93	394	365	669	313
19	52	52	108	141	187	427	477	545	463
-5	20	13	13	14	-72	-82	-92	-971	303
2	-6	-11	-11	-12	-32	12	-15	-20	-
300	367	392	422	487	1 593	2 603	3 724	4 247	4 133
300	367	392	422	487	1 597	2 649	3 780	4 247	4 133
-	-	-	-	-	777	1 221	1 565	2 143	2 034
106	142	163	167	186	366	665	946	987	1 014
53	54	57	58	59	99	28	354	188	315
18	-	17	-	-	-84	-99	-187	-43	-22
18	-	17	-	-	- 84	- 99	-187	-43	-22
-	-	-	-	-	58	36	2	- 8	-14
18	-	17	-	-	-142	-135	-189	-35	-8
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
113	332	402	294	398	361	726	543	236	462
-422	5 999	10 490	11 303	10 487	11 972	19 870	14 127	35 634	29 938
793	7 451	11 250	12 134	11 432	10 985	14 812	7 530	22 584	23 783
234	-729	-521	3	-671	-27	-625	-4 696	196	3 932
-169	-722	-239	-833	-274	-	-	-	-	-
-1 280	-	-	0	-	1 014	5 683	11 292	12 855	2 223
613	**8 103**	**12 555**	**13 281**	**12 923**	**15 897**	**31 269**	**26 941**	**45 676**	**41 878**
0.23	**1.99**	**2.98**	**3.02**	**2.68**	**1.17**	**1.37**	**1.11**	**1.61**	**1.57**
912	1 778	1 657	1 696	2 049	3 874	11 168	13 075	11 626	11 977
3	1	-	-	-	21	17	1	0	-
17	28	36	37	49	31	66	140	104	266
18	-	17	-	-	188	52	11	19	15
-	-	-	-	-	58	36	2	3	0
-	211	175	612	203	-	-	-	-	4 440
737	1 754	1 880	1 741	2 125	3 874	11 162	13 075	11 626	11 977
520	1 344	1 215	1 500	1 673	2 127	8 244	8 827	6 577	7 064
7	224	98	59	98	359	3 515	2 557	16	507
3	30	28	25	20	146	265	465	802	780
12	224	98	64	99	359	3 540	3 511	77	549
7	224	98	59	98	359	3 521	2 557	16	507
5	224	98	64	99	57	3 530	3 503	70	549
5	129	132	152	261	-	-	-	-	-

Tabelle 14 *(Forts.)* **Finanzielle Gesamtleistungen an**

	Vereinigte Staaten				
	1997-1998	2005	2006	2007	2008
NETTOAUSZAHLUNGEN					
I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) (A+B)	7 832	27 935	23 532	21 787	26 842
ODA in % des BNE	**0.09**	**0.23**	**0.18**	**0.16**	**0.19**
A. Bilaterale öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (1+2)	5 464	25 582	21 162	18 901	23 859
1. Zuschüsse und zuschussartige Beiträge	6 103	26 344	22 005	19 729	24 825
davon: Technische Zusammenarbeit	3 010	8 803	9 278	732	722
EZ-Nahrungsmittelhilfe	643	662	743	580	552
Humanitäre Hilfe	407	3 392	3 022	2 994	4 381
Beiträge an NRO	-	-	-	-	-
Verwaltungskosten	647	1 084	1 084	1 124	1 276
2. Entwicklungskredite und sonstige Kapitalleistungen	-640	-762	-843	-827	-965
davon: Neue Entwicklungskredite	-675	-	-	-	-
B. Beiträge an multilaterale Stellen	2 368	2 353	2 370	2 886	2 982
Zuschüsse und Kapitalzeichnungen, insgesamt	2 385	2 363	2 380	2 895	2 992
davon: EU-Institutionen	-	-	-	-	-
IDA	867	843	827	1 097	848
Regionale Entwicklungsbanken	171	219	240	236	241
II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF), netto (C+D)	452	-1 048	-4 017	-1 632	-1 100
C. Bilaterale OOF (1+2)	452	-1 048	-4 017	-1 632	-1 100
1. Öffentliche Exportkredite[a]	41	-1 212	-2 817	-1 516	-793
2. Beteiligungen und sonstige bilaterale Aktiva	411	164	-1 200	-115	-306
D. Multilaterale Stellen	-	-	-	-	-
III. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen	2 712	8 629	9 037	12 161	17 122
IV. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen (langfristig) (1 bis 4)	50 710	78 010	62 345	97 545	-28 781
1. Direktinvestitionen	26 389	19 770	36 624	45 591	54 172
2. Private Exportkredite	2 120	-100	-1 097	- 105	1 068
3. Wertpapierinvestitionen multilateraler Stellen	-1 679	1 566	3 156	-7 737	-8 220
4. Bilaterale Portfolioinvestitionen	23 880	56 774	23 662	59 796	-75 801
V. Gesamtleistungen (langfristig) (I bis IV)	**61 706**	**113 526**	**90 897**	**129 862**	**14 084**
Gesamtleistungen in % des BNE	**0.73**	**0.92**	**0.69**	**0.93**	**0.10**
Zum Vergleich:					
BRUTTOAUSZAHLUNGEN					
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit[b]	8 806	28 750	24 532	22 691	27 819
Neue Entwicklungskredite	5	-	-	-	-
Nahrungsmittelhilfe, bilaterale Leistungen insgesamt	804	2 277	2 064	1 782	2 796
Sonstige öffentliche Leistungen	2 648	745	531	375	413
davon: Öffentliche Exportkredite	1 302	142	118	-	16
Private Exportkredite	8 095	-	-	-	-
ZUSAGEN					
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, insgesamt[b]	9 080	30 109	26 678	27 639	34 678
Bilaterale Zuschüsse, insgesamt	6 318	27 719	24 151	24 661	31 678
Schuldenerlasse	107	4 076	1 583	34	209
Bilaterale Darlehen, insgesamt	333	33	142	63	3
Nachrichtlich:					
Brutto-ODA-Umschuldungszuschüsse	107	4 196	1 704	117	395
davon: Schuldenerlasse	107	4 194	1 703	67	386
Netto-ODA-Umschuldungszuschüsse[c]	19	4 078	1 585	40	215
Flüchtlinge in Geberländern	212	525	488	451	555

a) Einschl. Zuschüsse zu privaten Exportkrediten.

b) Einschl. Umschuldungen.

c) Einschl. bilaterale Zuschüsse für ODA-Erlasse, sonstige öffentliche Leistungen (OOF) oder private Forderungen; sonstige Schuldenmaßnahmen wie Umschuldungen, Schuldenrückkäufe oder Schuldendienstzahlungen an Dritte; abzüglich ausgleichender Buchungen für den Wegfall von ODA-Schulden. Nur ab 1998 verfügbar.

Entwicklungsländer und multilaterale Stellen

Mio. US-$

DAC-Mitglieder insgesamt					Europäische Kommission				
1997-1998	2005	2006	2007	2008	1997-1998	2005	2006	2007	2008
50 276	107 078	104 368	103 485	121 483	5 200	9 390	10 245	11 634	14 757
0.23	**0.33**	**0.31**	**0.28**	**0.31**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**
33 802	82 424	76 901	72 881	86 455	5 140	8 687	9 699	11 327	14 428
31 888	83 432	79 432	75 318	87 839	4 511	8 539	9 577	11 240	12 868
12 972	20 732	22 242	14 778	17 050	241	446	444	713	1 423
1 000	887	956	1 051	1 417	360	398	276	325	322
1 665	7 121	6 724	6 279	8 819	643	1 166	1 366	1 499	1 915
1 017	1 779	2 037	2 516	2 508	172	1	1	0	-
2 766	4 115	4 250	4 618	5 368	109	652	723	660	788
1 914	-1 008	-2 531	-2 437	-1 384	629	147	122	87	1 560
2 373	883	-915	-278	1 142	629	147	122	22	1 621
16 474	24 653	27 467	30 604	35 029	60	703	546	308	329
16 376	24 670	28 046	30 673	35 005	60	703	546	308	329
4 931	9 258	9 931	11 714	13 039	-	-	-	-	-
4 109	4 827	6 787	5 609	8 081	-	-	100	-	-
1 723	2 096	2 466	2 361	3 092	-	18	-	-	-
9 877	1 430	-10 728	-6 438	-1 782	841	1 595	1 855	4 716	2 888
8 847	2 262	-10 551	-6 962	-2 538	841	1 595	1 855	4 716	2 888
2 908	-2 812	-3 781	-2 445	449	-	-	-	-	-
5 939	5 074	-6 770	-4 517	-2 987	841	1 595	1 855	4 716	2 888
1 030	-832	-177	524	756	-	-	-	-	-
5 400	14 712	14 648	17 866	23 655	-	-	-	-	-
118 247	179 559	196 010	312 475	121 224	-	-	-	-	-
79 911	100 622	129 174	180 293	178 140	-	-	-	-	-
2 928	5 563	3 137	13 161	6 572	-	-	-	-	-
-4 093	40	2 789	-9 737	-9 983	-	-	-	-	-
39 501	73 335	60 910	128 759	-53 504	-	-	-	-	-
183 799	**302 779**	**304 298**	**427 389**	**264 581**	**6 041**	**10 985**	**12 101**	**16 350**	**17 645**
0.82	**0.93**	**0.89**	**1.14**	**0.67**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**
57 202	117 728	117 059	116 349	135 844	5 455	9 726	10 678	11 743	15 108
7 974	7 492	7 454	8 322	10 879	884	483	555	130	1 789
1 321	3 069	2 849	2 609	4 407	360	596	461	922	1 051
25 801	25 148	16 933	16 018	15 438	1 020	2 618	3 286	5 997	4 284
9 044	2 386	2 975	2 773	4 381	-	-	-	-	-
21 090	24 400	38 563	42 375	44 190	-	-	-	-	-
60 265	122 393	131 067	123 117	157 339	6 983	12 023	13 070	13 748	19 960
31 323	84 748	89 445	80 487	98 055	6 213	10 875	11 808	13 240	16 780
2 850	24 382	18 517	9 144	10 240	-	-	-	31	-
12 356	12 302	10 393	11 656	19 583	639	480	726	117	2 652
3 252	25 164	20 195	9 884	11 391	-	-	-	-	128
3 067	24 999	18 600	9 624	11 057	-	-	-	-	-
1 179	22 733	18 874	8 983	8 814	-	-	-	-	128
811	2 069	1 823	1 907	2 508	-	-	-	-	-

Tabelle 15 **ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder an multilaterale Stellen[a], 2008**

Nettoauszahlungen — Mio. US-$

	Insgesamt	Weltbank-gruppe	*davon:*	Regionale Entwicklungs-banken	*davon:*		
			IDA		Afrikan. Entw.-bank	Asiat. Entw.-bank	Interamerik. Entw.-bank
Australien	301	146	146	34	-	34	-
Belgien	1 010	275	274	45	36	7	-
Dänemark	975	183	134	58	34	10	-
Deutschland	4 918	1 136	1 136	270	213	53	-
Finnland	473	36	36	47	42	5	-
Frankreich	4 446	547	539	244	197	44	2
Griechenland	391	80	80	44	-	-	-
Irland	397	47	44	11	-	11	-
Italien	3 022	645	556	351	214	124	1
Japan	2 756	1 253	1 168	581	178	379	23
Kanada	1 428	689	685	285	126	71	70
Luxemburg	136	17	8	2	-	2	-
Neuseeland	70	13	12	6	-	6	-
Niederlande	1 793	316	244	75	0	-	-
Norwegen	928	147	147	97	88	10	-
Österreich	480	122	122	9	0	8	-
Portugal	247	41	41	25	18	6	-
Schweden	1 589	320	320	97	84	13	-
Schweiz	487	186	186	59	47	12	-
Spanien	2 065	342	342	197	140	29	14
Vereinigtes Königreich	4 133	1 129	1 014	315	252	52	-
Vereinigte Staaten	2 983	848	848	232	135	107	-
DAC INSGESAMT	**35 029**	**8 516**	**8 081**	**3 083**	**1 805**	**983**	**112**
davon:							
DAC-EU-Mitglieder	26 076	5 235	4 888	1 788	1 232	364	18

Tabelle 15 *(Forts.)* **ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder an multilaterale Stellen[a], 2008**

Nettoauszahlungen — Mio. US-$

	VN-Stellen	*davon*:					EU-Institutionen	*davon*:	Sonstige multilaterale Stellen	*davon*:
		IFAD	UNDP	WEP	UNICEF	UNHCR		EEF		IWF[b]
Australien	60	-	-	-	-	-	-	-	61	2
Belgien	78	5	20	1	5	5	549	178	63	12
Dänemark	346	4	74	38	35	28	271	91	117	0
Deutschland	295	-	41	-	8	8	2 813	1 079	405	-
Finnland	132	-	25	9	22	10	211	78	46	7
Frankreich	274	12	44	5	18	23	2 528	1 121	853	34
Griechenland	14	1	1	-	0	1	239	57	14	-
Irland	133	3	32	14	24	18	155	30	52	0
Italien	210	13	8	32	5	9	1 713	527	103	11
Japan	581	-	73	10	23	10	-	-	341	27
Kanada	229	12	53	18	17	13	-	-	225	6
Luxemburg	68	1	12	4	7	3	35	12	14	1
Neuseeland	35	-	6	5	3	-	-	-	16	-
Niederlande	575	25	133	58	50	61	630	241	198	-
Norwegen	508	12	138	25	70	42	-	-	176	-
Österreich	42	-	9	6	2	1	293	122	14	-
Portugal	11	0	2	0	0	2	161	42	9	-
Schweden	614	-	108	67	69	84	370	124	188	-
Schweiz	157	6	49	2	18	11	-	-	85	15
Spanien	267	7	61	15	26	15	1 037	259	223	-
Vereinigtes Königreich	436	28	156	5	38	36	2 034	652	219	-
Vereinigte Staaten	692	26	97	-	128	-	-	-	1 210	-
DAC INSGESAMT	**5 759**	**154**	**1 140**	**314**	**570**	**378**	**13 040**	**4 612**	**4 632**	**117**
davon:										
DAC-EU-Mitglieder	3 497	98	725	254	311	303	13 040	4 612	2 517	66

a) Nicht zweckgebundene Beiträge.

b) Vom IWF verwaltete Armutsreduzierungs-Wachstumsfazilität (PRGF) und PRGF-HIPC Trust Fund.

Tabelle 16 **Kapitalzeichnungen bei multilateralen Stellen[a] auf Hinterlegungs- und Inkassobasis**

Nettoauszahlungen — Mio. US-$

	Schuldscheinhinterlegung					Inkasso				
	1998	2005	2006	2007	2008	1998	2005	2006	2007	2008
Australien	88	134	264	227	169	164	134	264	227	169
Belgien	-	212	133	143	296	107	192	85	260	267
Dänemark	122	116	99	119	118	121	164	119	139	148
Deutschland	488	109	904	1 415	1 459	644	742	778	875	1 036
Finnland	36	60	69	46	32	64	53	47	46	-
Frankreich	383	193	7	-	-	-	535	-	-	-
Griechenland	13	13	33	16	120	13	-	24	16	10
Irland	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Italien	677	951	97	3	526	388	499	242	389	596
Japan	757	883	2 510	135	1 345	-	1 057	2 694	875	481
Kanada	283	347	448	508	986	382	427	512	597	526
Luxemburg	-	-	-	-	0	-	-	-	-	-
Neuseeland	10	17	16	19	20	11	17	17	19	14
Niederlande	287	476	1	0	-	60	-	-	-	-
Norwegen	107	273	223	220	245	-	-	-	-	-
Österreich	44	86	133	173	134	72	91	116	140	139
Portugal	0	3	1	1	0	12	27	34	33	35
Schweden	-	354	237	421	402	181	133	326	380	411
Schweiz	3	202	226	219	235	3	182	181	197	233
Spanien	110	14	17	16	461	-	-	-	-	461
Vereinigtes Königreich	-	822	1 462	1 471	1 442	328	690	1 128	930	735
Vereinigte Staaten	1 411	1 160	1 144	1 426	1 262	1 574	1 345	1 778	1 566	1 364
DAC INSGESAMT	**4 822**	**6 423**	**8 024**	**6 577**	**9 251**	**..**	**..**	**..**	**..**	**..**
davon:										
DAC-EU-Mitglieder	2 161	3 408	3 192	3 823	4 990	..	..	..	..	..

a) Weltbank, IWF (PRGF-Programm), IDB, Afrikanische Entwicklungsbank, Asiatische Entwicklungsbank und Karibische Entwicklungsbank.
Anmerkung: Nicht alle Leistungen an diese Stellen erfolgen in Form von Kapitalzeichnungen.

Tabelle 17 **Vergünstigte und nicht vergünstigte Leistungen multilateraler Stellen**[a]

Mio. US-$, zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen

	Bruttoauszahlungen						
	Durchschnitt 1992-1993	Durchschnitt 1997-1998	2004	2005	2006	2007	2008
VERGÜNSTIGTE LEISTUNGEN							
Internationale Finanzinstitutionen							
AfDF	710	632	1 057	988	6 041	1 313	1 733
AsDF	1 006	1 153	1 084	1 293	1 488	1 768	2 330
CarDB	29	24	57	45	47	59	83
Europarat	1	-	-	-	-	-	-
EBWE	-	20	53	50	11	8	7
IDA	5 018	5 822	9 188	8 673	40 219	10 002	9 291
IDB	232	592	560	535	514	4 452	552
IWF[b]	573	615	1 440	1 048	4 718	521	1 038
Nordischer Entwicklungsfonds	-	46	74	68	73	74	104
Int. Finanzinstitutionen, insgesamt	**7 569**	**8 905**	**13 513**	**12 699**	**53 111**	**18 198**	**15 139**
Vereinte Nationen[c]							
IFAD	158	215	281	317	348	461	491
UNAIDS	-	-	-	123	181	193	209
UNDP	741	637	374	399	437	439	495
UNFPA	130	215	196	201	212	216	273
UNHCR	1 145	248	347	225	184	257	278
UNICEF	770	499	650	711	736	981	984
UNRWA	303	281	449	508	600	700	807
UNTA	288	358	434	580	371	462	645
WEP	1 531	274	253	555	473	233	316
Sonstige VN-Stellen	-	-	-	-	74	73	87
Vereinte Nationen, insgesamt	**5 067**	**2 727**	**2 982**	**3 618**	**3 616**	**4 015**	**4 586**
Europäische Kommission	4 147	5 395	8 335	9 022	10 132	11 435	14 779
GAVI	-	-	-	-	-	923	736
GEF[d]	-	-	619	583	557	1 062	814
GFATM	-	-	584	1 006	1 252	1 627	2 168
Fonds des Montrealer Protokolls	-	97	59	83	81	94	76
Arabische Fonds	487	115	536	491	680	751	729
Vergünstigte Leistungen, insgesamt	**17 270**	**17 240**	**26 629**	**27 501**	**69 429**	**38 105**	**39 025**
NICHT VERGÜNSTIGTE LEISTUNGEN							
AfDB	1 447	781	979	851	825	1 398	1 121
AsDB	1 948	5 463	2 508	3 498	4 420	5 234	6 472
CarDB	25	49	159	35	84	102	101
Europarat	490	-	-	-	-	-	-
EBWE	3	383	1 698	1 547	1 349	2 227	2 759
Europäische Kommission	471	1 020	2 391	2 618	3 286	5 997	4 284
IBRD	10 592	14 262	9 214	8 591	11 533	9 990	13 393
IDB	2 956	5 492	3 764	4 894	6 080	6 715	7 158
IFAD	-	17	31	27	39	40	53
IFC	973	1 567	2 301	2 478	3 768	4 322	5 022
Nicht vergünstigte Leistungen, insg.	**18 906**	**29 032**	**23 044**	**24 539**	**31 385**	**36 025**	**40 364**

a) An Länder und Territorien gemäß DAC-Liste der ODA-Empfänger.

b) IWF-Treuhandfonds und PRGF-Programm.

c) Die Daten für die VN-Sonderorganisationen wurden in der Weise revidiert, dass sie nur noch die Ausgaben aus dem Kernhaushalt erfassen. Bei den UNDP-Daten wurden dementsprechend ab 1990 Revisionen vorgenommen, wohingegen die WEP- und UNHCR-Daten erst ab 1996 revidiert werden konnten. Für die UNICEF gelten ab 1997 revidierte Daten. Seit 2000 arbeitet das UNHCR mit einem jährlichen Programmbudget, bei dem die länderspezifischen Aktivitäten, die globalen Aktivitäten und die Verwaltungskosten in einem einheitlichen Budget zusammengefasst sind. Jedoch decken die Datenangaben für den UNHCR von 2004 nur Angaben aus nicht limitierten oder weitgehend zweckgebundenen Fonds ab. Die UNFPA-Daten vor 2004 umfassen Ausgaben aus dem Kernhaushalt und sonstige Ausgaben.

d) Die Daten für die Globale Umweltfazilität basieren auf den Zusagen und enthalten Zusagen aller Durchführungsorganisationen.

Tabelle 17 *(Forts.)* **Vergünstigte und nicht vergünstigte Leistungen multilateraler Stellen**[a]

Mio. US-$, zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen

	Nettoauszahlungen						
	Durchschnitt 1992-1993	Durchschnitt 1997-1998	2004	2005	2006	2007	2008
VERGÜNSTIGTE LEISTUNGEN							
Internationale Finanzinstitutionen							
AfDF	680	583	919	852	1 541	1 209	1 625
AsDF	938	1 006	694	859	1 020	1 182	1 654
CarDB	20	2	37	28	32	41	64
Europarat	-3	-	-	-	-	-	-
EBWE	-	20	53	50	11	8	7
IDA	4 646	5 037	7 283	6 611	5 996	7 463	6 689
IDB	81	310	261	231	216	257	310
IWF[b]	461	285	67	-263	387	-72	307
Nordischer Entwicklungsfonds	-	46	70	63	68	68	91
Int. Finanzinstitutionen, insgesamt	**6 823**	**7 288**	**9 385**	**8 431**	**9 271**	**10 155**	**10 747**
Vereinte Nationen[c]							
IFAD	80	122	165	199	226	322	347
UNAIDS	-	-	-	123	181	193	209
UNDP	741	637	374	399	437	439	495
UNFPA	130	215	196	201	212	216	273
UNHCR	1 145	248	347	225	184	257	278
UNICEF	770	499	650	711	736	981	984
UNRWA	303	281	449	508	600	700	807
UNTA	288	358	434	580	371	462	645
WEP	1 531	274	253	555	473	233	316
Sonstige VN-Stellen	-	-	-	-	74	73	87
Vereinte Nationen, insgesamt	**4 989**	**2 634**	**2 866**	**3 500**	**3 494**	**3 876**	**4 442**
Europäische Kommission	4 026	5 140	8 068	8 687	9 699	11 327	14 428
GAVI	-	-	-	-	-	923	736
GEF[d]	-	-	619	583	557	1 062	814
GFATM	-	-	584	1 006	1 252	1 627	2 168
Fonds des Montrealer Protokolls	-	97	59	83	81	94	76
Arabische Fonds	233	-23	282	253	440	453	447
Vergünstigte Leistungen, insgesamt	**16 071**	**15 136**	**21 863**	**22 542**	**24 794**	**29 518**	**33 856**
NICHT VERGÜNSTIGTE LEISTUNGEN							
AfDB	1 125	-115	-589	-167	-238	286	582
AsDB	1 295	4 313	-1 416	1 723	2 685	3 798	4 574
CarDB	15	34	116	18	35	46	29
Europarat	109	-	-	-	-	-	-
EBWE	3	282	855	36	463	1 408	1 988
Europäische Kommission	463	841	1 856	1 595	1 855	4 716	2 888
IBRD	359	4 445	-3 541	-2 393	-4 853	72	3 783
IDB	1 459	3 405	-1 431	-326	-2 529	1 455	2 411
IFAD	-	-7	-10	1	11	7	22
IFC	483	462	534	364	1 544	1 990	3 210
Nicht vergünstigte Leistungen, insg.	**5 312**	**13 659**	**-3 624**	**850**	**-1 026**	**13 777**	**19 487**

Tabelle 18 **Hauptverwendungszwecke der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Geber**

In % der bilateralen Gesamtzusagen

	Gemeinnützige und administrative Infrastruktur		Wirtschaftliche Infrastruktur		Landwirtschaft		Industrie und übrige Produktionssektoren	
	1987-1988	2007-2008	1987-1988	2007-2008	1987-1988	2007-2008	1987-1988	2007-2008
Australien	25.4	46.5	7.6	6.0	6.8	4.1	2.0	0.5
Belgien	45.3	42.7	16.1	7.2	14.6	5.3	8.1	2.2
Dänemark	15.5	34.4	19.4	12.6	23.4	4.6	11.5	2.5
Deutschland	30.2	36.6	28.4	16.7	10.6	2.1	10.8	1.9
Finnland	10.8	34.9	14.6	9.1	8.8	8.2	2.9	2.6
Frankreich	41.3	32.6	18.0	14.6	10.2	6.7	4.5	0.2
Griechenland	..	65.2	..	2.8	..	1.9	..	0.7
Irland	44.1	54.2	1.2	1.2	19.8	5.2	5.0	0.8
Italien	25.9	23.4	20.2	4.3	17.0	3.4	9.5	3.8
Japan	15.9	21.4	42.5	31.1	9.1	6.8	8.6	4.5
Kanada	15.9	44.6	19.2	6.1	13.2	4.6	4.3	1.2
Luxemburg	..	47.1	..	7.7	..	5.5	..	1.5
Neuseeland	52.6	40.6	3.7	4.3	7.7	2.6	5.3	2.5
Niederlande	21.1	48.1	18.0	8.7	20.1	1.6	4.6	1.8
Norwegen	24.0	41.7	13.9	11.0	11.7	3.8	8.5	1.5
Österreich	26.0	22.5	53.4	3.2	3.1	0.9	7.6	0.8
Portugal	..	59.2	..	12.4	..	0.8	..	0.2
Schweden	20.8	30.9	9.6	6.2	9.7	3.5	6.7	2.4
Schweiz	20.4	22.0	10.5	7.1	20.8	5.0	4.6	2.1
Spanien	..	44.5	..	9.2	..	3.5	..	1.5
Vereinigtes Königreich	20.7	43.5	22.2	14.4	8.9	1.4	7.9	1.8
Vereinigte Staaten	22.4	51.6	3.8	13.5	9.8	5.0	4.7	1.3
DAC INSGESAMT	**24.4**	**39.8**	**22.5**	**14.7**	**11.2**	**4.4**	**7.0**	**1.9**

Tabelle 18 *(Forts.)* **Hauptverwendungszwecke der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Geber**

In % der bilateralen Gesamtzusagen

	Waren- und Programmhilfe		Humanitäre Hilfe		Sonstige Hilfe		*Nachrichtlich:* Anteil der über NRO geleiteten ODA[a]
	1987-1988	2007-2008	1987-1988	2007-2008	1987-1988	2007-2008	2007-2008
Australien	50.7	2.7	0.8	9.1	6.8	31.0	6.5
Belgien	2.2	0.5	0.4	6.7	13.4	35.3	11.7
Dänemark	0.1	3.8	0.3	8.6	29.8	33.5	9.4
Deutschland	8.4	1.5	0.7	2.7	10.8	38.5	5.9
Finnland	10.1	5.1	2.0	12.4	50.7	27.6	0.9
Frankreich	4.4	9.2	-	0.4	21.6	36.3	0.5
Griechenland	..	1.2	..	5.3	..	22.8	2.4
Irland	-	5.3	4.7	21.0	25.3	12.2	31.3
Italien	10.2	6.2	4.6	5.5	12.6	53.4	3.1
Japan	16.2	4.6	0.1	1.8	7.6	29.8	1.6
Kanada	19.1	6.3	2.5	12.1	25.9	25.1	12.3
Luxemburg	..	3.0	..	12.1	..	23.1	20.2
Neuseeland	20.0	11.1	0.7	10.5	9.9	28.3	14.8
Niederlande	15.6	7.1	2.1	8.1	18.5	24.7	18.8
Norwegen	8.8	5.4	7.5	12.1	25.5	24.4	-
Österreich	0.7	0.4	4.1	2.1	5.1	70.1	3.7
Portugal	..	15.7	..	0.3	..	11.5	1.7
Schweden	17.8	4.9	8.9	11.1	26.5	41.1	13.1
Schweiz	18.0	2.3	10.4	11.9	15.2	49.5	14.7
Spanien	..	2.1	..	7.3	..	31.9	20.7
Vereinigtes Königreich	15.8	10.3	1.8	6.7	22.7	21.8	9.3
Vereinigte Staaten	47.3	3.5	1.7	13.5	10.3	11.6	-
DAC INSGESAMT	**19.3**	**4.8**	**1.5**	**7.6**	**14.1**	**26.7**	**6.5**

a) Auf Auszahlungsbasis.

Tabelle 19 **ODA-Leistungen nach Hauptverwendungszwecken, 2008**

Zusagen

	In % der bilateralen ODA-Gesamtleistungen											
	Austra-lien	Öster-reich	Belgien	Kanada	Däne-mark	Finn-land	Frank-reich	Deutsch-land	Griechen-land	Irland	Italien	Japan
Gemeinnützige und administrative Infrastruktur	45.3	24.9	45.5	41.9	34.9	37.2	29.7	35.6	63.3	53.1	24.1	17.4
Bildungswesen[a]	10.4	12.6	12.2	7.5	3.9	7.9	18.6	13.7	27.7	12.8	3.5	4.4
davon: Grundbildung	3.7	0.3	1.2	0.9	3.1	1.9	2.5	1.1	0.1	3.5	0.9	0.7
Gesundheitswesen	5.5	3.4	11.4	9.7	1.2	3.8	1.9	2.4	2.5	13.3	5.3	1.3
davon: Medizinische Grundversorgung	3.3	0.3	5.5	7.8	0.5	0.8	1.2	1.1	0.6	6.8	1.7	0.8
Bevölkerungsfragen[b]	2.3	0.4	0.6	1.7	1.7	1.4	0.1	1.4	1.9	3.6	0.4	0.2
Wasserversorgung und sanitäre Einrichtungen	0.5	2.8	5.8	1.2	1.2	5.6	3.8	7.2	0.2	3.0	7.0	9.3
Staat und Zivilgesellschaft	23.1	4.9	11.8	20.3	23.3	12.9	1.6	9.6	19.8	16.3	6.2	1.5
Sonstige gemeinnützige Infrastruktur/Dienste	3.4	0.8	3.8	1.5	3.8	5.7	3.8	1.2	11.2	4.1	1.7	0.7
Wirtschaftliche Infrastruktur	6.9	3.6	8.5	5.8	9.6	8.8	20.1	19.2	2.4	1.1	2.7	36.3
Verkehr und Kommunikations-wesen	5.2	0.3	3.1	2.9	1.3	1.3	15.1	1.8	2.0	0.4	1.7	25.3
Energiesektor	0.7	1.0	0.4	0.5	2.0	1.0	2.2	10.1	0.0	0.0	0.6	8.7
Sonstige	1.1	2.3	4.9	2.3	6.4	6.5	2.8	7.3	0.4	0.7	0.4	2.3
Produktion	4.4	2.0	9.4	8.4	6.3	12.9	5.7	4.1	2.4	7.1	8.9	12.4
Landwirtschaft	3.9	0.9	6.8	7.1	3.6	9.6	5.6	1.9	1.3	6.0	3.2	5.8
Industrie, Bergbau und Bauwirtschaft	0.3	0.3	2.0	0.6	2.1	1.8	0.1	1.8	0.3	0.7	5.6	6.2
Handel und Fremdenverkehr	0.2	0.8	0.6	0.6	0.6	1.5	0.1	0.4	0.8	0.4	0.2	0.4
Multisektorale Leistungen	14.3	2.5	8.3	7.1	14.0	15.0	10.6	7.3	3.7	4.1	6.7	2.7
Programmhilfe	3.4	0.6	0.6	8.5	2.2	0.1	11.4	1.6	1.9	5.6	9.4	4.4
Maßnahmen bezügl. Schulden[c]	9.7	55.7	6.0	3.5	0.1	0.4	12.8	26.1	-	-	38.7	15.6
Humanitäre Hilfe	11.3	3.4	6.5	9.2	9.1	11.2	0.2	2.7	5.5	19.1	5.4	1.9
Verwaltungskosten	3.8	3.0	3.9	6.7	8.5	8.4	4.3	2.4	7.5	5.4	2.6	5.2
Sonstige, unaufgeschlüsselt	1.0	4.3	11.4	8.8	15.2	5.9	5.0	1.0	13.2	4.5	1.5	4.0
INSGESAMT	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**
Nachrichtlich:												
Nahrungsmittelhilfe, insgesamt	5.4	0.3	2.2	8.2	1.2	2.4	0.8	1.3	3.5	2.7	4.2	1.3

a) Einschl. Studenten und Praktikanten.

b) Bevölkerungsfragen und Reproduktivgesundheitsfürsorge.

c) Einschl. Erlass von Nicht-ODA-Schulden.

d) Einschl. der Afrikanischen Entwicklungsbank, der Asiatischen Entwicklungsbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank.

Tabelle 19 *(Forts.)* **ODA-Leistungen nach Hauptverwendungszwecken, 2008**

Zusagen

In % der bilateralen ODA-Gesamtleistungen												In % der gesamten multilateralen Entwicklungsfinanzierung (ODF)	
Luxemburg	Niederlande	Neuseeland	Norwegen	Portugal	Spanien	Schweden	Schweiz	Ver. Königr.	Ver. Staaten	DAC insg.	Europ. Kommission	Weltbank	Regionale Entw.-banken[d]
46.7	58.5	41.8	42.1	48.9	43.4	30.4	21.8	42.4	51.8	39.2	27.3	47.1	33.6
10.2	13.2	17.5	8.7	19.1	9.4	3.9	3.2	7.4	3.5	8.0	4.4	8.6	4.5
2.7	2.9	6.5	5.3	1.1	3.3	2.5	0.6	4.3	2.2	2.1	1.1	4.2	0.4
13.3	5.1	5.3	6.0	2.1	5.2	4.8	3.1	7.0	3.9	4.0	2.1	6.4	2.3
8.8	4.5	3.2	3.7	0.4	3.9	2.9	1.9	2.9	3.7	2.7	1.3	2.6	0.1
7.1	4.9	1.6	2.3	0.1	2.1	2.0	0.2	5.5	19.4	6.6	0.8	0.7	-
6.8	5.7	1.2	1.5	0.1	10.7	2.4	3.2	2.0	2.7	4.8	1.2	9.8	7.7
4.0	27.2	14.7	20.4	21.3	9.9	14.8	11.3	17.3	15.4	12.2	13.9	12.4	9.0
5.3	2.4	1.5	3.2	6.3	6.1	2.4	0.8	3.3	6.9	3.7	5.0	9.3	10.1
7.1	6.8	3.4	8.3	13.1	9.9	6.3	7.1	13.5	14.1	16.3	24.1	37.3	39.0
1.8	1.6	1.8	0.4	12.9	4.2	1.5	1.3	1.5	5.8	7.8	17.4	15.8	21.8
0.0	3.6	0.4	5.4	0.0	2.1	2.1	1.1	0.7	5.2	4.7	3.5	11.4	11.5
5.3	1.5	1.2	2.5	0.2	3.6	2.8	4.8	11.3	3.1	3.8	3.3	10.1	5.8
7.4	3.5	6.0	5.7	0.9	5.0	5.3	6.7	2.9	6.1	6.5	6.3	14.8	4.0
6.2	1.7	3.1	4.1	0.8	3.7	3.0	5.0	1.2	5.1	4.3	3.4	7.6	2.6
0.2	0.4	1.7	0.7	0.1	1.0	1.3	0.9	0.6	0.5	1.7	1.2	5.2	1.3
1.1	1.4	1.3	0.8	0.1	0.4	0.9	0.9	1.1	0.6	0.6	1.7	2.1	0.1
9.2	5.9	3.3	11.1	2.9	6.6	9.2	10.3	3.9	2.8	5.7	9.6	0.8	9.6
2.6	6.5	12.8	6.3	26.8	2.0	4.9	2.1	10.7	3.3	5.0	18.7	-	5.8
-	2.2	-	1.4	0.3	12.7	0.1	6.3	7.0	0.7	9.7	0.5	0.0	-
12.2	5.7	9.4	11.9	0.3	8.0	11.6	10.6	8.5	14.0	7.7	7.8	-	1.8
7.5	4.9	8.4	6.9	4.2	3.8	7.1	9.1	5.9	5.3	5.0	5.2	-	-
7.4	6.0	14.8	6.3	2.7	8.6	24.9	5.2	1.8	4.9	4.9	0.5	-	6.2
100.0	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**	**100.0**
6.3	0.6	2.3	1.1	-	3.7	-	3.2	3.4	8.8	3.9	5.6	-	-

Tabelle 20 **Finanzielle Bedingungen der ODA-Zusagen**[a]

Durchschnitt 2007-2008

	Zuschusselement der gesamten ODA Richtsatz: 86%[b]		Zuschusselement der		Zuschusselement der ODA-Kredite	Zuschusselement der ODA an LDC [c]	Zuschusselement der bilateralen ODA an LDC
	1997-1998	2007-2008	bilateralen ODA	gesamten ODA			
Australien	100.0	100.0	99.9	99.9	87.2	100.0	100.0
Belgien	99.5	99.7	97.5	98.5	79.9	99.7	99.7
Dänemark	100.0	100.0	97.1	98.2	-	100.0	100.0
Deutschland	96.0	93.5	73.6	83.8	51.3	100.0	100.0
Finnland	99.8	100.0	94.1	96.1	48.9	99.9	99.9
Frankreich	91.9	91.0	67.7	79.1	55.5	97.0	96.0
Griechenland	100.0	100.0	100.0	100.0	-	100.0	100.0
Irland	100.0	100.0	100.0	100.0	-	100.0	100.0
Italien	98.3	99.0	74.7	93.1	85.5	98.7	97.9
Japan	80.0	85.5	34.5	43.4	74.4	98.7	98.3
Kanada	99.9	100.0	100.0	100.0	-	100.0	100.0
Luxemburg	100.0	100.0	100.0	100.0	-	100.0	100.0
Neuseeland	100.0	100.0	100.0	100.0	-	100.0	100.0
Niederlande	100.0	100.0	100.0	100.0	-	100.0	100.0
Norwegen	99.4	100.0	94.6	95.9	-	100.0	100.0
Österreich	100.0	100.0	99.2	99.6	-	100.0	100.0
Portugal	96.2	81.8	74.5	84.8	66.2	84.7	84.7
Schweden	99.8	99.8	97.4	98.4	30.2	100.0	100.0
Schweiz	100.0	100.0	98.5	98.8	-	100.0	100.0
Spanien	91.4	95.0	78.9	85.5	63.4	96.2	95.8
Vereinigtes Königreich	100.0	100.0	89.2	93.1	-	100.0	100.0
Vereinigte Staaten	99.1	100.0	100.0	100.0	-	100.0	100.0
DAC INSGESAMT	**92.7**	**96.4**	**83.7**	**88.0**	**67.7**	**99.4**	**99.3**

a) Ohne Umschuldungen. Beteiligungen werden als Transaktionen mit 100%igem Zuschusselement, jedoch nicht als Kredite erfasst.

b) Länder mit einem unter dem DAC-Durchschnitt liegenden ODA/BNE-Verhältnis haben nach den vereinbarten Kriterien die Norm für die finanziellen Bedingungen nicht erfüllt. Dies war 2008 bei Griechenland, Italien, Portugal und den Vereinigten Staaten der Fall.

c) Einschl. des rechnerischen multilateralen Zuschusselements. Vgl. Anmerkung a) zu Tabelle 31.

Tabelle 21 **Einhaltung der DAC-Konditionenempfehlung von 1978 durch die DAC-Mitglieder, 2007 und 2008**

	ODA-Zusagen[a] Mio. US-$		Zuschusselement der ODA-Zusagen[a] Richtsatz: 86%[b]		Volumenkriterium: ODA-Zusagen[a] in % des BNE		Zuschusselement der bilateralen ODA-Zusagen[a] an LDC (zwei alternative Richtsätze)		
					Richtsatz 2007: 0.23%	Richtsatz 2008: 0.28%	Jährlich für LDC insgesamt Richtsatz: 90%		Dreijahres-durchschnitt für jedes LDC Richtsatz: 86%
	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2006-2008[d]
Australien	2 160	4 619	100.0	100.0	0.26	0.49	100.0	100.0	e
Belgien	1 996	3 065	99.6	99.7	0.44	0.61	99.6	99.8	e
Dänemark	2 356	2 502	100.0	100.0	0.74	0.73	100.0	100.0	e
Deutschland	11 279	14 764	95.4	92.1	0.34	0.40	100.0	100.0	e
Finnland	1 047	1 325	99.9	100.0	0.42	0.50	99.7	100.0	e
Frankreich	10 136	14 792	92.6	90.0	0.39	0.52	98.3	93.7	e
Griechenland[c]	501	703	100.0	100.0	0.16	0.21	100.0	100.0	e
Irland[c]	1 192	1 328	100.0	100.0	0.55	0.59	100.0	100.0	e
Italien	3 653	4 747	98.9	99.0	0.17	0.21	97.0	98.4	e
Japan	12 280	17 957	86.1	85.1	0.27	0.35	97.3	99.4	e
Kanada	4 627	5 383	100.0	100.0	0.33	0.37	100.0	100.0	e
Luxemburg[c]	376	415	100.0	100.0	0.92	0.97	100.0	100.0	e
Neuseeland	362	445	100.0	100.0	0.30	0.39	100.0	100.0	e
Niederlande	7 001	9 513	100.0	100.0	0.91	1.09	100.0	100.0	e
Norwegen	3 677	4 850	100.0	100.0	0.94	1.08	100.0	100.0	e
Österreich	985	1 102	100.0	100.0	0.27	0.28	100.0	100.0	e
Portugal[c]	476	626	85.7	79.2	0.22	0.27	100.0	80.0	e
Schweden	3 675	4 215	99.5	100.0	0.79	0.87	100.0	100.0	e
Schweiz	1 676	2 028	100.0	100.0	0.38	0.42	100.0	100.0	e
Spanien	5 116	6 552	95.8	94.3	0.37	0.43	98.8	93.3	e
Vereinigtes Königreich[c]	11 549	11 427	100.0	100.0	0.41	0.43	100.0	100.0	e
Vereinigte Staaten	27 535	34 461	100.0	100.0	0.20	0.24	100.0	100.0	e
DAC INSGESAMT	**113 656**	**146 818**	**97.0**	**95.9**	**0.30**	**0.37**	**99.5**	**99.2**	e

a) Ohne Umschuldungen. Beteiligungen werden als Transaktionen mit 100%igem Zuschusselement, jedoch nicht als Kredite erfasst.

b) Länder mit einem deutlich unter dem DAC-Durchschnitt liegenden ODA/BNE-Verhältnis haben nach den vereinbarten Kriterien die Norm für die finanziellen Bedingungen nicht erfüllt. Dies war 2008 bei Griechenland, Italien, Portugal und den Vereinigten Staaten der Fall.

c) Bruttoauszahlungen.

d) e = eingehalten, n = nicht eingehalten.

Tabelle 22 **Sonstige Konditionenparameter für kreditvergebende DAC-Mitglieder, 2008**[a]

Zusagen

		Australien	Belgien	Frank-reich	Deutsch-land	Italien	Japan	Portugal	Spanien	DAC insgesamt
Anteil der Kredite an der gesamten ODA (in %)		0.1	1.6	20.7	12.2	6.2	49.6	22.7	19.9	11.2
Konditionen für bilaterale Kredite	Durchschnitt-liche Laufzeit (Jahre)	40.1	29.8	21.5	20.5	32.2	31.9	32.4	24.8	28.2
	Durchschnitt-liche Freijahre	10.0	10.8	7.8	7.0	17.0	9.1	19.3	9.9	9.2
	Durchschnitt-licher Zinsatz (in %)	0.0	0.0	1.2	2.5	0.0	0.8	2.7	1.8	1.2
	Zuschuss-element (in %)	87.2	83.5	57.2	48.9	86.9	74.1	65.5	63.4	67.1
Konditionen für die bilateralen Kredite mit dem niedrigsten Zuschuss-element	Laufzeit (Jahre)	40.1	29.1	15.1	5.0	13.0	11.0	32.1	10.0	28.6
	Freijahre	10.0	10.1	0.0	2.0	7.1	2.1	23.1	5.0	19.6
	Zinssatz (in %)	0.0	0.0	4.5	1.0	0.3	2.0	3.3	5.0	2.9
	Zuschuss-element (in %)	87.2	82.8	26.0	25.7	60.3	35.4	62.0	25.6	59.9
	Vergünstigungs-grad[b]	81.4	73.6	8.1	10.5	41.7	7.6	39.7	0.8	..
Volumen der Kredite mit weniger als 50% Zuschusselement (US-$ in Mio.)		-	-	855	1 407	-	6	-	197	2 465

a) Ohne Umschuldungen. Beteiligungen werden als Transaktionen mit 100%igem Zuschusselement, jedoch nicht als Kredite erfasst.

b) Berechnet anhand des IWF-Vergünstigungsrechners. Der Vergünstigungsgrad verwendet Abzinsungssätze, die auf der Basis von währungs-spezifischen kommerziellen Referenzzinssätzen (CIRR) berechnet wurden, während das Zuschusselement für ODA-Kredite einen pauschalen Abzinsungssatz von 10% anwendet.

Tabelle 23 **Grad der Lieferbindung der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder, 2008**

Zusagen (ohne Technische Zusammenarbeit und Verwaltungskosten) In Prozent

	Bilaterale ODA				*Nachrichtlich:* Erfassungsquote[b]
	Ungebunden	Teilweise ungebunden	Gebunden	Insgesamt	
Australien	96.7	-	3.3	100.0	100.0
Belgien	91.9	-	8.1	100.0	100.0
Dänemark	98.5	-	1.5	100.0	100.0
Deutschland	98.2	-	1.8	100.0	100.0
Finnland	92.3	-	7.7	100.0	100.0
Frankreich	81.9	-	18.1	100.0	100.0
Griechenland[a]	37.9	0.1	61.9	100.0	100.0
Irland[a]	100.0	-	-	100.0	100.0
Italien	78.0	1.7	20.3	100.0	97.6
Japan	96.5	-	3.5	100.0	100.0
Kanada	90.8	1.3	7.9	100.0	89.5
Luxemburg[a]	100.0	-	-	100.0	100.0
Neuseeland	92.7	0.0	7.3	100.0	100.0
Niederlande	94.5	-	5.5	100.0	100.0
Norwegen	100.0	-	0.0	100.0	100.0
Österreich	82.3	-	17.7	100.0	100.0
Portugal[a]	29.1	59.4	11.5	100.0	100.0
Schweden	99.9	-	0.1	100.0	100.0
Schweiz	97.3	-	2.7	100.0	100.0
Spanien	69.1	1.2	29.7	100.0	97.2
Vereinigtes Königreich[a]	100.0	-	-	100.0	100.0
Vereinigte Staaten	75.0	-	25.0	100.0	100.0
DAC INSGESAMT	**87.3**	**0.2**	**12.5**	**100.0**	**99.6**

a) Bruttoauszahlungen.

b) Bei der „Erfassungsquote“ handelt es sich um den prozentualen Anteil der in den Statistiken über den Grad der Lieferbindung erfassten bilateralen ODA (ohne Technische Zusammenarbeit und Verwaltungskosten).

Tabelle 24 **Grad der Lieferbindung der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder, 2008**

Zusagen (ohne Technische Zusammenarbeit und Verwaltungskosten) Mio. US-$

	Bilaterale ODA				*Nachrichtlich:* Technische Zusammenarbeit
	Ungebunden	Teilweise ungebunden	Gebunden	Insgesamt	
Australien	3 071	-	106	3 178	1 417
Belgien	840	-	74	913	797
Dänemark	1 343	-	20	1 363	73
Deutschland	7 644	-	143	7 787	4 521
Finnland	564	-	47	611	232
Frankreich	5 395	-	1 189	6 583	2 542
Griechenland[a]	37	0	61	98	191
Irland[a]	862	-	-	862	19
Italien	1 630	36	425	2 091	124
Japan	14 539	-	528	15 068	1 956
Kanada	1 920	29	167	2 115	1 151
Luxemburg[a]	250	-	-	250	7
Neuseeland	238	0	19	257	78
Niederlande	4 664	-	273	4 937	1 307
Norwegen	2 972	-	0	2 972	601
Österreich	874	-	188	1 062	207
Portugal[a]	61	124	24	209	155
Schweden	2 292	-	2	2 294	136
Schweiz	1 423	-	39	1 462	109
Spanien	2 295	40	986	3 322	1 068
Vereinigtes Königreich[a]	6 243	-	-	6 243	1 138
Vereinigte Staaten	21 914	-	7 315	29 229	774
DAC INSGESAMT	**81 070**	**229**	**11 605**	**92 904**	**18 604**

a) Bruttoauszahlungen.

Tabelle 25 **Empfangene ODA-Leistungen**[a] **und ausgewählte Indikatoren für Entwicklungsländer und -gebiete**

	Empfangene ODA-Nettoleistungen, Mio. US-$					Pro-Kopf-BNE[e] 2008 US-$	Bevölkerung 2008 Mio.	Jeweiliges BNE 2008 Mio. US-$	ODA/BNE 2008 %
	2004	2005	2006	2007	2008				
AFRIKA									
NÖRDLICH DER SAHARA									
Algerien	315	346	209	390	316	4 260	34.36	171 880	0.18
Ägypten	1 506	994	873	1 107	1 348	1 800	81.53	164 215	0.82
Libyen[c]	-	24	38	19	60	11 590	6.28	101 397	0.06
Marokko	705	691	1 044	1 073	1 217	2 580	31.23	85 236	1.43
Tunesien	352	362	431	321	479	3 290	10.33	35 518	1.35
Nördlich der Sahara, regional	181	166	144	279	270				
Nördlich der Sahara, insgesamt	**3 060**	**2 583**	**2 739**	**3 190**	**3 690**	**-**	**163.73**	**558 246**	**0.66**
SUBSAHARA-AFRIKA									
Angola	1 144	415	164	246	369	3 450	18.02	70 958	0.52
Benin	394	347	374	474	641	690	8.66	6 652	9.63
Botsuana	50	48	69	108	716	6 470	1.90	12 691	5.64
Burkina Faso	641	694	869	951	998	480	15.21	7 932	12.58
Burundi	364	363	410	473	509	140	8.07	1 159	43.89
Kamerun	791	413	1 691	1 908	525	1 150	18.90	23 072	2.27
Kap Verde	143	162	138	165	219	3 130	0.50	1 703	12.83
Zentralafrikanische Republik	110	89	134	177	256	410	4.42	1 948	13.16
Tschad	337	380	282	354	416	530	11.07	6 693	6.22
Komoren	26	23	31	44	37	750	0.64	531	7.01
Kongo, Demokratische Republik	1 826	1 774	2 043	1 241	1 610	150	64.21	10 323	15.59
Kongo, Republik	115	1 425	256	119	505	1 970	3.62	8 367	6.03
Côte d'Ivoire	161	92	247	171	617	980	20.59	22 442	2.75
Dschibuti	64	74	115	112	121	1 130	0.85	951	12.71
Äquatorialguinea	29	38	26	31	38	14 980	0.66	11 868	0.32
Eritrea	265	349	126	157	143	300	5.00	1 641	8.72
Äthiopien	1 809	1 910	1 941	2 563	3 327	280	80.71	26 521	12.55
Gabun	40	60	29	51	55	7 240	1.45	12 191	0.45
Gambia	55	60	73	73	94	390	1.66	736	12.76
Ghana	1 403	1 136	1 175	1 154	1 293	670	23.35	15 875	8.15
Guinea	278	198	155	228	319	..	9.83	4 222	7.56
Guinea-Bissau	76	66	81	122	132	250	1.58	422	31.18
Kenia	658	753	943	1 323	1 360	770	38.53	34 288	3.97
Lesotho	98	67	71	129	143	1 080	2.02	2 043	7.02
Liberia	213	222	260	698	1 250	170	3.79	676	184.99
Madagaskar	1 263	913	748	895	841	410	19.11	8 894	9.46
Malawi	503	573	682	742	913	290	14.28	4 246	21.50
Mali	588	704	824	1 020	964	580	12.71	8 484	11.36
Mauretanien	189	182	199	342	311	..	3.20	..	..
Mauritius	33	34	19	69	110	6 400	1.27	8 941	1.23
Mayotte	208	201	338	407	475	..	0.19	..	..
Mosambik	1 243	1 297	1 601	1 778	1 994	370	21.78	8 721	22.86
Namibia	173	125	152	217	207	4 200	2.11	8 460	2.44
Niger	547	520	518	542	605	330	14.67	5 338	11.34
Nigeria	577	6 409	11 428	1 956	1 290	1 160	151.32	197 319	0.65
Ruanda	490	577	581	722	931	410	9.72	4 420	21.06
São Tomé und Príncipe	34	32	22	36	47	1 020	0.16	179	26.33
Senegal	1 057	684	823	872	1 058	970	12.21	13 104	8.07
Seychellen	10	15	14	9	12	10 290	0.09	765	1.58
Sierra Leone	376	340	338	545	367	320	5.56	1 914	19.17
Somalia	199	237	391	384	758	..	8.95	..	..
Südafrika	629	690	715	810	1 125	5 820	48.69	267 815	0.42
St. Helena	26	23	28	43	66	..	0.01	..	..
Sudan	992	1 823	2 044	2 112	2 384	1 130	41.35	52 386	4.55
Swasiland	25	47	35	51	67	2 520	1.17	2 662	2.53
Tansania	1 767	1 498	1 814	2 820	2 331	440	42.48	19 876	11.73
Togo	64	82	79	121	330	400	6.46	2 806	11.75
Uganda	1 215	1 191	1 539	1 737	1 657	420	31.66	14 218	11.65
Sambia	1 130	1 166	1 419	998	1 086	950	12.62	12 986	8.36
Simbabwe	187	373	278	479	611	..	12.46	..	..
Subsahara-Afrika, regional	1 427	1 300	1 589	1 694	2 763				
Subsahara-Afrika, insgesamt	**26 043**	**32 194**	**39 919**	**34 478**	**38 993**	-	**819.47**	**(929 437)**	**(4.20)**
Afrika, regional	607	730	844	1 454	1 321				
AFRIKA, INSGESAMT	**29 710**	**35 507**	**43 502**	**39 122**	**44 005**	**-**	**983.20**	**(1 487 683)**	**(2.96)**

Tabelle 25 *(Forts.)* **Empfangene ODA-Leistungen**[a]
und ausgewählte Indikatoren für Entwicklungsländer und -gebiete

	Empfangene ODA-Nettoleistungen, Mio. US-$					Pro-Kopf-BNE[e] 2008 US-$	Bevölkerung 2008 Mio.	Jeweiliges BNE 2008 Mio. US-$	ODA/BNE 2008 %
	2004	2005	2006	2007	2008				
AMERIKA									
NORD- UND MITTELAMERIKA									
Anguilla	3	4	4	5	3	..	0.01	..	..
Antigua und Barbuda	2	8	3	7	8	13 620	0.09	1 182	0.70
Barbados	29	-2	-2	18	5	..	0.26	..	..
Belize	8	12	9	22	25	3 820	0.31	1 189	2.12
Costa Rica	13	26	32	58	66	6 060	4.53	29 053	0.23
Kuba	104	88	94	93	127	..	11.25	..	..
Dominica	29	21	20	19	22	4 770	0.07	348	6.29
Dominikanische Republik	85	81	54	123	153	4 390	9.84	43 975	0.35
El Salvador	216	204	163	88	233	3 480	6.13	21 714	1.07
Grenada	16	53	27	23	33	5 710	0.11	602	5.49
Guatemala	217	257	484	454	536	2 680	13.68	38 426	1.39
Haiti	259	444	580	702	912	660	9.78	6 965	13.09
Honduras	658	690	590	464	564	1 800	7.24	13 744	4.11
Jamaika	83	40	37	28	79	4 870	2.69	14 388	0.55
Mexiko	108	180	270	113	149	9 980	106.35	1 068 800	0.01
Montserrat	44	28	32	36	35	..	0.01	..	..
Nicaragua	1 240	763	735	840	741	1 080	5.68	6 432	11.52
Panama	23	27	31	-135	29	6 180	3.39	21 509	0.13
St. Kitts und Nevis	0	3	5	3	46	10 960	0.05	507	9.12
St. Lucia	-21	10	18	19	19	5 530	0.17	938	2.04
St. Vincent und die Grenadinen	11	4	5	66	27	5 140	0.11	569	4.71
Trinidad und Tobago	-2	-2	14	21	12	16 540	1.34	23 124	0.05
Turks- und Caicosinseln[d]	3	5	-0	15	-	..	0.02	..	-
Westindische Assoziierte Staaten, regional	42	59	55	68	91				
Nord- und Mittelamerika, regional	231	282	228	331	395				
Nord- und Mittelamerika, insgesamt	**3 398**	**3 284**	**3 487**	**3 484**	**4 311**	-	**183.11**	**(1 293 463)**	**(0.33)**
SÜDAMERIKA									
Argentinien	91	96	115	101	131	7 200	39.88	321 269	0.04
Bolivien	785	643	843	477	628	1 460	9.68	16 138	3.89
Brasilien	154	243	113	321	460	7 350	191.97	1 576 869	0.03
Chile	58	152	87	121	73	9 400	16.76	155 480	0.05
Kolumbien	515	621	1 005	723	972	4 660	44.53	232 130	0.42
Ecuador	153	226	188	217	231	3 640	13.48	50 965	0.45
Guyana	145	150	173	128	166	1 420	0.76	1 143	14.48
Paraguay	22	51	56	108	134	2 180	6.23	16 347	0.82
Peru	463	450	463	260	466	3 990	28.84	119 480	0.39
Suriname	24	44	64	151	102	4 990	0.52	2 738	3.71
Uruguay	29	14	21	37	33	8 260	3.33	31 695	0.11
Venezuela	45	50	63	78	59	9 230	27.94	314 506	0.02
Südamerika, regional	456	99	107	188	269				
Südamerika, insgesamt	**2 942**	**2 839**	**3 300**	**2 910**	**3 722**	-	**383.92**	**2 838 762**	**0.13**
Amerika, regional	463	582	521	560	1 228				
AMERIKA, INSGESAMT	**6 803**	**6 706**	**7 308**	**6 954**	**9 262**	-	**567.03**	**(4 132 225)**	**(0.22)**

Tabelle 25 *(Forts.)* **Empfangene ODA-Leistungen**[a] **und ausgewählte Indikatoren für Entwicklungsländer und -gebiete**

	Empfangene ODA-Nettoleistungen, Mio. US-$					Pro-Kopf-BNE[e] 2008 US-$	Bevölkerung 2008 Mio.	Jeweiliges BNE 2008 Mio. US-$	ODA/BNE 2008 %
	2004	2005	2006	2007	2008				
ASIEN									
NAHER OSTEN									
Bahrain[b]	57	-	-	-	-	..	0.77	..	-
Iran	190	109	116	102	98	..	71.96	..	..
Irak	4 647	22 046	8 870	9 176	9 870	..	..	..	..
Jordanien	601	667	580	529	742	3 310	5.91	20 966	3.54
Libanon	264	242	706	956	1 076	6 350	4.14	26 939	3.99
Oman	55	-5	35	-31	32	..	2.79	..	..
Palästinensische Autonomiegebiete	1 115	1 116	1 450	1 873	2 593	..	3.84	..	..
Saudi-Arabien[d]	20	25	24	-131	-	..	24.65	..	-
Syrien	105	77	26	83	136	2 090	21.23	54 100	0.25
Jemen	251	289	280	236	305	950	23.05	24 438	1.25
Naher Osten, regional	198	328	2 061	1 465	4 992				
Naher Osten, insgesamt	**7 503**	**24 893**	**14 147**	**14 259**	**19 845**	**-**	**(158.34)**	**(126 442)**	**..**
SÜD- UND ZENTRALASIEN									
Afghanistan	2 170	2 736	2 956	3 965	4 865	..	..	..	..
Armenien	253	170	216	350	303	3 350	3.08	12 388	2.44
Aserbaidschan	176	217	206	225	235	3 830	8.68	40 992	0.57
Bangladesch	1 414	1 320	1 220	1 515	2 061	520	160.00	85 311	2.42
Bhutan	78	90	102	90	87	1 900	0.69	1 393	6.21
Georgien	313	292	356	380	888	2 470	4.36	12 685	7.00
Indien	693	1 725	1 383	1 384	2 108	1 070	1 139.96	1 212 608	0.17
Kasachstan	267	228	170	204	333	6 140	15.67	113 288	0.29
Kirgisistan	261	268	311	275	360	740	5.28	4 331	8.31
Malediven	28	76	38	37	54	3 630	0.31	1 208	4.49
Myanmar	123	145	146	198	534	..	49.19	..	..
Nepal	425	424	511	602	716	400	28.58	12 737	5.62
Pakistan	1 439	1 607	2 140	2 244	1 539	980	166.04	172 034	0.89
Sri Lanka	506	1 155	786	613	730	1 780	20.16	39 800	1.84
Tadschikistan	248	251	241	222	291	600	6.84	5 023	5.79
Turkmenistan	37	30	25	28	18	2 840	5.03	17 074	0.11
Usbekistan	246	170	149	170	187	910	27.31	27 924	0.67
Süd- und Zentralasien, regional	415	485	390	545	651				
Süd- und Zentralasien, insgesamt	**9 094**	**11 388**	**11 344**	**13 046**	**15 959**	**-**	**(1 641.18)**	**(1 758 798)**	**(0.91)**
OSTASIEN									
Kambodscha	485	539	529	675	743	600	14.70	9 166	8.10
China	1 716	1 815	1 248	1 487	1 489	2 770	1 325.64	3 899 506	0.04
Indonesien	127	2 509	1 311	894	1 225	2 010	228.25	496 128	0.25
Korea, Demokratische Volksrepublik	161	88	55	99	218	..	23.86	..	..
Laos	270	302	364	396	496	740	6.21	4 968	9.98
Malaysia	306	26	239	200	158	6 970	26.99	188 386	0.08
Mongolei	258	215	202	239	246	1 680	2.63	5 129	4.80
Philippinen	449	567	565	647	61	1 890	90.35	185 505	0.03
Thailand	47	-169	-218	-312	-621	2 840	67.39	202 608	-0.31
Timor-Leste	161	185	209	278	278	2 460	1.10	2 915	9.52
Vietnam	1 846	1 913	1 845	2 511	2 552	890	86.21	87 984	2.90
Ostasien, regional	175	375	170	197	205				
Ostasien, insgesamt	**6 001**	**8 364**	**6 518**	**7 310**	**7 049**	**-**	**1 873.33**	**(5 082 294)**	**(0.14)**
Asien, regional	283	930	921	992	1 306				
ASIEN, INSGESAMT	**22 881**	**45 575**	**32 930**	**35 607**	**44 159**	**-**	**(3 672.85)**	**(6 967 534)**	**..**

Tabelle 25 *(Forts.)* **Empfangene ODA-Leistungen**[a]
und ausgewählte Indikatoren für Entwicklungsländer und -gebiete

	Empfangene ODA-Nettoleistungen, Mio. US-$					Pro-Kopf-BNE[e] 2008 US-$	Bevölkerung 2008 Mio.	Jeweiliges BNE 2008 Mio. US-$	ODA/BNE 2008 %
	2004	2005	2006	2007	2008				
EUROPA									
Albanien	299	318	320	306	386	3 840	3.14	12 672	3.04
Belarus[c]	-	58	77	84	110	5 380	9.68	59 755	0.18
Bosnien und Herzegowina	684	533	490	453	482	4 510	3.77	18 962	2.54
Kroatien	120	123	204	163	397	13 570	4.43	66 918	0.59
Mazedonien (EJR)	250	227	205	201	221	4 140	2.04	9 431	2.34
Moldau	119	169	230	267	299	1 470	3.63	6 642	4.50
Montenegro	-	-	96	106	106	6 440	0.62	4 510	2.36
Serbien	1 170	1 070	1 577	839	1 047	5 700	7.35	48 705	2.15
Türkei	285	396	566	792	2 024	9 340	73.91	785 502	0.26
Ukraine[c]	-	412	483	420	618	3 210	46.26	178 815	0.35
Ehem. jugoslaw. Teilrepubliken	99	64	142	55	51				
Europa, regional	577	674	646	502	830				
EUROPA, INSGESAMT	**3 603**	**4 044**	**5 035**	**4 187**	**6 570**	**-**	**154.83**	**1 191 912**	**0.55**
OZEANIEN									
Cookinseln	9	8	32	9	6	..	0.01	..	..
Fidschi	66	66	56	51	45	3 930	0.84	3 433	1.32
Kiribati	17	28	27	27	27	2 000	0.10	193	13.94
Marshallinseln	51	57	55	52	53	3 270	0.06	195	27.26
Mikronesien, Föderierte Staaten	86	107	109	115	94	2 340	0.11	262	35.88
Nauru	14	9	17	26	31	..	0.01	..	..
Niue	14	21	9	15	18	..	..	..	..
Palau	20	24	37	22	43	8 650	0.02	184	23.37
Papua-Neuguinea	268	267	279	324	304	1 010	6.45	7 385	4.12
Samoa	31	44	47	37	39	2 780	0.18	507	7.78
Salomonen	121	198	205	246	224	1 180	0.51	639	35.08
Tokelau	8	16	11	13	21	..	..	..	..
Tonga	19	32	21	31	26	2 560	0.10	268	9.61
Tuvalu	8	9	15	12	17	..	0.01	..	..
Vanuatu	39	39	49	57	92	2 330	0.23	567	16.16
Wallis und Futuna	73	72	102	117	131	..	0.02	..	..
Ozeanien, regional	94	164	128	155	364				
OZEANIEN, INSGESAMT	**939**	**1 161**	**1 199**	**1 309**	**1 535**	**-**	**(8.65)**	**(13 634)**	**..**
Entwicklungsländer, unaufgeschlüsselt	15 464	14 983	16 174	19 924	23 077				
Entwicklungsländer, insgesamt.	**79 399**	**107 975**	**106 149**	**107 102**	**128 608**	**-**	**(5 386.56)**	**(13 792 988)**	**..**
Nach Einkommensgruppe[f]									
LDC	25 266	25 757	28 053	32 815	38 427	-	(787.96)	(463 851)	..
Sonstige LIC	7 456	13 326	19 090	10 927	10 622	-	(568.24)	(574 606)	..
LMIC	21 563	43 269	28 883	28 977	32 226	-	(3 387.44)	(7 488 344)	..
UMIC	4 421	4 438	6 122	6 143	9 571	-	(617.48)	(5 266 186)	..
Teil I der DAC-Liste, unaufgeschlüsselt	20 612	21 154	23 978	28 356	37 762				
MADCT	81	30	23	-116	-	-	(25.44)	..	-

a) Die empfangenen ODA-Leistungen sind die gesamten ODA-Nettoleistungen der DAC-Mitglieder, der multilateralen Stellen und der Nicht-DAC-Mitglieder (siehe Liste der Nicht-DAC-Mitglieder, für die Daten verfügbar sind, Tabelle 33).

b) Dieses Land befindet sich seit dem 1. Januar 2005 nicht mehr auf der Liste der DAC-Empfängerländer.

c) Diese Länder kamen am 1. Januar 2005 auf die Liste der DAC-Empfängerländer.

d) Diese Länder befinden sich seit 1. Januar 2008 nicht mehr auf der Liste der DAC-Empfängerländer.

e) Auf der Basis des Weltbank-Atlas.

Definitionen der Ländergruppen:

f) Die *am wenigsten entwickelten Länder* (LDC) sind die 49 in der VN-Liste aufgeführten Staaten. Wegen Einzelheiten über andere Einkommensgruppen vgl. die DAC-Liste der ODA-Empfängerländer am Ende dieses Berichts. Zu den *fortgeschritteneren Entwicklungsländern und -gebieten* (MADCT) gehören auch Länder, die 2005 und 2008 aus der Liste der DAC-ODA-Empfänger herausgefallen sind (siehe Anmerkung b) und d).

Quelle: Weltbank, Schätzungen des OECD-Sekretariats. Die Summen und Durchschnittswerte der Gruppen wurden ausschließlich auf der Basis der verfügbaren Daten errechnet.

Tabelle 26 **Aufschlüsselung der ODA-Leistungen nach Einkommensgruppen**[a]

Nettoauszahlungen in % der gesamten ODA

	ODA an LDC		ODA an sonstige LIC		ODA an LMIC		ODA an UMIC	
	1997-1998	2007-2008	1997-1998	2007-2008	1997-1998	2007-2008	1997-1998	2007-2008
Australien	22.7	33.9	40.5	22.4	32.7	40.8	4.1	3.0
Belgien	50.1	53.9	13.8	9.3	28.6	28.5	7.5	8.3
Dänemark	50.1	53.8	15.6	20.5	27.1	21.1	7.2	4.6
Deutschland	31.1	31.3	9.1	9.0	52.2	48.4	7.6	11.4
Finnland	42.4	52.4	13.0	12.8	40.0	25.2	4.6	9.6
Frankreich	37.7	35.1	10.0	8.8	42.2	37.2	10.2	19.0
Griechenland	10.8	29.3	4.0	6.8	72.4	42.9	12.8	21.0
Irland	70.6	67.3	8.5	11.7	13.9	14.2	7.0	6.8
Italien	53.6	39.0	12.0	7.8	29.2	41.2	5.2	12.0
Japan	21.0	39.6	16.1	19.3	57.6	32.5	5.3	8.7
Kanada	41.2	55.9	16.0	13.7	37.1	25.9	5.6	4.6
Luxemburg	30.2	48.2	7.2	10.6	52.0	33.1	10.6	8.0
Neuseeland	35.2	42.2	15.4	15.7	34.5	35.2	14.9	6.9
Niederlande	43.7	52.9	11.7	16.4	34.6	22.8	9.9	7.9
Norwegen	51.2	58.4	8.8	9.5	32.1	25.6	7.8	6.5
Österreich	28.2	17.4	9.3	15.6	49.4	58.3	13.2	8.7
Portugal	80.6	45.9	1.9	4.4	15.7	37.2	1.8	12.5
Schweden	44.3	52.2	13.4	12.4	33.6	28.2	8.7	7.2
Schweiz	46.0	44.6	13.3	14.5	35.2	32.3	5.5	8.5
Spanien	21.0	31.3	10.4	7.8	61.0	49.9	7.6	11.0
Vereinigtes Königreich	40.1	51.5	14.7	16.7	35.6	25.5	9.6	6.2
Vereinigte Staaten	30.9	40.5	9.4	11.8	55.4	41.4	4.2	6.3
DAC INSGESAMT	**33.9**	**41.7**	**13.0**	**12.5**	**46.2**	**36.7**	**7.0**	**9.1**
davon:								
DAC-EU-Mitglieder	39.3	41.0	11.3	11.5	40.7	36.6	8.6	10.9

a) Einschließlich der rechnerisch ermittelten ODA-Leistungen, die über multilaterale Stellen geleitet werden. Ohne MADCT und nicht nach Ländern aufgeschlüsselte Beträge.

Tabelle 27 **Geografische Aufschlüsselung der von den einzelnen DAC-Gebern und den multilateralen Stellen gewährten ODA**[a]

In % der gesamten Bruttoauszahlungen

	Subsahara-Afrika			Süd- und Zentralasien			Sonstige asiatische Länder und Ozeanien		
	1997-1998	2002-2003	2007-2008	1997-1998	2002-2003	2007-2008	1997-1998	2002-2003	2007-2008
Australien	6.2	4.3	3.3	6.9	7.5	11.3	84.3	81.7	69.0
Belgien	63.6	80.1	65.1	1.8	1.9	3.7	9.6	3.9	6.5
Dänemark	55.5	50.6	59.1	16.4	16.7	13.5	12.3	13.9	9.5
Deutschland	25.2	34.5	27.9	12.3	12.5	12.1	24.5	14.4	12.9
Finnland	41.8	44.7	50.1	11.7	14.4	16.0	22.4	12.4	12.5
Frankreich	51.3	59.1	46.4	2.1	7.2	3.9	21.4	9.0	11.9
Griechenland	3.9	1.4	9.9	11.1	10.1	14.3	0.5	0.3	3.6
Irland	86.6	84.4	80.1	2.9	4.4	5.6	2.7	2.3	7.1
Italien	54.6	68.2	20.7	0.9	3.9	6.9	3.7	4.0	5.4
Japan	10.2	7.4	14.3	21.7	23.9	20.7	51.4	52.4	39.1
Kanada	34.0	41.5	42.0	18.5	15.9	21.5	16.7	11.4	10.0
Luxemburg	48.8	44.6	52.9	7.3	5.9	4.9	11.3	14.4	14.8
Neuseeland	5.0	9.1	5.5	3.2	6.0	6.8	89.6	75.8	83.8
Niederlande	36.2	48.5	59.5	15.3	16.1	11.8	5.6	10.6	9.0
Norwegen	51.7	45.8	49.0	12.8	16.8	18.9	7.5	5.2	8.0
Österreich	28.3	34.4	24.6	5.5	10.2	4.6	8.8	3.5	2.8
Portugal	98.3	60.2	48.2	0.1	0.5	4.1	0.4	34.1	14.6
Schweden	48.5	50.8	53.1	10.6	11.8	11.3	12.9	9.4	8.7
Schweiz	40.1	35.0	33.8	21.1	21.7	19.7	9.1	8.3	7.5
Spanien	24.5	16.1	23.1	2.1	3.9	3.8	10.2	9.9	7.4
Vereinigtes Königreich	43.3	43.4	48.3	21.6	29.2	30.9	8.6	5.6	8.5
Vereinigte Staaten	20.6	31.2	32.7	10.9	17.5	20.4	11.1	6.9	5.5
DAC INSGESAMT	**29.5**	**34.5**	**33.7**	**13.4**	**16.2**	**15.9**	**27.1**	**18.8**	**15.3**
davon:									
DAC-EU-Mitglieder	41.8	48.4	41.0	9.2	12.3	11.7	16.2	9.7	9.9
Europäische Kommission	40.4	44.0	40.3	8.1	9.3	9.1	6.1	5.1	4.6
Internat. Finanzinstitutionen[b]	37.4	45.1	42.6	30.7	31.3	27.8	15.4	11.4	10.5
Multilaterale Treuhandfonds[c]	-	26.9	55.5	6.9	10.3	14.6	70.1	29.7	15.6
VN-Sonderorganisationen[d]	37.3	41.6	39.7	17.1	15.9	13.5	13.4	8.5	9.2
GESAMTSUMME	**32.3**	**37.4**	**36.6**	**16.2**	**18.3**	**16.9**	**22.3**	**16.0**	**13.2**

a) Ohne regional nicht aufgeschlüsselte Beträge.

b) Umfasst IDA, Fazilitäten der Regionalbanken für „weiche" Kredite, IWF (PRGF).

c) Umfasst GEF, GFATM und Montrealer Protokoll.

d) Umfasst IAEA, IFAD, UNAIDS, UNDP, UNECE, UNFPA, UNHCR, UNICEF, UNRWA, UNTA und WEP.

Tabelle 27 *(Forts.)* **Geografische Aufschlüsselung der von den einzelnen DAC-Gebern und den multilateralen Stellen gewährten ODA**[a]

In % der gesamten Bruttoauszahlungen

	Naher Osten und Nordafrika			Europa			Lateinamerika und Karibik		
	1997-1998	2002-2003	2007-2008	1997-1998	2002-2003	2007-2008	1997-1998	2002-2003	2007-2008
Australien	2.4	4.0	16.2	0.1	2.3	0.1	0.1	0.1	0.1
Belgien	7.0	3.3	13.0	1.7	3.4	0.7	16.4	7.4	11.1
Dänemark	5.3	4.4	8.8	0.9	4.0	2.0	9.6	10.5	7.1
Deutschland	16.6	10.7	32.9	7.3	13.1	6.8	14.2	14.7	7.4
Finnland	7.2	8.0	5.6	8.3	8.9	5.2	8.6	11.6	10.5
Frankreich	18.1	14.6	27.5	1.0	5.0	5.1	6.0	5.0	5.2
Griechenland	15.4	8.6	15.8	68.2	79.4	54.0	0.8	0.2	2.4
Irland	2.0	3.6	2.4	2.7	1.4	1.0	3.1	3.9	3.8
Italien	11.2	11.9	53.1	9.5	5.3	4.7	20.0	6.6	9.1
Japan	6.0	4.9	16.4	1.4	2.0	3.5	9.3	9.4	6.0
Kanada	5.4	6.6	8.7	2.7	8.6	2.6	22.8	16.0	15.2
Luxemburg	10.3	9.5	4.2	3.7	8.4	6.6	18.7	17.2	16.5
Neuseeland	0.1	6.7	1.7	0.1	0.0	-	1.9	2.4	2.1
Niederlande	8.7	6.1	6.0	7.4	7.0	4.0	26.9	11.6	9.8
Norwegen	8.8	11.2	8.7	8.9	14.4	6.2	10.4	6.5	9.1
Österreich	17.0	11.9	53.2	31.2	34.2	12.6	9.3	5.8	2.3
Portugal	0.3	2.8	20.1	0.4	1.7	11.7	0.6	0.8	1.3
Schweden	7.3	5.3	6.9	8.1	10.1	9.4	12.5	12.7	10.7
Schweiz	6.1	4.8	10.9	6.4	15.4	15.1	17.1	14.7	13.0
Spanien	17.2	13.5	17.1	2.1	10.2	5.3	43.8	46.3	43.4
Vereinigtes Königreich	3.8	5.1	9.0	3.1	9.4	1.1	19.6	7.3	2.2
Vereinigte Staaten	26.9	22.0	29.0	10.2	7.5	2.4	20.2	14.9	9.9
DAC INSGESAMT	**12.1**	**11.7**	**21.9**	**4.5**	**7.2**	**4.2**	**13.6**	**11.6**	**9.0**
davon:									
DAC-EU-Mitglieder	13.1	9.7	22.4	4.9	8.9	5.3	14.7	11.0	9.6
Europäische Kommission	21.1	15.9	17.6	11.7	17.5	19.5	12.7	8.3	8.9
Internat. Finanzinstitutionen[b]	3.0	1.2	0.9	2.3	2.4	1.3	11.1	8.4	16.9
Multilaterale Treuhandfonds[c]	1.9	3.6	3.2	5.2	12.1	2.5	15.8	17.5	8.7
VN-Sonderorganisationen[d]	20.3	22.7	26.9	1.4	4.5	3.9	10.6	6.8	6.8
GESAMTSUMME	**11.6**	**10.5**	**17.8**	**4.6**	**7.1**	**5.4**	**12.9**	**10.6**	**10.1**

Tabelle 28 **Geografische Aufschlüsselung der ODA-Leistungen nach DAC-Gebern**[a]

In % der gesamten Nettoauszahlungen

	Subsahara-Afrika			Süd- und Zentralasien			Sonstige asiatische Länder und Ozeanien		
	1997-1998	2002-2003	2007-2008	1997-1998	2002-2003	2007-2008	1997-1998	2002-2003	2007-2008
Australien	11.8	9.9	7.8	10.6	10.4	14.3	73.1	71.0	62.1
Belgien	61.5	72.8	58.0	4.2	4.1	9.0	9.0	4.1	5.8
Dänemark	52.1	52.8	56.2	17.0	12.7	15.1	11.6	11.1	8.5
Deutschland	34.3	44.1	35.5	10.9	12.1	13.4	21.8	8.9	8.8
Finnland	41.4	45.5	49.2	15.3	16.1	15.0	17.8	9.8	10.3
Frankreich	47.3	58.1	48.5	3.9	4.8	7.3	22.5	8.2	8.9
Griechenland	13.4	17.5	27.5	10.7	10.3	13.5	3.0	2.4	5.4
Irland	76.5	73.4	69.0	6.0	7.1	9.4	4.5	3.5	7.9
Italien	52.0	62.8	36.7	11.1	7.3	12.0	7.2	1.4	5.2
Japan	18.2	17.7	33.9	22.9	28.2	22.4	39.1	38.4	13.2
Kanada	39.6	48.8	44.3	19.8	5.8	22.2	16.3	12.2	9.9
Luxemburg	46.1	43.4	48.9	8.9	7.5	9.2	11.3	13.0	13.7
Neuseeland	10.1	13.6	11.1	6.5	8.4	10.3	78.2	66.7	72.0
Niederlande	39.5	49.4	56.2	15.2	15.2	13.7	4.9	10.2	7.2
Norwegen	49.6	46.9	50.5	14.9	18.0	18.7	8.8	6.2	8.7
Österreich	32.7	39.7	28.4	9.7	8.9	7.8	9.6	5.2	4.3
Portugal	91.8	51.2	46.3	1.9	8.9	8.0	1.5	24.9	11.8
Schweden	46.2	50.8	51.9	14.6	14.8	13.8	13.0	8.7	8.9
Schweiz	43.5	39.2	40.1	21.3	21.8	20.7	10.2	8.5	8.3
Spanien	28.5	26.3	31.6	4.7	6.2	8.5	11.6	6.4	6.7
Vereinigtes Königreich	44.1	43.8	49.4	22.9	24.3	25.9	10.5	5.6	8.6
Vereinigte Staaten	31.4	35.9	36.4	12.8	14.4	20.6	9.9	7.4	5.9
DAC INSGESAMT	**35.2**	**41.0**	**41.0**	**14.7**	**15.1**	**16.3**	**21.3**	**13.3**	**9.7**
davon:									
DAC-EU-Mitglieder	43.4	50.1	44.5	11.2	11.9	13.5	15.1	7.6	8.0

a) Einschl. der rechnerisch ermittelten multilateralen Leistungen, d.h. unter Berücksichtigung der über multilaterale Stellen geleisteten Beiträge, die anhand der geografischen Verteilung der Auszahlungen dieser Stellen in den Referenzjahren ermittelt wurden, ohne regional nicht aufgeschlüsselte Beträge.

Tabelle 28 *(Forts.)* **Geografische Aufschlüsselung der ODA-Leistungen nach DAC-Gebern**[a]

In % der gesamten Nettoauszahlungen

	Naher Osten und Nordafrika			Europa			Lateinamerika und Karibik		
	1997-1998	2002-2003	2007-2008	1997-1998	2002-2003	2007-2008	1997-1998	2002-2003	2007-2008
Australien	2.8	4.5	14.7	-0.1	2.6	0.4	1.9	1.6	0.7
Belgien	8.3	5.5	12.3	1.8	5.8	5.5	15.2	7.8	9.4
Dänemark	7.7	7.1	8.5	1.1	5.7	4.3	10.4	10.5	7.4
Deutschland	15.4	10.6	27.3	3.7	12.8	7.6	13.9	11.6	7.3
Finnland	9.7	9.5	8.5	5.9	9.1	7.8	10.0	10.0	9.2
Frankreich	19.2	14.7	20.7	1.7	8.5	8.5	5.3	5.8	6.0
Griechenland	17.2	11.3	15.2	45.1	54.4	33.0	10.6	4.2	5.4
Irland	4.8	6.1	5.0	3.0	4.2	3.9	5.2	5.7	5.0
Italien	10.1	11.9	29.2	7.3	9.4	9.4	12.2	7.1	7.4
Japan	7.6	4.6	20.8	1.2	1.9	4.4	10.9	9.3	5.4
Kanada	6.0	7.3	7.1	2.3	8.3	2.4	16.0	17.6	14.1
Luxemburg	12.0	10.7	6.7	3.7	9.2	7.4	17.9	16.2	14.1
Neuseeland	1.5	7.0	2.8	0.5	0.6	0.7	3.3	3.7	3.0
Niederlande	9.6	7.3	7.8	6.9	7.6	6.1	23.9	10.3	9.1
Norwegen	9.9	10.7	8.5	6.6	11.1	5.4	10.3	7.2	8.2
Österreich	15.8	12.4	43.0	21.7	26.9	12.7	10.6	7.0	3.7
Portugal	1.9	6.1	17.4	1.1	5.7	12.7	1.9	3.2	3.7
Schweden	8.8	6.8	8.2	6.0	8.2	8.5	11.3	10.7	8.7
Schweiz	6.7	5.6	9.6	4.7	12.3	10.9	13.6	12.6	10.4
Spanien	17.2	12.8	15.3	3.3	12.8	8.1	34.7	35.6	29.8
Vereinigtes Königreich	5.5	8.2	10.5	3.5	10.3	5.5	13.5	7.7	0.0
Vereinigte Staaten	23.0	21.4	25.7	7.2	7.7	2.5	15.6	13.2	8.9
DAC INSGESAMT	**12.3**	**11.8**	**19.1**	**3.8**	**8.3**	**5.9**	**12.6**	**10.6**	**8.0**
davon:									
DAC-EU-Mitglieder	12.9	10.3	18.3	4.3	10.2	7.7	13.0	9.9	8.0

Tabelle 29 **ODA-Nettoauszahlungen an die Subsahara-Länder nach Gebern**

	Mio. US-$, zu Preisen und Wechselkursen von 2007						
	Durchschnitt 1992-1993	Durchschnitt 1997-1998	2004	2005	2007	2008	2009
BILATERALE DAC-LEISTUNGEN							
Australien	101	71	64	64	56	66	63
Belgien	344	348	612	658	905	631	549
Dänemark	512	606	590	641	788	827	773
Deutschland	1 687	1 276	1 368	2 706	3 537	1 962	2 094
Finnland	187	94	144	156	186	203	207
Frankreich	4 428	2 667	3 500	4 519	4 776	2 814	2 431
Griechenland	..	3	10	11	14	17	23
Irland	42	150	342	355	430	499	564
Italien	946	551	362	1 001	1 175	243	313
Japan	829	833	576	1 043	2 470	1 686	1 136
Kanada	564	437	749	793	908	785	1 203
Luxemburg	20	52	96	102	111	118	118
Neuseeland	2	7	17	20	12	10	14
Niederlande	915	934	1 346	1 514	1 423	1 603	1 341
Norwegen	715	746	744	787	788	847	865
Österreich	98	100	146	144	587	390	118
Portugal	342	262	961	143	139	125	139
Schweden	725	493	706	851	927	926	903
Schweiz	274	222	263	321	312	298	231
Spanien	160	303	222	663	311	477	670
Vereinigtes Königreich	1 036	1 098	2 689	4 382	6 038	2 355	2 524
Vereinigte Staaten	1 778	943	3 835	4 309	5 754	4 568	6 553
DAC INSGESAMT	**15 708**	**12 196**	**19 342**	**25 184**	**31 647**	**21 450**	**22 832**
MULTILATERALE LEISTUNGEN[a]							
AfDF	884	746	1 015	937	1 660	1 208	1 536
Europäische Kommission	2 954	2 519	3 414	3 676	3 766	4 156	4 516
GAVI	-	-	-	-	-	303	376
GFATM	-	-	398	735	846	1 007	1 293
IDA	2 818	2 811	4 325	3 936	3 487	4 179	3 894
IFAD	50	65	122	124	128	190	184
UNDP	359	366	212	217	248	223	273
UNHCR	418	191	193	57	24	50	60
UNICEF	404	213	227	271	318	443	446
UNTA	93	99	117	141	82	107	33
WEP	1 261	138	171	379	236	134	173
Sonstige VN-Stellen	46	95	91	104	125	155	168
Arabische Stellen	7	-6	218	170	254	294	273
Sonstige multilaterale Leistungen	328	213	36	28	238	257	671
MULTILAT. LEISTUNGEN INSG.	**9 622**	**7 449**	**10 539**	**10 775**	**11 413**	**12 708**	**13 897**
Sonstige Geberländer[b]	104	134	129	182	350	320	406
GESAMTSUMME	**25 434**	**19 779**	**30 010**	**36 141**	**43 410**	**34 478**	**37 134**

a) Die Daten für die VN-Sonderorganisationen wurden in der Weise revidiert, dass sie nur noch die Ausgaben aus dem Kernhaushalt erfassen. Bei den UNDP-Daten wurden dementsprechend ab 1990 Revisionen vorgenommen, wohingegen die WEP- und UNHCR-Daten erst ab 1996 revidiert werden konnten. Für die UNICEF gelten ab 1997 revidierte Daten. Seit 2000 arbeitet das UNHCR mit einem jährlichen Programmbudget, bei dem die länderspezifischen Aktivitäten, die globalen Aktivitäten und die Verwaltungskosten in einem einheitlichen Budget zusammengefasst sind. Jedoch decken die Datenangaben für den UNHCR von 2004 nur Angaben aus nicht limitierten oder weitgehend zweckgebundenen Fonds ab. Die UNFPA-Daten vor 2004 umfassen Ausgaben aus dem Kernhaushalt und sonstige Ausgaben.

b) Siehe Liste der Nicht-DAC-Mitglieder, für die Daten verfügbar sind (Tabelle 33).

Tabelle 29 *(Forts.)* **ODA-Nettoauszahlungen an die Subsahara-Länder nach Gebern**

	In Prozent der ODA-Leistungen						
	Durchschnitt 1992-1993	Durchschnitt 1997-1998	2004	2005	2006	2007	2008
BILATERALE DAC-LEISTUNGEN							
Australien	8.1	5.5	4.2	3.7	2.7	2.9	2.5
Belgien	46.3	48.8	57.3	43.6	59.7	51.0	42.9
Dänemark	44.4	39.9	41.7	41.3	48.5	50.1	46.0
Deutschland	26.5	27.1	31.5	32.2	45.3	24.7	24.7
Finnland	38.8	32.8	31.1	22.8	36.5	34.8	32.5
Frankreich	49.4	41.2	53.2	54.0	54.0	45.0	40.6
Griechenland	..	3.9	5.0	4.7	6.7	6.8	8.0
Irland	66.4	73.6	70.7	63.8	61.5	60.6	63.3
Italien	29.3	62.8	44.0	38.5	52.7	19.1	18.6
Japan	11.3	11.5	10.9	10.9	34.7	29.2	18.8
Kanada	21.7	20.9	28.5	23.5	32.9	24.9	37.0
Luxemburg	47.1	45.2	46.0	46.2	48.8	46.5	45.2
Neuseeland	1.7	4.5	8.7	8.1	4.9	4.2	5.1
Niederlande	31.8	28.2	43.2	36.1	30.0	34.5	27.7
Norwegen	48.8	40.2	35.2	32.0	32.6	29.4	31.1
Österreich	101.4	25.3	35.4	10.2	48.2	29.4	10.3
Portugal	99.6	95.1	92.1	56.2	58.8	46.2	40.0
Schweden	37.3	33.0	29.7	32.7	29.0	31.6	30.1
Schweiz	30.9	28.0	20.7	21.3	23.4	23.6	16.8
Spanien	10.0	21.9	12.9	30.1	13.2	14.3	15.2
Vereinigtes Königreich	36.6	35.1	42.6	46.2	61.8	42.0	32.0
Vereinigte Staaten	17.1	13.8	21.6	15.9	26.5	24.2	28.1
DAC INSGESAMT	**28.6**	**27.0**	**31.5**	**27.9**	**38.2**	**29.4**	**27.7**
MULTILATERALE LEISTUNGEN[a]							
AfDF	96.0	94.9	97.6	99.9	99.7	99.9	99.3
Europäische Kommission	49.3	33.6	36.1	36.9	34.8	36.7	33.8
GAVI	-	-	-	-	-	32.9	53.7
GFATM	-	-	60.2	66.3	62.6	61.9	62.7
IDA	44.9	41.4	52.5	54.1	53.8	56.0	61.2
IFAD	46.1	39.2	65.4	56.8	52.3	59.0	55.7
UNDP	35.9	42.6	50.0	49.4	52.6	50.8	57.8
UNHCR	26.9	57.0	49.2	23.2	12.2	19.3	22.8
UNICEF	38.8	31.6	30.9	34.6	39.9	45.2	47.6
UNTA	23.9	20.4	23.8	22.0	20.5	23.3	5.3
WEP	60.9	37.4	59.9	62.1	46.1	57.8	57.6
Sonstige VN-Stellen	26.2	32.6	41.2	29.2	24.8	32.2	31.6
Arabische Stellen	2.2	18.5	68.4	61.1	53.4	64.8	64.1
Sonstige multilaterale Leistungen	53.0	47.5	4.2	6.7	21.8	24.2	58.2
MULTILAT. LEISTUNGEN INSG.	**47.0**	**39.9**	**45.2**	**46.3**	**45.6**	**46.7**	**47.8**
Sonstige Geberländer[b]	6.4	12.3	3.4	5.4	7.2	6.8	5.1
GESAMTSUMME	**33.1**	**30.5**	**33.9**	**30.9**	**38.5**	**32.9**	**31.1**

Tabelle 30 **ODA-Nettoauszahlungen an die Subsahara-Länder nach Empfängern**

Mio. US-$, zu Preisen und Wechselkursen von 2007

	Durchschnitt 1992-1993	Durchschnitt 1997-1998	2005	2006	2007	2008
Angola	456	507	462	178	246	352
Benin	395	288	387	409	474	600
Botsuana	180	156	54	74	108	680
Burkina Faso	637	543	778	951	951	936
Burundi	364	91	408	446	473	479
Kamerun	898	706	464	1 871	1 908	492
Kap Verde	162	172	184	153	165	205
Zentralafrikanische Republik	238	142	100	145	177	242
Tschad	321	274	424	306	354	391
Komoren	66	43	26	34	44	35
Kongo, Demokratische Republik	310	204	1 914	2 190	1 241	1 543
Kongo, Republik	166	240	1 644	283	119	469
Côte d'Ivoire	1 071	989	107	272	171	583
Dschibuti	174	112	82	126	112	113
Äquatorialguinea	82	36	44	29	31	35
Eritrea	54	201	383	137	157	135
Äthiopien	1 564	872	2 111	2 102	2 563	3 196
Gabun	122	60	67	33	51	51
Gambia	133	54	66	78	73	90
Ghana	844	790	1 269	1 277	1 154	1 237
Guinea	584	505	219	166	228	300
Guinea-Bissau	140	152	75	90	122	123
Kenia	1 195	585	833	1 007	1 323	1 308
Lesotho	207	108	75	77	129	136
Liberia	166	105	247	279	698	1 189
Madagaskar	493	924	1 024	812	895	794
Malawi	739	533	645	745	742	882
Mali	563	535	790	898	1 020	907
Mauretanien	357	273	202	217	342	291
Mauritius	51	58	35	21	69	102
Mayotte	114	151	233	377	407	441
Mosambik	1 922	1 431	1 467	1 742	1 778	1 907
Namibia	210	249	140	163	217	197
Niger	482	433	581	566	542	569
Nigeria	387	276	7 332	12 444	1 956	1 234
Ruanda	487	417	648	632	722	893
São Tomé und Príncipe	73	45	37	24	36	44
Senegal	794	642	769	900	872	998
Seychellen	27	29	16	15	9	11
Sierra Leone	245	158	383	366	545	358
Somalia	1 094	120	269	426	384	727
Südafrika	206	712	777	781	810	1 083
St. Helena	27	23	26	31	43	69
Sudan	685	257	2 030	2 202	2 112	2 289
Swasiland	78	41	46	37	51	64
Tansania	1 623	1 374	1 686	1 982	2 820	2 233
Togo	219	167	94	87	121	310
Uganda	940	1 045	1 327	1 675	1 737	1 575
Sambia	1 322	680	1 294	1 542	998	1 035
Simbabwe	904	417	418	305	479	594
Subsahara-Afrika, unaufgeschlüsselt	862	852	1 448	1 705	1 694	2 609
GESAMTSUMME	**25 434**	**19 779**	**36 141**	**43 410**	**34 478**	**37 134**

Tabelle 31 **EZ-Leistungen der DAC-Mitglieder an die am wenigsten entwickelten Länder**[a]

Nettoauszahlungen

	1997-1998			2007			2008		
	Mio. US-$	In % der Gesamt-leistungen des Gebers	In % des BNE des Gebers	Mio. US-$	In % der Gesamt-leistungen des Gebers	In % des BNE des Gebers	Mio. US-$	In % der Gesamt-leistungen des Gebers	In % des BNE des Gebers
Australien	177	18	0.05	687	26	0.08	765	26	0.08
Belgien	236	29	0.09	773	40	0.17	930	39	0.19
Dänemark	529	32	0.31	1 075	42	0.34	1 097	39	0.32
Deutschland	1 188	21	0.06	3 019	25	0.09	3 628	26	0.10
Finnland	99	26	0.08	365	37	0.15	400	34	0.15
Frankreich	1 340	22	0.09	2 958	30	0.11	3 056	28	0.11
Griechenland	8	5	0.01	110	22	0.04	144	21	0.04
Irland	90	47	0.14	606	51	0.28	674	51	0.30
Italien	585	33	0.05	1 296	33	0.06	1 587	33	0.07
Japan	1 707	17	0.04	2 521	33	0.06	2 498	26	0.05
Kanada	420	22	0.07	1 562	38	0.11	1 859	39	0.13
Luxemburg	24	23	0.14	146	39	0.36	162	39	0.38
Neuseeland	32	22	0.06	84	26	0.07	101	29	0.09
Niederlande	810	27	0.22	1 805	29	0.23	2 028	29	0.23
Norwegen	509	39	0.33	1 322	35	0.34	1 496	38	0.33
Österreich	113	24	0.05	253	14	0.07	280	16	0.07
Portugal	137	54	0.13	206	44	0.10	225	36	0.10
Schweden	481	29	0.22	1 357	31	0.29	1 543	33	0.32
Schweiz	285	31	0.10	488	29	0.11	498	24	0.10
Spanien	165	13	0.03	1 118	22	0.08	1 462	21	0.10
Vereinigtes Königreich	923	25	0.07	4 011	41	0.14	4 199	37	0.16
Vereinigte Staaten	1 353	17	0.02	6 113	28	0.04	8 270	31	0.06
DAC INSGESAMT	**11 211**	**22**	**0.05**	**31 874**	**31**	**0.09**	**36 904**	**30**	**0.09**
davon:									
DAC-EU-Länder	6 728	25	0.08	19 098	31	0.12	21 417	30	0.13

a) Einschl. der rechnerisch ermittelten multilateralen Leistungen, d.h. unter Berücksichtigung der über multilaterale Stellen geleisteten Beiträge, die anhand der geografischen Verteilung der Auszahlungen dieser Stellen in den Referenzjahren ermittelt wurden.

Tabelle 32 **Hauptempfänger der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder**

Bruttoauszahlungen — **Australien** — In Prozent der gesamten ODA

1987-1988		1997-1998		2007-2008	
Papua-Neuguinea	26.5	Papua-Neuguinea	23.5	Indonesien	11.7
Indonesien	6.9	Indonesien	7.5	Papua-Neuguinea	10.7
Malaysia	4.4	Philippinen	4.3	Irak	10.1
Philippinen	2.7	Vietnam	4.0	Salomonen	6.9
Thailand	2.2	China	3.0	Afghanistan	3.4
China	2.0	Kambodscha	2.3	Timor-Leste	2.8
Fidschi	1.8	Bangladesch	1.4	Philippinen	2.5
Äthiopien	1.3	Ägypten	1.3	Vietnam	2.5
Bangladesch	1.1	Thailand	1.3	Bangladesch	1.4
Vanuatu	1.0	Indien	1.3	China	1.4
Myanmar	1.0	Fidschi	1.2	Kambodscha	1.2
Salomonen	0.9	Laos	1.2	Myanmar	1.1
Mosambik	0.9	Vanuatu	0.9	Vanuatu	0.9
Samoa	0.8	Samoa	0.9	Laos	0.9
Tonga	0.7	Salomonen	0.8	Nauru	0.9
Insgesamt	**54.3**	**Insgesamt**	**54.9**	**Insgesamt**	**58.4**
ODA an multilaterale Stellen	33.0	ODA an multilaterale Stellen	24.3	ODA an multilaterale Stellen	12.5
Unaufgeschlüsselt	6.2	Unaufgeschlüsselt	12.0	Unaufgeschlüsselt	21.5
Gesamte ODA in Mio. US-$	**864**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**1 018**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**2 811**
LDC	14.4	LDC	15.4	LDC	23.8
Sonstige LIC	40.3	Sonstige LIC	37.8	Sonstige LIC	16.7
LMIC	23.6	LMIC	27.3	LMIC	32.7
UMIC	10.3	UMIC	3.6	UMIC	2.2
MADCT	2.0	MADCT	0.2	MADCT	-
Nicht zugeordnet	9.3	Nicht zugeordnet	15.8	Nicht zugeordnet	24.6
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**
Subsahara-Afrika	6.6	Subsahara-Afrika	5.6	Subsahara-Afrika	2.7
Süd- und Zentralasien	4.6	Süd- und Zentralasien	6.3	Süd- und Zentralasien	9.1
Sonstiges Asien und Ozeanien	82.1	Sonstiges Asien und Ozeanien	76.2	Sonstiges Asien und Ozeanien	56.5
Naher Osten und Nordafrika	1.0	Naher Osten und Nordafrika	2.2	Naher Osten und Nordafrika	13.1
Lateinamerika und Karibik	0.2	Lateinamerika und Karibik	0.1	Lateinamerika und Karibik	0.1
Europa	0.0	Europa	0.0	Europa	0.1
Unaufgeschlüsselt	5.4	Unaufgeschlüsselt	9.6	Unaufgeschlüsselt	18.4
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**

Österreich

1987-1988		1997-1998		2007-2008	
Algerien	18.7	Bosnien und Herzegowina	8.7	Irak	33.0
Ägypten	7.0	Ägypten	5.2	Nigeria	9.0
Türkei	6.1	Türkei	2.7	Bosnien und Herzegowina	2.0
China	3.4	Uganda	2.5	Serbien	1.8
Iran	2.9	Indonesien	2.3	Georgien	1.6
Äthiopien	2.5	Serbien	2.2	Ägypten	1.5
Indonesien	1.9	Iran	1.5	Türkei	1.5
Kenia	1.5	Nicaragua	1.5	China	1.1
Uganda	1.3	Bhutan	1.5	Tschad	0.8
Mosambik	1.0	Tansania	1.5	Äthiopien	0.8
Ehem. jugoslaw. Teilrepubl. (unaufg.)	0.9	Kroatien	1.3	Uganda	0.8
Ruanda	0.9	Guatemala	1.2	Malawi	0.6
Tansania	0.8	Ghana	1.1	Burundi	0.5
Korea	0.8	Kamerun	1.1	Kenia	0.5
Burundi	0.7	Mosambik	1.1	Kroatien	0.5
Insgesamt	**50.4**	**Insgesamt**	**35.3**	**Insgesamt**	**55.9**
ODA an multilaterale Stellen	32.2	ODA an multilaterale Stellen	40.2	ODA an multilaterale Stellen	26.8
Unaufgeschlüsselt	8.3	Unaufgeschlüsselt	7.2	Unaufgeschlüsselt	8.7
Gesamte ODA in Mio. US-$	**291**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**479**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**1 797**
LDC	14.0	LDC	19.1	LDC	8.2
Sonstige LIC	3.6	Sonstige LIC	5.6	Sonstige LIC	14.6
LMIC	57.1	LMIC	48.7	LMIC	59.2
UMIC	10.4	UMIC	12.6	UMIC	6.2
MADCT	2.8	MADCT	2.0	MADCT	0.0
Nicht zugeordnet	12.2	Nicht zugeordnet	12.1	Nicht zugeordnet	11.9
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**
Subsahara-Afrika	17.5	Subsahara-Afrika	25.2	Subsahara-Afrika	22.3
Süd- und Zentralasien	1.2	Süd- und Zentralasien	4.9	Süd- und Zentralasien	4.1
Sonstiges Asien und Ozeanien	10.8	Sonstiges Asien und Ozeanien	7.8	Sonstiges Asien und Ozeanien	2.5
Naher Osten und Nordafrika	43.9	Naher Osten und Nordafrika	15.1	Naher Osten und Nordafrika	48.2
Lateinamerika und Karibik	3.9	Lateinamerika und Karibik	8.3	Lateinamerika und Karibik	2.1
Europa	12.2	Europa	27.8	Europa	11.5
Unaufgeschlüsselt	10.6	Unaufgeschlüsselt	10.9	Unaufgeschlüsselt	9.3
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**

Tabelle 32 *(Forts.)* **Hauptempfänger der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder**

Bruttoauszahlungen — **Belgien** — In Prozent der gesamten ODA

1987-1988		1997-1998		2007-2008	
Kongo, Demokratische Republik	19.7	Tansania	4.2	Kongo, Demokratische Republik	8.6
Ruanda	4.8	Kongo, Demokratische Republik	3.3	Ruanda	2.4
China	3.1	Côte d'Ivoire	3.0	Irak	2.4
Burundi	2.8	Ruanda	2.6	Kamerun	2.1
Indonesien	1.5	Bolivien	1.8	Burundi	1.9
Kamerun	1.4	Madagaskar	1.5	Palästinensische Autonomiegebiete	1.1
Sambia	0.9	Benin	1.3	Mosambik	1.1
Senegal	0.9	Burkina Faso	1.2	Vietnam	1.1
Niger	0.9	Senegal	1.1	Peru	1.1
Marokko	0.8	Marokko	1.1	Senegal	1.0
Bangladesch	0.8	Ecuador	1.1	Mali	1.0
Türkei	0.7	Vietnam	1.1	Ecuador	0.9
Côte d'Ivoire	0.7	China	1.0	Niger	0.9
Tansania	0.7	Kamerun	1.0	Benin	0.8
Äthiopien	0.7	Kenia	0.9	Tansania	0.8
Insgesamt	**40.3**	**Insgesamt**	**25.9**	**Insgesamt**	**27.2**
ODA an multilaterale Stellen	33.8	ODA an multilaterale Stellen	39.5	ODA an multilaterale Stellen	38.7
Unaufgeschlüsselt	13.9	Unaufgeschlüsselt	17.5	Unaufgeschlüsselt	20.1
Gesamte ODA in Mio. US-$	**658**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**857**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**2 226**
LDC	53.5	LDC	36.1	LDC	38.6
Sonstige LIC	2.6	Sonstige LIC	9.1	Sonstige LIC	4.4
LMIC	18.4	LMIC	19.8	LMIC	21.0
UMIC	4.2	UMIC	6.0	UMIC	3.3
MADCT	0.2	MADCT	0.1	MADCT	-
Nicht zugeordnet	21.1	Nicht zugeordnet	28.9	Nicht zugeordnet	32.7
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**
Subsahara-Afrika	66.0	Subsahara-Afrika	46.7	Subsahara-Afrika	45.5
Süd- und Zentralasien	2.0	Süd- und Zentralasien	1.3	Süd- und Zentralasien	2.6
Sonstiges Asien und Ozeanien	8.7	Sonstiges Asien und Ozeanien	7.2	Sonstiges Asien und Ozeanien	4.7
Naher Osten und Nordafrika	3.3	Naher Osten und Nordafrika	5.1	Naher Osten und Nordafrika	9.1
Lateinamerika und Karibik	6.2	Lateinamerika und Karibik	12.1	Lateinamerika und Karibik	7.8
Europa	1.1	Europa	1.2	Europa	0.5
Unaufgeschlüsselt	12.7	Unaufgeschlüsselt	26.4	Unaufgeschlüsselt	29.9
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**

Kanada

1987-1988		1997-1998		2007-2008	
Bangladesch	5.0	Bangladesch	3.3	Afghanistan	6.2
Pakistan	2.7	China	2.5	Haiti	3.0
Indien	2.4	Indien	1.5	Äthiopien	2.7
Indonesien	2.0	Haiti	1.4	Irak	2.1
Tansania	1.8	Pakistan	1.3	Indonesien	1.8
Jamaika	1.6	Côte d'Ivoire	1.3	Mali	1.7
China	1.6	Kamerun	1.3	Sudan	1.7
Kenia	1.4	Indonesien	1.2	Ghana	1.7
Sambia	1.3	Peru	1.2	Bangladesch	1.6
Thailand	1.3	Ägypten	0.8	Mosambik	1.5
Mosambik	1.2	Nicaragua	0.8	Senegal	1.4
Ägypten	1.2	Ruanda	0.8	China	1.2
Sri Lanka	1.2	Philippinen	0.8	Tansania	1.1
Äthiopien	1.2	Ghana	0.8	Palästinensische Autonomiegebiete	1.0
Senegal	1.2	Senegal	0.7	Pakistan	1.0
Insgesamt	**27.1**	**Insgesamt**	**19.7**	**Insgesamt**	**29.6**
ODA an multilaterale Stellen	31.9	ODA an multilaterale Stellen	32.6	ODA an multilaterale Stellen	26.3
Unaufgeschlüsselt	21.3	Unaufgeschlüsselt	31.8	Unaufgeschlüsselt	26.7
Gesamte ODA in Mio. US-$	**2 176**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**1 940**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**4 472**
LDC	28.6	LDC	19.0	LDC	36.3
Sonstige LIC	9.0	Sonstige LIC	7.3	Sonstige LIC	7.0
LMIC	23.5	LMIC	22.4	LMIC	17.3
UMIC	7.3	UMIC	4.1	UMIC	3.2
MADCT	0.2	MADCT	0.0	MADCT	0.0
Nicht zugeordnet	31.3	Nicht zugeordnet	47.2	Nicht zugeordnet	36.2
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**
Subsahara-Afrika	27.2	Subsahara-Afrika	19.8	Subsahara-Afrika	30.8
Süd- und Zentralasien	17.6	Süd- und Zentralasien	10.8	Süd- und Zentralasien	15.8
Sonstiges Asien und Ozeanien	9.5	Sonstiges Asien und Ozeanien	10.7	Sonstiges Asien und Ozeanien	15.0
Naher Osten und Nordafrika	5.2	Naher Osten und Nordafrika	3.1	Naher Osten und Nordafrika	6.4
Lateinamerika und Karibik	11.8	Lateinamerika und Karibik	13.5	Lateinamerika und Karibik	14.4
Europa	0.1	Europa	1.5	Europa	1.9
Unaufgeschlüsselt	28.7	Unaufgeschlüsselt	40.5	Unaufgeschlüsselt	15.7
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**

Tabelle 32 *(Forts.)* **Hauptempfänger der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder**

Bruttoauszahlungen — **Dänemark** — In Prozent der gesamten ODA

1987-1988		1997-1998		2007-2008	
Tansania	6.8	Tansania	3.9	Tansania	3.8
Indien	4.2	Uganda	3.8	Uganda	3.5
Kenia	3.4	Bangladesch	2.5	Mosambik	3.2
Bangladesch	3.3	Indien	2.5	Nigeria	3.2
China	2.3	Mosambik	2.3	Vietnam	3.0
Ägypten	2.2	Vietnam	2.2	Ghana	2.8
Malawi	2.1	Ghana	2.2	Kenia	2.0
Mosambik	1.7	Südafrika	2.0	Ägypten	2.0
Botsuana	1.6	Ägypten	1.8	Nepal	1.7
Jemen	1.3	Burkina Faso	1.6	Benin	1.7
Nicaragua	1.2	Nicaragua	1.6	Afghanistan	1.6
Simbabwe	1.1	Thailand	1.4	Bangladesch	1.6
Somalia	1.0	Simbabwe	1.3	Burkina Faso	1.6
Benin	1.0	Sambia	1.2	Sambia	1.5
Sudan	0.9	Nepal	1.2	Nicaragua	1.5
Insgesamt	**34.1**	**Insgesamt**	**31.4**	**Insgesamt**	**34.8**
ODA an multilaterale Stellen	45.2	ODA an multilaterale Stellen	38.5	ODA an multilaterale Stellen	34.1
Unaufgeschlüsselt	7.4	Unaufgeschlüsselt	17.6	Unaufgeschlüsselt	15.7
Gesamte ODA in Mio. US-$	**933**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**1 711**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**2 766**
LDC	50.6	LDC	35.5	LDC	41.0
Sonstige LIC	9.5	Sonstige LIC	11.1	Sonstige LIC	17.7
LMIC	23.4	LMIC	19.9	LMIC	15.4
UMIC	3.0	UMIC	4.8	UMIC	2.2
MADCT	0.0	MADCT	0.0	MADCT	-
Nicht zugeordnet	13.5	Nicht zugeordnet	28.6	Nicht zugeordnet	23.8
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**
Subsahara-Afrika	57.1	Subsahara-Afrika	40.2	Subsahara-Afrika	47.1
Süd- und Zentralasien	17.2	Süd- und Zentralasien	11.9	Süd- und Zentralasien	10.8
Sonstiges Asien und Ozeanien	6.3	Sonstiges Asien und Ozeanien	9.4	Sonstiges Asien und Ozeanien	8.0
Naher Osten und Nordafrika	6.5	Naher Osten und Nordafrika	3.9	Naher Osten und Nordafrika	7.0
Lateinamerika und Karibik	2.9	Lateinamerika und Karibik	6.9	Lateinamerika und Karibik	5.7
Europa	-	Europa	0.7	Europa	1.6
Unaufgeschlüsselt	10.0	Unaufgeschlüsselt	27.1	Unaufgeschlüsselt	19.8
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**

Finnland

1987-1988		1997-1998		2007-2008	
Tansania	9.7	China	4.1	Tansania	3.7
Sambia	4.8	Mosambik	2.8	Mosambik	3.4
Kenia	4.0	Tansania	2.8	Vietnam	2.6
Ägypten	2.9	Nepal	2.5	Afghanistan	2.1
Somalia	2.9	Bosnien und Herzegowina	2.2	Nicaragua	1.9
Sri Lanka	2.8	Vietnam	2.1	Sambia	1.8
Mosambik	2.7	Sambia	2.0	Kenia	1.4
Sudan	2.6	Nicaragua	1.9	Nepal	1.4
Nicaragua	2.4	Äthiopien	1.7	Äthiopien	1.2
Vietnam	2.3	Namibia	1.7	Somalia	1.2
Äthiopien	2.1	Thailand	1.6	Sudan	1.2
Bangladesch	2.0	Kenia	1.2	Südafrika	1.0
Nepal	1.5	Irak	1.2	Serbien	1.0
Simbabwe	1.0	Südafrika	0.9	Palästinensische Autonomiegebiete	1.0
Namibia	1.0	Simbabwe	0.7	China	0.9
Insgesamt	**44.8**	**Insgesamt**	**29.5**	**Insgesamt**	**25.7**
ODA an multilaterale Stellen	38.2	ODA an multilaterale Stellen	46.0	ODA an multilaterale Stellen	40.5
Unaufgeschlüsselt	10.7	Unaufgeschlüsselt	14.6	Unaufgeschlüsselt	22.7
Gesamte ODA in Mio. US-$	**522**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**399**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**1 075**
LDC	49.4	LDC	28.3	LDC	34.8
Sonstige LIC	12.2	Sonstige LIC	9.4	Sonstige LIC	8.4
LMIC	19.0	LMIC	31.3	LMIC	14.6
UMIC	2.1	UMIC	4.0	UMIC	4.4
MADCT	0.0	MADCT	-	MADCT	-
Nicht zugeordnet	17.3	Nicht zugeordnet	27.0	Nicht zugeordnet	38.1
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**
Subsahara-Afrika	54.9	Subsahara-Afrika	32.8	Subsahara-Afrika	33.6
Süd- und Zentralasien	11.5	Süd- und Zentralasien	9.1	Süd- und Zentralasien	10.7
Sonstiges Asien und Ozeanien	5.8	Sonstiges Asien und Ozeanien	19.2	Sonstiges Asien und Ozeanien	10.3
Naher Osten und Nordafrika	5.1	Naher Osten und Nordafrika	5.7	Naher Osten und Nordafrika	3.8
Lateinamerika und Karibik	6.3	Lateinamerika und Karibik	6.7	Lateinamerika und Karibik	7.4
Europa	1.2	Europa	6.5	Europa	3.5
Unaufgeschlüsselt	15.2	Unaufgeschlüsselt	19.9	Unaufgeschlüsselt	30.7
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**

Tabelle 32 *(Forts.)* **Hauptempfänger der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder**

Bruttoauszahlungen — **Frankreich** — In Prozent der gesamten ODA

1987-1988		1997-1998		2007-2008	
Französisch-Polynesien	5.8	Französisch-Polynesien	5.5	Irak	4.5
Neukaledonien	5.2	Neukaledonien	5.3	Kamerun	4.2
Marokko	3.4	Ägypten	4.2	Mayotte	3.7
Côte d'Ivoire	3.4	Côte d'Ivoire	4.2	Marokko	3.1
Senegal	3.2	Kamerun	3.8	Tunesien	2.0
Madagaskar	2.0	Marokko	3.3	China	2.0
Kamerun	1.9	Madagaskar	3.1	Türkei	2.0
Ägypten	1.6	Senegal	2.6	Kongo, Republik	1.8
China	1.6	Kongo, Republik	2.3	Senegal	1.8
Kongo, Republik	1.6	Algerien	1.8	Libanon	1.7
Gabun	1.4	Mayotte	1.4	Algerien	1.7
Zentralafrikanische Republik	1.4	Niger	1.3	Vietnam	1.6
Tschad	1.3	Tunesien	1.3	Ägypten	1.5
Mali	1.3	Gabun	1.1	Mali	1.5
Indien	1.3	Burkina Faso	1.0	Burkina Faso	1.2
Insgesamt	**36.6**	**Insgesamt**	**42.4**	**Insgesamt**	**34.1**
ODA an multilaterale Stellen	22.1	ODA an multilaterale Stellen	22.3	ODA an multilaterale Stellen	35.1
Unaufgeschlüsselt	16.3	Unaufgeschlüsselt	13.2	Unaufgeschlüsselt	10.3
Gesamte ODA in Mio. US-$	**5 568**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**7 141**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**12 019**
LDC	28.2	LDC	24.0	LDC	20.6
Sonstige LIC	7.4	Sonstige LIC	7.7	Sonstige LIC	6.1
LMIC	21.5	LMIC	29.3	LMIC	40.2
UMIC	7.3	UMIC	7.8	UMIC	17.2
MADCT	14.6	MADCT	14.2	MADCT	0.0
Nicht zugeordnet	20.9	Nicht zugeordnet	17.0	Nicht zugeordnet	15.9
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**
Subsahara-Afrika	48.2	Subsahara-Afrika	45.1	Subsahara-Afrika	41.8
Süd- und Zentralasien	4.0	Süd- und Zentralasien	1.8	Süd- und Zentralasien	3.5
Sonstiges Asien und Ozeanien	19.4	Sonstiges Asien und Ozeanien	19.0	Sonstiges Asien und Ozeanien	10.7
Naher Osten und Nordafrika	11.8	Naher Osten und Nordafrika	15.9	Naher Osten und Nordafrika	24.7
Lateinamerika und Karibik	4.5	Lateinamerika und Karibik	5.4	Lateinamerika und Karibik	4.7
Europa	0.9	Europa	0.9	Europa	4.6
Unaufgeschlüsselt	11.2	Unaufgeschlüsselt	11.8	Unaufgeschlüsselt	9.9
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**

Deutschland

1987-1988		1997-1998		2007-2008	
Türkei	5.6	China	6.4	Irak	13.3
Indien	4.6	Indonesien	4.3	Kamerun	4.5
Ägypten	3.7	Ägypten	4.2	China	3.7
Indonesien	3.1	Indien	3.4	Indien	2.0
Israel	2.1	Türkei	2.5	Afghanistan	1.7
Brasilien	2.0	Brasilien	1.4	Indonesien	1.7
Pakistan	2.0	Tansania	1.2	Liberia	1.6
China	1.6	Peru	1.2	Botsuana	1.5
Tansania	1.2	Marokko	1.1	Ägypten	1.4
Bangladesch	1.2	Iran	0.9	Marokko	1.2
Marokko	1.2	Mosambik	0.9	Südafrika	0.9
Peru	1.1	Philippinen	0.9	Türkei	0.9
Kenia	1.1	Pakistan	0.9	Brasilien	0.8
Kongo, Demokratische Republik	1.0	Äthiopien	0.9	Vietnam	0.7
Tunesien	1.0	Bolivien	0.8	Serbien	0.7
Insgesamt	**32.7**	**Insgesamt**	**31.0**	**Insgesamt**	**36.6**
ODA an multilaterale Stellen	27.4	ODA an multilaterale Stellen	31.8	ODA an multilaterale Stellen	31.2
Unaufgeschlüsselt	8.6	Unaufgeschlüsselt	8.9	Unaufgeschlüsselt	12.3
Gesamte ODA in Mio. US-$	**5 256**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**6 797**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**14 824**
LDC	23.9	LDC	18.5	LDC	15.6
Sonstige LIC	7.4	Sonstige LIC	6.8	Sonstige LIC	4.7
LMIC	36.0	LMIC	49.9	LMIC	52.1
UMIC	15.3	UMIC	10.8	UMIC	9.6
MADCT	5.6	MADCT	0.9	MADCT	0.0
Nicht zugeordnet	11.8	Nicht zugeordnet	13.1	Nicht zugeordnet	17.9
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**
Subsahara-Afrika	25.8	Subsahara-Afrika	22.1	Subsahara-Afrika	24.1
Süd- und Zentralasien	14.5	Süd- und Zentralasien	10.8	Süd- und Zentralasien	10.5
Sonstiges Asien und Ozeanien	10.7	Sonstiges Asien und Ozeanien	22.0	Sonstiges Asien und Ozeanien	12.5
Naher Osten und Nordafrika	17.1	Naher Osten und Nordafrika	14.6	Naher Osten und Nordafrika	28.4
Lateinamerika und Karibik	13.3	Lateinamerika und Karibik	13.0	Lateinamerika und Karibik	7.6
Europa	10.7	Europa	6.4	Europa	5.9
Unaufgeschlüsselt	8.1	Unaufgeschlüsselt	11.2	Unaufgeschlüsselt	11.1
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**

Tabelle 32 *(Forts.)* **Hauptempfänger der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder**

Bruttoauszahlungen		**Griechenland**		In Prozent der gesamten ODA	
1987-1988		1997-1998		2007-2008	
		Bosnien und Herzegowina	9.3	Albanien	8.4
		Albanien	8.7	Serbien	6.0
		Palästinensische Autonomiegebiete	2.4	Afghanistan	2.3
		Armenien	1.5	Bosnien und Herzegowina	1.7
		Georgien	1.3	Ägypten	1.6
		Ägypten	0.5	Türkei	1.0
		Serbien	0.5	Palästinensische Autonomiegebiete	0.9
		Moldau	0.4	Syrien	0.7
		Libanon	0.3	Libanon	0.7
		Jordanien	0.3	Armenien	0.7
		Syrien	0.2	China	0.7
		Madagaskar	0.2	Jordanien	0.7
		Mazedonien (EJR)	0.2	Georgien	0.7
		Marokko	0.2	Ukraine	0.5
		Iran	0.1	Sri Lanka	0.5
Insgesamt	**-**	**Insgesamt**	**25.9**	**Insgesamt**	**27.0**
ODA an multilaterale Stellen	-	ODA an multilaterale Stellen	71.7	ODA an multilaterale Stellen	53.4
Unaufgeschlüsselt	-	Unaufgeschlüsselt	0.3	Unaufgeschlüsselt	14.0
Gesamte ODA in Mio. US-$	**-**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**176**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**602**
		LDC	1.8	LDC	9.5
		Sonstige LIC	1.8	Sonstige LIC	2.2
		LMIC	90.7	LMIC	39.9
		UMIC	4.8	UMIC	18.4
		MADCT	0.1	MADCT	0.1
		Nicht zugeordnet	0.9	Nicht zugeordnet	30.0
Bilateral insgesamt	-	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**
		Subsahara-Afrika	3.9	Subsahara-Afrika	7.4
		Süd- und Zentralasien	11.0	Süd- und Zentralasien	10.7
		Sonstiges Asien und Ozeanien	0.5	Sonstiges Asien und Ozeanien	3.5
		Naher Osten und Nordafrika	15.2	Naher Osten und Nordafrika	11.8
		Lateinamerika und Karibik	0.8	Lateinamerika und Karibik	2.2
		Europa	67.6	Europa	40.5
		Unaufgeschlüsselt	0.9	Unaufgeschlüsselt	23.7
Bilateral insgesamt	**-**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**

		Irland			
1987-1988		1997-1998		2007-2008	
Lesotho	7.3	Äthiopien	8.5	Uganda	5.8
Tansania	6.3	Tansania	7.3	Mosambik	5.7
Sambia	5.7	Sambia	5.2	Äthiopien	5.2
Sudan	4.5	Uganda	4.8	Tansania	4.7
Simbabwe	1.6	Lesotho	3.8	Sambia	3.2
Bangladesch	0.5	Mosambik	3.7	Vietnam	2.3
Ruanda	0.4	Südafrika	2.4	Sudan	2.0
Uganda	0.3	Ruanda	1.9	Südafrika	1.9
Kenia	0.3	Simbabwe	1.3	Lesotho	1.6
Burundi	0.3	Sudan	1.2	Sierra Leone	1.3
Äthiopien	0.3	Kenia	1.0	Malawi	1.3
Swasiland	0.2	Palästinensische Autonomiegebiete	0.8	Kenia	1.3
Sierra Leone	0.1	Nigeria	0.8	Kongo, Demokratische Republik	1.3
Indien	0.1	Bosnien und Herzegowina	0.6	Simbabwe	1.1
Afghanistan	0.1	Malawi	0.6	Liberia	1.0
Insgesamt	**27.8**	**Insgesamt**	**44.0**	**Insgesamt**	**39.9**
ODA an multilaterale Stellen	54.4	ODA an multilaterale Stellen	36.8	ODA an multilaterale Stellen	30.4
Unaufgeschlüsselt	16.3	Unaufgeschlüsselt	9.7	Unaufgeschlüsselt	18.1
Gesamte ODA in Mio. US-$	**54**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**193**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**1 260**
LDC	57.4	LDC	66.5	LDC	56.5
Sonstige LIC	4.5	Sonstige LIC	6.1	Sonstige LIC	8.0
LMIC	2.0	LMIC	7.0	LMIC	6.0
UMIC	0.3	UMIC	5.1	UMIC	3.5
MADCT	-	MADCT	0.0	MADCT	-
Nicht zugeordnet	35.7	Nicht zugeordnet	15.3	Nicht zugeordnet	25.9
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**
Subsahara-Afrika	64.4	Subsahara-Afrika	73.6	Subsahara-Afrika	62.0
Süd- und Zentralasien	2.0	Süd- und Zentralasien	2.4	Süd- und Zentralasien	4.3
Sonstiges Asien und Ozeanien	0.8	Sonstiges Asien und Ozeanien	2.4	Sonstiges Asien und Ozeanien	5.5
Naher Osten und Nordafrika	0.2	Naher Osten und Nordafrika	1.7	Naher Osten und Nordafrika	1.9
Lateinamerika und Karibik	0.6	Lateinamerika und Karibik	2.7	Lateinamerika und Karibik	3.0
Europa	-	Europa	2.3	Europa	0.8
Unaufgeschlüsselt	32.0	Unaufgeschlüsselt	14.9	Unaufgeschlüsselt	22.6
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**

Tabelle 32 *(Forts.)* **Hauptempfänger der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder**

Bruttoauszahlungen — **Italien** — In Prozent der gesamten ODA

1987-1988		1997-1998		2007-2008	
Mosambik	7.4	Madagaskar	3.5	Irak	14.1
Somalia	7.3	Mosambik	3.4	Afghanistan	1.9
Äthiopien	6.1	Haiti	2.3	Äthiopien	1.5
Tansania	4.7	Uganda	2.1	Libanon	1.4
China	3.7	Äthiopien	2.0	China	1.4
Tunesien	2.8	Malta	1.3	Marokko	1.2
Sudan	2.6	Albanien	1.2	Palästinensische Autonomiegebiete	1.0
Ägypten	2.6	Argentinien	1.1	Mosambik	0.8
Indien	1.7	Ecuador	1.0	Albanien	0.7
Senegal	1.6	China	1.0	Sierra Leone	0.7
Kongo, Demokratische Republik	1.6	Eritrea	1.0	Angola	0.6
Pakistan	1.3	Ägypten	0.9	Sudan	0.6
Sambia	1.3	Senegal	0.8	St. Vincent und die Grenadinen	0.4
Kenia	1.2	Côte d'Ivoire	0.7	Serbien	0.4
Argentinien	1.0	Kenia	0.7	Guinea	0.4
Insgesamt	**46.9**	**Insgesamt**	**22.8**	**Insgesamt**	**27.1**
ODA an multilaterale Stellen	25.8	ODA an multilaterale Stellen	62.0	ODA an multilaterale Stellen	61.0
Unaufgeschlüsselt	8.6	Unaufgeschlüsselt	2.6	Unaufgeschlüsselt	3.4
Gesamte ODA in Mio. US-$	**2 947**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**1 930**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**4 693**
LDC	54.6	LDC	50.7	LDC	23.3
Sonstige LIC	5.0	Sonstige LIC	5.3	Sonstige LIC	2.3
LMIC	24.0	LMIC	25.9	LMIC	55.6
UMIC	4.6	UMIC	7.7	UMIC	10.0
MADCT	0.1	MADCT	3.5	MADCT	-
Nicht zugeordnet	11.6	Nicht zugeordnet	6.8	Nicht zugeordnet	8.8
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**
Subsahara-Afrika	58.5	Subsahara-Afrika	51.2	Subsahara-Afrika	19.3
Süd- und Zentralasien	4.5	Süd- und Zentralasien	0.8	Süd- und Zentralasien	6.4
Sonstiges Asien und Ozeanien	5.9	Sonstiges Asien und Ozeanien	3.5	Sonstiges Asien und Ozeanien	5.1
Naher Osten und Nordafrika	10.2	Naher Osten und Nordafrika	10.5	Naher Osten und Nordafrika	49.5
Lateinamerika und Karibik	10.2	Lateinamerika und Karibik	18.8	Lateinamerika und Karibik	8.5
Europa	0.9	Europa	8.9	Europa	4.4
Unaufgeschlüsselt	9.8	Unaufgeschlüsselt	6.2	Unaufgeschlüsselt	6.7
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**

Japan

1987-1988		1997-1998		2007-2008	
Indonesien	11.9	China	8.7	Irak	9.0
China	6.6	Indonesien	8.7	China	7.7
Philippinen	5.7	Thailand	5.5	Indonesien	7.7
Thailand	4.3	Indien	5.5	Indien	6.1
Bangladesch	3.9	Philippinen	5.0	Vietnam	5.0
Indien	3.6	Pakistan	3.1	Philippinen	3.9
Pakistan	2.7	Malaysia	2.7	Bangladesch	3.5
Malaysia	2.6	Vietnam	2.5	Tansania	2.6
Myanmar	2.5	Bangladesch	2.4	Türkei	2.3
Korea	2.4	Sri Lanka	1.8	Sri Lanka	1.9
Sri Lanka	1.8	Brasilien	1.0	Malaysia	1.7
Türkei	1.8	Ghana	0.9	Afghanistan	1.0
Ägypten	1.6	Ägypten	0.8	Peru	0.9
Kenia	1.2	Jordanien	0.8	Ägypten	0.9
Brasilien	0.9	Usbekistan	0.7	Marokko	0.9
Insgesamt	**53.7**	**Insgesamt**	**50.1**	**Insgesamt**	**54.9**
ODA an multilaterale Stellen	26.4	ODA an multilaterale Stellen	19.0	ODA an multilaterale Stellen	15.0
Unaufgeschlüsselt	3.7	Unaufgeschlüsselt	9.5	Unaufgeschlüsselt	11.3
Gesamte ODA in Mio. US-$	**9 306**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**12 870**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**15 510**
LDC	19.4	LDC	12.9	LDC	17.9
Sonstige LIC	7.4	Sonstige LIC	11.1	Sonstige LIC	8.8
LMIC	55.3	LMIC	54.6	LMIC	52.3
UMIC	9.1	UMIC	8.9	UMIC	7.7
MADCT	3.9	MADCT	0.9	MADCT	0.0
Nicht zugeordnet	5.1	Nicht zugeordnet	11.7	Nicht zugeordnet	13.3
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**
Subsahara-Afrika	11.7	Subsahara-Afrika	9.1	Subsahara-Afrika	12.7
Süd- und Zentralasien	21.3	Süd- und Zentralasien	19.3	Süd- und Zentralasien	18.4
Sonstiges Asien und Ozeanien	47.8	Sonstiges Asien und Ozeanien	45.9	Sonstiges Asien und Ozeanien	35.0
Naher Osten und Nordafrika	5.6	Naher Osten und Nordafrika	5.3	Naher Osten und Nordafrika	14.5
Lateinamerika und Karibik	6.7	Lateinamerika und Karibik	8.3	Lateinamerika und Karibik	5.4
Europa	2.5	Europa	1.2	Europa	3.1
Unaufgeschlüsselt	4.5	Unaufgeschlüsselt	10.9	Unaufgeschlüsselt	11.0
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**

Tabelle 32 *(Forts.)* **Hauptempfänger der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder**

Bruttoauszahlungen — **Luxemburg** — In Prozent der gesamten ODA

1987-1988		1997-1998		2007-2008	
		Kap Verde	7.2	Senegal	4.7
		Namibia	4.9	Mali	4.7
		Tunesien	4.4	Kap Verde	4.5
		Vietnam	3.5	Vietnam	4.1
		Nicaragua	3.4	Nicaragua	3.8
		Niger	3.1	Burkina Faso	3.5
		Indien	3.0	Laos	3.2
		Ruanda	2.5	Niger	2.9
		Senegal	2.4	El Salvador	2.6
		Chile	2.4	Serbien	1.9
		Burkina Faso	2.0	Namibia	1.7
		El Salvador	1.8	Ruanda	1.7
		Mauritius	1.6	Palästinensische Autonomiegebiete	1.6
		Bosnien und Herzegowina	1.4	Montenegro	1.1
		Peru	1.3	Kongo, Demokratische Republik	0.9
Insgesamt	**-**	**Insgesamt**	**44.7**	**Insgesamt**	**42.8**
ODA an multilaterale Stellen	-	ODA an multilaterale Stellen	30.7	ODA an multilaterale Stellen	32.7
Unaufgeschlüsselt	-	Unaufgeschlüsselt	5.3	Unaufgeschlüsselt	10.1
Gesamte ODA in Mio. US-$	**-**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**103**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**395**
LDC		LDC	27.3	LDC	41.9
Sonstige LIC		Sonstige LIC	5.8	Sonstige LIC	7.4
LMIC		LMIC	49.8	LMIC	29.8
UMIC		UMIC	9.3	UMIC	5.8
MADCT		MADCT	0.1	MADCT	-
Nicht zugeordnet		Nicht zugeordnet	7.6	Nicht zugeordnet	15.1
Bilateral insgesamt	**-**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**
Subsahara-Afrika		Subsahara-Afrika	45.2	Subsahara-Afrika	45.8
Süd- und Zentralasien		Süd- und Zentralasien	6.7	Süd- und Zentralasien	4.3
Sonstiges Asien und Ozeanien		Sonstiges Asien und Ozeanien	10.5	Sonstiges Asien und Ozeanien	12.8
Naher Osten und Nordafrika		Naher Osten und Nordafrika	9.6	Naher Osten und Nordafrika	3.6
Lateinamerika und Karibik		Lateinamerika und Karibik	17.3	Lateinamerika und Karibik	14.3
Europa		Europa	3.4	Europa	5.8
Unaufgeschlüsselt		Unaufgeschlüsselt	7.3	Unaufgeschlüsselt	13.4
Bilateral insgesamt	**-**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**

Niederlande

1987-1988		1997-1998		2007-2008	
Indonesien	7.7	Niederländische Antillen	3.7	Sudan	2.7
Indien	6.2	Indien	2.6	Nigeria	2.6
Tansania	3.4	Bosnien und Herzegowina	2.5	Indonesien	2.2
Bangladesch	3.0	Tansania	2.1	Ghana	1.9
Niederländische Antillen	3.0	Bolivien	2.0	Tansania	1.8
Sudan	2.8	Bangladesch	1.9	Afghanistan	1.5
Kenia	2.7	Suriname	1.6	Suriname	1.4
Mosambik	2.6	Jemen	1.6	Mosambik	1.4
Pakistan	1.6	Mosambik	1.4	Bangladesch	1.4
Jemen	1.4	Südafrika	1.2	Äthiopien	1.2
Sri Lanka	1.3	Peru	1.2	Sambia	1.2
Simbabwe	1.3	Kenia	1.2	Burkina Faso	1.1
Burkina Faso	1.2	Äthiopien	1.1	Uganda	1.1
Sambia	1.2	Burkina Faso	1.1	Mali	1.1
Peru	1.2	Mali	1.1	Palästinensische Autonomiegebiete	0.8
Insgesamt	**40.5**	**Insgesamt**	**26.4**	**Insgesamt**	**23.3**
ODA an multilaterale Stellen	29.7	ODA an multilaterale Stellen	27.1	ODA an multilaterale Stellen	25.0
Unaufgeschlüsselt	9.7	Unaufgeschlüsselt	20.0	Unaufgeschlüsselt	39.0
Gesamte ODA in Mio. US-$	**2 276**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**3 174**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**6 752**
LDC	31.7	LDC	26.6	LDC	25.7
Sonstige LIC	9.4	Sonstige LIC	6.7	Sonstige LIC	8.3
LMIC	35.2	LMIC	26.0	LMIC	11.1
UMIC	4.0	UMIC	7.1	UMIC	2.9
MADCT	5.9	MADCT	6.1	MADCT	-
Nicht zugeordnet	13.8	Nicht zugeordnet	27.4	Nicht zugeordnet	51.9
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**
Subsahara-Afrika	34.1	Subsahara-Afrika	26.6	Subsahara-Afrika	30.6
Süd- und Zentralasien	17.9	Süd- und Zentralasien	11.3	Süd- und Zentralasien	6.1
Sonstiges Asien und Ozeanien	15.1	Sonstiges Asien und Ozeanien	4.7	Sonstiges Asien und Ozeanien	4.8
Naher Osten und Nordafrika	4.4	Naher Osten und Nordafrika	6.4	Naher Osten und Nordafrika	3.1
Lateinamerika und Karibik	16.4	Lateinamerika und Karibik	20.9	Lateinamerika und Karibik	5.1
Europa	0.4	Europa	5.4	Europa	2.0
Unaufgeschlüsselt	11.8	Unaufgeschlüsselt	24.8	Unaufgeschlüsselt	48.2
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**

Tabelle 32 *(Forts.)* **Hauptempfänger der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder**

Bruttoauszahlungen — **Neuseeland** — In Prozent der gesamten ODA

1987-1988		1997-1998		2007-2008	
Cookinseln	9.0	Papua-Neuguinea	4.5	Salomonen	5.9
Niue	5.9	Samoa	4.1	Tokelau	5.0
Samoa	4.1	Cookinseln	3.5	Papua-Neuguinea	4.5
Tuvalu	4.0	Tonga	3.5	Niue	4.2
Tonga	3.1	Fidschi	3.5	Indonesien	3.8
Fidschi	3.0	Salomonen	3.4	Tonga	2.7
Tokelau	2.6	Vanuatu	3.2	Vanuatu	2.7
Papua-Neuguinea	2.5	Niue	2.7	Vietnam	2.1
Indonesien	2.3	Tokelau	2.7	Samoa	2.1
Vanuatu	1.9	Indonesien	2.6	Afghanistan	1.7
Kiribati	1.8	Philippinen	1.8	Kambodscha	1.6
Salomonen	1.6	Vietnam	1.8	Cookinseln	1.4
Thailand	1.2	Kiribati	1.6	Timor-Leste	1.2
Philippinen	1.1	Tuvalu	1.2	Fidschi	1.1
Tansania	0.3	China	1.0	Tuvalu	1.0
Insgesamt	**44.3**	**Insgesamt**	**41.0**	**Insgesamt**	**41.1**
ODA an multilaterale Stellen	16.3	ODA an multilaterale Stellen	25.6	ODA an multilaterale Stellen	21.4
Unaufgeschlüsselt	37.6	Unaufgeschlüsselt	23.0	Unaufgeschlüsselt	25.7
Gesamte ODA in Mio. US-$	**95**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**142**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**334**
LDC	16.8	LDC	23.6	LDC	27.3
Sonstige LIC	3.2	Sonstige LIC	10.3	Sonstige LIC	9.8
LMIC	20.1	LMIC	23.1	LMIC	25.3
UMIC	14.8	UMIC	11.6	UMIC	4.9
MADCT	0.3	MADCT	0.5	MADCT	-
Nicht zugeordnet	44.9	Nicht zugeordnet	30.9	Nicht zugeordnet	32.7
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**
Subsahara-Afrika	0.8	Subsahara-Afrika	4.6	Subsahara-Afrika	4.7
Süd- und Zentralasien	0.9	Süd- und Zentralasien	2.9	Süd- und Zentralasien	5.8
Sonstiges Asien und Ozeanien	67.8	Sonstiges Asien und Ozeanien	83.4	Sonstiges Asien und Ozeanien	71.0
Naher Osten und Nordafrika	0.0	Naher Osten und Nordafrika	0.1	Naher Osten und Nordafrika	1.5
Lateinamerika und Karibik	0.4	Lateinamerika und Karibik	1.8	Lateinamerika und Karibik	1.9
Europa	-	Europa	0.1	Europa	-
Unaufgeschlüsselt	30.1	Unaufgeschlüsselt	7.1	Unaufgeschlüsselt	15.2
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**

Norwegen

1987-1988		1997-1998		2007-2008	
Tansania	8.2	Mosambik	4.0	Tansania	3.1
Mosambik	4.3	Tansania	3.6	Sudan	3.1
Sambia	3.8	Palästinensische Autonomiegebiete	3.1	Afghanistan	2.9
Bangladesch	3.7	Sambia	2.6	Palästinensische Autonomiegebiete	2.9
Kenia	3.3	Bosnien und Herzegowina	2.6	Mosambik	2.3
Indien	3.1	Bangladesch	2.4	Sambia	1.9
Simbabwe	2.4	Uganda	2.3	Uganda	1.9
Botsuana	1.9	Äthiopien	2.1	Malawi	1.6
Nicaragua	1.8	Angola	1.8	Nepal	1.4
Sri Lanka	1.7	Südafrika	1.6	Philippinen	1.3
Äthiopien	1.5	Nicaragua	1.4	Peru	1.3
Pakistan	1.2	Simbabwe	1.1	Serbien	1.1
China	1.0	Sri Lanka	1.1	Somalia	1.1
Mali	0.7	China	1.1	Sri Lanka	1.0
Sudan	0.7	Sudan	1.0	Äthiopien	0.9
Insgesamt	**39.2**	**Insgesamt**	**31.7**	**Insgesamt**	**27.8**
ODA an multilaterale Stellen	41.2	ODA an multilaterale Stellen	28.9	ODA an multilaterale Stellen	23.1
Unaufgeschlüsselt	12.7	Unaufgeschlüsselt	18.0	Unaufgeschlüsselt	32.0
Gesamte ODA in Mio. US-$	**940**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**1 318**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**3 846**
LDC	45.2	LDC	39.8	LDC	34.8
Sonstige LIC	12.3	Sonstige LIC	4.3	Sonstige LIC	3.9
LMIC	16.5	LMIC	24.2	LMIC	15.5
UMIC	4.4	UMIC	6.3	UMIC	4.2
MADCT	0.0	MADCT	-	MADCT	-
Nicht zugeordnet	21.5	Nicht zugeordnet	25.4	Nicht zugeordnet	41.6
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**
Subsahara-Afrika	56.0	Subsahara-Afrika	40.3	Subsahara-Afrika	30.2
Süd- und Zentralasien	17.8	Süd- und Zentralasien	10.0	Süd- und Zentralasien	11.7
Sonstiges Asien und Ozeanien	4.8	Sonstiges Asien und Ozeanien	7.1	Sonstiges Asien und Ozeanien	6.0
Naher Osten und Nordafrika	0.2	Naher Osten und Nordafrika	6.9	Naher Osten und Nordafrika	5.4
Lateinamerika und Karibik	6.3	Lateinamerika und Karibik	8.6	Lateinamerika und Karibik	6.1
Europa	0.3	Europa	6.9	Europa	3.8
Unaufgeschlüsselt	14.5	Unaufgeschlüsselt	20.2	Unaufgeschlüsselt	36.8
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**

Tabelle 32 *(Forts.)* **Hauptempfänger der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder**

Bruttoauszahlungen		**Portugal**		In Prozent der gesamten ODA	
1987-1988		1997-1998		2007-2008	
		Mosambik	30.0	Kap Verde	10.8
		Angola	10.4	Marokko	8.7
		Kap Verde	6.9	Timor-Leste	7.8
		Guinea-Bissau	5.3	Mosambik	4.3
		São Tomé und Príncipe	4.4	Angola	3.5
		Brasilien	0.2	Bosnien und Herzegowina	3.1
		Bosnien und Herzegowina	0.2	Guinea-Bissau	3.0
		Timor-Leste	0.2	Serbien	3.0
		Libanon	0.1	São Tomé und Príncipe	2.4
		Honduras	0.1	Afghanistan	2.1
		Palästinensische Autonomiegebiete	0.1	Libanon	2.0
		Algerien	0.0	Brasilien	0.5
		Zentralafrikanische Republik	0.0	Tschad	0.4
		Simbabwe	0.0	Kongo, Demokratische Republik	0.2
		Slowenien	0.0	Ehem. jugoslaw. Teilrepubl. (unaufg.)	0.2
Insgesamt	**-**	**Insgesamt**	**58.0**	**Insgesamt**	**51.8**
ODA an multilaterale Stellen	25.6	ODA an multilaterale Stellen	33.1	ODA an multilaterale Stellen	40.5
Unaufgeschlüsselt	74.4	Unaufgeschlüsselt	8.7	Unaufgeschlüsselt	6.5
Gesamte ODA in Mio. US-$	**62**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**256**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**552**
LDC	-	LDC	75.3	LDC	40.5
Sonstige LIC	-	Sonstige LIC	0.1	Sonstige LIC	0.1
LMIC	-	LMIC	11.0	LMIC	39.0
UMIC	-	UMIC	0.6	UMIC	9.5
MADCT	-	MADCT	0.0	MADCT	-
Nicht zugeordnet	100.0	Nicht zugeordnet	13.0	Nicht zugeordnet	11.0
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**
Subsahara-Afrika	-	Subsahara-Afrika	95.1	Subsahara-Afrika	43.8
Süd- und Zentralasien	-	Süd- und Zentralasien	0.0	Süd- und Zentralasien	3.7
Sonstiges Asien und Ozeanien	-	Sonstiges Asien und Ozeanien	0.4	Sonstiges Asien und Ozeanien	13.3
Naher Osten und Nordafrika	-	Naher Osten und Nordafrika	0.3	Naher Osten und Nordafrika	18.3
Lateinamerika und Karibik	-	Lateinamerika und Karibik	0.5	Lateinamerika und Karibik	1.4
Europa	-	Europa	0.4	Europa	10.6
Unaufgeschlüsselt	100.0	Unaufgeschlüsselt	3.3	Unaufgeschlüsselt	9.0
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**

		Spanien			
1987-1988		1997-1998		2007-2008	
Ecuador	12.4	Marokko	3.7	Guatemala	3.9
China	3.9	Madagaskar	2.8	Honduras	2.9
Äquatorialguinea	2.6	Honduras	2.6	Nicaragua	2.3
Nicaragua	1.5	Angola	2.5	Peru	2.0
Peru	1.3	Côte d'Ivoire	2.4	Marokko	1.9
Bolivien	1.2	Argentinien	2.2	China	1.4
Venezuela	1.1	Palästinensische Autonomiegebiete	2.2	Senegal	1.4
Kuba	0.9	Kolumbien	2.1	Palästinensische Autonomiegebiete	1.4
Guinea-Bissau	0.8	Bolivien	2.0	Bolivien	1.3
Honduras	0.8	Nicaragua	2.0	Ecuador	1.3
Tunesien	0.7	China	1.9	Algerien	1.3
Marokko	0.7	Peru	1.8	Irak	1.3
Mauretanien	0.7	Indonesien	1.6	Kolumbien	1.3
Argentinien	0.6	Ecuador	1.5	Türkei	1.2
Kongo, Demokratische Republik	0.5	Philippinen	1.5	El Salvador	1.1
Insgesamt	**29.6**	**Insgesamt**	**32.8**	**Insgesamt**	**25.9**
ODA an multilaterale Stellen	43.3	ODA an multilaterale Stellen	34.8	ODA an multilaterale Stellen	29.9
Unaufgeschlüsselt	23.2	Unaufgeschlüsselt	11.7	Unaufgeschlüsselt	23.6
Gesamte ODA in Mio. US-$	**240**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**1 447**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**6 459**
LDC	10.1	LDC	13.1	LDC	14.6
Sonstige LIC	-	Sonstige LIC	7.2	Sonstige LIC	2.8
LMIC	43.1	LMIC	51.0	LMIC	41.8
UMIC	5.8	UMIC	10.7	UMIC	7.2
MADCT	-	MADCT	0.0	MADCT	-
Nicht zugeordnet	41.0	Nicht zugeordnet	18.0	Nicht zugeordnet	33.7
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**
Subsahara-Afrika	11.3	Subsahara-Afrika	20.8	Subsahara-Afrika	16.1
Süd- und Zentralasien	-	Süd- und Zentralasien	1.8	Süd- und Zentralasien	2.7
Sonstiges Asien und Ozeanien	7.2	Sonstiges Asien und Ozeanien	8.7	Sonstiges Asien und Ozeanien	6.0
Naher Osten und Nordafrika	3.5	Naher Osten und Nordafrika	14.6	Naher Osten und Nordafrika	11.9
Lateinamerika und Karibik	36.8	Lateinamerika und Karibik	41.1	Lateinamerika und Karibik	39.2
Europa	0.3	Europa	1.8	Europa	3.7
Unaufgeschlüsselt	41.0	Unaufgeschlüsselt	11.3	Unaufgeschlüsselt	20.4
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**

Tabelle 32 *(Forts.)* **Hauptempfänger der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder**

Bruttoauszahlungen — **Schweden** — In Prozent der gesamten ODA

1987-1988		1997-1998		2007-2008	
Tansania	6.2	Tansania	3.3	Tansania	2.6
Mosambik	4.9	Mosambik	2.6	Mosambik	2.5
Indien	3.4	Südafrika	2.2	Sudan	1.5
Vietnam	3.2	Vietnam	2.1	Afghanistan	1.4
Äthiopien	3.0	Äthiopien	2.1	Palästinensische Autonomiegebiete	1.4
Nicaragua	2.3	Bosnien und Herzegowina	1.7	Uganda	1.3
Sambia	2.1	Bangladesch	1.6	Kenia	1.2
Bangladesch	2.0	Irak	1.6	Sambia	1.2
Angola	1.9	Angola	1.5	Kongo, Demokratische Republik	1.1
Simbabwe	1.9	Simbabwe	1.3	Äthiopien	1.0
Kenia	1.9	Indien	1.3	Vietnam	0.9
Botsuana	1.2	Nicaragua	1.2	Nicaragua	0.8
Laos	1.1	Uganda	1.2	Kamerun	0.8
Algerien	1.0	Kambodscha	1.1	Serbien	0.8
Guinea-Bissau	0.9	Palästinensische Autonomiegebiete	1.1	Bosnien und Herzegowina	0.7
Insgesamt	**37.2**	**Insgesamt**	**25.9**	**Insgesamt**	**19.3**
ODA an multilaterale Stellen	33.6	ODA an multilaterale Stellen	31.8	ODA an multilaterale Stellen	33.0
Unaufgeschlüsselt	21.5	Unaufgeschlüsselt	23.8	Unaufgeschlüsselt	32.4
Gesamte ODA in Mio. US-$	**1 460**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**1 656**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**4 535**
LDC	38.2	LDC	29.4	LDC	27.3
Sonstige LIC	10.9	Sonstige LIC	7.4	Sonstige LIC	5.5
LMIC	15.6	LMIC	21.7	LMIC	15.5
UMIC	2.9	UMIC	6.7	UMIC	3.3
MADCT	-	MADCT	0.0	MADCT	-
Nicht zugeordnet	32.4	Nicht zugeordnet	34.9	Nicht zugeordnet	48.5
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**
Subsahara-Afrika	46.0	Subsahara-Afrika	33.2	Subsahara-Afrika	30.8
Süd- und Zentralasien	11.2	Süd- und Zentralasien	7.3	Süd- und Zentralasien	6.5
Sonstiges Asien und Ozeanien	8.6	Sonstiges Asien und Ozeanien	9.5	Sonstiges Asien und Ozeanien	6.0
Naher Osten und Nordafrika	2.7	Naher Osten und Nordafrika	5.0	Naher Osten und Nordafrika	4.0
Lateinamerika und Karibik	7.5	Lateinamerika und Karibik	9.4	Lateinamerika und Karibik	6.6
Europa	0.0	Europa	5.6	Europa	5.5
Unaufgeschlüsselt	24.0	Unaufgeschlüsselt	30.0	Unaufgeschlüsselt	40.5
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**

Schweiz

1987-1988		1997-1998		2007-2008	
Indien	3.9	Indien	2.5	Serbien	2.8
Madagaskar	3.3	Mosambik	2.2	Irak	2.5
Indonesien	3.1	Tansania	2.1	Tansania	1.4
Bolivien	3.0	Bolivien	1.9	Mosambik	1.3
Tansania	2.7	Bangladesch	1.8	Vietnam	1.2
Mosambik	2.5	Nepal	1.4	Nepal	1.1
Nepal	1.9	Vietnam	1.2	Burkina Faso	1.1
Ruanda	1.9	Südafrika	1.2	Bangladesch	1.0
Mali	1.6	Peru	1.1	Nicaragua	1.0
Pakistan	1.6	Burkina Faso	1.1	Afghanistan	0.9
Senegal	1.5	Pakistan	1.1	Kamerun	0.9
China	1.4	Bosnien und Herzegowina	1.1	Palästinensische Autonomiegebiete	0.9
Äthiopien	1.4	Ägypten	1.1	Pakistan	0.9
Ghana	1.2	Ruanda	1.1	Bosnien und Herzegowina	0.9
Peru	1.2	Tschad	0.9	Peru	0.9
Insgesamt	**32.3**	**Insgesamt**	**21.6**	**Insgesamt**	**18.8**
ODA an multilaterale Stellen	28.2	ODA an multilaterale Stellen	32.9	ODA an multilaterale Stellen	24.3
Unaufgeschlüsselt	18.5	Unaufgeschlüsselt	23.6	Unaufgeschlüsselt	35.8
Gesamte ODA in Mio. US-$	**586**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**912**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**1 873**
LDC	37.5	LDC	29.4	LDC	20.7
Sonstige LIC	5.4	Sonstige LIC	6.8	Sonstige LIC	6.5
LMIC	28.7	LMIC	24.1	LMIC	20.0
UMIC	2.3	UMIC	4.4	UMIC	5.6
MADCT	0.3	MADCT	0.0	MADCT	-
Nicht zugeordnet	25.7	Nicht zugeordnet	35.2	Nicht zugeordnet	47.3
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**
Subsahara-Afrika	36.8	Subsahara-Afrika	28.2	Subsahara-Afrika	19.7
Süd- und Zentralasien	14.2	Süd- und Zentralasien	14.9	Süd- und Zentralasien	11.5
Sonstiges Asien und Ozeanien	9.0	Sonstiges Asien und Ozeanien	7.2	Sonstiges Asien und Ozeanien	4.6
Naher Osten und Nordafrika	3.9	Naher Osten und Nordafrika	4.3	Naher Osten und Nordafrika	6.4
Lateinamerika und Karibik	13.8	Lateinamerika und Karibik	12.4	Lateinamerika und Karibik	7.9
Europa	0.3	Europa	4.5	Europa	8.8
Unaufgeschlüsselt	22.1	Unaufgeschlüsselt	28.4	Unaufgeschlüsselt	41.3
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**

Tabelle 32 *(Forts.)* **Hauptempfänger der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder**

Bruttoauszahlungen — **Vereinigtes Königreich** — In Prozent der gesamten ODA

1987-1988		1997-1998		2007-2008	
Indien	6.0	Indien	4.8	Indien	5.9
Bangladesch	2.7	Guyana	3.1	Irak	3.0
Kenia	2.7	Tansania	2.9	Afghanistan	2.5
Tansania	2.1	Sambia	2.4	Nigeria	2.3
Malawi	2.0	Uganda	2.4	Äthiopien	2.3
Mosambik	1.9	Bangladesch	2.2	Bangladesch	2.1
Ghana	1.8	Mosambik	1.7	Tansania	2.1
Sudan	1.6	Ghana	1.6	Pakistan	1.9
Pakistan	1.6	Montserrat	1.4	Sudan	1.7
Sambia	1.5	China	1.3	China	1.7
Uganda	1.3	Kenia	1.3	Kongo, Demokratische Republik	1.3
Sri Lanka	1.1	Indonesien	1.3	Mosambik	1.3
Äthiopien	1.0	Südafrika	1.2	Ghana	1.3
Simbabwe	1.0	Pakistan	1.2	Südafrika	1.3
China	1.0	Malawi	1.1	Malawi	1.2
Insgesamt	**29.3**	**Insgesamt**	**29.9**	**Insgesamt**	**32.0**
ODA an multilaterale Stellen	43.2	ODA an multilaterale Stellen	41.3	ODA an multilaterale Stellen	35.5
Unaufgeschlüsselt	11.8	Unaufgeschlüsselt	13.2	Unaufgeschlüsselt	19.6
Gesamte ODA in Mio. US-$	**2 403**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**3 874**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**11 799**
LDC	33.7	LDC	29.0	LDC	32.2
Sonstige LIC	14.4	Sonstige LIC	10.0	Sonstige LIC	13.2
LMIC	20.5	LMIC	26.9	LMIC	20.1
UMIC	7.8	UMIC	11.3	UMIC	4.0
MADCT	2.8	MADCT	0.4	MADCT	0.0
Nicht zugeordnet	20.7	Nicht zugeordnet	22.5	Nicht zugeordnet	30.4
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**
Subsahara-Afrika	39.4	Subsahara-Afrika	34.3	Subsahara-Afrika	34.4
Süd- und Zentralasien	22.1	Süd- und Zentralasien	17.0	Süd- und Zentralasien	22.0
Sonstiges Asien und Ozeanien	8.2	Sonstiges Asien und Ozeanien	7.1	Sonstiges Asien und Ozeanien	7.2
Naher Osten und Nordafrika	3.4	Naher Osten und Nordafrika	3.0	Naher Osten und Nordafrika	6.4
Lateinamerika und Karibik	5.6	Lateinamerika und Karibik	15.6	Lateinamerika und Karibik	1.7
Europa	1.6	Europa	2.5	Europa	0.8
Unaufgeschlüsselt	19.6	Unaufgeschlüsselt	20.6	Unaufgeschlüsselt	27.5
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**

Vereinigte Staaten

1987-1988		1997-1998		2007-2008	
Israel	11.9	Ägypten	8.5	Irak	12.9
Ägypten	9.3	Bosnien und Herzegowina	2.3	Afghanistan	7.2
El Salvador	3.3	Peru	2.0	Sudan	3.1
Pakistan	2.7	Indien	1.7	Ägypten	2.7
Philippinen	1.8	Jordanien	1.5	Äthiopien	2.3
Indien	1.7	Bolivien	1.5	Kolumbien	2.1
Nördliche Marianen	1.6	Südafrika	1.1	Pakistan	1.6
Honduras	1.5	Haiti	1.0	Kenia	1.5
Guatemala	1.4	Vietnam	0.8	Palästinensische Autonomiegebiete	1.4
Costa Rica	1.3	Palästinensische Autonomiegebiete	0.6	Uganda	1.3
Bangladesch	1.3	Mosambik	0.8	Jordanien	1.3
Sudan	1.0	El Salvador	0.8	Südafrika	1.2
Jordanien	0.9	Mikronesien	0.8	Nigeria	1.2
Indonesien	0.9	Philippinen	0.7	Liberia	1.0
Marokko	0.9	Äthiopien	0.6	Georgien	1.0
Insgesamt	**41.4**	**Insgesamt**	**24.8**	**Insgesamt**	**41.7**
ODA an multilaterale Stellen	26.0	ODA an multilaterale Stellen	27.1	ODA an multilaterale Stellen	11.7
Unaufgeschlüsselt	17.5	Unaufgeschlüsselt	32.6	Unaufgeschlüsselt	23.7
Gesamte ODA in Mio. US-$	**10 294**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**8 800**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**25 255**
LDC	12.8	LDC	11.1	LDC	27.1
Sonstige LIC	4.9	Sonstige LIC	3.8	Sonstige LIC	7.5
LMIC	34.8	LMIC	36.0	LMIC	33.5
UMIC	5.4	UMIC	4.4	UMIC	5.0
MADCT	18.4	MADCT	0.0	MADCT	0.0
Nicht zugeordnet	23.7	Nicht zugeordnet	44.7	Nicht zugeordnet	26.9
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**
Subsahara-Afrika	10.9	Subsahara-Afrika	12.1	Subsahara-Afrika	25.7
Süd- und Zentralasien	9.1	Süd- und Zentralasien	6.4	Süd- und Zentralasien	16.0
Sonstiges Asien und Ozeanien	6.9	Sonstiges Asien und Ozeanien	6.5	Sonstiges Asien und Ozeanien	4.5
Naher Osten und Nordafrika	32.5	Naher Osten und Nordafrika	15.8	Naher Osten und Nordafrika	22.8
Lateinamerika und Karibik	19.2	Lateinamerika und Karibik	19.4	Lateinamerika und Karibik	8.2
Europa	0.8	Europa	6.0	Europa	1.9
Unaufgeschlüsselt	20.7	Unaufgeschlüsselt	33.7	Unaufgeschlüsselt	21.0
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**

Tabelle 32 *(Forts.)* **Hauptempfänger der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder**

Bruttoauszahlungen		**DAC-Mitglieder insgesamt**		In Prozent der gesamten ODA	
1987-1988		1997-1998		2007-2008	
Indonesien	3.8	China	3.3	Irak	7.5
Ägypten	3.4	Indonesien	3.0	Afghanistan	2.8
Indien	2.9	Ägypten	2.8	China	2.1
Israel	2.9	Indien	2.7	Indonesien	2.0
China	2.3	Philippinen	1.6	Indien	1.8
Bangladesch	2.0	Thailand	1.5	Vietnam	1.4
Pakistan	1.9	Bangladesch	1.3	Sudan	1.4
Philippinen	1.8	Vietnam	1.2	Tansania	1.3
Tansania	1.6	Mosambik	1.2	Äthiopien	1.2
Mosambik	1.4	Tansania	1.2	Kamerun	1.1
Kenia	1.2	Pakistan	1.1	Ägypten	1.1
Thailand	1.2	Bosnien und Herzegowina	1.0	Bangladesch	1.0
Türkei	1.2	Côte d'Ivoire	0.9	Mosambik	1.0
Sudan	1.0	Madagaskar	0.8	Nigeria	0.9
Äthiopien	0.9	Peru	0.8	Palästinensische Autonomiegebiete	0.9
Insgesamt	**29.6**	**Insgesamt**	**24.5**	**Insgesamt**	**27.4**
ODA an multilaterale Stellen	28.6	ODA an multilaterale Stellen	29.0	ODA an multilaterale Stellen	26.2
Unaufgeschlüsselt	12.2	Unaufgeschlüsselt	16.1	Unaufgeschlüsselt	19.4
Gesamte ODA in Mio. US-$	**46 932**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**57 193**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**125 855**
LDC	25.7	LDC	20.2	LDC	24.6
Sonstige LIC	7.8	Sonstige LIC	8.4	Sonstige LIC	7.7
LMIC	34.0	LMIC	38.4	LMIC	34.8
UMIC	7.5	UMIC	7.7	UMIC	6.7
MADCT	8.0	MADCT	2.7	MADCT	0.0
Nicht zugeordnet	17.0	Nicht zugeordnet	22.7	Nicht zugeordnet	26.2
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**
Subsahara-Afrika	27.6	Subsahara-Afrika	23.5	Subsahara-Afrika	26.3
Süd- und Zentralasien	12.7	Süd- und Zentralasien	10.6	Süd- und Zentralasien	12.4
Sonstiges Asien und Ozeanien	19.3	Sonstiges Asien und Ozeanien	21.9	Sonstiges Asien und Ozeanien	12.7
Naher Osten und Nordafrika	13.9	Naher Osten und Nordafrika	9.6	Naher Osten und Nordafrika	17.1
Lateinamerika und Karibik	10.9	Lateinamerika und Karibik	12.3	Lateinamerika und Karibik	7.9
Europa	2.3	Europa	3.6	Europa	3.3
Unaufgeschlüsselt	13.5	Unaufgeschlüsselt	18.5	Unaufgeschlüsselt	20.4
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**

Europäische Kommission					
1987-1988		1997-1998		2007-2008	
Indien	6.0	Marokko	4.0	Türkei	7.2
Äthiopien	5.8	Ägypten	3.9	Palästinensische Autonomiegebiete	4.5
Côte d'Ivoire	5.5	Bosnien und Herzegowina	3.2	Äthiopien	3.1
Ägypten	3.4	Algerien	2.6	Marokko	3.0
Senegal	3.3	Tunesien	2.2	Serbien	2.5
Papua-Neuguinea	2.7	Palästinensische Autonomiegebiete	1.8	Afghanistan	2.4
Sudan	2.7	Türkei	1.8	Sudan	2.0
Kenia	2.4	Bangladesch	1.5	Ägypten	1.7
Bangladesch	2.2	Mauretanien	1.5	Kroatien	1.6
Mosambik	2.2	Äthiopien	1.5	Uganda	1.6
Tschad	2.0	Mosambik	1.4	Mosambik	1.5
Tunesien	1.7	Madagaskar	1.4	Tansania	1.4
Uganda	1.7	Jordanien	1.4	Kongo, Demokratische Republik	1.4
Tansania	1.6	Südafrika	1.4	Tunesien	1.4
Malawi	1.6	Senegal	1.4	Burkina Faso	1.3
Insgesamt	**44.8**	**Insgesamt**	**31.1**	**Insgesamt**	**36.7**
ODA an multilaterale Stellen	0.0	ODA an multilaterale Stellen	1.1	ODA an multilaterale Stellen	2.4
Unaufgeschlüsselt	19.3	Unaufgeschlüsselt	21.0	Unaufgeschlüsselt	18.3
Gesamte ODA in Mio. US-$	**2 138**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**5 455**	**Gesamte ODA in Mio. US-$**	**13 425**
LDC	42.7	LDC	26.6	LDC	32.3
Sonstige LIC	12.2	Sonstige LIC	6.9	Sonstige LIC	5.5
LMIC	20.8	LMIC	33.1	LMIC	26.5
UMIC	4.4	UMIC	10.6	UMIC	17.0
MADCT	0.6	MADCT	1.5	MADCT	0.0
Nicht zugeordnet	19.3	Nicht zugeordnet	21.2	Nicht zugeordnet	18.7
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**
Subsahara-Afrika	53.0	Subsahara-Afrika	34.6	Subsahara-Afrika	35.5
Süd- und Zentralasien	10.0	Süd- und Zentralasien	7.0	Süd- und Zentralasien	8.0
Sonstiges Asien und Ozeanien	8.7	Sonstiges Asien und Ozeanien	6.7	Sonstiges Asien und Ozeanien	4.6
Naher Osten und Nordafrika	7.0	Naher Osten und Nordafrika	18.0	Naher Osten und Nordafrika	15.5
Lateinamerika und Karibik	9.5	Lateinamerika und Karibik	11.7	Lateinamerika und Karibik	8.4
Europa	3.0	Europa	10.0	Europa	17.2
Unaufgeschlüsselt	8.8	Unaufgeschlüsselt	12.1	Unaufgeschlüsselt	10.9
Bilateral insgesamt	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**	**Bilateral insgesamt**	**100.0**

Tabelle 33 **ODA-Leistungen von Nicht-DAC-Gebern**

Nettoauszahlungen — Mio. US-$

	2004	2005	2006	2007	2008	*Nachrichtlich*: 2008 ODA/BNE (in %)
Nicht-DAC-OECD-Länder						
Tschechische Republik	108	135	161	179	249	0.12
Ungarn	70	100	149	103	107	0.08
Island	21	27	41	48	48	0.47
Korea	423	752	455	696	802	0.09
Polen	118	205	297	363	372	0.08
Slowakische Republik	28	56	55	67	92	0.10
Türkei	339	601	714	602	780	0.11
Arabische Länder						
Kuwait	161	218	158	110	283	..
Saudi-Arabien	1 734	1 005	2 095	2 079	5 564	..
Verein. Arabische Emirate	181	141	219	429	88	..
Sonstige Geber						
Chinesisch Taipeh	421	483	513	514	435	0.11
Israel[a]	84	95	90	111	138	0.07
Thailand	..	..	74	67	178	..
Sonstige Geber	22	86	121	188	343	..
INSGESAMT	**3 712**	**3 905**	**5 142**	**5 558**	**9 481**	**..**
davon: Bilateral						
Nicht-DAC-OECD-Länder						
Tschechische Republik	63	64	78	81	117	
Ungarn	35	40	84	33	15	
Island	16	20	28	37	36	
Korea	331	463	376	491	539	
Polen	25	48	119	156	84	
Slowakische Republik	11	31	25	28	41	
Türkei	292	532	643	545	736	
Arabische Länder						
Kuwait	99	218	157	109	282	
Saudi-Arabien	1 691	883	2 050	2 054	5 544	
Verein. Arabische Emirate	181	141	219	429	88	
Sonstige Geber						
Chinesisch Taipeh	410	465	494	495	407	
Israel[a]	75	80	75	96	119	
Thailand	..	..	65	61	166	
Sonstige Geber	2	23	43	89	123	
INSGESAMT	**3 232**	**3 008**	**4 454**	**4 703**	**8 298**	

a) Diese Zahlen umfassen auch Unterhaltskosten in Höhe von 47,9 Mio. US-$ im Jahr 2004, 49,2 Mio. US-$ im Jahr 2005, 45,5 Mio. US-$ im Jahr 2006, 42,9 Mio. US-$ im Jahr 2007 und 43,6 Mio. US-$ im Jahr 2008 für das erste Jahr von Übersiedlern aus Entwicklungsländern (in denen oft Bürgerkriege oder schwere Unruhen herrschen) oder für Einzelpersonen, die ihr Land aus humanitären oder politischen Gründen verlassen mussten.

Anmerkung: In den oben stehenden Tabellen sind die Leistungen mehrerer großer aufstrebender Nicht-OECD-Geber nicht erfasst, da hinsichtlich ihrer Leistungen noch keine Informationen offengelegt wurden.

Tabelle 34 **Anteil der Schuldenerleichterungen an den gesamten ODA-Nettoleistungen der DAC-Mitglieder im Jahr 2008**

	ODA-Nettoleistungen (Mio. US-$)	ODA-Nettoschulden-erleichterungen[a] (Mio. US-$)	*davon: Bilateral (Mio. US-$)*	Schulden-erleichterungen in % der ODA-Nettoleistungen	ODA-Nettoschulden-erleichterungen für HIPC-Länder[b] (Mio. US-$)	HIPC-Schulden-erleichterungen in % der ODA-Nettoleistungen
Australien	2 954	256	*256*	8.7	-	-
Belgien	2 386	101	*101*	4.2	0	0.0
Dänemark	2 803	96	*96*	3.4	1	0.0
Deutschland	13 981	2 622	*2 593*	18.8	316	2.3
Finnland	1 166	9	*2*	0.8	9	0.8
Frankreich	10 908	1 021	*1 021*	9.4	597	5.5
Griechenland	703	-	-	-	-	-
Irland	1 328	8	-	0.6	8	0.6
Italien	4 861	890	*890*	18.3	29	0.6
Japan	9 579	1 741	*1 741*	18.2	3	0.0
Kanada	4 785	133	*133*	2.8	0	0.0
Luxemburg	415	-	-	-	-	-
Neuseeland	348	-	-	-	-	-
Niederlande	6 993	198	*124*	2.8	108	1.5
Norwegen	3 963	42	*42*	1.1	16	0.4
Österreich	1 714	739	*733*	43.1	27	1.6
Portugal	620	1	*1*	0.1	-	-
Schweden	4 732	6	-	0.1	6	0.1
Schweiz	2 038	99	*99*	4.9	11	0.6
Spanien	6 867	342	*342*	5.0	39	0.6
Vereinigtes Königreich	11 500	605	*549*	5.3	71	0.6
Vereinigte Staaten	26 842	218	*218*	0.8	205	0.8
DAC INSGESAMT	**121 483**	**9 127**	***8 941***	**7.5**	**1 445**	**1.2**

a) Umfasst: 1. *Bilateral*: Zuschüsse für den Erlass von ODA, sonstigen öffentlichen Leistungen (OOF) oder privaten Forderungen, andere Schuldentransaktionen wie Schuldenumwandlung, Forderungsrückkäufe oder Schuldendienstleistungen an Dritte sowie neue ODA im Zusammenhang mit konzessionären Umschuldungsvereinbarungen, abzüglich Ausgleichsbuchungen für den Erlass etwaiger als ODA verbuchter Darlehensbeträge und 2. *Multilateral*: Beiträge zum HIPC-Treuhandfonds *(Quelle:* Weltbank).

b) Bilaterale Schuldenerleichterungen für HIPC-Länder (umfasst sämtliche unter *a*) aufgelistete Posten), zuzüglich multilaterale Beiträge zur HIPC-Initiative.

Tabelle 35 **Wirtschaftsindikatoren für die DAC-Mitgliedstaaten, 2008**

	Pro-Kopf-BNE (US-$)	Reales BIP-Wachstum (in %)	Inflation[a] (in %)	Arbeitslosenquote (in %)	Haushaltssaldo Überschuss (+) bzw. Defizit (-) (in % des BIP)	Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP)	Gesamte staatliche Einnahmen (in % des BIP)
Australien	43 700	2.3	6.4	4.2	1.0	-4.6	35.3
Belgien	46 600	0.8	1.9	7.0	-1.2	-2.5	48.9
Dänemark	62 200	-1.2	4.0	3.3	3.4	2.2	55.0
Deutschland	44 500	1.0	1.5	7.2	0.0	6.6	43.8
Finnland	49 900	0.8	2.0	6.4	4.4	2.8	53.4
Frankreich	45 500	0.3	2.5	7.4	-3.4	-2.3	49.3
Griechenland	29 700	2.0	3.5	7.7	-7.8	-14.6	40.6
Irland	51 800	-3.0	-1.2	6.0	-7.2	-5.4	34.9
Italien	37 600	-1.0	2.8	6.8	-2.7	-3.4	46.0
Japan	39 700	-0.7	-0.9	4.0	-2.7	3.2	34.4
Kanada	44 100	0.4	3.9	6.1	0.1	0.5	39.8
Luxemburg	87 500	0.0	5.0	4.4	2.5	5.5	40.2
Neuseeland	26 800	-1.1	3.6	4.2	3.1	-8.8	44.2
Niederlande	52 700	2.0	2.7	2.9	0.7	4.8	46.6
Norwegen	93 900	2.1	9.6	2.6	18.8	19.4	58.8
Österreich	48 000	1.9	2.2	4.9	-0.5	3.2	48.4
Portugal	22 200	0.0	2.1	7.6	-2.8	-12.1	43.2
Schweden	52 200	-0.4	3.4	6.2	2.5	6.2	54.3
Schweiz	62 700	1.8	2.2	3.5	1.6	2.3	33.6
Spanien	33 300	0.9	2.5	11.3	-4.1	-9.6	37.0
Vereinigtes Königreich	43 700	0.6	2.9	5.7	-5.3	-1.6	42.2
Vereinigte Staaten	47 400	0.4	2.1	5.8	-6.5	-4.9	32.3
DAC INSGESAMT	**44 100**	**0.6**	**2.5**	**5.9**	**-3.5**	**-1.6**	**37.9**

a) BIP-Deflatoren.

Quelle: OECD-Wirtschaftsausblick, November 2009; Vorlagen der jeweiligen Länder.

Tabelle 36 **Deflatoren für die Leistungen der DAC-Geber[a] (2007 = 100)**

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Australien	60.00	56.23	61.03	62.87	67.88	65.28	55.39	57.18
Belgien	69.41	67.16	70.80	81.29	77.80	68.13	68.49	65.86
Dänemark	67.75	63.53	65.75	75.56	74.49	66.70	66.56	64.93
Deutschland	77.43	75.88	79.15	91.32	87.40	76.06	75.38	72.50
Finnland	75.29	59.95	66.45	83.52	79.32	71.38	71.78	69.32
Frankreich	71.31	67.69	69.97	78.87	78.19	69.22	69.11	66.25
Griechenland	58.15	55.33	58.17	66.81	69.03	65.00	63.24	62.92
Irland	57.43	51.95	53.90	59.56	60.82	59.80	59.90	59.24
Italien	74.34	60.55	61.10	63.50	70.26	65.29	65.71	63.91
Japan	104.89	120.14	129.92	140.39	120.73	109.21	100.98	114.56
Kanada	65.63	62.38	59.60	60.65	62.02	61.81	57.46	58.38
Luxemburg	61.04	60.19	64.35	74.70	73.17	62.37	61.71	61.92
Neuseeland	53.40	55.19	61.21	69.23	74.40	71.93	58.67	58.17
Niederlande	64.84	62.38	64.97	75.17	72.50	64.31	64.43	62.92
Norwegen	52.77	47.29	47.44	54.43	55.65	52.24	48.59	50.13
Österreich	73.96	71.94	75.12	86.67	83.41	72.15	71.18	68.32
Portugal	62.75	56.54	58.68	67.22	67.05	61.28	61.82	61.12
Schweden	89.90	68.92	71.48	79.97	85.78	76.36	73.85	71.87
Schweiz	75.08	73.14	80.05	93.25	89.35	76.07	76.31	74.07
Spanien	68.57	57.69	56.92	64.17	65.34	57.89	58.14	57.08
Vereinigtes Königreich	60.53	53.27	55.16	58.41	59.84	64.56	66.75	66.55
Vereinigte Staaten	72.10	73.76	75.33	76.87	78.33	79.63	80.52	81.68
DAC INSGESAMT	**75.05**	**72.79**	**76.11**	**84.37**	**80.14**	**74.53**	**73.66**	**74.99**
Europäische Kommission	69.41	64.98	67.78	76.43	75.66	68.50	68.66	66.06

a) Einschl. des Effekts von Wechselkursänderungen, d.h. nur auf die Zahlen in US-Dollar anwendbar.

Tabelle 36 *(Forts.)* **Deflatoren für die Leistungen der DAC-Geber[a] (2007 = 100)**

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Australien	53.51	49.58	53.64	65.84	77.75	83.80	86.92	100.00	104.23
Belgien	58.03	57.55	61.67	75.15	84.57	86.71	89.55	100.00	107.53
Dänemark	57.72	57.50	62.08	75.65	85.03	87.50	90.09	100.00	108.93
Deutschland	62.29	61.26	65.38	79.30	88.04	88.68	90.02	100.00	107.05
Finnland	61.51	61.52	65.58	78.31	86.83	86.99	89.21	100.00	108.79
Frankreich	58.12	57.61	62.06	75.81	84.69	86.44	89.49	100.00	107.76
Griechenland	54.41	53.67	58.57	72.64	82.62	85.35	89.13	100.00	109.01
Irland	54.37	55.73	61.33	75.37	84.58	86.58	90.45	100.00	104.39
Italien	56.33	56.36	61.25	75.71	85.45	87.26	89.66	100.00	109.48
Japan	118.94	104.23	99.59	105.86	112.28	108.88	102.00	100.00	112.66
Kanada	60.81	58.98	58.80	68.11	75.62	83.93	91.89	100.00	103.23
Luxemburg	54.22	53.26	56.86	72.16	81.57	84.92	90.12	100.00	106.92
Neuseeland	51.17	49.38	54.98	69.98	82.96	89.69	84.67	100.00	97.55
Niederlande	56.67	57.88	63.23	77.46	85.80	87.92	90.32	100.00	107.21
Norwegen	51.38	51.13	56.56	65.70	72.67	82.60	89.88	100.00	109.04
Österreich	59.92	59.18	63.11	76.65	85.63	87.17	89.74	100.00	108.12
Portugal	54.46	54.87	60.02	74.22	83.61	85.76	89.07	100.00	107.71
Schweden	65.70	59.45	64.25	78.72	87.27	86.56	89.06	100.00	104.91
Schweiz	66.69	67.26	73.22	85.60	93.17	93.03	94.07	100.00	112.38
Spanien	51.08	51.72	56.77	70.87	81.07	84.58	88.87	100.00	108.93
Vereinigtes Königreich	63.01	61.23	65.75	73.76	84.85	86.04	89.39	100.00	93.38
Vereinigte Staaten	83.46	85.46	86.96	88.81	91.36	94.34	97.38	100.00	102.24
DAC INSGESAMT	**72.10**	**68.53**	**71.18**	**81.02**	**88.37**	**90.85**	**92.57**	**100.00**	**105.05**
Europäische Kommission	57.92	57.65	62.22	76.20	85.37	87.07	89.65	100.00	107.95

a) Einschl. des Effekts von Wechselkursänderungen, d.h. nur auf die Zahlen in US-Dollar anwendbar.

Tabelle 37 **Jahresdurchschnittliche Dollar-Wechselkurse für die DAC-Mitglieder**

1 US-$ =		2004	2005	2006	2007	2008
Australien	Dollar	1.3592	1.3128	1.3279	1.1952	1.2129
Belgien	Euro	0.8049	0.8046	0.7967	0.7305	0.6933
Dänemark	Krone	5.9876	5.9961	5.9430	5.4426	5.1675
Deutschland	Euro	0.8049	0.8046	0.7967	0.7305	0.6933
Finnland	Euro	0.8049	0.8046	0.7967	0.7305	0.6933
Frankreich	Euro	0.8049	0.8046	0.7967	0.7305	0.6933
Griechenland	Euro	0.8049	0.8046	0.7967	0.7305	0.6933
Irland	Euro	0.8049	0.8046	0.7967	0.7305	0.6933
Italien	Euro	0.8049	0.8046	0.7967	0.7305	0.6933
Japan	Yen	108.1	110.1	116.4	117.8	103.5
Kanada	Dollar	1.3011	1.2117	1.1343	1.0743	1.0753
Luxemburg	Euro	0.8049	0.8046	0.7967	0.7305	0.6933
Neuseeland	Dollar	1.5090	1.4208	1.5416	1.3609	1.4455
Niederlande	Euro	0.8049	0.8046	0.7967	0.7305	0.6933
Norwegen	Krone	6.7393	6.4414	6.4148	5.8584	5.7073
Österreich	Euro	0.8049	0.8046	0.7967	0.7305	0.6933
Portugal	Euro	0.8049	0.8046	0.7967	0.7305	0.6933
Schweden	Krone	7.3460	7.4724	7.3733	6.7575	6.6797
Schweiz	Franken	1.2427	1.2459	1.2532	1.1998	1.0966
Spanien	Euro	0.8049	0.8046	0.7967	0.7305	0.6933
Vereinigtes Königreich	Pfund Sterling	0.5457	0.5501	0.5434	0.4997	0.5527
Euro-Währungsgebiet (12)	*EURO*	*0.8049*	*0.8046*	*0.7967*	*0.7305*	*0.6933*

Tabelle 38 **Bruttonationaleinkommen und Bevölkerung der DAC-Mitgliedstaaten**

	Bruttonationaleinkommen (Mrd. US-$)				Bevölkerung (in Tsd.)			
	Durchschnitt 1997-1998	2006	2007	2008	Durchschnitt 1997-1998	2006	2007	2008
Australien	373	720	827	935	18 625	20 510	21 020	21 370
Belgien	248	396	458	498	10 190	10 540	10 580	10 690
Dänemark	170	280	317	343	5 290	5 450	5 480	5 510
Deutschland	2 126	2 931	3 350	3 652	82 040	82 440	82 260	82 140
Finnland	123	211	249	266	5 145	5 260	5 300	5 330
Frankreich	1 469	2 267	2 604	2 831	58 505	63 400	61 700	62 280
Griechenland	120	245	308	334	10 505	11 110	11 180	11 240
Irland	63	189	216	225	3 685	4 240	4 340	4 340
Italien	1 156	1 847	2 091	2 233	56 990	58 750	58 880	59 340
Japan	4 181	4 486	4 524	5 064	126 330	127 740	127 750	127 660
Kanada	588	1 254	1 410	1 473	30 120	32 730	33 090	33 390
Luxemburg	17	33	41	43	425	460	460	490
Neuseeland	54	97	120	114	3 775	4 170	4 220	4 270
Niederlande	373	676	770	869	15 660	16 360	16 400	16 480
Norwegen	152	333	392	451	4 420	4 680	4 740	4 800
Österreich	207	320	363	400	8 075	8 280	8 300	8 330
Portugal	104	187	214	229	9 965	10 340	10 340	10 340
Schweden	219	386	464	483	8 850	9 110	9 180	9 260
Schweiz	272	421	440	483	7 100	7 500	7 590	7 700
Spanien	545	1 210	1 400	1 537	39 345	44 710	45 200	46 160
Vereinigtes Königreich	1 358	2 424	2 844	2 666	59 125	60 200	60 580	60 970
Vereinigte Staaten	8 405	13 260	13 926	14 410	269 125	299 400	301 620	304 060
DAC INSGESAMT	**22 323**	**34 170**	**37 329**	**39 540**	**833 290**	**887 380**	**890 210**	**896 150**
davon:								
DAC-EU-Mitglieder	8 298	13 600	15 690	16 610	373 795	390 650	390 180	392 900

Technische Anmerkungen

Anmerkungen zu Definitionen und Messgrößen

Der Erfassungsbereich der in diesem Bericht enthaltenen Daten hat sich in den letzten Jahren geändert. Als Hauptpunkte sind dabei festzuhalten:

Änderungen in Bezug auf das ODA-Konzept und die Abgrenzung des BNE

Die Definition der Leistungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit ist zwar seit 1972 unverändert geblieben, doch hat sich der Anwendungsbereich dieses Konzepts wegen dessen veränderter Interpretation tendenziell vergrößert. Wichtigste Änderungen: Verwaltungskosten werden als ODA erfasst (seit 1979), der den Ausbildungskosten für Studierende aus Empfängerländern der DAC-Liste entsprechende Anteil der für Bildungssysteme bestimmten Zuschüsse wird als ODA ausgewiesen (1984 erstmals ausdrücklich definiert), und schließlich werden fortan auch öffentliche Unterhaltsleistungen der Geber für Flüchtlinge aus Empfängerländern im ersten Jahr nach deren Ankunft berücksichtigt (diese Praxis ist zwar bereits seit Anfang der achtziger Jahre zulässig, wird jedoch erst seit 1991 auf breiter Basis angewendet).

Eine genaue Quantifizierung der Wirkungen, die aus diesen Änderungen resultieren, ist insofern schwierig, als Veränderungen der Datenerfassungsmethoden und des Erfassungsbereichs aus den statistischen Angaben der DAC-Mitglieder oft nicht ohne weiteres ersichtlich sind. Dabei kann es sich jedoch um sehr hohe Beträge handeln. Zum Beispiel enthielten die von Kanada gemachten Angaben für 1993 erstmals einen Zahlenwert für Flüchtlingshilfe in Kanada. Der hierfür ausgewiesene Betrag (184 Mio. US-$) entsprach fast 8% der gesamten kanadischen ODA. Die Ende der achtziger Jahre von Australien angegebenen EZ-Leistungen waren Schätzungen zufolge um rd. 12% höher als der Betrag, der sich nach den 15 Jahre zuvor geltenden Berechnungsregeln und -verfahren ergeben hätte[1].

Zudem hat das Konzept des Nationaleinkommens durch die Einbeziehung neuer Wirtschaftsbereiche und verbesserte Erhebungsmethoden eine Erweiterung erfahren. Das gemeinsam von der OECD und anderen großen internationalen Organisationen geförderte System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (SNA) von 1993 führte insbesondere zu einer breiteren Abgrenzung des BSP, das in BNE – Bruttonationaleinkommen – umbenannt wurde. Hierdurch wird das ODA/BNE-Verhältnis der Geber in der Regel gesenkt. Das ODA/BNE-Verhältnis Norwegens und Dänemarks verringerte sich Mitte der neunziger Jahre infolge der Umstellung auf das neue SNA um 6-8%. Finnland und Australien verzeichneten in der Folgezeit geringere Rückgänge von 2-4%, während in einigen anderen Ländern kaum Veränderungen festzustellen waren. Die durchschnittliche Verringerung betrug rd. 3%. Alle DAC-Mitglieder wenden nunmehr das neue SNA an.

1. Scott, S. , „Some Aspects of the 1988/89 Aid Budget“, in *Quarterly Aid Round-up*, No. 6, AIDAB, Canberra, 1989, S. 11-18.

Berücksichtigte Empfängerländer

Seit 1990 wurden in den in Klammern angegebenen Jahren folgende Länder und Ländergruppen neu in die Liste der ODA-Empfänger aufgenommen: der schwarze Bevölkerungsteil in Südafrika (1991, nunmehr einfach Südafrika), Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan (1992), Armenien, Georgien und Aserbaidschan (1993), Palästinensische Autonomiegebiete (1994), Moldau (1997), Belarus, Libyen und Ukraine (2005).

Im selben Zeitraum wurden folgende Länder und Gebiete aus der Liste der ODA-Empfänger gestrichen: Portugal (1991), Französisch-Guayana, Guadeloupe, Martinique, Réunion und St. Pierre und Miquelon (1992), Griechenland (1994), Bahamas, Brunei, Katar, Kuwait, Singapur und Vereinigte Arabische Emirate (1996), Bermuda, Chinesisch Taipeh, Falkland Inseln, Hongkong (China), Israel, Kaimaninseln und Zypern (1997), Aruba, Britische Jungferninseln, Französisch-Polynesien, Gibraltar, Korea, Libyen, Macau, Neukaledonien, Niederländische Antillen und die Nördlichen Marianen (2000), Malta und Slowenien (2003), Bahrain (2005), Turks- und Caicosinseln sowie Saudi-Arabien (2008).

Von 1993 bis 2004 wurden mehrere Transformationsländer Mittel- und Osteuropas und die Neuen Unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion in einem separaten Verzeichnis von Empfängern „öffentlicher Hilfe“ geführt. Dieses Verzeichnis wurde jetzt abgeschafft.

Berücksichtigte Geberländer

Spanien und Portugal traten dem DAC 1991, Luxemburg 1992 und Griechenland 1999 bei. Die von diesen Ländern geleistete öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ist heute mit in der DAC-Gesamtsumme enthalten. Die vor dem Beitritt von ihnen erbrachten ODA-Leistungen wurden, soweit datenmäßig verfügbar, den Zahlen für die Vorjahre hinzugerechnet. Die ODA-Gesamtsumme der DAC-Länder hat sich mit jedem neuen Mitglied erhöht, jedoch ist hierdurch das globale Verhältnis ODA/BNE in der Regel zurückgegangen, da die Programme dieser Länder bezogen auf das BNE oft weniger umfangreich sind als die Programme der schon länger zum Kreis der Geber zählenden Länder.

Behandlung des Schuldenerlasses

Der Erlass von Schulden aus ursprünglich nicht bei der ODA miterfassten Krediten wurde früher unterschiedlich behandelt. Bis Ende 1992 konnte der Erlass von Nicht-ODA-Schulden, soweit die ODA-Kriterien erfüllt waren, als ODA notifiziert werden. Von 1990 bis 1992 konnte er zwar weiterhin als Teil der von dem betreffenden Land geleisteten ODA gemeldet werden, doch war er nicht mehr in der DAC-Gesamtsumme berücksichtigt. Die fraglichen Beträge sind nachstehender Tabelle zu entnehmen. Seit 1993 werden Schuldenerlasse bei ursprünglich für militärische Zwecke gewährten Krediten unter „Sonstige öffentliche Leistungen“ verbucht, während der Schuldenerlass bei anderen als ODA erfassten Nicht-ODA-Krediten (hauptsächlich Exportkrediten) entsprechend der bis 1989 geübten Praxis sowohl in den Länderdaten als auch in der ODA-Gesamtsumme für die DAC-Länder enthalten ist.

Der Verzicht auf die Rückzahlung eines ursprünglich als ODA verbuchten ausstehenden Kredits zieht keine neue ODA-Nettoauszahlung nach sich. Statistisch gesehen ist dies insofern von Vorteil, als das Ausbleiben der Tilgungen keine Verringerung der ODA-Nettoauszahlungen zur Folge hat.

Erlassene Nicht-ODA-Schulden[1]

In Mio. US-$

	1990	1991	1992
Australien	-	-	4.2
Belgien	-	-	30.2
Deutschland	-	-	620.4
Frankreich	294.0	-	108.5
Japan	15.0	6.8	32.0
Niederlande	12.0	-	11.4
Norwegen	-	-	46.8
Österreich	-	4.2	25.3
Schweden	5.0	-	7.1
Vereinigtes Königreich	8.0	17.0	90.4
Vereinigte Staaten	1 200.0	1 855.0	894.0
DAC INSGESAMT	**1 534.0**	**1 882.9**	**1 870.2**

1. Diese Daten sind in den ODA-Angaben der einzelnen Länder berücksichtigt, in den Tabellen, in denen die Leistungen nach Gebern aufgeschlüsselt sind, werden sie jedoch nicht dem Gesamtbetrag der ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder zugerechnet. Vgl. Anmerkungen zu Definitionen und Messgrößen.

Berichtszeitraum

Sofern nicht anders angegeben, beziehen sich alle in dieser Veröffentlichung enthaltenen Daten auf Kalenderjahre.

DAC-Liste der ODA-Empfänger

Laut Angaben über die EZ-Ströme von 2008

LDC	Sonstige LIC (Pro-Kopf-BNE, 2007: < 935 US-$)	LMIC (Pro-Kopf-BNE, 2007: 936 - 3 705 US-$)	UMIC (Pro-Kopf-BNE, 2007: 3 706 - 11 455 US-$)
Afghanistan	Côte d'Ivoire	Ägypten	• Anguilla
Angola	Ghana	Albanien	Antigua und Barbuda[1]
Äquatorialguinea	Kenia	Algerien	Argentinien
Äthiopien	Kirgisistan	Armenien	Barbados[2]
Bangladesch	Korea, Demokr. Volksrep.	Aserbaidschan	Belarus
Benin	Nigeria	Bolivien	Belize
Bhutan	Pakistan	Bosnien und Herzegowina	Botsuana
Burkina Faso	Papua-Neuguinea	China	Brasilien
Burundi	Simbabwe	Dominikanische Republik	Chile
Dschibuti	Tadschikistan	Ecuador	Cookinseln
Eritrea	Usbekistan	El Salvador	Costa Rica
Gambia	Vietnam	Georgien	Dominica
Guinea		Guatemala	Fidschi
Guinea-Bissau		Guayana	Gabun
Haiti		Honduras	Grenada
Jemen		Indien	Jamaika
Kambodscha		Indonesien	Kasachstan
Kiribati		Irak	Kroatien
Komoren		Iran	Kuba
Kongo, Dem. Rep.		Jordanien	Libanon
Laos		Kamerun	Libyen
Lesotho		Kap Verde	Malaysia
Liberia		Kolumbien	Mauritius
Madagaskar		Kongo, Republik	• Mayotte
Malawi		Marokko	Mexiko
Malediven		Marshallinseln	Montenegro
Mali		Mazedonien (EJR)	• Montserrat
Mauretanien		Mikronesien	Nauru
Mosambik		Moldau	Oman[1]
Myanmar		Mongolei	Palau
Nepal		Namibia	Panama
Niger		Nicaragua	Serbien[3]
Ruanda		Niue	Seychellen
Salomonen		Paläst. Autonomiegebiete	• St. Helena
Sambia		Paraguay	St. Kitts und Nevis
Samoa		Peru	St. Lucia
São Tomé und Príncipe		Philippinen	St. Vincent und die Grenadinen
Senegal		Sri Lanka	Südafrika
Sierra Leone		Swasiland	Suriname
Somalia		Syrien	Trinidad und Tobago[2]
Sudan		Thailand	Türkei
Tansania		• Tokelau	Uruguay
Timor-Leste		Tonga	Venezuela
Togo		Tunesien	
Tschad		Turkmenistan	
Tuvalu		Ukraine	
Uganda		• Wallis und Futuna	
Vanuatu			
Zentralafrikanische Republik			

1. Antigua und Barbuda sowie Oman überschritten 2007 den Schwellenwert für HIC. Gemäß den DAC-Regeln für die Überarbeitung der Liste werden diese beiden Länder in der Liste von 2011 heraufgestuft, wenn sie bis 2010 weiterhin zu den HIC zählen.
2. Barbados sowie Trinidad und Tobago überschritten 2006 und 2007 den Schwellenwert für HIC. Gemäß den DAC-Regeln für die Überarbeitung der Liste werden diese beiden Länder in der Liste von 2011 heraufgestuft, wenn sie bis 2010 weiterhin zu den HIC zählen.
3. Gegenwärtig werden die Leistungen an den Kosovo Serbien angerechnet. Der Kosovo wird erst nach Anerkennung durch die Vereinten Nationen als eigenständiger Staat in die Empfängerliste aufgenommen.

• Gebiet.

Nach dem Stand v**o**n Juli 2009 zählen zu den **hochverschuldeten armen Ländern (HIPC)**: Afghanistan, Äthiopien, Benin, Bolivien, Burkina Faso, Burundi, Côte d'Ivoire, Eritrea, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Guayana, Haiti, Honduras, Kamerun, Kirgisistan, Komoren, Kongo (Demokratische Republik), Kongo (Republik), Liberia, Madagaskar, Malawi, Mali, Mauretanien, Mosambik, Nicaragua, Niger, Ruanda, Sambia, São Tomé und Príncipe, Senegal, Sierra Leone, Somalia, Sudan, Tansania, Togo, Tschad, Uganda und Zentralafrikanische Republik.

Glossar entwicklungspolitischer Schlüsselbegriffe und Konzepte

(Querverweise sind in GROSSBUCHSTABEN angegeben)

AUFGESCHLÜSSELTES MONITORING: Bedeutet, dass Ergebnisse aus statistischen Beobachtungen nach Geschlecht, Region des jeweiligen Landes, ethnischen und sozialen Gruppen unterteilt werden.

AUSZAHLUNG: Die Mittelvergabe an bzw. der Kauf von Gütern oder Dienstleistungen für einen Empfänger; im weiteren Sinne der hierfür ausgegebene Betrag. Als Auszahlungen werden erfasst der effektive internationale Transfer von Finanzmitteln bzw. von Gütern oder Dienstleistungen, bewertet zu den dem Geber entstehenden Kosten. Bei im Geberland durchgeführten Aktivitäten, wie z.B. Ausbildungs- und Verwaltungsprogrammen oder Programmen der Öffentlichkeitsarbeit, gilt die Auszahlung als erfolgt, wenn die Mittel an den Dienstleistungserbringer oder den Empfänger transferiert wurden. Sie können als Bruttobetrag (innerhalb einer gegebenen Rechnungsperiode ausgezahlter Gesamtbetrag) oder als Nettobetrag (Bruttobetrag abzüglich etwaiger Tilgungszahlungen auf die Kapitalsumme des DARLEHENS oder Rückführungen erhaltener ZUSCHÜSSE während desselben Zeitraums) ausgewiesen werden.

(Noch) AUSZUZAHLENDE MITTEL: Bezeichnung für zugesagte, aber noch nicht ausgezahlte Beträge. Vgl. auch ZUSAGE, AUSZAHLUNG.

BILATERAL: Siehe EMPFANGENE GESAMTLEISTUNGEN.

DAC (ENTWICKLUNGSAUSSCHUSS): Ausschuss der OECD für Fragen der Entwicklungszusammenarbeit. Eine Beschreibung seiner Ziele und ein Verzeichnis seiner Mitglieder sind im Impressum dieses Berichts wiedergegeben.

DAC-LISTE DER EMPFÄNGERLÄNDER UND -GEBIETE: Der DAC verwendet für statistische Zwecke eine Liste der Empfänger von EZ-Leistungen, die alle drei Jahre aktualisiert wird. Einzelheiten zu den Änderungen, die die Liste in jüngster Zeit erfahren hat, sind den „Anmerkungen zu Definitionen und Messgrößen“ zu entnehmen. Die Liste gliedert sich ab 1. Januar 2008 in folgende Kategorien (der Begriff „Länder“ umfasst auch „Gebiete“):

- **LDC (Least Developed Countries):** Am wenigsten entwickelte Länder. Von den Vereinten Nationen eingerichtete Kategorie. Aufgenommen werden nur Länder, die in Bezug auf Volkseinkommen, wirtschaftliche Diversifizierung und Sozialentwicklung bestimmte Schwellenwerte unterschreiten. Die DAC-Liste wird laufend aktualisiert, um allen Veränderungen in der LDC-Gruppe Rechnung zu tragen.
- **Sonstige LIC (Other Low Income Countries):** Sonstige Länder der unteren Einkommensgruppe. Diese Gruppe umfasst alle nicht zur LDC-Gruppe zählenden Länder mit einem Pro-Kopf-BNE von höchstens 935 US-$ im Jahr 2007 (laut Weltbank-Atlas).
- **LMIC (Lower Middle-Income Countries):** Länder der mittleren Einkommensgruppe, unterer Bereich. Länder mit einem Pro-Kopf-BNE (laut Weltbank-Atlas) zwischen 936 US-$ und 3 705 US-$ im Jahr 2007. LDC, die gleichzeitig zu den LMIC gehören, sind ausschließlich als LDC (und nicht als LMIC) aufgeführt.

- **UMIC (Upper Middle-Income Countries):** Länder der mittleren Einkommensgruppe, oberer Bereich. Länder mit einem Pro-Kopf-BNE (laut Weltbank-Atlas) zwischen 3 706 US-$ und 11 455 US-$ im Jahr 2007.
- Wenn ein Land zur LDC-Gruppe hinzugefügt oder aus ihr entfernt wird, werden die Gesamtsummen für die Einkommensgruppen rückwirkend bereinigt, um die Vergleichbarkeit mit der aktuellen Liste nach und nach zu optimieren.

DARLEHEN: Transfers mit Rückzahlungsverpflichtung. Die DAC-Statistik berücksichtigt lediglich Darlehen mit einer LAUFZEIT von mehr als einem Jahr. Die Daten beziehen sich auf die tatsächlichen Kapitalströme während der gesamten Laufzeit der Darlehen und nicht auf das Zuschussäquivalent der Darlehen (vgl. ZUSCHUSSELEMENT). Bei den Angaben über die Nettodarlehensbeträge sind die Tilgungszahlungen auf die Darlehenssumme für frühere Kredite abgezogen (nicht jedoch die Zinszahlungen). Wenn ein Darlehen vollständig getilgt wurde, ist seine Wirkung auf die gesamten NETTOLEISTUNGEN während der Darlehenslaufzeit also gleich null.

EMPFANGENE GESAMTLEISTUNGEN: Die Mittelzuflüsse in die Empfängerländer umfassen außer den ODF öffentliche und private EXPORTKREDITE sowie LANGFRISTIGE private Transaktionen (vgl. PRIVATE LEISTUNGEN). Die empfangenen Gesamtleistungen verstehen sich abzüglich der TILGUNGSZAHLUNGEN und der Kapitalrückführungen seitens privater Investoren. Die **bilateralen** Leistungen gehen direkt von einem Geberland an ein Empfängerland. Die **multilateralen** Leistungen laufen über eine im Entwicklungsbereich tätige internationale Stelle (z.B. Weltbank, UNDP). In den Tabellen zu den insgesamt von den Empfängerländern erhaltenen Leistungen werden die Mittelabflüsse von den multilateralen Stellen in diese Länder ausgewiesen, nicht jedoch die Beiträge, die diese Stellen von den Gebern empfangen.

EZ-LEISTUNGEN: Der Begriff EZ-Leistungen bezieht sich in dieser Publikation ausschließlich auf Leistungen, die als Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) gelten.

EXPORTKREDITE: DARLEHEN für Außenhandelszwecke, die nicht durch ein negoziierbares Instrument verkörpert werden. Sie können vom öffentlichen oder vom privaten Sektor vergeben werden. Im letztgenannten Fall können sie durch öffentliche Bürgschaften abgesichert werden.

FÄLLIGKEIT (auch: **LAUFZEIT):** Fälligkeitstermin für die endgültige Rückzahlung des DARLEHENS; im weiteren Sinne die Darlehenslaufzeit.

FORDERUNG: Anspruch eines Gläubigers auf Rückzahlung seines DARLEHENS; im weiteren Sinne das Darlehen selbst bzw. dessen ausstehender Betrag.

FRAGMENTIERUNG DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT: Umschreibt den Umstand, dass die EZ-Leistungen in zu vielen Einzeltranchen von zu vielen Gebern bereitgestellt werden, was zu unnötigen und verschwenderischen Verwaltungskosten führt und es schwierig macht, die EZ-Leistungen dorthin zu lenken, wo sie am meisten benötigt werden.

FREIJAHRE: Siehe ZUSCHUSSELEMENT.

INTENSIVIERUNG DER ANSTRENGUNGEN: Dieser in Bezug auf die EZ-Leistungen verwendete Begriff beinhaltet nicht nur eine Erhöhung der Leistungen, sondern auch eine Verbesserung ihrer Wirkung und Wirksamkeit durch mehrere Maßnahmen: bessere Verteilung der Leistungen entsprechend den Bedürfnissen/Prioritäten des Empfängerlands; Ausdehnung der EZ-Leistungen auf Bevölkerungsteile und geografische/thematische Gebiete, die proportional gesehen bisher zu wenig erhielten; breitere Anwendung gewonnener Erkenntnisse zur Verbesserung der Wirksamkeit der Bereitstellung und Verwaltung von EZ-Leistungen; bessere Erfüllung der Zusagen (sowohl in Bezug auf die Höhe der EZ-

Leistungen als auch die Verbesserung der Mechanismen für die Bereitstellung und Verwaltung von EZ-Leistungen); mehr Ehrgeiz hinsichtlich der Überwindung der Hindernisse für die EZ-Wirksamkeit.

KURZFRISTIG: Bezieht sich auf DARLEHEN mit einer LAUFZEIT von einem Jahr oder weniger.

LANGFRISTIG: Bezieht sich auf DARLEHEN mit einer ursprünglichen oder verlängerten LAUFZEIT von mehr als einem Jahr.

LAUFZEIT: Siehe Fälligkeit.

LIEFERGEBUNDENE ÖFFENTLICHE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT: Öffentliche ZUSCHÜSSE oder DARLEHEN, bei denen die Beschaffung der betreffenden Güter und Dienstleistungen auf das Geberland oder eine Gruppe von Ländern beschränkt ist, die nicht alle ODA-Empfängerländer einschließt. Bei liefergebundenen Darlehen, Krediten und MISCHFINANZIERUNGEN müssen bestimmte Kriterien hinsichtlich VERGÜNSTIGUNGSGRAD, in Frage kommende Empfängerländer und Entwicklungsnutzen erfüllt sein, um die Verwendung von Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit für Projekte zu verhindern, die bei privater Finanzierung wirtschaftlich lebensfähig wären, und um sicherzustellen, dass die Empfängerländer den bestmöglichen Gegenwert erhalten. Wegen näherer Einzelheiten vgl. die **Berichte über die Entwicklungszusammenarbeit** von 1987 (S. 239-246) und 1992 (S. 13-16).

LIEFERUNGEBUNDENE LEISTUNGEN: Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit, bei denen die Beschaffung der so finanzierten Güter und Dienstleistungen vollständig und uneingeschränkt in praktisch allen Ländern erfolgen kann.

MISCHFINANZIERUNG: Kombination von als ZUSCHUSS oder DARLEHEN bereitgestellten Mitteln der ÖFFENTLICHEN ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT und beliebigen sonstigen öffentlichen oder privaten Mitteln im Rahmen eines Finanzpakets. Für Mischfinanzierungen gelten in Bezug auf Vergünstigungsgrad, Entwicklungsnutzen und Beschränkungen bezüglich der Empfängerländer die gleichen Kriterien wie für LIEFERGEBUNDENE ODA-Kredite.

MULTILATERALE STELLEN: In den DAC-Statistiken bezieht sich dieser Begriff auf diejenigen internationalen Institutionen mit staatlicher Mitgliedschaft, deren Aktivitäten ganz oder zu einem wesentlichen Teil dem Ziel der Entwicklung dienen und den Empfängerländern und -gebieten der DAC-Liste gewidmet sind. Zu diesen Institutionen gehören die multilateralen Entwicklungsbanken (z.B. die Weltbank und regionale Entwicklungsbanken), VN-Einrichtungen sowie regionale Zusammenschlüsse (wie bestimmte Stellen der Europäischen Union und bestimmte arabische Organisationen). Ein Beitrag eines DAC-Mitglieds an eine solche Stelle wird als multilateral eingestuft, wenn er mit anderen Beiträgen zusammengelegt und von der betreffenden Stelle nach eigenem Ermessen ausgezahlt wird. Soweit nicht anders angegeben, werden Kapitalzeichnungen bei multilateralen Entwicklungsbanken auf **Hinterlegungsbasis** ausgewiesen, d.h. zu dem Betrag und zu dem Datum, an dem das entsprechende Akkreditiv bzw. ein anderes Negoziierungsinstrument hinterlegt wird. Daten auf Kassenbasis, d.h. auf der Basis der Termine und Beträge der Ziehungen der jeweiligen Stelle auf Akkreditive bzw. andere Instrumente, sind nur begrenzt vorhanden.

NETTOLEISTUNGEN: Innerhalb einer gegebenen Rechnungsperiode ausgezahlter Gesamtbetrag nach Abzug von Tilgungszahlungen auf die Darlehenssumme während desselben Zeitraums, ohne Berücksichtigung der Zinszahlungen.

NETTOTRANSFER: In den DAC-Statistiken bezieht sich dies auf NETTOLEISTUNGEN abzüglich Zinszahlungen.

ÖFFENTLICHE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (ODA): ZUSCHÜSSE oder DARLEHEN an die in der DAC-Liste der ODA-Empfänger aufgeführten Länder und Gebiete sowie multilaterale Entwicklungsstellen, die vom öffentlichen Sektor zu vergünstigten Bedingungen (d.h. mit einem Zuschusselement von mindestens 25%) vergeben werden, und in erster Linie der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Verbesserung des Lebensstandards von Entwicklungsländern dienen. Neben den finanziellen Leistungen umfasst die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit auch die TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT. Zuschüsse, Darlehen und Kredite für militärische Zwecke werden nicht berücksichtigt. Zur Behandlung des Schuldenerlasses bei ursprünglich für militärische Zwecke gewährten Darlehen vgl. die „Anmerkungen zu Definitionen und Messgrößen".

ÖFFENTLICHE MITTEL ZUR ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG (**ODF**): Messgröße für Mittelzuflüsse in die Empfängerländer: Sie umfasst *a)* bilaterale ODA, *b)* ZUSCHÜSSE und Entwicklungskredite der multilateralen Finanzinstitute zu vergünstigten und zu marktüblichen Bedingungen sowie *c)* jene SONSTIGEN ÖFFENTLICHEN LEISTUNGEN, die Entwicklungszwecken dienen (einschl. Refinanzierungsdarlehen), wegen ihres zu geringen ZUSCHUSSELEMENTS aber nicht als ODA gelten können.

OFFSHORE-BANKZENTREN: Länder oder Gebiete, deren Finanzinstitute ihre Geschäfte hauptsächlich mit Gebietsfremden abwickeln.

PARTNERLAND: Bezeichnet die Länder, die von anderen Ländern erbrachte EZ-Leistungen nutzen, um ihre eigene Entwicklung zu finanzieren.

PARTNERSCHAFTSGRUNDSÄTZE: In der Paris-Erklärung sind 56 Partnerschaftsverpflichtungen fixiert. Diese Verpflichtungen sind fünf wesentlichen Grundsätzen zugeordnet:

- **EIGENVERANTWORTUNG:** Die Entwicklungsländer legen selbst ihre Entwicklungsstrategien fest, verbessern ihre Institutionen und bekämpfen die Korruption.
- **PARTNERAUSRICHTUNG:** Die Geberländer erbringen ihre Unterstützung im Einklang mit diesen Zielen und nutzen die lokalen Systeme.
- **HARMONISIERUNG:** Die Geberländer koordinieren ihre Aktionen, vereinfachen die Verfahren und tauschen Informationen aus, um Doppelarbeit zu vermeiden.
- **ERGEBNISORIENTIERUNG:** Das Hauptaugenmerk der Entwicklungsländer wie der Geber liegt auf der Erzielung – und Messung – von Ergebnissen.
- **GEGENSEITIGE RECHENSCHAFTSPFLICHT:** Geber- wie Partnerländer legen Rechenschaft über die Entwicklungsergebnisse ab.

PRIVATE LEISTUNGEN: Hierbei handelt es sich um Leistungen, die vom privaten Sektor zu Marktkonditionen erbracht werden (d.h. Bestandsveränderung bei den privaten LANGFRISTIGEN Aktiva im Besitz von Gebietsansässigen des Berichtslands) sowie um private Zuschüsse (d.h. Zuschüsse von **Nichtregierungsorganisationen** und anderen privaten Einrichtungen, abzüglich der vom öffentlichen Sektor empfangenen Subventionen). Liegt bei der Datenübersicht das Schwergewicht auf den vom Empfängerland erhaltenen Finanzmitteln, so werden die Leistungen zu marktüblichen Bedingungen wie folgt aufgeschlüsselt:

- **Direktinvestitionen:** Investitionen zum Erwerb bzw. zur Vergrößerung einer dauerhaften Beteiligung an einem Unternehmen in einem Land der DAC-Liste der ODA-Empfänger. Eine „dauerhafte Beteiligung" setzt eine seit langem bestehende Beziehung voraus, bei der der Direktinvestor einen beträchtlichen Einfluss auf die Unternehmensführung ausübt, der sich in einer Aktienbeteiligung von mindestens 10% oder entsprechenden Stimmrechten und Kontrollmöglichkeiten niederschlägt. Sie werden faktisch als die Veränderung des Nettovermögens einer Tochtergesellschaft

in einem Empfängerland für die Muttergesellschaft ausgewiesen, wie sie aus den Buchhaltungsunterlagen Letzterer hervorgeht.

- **Internationale Bankausleihungen:** Die Nettoausleihungen an Länder der DAC-Liste der ODA-Empfänger durch Banken mit Sitz in den OECD-Ländern, mit Ausnahme der DARLEHEN von zentralen Währungsbehörden. Garantierte Bankkredite und Schuldverschreibungen sind hier unter SONSTIGE PRIVATE LEISTUNGEN oder OBLIGATIONSANLEIHEN (siehe nachstehend) erfasst.
- **Obligationsanleihen:** Nettobetrag der vollständig gezeichneten internationalen Anleihen von Ländern der DAC-Liste der ODA-Empfänger.
- **Sonstige private Leistungen:** Im Wesentlichen die erfassten Bestände an von Unternehmen in den DAC-Empfängerländern emittierten Aktien.

Liegt bei den Datenübersichten das Schwergewicht auf den Mittelabflüssen aus den Geberländern, so werden die übrigen, nicht zu den Direktinvestitionen zählenden privaten Leistungen auf Kredite mit einer Laufzeit von über einem Jahr beschränkt und gewöhnlich wie folgt aufgegliedert:

- **Private Exportkredite:** Siehe EXPORTKREDITE.
- **Wertpapiere multilateraler Stellen:** Hierunter fallen die Transaktionen des privaten Nichtbanken- und Bankensektors mit von multilateralen Stellen ausgegebenen Anleihen und Obligationen.
- **Bilaterale Wertpapierinvestitionen und sonstige:** Hierunter fallen Bankausleihungen sowie der Erwerb von Aktien, Obligationen und Immobilien.

RECHNERISCH ERMITTELTE MULTILATERALE LEISTUNGEN: Geografische Verteilung der Geberbeiträge an multilaterale Stellen anhand der geografischen Aufschlüsselung der Auszahlungen dieser Stellen in den Referenzjahren.

SONSTIGE ÖFFENTLICHE LEISTUNGEN (**OOF**): Vom öffentlichen Sektor mit Ländern der DAC-Liste der ODA-Empfänger durchgeführte Transaktionen, die nicht den Kriterien der ÖFFENTLICHEN ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT entsprechen, entweder weil sie nicht primär der Entwicklungsförderung dienen oder weil sie ein ZUSCHUSSELEMENT von weniger als 25% aufweisen.

TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT: Umfasst sowohl *a)* ZUSCHÜSSE an Staatsangehörige von Empfängerländern, die von allgemeinen oder beruflichen Bildungsmaßnahmen in ihrem Heimatland oder im Ausland profitieren, als auch b) Zahlungen an in den Empfängerländern tätige Berater, Gutachter usw. sowie Lehr- und Verwaltungskräfte (einschl. der Kosten für die entsprechenden Ausrüstungen). Soll eine derartige Hilfe speziell die Umsetzung eines Investitionsvorhabens erleichtern, so wird sie in nicht näher aufgeschlüsselter Form bei den bilateralen Projekt- und Programmausgaben erfasst und bleibt bei den Ausgaben für Technische Zusammenarbeit in den Gesamtleistungsstatistiken unberücksichtigt.

TEILWEISE LIEFERUNGEBUNDENE LEISTUNGEN: Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit zur Finanzierung von Gütern und Dienstleistungen, die entweder im Geberland oder in einer begrenzten Gruppe anderer Länder zu beschaffen sind, zu der jedoch im Wesentlichen alle Empfängerländer zählen müssen. Die teilweise lieferungebundenen Leistungen unterliegen den gleichen Regeln wie LIEFERGEBUNDENE EZ-Kredite und MISCHFINANZIERUNGEN.

- **TILGUNG:** Rückzahlungen auf den Darlehensbetrag, ohne Zinszahlungen.
- **UMSCHULDUNG** (auch: **UMSTRUKTURIERUNG DER SCHULD**): Jede offizielle Vereinbarung zwischen Gläubigern und Schuldnern, mit der die ursprünglich festgelegten Tilgungsmodalitäten geändert werden. Dies kann beinhalten: **Schuldenerlass**

(Löschung des DARLEHENS) oder **Neuterminierung**, entweder in Form einer Neufestlegung des Tilgungsplans oder der Gewährung eines neuen Darlehens zur **Refinanzierung**. Vgl. hierzu die „Anmerkungen zu Definitionen und Messgrößen".

VERGÜNSTIGUNGSGRAD: Eine Messgröße für die „Weichheit" eines Kredits, die den für den Kreditnehmer entstehenden Vorteil gegenüber einem DARLEHEN zu marktüblichen Konditionen ausdrückt (vgl. ZUSCHUSSELEMENT). Wird technisch ermittelt als Differenz zwischen dem Nominalwert eines LIEFERGEBUNDENEN ODA-Kredits und dem Gegenwartswert des Schuldendienstes zum Zeitpunkt der AUSZAHLUNG, berechnet zu einem auf die Transaktionswährung angewendeten Abzinsungssatz und ausgedrückt in Prozent des Nominalwerts.

VOLUMEN (reale Beträge): Die in diesem Bericht gemachten Angaben über die Leistungen sind in US-Dollar ausgedrückt. Um eine wirklichkeitsgetreuere Vorstellung von der zeitlichen Entwicklung des Leistungsvolumens zu vermitteln, werden einige Daten zu konstanten Preisen und Wechselkursen für ein bestimmtes Referenzjahr angegeben. Das heißt, es wurde eine Anpassung vorgenommen, um dem Preisauftrieb in der Währung des Geberlandes zwischen dem betreffenden Jahr und dem Referenzjahr sowie den Wechselkursänderungen zwischen der betreffenden Währung und dem US-Dollar während des gleichen Zeitraums Rechnung zu tragen. Im Statistischen Anhang sind in Tabelle 36 sämtliche Konversionsfaktoren (Deflatoren) wiedergegeben, mit deren Hilfe jede im vorliegenden Bericht in jeweiligen US-Dollar genannte Zahl in Dollar des Referenzjahrs („konstante Preise") umgerechnet werden kann.

ZUSAGE: Eine durch entsprechende Mittel gedeckte, schriftlich eingegangene feste Verpflichtung seitens eines öffentlichen Gebers, einem Empfängerland oder einer multilateralen Stelle eine genau spezifizierte Hilfe zu gewähren. Bilaterale Zusagen werden in voller Höhe des erwarteten Transfers verbucht, ungeachtet der für die vollständige AUSZAHLUNG erforderlichen Zeit. Zusagen an multilaterale Stellen werden erfasst als die Summe *a)* der im betreffenden Jahr erfolgten Auszahlungen, die zuvor noch nicht als Zusagen gemeldet wurden, und *b)* der erwarteten Auszahlungen im folgenden Jahr.

ZUSCHUSSÄHNLICHE LEISTUNGEN: Eine Transaktion, bei der das Geberland formal seinen Rückzahlungsanspruch behält, aber in der Zusage seine Absicht bekundet hat, die Rückzahlungsbeträge im Schuldnerland zu Gunsten dieses Landes zu belassen.

ZUSCHÜSSE: Transfers in Form von Barmitteln, Gütern oder Dienstleistungen, für die keine Rückzahlung gefordert wird.

ZUSCHUSSELEMENT: Bringt die **finanziellen Bedingungen** einer ZUSAGE zum Ausdruck: Zinssatz, FÄLLIGKEIT und Freijahre (Zeit bis zur ersten Rückzahlung auf die Kapitalsumme) und wird zur Messung des Vergünstigungsgrads eines DARLEHENS, d.h. der in Prozent ausgedrückten Differenz zwischen dem Gegenwartswert der erwarteten Gesamtrückzahlungen und den Rückzahlungen, die zu einem vereinbarten Referenzzinssatz erfolgt wären. Der Referenzzins ist in der DAC-Statistik mit 10% angesetzt. Dieser Zinssatz wurde als Näherungswert für Grenzleistungsfähigkeit einer Inlandsinvestition gewählt, d.h. als Anhaltspunkt für die Opportunitätskosten, die dem Geber durch die Bereitstellung der Mittel entstehen. Demzufolge ist das Zuschusselement bei einem Kredit zu einem Zinssatz von 10% gleich null, beträgt bei einem ZUSCHUSS 100% und liegt bei einem Kredit zu einem Zinssatz von weniger als 10% zwischen diesen beiden Werten. Durch Multiplikation des Nennwerts eines Darlehens mit dessen Zuschusselement erhält man das sogenannte **Zuschussäquivalent** dieses Kredits (vgl. VERGÜNSTIGUNGSGRAD). (Anmerkung: Das Konzept des Zuschusselements findet keine Anwendung auf die Transaktionen der multilateralen Entwicklungsbanken. Diese werden stattdessen als vergünstigte Ausleihungen eingestuft, wenn sie ein Zuschusselement enthalten (sogenannte „weiche Kredite"), bzw. als nicht vergünstigte Ausleihungen, falls sie kein Zuschusselement enthalten („harte Kredite").

Abfrage-Assistent für Internationale Entwicklungsstatistiken (QWIDS)

Der Abfrage-Assistent für Internationale Entwicklungsstatistiken (QWIDS) wurde vom OECD-Entwicklungsausschuss im Jahr 2007 entwickelt, um die Zugänglichkeit und Nutzerfreundlichkeit seiner Datenbanken zu verbessern*. QWIDS bietet einen einfachen Zugang zu Statistiken über EZ-Leistungen. Das Abfragesystem ist intuitiv und soll es neuen Nutzern ermöglichen, einfach im System zu navigieren, nach Daten zu suchen und diese zu extrahieren. Die Nutzung setzt keinerlei Kenntnisse über die Struktur der zu Grunde liegenden Datenbanken voraus, die sieben verschiedene Tabellen zu den Gesamtzusagen nach DAC-Mitgliedern und eine Datenbank mit individuellen im Creditor Reporting System (CRS) gespeicherten EZ-Aktivitäten enthalten. Das System ist intelligent genug, um für jede Anfrage die besten Datenquellen zu finden. QWIDS verwendet Webdienste, um Daten dynamisch aus OECD.Stat (dem OECD-Datenlager und -archiv für alle Internationalen Entwicklungsstatistiken) zu extrahieren.

Im Vorfeld der QWIDS-Konzipierung wurde eine sorgfältige Analyse der Nutzergemeinschaft Internationaler Entwicklungsstatistiken durchgeführt, und es wurden verschiedene Nutzerprofile (sogenannte Personas) erstellt. Während des gesamten Prozesses wurde das System mit diesen Profilen getestet, um zu gewährleisten, dass die Abfrage Kerndaten liefert, die den Informationsbedarf der Nutzer zu mehr als 90% decken.

QWIDS enthält zahlreiche Funktionen, darunter Metadaten, die Speicherung von Suchergebnissen als Lesezeichen, Pivot-Tabellen-Funktionalitäten sowie Datenexport in CSV-Funktion. Ferner bietet der Assistent eine Volltextsuche in den beschreibenden Daten zum CRS. Die Mehrzahl der in OECD.Stat enthaltenen individuellen Datensets können mit QWIDS visualisiert werden, und für Nutzer, die die gesamten Daten auf eine andere Plattform übertragen wollen, stehen Bulk-Downloads zur Verfügung.

QWIDS wurde im November 2008 gestartet. Das Feedback ist bisher äußerst positiv, und die Nutzung dieser neuen Informationsquelle nimmt zu.

Weitere Informationen oder Fragen zur Nutzung von QWIDS finden sich unter *http://stats.oecd.org/qwids/*.

---

* Ermöglicht wurde die Entwicklung von QWIDS dank massiver Unterstützung der Bill & Melinda Gates- und William & Flora Hewlett-Stiftungen. Diese Stiftungen haben gemeinsam eine Strategie zur Verfolgung von EZ-Leistungen (Aid Resource Tracking Strategy) konzipiert, um den Zugang zu Datenbanken über globale EZ-Leistungen in den Bereichen Gesundheit und Entwicklung zu verbessern, und erkennen die DAC-Statistiken als alleinige Datenquelle für internationale EZ-Leistungen an.

OECD PUBLISHING, 2, rue André-Pascal, 75775 PARIS CEDEX 16
PRINTED IN FRANCE
(43 2010 035 P) ISBN 978-94-64-07994-6 – No. 57347 2010

Entwicklungszusammenarbeit Bericht 2010

Der Jahresbericht des OECD-Entwicklungsausschusses (DAC) ist das einschlägige Referenzdokument für Statistiken und Analysen zu den jüngsten Trends in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.

Angesichts der Tatsache, dass nur noch fünf Jahre bleiben, um die Millenniumsentwicklungsziele zu erreichen, ist noch viel zu tun, zumal die Aufgabe infolge der Wirtschafts-, Nahrungsmittel- und Klimakrise der letzten Jahre noch schwieriger geworden ist. Im vorliegenden Bericht wird beschrieben, wie der DAC unverzüglich reagiert hat, indem er die Entwicklungsdimension dieser Krisen fest auf der Politikagenda verankert und dafür gesorgt hat, dass sich die Entwicklungsgemeinschaft weiterhin schwerpunktmäßig auf die Bereitstellung von mehr EZ-Leistungen und eine raschere EZ-Abwicklung konzentriert.

In Zeiten wirtschaftlicher Ungewissheit ist es für die Entwicklungszusammenarbeit besonders wichtig, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis der EZ-Leistungen stimmt und gewährleistet wird, dass die Leistungen nicht zweckentfremdet werden. Um hierfür zu sorgen, hat die Entwicklungsgemeinschaft mit einer Reihe von Maßnahmen reagiert, darunter die verstärkte Fokussierung auf das Problem der Korruption, die Festlegung und Bekanntgabe klarer Vorgaben in Bezug auf die Entwicklungseffekte, die zunehmende Nutzung der Systeme und Verfahren der Partnerländer für den Kapazitätsaufbau sowie die Intensivierung der Bemühungen zu Gunsten der ärmsten 30% der Entwicklungsländer – ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele. Der Bericht informiert ferner darüber, wie die DAC-Mitgliedsländer ihre Entwicklungszusammenarbeit in den kommenden Jahrzehnten wirklich effektiv gestalten wollen, indem sie gewährleisten, dass die Problematik des Klimawandels in all ihren Politikentscheidungen berücksichtigt wird, und ein breiter fundiertes, inklusiveres Politikkonzept ausarbeiten.

Dieser Bericht wird zur Erleichterung des Zugangs zu wichtigen Arbeiten des OECD-Entwicklungsausschusses und zur wirkungsvollen Unterstützung der Entwicklungsgemeinschaft über den schnellen und einfachen Zugriff auf die Analysen und Statistiken auch im Internet veröffentlicht.

Der vollständige Text dieser Veröffentlichung ist verfügbar unter: *www.sourceoecd.org/developmentreport*

SourceOECD ist die OECD-Online-Bibliothek für Bücher, periodisch erscheinende Publikationen und statistische Datenbanken.

Wegen weiterer Informationen bezüglich dieses prämierten Service und eines kostenlosen Probezugangs wenden Sie sich bitte an Ihre Informations- und Dokumentationsstelle oder schreiben Sie uns an **SourceOECD@oecd.org**.

OECD*publishing*
www.oecd.org/publishing

ISBN 978-92-64-07994-6
43 2010 03 5 P